

Eurokrise in der Gewerkschaft

Europapolitische Interessenvertretung der Gewerkschaft ver.di

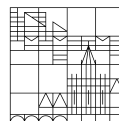
**Dissertation zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der
Sozialwissenschaften (Dr. rer. soc.)**

vorgelegt von

Markus Kenk

an der

Universität
Konstanz



Sektion Politik–Recht–Wirtschaft

Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft

Konstanz, 2022

Dissertation der Universität Konstanz

Tag der mündlichen Prüfung: 24.06.2022

1. Referent: Prof. Dr. Volker Schneider

2. Referent: Prof. Dr. Dirk Leuffen

3. Referent: Prof. Dr. Sebastian Koos (Vorsitzender der Prüfungskommission)

Danksagung

Mit dem groben inhaltlichen Konzept, die Auseinandersetzung der deutschen Gewerkschaften mit der Eurokrise zu untersuchen, und insbesondere der methodischen Absicht, eine Netzwerkanalyse der gewerkschaftlichen Interaktion mit anderen politischen Akteuren durchzuführen, konnte ich Volker Schneider als Betreuer dieser Doktorarbeit gewinnen. Als aus einer anspruchsvollen Netzwerkanalyse eine vergleichsweise einfache Fallstudie wurde und sich der Fortschritt der Arbeit derart hinzog, dass Volker Schneider zwischenzeitlich in den Ruhestand getreten war, hielt er dennoch an der Betreuung meiner Arbeit fest und ermutigte eine phasenweise sehr ungewisse Fertigstellung. Für diese Großzügigkeit, seine Geduld und warmherzige Ermunterung sowie seine wertvollen fachlichen Hinweise bin ich Volker Schneider zutiefst dankbar. Auch seine langjährige Sekretärin Christiane Richter möchte ich meines zugeneigten Danks versichern. Generell hat sich die mit mir befasste Belegschaft der Universität Konstanz durch ausnahmslos freundliche Menschen ausgezeichnet.

Die Arbeit wurde durch ein Promotionsstipendium der Landesgraduiertenförderung Baden-Württemberg finanziell unterstützt, wofür ich meinen Dank zu Protokoll gebe, auch für die Unterstützung Volker Schneiders und meines zweiten Betreuers Dirk Leuffen bei der Beantragung und Verlängerung des Stipendiums. Dirk Leuffen danke ich außerdem für seine Bereitschaft, die Zweitbetreuung und -begutachtung zu übernehmen, und für seine substantiellen Anmerkungen, von denen ich den meisten alles andere als gerecht geworden bin. Sebastian Koos gebührt mein Dank für den Vorsitz meiner Prüfungskommission. Für Hintergrundgespräche danke ich Gewerkschaftsfunktionären von ver.di, IG Metall und DGB. Für Hinweise auf Quellen und das Teilen persönlicher Erfahrungen und Einschätzungen zur Europäisierung von ver.di danke ich Bernhard Pfitzner. Aufgrund meiner trostlosen Studiengestaltung als akademischer Eremit kann ich auf inhaltlicher Ebene ansonsten nur noch mir namentlich nicht mehr präsentieren oder noch nie bekannten Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Konstanzer Kolloquien, an ECPR Summer Schools zu Methoden und zu Interessengruppenforschung sowie an Veranstaltungen des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung für Anmerkungen danken.

Als externer Doktorand bin ich nie in den Genuss gekommen, in Konstanz und Umgebung zu wohnen. Stattdessen bin ich in Freiburg meinen Eltern Birgit und Georg und meiner Freundin Carolina Kreuz auf die Nerven gegangen. Ohne ihre üppige Geduld mit meinen nicht gerade witzigen Doktorandendepressionen hätte ich die Kiste nicht irgendwann doch noch irgendwie schaukeln können. Meinem Sprachzentrum geläufige Aneinanderreihungen von Wörtern werden meiner Liebe, tiefen Dankbarkeit und Schuld gegenüber ihren großen Herzen nicht gerecht. Freundinnen und Freunden, die mich nach dem Stand und den Inhalten meiner Doktorarbeit gefragt haben, darf ich einmal mehr mitteilen, wie sehr ich diese Frage immer gehasst habe, im Übrigen aber für allen Trost und alle Ablenkung danken (unvollständig, immerhin alphabetisch: Tristan Biere & Maria Meermeier, Clemens Castan & Bernadette Lang, Felix Droste, Caro Feistritz, Marieke Gattermann, Thomas Hauser, Krizia Jost & Christoph Wolber, Gisela & Klaus Morgenroth,

Julia Prossinger, Frederik Schweizer, Susanne & René Soehner, Matthias Steinkraus). Bekannte, die mir jene Frage gestellt haben, möchte ich wissen lassen, dass der Stand „endlich, endlich abgeschlossen“ ist, der Inhalt sie aber nach wie vor exakt gar nichts angeht. Allen, die auf diese Frage verzichtet haben, attestiere ich Menschenkenntnis und Fingerspitzengefühl, was nicht den Umkehrschluss zulässt, dass diese Tugenden keinem der Fragenden bescheinigt werden könnten.

Während ich die neue Freiburger Universitätsbibliothek rundum ablehne, möchte ich der Staatsbibliothek Berlin Potsdamer Platz für ihre beruhigende Existenz und Architektur danken. Nirgends habe ich mich beim Arbeiten jemals wohler und inspirierter gefühlt. Inzwischen habe ich mir zwei Polstersessel des exakten Typs zugelegt, der dort in der Nähe der Tageszeitungen so herrlich zur Verfügung stand, bevor er vor einiger Zeit ebenso jäh wie unerklärlich durch ein grobschlächtiges Fiasko von einem Polstermöbel ersetzt worden ist, um nicht zu sagen durch ein Verbrechen von einem Polstermöbel. Für die Modellbestimmung danke ich Helen Thonet, für Verkauf und Versand Moritz Todzi, für einen Kostenvoranschlag für die Reinigung durch Farbreste auf der Verpackungsfolie entstandener Flecken auf den Polstern Herrn Himmelsbach von der Reinigung Himmelsbach, für eine Entschädigung wiederum Moritz Todzi.

Sollte diese Arbeit tatsächlich noch eine Leserin oder einen Leser finden, darf ich ihr oder ihm insbesondere den Theorieteil ans Herz legen und sie oder ihn mit dem größeren Zusammenhang besänftigen, dass die Politikwissenschaft in Zukunft blendend ohne mich auskommen wird – und muss.

Horben, September 2022
Markus Kenk

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit untersucht die Bildung und Vertretung europapolitischer Interessen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in der Eurokrise. Aufgrund ihrer Größe und relativen (unmittelbaren) Unversehrtheit durch die Eurokrise bei mittelbarer Betroffenheit insbesondere durch den Fiskalpakt werden für ver.di Ressourcen und eine gewisse Dringlichkeit für europapolitische Interessenvertretung unterstellt.

Im Lichte geschlossener Gelegenheitsstrukturen in Deutschland als taktgebendem Land der EU-Krisenpolitik wird durch eine Synthese aus Gewerkschaftsforschung, Interessengruppenforschung und Protestforschung theoretisiert, wie Gewerkschaften europapolitische Machtressourcen aufbauen können. Hierfür wird der Machtressourcenansatz der Gewerkschaftsforschung durch die Konzeption des Ressourcentauschs der Interessengruppenforschung und die *Framing*-Perspektive der Protestforschung ergänzt: Machtressourcen sind danach keine Eigenschaften von Gewerkschaften, sondern des Austauschs zwischen Gewerkschaften und a. ihren Mitgliedern (Organisationsmacht), b. Medien und Öffentlichkeit (Diskursmacht), c. anderen gesellschaftlichen Akteuren (Kooperationsmacht) sowie d. Arbeitgebern und Politik (institutionelle Macht). Es wird argumentiert, dass Organisationsmacht den anderen Machtressourcen zugrundeliegt und ver.di daher in der Eurokrise ihr europapolitisches *Framing* anpassen sollte, um auf der Basis einer möglichen Nachfrage der Mitglieder nachfrageorientierte europapolitische Angebote an Medien, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft machen zu können.

Für die Interessenbildung der Mitglieder wird die Mitgliederzeitung *PUBLIK* herangezogen, für das Angebot an Medien, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft ver.dis Presseaussendungen zur Eurokrise. Ferner wird die Nachfrage von Mitgliedern, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft nachvollzogen. Im Ergebnis verstärkte ver.di die europapolitische Information ihrer Mitglieder, nicht aber deren Mobilisierung. Vergleiche mit anderen krisen- und europapolitischen Themen zeigen deren höhere Mobilisierungsintensität. Auch die interne und externe Nachfrage nach ver.dis Angeboten blieb gering. Ver.di selbst betonte das Desinteresse der Mitglieder an der Eurokrise. Die vorliegende Arbeit erkennt aber auch kein intensives Bestreben der Gewerkschaftsführung, an diesem Desinteresse etwas zu ändern trotz ver.dis Ziel, europapolitisch kampagnenfähig zu werden.

Da die europapolitische Interessenvertretung von Gewerkschaften in der Regel über nationale bzw. europäische Gewerkschaftsverbände untersucht wird, bildet die interne europapolitische Interessenbildung von Einzelgewerkschaften, die das Mobilisierungspotential der Mitglieder und damit die zentrale gewerkschaftliche Machtressource der Organisationsmacht kontrollieren, ein Forschungsdesiderat. Die vorliegende Arbeit ergänzt die Gewerkschaftsforschung in dieser Hinsicht theoretisch und empirisch und versucht außerdem, die Erklärung des gescheiterten Widerstands europäischer Gewerkschaften gegen die Spar- und Strukturreformpolitik der Europäischen Union durch die Perspektive einer deutschen Gewerkschaft zu komplettieren, die sich gegen diese Politik positionierte. Ver.dis europapolitische Interessenvertretung wird dabei in den Kontext der krisenpolitischen Aktivitäten der IG Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbunds gestellt.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	V
Abkürzungen.....	VII
1. Einführung	1
1.1 Die politischen Konflikte der Eurokrise	1
Institutionelle Defizite: Krisenmanagement und Krisenprävention.....	2
Strukturelle Heterogenität des Euroraums	4
Politische Konflikte um die Krisenpolitik.....	5
Soziale Konflikte in der Eurokrise	9
Gewerkschaftliche Interessen gegenüber Europa.....	10
1.2 Forschungsgegenstand.....	12
2. Forschungsstand und Ausgangssituation	16
2.1 Organisation und Interessenvertretung der deutschen Gewerkschaften	16
Sektorale Organisation und Gewerkschaftsbünde.....	17
Politische Ausrichtung.....	18
Interessenvertretung und institutionelle Einbindung	20
Institutionelle Erosion	21
2.2 Ausgangslage in Politik und medialem Diskurs	26
Institutionelle und diskursive Gelegenheitsstrukturen.....	28
<i>Agenda Setting</i> der Krisenpolitik: Zugang zu Exekutivakteuren	29
Kompetenzen der Legislative	31
Diskursive Gelegenheitsstrukturen	33
2.3 Gewerkschaftliche Europäisierung und die Eurokrise	38
Deutsche Gewerkschaften und Europa	39
Adressaten europapolitischer Interessenvertretung der Gewerkschaften	41
Europäische Gewerkschaftszusammenarbeit.....	41
Europäische Gewerkschaftszusammenarbeit in der Eurokrise.....	46
2.4 Die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder.....	50
2.5 Medienkommunikation von und über Gewerkschaften	58
Fazit	59
3. Theorie: Gewerkschaftliche Ressourcenbildung als Grundlage politischer Gelegenheiten	61
3.1 Gewerkschaftliche Machtressourcen	61
Erschließung und Nutzung von Machtressourcen: <i>Framing</i>	66
Kritik und Erweiterung des Machtressourcenansatzes.....	69
3.2 Interessenvertretung: Ressourcen, Austausch, Strategien	71
3.2.1 Mitgliedschaftslogik – Austausch mit den Mitgliedern	76
Diagnostisches <i>Framing</i>	77

Prognostisches <i>Framing</i>	80
Motivierendes <i>Framing</i>	83
Nationale versus regionale Ebene	84
3.2.2 Reputationslogik – Austausch mit den Medien	85
<i>Framing</i> für Diskursmacht.....	86
<i>Framing</i> für Kooperationsmacht.....	88
3.3 Theoretische Synthese: Machtressourcen, Gelegenheitsstrukturen, Austausch.....	88
4. Methode und Daten.....	91
4.1 Einordnung des Beitrags der Studie und der Fallauswahl	91
4.2 Methode und Daten.....	94
4.2.1 Ver.di's <i>Framing</i> -Angebote	95
Organisationsmacht: Angebot an die Mitglieder.....	95
Gewichtung	96
Codierung	100
Diskursmacht und Kooperationsmacht: <i>Framing</i> -Angebot an die Öffentlichkeit.....	104
4.2.2 Nachfrage nach ver.di's <i>Framing</i> -Angeboten.....	105
Organisationsmacht: Nachfrage der Mitglieder	105
Diskursmacht und Kooperationsmacht: Nachfrage von Öffentlichkeit und aktiver Zivilgesellschaft.....	106
5. Ver.di und die deutschen Gewerkschaften in der Eurokrise	110
5.1 Fallbeschreibung: Die Gewerkschaft ver.di.....	110
Die Fusion zu ver.di.....	110
Organigramm.....	111
Konfliktorientierung.....	114
Mitgliederbeteiligung bzw. Mitgliedergruppen.....	115
Programmatik.....	117
5.2 Ver.di's Positionierung in der Eurokrise	119
Das „Manifest zur Europapolitik“	120
Der „Marshallplan für Südeuropa“	122
5.3 Ver.di's Aktivitäten in der Finanz- und Eurokrise.....	124
Finanzkrise.....	124
Eurokrise	130
5.4 DGB und IG Metall in der Eurokrise	137
5.4.1 Aktivitäten des DGB	137
Finanzkrise.....	137
Eurokrise	138
5.4.2 Aktivitäten der IG Metall.....	147
Fazit	155

6. ver.dis Interessenvertretungsangebote	156
6.1 <i>Framing</i> -Angebote an die Mitglieder	156
Beobachtbare Implikation 1	156
Beobachtbare Implikation 2	161
Beobachtbare Implikation 3	167
Beobachtbare Implikation 4a	172
Beobachtbare Implikation 4b	174
Beobachtbare Implikation 5	182
Beobachtbare Implikation 6	185
Beobachtbare Implikation 7	188
Beobachtbare Implikation 8	197
Beobachtbare Implikation 9	200
6.2 <i>Framing</i> -Angebote an die Öffentlichkeit	207
Beobachtbare Implikation 10	207
Beobachtbare Implikation 11	210
Beobachtbare Implikation 12	213
Beobachtbare Implikation 13	218
6.3 Einordnung	220
6.3.1 Krisen- und Mobilisierungsepisoden in <i>PUBLIK</i>	222
Der EU-Bezug der Finanzkrise	222
Nationale Mobilisierung: „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“	225
Europapolitische Mobilisierung: EBI „right2water“ und EU-Freihandelsabkommen	228
Finanzkrise und Kampagnen auf der regionalen Ebene	231
6.3.2 Europapolitische Berichterstattung in der <i>metallzeitung</i>	235
7. Nachfrage nach ver.dis Interessenvertretungsangeboten	241
7.1 Nachfrage in Richtung Organisationsmacht	241
Bundeskongress 2011	242
Bundeskongress 2015	250
„Mitgliedernetz“	253
Fazit	255
7.2 Nachfrage in Richtung Diskursmacht	255
Interviews	256
Berichterstattung zu ver.dis Positionen und Aktivitäten	259
Resonanz für ver.dis Pressemitteilungen zur Eurokrise	265
Öffentliche Meinung	266
Fazit	269
7.3 Nachfrage in Richtung Kooperationsmacht	271
Ver.dis Beziehung zu „Occupy“ und „Blockupy“	272

8. Schluss	275
8.1 Theoretischer und empirischer Rahmen	275
8.2 Diskussion der Machtressourcen.....	279
Organisationsmacht.....	279
Diskursmacht.....	286
Kooperationsmacht.....	288
8.3 Aktualität der Sparpolitik: „Corona-Bonds“	289
8.4 Ausblick.....	290
9. Anhang.....	295
Exkurs 1: Lohnkoordinierung und die Eurokrise	295
Exkurs 2: Gewerkschaften in Europa – die Krise vor der Eurokrise	300
Tabellen	305
Literatur.....	324
Zitierte Quellen.....	354
Ver.di	354
Dokumente, Positionspapiere, Geschäftsberichte, Protokolle.....	354
Pressemitteilungen	357
<i>PUBLIK</i>	360
IG Metall.....	365
Dokumente, Positionspapiere, Geschäftsberichte.....	365
Pressemitteilungen	366
<i>Metallzeitung</i>	366
Deutscher Gewerkschaftsbund	367
Dokumente, Positionspapiere, Geschäftsberichte.....	367
Pressemitteilungen	369
Europäischer Gewerkschaftsbund.....	370
Sonstige Gewerkschaften und Gewerkschaftsgliederungen	370
Gesellschaftliche Akteure.....	371
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut	372
Medien.....	372
Publikationen von Gewerkschaftsfunktionären.....	372
Publikumsmedien.....	375
Politische Institutionen.....	384
Institutionen der Europäischen Union.....	384
Sonstige Institutionen	385
Daten / Umfragen.....	385

Abbildungsverzeichnis

Abbildungen

Abbildung 1. Mitgliederentwicklung des DGB	17
Abbildung 2. Das „Political-Process“-Framework.....	28
Abbildung 3. Tarifpolitische Einlassungen der Europäischen Kommission	48
Abbildung 4. Ver.di Presseaussendungen zur Eurokrise	105
Abbildung 5. Organigramm der Gewerkschaft ver.di	112
Abbildung 6. Gewichtung europapolitischer Information in <i>PUBLIK</i>	157
Abbildung 7. Gewichtung einzelner europapolitischer Themen in <i>PUBLIK</i>	158
Abbildung 8. Gewichtung allgemeiner Berichte und Länderberichte zur Eurokrise	159
Abbildung 9. Gewichtung politischer und gewerkschaftlicher Themen	159
Abbildung 10. Politische Themenkonjunktur	160
Abbildung 11. Schwerpunkte der <i>PUBLIK</i> -Berichterstattung zur Finanzkrise.....	161
Abbildung 12. Eurokrise: Gewichtung Griechenland.....	166
Abbildung 13. Eurokrise: Prognostische <i>Frames</i> pro Artikel.....	173
Abbildung 14. Eurokrise: Prognostisches <i>Framing</i> im Zeitverlauf.....	178
Abbildung 15. Eurokrise: Motivierendes <i>Framing</i> im Zeitverlauf.....	191
Abbildung 16. Vergleich: Anzahl motivierender <i>Frames</i> im Zeitverlauf.....	196
Abbildung 17. Berichterstattung auf regionaler Ebene	232
Abbildung 18. <i>Metallzeitung</i> : Gewichtung europapolitischer Information	236
Abbildung 19. <i>Metallzeitung</i> : Gewichtung der Artikel zur Eurokrise.....	238
Abbildung 20. Europaberichterstattung: Vergleich von <i>PUBLIK</i> und <i>metallzeitung</i>	239

Tabellen

Tabelle 1. Theoretische Synthese: Gewerkschaftliche Interessenvertretung	89
Tabelle 2. Gewichtung der <i>PUBLIK</i> -Artikel	97
Tabelle 3. Gewichtete <i>PUBLIK</i> -Artikel.....	99
Tabelle 4. Kategoriensystem.....	101
Tabelle 5. Codierte <i>PUBLIK</i> -Artikel.....	103
Tabelle 6. Ausgewählte Presseartikel.....	108
Tabelle 7. Finanzkrise: Aktivitäten von ver.di und zivilgesellschaftliche Aktionen.....	129
Tabelle 8. Eurokrise: Aktivitäten von ver.di und zivilgesellschaftliche Aktionen.....	134
Tabelle 9. DGB: Positionierung und Aktivitäten in der Eurokrise	142
Tabelle 10. IG Metall: Positionierung und Aktivitäten in der Eurokrise	149
Tabelle 11. Eurokrise: Diagnostisches <i>Framing</i>	163
Tabelle 12. Eurokrise: Länderberichte.....	164
Tabelle 13. <i>PUBLIK</i> -Sonderbeilage zur Europawahl 2014	169
Tabelle 14. Allgemeine Europaberichterstattung: Diagnostisches <i>Framing</i>	171
Tabelle 15. Eurokrise: Diagnostische und prognostische <i>Frames</i>	175
Tabelle 16. Eurokrise: Prognostisches <i>Framing</i>	177
Tabelle 17. Allgemeine Europaberichterstattung: Prognostisches <i>Framing</i>	182
Tabelle 18. „Gerecht geht anders“: Diagnostisches und prognostisches <i>Framing</i>	186
Tabelle 19. „Umfairteilen“: Diagnostisches und prognostisches <i>Framing</i>	187
Tabelle 20. Eurokrise: Motivierendes <i>Framing</i>	189
Tabelle 21. Allgemeine Europaberichterstattung: Motivierendes <i>Framing</i>	193

Tabelle 22. Vergleich Eurokrise – allgemeine europapolitische Berichterstattung	194
Tabelle 23. Eurokrise: <i>Framing</i> auf regionaler Ebene.....	203
Tabelle 24. Allgemeine Europaberichterstattung: <i>Framing</i> auf regionaler Ebene.....	206
Tabelle 25. Presseaussendungen: Adressaten für Kritik und politische Alternativen	208
Tabelle 26. Presseaussendungen: <i>Framing</i>	212
Tabelle 27. Vergleich: Internes versus externes <i>Framing</i>	217
Tabelle 28. Beobachtbare Implikationen: Empirische Ergebnisse	221
Tabelle 29. Europabezug der Finanzkrise: <i>Framing</i>	223
Tabelle 30. „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“: <i>Framing</i>	227
Tabelle 31. Vergleich: <i>Framing</i> europapolitischer Kampagnen.....	227
Tabelle 32. „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“: <i>Framing</i> auf regionaler Ebene	234
Tabelle 33. Europapolitische Kampagnen: <i>Framing</i> auf regionaler Ebene.....	235
Tabelle 34. „Mitgliedernetz“: Umfrage zur Europawahl 2014.....	254
Tabelle 35. <i>Framing</i> der Eurokrise: Vergleich zu nationalen und europäischen Themen.....	286

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
EBI	Europäische Bürgerinitiative
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EZB	Europäische Zentralbank
FDP	Freie Demokratische Partei
IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
ILWU	International Longshore and Warehouse Union
ITU	International Typographical Union
IWF	Internationaler Währungsfonds
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
NGO	Non-Governmental Organisation
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
TiSA	Trade in Services Agreement
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

1. Einführung

1.1 Die politischen Konflikte der Eurokrise

Die Eurokrise wurde zunächst als Staatsschuldenkrise virulent: Nachdem die Refinanzierungskosten der öffentlichen Haushalte in der Eurozone seit Einführung des Euro auf ein niedriges, mit der Verzinsung deutscher Staatsanleihen vergleichbares Niveau gesunken waren, erhöhten sie sich für mehrere Euro-Staaten rapide, als die Finanzmärkte in der Folge der internationalen Finanzkrise von 2008 Risikoaufschläge für neue Staatsanleihen verlangten (Copelovitch et al. 2016: 821 f.). Niedrige Zinsen hatten zuvor öffentlichen Haushalten und privaten Investoren Anreize geboten, zusätzliche Kredite aufzunehmen, mit denen in einigen Euro-Staaten der Binnenkonsum stimuliert oder wie im Fall Spaniens ein Boom der Baubranche finanziert wurde. Im Zuge der internationalen Finanzkrise und der folgenden nationalen Wirtschaftseinbrüche mussten die EU-Staaten die Kreditausfälle von Banken refinanzieren, Steuerausfälle hinnehmen und steigende Kosten automatischer Stabilisatoren schultern mit der Konsequenz, dass Haushaltsdefizite und Staatsschulden in die Höhe schnellten.

Die Eurokrise nahm ihren Ausgang im Herbst 2009 mit der Ankündigung der gerade ins Amt gekommenen sozialdemokratischen griechischen Regierung, das für 2009 anvisierte griechische Haushaltsdefizit werde sich vervielfachen (Hodson 2010: 234). Die von Griechenland unmittelbar eingeleiteten Sparmaßnahmen konnten seine rasch steigenden Refinanzierungskosten an den Finanzmärkten nicht unter Kontrolle bringen,¹ europäische Hilfskredite waren kurzfristig das einzige Mittel gegen einen griechischen Staatsbankrott. Daher beschlossen die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (IWF) im Mai 2010 das erste von letztlich drei Notkreditprogrammen für Griechenland, ad hoc institutionalisiert durch die Vereinbarung einer „Loan Facility“ mit Griechenland und kurz darauf durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) (Copelovitch et al. 2016: 814). Die mit einer Garantiesumme von insgesamt 440 Milliarden Euro für Hilfskredite ausgestattete EFSF wurde durch den aus dem EU-Haushalt garantierten Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) über 60 Milliarden Euro ergänzt. Diese temporären Instrumente wurden schließlich zum permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einem garantierten Gesamtvolumen von 700 Milliarden Euro und einem von den Unterzeichnerstaaten bereitgestellten Eigenkapital von 80 Milliarden Euro ausgebaut. Der ESM nahm sein operatives Geschäft im Herbst 2012 auf, nachdem Deutschland seinen langwierigen Ratifizierungsprozess des zugrundeliegenden völkerrechtlichen Vertrags abgeschlossen hatte (Ioannou et al. 2015: 160). Inzwischen waren Irland (2010), Portugal (2011), Spanien (2012) und Zypern (2012) gezwungen gewesen, Hilfskredite der EFSF bzw. des ESM in Anspruch zu nehmen.² Während Irland bereits

¹ Die Zinserhöhungen in der Krise folgten – wie auch die Risikobewertung der Kreditvergabe vor der Krise – nicht rationalen ökonomischen Kriterien, Misstrauen und Panik in Märkten und Politik vor Ansteckungsgefahren spielten in der Entwicklung der Krise eine wichtige Rolle (De Grauwe/Ji 2012).

² Die vorliegende Arbeit verwendet für diese Staaten den Sammelbegriff „Programmstaaten“.

2013, Spanien und Portugal 2014 und Zypern 2016 das Rettungsprogramm verlassen konnten, schaffte Griechenland dies erst 2018.³ Die Eurokrise legte institutionelle Defizite der Euro-Architektur und die wirtschaftlichen Implikationen der strukturellen Heterogenität des Euroraums offen.

Institutionelle Defizite: Krisenmanagement und Krisenprävention

Institutionelle Defizite zeigten sich sowohl in der unzureichenden Krisenprävention als auch in fehlenden Instrumenten der Krisenbekämpfung.⁴ EFSF und ESM waren Antworten auf letzteres: Im Euroraum fehlte ein „lender of last resort“, der im Notfall staatliche Schuldpapiere aufkaufen und die Zinsen damit senken bzw. stabilisieren kann. Neben EFSF und ESM übernahm später auch die Europäische Zentralbank (EZB) diese Rolle über Anleihekaufprogramme und die Versicherung ihres damaligen Präsidenten Mario Draghi im Jahr 2012, die EZB werde tun „whatever it takes to preserve the euro“ (Copelovitch et al. 2016: 816). Auch der ESM wurde autorisiert, Banken bis zu einer Summe von 60 Milliarden Euro direkt zu rekapitalisieren (Ioannou et al. 2015: 163). Die europäische Institutionalisierung von Krediten zwischen den Mitgliedstaaten stellte dabei – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung und politischen Darstellung⁵ – einerseits an der „critical juncture“ der Eurokrise eine institutionelle Neuerung für die EU dar, andererseits definierte das Design der temporären EFSF den Pfad für die intergouvernementale (statt supranationale) institutionelle Gestaltung eines permanenten Rettungsmechanismus in Form des nahe an der EFSF orientierten ESM (Gocaj/Meunier 2013).⁶

Krisenprävention sollte über den 1997 beschlossenen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) geleistet werden, der ein maximales Haushaltsdefizit von drei Prozent vorschrieb und die EU-Kommission mit der Bewertung der von den Mitgliedstaaten eingereichten Haushalts- und Politikprogramme betraute über länderspezifische Berichte und Empfehlungen im Rahmen eines präventiven und eines korrektiven Arms. Der SWP erwies sich aber als Steuerungsinstrument sowohl für die Staatsverschuldung als auch für die Wirtschaftsleistung der EU-Mitgliedstaaten als ineffektiv (Ioannou/Stracca 2014). Bereits in den frühen 2000er-Jahren verletzte Deutschland und Frankreich über mehrere Jahre in Folge die Defizitregel,⁷ sodass die EU-Kommission die Eröffnung sanktionsbewehrter Defizitverfahren gegen beide Staaten vorsah. Dies erforderte aber eine Zweidrittelmehrheit im Rat der EU, die nicht zustande kam. Zwar gab der Europäische Gerichtshof später der EU-Kommission Recht, trotzdem kam es zu keinen Verfahren. Vielmehr wurde der SWP 2005 durch die Überarbeitung verwässert, den Euro-Staaten größere Spielräume je nach

³ Vgl. Rose, David (2019): Euro-Rettungspakete. Der Geldfluss in die Krisenstaaten. *tagesschau.de*, 27.06.2019.

⁴ Institutionelle Defizite, unerwünschte Konsequenzen und daraus resultierende Konflikte wurden der Euro-Architektur schon vor der Einführung des Euro in einem „nicht optimalem Währungsraum“ prophezeit, s. zusammenfassend Enderlein/Verdun (2009: 491 f.).

⁵ Tatsächlich wurde bereits im Zuge der Ölkrise in den 1970er-Jahren mit dem „Community Loan Mechanism“ ein europäischer Kreditmechanismus aufgelegt (Horn et al. 2020).

⁶ Der Lissabon-Vertrag sieht, zurückgehend auf den Vertrag von Maastricht und den Stabilitäts- und Wachstumspakt, intergouvernementale Zuständigkeiten bzw. Verfahren im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor (Fabbrini 2013: 1007 ff.).

⁷ Auch andere Länder brachen die Defizitregel, Griechenland zum Beispiel von 2000 bis 2010 in jedem Jahr, Portugal in acht dieser elf Jahre.

Ursache des Defizits und der Wirtschaftslage einzuräumen. Der Rat konnte ferner in die Bewertungen der EU-Kommission eingreifen – insbesondere große Mitgliedstaaten und Mitgliedstaaten mit europaskeptischen Bevölkerungen konnten davon Gebrauch machen (Baerg/Hallerberg 2016).

Daher stärkte die EU den SWP im Zuge der Krisenpolitik mit drei Maßnahmen: dem „Six-Pack“ aus fünf Verordnungen und einer Richtlinie (2011), dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (2012, kurz: Fiskalpakt) und dem „Two-Pack“ aus zwei Verordnungen (2013).⁸ Das „Six-Pack“ beinhaltet, die Mehrheitsregel für Defizitverfahren im Rat umzukehren: Seither müssen zwei Drittel der Stimmen gegen die Einleitung eines Verfahrens votieren, ansonsten kann die EU-Kommission das Verfahren führen. Neben Defiziten werden dabei auch die Schuldenstände der Mitgliedstaaten stärker berücksichtigt. Neu dazu kam die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte in Europa durch die EU-Kommission: Gegen exzessive Ungleichgewichte, die sich aus Leistungsbilanzen oder Lohnentwicklungen ergeben, konnte die EU-Kommission fortan mit „Gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtsverfahren“ inklusive Sanktionsmöglichkeiten vorgehen.⁹ Ferner wurden auch die Kompetenzen der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters erweitert, nationale Haushalte und Reformprogramme zu überwachen, gemeinsam mit dem Rat länderspezifische Empfehlungen zu publizieren und die Umsetzung nationaler Reformprogramme während des „nationalen Semesters“ zu verfolgen. Das „Six-Pack“ gilt für die gesamte EU, die Regelungen zu Sanktionen nur für die Eurozone. Der Fiskalpakt schreibt den Unterzeichnerstaaten die Ratifizierung der verschärften Regeln des SWP in nationales Verfassungsrecht vor. Die Aufnahme neuer Schulden muss frühzeitig angemeldet werden, bei Verstößen gegen die Inhalte des Fiskalpakts wird automatisch ein Überwachungs- und Korrekturprozess gestartet in den gleichen Bahnen, die auch das „Six-Pack“ vorschreibt. Die Umsetzung der nationalen Verpflichtungen aus dem Fiskalpakt ist vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar. Staaten, die Hilfen aus dem ESM beantragen, müssen den Fiskalpakt ratifiziert haben. Das „Two-Pack“ von 2013 erweitert die Einbeziehung der EU-Kommission in nationale Haushaltsplanungen über das Europäische Semester, indem die Mitgliedstaaten der EU-Kommission bereits Einsicht in ihre Haushaltsentwürfe zu gewähren haben, bevor sie den nationalen Parlamenten präsentiert werden. Die EU-Kommission kann allerdings nur Stellung nehmen, kein Veto einlegen. Für Staaten, die sich einem Defizit- oder Ungleichgewichtsverfahren unterziehen müssen, wird außerdem die Frequenz vorzulegender Fortschrittsberichte erhöht. Das „Two-Pack“ gilt nur für Euro-Staaten (Verdun 2015: 228 f. Ioannou et al. 2015: 160 f.; Buti/Carnot 2012: 906 ff.; Bauer/Becker 2014). Die Regelungen zur Verbesserung der Krisenprävention können

⁸ Zu diesen drei Maßnahmen kommt außerdem der Euro-Plus-Pakt von 2011, den alle Euro-Staaten und einige weitere EU-Mitgliedstaaten unterzeichneten. Der Euro-Plus-Pakt sieht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine engere Koordinierung unter anderem der Haushalts-, Lohn- und Rentenpolitik vor, beruht aber auf freiwilligen Selbstverpflichtungen. Seine Forderung nationaler Schuldenbremsen wurde durch den Fiskalpakt 2012 jedoch verbindlich. Für einen Gesamtüberblick über die Krisenpolitik s. Pisani-Ferry (2014: 179 ff.), vgl. außerdem Europäische Kommission (o.J.): Timeline: The Evolution of EU Economic Governance.

⁹ Hier werden nicht nur Leistungsbilanzdefizite, sondern auch Überschüsse analysiert. Deutschlands hohe Exportüberschüsse wurden zwar ab 2014 als Ungleichgewicht identifiziert, bislang aber nie als exzessiv bewertet und keinem korrektiven Verfahren unterzogen.

damit als pfadabhängig gegenüber der durch den SWP geschaffenen Logik der wirtschafts- und fiskalpolitischen Koordination in Europa interpretiert werden (Verdun 2015).¹⁰ Diese Maßnahmen der Krisenprävention und des Krisenmanagements fasst die vorliegende Arbeit in der Folge unter den Begriff der EU-Krisenpolitik.¹¹

Strukturelle Heterogenität des Euroraums

Jenseits des Symptoms der Staatsverschuldung lenkte die Eurokrise den Blick auf makroökonomische Ungleichgewichte in Form stark divergierender Leistungsbilanzen im Euroraum (De Grauwe/Ji 2013). In der Analyse der Leistungsbilanzunterschiede wurde systembedingten Krisenursachen ein höheres Gewicht beigemessen als der populären Erklärung verschwenderischer Staatshaushalte – mit der Schlussfolgerung, dass Leistungsbilanzdefizite auf die institutionelle Heterogenität der im Euroraum identifizierbaren Spielarten des Kapitalismus zurückzuführen waren und sich daher nicht allein mit nationalen Kraftakten der Spar- und Strukturreformpolitik überwinden ließen (Baldwin et al. 2015; Copelovitch et al. 2016: 817 ff.; Johnston/Regan 2016; Hall 2014).

Diese institutionelle Varianz ließ sich für den Fall der Eurokrise auf das Verhältnis koordinierter, exportorientierter Marktwirtschaften Nordeuropas zu den weniger koordinierten, binnenmarktorientierten Marktwirtschaften Südeuropas innerhalb eines gemeinsamen Währungsraums herunter brechen: Der effektiven Lohnkoordinierung bzw. -zurückhaltung zwischen exportorientierten, exponierten und binnenmarktorientierten, abgeschirmten Sektoren in nordeuropäischen Staaten stand Lohninflation durch binnenmarktorientierte Sektoren in Südeuropa gegenüber. Hier kommen die europäischen Gewerkschaften ins Spiel: Hancké (2013a; 2013b, s. auch Höpner/Lutter 2018) argumentiert, dass der europäische Wettbewerb, in dem exportorientierte Sektoren stehen, Gewerkschaften dieser Sektoren Lohnzurückhaltung akzeptieren ließ. Im von solchem Wettbewerbsdruck abgeschirmten öffentlichen Dienst dagegen herrschte in den 2000er-Jahren das Bestreben, die den Euro-Konvergenzkriterien geschuldete Lohnzurückhaltung der 1990er-Jahre mit höheren Tarifabschlüssen auszugleichen – und so in einigen Euro-Staaten auch die binnenmarktorientierte Wirtschaft zu stimulieren.

Wo in Europa starke nationale Gewerkschaftsbewegungen ihre Lohnforderungen an den exponierten Sektoren ausrichteten, blieb es auch in den 2000er-Jahren bei Lohnzurückhaltung – allen voran in Deutschland und in dessen Schatten auch in Österreich, Belgien,

¹⁰ Weitergehende Schritte zu einer fiskalischen und politischen Union wurden in der Folge zwar vorgeschlagen, nicht zuletzt von den Präsidenten der europäischen Institutionen, vgl. Europäische Kommission (2015): Completing Europe's Economic and Monetary Union. Dies hätte aber Vertragsänderungen erfordert, die nicht für alle Mitgliedstaaten zustimmungsfähig waren. Insbesondere wurde das schwierige Nebeneinander europäischer Geldpolitik und nationaler Haushaltspolitik diskutiert, für das die Straffung des SWP nur als halbherzige Lösung gesehen wurde. Eine echte Fiskalunion bestünde dagegen aus einer europäischen Fiskalpolitik, deren Haushalt sich auf supranationale Steuereinnahmen stützt, gemeinsame Schuldtitel ausgeben kann (Eurobonds) und fiskalische Transfers, ggf. auch in Form automatischer Stabilisatoren wie einer europäischen Arbeitslosenversicherung, zwischen den Mitgliedstaaten organisiert.

¹¹ Zur Krisenpolitik gehören auch Anstrengungen in Richtung einer Bankenunion mit dem Zwischenschritt einer gemeinsamen Bankenaufsicht, außerdem Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und 2014 schließlich der Plan für eine „Investitionsoffensive in Europa“ (s.u.).

Frankreich und Finnland.¹² In den schwach koordinierten Gewerkschaftsbewegungen Südeuropas, aber auch in Irland und den Niederlanden, deren Exportanteile zu den höchsten in der Wirtschafts- und Währungsunion zählten, konnten dagegen die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts Lohnabschlüsse durchsetzen, die über den Produktivitätszuwächsen lagen. So stiegen Inflation und Leistungsbilanzdefizite an, während die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Sektoren sank. Angesichts der divergierenden Inflationsraten in den Euro-Staaten bedeutete die „one size fits all“-Geldpolitik der EZB für wirtschaftlich boomende Euro-Staaten ggf. zu niedrige, für wirtschaftlich strauchelnde Euro-Staaten ggf. zu hohe Realzinsen. In beiden Fällen wirkten diese Realzinsen insgesamt prozyklisch (Scharpf 2018: 584 f., s. Exkurs 1: Lohnkoordinierung und die Eurokrise). Leistungsbilanzüberschüsse generierten schließlich in Nordeuropa Kapitalerträge, die als Kredite nach Südeuropa zurückflossen und so zum einen die Traktion der jeweiligen Leistungsbilanzen verstärkten, zum anderen die Ansteckungsgefahren der Eurokrise erhöhten und weitere Bankenrettungen in Nordeuropa unausweichlich gemacht hätten, wären keine Rettungsprogramme für die betroffenen Euro-Staaten beschlossen worden.

Politische Konflikte um die Krisenpolitik

Die Beschlüsse der EU-Krisenpolitik gingen mit erheblichen politischen Konflikten zwischen und innerhalb der EU-Staaten einher. In der EU positionierten sich Gläubigerstaaten gegen Schuldnerstaaten, der exportorientierte Norden gegen den binnenmarktorientierten Süden Europas, zugespitzt die Gewinner gegen die Verlierer der Euro-Architektur (Matthijs 2014; Hall 2014; Scharpf 2018).¹³ Nicht nur die gemeinsame Währung befand sich in einer existentiellen Krise – viele Politiker und Medien schürten die Befürchtung, dass mit dem Euro auch gleich die Europäische Union kollabieren könnte (Davis Cross/Ma 2015).¹⁴ Europapolitik stand über einen ausgedehnten Zeitraum im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, nationale politische Diskurse waren europäisiert und die EU gesellschaftlich politisiert wie nie zuvor, gleichzeitig erodierte das öffentliche Vertrauen in die EU (Kriesi/Grande 2014: 76; Rauh/Zürn 2014: 135; Hobolt 2014).

Deutschland fand sich dabei wirtschaftlich und politisch im Zentrum des Geschehens. Wirtschaftlich anfangs, weil seine rasche konjunkturelle Erholung nach der

¹² Allerdings driftete auch in diesen Ländern die Lohnentwicklung zwischen den wettbewerbsorientierten und den vom Wettbewerb abgeschotteten Sektoren, die zuvor fast perfekt korrelierte, auseinander. Lohninflation im öffentlichen Sektor wurde aber durch Lohndeflation im exponierten Sektor relativ zur wachsenden Produktivität aufgefangen. So blieb die Lohnzurückhaltung insgesamt hoch, in Deutschland und Österreich war die Orientierungsfunktion der Tarifabschlüsse in den exponierten Metall- und Chemiesektoren auch in der Währungsunion weitgehend gegeben (Hancké 2013a: 66 ff.). Damit lag die Entwicklung der Lohnstückkosten im Industriesektor in Deutschland und Österreich über den Zeitraum seit Einführung des Euro bis zur Eurokrise nicht nur unter dem EU-Durchschnitt, sondern war sogar negativ (ibid.: 7).

¹³ Weniger betroffene EU-Staaten nahmen in der Eurokrise dagegen keine Position ein, grundlegende europapolitische Entscheidungen wurden dort kaum zwischen Regierungen und Öffentlichkeiten diskutiert (Armingeon/Cranmer 2018).

¹⁴ Auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel stimmte in einer Regierungserklärung im Bundestag in diesen Chor ein: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Vgl. Deutscher Bundestag (2010): „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“.

internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise für Aufsehen sorgte,¹⁵ und später, weil seine hohen Exportüberschüsse in Verbindung mit Lohnzurückhaltung und niedrigen öffentlichen Investitionen zunehmend als problematisch für die wirtschaftliche Balance im Euroraum gesehen wurden (Hancké 2013a; De Grauwe/Ji 2013: 40). Politisch, weil EU-Rettungspakete für angeschlagene Euro-Staaten die Zustimmung Deutschlands benötigten – wofür die deutsche Bundesregierung Auflagen zur Bedingung machte, mit denen sie ihre wirtschaftspolitischen Deutungen und Präferenzen durchsetzte (Schimmelfennig 2015). Die deutsche Bundesregierung wies beharrlich auf das Verbot der gegenseitigen Finanzierung von Staatsschulden in der EU nach Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und den mit Finanzhilfen verbundenen „moral hazard“ hin und lehnte jegliche Entwicklung hin zu einer „Transferunion“ ab (Crespy/Schmidt 2014).¹⁶ Auf die Erwartung, die Europäische Union aus der Krise zu führen, reagierte Deutschland so zunächst als „widerwilliger Hegemon“ (Paterson 2011).

Als die deutsche Bundesregierung schließlich doch zu dem Schluss kam, dass Hilfskredite unausweichlich waren, beharrte sie auf einer strikten Konditionalität der Rettungsprogramme, die gewaltige nationale Spar- und Reformanstrengungen festschrieb. Dies führte zunächst zur Einführung der ESFS und in der folgenden Diskussion über einen permanenten europäischen Rettungsfonds dazu, dass Deutschland seine Zustimmung zum ESM an die Einführung eines europäischen Fiskalpakts knüpfte. Dieser sah nationale Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild vor und musste von Staaten ratifiziert werden, bevor sie Hilfen aus dem ESM beantragen konnten. Damit obsiegte Deutschlands Beharren darauf, dass Staatsschulden und fehlende Wettbewerbsfähigkeit den Kern der Eurokrise darstellten. Griechenlands Staatsschulden mögen – obgleich durch Maßnahmen in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in die Höhe geschwollen – schon länger zu hoch gewesen sein. Irland und Spanien hatten dagegen ausgehend von einer Staatsverschuldung, die vor der Krise gemessen an der Wirtschaftsleistung niedriger war als die Deutschlands, die Haftung für die Verbindlichkeiten ihrer Banken übernommen. Eine differenzierte Ursachenforschung wurde durch eine einseitige Obsession mit Griechenlands erdrückender Verschuldung überlagert, die vor allem von Deutschland propagiert wurde. Griechenlands Probleme bestimmten damit das Narrativ der Krisenursachen und -lösungen (Pisani-Ferry 2014; Crespy/Schmidt 2014).

Der zunehmenden Polarisierung zwischen Austerität und keynesianischen Alternativen und zwischen einer deutschen „Stabilitätsunion“ und einer europäischen „Fiskalunion“ (Hacker/Koch 2016) begegnete die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einer Strategie der Depolitisierung: Die Sparpolitik sei „alternativlos“. „Alternativlos“ wurde 2010 in Deutschland zum Unwort des Jahres gekürt und bemerkenswerterweise bereits

¹⁵ Die schnelle Erholung Deutschlands stellte in Europa die Ausnahme dar. Während die Arbeitslosenquote in der Eurozone zwischen 2008 und 2013 von 7,6 auf 12 Prozent stieg, fiel sie in Deutschland von 7,6 auf 5,4 Prozent (Myant/Piasna 2014: 7).

¹⁶ Für den später eingeführten Europäischen Stabilitätsmechanismus wurde Artikel 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durch einen dritten Absatz so ergänzt, dass Finanzhilfen zwischen Euro-Staaten in einstimmigem Beschluss und in der Gesamtsumme gedeckelt als Ultima Ratio möglich wurden, wenn ohne sie die Finanzstabilität nicht nur des betreffenden Mitgliedstaats, sondern der gesamten Eurozone gefährdet würde. Die Nichtbeistandsklausel des Artikels 125 wurde entsprechend eingeschränkt (Kietz 2013).

von Merkels Amtsvorgänger Gerhard Schröder verwendet, um seine Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen der Agenda 2010 durchzusetzen (Kurbjuweit 2014: 7). Eben solche Reformen wollte die Bundesregierung nun den Programmstaaten verordnen, da sie die Agenda 2010 als wichtigsten Faktor des eigenen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs vom „kranken Mann Europas“ in den 2000er-Jahren wertete und deren Übertragbarkeit auf die binnenmarktorientierten Wirtschaftssysteme Südeuropas unterstellte (Armingeon/Baccaro 2015: 166 f.; Scharpf 2018). Als unabdingbar für die „economic governance“ der Europäischen Union betonte Deutschland schließlich die Einhaltung von Regeln, insbesondere des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (Matthijs 2016) – eine technokratische, depolitisierte Vorstellung ordoliberaler Wirtschaftspolitik.

Dabei hatte es in der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 zunächst so ausgesehen, als würde die internationale und europäische Krisenpolitik einen anderen Verlauf nehmen. Die gewaltige öffentliche Empörung über die Geschäftspraktiken der Finanzmärkte und die Kosten der Bankenrettung erzeugte in der internationalen Politik ein Echo aus Rufen nach gemeinsamer Regulierung des Finanzsektors.¹⁷ Automatische Stabilisatoren und sinkende Steuereinnahmen im Zuge fallender Wirtschaftsleistung erhöhten die Defizite und Schuldenstände öffentlicher Haushalte. Gegen die Konjunkturerinbrüche setzten die G20-Staaten dennoch auf fiskalische Stimuli, auch die Europäische Kommission propagierte mit ihrem „European Economic Recovery Plan“ eine antizyklische Fiskalpolitik.¹⁸ Europas Staaten folgten dieser Politik generell, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß (Pontusson/Raess 2012; Cameron 2012). In Deutschland wurden die „Umweltprämie“ als Anreiz zum Kauf neuer Autos und die finanzielle Unterstützung von Kurzarbeit vor allem in größeren Unternehmen der Exportwirtschaft beschlossen. So konnten Stellenabbau vermieden und Produktionskapazitäten erhalten werden, die in der folgenden wirtschaftlichen Erholung alsbald wieder gebraucht wurden (Armingeon 2012; Vail 2014). Das Volumen der deutschen Konjunkturlieferungen belief sich 2009 auf 1,5 Prozent, 2010 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Hodson 2010: 30).

Die ab Herbst 2009 veröffentlichten Zahlen zu Griechenlands Haushaltsdefiziten bedeuteten ein Fanal für die politische Wahrnehmung und Bearbeitung der Krise: Der Fokus verschob sich von den Machenschaften deregulierter Finanzmärkte und keynesianischer Krisenpolitik hin zu exzessiver Staatsverschuldung als Kernproblem (Pisany-Ferry 2014; Blyth 2013).¹⁹ Dies läutete in Europa die politische Wende zu prozyklischer, restriktiver Fiskalpolitik ein: Noch in der Rezession wurden Staatsausgaben gekürzt, Steuern erhöht und Strukturreformen begonnen, insbesondere Arbeitsmarkt- und Rentenreformen (Baldwin et al. 2015: 10 f.; Alesina et al. 2015: 389 ff.).²⁰ Die Intensität der Sparmaßnahmen korrelierte fast perfekt mit den Zinssteigerungen für die jeweiligen Staatsanleihen

¹⁷ Vgl. G20 (2009): London Summit – Leader’s Statement.

¹⁸ Vgl. Europäische Kommission (2008): A European Economic Recovery Plan.

¹⁹ Vgl. G20 (2010): Toronto Summit Declaration.

²⁰ Ausgabenkürzung und Steuererhöhung sind die beiden Optionen von Austeritätspolitik. Eine langfristige Analyse zeigt, dass Steuererhöhungen die schlechtere Option darstellen, da sie mit höheren Verlusten späterer Wirtschaftsleistung einhergehen als Ausgabenkürzungen (Alesina et al. 2019). Dass Ausgabenkürzungen aber – stärker als Steuererhöhungen – mit sozialen Unruhen in Zusammenhang stehen, zeigt eine andere langfristig angelegte Studie (Ponticelli/Voth 2020).

(De Grauwe/Ji 2013). Damit meldete sich der Einfluss der Finanzmärkte auf die Politik zurück, der in der internationalen Finanzkrise gerade noch Stürme öffentlicher Entrüstung ausgelöst hatte. Politische Bekenntnisse zur Finanzmarktregulierung wichen der Argumentation, dass die strenge Reaktion der Finanzmärkte ein notwendiges Korrektiv für exzessive Defizite öffentlicher Haushalte darstelle.²¹ Der kurze keynesianische Moment war vorbei, auch Deutschland plante Kürzungen von 80 Milliarden Euro über mehrere Jahre.²² Die EU-Staaten waren sich keineswegs in der Diagnose einig, dass exzessive Staatsausgaben die Hauptursache der Krise waren, stimmten aber überein, die einst vereinbarten fiskalpolitischen Zielsetzungen als sinnvoll beizubehalten (Verdun 2015: 229). Erst ab 2013 wurde die Sparpolitik auch unter dem Druck Frankreichs und Italiens vorsichtig revidiert (Alesina et al. 2015: 389), die Europäische Kommission kündigte 2014 schließlich ein Investitionsprogramm an.²³

Die in der Eurokrise zu Tage tretenden institutionellen Defizite des Euro führten insgesamt zu zusätzlicher Verlagerung von Autorität auf die europäische Ebene, deren Legitimität umstritten war, und zu damit verbundenen redistributiven Konsequenzen und Konflikten (Scharpf 2013; Rauh/Zürn 2014: 129 ff.). Insgesamt durchliefen nur „Six-Pack“ und „Two-Pack“ das supranationale ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU, die Rettungsfonds und der Fiskalpakt wurden intergouvernemental und zunächst abseits der europäischen Verträge beschlossen. EFSF und ESM betreffen dabei nur Euro-Staaten, der Fiskalpakt wurde von allen EU-Staaten mit Ausnahme von Großbritannien, Tschechien und Kroatien unterzeichnet, für Euro-Staaten gilt er vollumfänglich, für andere EU-Staaten in abgeschwächter Form. In diesem intergouvernementalen Szenario wurde die Krisenpolitik daher von exekutiven und technokratischen Akteuren bestimmt: Das *Agenda Setting* fand im Europäischen Rat statt (Puetter 2012), wo nationale Interessen verfolgt wurden und unter den Mitgliedstaaten keine Fortentwicklung hin zu europäischer Identität und Gemeinwohlinteressen erkennbar war (Armingeon/Cranmer 2018). Mit der Umsetzung der Kreditprogramme wurden die EU-Kommission und die EZB betraut (Bauer/Becker 2012; Torres 2013). Das Europäische Parlament und nationale Parlamente hatten kaum Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Krisenpolitik (Rittberger 2014; Auel/Höing 2014). Auf europäischer Ebene wurden Konsultationsverfahren verkürzt oder gar nicht erst angesetzt (European Citizen Action Service 2013). Neben der ungerechten Verteilung der Krisenkosten wurde daher die Frage der Legitimierung der Krisenpolitik angesichts der Exekutivdominanz zum zentralen Kritikpunkt der Proteste in Europa (della Porta/Parks 2018).

²¹ Vgl. Schäuble, Wolfgang (2010): Maligned Germany is right to cut spending. *Financial Times*, 24.06.2010.

²² Vgl. Schäfers, Manfred (2010): Größtes Sanierungspaket der Nachkriegsgeschichte. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.06.2010.

²³ Vgl. Europäische Kommission (2014): Eine Investitionsoffensive für Europa.

Soziale Konflikte in der Eurokrise

Unter Ökonomen wurde die Debatte Stimulus versus Austerität kontrovers geführt (Skidelsky/Fraccaroli 2017), Sparpolitik als kontraproduktiv gesehen (Wolf 2013) und die einseitige Abwälzung der Krisenkosten und Anpassungsmaßnahmen auf die Schuldnerstaaten kritisiert (De Grauwe/Ji 2013: 37 ff.). Die Sparpolitik verschlimmerte die Rezession, erhöhte zunächst die Staatsschulden relativ zur Wirtschaftsleistung in den Krisenländern und verzögerte die wirtschaftliche Erholung erheblich (De Grauwe/Ji 2013; Wolf 2013), führte zu hoher Arbeitslosigkeit (Myant/Piasna 2014), insbesondere Jugendarbeitslosigkeit (O'Reilly et al. 2015), und fuhr sozialpolitische Errungenschaften zurück (Degryse et al. 2014). In einigen Ländern folgten daraus eklatante Engpässe in der öffentlichen Daseinsvorsorge (Karanikolos et al. 2013). Der soziale Konflikt der Krisenpolitik lässt sich daran festmachen, dass Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen insbesondere ein zweites Mal diejenigen trafen, die im Zuge der Krise bereits Arbeitslosigkeit oder niedrigere Löhne hinnehmen mussten und daher dringend auf eben diese öffentlichen Leistungen angewiesen waren.

Regierungen wurden zwar bei Wahlen für die Krisenpolitik abgestraft (Hernández/ Kriesi 2016), letztlich hatten nationale Wählerschaften aber während der Eurokrise keine Handhabe gegen europäische Entscheidungen (Kriesi 2014). Auch die öffentliche Meinung zur Sparpolitik hatte keinen stabilen und signifikanten Effekt auf die Positionen der Regierungen (Armingeon/Cranmer 2018). Protest verblieb als einzige Möglichkeit der Interessenartikulation. Die Intensität des Protests gegen die Sparpolitik wird in der Literatur unterschiedlich bewertet. Manche Studien stellen eine Zunahme an Protest fest (Della Porta 2015; Ancelovici et al. 2016), andere sehen darin eine trügerische Wahrnehmung, der einige Großproteste mit unverhältnismäßiger Medienresonanz zugrunde liegen (Bermeo/Bartels 2014; Cinalli/Giugni 2016). Vor allem in Südeuropa kam es zu zahlreichen Generalstreiks und Protestaktionen (Nowak/Gallas 2014; Ancelovici 2015),²⁴ neue populistische Parteien fanden großen Zulauf (Mudde 2016; Hobolt/Tilley 2016). Gewerkschaften waren neben Bürgerbewegungen die zentralen Akteure der europäischen Opposition gegen die Krisenpolitik (Accornero/Ramos Pinto 2015; Ancelovici 2015; Rüdig/Karyotis 2014; della Porta et al. 2012). Anders als bei postmateriell motivierten neuen sozialen Bewegungen, die die europäische Protestlandschaft und daher den Fokus der Protestforschung lange bestimmt hatten, standen wieder materielle Interessen und der Kapitalismus an sich im Zentrum der Mobilisierung (della Porta 2015) – die damit thematisch an die „alte“ Arbeiterbewegung erinnerte. Gewerkschaftliche Protestaktivitäten hatten dabei häufig die defensive Ausrichtung, das Schlimmste zu verhindern. Zwar fanden in allen EU-Staaten Streiks oder Demonstrationen gegen die Sparpolitik statt, abgesehen von Frankreich und Großbritannien konzentrierten sich große Mobilisierungen aber auf die Programmstaaten (Bach/Pedersini 2013: 150 ff.).

²⁴ Die Proteste in den Mitgliedstaaten variierten in Ausmaß und Protestformen mit der jeweiligen Krisenbetroffenheit (Giugni/Grasso 2015; Cinalli/Giugni 2016). Für die Proteste in Spanien s. Cristancho (2015), für Griechenland Di-ani/Kousis (2014), für Portugal Accornero/Pinto (2015), für Irland als abweichenden Fall eines Programmstaats mit vergleichsweise milden Protesten Geary (2016).

Europas Regierungen sind inzwischen an Protestbewegungen gewöhnt und können sie gegebenenfalls einfach aussitzen („contained movements“, Tarrow 2011) – vor allem, wenn sie darauf verweisen können, dass ihr Handlungsspielraum entscheidend eingeschränkt ist durch internationale oder europäische Institutionen, die eine bestimmte Politik zwingend vorgeben (Kriesi 2014). In Folge der Proteste mag sich zwar die Parteilandschaft verändern (Magalhaes 2014), nicht aber die Politik. Regierungen mögen abgewählt werden und neue Parteien entstehen, die Richtung der Krisenpolitik bleibt dennoch die gleiche. Dafür gibt die als entschlossene Anti-Austeritäts-Bewegung gestartete und als Sparbeschlüsse umsetzende Regierungspartei gelandete Syriza in Griechenland ein eindrückliches Beispiel. Die Proteste waren in den meisten Programmstaaten somit intensiv, aber folgenlos.

Gewerkschaftliche Interessen gegenüber Europa

Die zentrale Rolle der Löhne als verbliebener Mechanismus der relativen Auf- und Abwertung in der Währungsunion veranlasste viele europäische Gewerkschaften bereits in den 1990er-Jahren, Anstrengungen in Richtung europäischer Lohnkoordinierung zu starten. Europäische Lohnkoordinierung nach der tarifpolitischen Zielformel Inflation plus Produktivitätswachstum hielten vor allem die westeuropäischen Gewerkschaften für geboten, um Unterbietungswettbewerbe europäischer Standorte zu verhindern (s. [Kapitel 2.3](#)). Die von der „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und IWF mit den Programmstaaten der EFSF und des ESM ausgehandelten „Memoranda of Understanding“ sahen dagegen vor, Tarifverhandlungen weiter zu dezentralisieren, was aus Sicht der Gewerkschaften einem Eingriff in die Tarifautonomie und einer weiteren Schwächung ihrer Position gleichkam.

Ähnliche Reformen der Lohnfindung empfahl die Europäische Kommission allerdings auch Staaten, die keine Rettungsprogramme in Anspruch nehmen mussten.²⁵ Dies bedeutete einen Positionswechsel der EU von der Akzeptanz freier Tarifverhandlungen hin zu direkter Einmischung in die Tarifsysteme und Löhne der Mitgliedstaaten (Schulten/Müller 2015). Vielerorts in Europa verstärkte die Eurokrise damit den Trend zur Dezentralisierung von Tarifverhandlungen hin zur Unternehmensebene (Bechter/ Brandl 2019; Eurofound 2014a). Lohnsenkungen und die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen rückten das gewerkschaftliche Ziel einer europäischen Lohnkoordinierung in weitere Ferne. Umgekehrt mussten die Gewerkschaften befürchten, dass der Lohndruck in den Programmstaaten auf den gesamten Euroraum übergreifen würde durch seine Implikationen für den Wettbewerb der exponierten Sektoren der Euro-Staaten, aber auch durch entsprechende länderspezifische Empfehlungen der Europäischen Kommission (Erne 2015b: 192 ff.). Eine dergestalt konzertierte Lohnsenkung pervertiert das positive Koordinierungsziel der europäischen Gewerkschaften. In den zehn Jahren von 2009 bis 2018 sanken die Reallöhne in acht EU-Staaten, darunter die Programmstaaten Griechenland (23 Prozent), Zypern (sieben Prozent), Portugal (vier Prozent) und Spanien (drei

²⁵ Vgl. Europäische Kommission (2012): Labor Market Developments in Europe 2012, S. 104.

Prozent) (European Trade Union Institute 2019). Ferner postulierte der Euro-Plus-Pakt eine moderate Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst als Orientierung für wettbewerbsfähige Tarifabschlüsse in der Privatwirtschaft (Schulten/Müller 2015: 340 f.). Deutsche Gewerkschaften wiederum sahen sich angehalten, die deutsche Lohnzurückhaltung des ersten Jahrzehnts des Euro zu überwinden und Lohnabschlüsse zu erreichen, die auch einen Beitrag zum Abbau von Ungleichgewichten in Europa leisten konnten.

Daneben untergrub die Beschneidung von Gewerkschaftsrechten auf nationaler Ebene das Fundament des Europäischen Sozialdialogs (Bogg/Dukes 2013; s. Kapitel 2.3). Neben dem Druck auf Löhne und institutionelle Einbindung bedeuteten die Eurokrise und die EU-Krisenpolitik für die europäischen Gewerkschaften nicht nur in den Programmstaaten außerdem eine intensive Auseinandersetzung mit den sozialen Konsequenzen der Krise. Im Zuge nationaler Konjunkturerinbrüche mussten sich Gewerkschaften gegen umfangreiche Arbeitsplatzverluste im privaten Sektor stemmen, mit Unternehmen über Entlassungs- oder Weiterbeschäftigungsbedingungen verhandeln, sich um die Belange ihrer Mitglieder kümmern und gleichzeitig verkraften, dass ihre Ressourcen durch schwindende Mitgliedsbeiträge schrumpften. Auf die Europäisierung der Wirtschaftspolitik folgte die Renationalisierung ihrer sozialen Folgen (Erne 2015a).

Die Sparpolitik führte europaweit auch im öffentlichen Sektor zu Stellenstreichungen, Lohnkürzungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen (Vaughan-Whitehead 2013). Kürzungen im öffentlichen Dienst veranlassten Regierungen häufig ohne Verhandlungen mit den Gewerkschaften unilateral. In den Programmstaaten geschah dies auf Drängen europäischer und internationaler Institutionen, in anderen EU-Staaten vor der Drohkulisse der Finanzmärkte. Dies impliziert, dass der öffentliche Sektor nicht länger vor externem Druck geschützt war, der durch eine neue Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit gekennzeichnet war: Der durch die EU-Krisenpolitik weiter eingeengte und empfindlicher sanktionierbare fiskalische Rahmen beschränkte die Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften des öffentlichen Diensts gegenüber der EU ebenso wie ihre Vetomöglichkeiten gegenüber nationalen Regierungen (Bach/Bordagna 2013). Die europäischen Gewerkschaften begrüßten daher zwar europäische Rettungsfonds als Krisenmanagement, lehnten aber die Konditionalität der Auflagen aus den „Memoranda of Understanding“ ebenso vehement ab wie die verschärften europäischen Vorgaben der Krisenprävention für nationale Haushalte und Reformprogramme. In diesen wie auch in gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtsverfahren wurden Lohnkosten bzw. „unit labour costs“ zur zentralen Variable ökonomischer Anpassung, die EU-Kommission kann hierzu Empfehlungen geben und Sanktionen verhängen, wenn die Mitgliedstaaten nicht selbst gegensteuern. Insgesamt festigte die EU-Krisenpolitik das wirtschaftspolitische Paradigma aus Marktliberalisierung, Sozialstaatsreform und Haushaltsdisziplin, dem die EU seit den 1990er-Jahren folgte und dem die europäischen Gewerkschaften seither erfolglos die Idee eines „sozialen Europas“ entgegenzusetzen versuchten (Bieler 2006).

1.2 Forschungsgegenstand

Die vorliegende Arbeit analysiert die Auseinandersetzung einer deutschen Gewerkschaft, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), mit der Eurokrise. Unter Auseinandersetzung mit der Eurokrise werden die interne Interessenbildung zur EU-Krisenpolitik gegenüber den ver.di-Mitgliedern und die Vertretung dieser Interessen gegenüber Medien und Öffentlichkeit gefasst. Im Folgenden wird dargelegt, wie die Arbeit damit die Forschung in theoretischer und empirischer Hinsicht zu ergänzen versucht.

Der Fokus der Forschung zu europapolitischer Gewerkschaftsaktivität liegt häufig auf der Interessenvertretung durch nationale und europäische Gewerkschaftsbünde. Während die Interessenunterschiede innerhalb europäischer Gewerkschaftsbünde analysiert werden (z.B. Busemeyer et al. 2008), werden die Interessen einzelner Gewerkschaften als gegeben betrachtet und die interne Interessenbildung kaum thematisiert. Daneben wird auf materielle Ressourcen im Vergleich zu europäischen Wirtschaftsverbänden abgestellt, nicht aber auf die zentrale gewerkschaftliche Ressource der Mitgliedermobilisierung. Europapolitik ist zwar kein prioritäres Interesse von Gewerkschaftsmitgliedern und kein Themenbereich, in dem die Mitglieder von Gewerkschaftsfunktionären besonders involviert werden, das Mobilisierungspotential ist deutlich geringer einzuschätzen als etwa bei Tarifaueinandersetzung. Dennoch sind Gewerkschaften auf das Mobilisierungspotential ihrer Mitglieder angewiesen, um gegenüber Politik, Öffentlichkeit und möglichen Bündnispartnern Stärke zu projizieren (Müller-Jentsch 1985).

Eine Kritik an der Institutionalisierung der europäischen Gewerkschaftsbewegung in Brüsseler Dachverbänden lautet daher, dass diese fernab der Mitglieder der nationalen Gewerkschaften stattfindet und damit keine Möglichkeit der Mitgliedermobilisierung hat – wie auch umgekehrt die Mitglieder keinen Bezug zur europäischen Gewerkschaftsebene aufbauen (Turner 1996; s. [Kapitel 2.3](#)). Andersherum sind europäische Gewerkschaftsverbände für ihre Interessenvertretung auf ressourcenstarke und handlungswillige nationale Mitgliedsgewerkschaften angewiesen (Falkner 2006; Perin/Léonard 2011). Der ehemalige Funktionär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) und heutige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Reiner Hoffmann stellte während der Eurokrise fest, ein beliebtes europapolitisches Handlungsmuster nationaler Gewerkschaften sei, in Brüssel etwas zu beschließen und es zuhause wieder zu vergessen, und forderte eine proaktive Europäisierung der Gewerkschaften.²⁶ Eine Implikation solchen Handlungswillens wäre wiederum, dass nationale Gewerkschaften ihre Mitglieder für europapolitische Themen sensibilisieren und ggf. mobilisieren.

Die Involvierung von Gewerkschaftsmitgliedern in europapolitische Fragen durch nationale Gewerkschaften ist bislang unzureichend erforscht. Die Literatur zeigt, dass vor allem Arbeiter der EU skeptisch gegenüberstehen bzw. Gewerkschaftsmitglieder nicht unbedingt die Positionen der Gewerkschaftsführung teilen (Freire et al. 2017; Hyman 2010)

²⁶ Vgl. Hoffmann, Reiner (2011): Proactive Europeanisation of industrial relations and trade unions! In: Wolfgang Kowalsky / Peter Scherrer (Hrsg.): Trade unions for a change of course in Europe. The end of a cosy relationship. Brüssel: European Trade Union Institute, S. 57-83.

– aber was Gewerkschaften konkret tun, um Mitglieder beim Thema Europa mitzunehmen, stellt eine Forschungslücke dar. Dieses Forschungsdesiderat möchte die vorliegende Arbeit angehen. Die Forschung zur Europäisierung der Gewerkschaften als institutionelle und funktionale Entwicklung europäischer Gewerkschaftsstrukturen wird um die Perspektive der europapolitischen Interessenbildung von Gewerkschaftsmitgliedern erweitert. Die Stoßrichtung der Arbeit folgt damit der Argumentation des stellvertretenden Generalsekretärs des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) Peter Scherrer, dass die Europäisierung der Gewerkschaften nicht in den Brüsseler Dachverbänden, sondern in den nationalen Mitgliedsgewerkschaften stattfindet:

“The Europeanisation of the trade unions begins ‘at home’, within the membership organisations, and it is here that the foundations for European action are laid and built upon. It is a misconception that all European trade union action goes on in Brussels; Brussels is simply the place where joint action is discussed and agreed. Trade union work, whether it is local, regional, national, European or global, starts within the factory, the office or the company.”²⁷

Basierend auf Theorie und Empirie der Gewerkschaftsforschung, der Interessengruppenforschung oder der Bewegungsforschung zu Interessenvertretung gegenüber der EU bergen die Erkenntnis und Erklärung des Umstands, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung keinen maßgeblichen Einfluss auf die Krisenpolitik hatte, wenig Überraschung bzw. wissenschaftliches Originalitätspotential. Mangelnde Einflussmöglichkeiten lassen sich mit geschlossenen Gelegenheitsstrukturen erklären (s. Kapitel 2.2), die für diese Arbeit wiederum den Ausgangspunkt der theoretischen Überlegungen und empirischen Untersuchung von ver.dis Interessenbildung und -vertretung darstellen. Damit geht es der Arbeit mehr um Aspekte der Mobilisierung als um deren politischen Erfolg. Die Kalkulation von Erfolgchancen spielt in der gewerkschaftlichen Strategieplanung zwar sicherlich eine Rolle. Reshef (2004: 637) weist aber darauf hin, dass Mobilisierung für Gewerkschaften unabhängig von ihren Erfolgchancen ein wichtiges Instrument darstellt, um Politik, Öffentlichkeit und nicht zuletzt sich selbst und ihre Mitglieder des gewerkschaftlichen Mobilisierungspotentials zu versichern bzw. es zu reproduzieren.

Um den Prozess der internen europapolitischen Mobilisierung ver.dis analytisch einzuordnen und Hypothesen für seine Inhalte zu bilden, entwickelt die vorliegende Arbeit eine Synthese aus Theorien der Gewerkschaftsforschung, der Protest- und Bewegungsforschung und der Interessengruppenforschung: Mit Hilfe des Konzepts der politischen Gelegenheitsstrukturen aus der Protest- und Bewegungsforschung lassen sich zunächst die Ausgangsbedingungen für ver.dis Interessenbildung und -vertretung spezifizieren (s. Kapitel 2.2). Sodann wird der Machtressourcenansatz der Gewerkschaftsforschung

²⁷ Vgl. Scherrer, Peter (2011): Unions still a long way from a truly European position. In: Wolfgang Kowalsky / Peter Scherrer (Hrsg.): Trade unions for a change of course in Europe. The end of a cosy relationship. Brüssel: European Trade Union Institute, S. 33.

eingeführt, der die Möglichkeiten strategischen gewerkschaftlichen Handelns angesichts ungünstiger struktureller Bedingungen untersucht. Dabei sind die Gewerkschaftsmitglieder zentraler Bestandteil der Organisationsmacht (Lévesque/Murray 2010; Schmalz/Dörre 2014; s. [Kapitel 3.1](#)). Der Machtressourcenansatz ist Teil der Literatur zur Revitalisierung der Gewerkschaften, die Gewerkschaften rät, politischer und konfliktfreudiger, aber auch demokratischer zu werden und gemeinwohl- bzw. bündnisorientiert zu agieren (Frege/Kelly 2004). Er setzt zwar verschiedene gewerkschaftliche Machtressourcen zueinander in Verbindung, behandelt aber mehr ihre Anwendung über gewerkschaftliche „capabilities“ als die interne Ausbildung der Machtressourcen selbst (Lévesque/Murray 2013).

Die vorliegende Arbeit begreift innergewerkschaftliche europapolitische Interessenbildung, d.h. die Europäisierung der Gewerkschaftsmitglieder, als Voraussetzung der Ausbildung gewerkschaftlicher Machtressourcen gegenüber europäischer Politik. Die Arbeit ergänzt die Perspektive des Machtressourcenansatzes damit um die Aspekte der Ressourcenbildung – auf Grundlage des aus der Protest- und Bewegungsforschung entlehnten Konzepts des *Framing* zunächst gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern und in der Folge gegenüber Medien und Öffentlichkeit (s. [Kapitel 3.1](#)). *Framing* konstituiert in der Sicht der vorliegenden Arbeit ein Angebot von ver.di an seine Mitglieder und die Öffentlichkeit. Trifft dieses Angebot auf eine Nachfrage, entstehen die Machtressourcen Organisationsmacht, Diskursmacht und Kooperationsmacht. Diese Argumentation erweitert den Ressourcenbegriff des Machtressourcenansatzes um den relationalen Ressourcenbegriff der Interessengruppenforschung, der Ressourcen als Attribute eines Austauschs zwischen Akteuren auf Grundlage ihrer Angebots- und Nachfragestrukturen konzipiert (s. [Kapitel 3.2](#)). Da Akteure nicht zuletzt durch wiederholte Interaktion wechselseitig ihre Nachfragestrukturen kennen, geht die vorliegende Arbeit davon aus, dass ver.di ihre europapolitischen Interessenvertretungsangebote in der Eurokrise nicht nur verstärkt, sondern diese auch an den Nachfragestrukturen von Mitgliedern, Medien und engagierter Zivilgesellschaft ausrichtet. Dieser theoretische Ansatz und die daraus abgeleiteten Implikationen werden empirisch getestet anhand der *Framing*-Angebote, die ver.di ihren Mitgliedern sowie Medien und Öffentlichkeit in der Eurokrise machte (s. [Kapitel 6](#)). Außerdem wird auf die resultierende Nachfrage in der ver.di-Mitgliedschaft, den Medien und der Öffentlichkeit eingegangen (s. [Kapitel 7](#)).

Weiter gefasste Referenzrahmen, in die sich der Beitrag der vorliegenden Arbeit und der Fall der Eurokrise aus Gewerkschaftssicht einfügen lassen, sind Studien zu politischer Mobilisierung vis-à-vis der zunehmend politisierten europäischen Integration und gewerkschaftlicher Einfluss auf EU-Politik. Studien zu gewerkschaftlichem Protest in der Eurokrise befinden, dass abgesehen von punktuellen Demonstrationen keine gemeinsame Mobilisierung der europäischen Gewerkschaften gegen die Spar- und Strukturreformpolitik der EU zustande kam (Bieler et al. 2017; Bieler/Erne 2015; Dufresne 2015; Dribbusch 2015; Erne 2015a; Gumbrell-McCormick/Hyman 2015; Hofmann 2018; Lehdorff 2015). In diesen Studien werden die nationalen Abwehrkämpfe der Gewerkschaften in den Programmstaaten und das Desinteresse bzw. die Interessenheterogenität der

Gewerkschaften in den von der Eurokrise wenig betroffenen EU-Staaten als Erklärung herangezogen (s. Kapitel 2.3). Die vorliegende Arbeit ergänzt diese Forschung um die Perspektive einer deutschen Gewerkschaft und vervollständigt so die Umstände der gescheiterten gesamteuropäischen Gewerkschaftsmobilisierung in der Eurokrise. Mit dem Fokus auf eine deutsche Gewerkschaft wirft die Arbeit außerdem ein Licht auf das (geringe) Ausmaß des politischen Konflikts um die EU-Krisenpolitik in Deutschland, das als deren treibende Kraft gilt und dessen politische Parteien die Krisenpolitik im Großen und Ganzen mitgetragen haben (Wonka 2016; s. Kapitel 2.2).

Schließlich kann die vorliegende Arbeit vor dem Hintergrund der Literatur zur Politisierung der europäischen Integration gelesen werden. Schon vor der Eurokrise galt die europäische Integration nicht mehr als die politische Selbstverständlichkeit, die sie in ihren ersten Jahrzehnten war. Seit dem Vertrag von Maastricht, in dem 1992 die Einführung des Euro beschlossen wurde, regten sich in nationalen Parteien und Gesellschaften Widerstände gegen das Konzept einer „ever closer union“. Diese neue Opposition gipfelte 2005 in der Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrags durch Volksabstimmungen in den Niederlanden und Frankreich, EU-Mitglieder der ersten Stunde. Die Politikwissenschaft stellte Veränderungen in der öffentlichen Haltung zur europäischen Integration von einem passiven „permissive consensus“ zu einem aktiven „constraining dissensus“ fest und bezeichnete dies als die „Politisierung“ der europäischen Integration (Hooghe/Marks 2009): Die Polarisierung der öffentlich und im politischen Prozess der EU vorgetragenen Positionen nimmt zu (de Wilde 2011: 560; s. auch Kriesi/Grande 2014: 68 f.). Die EU wird in der Öffentlichkeit wichtiger und gleichzeitig umstrittener, was aber nicht nur gesellschaftlichen Widerstand, sondern auch „Mobilisierung zugunsten der EU“ bedeuten kann – jedenfalls stellen mehr gesellschaftliche Akteure ihre Forderungen an sie (Rauh/Zürn 2014: 122). Politisierung ist in dieser Sicht die Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe an europäischer Politik (Rauh/Zürn 2014). Im Zusammenhang der Politisierung der europäischen Integration untersucht die vorliegende Arbeit, wie ver.di als gesellschaftliche Akteurin, die sich aktiv mit der europäischen Integration auseinandersetzt, ihre europapolitischen Interessen in der Eurokrise als einem einschneidenden Moment der europäischen Integration definierte, mobilisierte und zu vertreten versuchte. Die Forschungsfragen, die die Untersuchung leiten, lauten: Stellte die Eurokrise für ver.di einen Europäisierungs- und Politisierungsschub dar, indem ver.di den Aufbau von europapolitischen Machtressourcen forcierte? Wie kann diese Ressourcengenerierung theoretisiert werden? Wie fand sie empirisch statt im Zusammenspiel mit Gewerkschaftsmitgliedern, Medien und Zivilgesellschaft?

Im folgenden Kapitel werden zunächst die deutsche Gewerkschaftslandschaft und ihre Interessenvertretung vorgestellt. Im Anschluss daran werden die Ausgangsbedingungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in der Eurokrise erarbeitet.

2. Forschungsstand und Ausgangssituation

2.1 Organisation und Interessenvertretung der deutschen Gewerkschaften

Die deutschen Gewerkschaften verzeichneten in den vergangenen Jahrzehnten schwere Mitgliederverluste. Hatten die DGB-Gewerkschaften 1990 noch rund acht Millionen und 1991 im Zuge der deutschen Wiedervereinigung kurzzeitig fast zwölf Millionen Mitglieder, kommen sie heute auf knapp sechs Millionen Mitglieder (s. [Abbildung 1](#)).²⁸ Der gewerkschaftliche Organisationsgrad lag in Deutschland 2017 bei 17 Prozent (Vandaele 2019: 17). Fitzenberger und Kollegen (2011) argumentieren, dass die beachtlichen Mitgliederverluste nicht nur mit der veränderten Zusammensetzung des Arbeitsmarkts (mehr Frauen, höhere Qualifikationen, Firmengröße, Tertiarisierung) zusammenhängen, sondern zentral auch mit der veränderten Einstellung von Arbeitskräften zu Gewerkschaften. Zum einen verschoben sich diese von kollektiven Orientierungen hin zu individueller Eigenverantwortung, zum anderen waren vor allem in Ostdeutschland die von den Gewerkschaften verhandelten Löhne zu hoch gemessen an der Produktivität. Daraus resultierten sinkende Tarifbindung und steigende Arbeitslosigkeit, was wiederum zu Austritten alter Gewerkschaftsmitglieder, geringer Eintrittsbereitschaft junger Beschäftigter und insgesamt zum Popularitätsverlust der tarifpolitischen Strategien der Gewerkschaften führte. In den vergangenen Jahren stabilisierten sich die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften insgesamt, die IG Metall wuchs zwischenzeitlich sogar leicht (Anders et al. 2015). Allerdings steigt auch der Anteil von Rentnern und Beschäftigungslosen unter den Gewerkschaftsmitgliedern (Ebbinghaus/Göbel 2014: 227 f.).

Im Jahr 2016 war der Organisationsgrad im öffentlichen Dienst mit 26,7 Prozent insgesamt deutlich höher als in der Privatwirtschaft (14,7 Prozent). Im Industriesektor lag er bei 18,8 Prozent, bei den Dienstleistungen bei 15,3 Prozent, insgesamt bei 17 Prozent. Von den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern waren 37,7 Prozent in der Industrie beschäftigt, 61,9 Prozent im Dienstleistungssektor.²⁹ In der von der IG Metall organisierten Automobilbranche erreicht der Organisationsgrad 50 Prozent und mehr, in einzelnen Großunternehmen sogar 80 bis 90 Prozent. Im Maschinenbau ist der Organisationsgrad aufgrund einer höheren Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen geringer. In ver.di Organisationsbereich des öffentlichen Diensts sind vor allem kommunale Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, aber auch Teile des Sozial- und Erziehungsdiensts und der Krankenhäuser stark organisiert. Bei den privaten Dienstleistungen erreichen privatisierte Staatsbetriebe wie Post, Telekom und Bahn hohe Organisationsgrade, in ehemals öffentlichen Sektoren aktive private Unternehmen sind dagegen wenig gewerkschaftsaffin

²⁸ Mitglied im DGB sind geordnet nach Mitgliederzahlen von 2020: IG Metall (~2,21 Millionen), ver.di (~1,94 Millionen), Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE, ~606.000), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW, ~280.000), Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU, ~232.000), Gewerkschaft der Polizei (GdP, ~198.000), Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG, ~194.000), Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG, ~184.000), vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.): Mitgliederzahlen 2020.

²⁹ Vgl. Visser, Jelle (2019): ICTWSS Database, Version 6.0, Juni 2019. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies.

(Dribbusch/Birke 2019: 13). Auch die Arbeitgeberverbände verlieren Mitglieder.

Abbildung 1. **Mitgliederentwicklung des DGB**

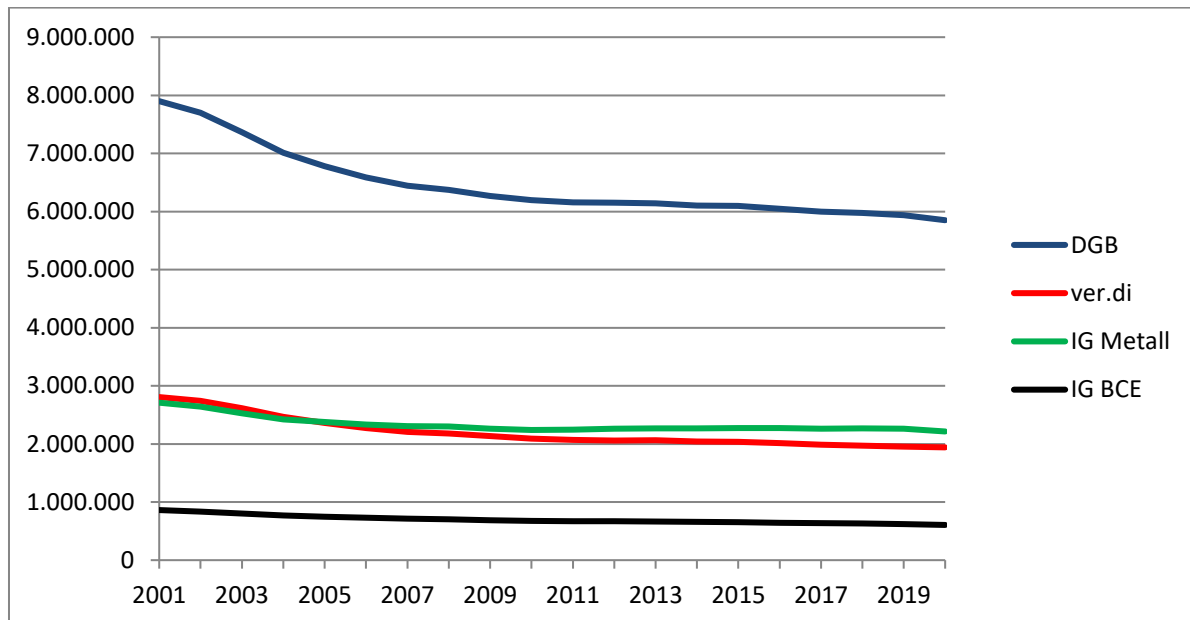


Abbildung 1: Mitgliederentwicklung des DGB und seiner drei größten Mitgliedsgewerkschaften von 2001 (ver.di's Gründungsjahr) bis 2020.

Eigene Darstellung, Datenquelle: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen> [30.07.2021].

Sektorale Organisation und Gewerkschaftsbünde

Ökonomisch organisierten sich die DGB-Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg als Industrie- bzw. Branchengewerkschaften und nicht als Berufsgewerkschaften. Dieses Prinzip geriet spätestens in den 1990er-Jahren zweifach unter Druck: Mitgliederverluste führten zunächst zu Gewerkschaftsfusionen, durch die sich die Anzahl der DGB-Gewerkschaften von 17 im Jahr 1989 auf aktuell bzw. seit 2001 acht reduzierte.³⁰ Fünf dieser acht Gewerkschaften haben Fusionsprozesse hinter sich, daneben gab es auch gescheiterte Fusionsbestrebungen (Behrens/Pekarek 2012; 2016a). So entstanden Multibranchengewerkschaften wie ver.di (Keller 2005), die in der Folge wiederum mit der Abspaltung bzw. der Neugründung kleiner Berufs- bzw. Spartengewerkschaften zu kämpfen hatten (Schroeder/Greef 2014). Silvia (2013) unterscheidet daher ab der Nachkriegszeit drei Gewerkschaftsbewegungen in Deutschland: Die Industrie- bzw. Branchengewerkschaften der

³⁰ Neben dem DGB als zentralem Gewerkschaftsbund, dessen acht Mitgliedsgewerkschaften etwa 75 Prozent der insgesamt 7,9 Millionen deutschen Gewerkschaftsmitglieder organisieren, gibt es den Deutschen Beamtenbund (dbb) mit vierzig Mitgliedsgewerkschaften und etwa 1,3 Millionen Mitgliedern sowie den Christlichen Gewerkschaftsbund mit 13 Mitgliedsgewerkschaften und etwa 270.000 Mitgliedern. Unabhängige Gewerkschaften, die keinem Gewerkschaftsbund angehören, organisieren etwa 260.000 Mitglieder. Vgl. Visser, Jelle (2019): ICTWSS Database, Version 6.0, Juni 2019. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies.

Bonner Republik, die Multibranchengewerkschaften, die nach der deutschen Wiedervereinigung entstanden, und schließlich das Aufkommen spezialisierter Berufsgewerkschaften. Deren Organisationsbereich ist eng definiert und umfasst hochqualifizierte Arbeitnehmer, deren Blockademacht im Streikfall gewaltig ist, zum Beispiel die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit, die Ärztegewerkschaft Marburger Bund oder die Lokführergewerkschaft GdL (Keller 2018). Keller (ibid.) argumentiert zwar, dass Berufsgewerkschaften keine Bedrohung für Branchen- bzw. Multibranchengewerkschaften darstellen und lediglich die industriellen Beziehungen in ihrem jeweiligen Sektor verändern. Festzuhalten ist aber, dass die Tarifkonflikte dieser vergleichsweise privilegierten Berufsgruppen durch ihre hohe Blockademacht ein großes – und gespaltenes – Echo in Medien und Öffentlichkeit hervorrufen.

Der DGB gilt als eher schwacher Dachverband, der stark von der Unterstützung bzw. den Interessen von IG Metall und ver.di abhängt, den mit Abstand größten seiner acht Mitgliedsgewerkschaften (Heinisch 2000: 73; Silvia 2013: 175 f.). Auf IG Metall und ver.di entfallen zusammen etwa 70 Prozent der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften.³¹ Der DGB koordiniert die politische Interessenabstimmung und -vertretung seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Seine Aufgabe besteht darin, von sektoralen Interessen zu abstrahieren und potentiell gegenläufige Forderungen der Mitglieder in realistische politische Strategien zu integrieren. Seinem Ziel, Einfluss und Bindungskraft gegenüber seinen Mitgliedern zu entwickeln, steht die Stärke von IG Metall und ver.di gegenüber, die über ausreichende Ressourcen für eigene politische Interessenvertretung verfügen und selbst Gewerkschaftsbünden ähneln (Behrens/Pekarek 2012: 545). Gleichzeitig reduziert die Stärke von IG Metall und ver.di den Einfluss kleinerer Gewerkschaften im DGB, die auf die Serviceleistungen des DGB stärker angewiesen sind (ibid.). Sind IG Metall und ver.di nicht bereit, ihre Mitglieder für Kampagnen des DGB zu mobilisieren, ist die Handlungsfähigkeit des DGB entscheidend geschwächt (s. dazu Hartmann/Lau 1980). Der DGB dient so häufig nur als Forum für die Mitgliedsgewerkschaften und als Verbindung zur europäischen Ebene (Ebbinghaus 2003).

Politische Ausrichtung

Aus dem Umstand, dass die deutschen Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg intensiv am wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau mitwirkten, leitete sich ihre wichtige Stellung in der deutschen Politik ab (Behrens et al. 2003).³² In der Folge wurden die eigentlich privaten Verbände zu quasi-öffentlichen Agenturen: Die Operationslogik einer

³¹ Dies wirkt sich auf die Zusammensetzung des höchsten DGB-Organs, des alle vier Jahre stattfindenden Bundeskongresses, aus. Die Zahl der von den acht Mitgliedsgewerkschaften entsandten Delegierten bemisst sich „nach der Zahl der Mitglieder, für die Beiträge an den Bund abgeführt wurden“. Zwischen den Bundeskongressen, die die gewerkschaftspolitischen Leitlinien festlegen, ist der Bundesausschuss das höchste Organ des DGB, das zu gewerkschaftspolitischen Fragen Stellung nimmt und den Haushalt beschließt. Neben dem Bundesvorstand und den Bezirksvorsitzenden des DGB sitzen im Bundesausschuss 70 von den Mitgliedsgewerkschaften entsandte Delegierte, deren jeweilige Anzahl über die jeder Gewerkschaft mindestens zustehenden zwei Mandate hinaus wiederum über die Anzahl beitragspflichtiger Gewerkschaftsmitglieder bestimmt wird. Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zuletzt geändert durch den 21. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2018 in Berlin, § 7, Absatz 7; § 8, Absatz 2.

³² Zur bundesrepublikanischen Gewerkschaftsgeschichte s. auch: Markovits/Allen (1984); Hyman (2001: Kapitel 6).

„negotiated public order“ betonte die Kompetenz und Legitimität der Verbände – vor allem im Hinblick auf Tarifabschlüsse, die mit hohem Wachstum, niedriger Inflation und geringer Arbeitslosigkeit vereinbar waren (Streeck/Hassel 2003a: 103 f.; s. auch Streeck/Schmitter 1985). So sind die Verbände auch in die Selbstverwaltung der Sozialversicherung institutionell eingebunden (Jeanrond 2014).

Trotz der parteipolitischen Neutralität gab es immer eine wirtschafts- und sozialpolitische Nähe und personelle Überschneidungen zwischen den DGB-Gewerkschaften und der SPD, eine sogenannte „privilegierte Partnerschaft“. Jahrzehntelang wählte eine überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder die SPD, der DGB wurde von Gewerkschaftern dominiert, die SPD-Mitglieder waren (Spier 2017). Heute entspricht der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Wählern der SPD ziemlich genau ihrem Anteil an der wahlberechtigten Bevölkerung – die SPD wird also nicht mehr von überproportional vielen Gewerkschaftsmitgliedern gewählt (Brenke/Kritikos 2017: 596).³³ In den 1970er-Jahren waren außerdem mehr als 60 Prozent der Bundestagsabgeordneten Gewerkschaftsmitglieder (Berlemann/Zimmermann 2011). Die von einer SPD-Regierung beschlossenen Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen der Agenda 2010 führten allerdings in den 2000er-Jahren zu einer Entfremdung zwischen Gewerkschaften und SPD und in der Folge zu einer Abspaltungsbewegung von der SPD mit der Neugründung der Partei Die Linke (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: 140).

Viele führende Funktionäre der DGB-Gewerkschaften haben zwar nach wie vor ein SPD-Parteibuch, aus der „privilegierten Partnerschaft“ sind aber „pluralisierte Partnerschaften“ situativer gewerkschaftlicher Kooperationen mit Parteien geworden (Spier 2017). Umgekehrt waren in der 19. Wahlperiode des Bundestags zwischen 2017 und 2021 noch immer 68 Prozent der SPD-Bundestagsabgeordneten Gewerkschaftsmitglieder, 99 Prozent von ihnen in DGB-Gewerkschaften.³⁴ Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete sind allerdings kein verlängerter Arm der Gewerkschaften ins Parlament hinein, sondern neben dem mehr oder weniger ausgeprägten gewerkschaftspolitischen Engagement, das ihre Mitgliedschaft bedeuten kann, ihren eigenen und den politischen Interessen ihrer Partei verbunden. Eine Studie attestiert ihnen negativen Einfluss auf die Wirtschaftsleistung gemessen an Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Inflation (Berlemann/Zimmermann 2011).

³³ In der zitierten Studie wird der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der wahlberechtigten Bevölkerung mit 19 Prozent angegeben. Ihr Anteil an der Wählerschaft der SPD ist ebenfalls 19 Prozent, bei CDU/CSU 17 Prozent, den Grünen 18 Prozent, der FDP 16 Prozent, der Alternative für Deutschland 24 Prozent und der Linken 27 Prozent (Brenke/Kritikos 2017: 598).

³⁴ In der 17. Wahlperiode (2009-2013) waren es in der SPD-Fraktion 76,7 Prozent, in der 18. Wahlperiode (2013-2017) 61,7 Prozent. Fraktionsübergreifend waren in der 19. Wahlperiode 22,8 Prozent der Abgeordneten Gewerkschaftsmitglieder. Die Fraktionen von CDU/CSU (1,6 Prozent), FDP (0) und Alternative für Deutschland (0) wiesen so gut wie keine Gewerkschaftsmitglieder auf, die Abgeordneten der Grünen (16,4 Prozent) lagen etwas unter dem Bundestagsdurchschnitt, die Linke in etwa auf dem Niveau der SPD (62,3 Prozent). Vgl. Deutscher Bundestag (2018): Datenhandbuch. Kapitel 3.12: Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete.

Interessenvertretung und institutionelle Einbindung

Die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit erlaubt Arbeitgebern und Arbeitnehmern zunächst, sich zu Verbänden zusammenzuschließen. Tarifautonomie auf sektoraler Ebene und Mitbestimmung auf Unternehmensebene über Betriebsräte und Belegschaftsvertretung im Aufsichtsrat ab bestimmten Unternehmensgrößen regeln die Abläufe der Interessenkoordinierung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen (Blanke 2014). Gewerkschaften und Betriebsräte ergänzen sich, indem die jeweilige Branchengewerkschaft für die Ausgestaltung des Tarifvertrags zuständig ist, der Betriebsrat für die Überwachung seiner Umsetzung auf Unternehmensebene. Betriebsräte müssen nicht Gewerkschaftsmitglieder sein, sind das aber mehrheitlich, wobei der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern auch hier rückläufig ist und 2010 bei 68 Prozent lag (Sperling 2014). Während in Tarifverträgen quantitative Fragen wie Lohn und Arbeitszeit behandelt werden, können Betriebsräte qualitative Aspekte der spezifischen Arbeitsumwelt des Unternehmens aufgreifen. Die negative Koalitionsfreiheit verbietet wiederum, Nichtmitglieder systematisch von tariflichen Leistungen auszuschließen. Arbeitgeber dehnen tariflich vereinbarte Löhne und Leistungen in der Regel auf alle Arbeitnehmer aus, um keine Anreize für Gewerkschaftsmitgliedschaft zu schaffen (Ebbinghaus/Göbel 2014).

Als „intermediäre Organisationen“ (Müller-Jentsch 1985) sind deutsche Gewerkschaften traditionell darauf ausgerichtet, zwischen ihren Mitgliedern und den Arbeitgebern bzw. der Politik einen Interessenaustausch zu ermöglichen: Gewerkschaften tauschten in der Vergangenheit Zurückhaltung sowohl ihrer Lohnforderungen als auch ihres Mobilisierungspotentials gegen das politische Bekenntnis zu Vollbeschäftigung und sozialstaatlicher Absicherung. Daher suchten die Gewerkschaften eine Balance zwischen einer Einflusslogik, nach der sie ihre Interessenvertretung der politischen und ökonomischen Umwelt anpassen, um Konzessionen von ihr erreichen zu können, und einer Mitgliedschaftslogik, nach der sich ihre Interessenvertretung an den Interessen ihrer Mitglieder ausrichtet (Schmitter/Streeck 1999; s. Kapitel 3.2). Die Rolle der Gewerkschaftsmitglieder blieb somit auf ein symbolisches, im europäischen Vergleich selten genutztes Mobilisierungspotential beschränkt und darauf, in Urabstimmungen über Arbeitskämpfe und die in der Folge erzielten Tarifkompromisse abzustimmen (Dörre 2011: 281).

Der von Müller-Jentsch (1993) geprägte Begriff der „Konfliktpartnerschaft“ fasst die institutionelle Einhegung des Klassenkonflikts in Deutschland so zusammen, dass Konflikte zwar durchaus existierten, aber einer partnerschaftlichen Lösung zugeführt wurden. In dieser Konstellation wird der föderale deutsche Staat als schwach und „semi-sovereign“ gesehen (Katzenstein 1987), er setzt lediglich die institutionellen Rahmenbedingungen für das Machtgleichgewicht und die Autonomie der Verbände im deutschen System der dualen Interessenvertretung. Die begrenzte Rolle des Staats zeigte sich in seinen kurzlebigen oder erfolglosen Versuchen in den 1970er- und 1990er-Jahren, Arbeitgeber und Gewerkschaften in tripartistische politische Konzertierung einzubeziehen. Ornston und Schulze-Cleven (2015: 557) begründen das Scheitern der Konzertierung mit der Effektivität der eigenständigen Koordinierung von Arbeitgebern und Gewerkschaften, die ihnen eine zusätzliche Legitimierung über politische Involvierung verzichtbar erscheinen ließ.

So war Deutschland nie ein korporatistisches Land im österreichischen oder skandinavischen, tripartistischen und stark regulierten Sinn. Deutschlands Spielart der Interessenkoordination wurde als „sektoraler Korporatismus“, „Korporatismus ohne Staat“ oder „horizontale Koordination“ umschrieben (ibid.: 556).³⁵ Dieses System galt als Grund dafür, dass Deutschland nicht über Löhne und Preise auf den Weltmärkten konkurrierte, sondern über Qualität. Das von Arbeitgebern und Arbeitnehmern koordinierte Ausbildungssystem, ein hohes Lohnniveau für Facharbeiter, das sektorenübergreifend günstig auf die Tarifabschlüsse anderer Branchen ausstrahlte, und geschützte Arbeitsverhältnisse gingen einher mit einer „diversified quality production“ (Streeck 1991b).³⁶

Institutionelle Erosion

Deutschland gilt in der „Varieties of capitalism“-Literatur als Paradebeispiel einer „coordinated market economy“, in deren Zentrum Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften auf sektoraler Ebene miteinander kooperieren (Hall/Soskice 2001). Dies setzt zunächst auf beiden Seiten starke und umfassende Organisierung voraus, die in der Bundesrepublik lange gegeben war: Thelen und van Wijnbergen (2003) argumentieren, dass Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften für eine effektive Koordination ein wechselseitiges Interesse an der Stärke des Verhandlungspartners haben. Erzielen Gewerkschaften zu hohe Tarifabschlüsse, gewinnen sie zwar kurzfristig, verlieren aber mittelfristig Tarifbindung dadurch, dass Arbeitgeber ihren Verband verlassen bzw. Ausnahmen von Tarifverträgen suchen. Mitglieder schwächere Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände können den Anspruch, ihre Sektoren umfassend zu vertreten, nicht aufrechterhalten und büßen so an Bindungskraft ein.

Zwar sind die institutionellen Rahmenbedingungen der industriellen Beziehungen in Deutschland wie von der „Varieties of capitalism“-Literatur postuliert nominell stabil, ihr organisatorisches Fundament, ihre sektorale Logik und ihr inhaltlicher Fokus haben sich allerdings in den vergangenen drei Jahrzehnten erheblich verändert (Hassel 1999). Sinkende Mitgliederzahlen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften lassen das organisatorische Fundament bröckeln, die sektorale Logik geht durch fallende Tarifbindung verloren, der inhaltliche Fokus verschiebt sich seitens der Arbeitgeber Richtung Liberalisierung und neuer Managementpraktiken, seitens vieler Betriebsräte weg von gewerkschaftlichen Interessen Richtung defensiver Konzessionen gegenüber dem Management unter Wettbewerbsdruck (Baccaro/Howell 2011; Dörre et al. 2013; Kinderman 2005). Brinkmann und Kollegen (2008: 115) befürchten, dass die institutionelle Einbindung der Gewerkschaften ihren sinkenden Mitgliederzahlen angepasst wird. Kinderman (2005)

³⁵ Korporatistische Arrangements wurden in Deutschland aufgebrochen zugunsten einer pluralistischen Interessenvertretung und Netzwerkstrukturen in den einzelnen Politikfeldern, in denen der Staat je nach seinem Bedarf fragmentierte Interessenorganisationen selektiv integriert (Rehder et al. 2009).

³⁶ Deutschland entwickelte ein exportbasiertes Wachstumsmodell, das auf vergleichsweise niedrige Löhne und Binnenkonsum angewiesen ist, um stabile reale Wechselkurse zu garantieren. Diese Strategie wurde durch den Euro bestärkt, der Deutschlands Exporte zunächst in die Eurozone, dann international begünstigte. Die Löhne in Industrie und Dienstleistungen entwickelten sich in der Folge auseinander. Niedrige stagnierende Löhne im Dienstleistungssektor hielten die nationale Preisentwicklung zurück, während die Löhne der Industrie zumindest bis in die 2000er-Jahre mit dem Produktivitätswachstum Schritt hielten (Baccaro/Pontusson 2016; Baccaro/Benassi 2017).

zeigt, dass Arbeitgeber das „deutsche Modell“ ökonomisch durch eine Umorientierung auf „shareholder value“ und politisch durch Kampagnen ihrer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft angreifen, die auf Deregulierung und Liberalisierung zielen. Streeck (2009) sieht Deutschlands organisierten Kapitalismus von einem flexiblen Kapitalismus abgelöst.

Deutschland gilt als die einzige große Volkswirtschaft, in der es noch sektorale Tarifabschlüsse (Branchen- bzw. Flächentarifvertrag) gibt, die üblicherweise ein Kennzeichen kleinerer Staaten sind (Visser 2007). Allerdings geht deren Deckungsgrad immer weiter zurück. Galten bis in die frühen 1990er-Jahre noch für mehr als 90 Prozent der Beschäftigten Branchentarifverträge, war dies 2017 deutschlandweit nur mehr für 47 Prozent der Beschäftigten der Fall (in Westdeutschland für 49 Prozent, in Ostdeutschland für 34 Prozent). Dazu kommen Firmentarifverträge, die die Arbeitsbedingungen von weiteren acht Prozent der Beschäftigten regeln (Westdeutschland: acht Prozent, Ostdeutschland: zehn Prozent). Die Deckungsgrade variieren stark nach Branche und Betriebsgröße: Im öffentlichen Dienst gelten in Deutschland für 88 Prozent der Angestellten Branchentarifverträge, für 10 Prozent Haustarifverträge, die Tarifbindung ist in Ostdeutschland mit insgesamt 99 Prozent aus Branchen- und Haustarifverträgen sogar höher als in Westdeutschland mit 97 Prozent. Diese Zahlen unterscheiden sich erheblich von denen des privaten Sektors, in dem es nicht nur zwischen den Branchen Divergenzen in der Tarifbindung gibt, sondern auch zwischen der besseren Abdeckung des Westens und der schlechteren des Ostens. Im verarbeitenden Gewerbe etwa sind in Westdeutschland 56 Prozent der Beschäftigten von einem Branchen- (45 Prozent) oder einem Haustarifvertrag (11 Prozent) erfasst, in Ostdeutschland sind es nur 33 Prozent.³⁷ In den Branchen reicht der Deckungsgrad von 78 Prozent in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bis zu 11 Prozent in der Informations- und Kommunikationsbranche. Größere Unternehmen mit vielen Beschäftigten sind eher tarifgebunden als kleinere Unternehmen. Die Bedingungen etwa der Hälfte aller Arbeitsverhältnisse, die nicht von einem Tarifvertrag gedeckt sind, orientieren sich zwar mal mehr, mal weniger an branchenüblichen Tarifvereinbarungen, unterliegen aber nicht der gleichen rechtlichen Verbindlichkeit (Holst 2014; Kohaut 2018). Die Möglichkeit, strauchelnde Unternehmen von Tarifverträgen auszunehmen, existiert schon lange. In jüngerer Zeit wurde diese Option unter Ausnutzung von Schlupflöchern aber immer häufiger gezogen. Tarifabweichungen werden inzwischen von Gewerkschaften hingenommen und in Arbeitgeberverbänden, z.B. Gesamtmetall, wird eine Mitgliedschaft „ohne Tarifbindung“ angeboten und gerne genutzt (Haipeter 2010; Bacaro/Howell 2011: 540).

Mit den – aus Beschäftigtensicht meist defensiven – Vereinbarungen auf Unternehmensebene werden Betriebsräte immer wichtiger vis-à-vis den Gewerkschaften. Betriebsräte können dazu neigen, sich ihrem Unternehmen mehr verpflichtet zu fühlen als den Gewerkschaften (zumal ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad sinkt) und daher Tarifabschlüsse im Sinne des Unternehmens zu flexibilisieren statt sie zu verteidigen. Kooperieren Betriebsräte intensiver mit Arbeitgebern als mit Gewerkschaften, verstärkt dies die

³⁷ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2019): Daten zu Tarifbindung und betrieblicher Interessenvertretung.

Dezentralisierungstendenzen bzw. gewinnen Betriebsräte an Autonomie gegenüber den Gewerkschaften. Da Gewerkschaften die Betriebsebene als ihre Macht- und Mobilisierungsbasis sehen, gefährdet dieser Trend ihre Einflussmöglichkeiten. Betriebsräte insbesondere großer Unternehmen, die gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder sind, werden in den Gewerkschaften einflussreicher (Thomas 2017: 662). Während Betriebsräte in größeren Unternehmen die Norm sind, nimmt ihre Zahl in kleineren und mittleren Unternehmen stark ab (in Unternehmen ab fünf Beschäftigten besteht das Recht zur Bildung eines Betriebsrats). Insgesamt haben inzwischen nur neun Prozent der Unternehmen einen Betriebsrat. In Westdeutschland arbeiteten 2017 noch 40 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen mit Betriebsrat bzw. 24 Prozent in Unternehmen mit Betriebsrat und Branchentarifvertrag, in Ostdeutschland 33 Prozent bzw. 14 Prozent (Ellguth 2018).

Atypische Arbeitsverhältnisse sind auch in Deutschland längst nicht mehr atypisch: Befristete Verträge, Teilzeit, Leiharbeit und Minijobs nehmen seit den frühen 1990er-Jahren und noch einmal verstärkt durch die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 in den frühen 2000er-Jahren zu (Keller/Seifert 2013). Damit ist „Dualisierung“ zwischen Arbeitsmarktinsern und -outsidern, zwischen dem tarifvertraglich geschützten Kern und der prekären Peripherie, auch in Deutschland ein großes Problem für die Gewerkschaften (Hassel 2014). Die Trennlinien verlaufen dabei aber nicht nur zwischen qualifizierten Industrieberufen und weniger qualifizierten Dienstleistungen, sondern auch innerhalb des Industriesektors selbst (Baccaro/Benassi 2017). Hier wird in großem Umfang auf Leiharbeit zurückgegriffen, unternehmensnahe Dienstleistungen werden ausgelagert (Ornston/Schulze-Cleven 2015: 568; Haipeter 2010). Die Industrie ist zu einem wichtigen Nachfrager von Dienstleistungen geworden, die sie oder ihre Tochterunternehmen einst selbst produziert haben (Edler/Eikelpasch 2013). Damit ist die Trennlinie zwischen Industrie- und Dienstleistungssektor nicht immer eindeutig. Das führt zum einen zu unterschiedlichen Arbeits- und Vergütungsverhältnissen im gleichen Wertschöpfungsprozess (Helfen/Nicklich 2013). Holst (2014) spricht in diesem Zusammenhang von vertikaler Desintegration, die die horizontale Koordination der deutschen Spielart des Korporatismus ablöst, indem Arbeitgeber nicht nur vermehrt auf Leiharbeit und Subunternehmer setzen, sondern schwer kontrollierbare Regulierungen atypischer Beschäftigungsverhältnisse umgehen. Zum anderen kommt es dadurch zu Zuständigkeitskonflikten zwischen den DGB-Gewerkschaften (Dribbusch et al. 2017: 214),³⁸ die das Verhältnis der Gewerkschaften untereinander belasten. Dies geschieht vor dem Hintergrund struktureller Interessen- bzw. Verteilungskonflikte von Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften in der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft. Während der Exportsektor auf niedrige Löhne und Preise angewiesen ist, liegt es im Interesse von Dienstleistungsgewerkschaften, Löhne und Binnenkonsum zu stimulieren („export-led growth model“ versus „wage-led growth model“, Baccaro/Pontusson 2016). Baccaro und Pontusson (2017) argumentieren, dass die schwachen deutschen Dienstleistungsgewerkschaften Lohnzurückhaltung und Auseinanderentwicklung der Löhne hilflos gegenüber standen, während die dominanten Industriegewerkschaften auch in der Hoffnung, Arbeitslosigkeit zu

³⁸ Vgl. Esslinger, Detlef (2015): DGB will enger zusammenarbeiten – ohne Verdi. *Süddeutsche Zeitung*, 14.04.2015.

verhindern, Lohnzurückhaltung hinnahmen (s. Exkurs 1: Lohnkoordinierung und die Eurokrise). Beobachter erkennen darin eine starke gesellschaftliche Koalition zwischen Kapital und der verbliebenen gewerkschaftlichen Bastion der Facharbeiter, deren relative Kaufkraft durch niedrige Löhne im Dienstleistungssektor und daraus resultierende Konsumpreise erhalten bleibt (Baccaro/Pontusson 2016; Dörre 2011; Hassel 2014).

Über den Befund der „Dualisierung“ zwischen stark und schwach organisierten Branchen hinaus unterscheidet Schroeder (2009) drei Gewerkschaftswelten in Deutschland, deren Grenzen branchen- und sektorenübergreifend fließend sind. Große industrielle Unternehmen mit einflussreicher Gewerkschaftsvertretung bilden die erste Welt, mittelgroße Betriebe im Industrie- und Dienstleistungsbereich die zweite Welt, in der gewerkschaftlicher Einfluss bereits von günstigen Bedingungen und Zugeständnissen der Arbeitgeber abhängt. In der dritten Welt innovativer Dienstleistungsunternehmen sind Gewerkschaften so gut wie nicht vertreten. Die deutschen Industriegewerkschaften haben Bastionen in den ersten beiden Welten. ver.di hat zwar mit dem gewerkschaftlich gut organisierten öffentlichen Dienst einen der ersten Welt vergleichbaren Teilbereich, muss für Tarifaussinandersetzungen der zweiten bzw. Anerkennungskämpfe der dritten Welt aber immense Ressourcen aufwenden (etwa bei Amazon, wo der Kampf um die Geltung des Flächentarifvertrags für den Einzelhandel statt für die Logistik und um gewerkschaftliche Anerkennung den Rekord für die längste derartige Auseinandersetzung aufgestellt hat, Dörre et al. 2016: 174 ff.). Da Industrieunternehmen aufgrund sensibler Produktionsketten und internationaler Wettbewerbsverhältnisse industrielle Konflikte vermeiden möchten (Thelen/van Wijnbergen 2003), verschieben sich Streikaktivitäten in den Dienstleistungssektor, sodass eine Tertiarisierung der Arbeitskämpfe beobachtbar ist (Bordagna/Cella 2002; Dribbusch 2009). Gingen zwischen 1996 und 2000 drei Viertel und zwischen 2001 und 2005 sogar 94 Prozent der streikbedingt ausgefallenen Arbeitstage auf Arbeitsniederlegungen in der Industrie zurück, hat sich die Entwicklung seither umgekehrt: Zwischen 2006 und 2010 war der Dienstleistungssektor für drei Viertel der streikbedingt ausgefallenen Arbeitstage verantwortlich, zwischen 2011 und 2015 für 85 Prozent (Lesch 2016: 32 f.).³⁹ Streeck (2016) bringt den Stand der deutschen Konfliktpartnerschaft überspitzt auf den Punkt, dass in der Industrie Partnerschaft ohne Konflikt herrscht, in den Dienstleistungen dagegen Konflikt ohne Partnerschaft. Insgesamt bleibt Deutschland aber im europäischen Vergleich ein streikarmes Land (Vandaele 2016).

Um den Niedriglöhnen in vielen Branchen⁴⁰ entgegenzuwirken, wurde in Deutschland 2015 ein Mindestlohn eingeführt, für den sich in den 2000er-Jahren zuerst die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten eingesetzt hatte. Diese Forderung wurde von ver.di übernommen, in den Industriegewerkschaften aber lange als Eingriff in die Tarifautonomie abgelehnt aufgrund ihrer stärkeren sozialpartnerschaftlichen Position (Dribbusch et

³⁹ Lesch (2016) stellt eine mehrstufige Skala der Eskalation von Tarifaussinandersetzungen vor und zeigt, dass die von ver.di organisierten Sektoren bzw. Tarifverhandlungen auch ohne die maximale Eskalationsstufe des Streiks hohe Eskalationsstufen erreichen (Streikdrohungen, Warnstreiks, juristische Auseinandersetzungen u.ä.).

⁴⁰ Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren der EU, der 2016 knapp 23 Prozent aller abhängig Beschäftigten umfasste. Nur einige osteuropäische Länder lagen in der EU über diesem Wert. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat an der Größe des deutschen Niedriglohnsektors nichts geändert, die seit 2012 konstant ist. Allenfalls eine höhere Tarifbindung könnte hier Abhilfe schaffen (Kalina/Weinkopf 2018).

al. 2017: 211 f.). Letztlich schlossen sich aber alle DGB-Gewerkschaften der Mindestlohn-Kampagne an, die nach anfänglicher Unterstützung vornehmlich der SPD auch in anderen Parteien Zuspruch fand (Bosch 2018; Marx/Starke 2017). Die Einführung des Mindestlohns zeigt einerseits, dass Gewerkschaften nach wie vor erfolgreich politisch mobilisieren können. Andererseits wird in der Notwendigkeit eines Mindestlohns auch die tarifpolitische Schwäche vor allem des Dienstleistungssektors deutlich – und die stärkere staatliche Einflussnahme in der Arbeitsmarktpolitik, die schon mit der Agenda 2010 Anfang der 2000er-Jahre ihren Ausgang genommen hatte.

Insgesamt waren die deutschen Gewerkschaften damit zu einer Zeit mit der globalen Finanzkrise konfrontiert, in der sie sich selbst in einer Krise befanden und nach Wegen zu alter Stärke suchten (Turner 2009; s. Kapitel 3.1). Die Darstellung der deutschen Gewerkschaftslandschaft diene zunächst dem Verständnis der Interessenvertretungsmuster der deutschen Gewerkschaften in der wirtschaftlichen und politischen Sphäre, i.e. die Eigenheiten der deutschen Sozialpartnerschaft und der politischen Aktivität bzw. Einbindung der DGB-Gewerkschaften. Außerdem zeigten die Ausführungen, dass zwischen den DGB-Gewerkschaften Konfliktpotentiale existieren nicht nur hinsichtlich der Zuständigkeit für Organisationsbereiche in umstrukturierten Sektoren oder neuen Wirtschaftszweigen, sondern zentral auch in der Frage der Lohnentwicklung bzw. Lohnzurückhaltung. Für die politische Aktivität von ver.di ist ferner relevant, dass ver.dis Organisationsgrade und ökonomische Ausgangsbedingungen bzw. Auseinandersetzungen in den beschriebenen „Gewerkschaftswelten“ variieren: Während politische Aktivität zur Eurokrise im gut organisierten öffentlichen Dienst, dessen Beschäftigte den in der Eurokrise propagierten Spar- und Reformdruck kennen und ablehnen, plausibel erscheint, müssen in Teilbereichen der neuen privaten Dienstleistungen Anerkennungskämpfe für die Interessenvertretung der Beschäftigten geführt werden. Wer bei Amazon für seine Rechte streiken muss, mag politische Aktivität zur Eurokrise nicht als persönliche Priorität erkennen können. Die wirtschaftliche Sphäre bzw. die ökonomische Situation der Mitglieder kann daher Einfluss auf ihre politische Mobilisierbarkeit haben (Ahlquist/Levi 2013; s. Kapitel 2.4, Kapitel 3.1). Für die Mobilisierung von Mitgliedern und Beschäftigten ist hier außerdem festzuhalten, dass auf Betriebsebene Betriebsräte dem beschriebenen Interessenkonflikt zwischen Gewerkschaftspolitik und Unternehmenswohl unterliegen können – oder im Dienstleistungsbereich vielfach gar nicht mehr existieren. Damit ist ein wichtiges Mobilisierungsinstrument möglicherweise nur noch sehr eingeschränkt verfügbar.

In den folgenden Abschnitten wird die Forschung zu den Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Interessenbildung und -vertretung in der Eurokrise vorgestellt: Zunächst zur politischen und diskursiven Ausgangslage in Deutschland (2.2), zur gewerkschaftlichen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene (2.3), zu den politischen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder (2.4) und zum Verhältnis von Gewerkschaften und Medien (2.5).

2.2 Ausgangslage in Politik und medialem Diskurs

In ihrer Studie zur Reaktion europäischer Gewerkschaften auf die Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre folgten Gourevitch und Kollegen der Grundannahme, dass Regierungen die Krisenpolitik nicht alleine bestimmen können. Vielmehr würden Wirtschaftskrisen zu sozialen Konflikten zwischen kollektiven Akteuren führen, aus denen Koalitionen hervorgingen, die sich auf politische Maßnahmen verständigten. Die Krisenanalysen und Lösungsstrategien der Gewerkschaften würden dabei eine wichtige Größe darstellen (Gourevitch et al. 1984: 2). Drei Jahrzehnte später würde diese korporatistische These überraschen, da sich die Welt für (west)europäische Gewerkschaften grundlegend verändert hat (s. Exkurs 2: Gewerkschaften in Europa – die Krise vor der Eurokrise). Das Paradigma nationalstaatlicher, keynesianischer, korporatistischer Wirtschaftssteuerung wurde seither durch neoliberale Ideen abgelöst: der Vorrang und die Überlegenheit des Marktes gegenüber dem Staat in der Wohlstandsgenerierung und -verteilung, flexible Arbeitsmärkte, Liberalisierung, Privatisierung und die Reduktion staatlicher Regulierung und Haushalte (Gall et al. 2011). Korporatistische Arrangements und Sozialpakte wurden als unvereinbar mit diesen Ideen betrachtet, als ein Instrument, das eher von schwachen Regierungen genutzt wird, die auf die zusätzliche Legitimierung durch Interessenverbände angewiesen sind (Molina/Rhodes 2002: 306; Baccaro/Simoni 2008). Diese strukturellen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte bilden den wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Hintergrund gewerkschaftlichen Handelns in der Eurokrise, angesichts dessen Gourevitch und Kollegen ihre Erwartungen an die Involvierung von Gewerkschaften vermutlich senken würden (s. dazu auch Pontusson/Raess 2012).⁴¹

Dieser Abschnitt etabliert auf Grundlage der einschlägigen Literatur zur Eurokrise die politischen und medialen Rahmenbedingungen in Deutschland, die ver.di für die Vertretung ihrer europapolitischen Positionen vorfand. Um die umfangreiche Forschung hierzu zu systematisieren, nutzt die vorliegende Arbeit das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen (Kitschelt 1986; Kriesi 2004; Meyer/Minkoff 2004). Politische Gelegenheitsstrukturen sind das zentrale Konzept des „Political Process“-Frameworks der Protestforschung.⁴² Gelegenheitsstrukturen können offen oder geschlossen sein und auf Bildung,

⁴¹ Eine zentrale Messlatte des Erfolgs der Gewerkschaften bzw. korporatistischer Prozesse in offenen, exportorientierten Volkswirtschaften war, inwieweit sie Lohnzurückhaltung und damit geringe Inflation (und nicht Lohnmaximierung und damit ggf. hohe Inflation) und die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte erreichen und gleichzeitig den ökonomischen Frieden in dem gegenüber Streiks sensiblen Exportsektor garantieren konnten. Zentralisierte Tarifverhandlungen oder eine Ausrichtung der anderen Sektoren an den Tarifiergebnissen des Exportsektors erwiesen sich dafür als beste Lösung. Je mehr die Tarifverhandlungen also vom freien Markt abgekoppelt wurden, desto eher brachten sie die Ergebnisse hervor, die für den freien Markt günstig waren. Der Neoliberalismus stellte daher in Frage, ob Gewerkschaften und Tarifverhandlungen nicht von vornherein verzichtbar seien, wenn ihr Sinn nur darin liege, den Inflationsdruck von Tarifverhandlungen zu lindern (Crouch 2017: 52 f.; Thelen/van Wijnbergen 2003).

⁴² Mit (sozialen) Bewegungen meint die vorliegende Arbeit Organisationsformen, die sich innerhalb einer gesellschaftlichen Bewegung wie z.B. der Friedens- oder Frauenbewegung ausbilden, und damit nicht die gesellschaftliche Bewegung als solche (s. dazu Diani 2012). Die Protest- und Bewegungsforschung richtete ihren Fokus ursprünglich auf „neue“ soziale Bewegungen mit ihren „postmateriellen“ Interessen und nicht auf Gewerkschaften als „alte“ soziale Bewegungen, deren materielle Interessen in Westeuropa lange von Politik und Wirtschaft berücksichtigt wurden und deren Konfliktpotential damit als befriedet galt. Seit Gewerkschaftsforscher Gewerkschaften empfehlen, sich als soziale Bewegungen bzw. gemeinsam mit diesen zu revitalisieren, nehmen sie bei der Bewegungsforschung theoretische Anleihen (Kelly 1997; s. Kapitel 3.1). Das Comeback von Kapitalismuskritik und materiellen Fragen in den gesellschaftlichen

Mobilisierung und (Miss-)Erfolg einer Bewegung als unabhängige Variablen wirken.⁴³ Gelegenheitsstrukturen können aber auch als abhängige Variablen untersucht werden, die durch kollektives Handeln beeinflusst werden können.

Das heuristische „Political Process“-Framework besteht aus drei Teilen: den strukturellen Merkmalen der politischen Umwelt, der aktuellen Akteurskonstellation innerhalb eines Politikfelds und der strategischen Interaktion zwischen kollektiven Akteuren und politischem System. Die politischen Gelegenheitsstrukturen dieser Interaktion leiten sich aus den relativ stabilen strukturellen Merkmalen und der volatileren Akteurskonstellation ab. Unter der Akteurskonstellation wird die Allianz- und Konfliktstruktur zwischen den Akteuren des jeweiligen Politikfelds verstanden. Im Interaktionskontext schließlich verhalten sich politische Entscheidungsträger strategisch sowohl gegenüber kollektivem Handeln als auch gegenüber dem geforderten Politikwechsel: Kollektivem Handeln können sie integrierend („facilitation“) oder exkludierend („repression“) begegnen, ihre *policies* können den Zielen der Kollektivakteure entgegenkommen („reform“) oder gegen diese Ziele ausfallen („threat“) (Kriesi 2004; s. Abbildung 2).

Gelegenheitsstrukturen existieren dabei nicht unabhängig von der Wahrnehmung politischer Akteure – Kollektivakteure und ihre Unterstützer müssen sie in ihrer Beobachtung der politischen Umwelt als solche erkennen (McAdam et al. 2001: 45; Koopmans 2004: 377 ff.; Gamson/Meyer 1996). Diese Konzeption der kognitiven Verarbeitung der strukturellen Gegebenheiten soll den theoretischen Gegensatz zwischen strukturell determinierter Mobilisierung von Bewegungen auf Grundlage politischer Gelegenheitsstrukturen und autonomer Mobilisierung von Bewegungen auf Grundlage von Ressourcen (McCarthy/Zald 1977) oder von *Framing* (Benford/Snow 2000), also den Gegensatz zwischen Struktur und Handeln, auflösen. Die kognitive Verarbeitung speist sich in der Regel aus der Medienberichterstattung, die ihrerseits wiederum bestimmten Gesetzmäßigkeiten der Auswahl ihrer Inhalte folgt, dabei aber auf Material zurückgreifen muss, das real vorhanden – und nicht individuell konstruiert – ist und durch kollektive Akteure beeinflusst werden kann (Koopmans 2004: 377 ff.; s. Kapitel 3.2).

Mobilisierungen gegen die Krisenpolitik in Europa gibt andersherum Bewegungsforschern Anlass, Gewerkschaften stärker in den Blick zu nehmen (della Porta 2015).

⁴³ Das Konzept der Gelegenheitsstrukturen wurde zunächst für die nationale Ebene entwickelt, in der Folge aber auf die europapolitische Interessenvertretung ausgedehnt (Marks/McAdam 1996; Princen/Kerremans 2008). Beyers (2002; ähnlich: Poloni-Staudinger 2008) formuliert eine Hypothese der Kompensation, wonach sich Interessengruppen verstärkt auf europäischer Ebene engagieren, wenn sie auf nationaler Ebene keine günstigen Gelegenheiten vorfinden. Ähnlich argumentieren della Porta und Caiani (2009) je nach Position der nationalen Regierung zu einer EU-policy: Vertritt die Regierung eine interessenkompatible Position, wird eine soziale Bewegung den politischen Konflikt auf die nationale Ebene konzentrieren, um über die nationale Regierung die Entscheidung der EU zu beeinflussen („domestication“). Andersherum wird sie den Konflikt auf die europäische Ebene tragen, wenn die nationale Regierung nicht ihre Interessen teilt („externalisation“). Andere Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass ressourcenstarke Akteure auf beiden Ebenen alle strategischen Optionen nutzen und die europäische Ebene keine Ermächtigung schwächerer Gruppen darstellt (Beyers 2004; Kriesi et al. 2007; Dür/Mateo 2012) bzw. allenfalls im Rahmen von europäischen Verbänden, auf deren Leistungen ressourcenarme Mitglieder stärker angewiesen sind als ressourcenreiche (Kohler-Koch/Friedrich 2020).

Abbildung 2. **Das „Political-Process“-Framework**

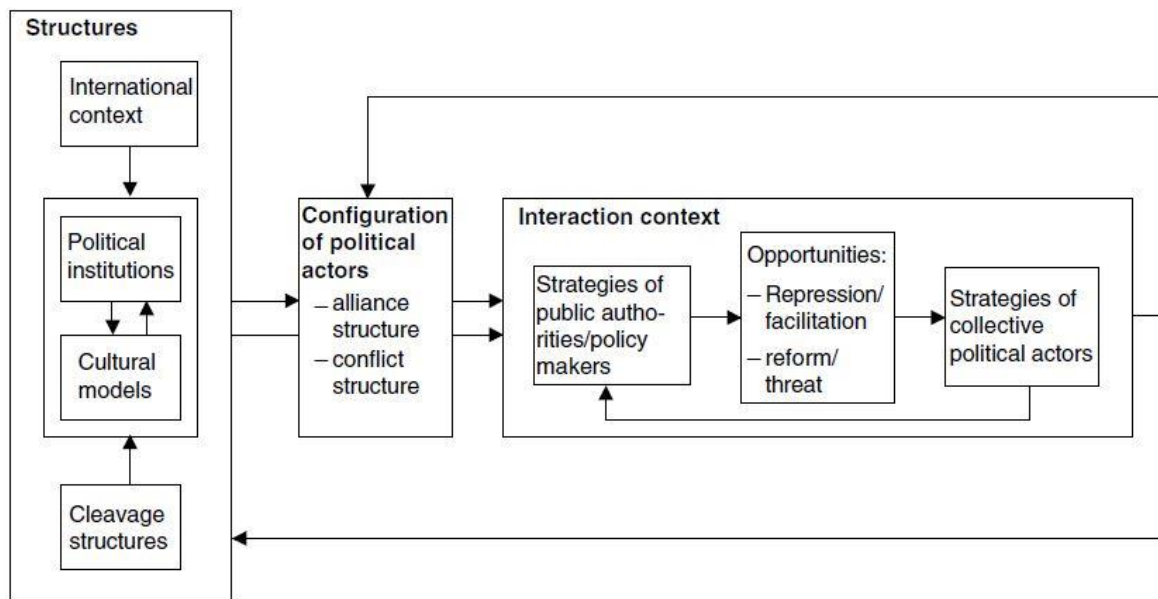


Abbildung 2: Das „Political Process“-Framework, Quelle: Kriesi (2004: 70).

Institutionelle und diskursive Gelegenheitsstrukturen

Zu den strukturellen Merkmalen gehören neben politischen Institutionen, die institutionelle Gelegenheitsstrukturen bieten können, auch kulturelle Muster der politischen Interessenvertretung bzw. des Interessenausgleichs („cultural models“, für das Folgende: Kriesi 2004). Das kulturelle Muster der deutschen Sozialpartnerschaft beinhaltet, dass Gewerkschaftsfunktionären institutionelle Gelegenheitsstrukturen für einen kooperativen Interessenausgleich offen stehen vor dem Hintergrund eines vertretenen Mitgliederinteresses (s.o.; Kapitel 3.1). Zu den kulturellen Mustern zählt außerdem die ideelle Verwurzelung des öffentlichen Diskurses: Vor dem Hintergrund von Narrativen, die die institutionelle Entwicklung des jeweiligen politischen Systems historisch begleitet haben (z.B. Soziale Marktwirtschaft), ist der öffentliche Diskurs offener für bestimmte Ideen als für andere. Koopmans und Statham (1999; Koopmans 2004) bezeichnen die darauf beruhenden Chancen öffentlicher Sichtbarkeit, Resonanz und Legitimität als diskursive Gelegenheitsstrukturen.

Die folgende Darstellung der Gelegenheitsstrukturen, die sich ver.di in der *Agenda Setting*-Phase der Krisenpolitik boten, beschränkt sich auf die nationale Ebene. Zum einen sind Gewerkschaften weiterhin zuallererst nationale Akteure. Zum anderen bestimmte Deutschland die Richtung der europäischen Krisenpolitik in intergouvernementalen Prozessen (Schimmelfennig 2015), weshalb angenommen werden kann, dass der Versuch der Beeinflussung der Position der Bundesregierung sowohl notwendig für den Versuch der Beeinflussung der Krisenpolitik insgesamt als auch hinreichend für einen potentiellen Erfolg dieser Beeinflussung war. Die Europäisierung der politischen Interessenvertretung

von Gewerkschaften muss damit nicht in Brüssel stattfinden, sie beginnt „at home“ (Scherrer 2011: 33). Als institutionelle Gelegenheitsstrukturen begreift die vorliegende Studie zwei Variablen: den Zugang zu Exekutivakteuren und die Beteiligung der Legislative an der EU-Krisenpolitik. Als außerinstitutionelle Gelegenheitsstrukturen werden diskursive Gelegenheitsstrukturen diskutiert.

Agenda Setting der Krisenpolitik: Zugang zu Exekutivakteuren

Gelegenheiten würden sich hier im Rahmen formeller Konsultationsverfahren ergeben, die Gewerkschaften direkten Zugang zum politischen System und damit Lobbying ermöglichen. In Deutschland sind Konsultationsverfahren der Exekutive, an denen Gewerkschaften teilnehmen könnten, nicht institutionalisiert, sondern finden ad hoc statt. So ist auch die überraschende Einbindung der DGB-Gewerkschaften in die Ausgestaltung der nationalen Krisenpolitik nach der internationalen Finanzkrise 2009 einzuordnen (Dribbusch 2012; Haipeter 2012). Deutschlands Wirtschaftsleistung ging 2009 um fast fünf Prozent zurück, was den größten konjunkturellen Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik darstellte. In den ersten vier Quartalen der Krise zwischen 2008 und 2009 nahm die Wirtschaftsleistung sogar um rund sieben Prozent ab, wobei der Industriesektor mit einem Rückgang um 20 Prozent am schwersten betroffen war (Möller 2010: 331).

Die politische Reaktion bestand aus zwei Konjunkturpaketen und der zeitlichen Ausdehnung staatlich subventionierter Kurzarbeit. Während die Unternehmen Leiharbeitskapazitäten abbauten, sicherte die Kurzarbeit die Stammbeschäftigten, die in der folgenden Erholung ab 2010 bereits wieder voll ausgelastet waren. Nachdem die Bundesregierung schon im November 2008 ein erstes Konjunkturpaket beschlossen hatte, waren 2009 neben Wirtschaftsvertretern auch führende Gewerkschaftsfunktionäre zu einem „Konjunkturgipfel“ ins Kanzleramt geladen, aus dem ein zweites Konjunkturpaket hervorging. Die darin enthaltene „Umweltprämie“ für den Kauf eines neuen Autos ging auf einen Vorschlag der IG Metall zurück, auch bei den Maßnahmen zur Kurzarbeit wurden die Forderungen der Gewerkschaften des Exportsektors erfüllt (Eichhorst/Weishaupt 2013: 321).⁴⁴ Die deutsche Krisenpolitik spiegelte damit die zentrale Bedeutung der Exportwirtschaft für die Politik und die Gewerkschaftsbewegung wider.

Die kurzfristige Wiederbelebung dieser sozialpartnerschaftlichen Strukturen, die vor der Krise als ausgehöhlt galten (Streeck 2009), wurde vom IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban als „Krisenkorporatismus“ bezeichnet.⁴⁵ Die Chance für eine über die Krise hinausgehende Neuauflage der Sozialpartnerschaft wurde skeptisch bewertet, jenseits des unmittelbaren Krisenmanagements waren die politischen Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern diametral entgegengesetzt – und die Arbeitgeber ohnehin wenig begeistert von politischer Aktivität der Gewerkschaften und deren Positionierung gegen

⁴⁴ Neben diesen Anstrengungen auf nationaler Ebene spielten die Gewerkschaften auch im Krisenmanagement auf Unternehmensebene eine wichtige Rolle durch betriebliche Bündnisse (Zagelmeyer 2011).

⁴⁵ Vgl. Urban, Hans-Jürgen (2015): Between crisis corporatism and revitalisation: trade union policy in the era of European financial market capitalism. In: Steffen Lehndorff (Hrsg.): Divisive integration. The triumph of failed ideas in Europe – revisited. Brüssel: European Trade Union Institute, S. 269-294.

ordoliberalen Vorstellungen (Haipeter 2012; Kiess 2019). Ver.di's Ziel in der Krise war, die „Massenkaufkraft“ zu stärken über Lohnerhöhungen und die Ausweitung staatlicher Konjunkturlösungen.⁴⁶ Dagegen setzte die IG Metall – nach einem Tarifabschluss Ende 2008 mit Lohnerhöhungen über 12 Monate – 2010 auf Arbeitsplatzertüchtung und verzichtete zunächst auf Forderungen nach Lohnerhöhungen.⁴⁷ Den wirtschaftspolitischen Vorschlägen der IG Metall wie der Einrichtung eines öffentlichen Beteiligungsfonds auf Grundlage einer Vermögensabgabe oder der Erweiterung der Mitbestimmung⁴⁸ half diese Strategie der tarifpolitischen Zurückhaltung allerdings nicht: Sie wurden von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ignoriert, während die IG Metall ihre Mitglieder nicht dafür mobilisierte (Dribbusch et al. 2017: 209). Ver.di betonte die Verteilungsfrage der Krisenkosten und forderte – wie auch der DGB und die IG Metall – vergeblich ein drittes Konjunkturpaket.⁴⁹

Damit blieb das „Comeback“ der Gewerkschaften (Anders et al. 2015) auf sozialpartnerschaftliche Aspekte beschränkt – und übertrug sich nicht auf eine Einbeziehung der Gewerkschaften in der unmittelbar anschließenden Eurokrise. Stattdessen versuchte die Bundesregierung, die EU-Krisenpolitik dadurch zu entpolitisieren, dass sie die Maßnahmen als „alternativlos“ bezeichnete und für die ersten Griechenlandhilfen und die Einrichtung der EFSF auf den großen Zeitdruck verwies, unter dem diese beschlossen werden mussten. Während der langwierigen Verhandlungen zum ESM, die ohne parlamentarische Beteiligung stattfanden, argumentierte die Bundesregierung, dass es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag und nicht um EU-Recht handle und die Ausgestaltung daher allein in ihre Zuständigkeit falle (Kietz 2013: 21 f.). Auf europäischer Ebene gab es keine offiziellen Konsultationen zur EU-Krisenpolitik, an denen Gewerkschaften hätten teilnehmen können (European Citizen Action Service 2013). Vielmehr wurde die Krisenpolitik im Europäischen Rat und im Rat der EU mit Hilfe der EU-Kommission intergouvernemental erarbeitet und beschlossen, das supranationale ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU spielte nur am Rande eine Rolle, i.e. nur in der Verabschiedung des „Six-Pack“ und des „Two-Pack“. Der EFSM, die auf den EU-Haushalt zurückgreifende, weniger bekannte Begleitmaßnahme der EFSF und mit dieser im ESM aufgegangen, basierte auf einer Verordnung des Rats und wurde von der Kommission ohne Beteiligung des Europäischen Parlaments verwaltet (Auel/Höing 2015; Hodson 2013; Puetter 2012). Diese Exekutivdominanz befeuerte die Kritik am „Demokratiedefizit“ der Krisenpolitik und die Diskussion über die Marginalisierung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene (Auel/Höing 2014; Crum 2013; Rittberger 2014).

⁴⁶ Vgl. Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2010): Die Krisenreaktion der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 62 (9), 490-492.

⁴⁷ Vgl. Knott, Thilo / Ulrich Schulte (2010): Die Null-Prozent-Strategie. *taz – die tageszeitung*, 9.02.2010, S. 3.

⁴⁸ Vgl. IG Metall (2009): Aktiv aus der Krise - Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionsplan der IG Metall.

⁴⁹ Vgl. Medick, Veit / Philipp Wittrock (2009): SPD-Linke und Gewerkschaften fordern drittes Konjunkturpaket. *Spiegel Online*, 23.04.2009.

Kompetenzen der Legislative

Beteiligungsrechte des Bundestags im Prozess der Gestaltung bzw. Ratifizierung der Krisenpolitik hätten diese Exekutivdominanz einhegen können. Aber sowohl bei EU-Rechtssetzung als auch bei zwischenstaatlichen Verträgen sind die Gestaltungsmöglichkeiten des Bundestags begrenzt. In EU-Angelegenheiten hat der Bundestag gleichwohl mehr Beteiligungsrechte als bei zwischenstaatlichen Verträgen: Er muss von der Bundesregierung unterrichtet werden und kann Stellung nehmen bzw. eine Subsidiaritätsprüfung durchführen. EU-Recht kommt über das ordentliche supranationale Gesetzgebungsverfahren oder auf intergouvernementalem Wege zustande. „Six-Pack“ und „Two-Pack“ zur Ergänzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 2011 und 2013 wurden im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren der EU zwischen Kommission, EU-Rat und EU-Parlament verabschiedet. Hiermit befasste sich der Bundestag wenig, sondern konzentrierte sich auf die intergouvernementalen Maßnahmen der EFSF bzw. des ESM und des Fiskalpakts (Wonka/Göbel 2016: 224). Diese berührten das Haushaltsrecht des Bundestags, weshalb für das erste Griechenland-Programm und für die wenig später erfolgte Einrichtung der EFSF im Mai 2010 innerhalb kürzester Zeit das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz und das Stabilisierungsmechanismus-Gesetz verabschiedet werden mussten.

Der Ausbau von EFSF und EFSM zum permanenten Rettungsfonds ESM wurde schon im Herbst 2010 vom Europäischen Rat anvisiert und schließlich Anfang 2012 beschlossen. Die Bedingung der Zustimmung der deutschen Bundesregierung war, begleitend den Fiskalpakt einzuführen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken (hin zu einer „Stabilitätsunion“). ESM und Fiskalpakt wurden Mitte 2012 vom Bundestag ratifiziert, der deutsche Beitritt zum ESM im Herbst 2012 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungskonform eingestuft. Zwischen 2010 und 2012 entspann sich eine Kontroverse zwischen Bundestag und Bundesregierung über die rechtliche Natur des ESM und die damit zusammenhängenden Beteiligungsrechte des Parlaments. Die Bundesregierung wollte den ESM als einen vom EU-Recht unabhängigen zwischenstaatlichen Vertrag lediglich von Bundestag und Bundesrat ratifizieren lassen. Dagegen vertrat der Bundestag die Auffassung, dass es sich um eine Ergänzung des EU-Rechts handle, über deren Ausgestaltung und Verhandlungsfortschritt die Bundesregierung detailliert informieren und so Beratungen des Bundestags ermöglichen müsse. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Sicht des Bundestags und räumte ihm weitgehende Beteiligungsrechte für zukünftige Entscheidungen im Rahmen des ESM ein, sodass der Bundestag jeder Kreditvergabe zustimmen muss und somit ein in Europa einmaliges Vetorecht gegenüber den Rettungsprogrammen bekam (Bulmer 2014: 1258).

Allerdings geschah dies Mitte 2012 zu einem Zeitpunkt, als der Verhandlungsprozess zum ESM längst abgeschlossen war. Zwar wurden vom federführenden Haushaltsausschuss Expertenanhörungen angesetzt. Dort wurden aber hauptsächlich Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Vertreter von Industrie und Banken zur ökonomischen Logik und rechtlichen Zulässigkeit der Krisenpolitik befragt (Kietz 2013: 15). Die weitergehende Frage nach den Implikationen der gewählten Krisenpolitik für Bestand und Fortentwicklung der EU trat wie auch die Diskussion der sozialen Folgen und der Lastenverteilung der

Krisenpolitik in den Hintergrund. Für erstere wäre der EU-Ausschuss zuständig gewesen, für letztere der Arbeits- und Sozialausschuss, in dem die Beteiligung von Gewerkschaften an Anhörungen wahrscheinlicher gewesen wäre.

Inhaltlich gab es im Bundestag eine große Mehrheit für die Reduktion der Staatsverschuldung in Europa und die Verbindung von Finanzhilfen mit Reformauflagen. So stimmten alle Fraktionen außer Die Linke für die Maßnahmen (Wonka 2016). Der Bundestag stärkte zwar wie auch andere nationale Parlamente seine Kompetenzen in der Kontrolle der Europapolitik (Puntscher-Riekmann/Wydra 2013), gleichzeitig konnte er aber die Substanz der von ihm zu kontrollierenden Krisenpolitik in der *Agenda Setting*-Phase nicht beeinflussen (Wonka 2016; Wonka/Göbel 2016). Institutionelle Gelegenheiten durch eine Veto-Position des Bundestags bzw. Anhörungen, in denen polarisierte inhaltliche Positionen der Parlamentsfraktionen zur Krisenpolitik (auch als potentiell für Gewerkschaftspositionen günstige Akteurskonstellation in der Parteienlandschaft) fruchtbaren Boden für gewerkschaftliche Interessenvertretung hätten bieten können, gab es daher nicht.

Jenseits des Konsenses über die grundlegende Substanz der Krisenpolitik gab es aber sowohl im Regierungs- als auch im Oppositionslager Widerstand gegen die Krisenpolitik. In den Fraktionen der Regierungsparteien äußerten Teile der CSU und der FDP vehement Widerspruch gegen die finanzielle Haftung, die sich aus dem ESM ergab. Sie hielten Hilfskredite und Haftungsübernahmen für unvereinbar mit der Grundkonstruktion der Währungsunion, in der jeder Mitgliedstaat selbst für seine Fiskalpolitik verantwortlich ist. Institutionalisierte Hilfskredite nahmen den Druck von nationaler Haushalts- und Reformpolitik. In der FDP wurde sogar ein Mitgliederentscheid über den ESM erzwungen, dessen Quorum zwar verfehlt wurde, bei dem aber 44 Prozent gegen den ESM stimmten. Dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene eine strikte Verknüpfung von Hilfs- mit Reformprogrammen (Konditionalität) durchsetzte, die außerdem nur bei einer Destabilisierungsgefahr für die gesamte Eurozone, mit begrenzter Haftungssumme und einer nationalen Vetomöglichkeit in Frage kommen sollten, stimmte die Kritiker nicht um: Im Bundestag votierten Mitte 2012 schließlich 26 Abgeordnete der Regierungsparteien gegen den ESM, vier enthielten sich (Zimmermann 2014: 328). Da ESM und Fiskalpakt in Bundestag und Bundesrat jeweils eine Zweidrittelmehrheit erforderten, war die Regierung zwar ohnehin auf Stimmen der Oppositionsparteien angewiesen, die symbolische „Kanzlermehrheit“ wurde aber verfehlt.

Aufgrund dieser Mehrheitserfordernisse musste die Bundesregierung den Oppositionsfraktionen entgegenkommen, deren kritischer Diskurs andere Schwerpunkte setzte als die Gegenstimmen in den Regierungsparteien. Die SPD und die Grünen betonten die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Sparpolitik und mahnten ihre soziale und ökologische Anpassung an, insbesondere durch flankierende Investitionsprogramme, denen statt Sparpolitik Wachstumsimpulse für wirtschaftliche Erholung zugrundeliegen sollten. Auch Eurobonds und eine Finanztransaktionssteuer, die die Verursacher der Krise an ihren

Kosten beteiligen sollte, wurden gefordert.⁵⁰ Die SPD befand sich in dem Dilemma, die Krisenpolitik in Teilen abzulehnen, den proeuropäischen Konsens der Parteien der Mitte in Europa aber nicht gefährden zu wollen in der Befürchtung, Kritik an der Krisenpolitik könnte als Europaskepsis verstanden werden (Wonka 2016). Entsprechend zurückhaltend nutzte sie ihre parlamentarischen Rechte zur Kontrolle der Krisenpolitik – auch, um öffentlich kein gespaltenes Bild abzugeben (Wonka/Göbel 2016). Gleichzeitig waren SPD und Grüne – im Gegensatz zur konsequenten Ablehnung der Linken – mit dem ESM grundsätzlich einverstanden, verlangten aber Konzessionen für ihre Zustimmung zum Fiskalpakt.

Als Gegenleistung zeigte sich die Regierung zu einem Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung bereit, der Zugeständnisse für Investitionen, ein Maßnahmenpaket gegen Jugendarbeitslosigkeit und den Einsatz der Bundesregierung für eine Finanztransaktionssteuer über den Prozess abgestufter Integration unter gleichgesinnten Mitgliedstaaten vorsah. Eurobonds wurden dagegen nicht weiter verfolgt (Kietz 2013; Zimmermann 2014). Die angepeilte Investitionshöhe betrug europaweit insgesamt 180 Milliarden Euro über vier Jahre und sollte durch eine Erhöhung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank um zehn Milliarden Euro und darauf aufbauende Kreditvergabevolumina erreicht werden. Diese informelle große Koalition hinter der Krisenpolitik verhinderte laut Zimmermann (2014: 332), dass Alternativen wie ein „Grexit“, eine Rückabwicklung des Euro oder ein umfangreiches europäisches Investitionsprogramm für die Programmstaaten Auftrieb erhalten konnten. Institutionelle Gelegenheitsstrukturen waren damit verschlossen.⁵¹ Die Richtung der Debatte im Bundestag leitet über zu den diskursiven Gelegenheitsstrukturen.

Diskursive Gelegenheitsstrukturen

Diskursive Gelegenheitsstrukturen bezeichnen die Chance bestimmter Ideen auf öffentliche Sichtbarkeit, Resonanz und Legitimität (Koopmans/Statham 1999; Koopmans 2004). Diskursive Gelegenheitsstrukturen setzen zunächst hohe Relevanz und Politisierung der

⁵⁰ In einem gemeinsam mit dem Ökonomen Peter Bofinger formulierten Papier fassten die Spitzen von SPD und Grünen Ende 2011 ihre Kritik zusammen und argumentierten für eine Fiskalunion, die in eine „Solidarunion“ übergehen müsse. Vgl. o.V. (2011): SPD und Grüne attackieren die Kanzlerin. *Süddeutsche Zeitung*, 8.12.2011.

⁵¹ Neben institutionalisiertem Zugang über formelle Konsultationsverfahren existieren verschiedene informelle gewerkschaftliche Kontakte ins politische System. Überlappende Mitgliedschaften zwischen Parteien und Gewerkschaften (Berlemann/Zimmermann 2011) oder von Politikern und Gewerkschaftern in bestimmten Gremien können Möglichkeiten der Interessenvertretung mit sich bringen. Solche Beziehungsnetzwerke werden in dieser Arbeit nicht untersucht, da ihr informeller Charakter impliziert, sich systematischer Analyse zu entziehen.

Henning (2013: 29) weist darauf hin, dass ein erweiterter Institutionenbegriff etwa auch *Policy*-Netzwerke umfassen kann, in denen Gewerkschaften informelle Interessenvertretung betreiben können. Im Kontext der deutschen Gewerkschaften kann ein solches Institutionenverständnis das besondere Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD erfassen, das sich lange in einer Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften (ökonomische Sphäre) und SPD (politische Sphäre) manifestierte. Die vorliegende Studie sieht von einer solchen Perspektive ab, da die SPD im Untersuchungszeitraum während der Verabschiedung der Krisenpolitik in der Opposition war (ohne im Bundestag tatsächlich gegen die Krisenpolitik zu opponieren, Wonka/Göbel 2016: 223). Ab 2013 war sie zwar Juniorpartnerin der großen Koalition, trug die zuvor beschlossene Krisenpolitik aber weiterhin mit (Zimmermann 2014), obgleich sie versuchte, den Gewerkschaften in anderer Hinsicht entgegenzukommen (Mindestlohn, Rente nach 45 Beitragsjahren, Beschränkung von Leiharbeit, Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, Dribbusch/Birke 2014: 3). Zur Veränderung des Verhältnisses zwischen SPD und Gewerkschaften s. Spier (2017) und Schroeder (2017).

Krisenpolitik in der öffentlichen Debatte voraus, im Rahmen derer Interessengruppen Aufmerksamkeit für ihre Positionen erzielen können (Dür/Mateo 2016). Die zunehmende nationale Politisierung europapolitischer Angelegenheiten ist nach Jahrzehnten der Entpolitisierung einer in Politik und Öffentlichkeit als selbstverständlich wahrgenommenen europäischen Integration eine jüngere Entwicklung (de Wilde 2011; Hooghe/Marks 2009). Die Politisierung des öffentlichen Diskurses wurde zum einen durch die Richtung der Kontroverse parlamentarischer Debatten zur Krisenpolitik beeinflusst, die mediale Aufmerksamkeit nach sich zogen, zum anderen durch das „Mediendrama“, das die Eurokrise begleitete und der Nachfrage des Publikums folgte (Statham/Trenz 2015: 300). Damit offerierte der Bundestag nicht nur über seine institutionellen Entscheidungskompetenzen, sondern auch über seine Kommunikationsfunktion potentielle Gelegenheiten (Auel/Raunio 2014; Oppermann 2015; Wonka 2016).⁵²

⁵² Für diskursive Gelegenheitsstrukturen auf europäischer Ebene müsste es zunächst eine europäische Politisierung über eine europäische Öffentlichkeit geben, die nach Statham und Trenz (2015) nicht alleine über die Polarisierung der Positionen politischer Akteure oder nationaler Bevölkerungen erreicht wird, sondern über die Thematisierung dieser unterschiedlichen Positionen in den Medien und damit im öffentlichen Diskurs. Dabei geht es essentiell um die Legitimität des politischen Systems der EU, d.h. um Fragen zu Gerechtigkeit, zu Autoritätstransfers bzw. Subsidiarität und zu Erwartungen an die künftige Ausrichtung der EU. Statham und Trenz (2015: 296 ff.) machen auf europäischer Ebene eine Depolitisierungsstrategie der Krisenpolitik aus: Konflikte über die unpopuläre Sparpolitik sollten durch Delegation politischer Souveränität an technokratische Akteure (Finanzexperten der nationalen Regierungen, EZB, IWF) und durch für die Öffentlichkeit opake Verfahren vermieden werden. Diese Strategie erreichte nach Statham und Trenz aber das Gegenteil: Öffentlichkeiten wurden auf das Demokratiedefizit der Krisenpolitik aufmerksam, das zur Grundlage einer stärkeren öffentlichen „Repolitisierung“ und basisdemokratischer öffentlichkeitswirksamer Protestformen wurde. Diese Protestformen stützten sich auf die diskursiven Gelegenheiten, die eine Depolitisierungsstrategie ungewollt öffnet, durch die die Politisierung der EU eben nicht mehr zurückgedreht werden kann (ibid.: 298; de Wilde/Zürn 2012). Die Politisierung ist aber keine supranationale: Baglioni und Hurrelmann (2016) argumentieren, dass in nationalen Öffentlichkeiten die „kulturellen“ Gelegenheitsstrukturen fehlen, die ihre supranationale Politisierung hin zu einer europäischen Öffentlichkeit ermöglichen würden. Die Defizite der kulturellen Gelegenheitsstrukturen umfassen demnach: ein begrenztes Wissen der Bevölkerungen über die Funktionsweise der EU, eine auf Mitgliedstaaten fokussierte Sicht und Diskussion der EU als „Konsortium von Mitgliedstaaten“ und eine negative Bewertung der Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten auf die EU-Politik trotz grundsätzlichem Interesse an ihr. Baglioni und Hurrelmann schließen daraus, dass die gesellschaftliche Politisierung der europäischen Integration in einer Renationalisierung und nicht in einer Supranationalisierung des Diskurses liegt.

Ferner erfüllte der Diskurs zur Eurokrise nicht die Ansprüche, die Risse (2010) an eine europäische Öffentlichkeit stellt: Debatten sollten in den Mitgliedstaaten simultan geführt werden mit ähnlichem Aufmerksamkeitsniveau, Bezugs- und Deutungsrahmen. Debattenteilnehmer sollten aufeinander Bezug nehmen über Grenzen hinweg und dabei wechselseitig ihre Legitimität respektieren und europäische Themen als gemeinsame europäische Angelegenheiten betrachten. Die Eurokrise war zwar in allen Mitgliedstaaten ein zentrales Thema in Medien und öffentlichem Diskurs. Allerdings gab es erhebliche Unterschiede in den nationalen Krisendiskursen je nach Betroffenheit des jeweiligen Mitgliedstaats (Zamponi/Bosi 2016): In kaum betroffenen Mitgliedstaaten erreichte die öffentliche Aufmerksamkeit für die Krise ihren Höhepunkt während der globalen Finanzkrise, in schwerer betroffenen Mitgliedstaaten in der Eurokrise. Somit waren unterschiedliche Krisenaspekte relevant: In beiden Gruppen herrschten zwar volkswirtschaftliche Themen in der Berichterstattung vor (Geldpolitik, Inflation, Schulden, Finanzmärkte, Banken), in kaum betroffenen Staaten jedoch deutlich stärker als in schwerer betroffenen Staaten – in diesen wurden Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik, Bildung und Regierungsführung bzw. Demokratie ausführlicher thematisiert. Nationale Angelegenheiten spielten in beiden Gruppen eine größere Rolle als supranationale, wobei der Anteil supranationaler Bezüge in kaum betroffenen Staaten größer war. In kaum betroffenen Staaten kamen in der Krisenberichterstattung vor allem Wirtschaftsakteure zu Wort, in gravierend betroffenen Staaten vor allem staatliche Akteure, Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure. Maatsch (2014) zeigt in einer Analyse der parlamentarischen Debatten in acht EU-Staaten, dass die von den Parteien vertretene Krisenpolitik nicht mit ihrer eigentlichen wirtschaftspolitischen Ideologie zusammenhing, sondern mit der nationalen Position als Gläubiger oder Schuldner in der Eurokrise: So vertraten Parteien in krisenbetroffenen Schuldnerstaaten keynesianische Investitionspolitik, Parteien in wenig betroffenen Gläubigerstaaten neoliberale Spar- und Strukturreformpolitik. Die nationale wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bestimmte auch nach Armingeon und Cranmer (2018) die politischen Positionen in der Eurokrise: (Nordeuropäische) EU-Staaten mit hoher Wettbewerbsfähigkeit schlossen sich den Präferenzen Deutschlands an – wobei viele EU-Staaten auch keine Positionen einnahmen. Dies hatte nicht nur Auswirkungen auf die Richtung der Politisierung der Krisenpolitik in den jeweiligen Ländern, sondern im Hinblick auf eine europäische Öffentlichkeit auch auf eine Lagerbildung zwischen den Mitgliedstaaten. Eine solche Lagerbildung kann zudem von nationalen medialen Öffentlichkeiten gefördert werden, die in ihrer

Wonka (2016) argumentiert, dass die Bundestagsdebatten zur Krisenpolitik zu deren Politisierung in der Öffentlichkeit beitrugen, indem überregionale Zeitungen und Nachrichtensendungen im Fernsehen über fast alle Debatten ausführlich berichteten. Auch Oppermann (2015: 262) weist darauf hin, dass die Eurokrise „das Tophthema der deutschen Hauptfernsehnachrichtensendungen im Jahr 2010 und erneut in der zweiten Jahreshälfte 2011 [war]. Auch im Jahr 2012 gehörte die Krise mit wenigen Ausnahmen in jedem Monat zu den drei Themen, denen die deutschen Fernsehnachrichten die meisten Sendeminuten widmeten.“ Oppermann (ibid.: 271 ff.) diagnostiziert aber den Debattenbeiträgen der Regierungsmitglieder und -fraktionen von CDU/CSU und FDP im Bundestag zwischen 2009 und 2012 eine Strategie der „Entpolitisierung“ der Krisenpolitik. Diese Strategie, zu der auch die SPD beitrug, zeigte darin Wirkung, dass die Krisenpolitik 2013 nicht zu einem zentralen Wahlkampfthema wurde, obwohl gerade die Finanzhilfen die Öffentlichkeit intensiv beschäftigten (Wendler 2014; Zimmermann 2014).

In der Eurokrise war damit durch Bundestag und mediale Berichterstattung eine kontinuierliche Politisierung der Eurokrise gegeben. Diese Politisierung ging aber nicht in die von den Gewerkschaften gewünschte Richtung einer Grundsatzdiskussion zu einer wirtschaftlichen und sozialen Kehrtwende in Europa. Auf inhaltlicher Ebene dominierten finanzielle Aspekte der Krisenpolitik, was Kietz (2013: 40) auf die Federführung des Haushaltsausschusses des Bundestags zurückführt. Dabei standen Werte wie Stabilität, Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Leistung und Fairness im Zentrum (Lahusen et al. 2016). Im Zentrum der Politisierung standen auf Akteursebene Konflikte in den Regierungsparteien sowie das institutionelle Kräfteressen zwischen Bundestag und Bundesregierung. Dies bestätigt Forschungsergebnisse zu früheren Phasen der Medienberichterstattung über Europapolitik: Unterschiedliche Standpunkte zwischen politischen Parteien führen zu mehr Medienberichterstattung über EU-Themen. Wird der Elitenkonflikt aber zu intensiv bzw. negativ, rücken die Medien wieder seine nationalen Auswüchse ins Schlaglicht (Boomgarden et al. 2013).

Diese nationale Perspektive fokussierte auf die Gefahren für Deutschlands Wohlstand aus den Haftungsübernahmen, auch bestärkt durch das *Framing* der Bundesregierung, dass Deutschland keine Schuld an der Krise treffe und die Krisenpolitik im nationalen Interesse liege, da Deutschland als Exportnation am stärksten von der Währungsunion profitiere.⁵³ Gegenüber den Rettungspaketen für Programmstaaten traten die wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen von Spar- und Strukturreformpolitik in den Hintergrund (Zamponi/Bosi 2016). Mögliche Folgen der Krisenpolitik für die Legitimität der EU standen

europapolitischen Berichterstattung dazu neigen, Konflikte zu betonen und deren Sieger und Verlierer herauszustellen (de Wilde 2014). Obwohl es in der Eurokrise in ganz Europa über einen ausgedehnten Zeitraum also wahrscheinlich so viel Medienberichterstattung und öffentliche Diskussionen über die EU gab wie nie zuvor, standen nationale *Frames*, Akteure und Bezüge in Medien, Öffentlichkeit und Politik weiterhin im Vordergrund. Daher diskutiert die vorliegende Arbeit diskursive Gelegenheitsstrukturen nur für die nationale Ebene, zumal ein nationaler Nichtregierungsakteur wie ver.di nicht erwarten kann, mit seinen europapolitischen Forderungen Öffentlichkeiten anderer Mitgliedstaaten nicht nur mehr oder weniger zufällig punktuell zu erreichen, sondern substantiell zu beschäftigen – dies gelingt i.d.R. nur Exekutivakteuren (Koopmans 2007).

⁵³ Damit lag die Bundesregierung auf einer Linie mit anderen europäischen Regierungen, die die Notwendigkeit der EFSF nicht mit idealistischen Argumenten der europäischen Integration und Solidarität begründeten, sondern mit materiellen Argumenten des nationalen ökonomischen Interesses. Oppositionsparteien begründeten ihre Zustimmung zur EFSF dagegen eher mit idealistischen Argumenten (Closa/Maatsch 2014).

ebenso wenig im Fokus wie Selbstkritik am export- und lohnstückkostenorientierten deutschen Wirtschaftsmodell und die Forderung der Oppositionsparteien nach wachstumsfördernden Begleitmaßnahmen der Krisenpolitik (Oppermann 2015: 268 ff.). Ferner nahm die Schuldfrage viel Raum im deutschen Krisendiskurs ein. Zum erfolgreichen *Framing* der Bundesregierung von Staatsschulden als Ursache allen Übels kam, dass Deutschland 2009 eine nationale „Schuldenbremse“ im Grundgesetz verankert hatte, die als Vorbild für den europäischen Fiskalpakt diente. Diese Schuldenbremse wurde laut einer Studie von 61 Prozent der Befragten gutgeheißen, 17 Prozent hätten sich sogar eine noch stärkere Einschränkung der öffentlichen Hand dahingehend gewünscht, überhaupt keine Kredite mehr aufnehmen zu dürfen (Hayo/Neumeier 2016). So wurde die Krisenpolitik in der deutschen Öffentlichkeit als Teil einer „Stabilitätskultur“ verlässlicher Regeln und geringer Staatsschulden und Inflation propagiert bzw. akzeptiert (Galpin 2017: Kapitel 4; Howarth/Rommerskirchen 2013; Lahusen et al. 2016: 534 f.).

Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung sprach sich gegen das erste Rettungspaket für Griechenland bzw. allgemein gegen Finanzhilfen und für geringere Einzahlungen Deutschlands in die europäischen Hilfsfonds aus, viele Deutsche sogar für einen Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone (Galpin 2017: 74; Bechtel et al. 2014).⁵⁴ Insbesondere die Boulevardmedien arbeiteten sich – im Gegensatz zu deutschen Politikern – an Griechenland und der Schuldfrage der Eurokrise ab (Bickes et al. 2014; Roose et al. 2016). In der Folge waren zwei Drittel der deutschen Bevölkerung gegen ein zweites Griechenlandpaket (Zimmermann 2014: 331). Obwohl Bundesregierung und Bundestag in dieser Frage – wie auch andere Regierungen in Europa (Armingeon/Cranmer 2018) – gegen die öffentliche Meinung regierten, war eine Mehrheit der Deutschen sukzessive mit dem Krisenmanagement zufrieden, als der Fiskalpakt eingeführt und Eurobonds abgelehnt wurden. Die CDU wurde außerdem in europa-, wirtschafts- und krisenpolitischen Fragen weitaus kompetenter eingeschätzt als die SPD (s. Kapitel 7.2).⁵⁵

Keynesianische Alternativen hatten damit nicht nur tagespolitisch einen schweren Stand in der öffentlichen Meinung, sondern auch gegenüber den kulturellen Mustern deutscher Wirtschaftspolitik. Keynesianismus war in Deutschland abgesehen von einer kurzen Phase in den 1960er- und 1970er-Jahren nie eine populäre wirtschaftspolitische Idee. In der CDU/CSU und noch tiefer in der FDP verwurzelte ordoliberalen Ideen bildeten das Fundament der Stabilitätskultur des Euro und die Verbindung zwischen Deutschlands

⁵⁴ Dieser Widerstand nimmt allerdings nur bei einem Viertel der Bevölkerung die Form hartnäckiger Ablehnung an. In der übrigen Bevölkerung ist der Widerstand von der Ausgestaltung der Finanzhilfen abhängig, d.h. beeinflussbar durch den jeweiligen Anteil Deutschlands und die Lastenverteilung in der EU (Bechtel et al. 2017) bzw. durch die Wechselseitigkeit der Verpflichtungen und den Eindruck, dass die Empfänger die Finanzhilfen verdienen (Lahusen/ Grasso 2018) sowie durch „cues“ politischer Parteien zu den Finanzhilfen (Stoeckel/Kuhn 2018).

⁵⁵ Vgl. Infratest dimap (2012): ARD Deutschlandtrend Juli 2012.

Degner und Leuffen (2020) argumentieren aber, dass die deutsche Bundesregierung sehr wohl der öffentlichen Meinung in Deutschland folgte, indem sie sich auf europäischer Ebene so lange wie möglich gegen die Finanzhilfen für Griechenland positionierte und Finanzhilfen dann an strenge Auflagen und letztlich den Fiskalpakt knüpfte. Auch in der Ablehnung von Eurobonds und im Eintreten für eine Finanztransaktionssteuer folgte die Bundesregierung der öffentlichen Meinung. Die deutsche Zustimmung zu Finanzhilfen werten Degner und Leuffen daher nicht als ein Ignorieren der öffentlichen Meinung, sondern als Ergebnis der notwendigen Aggregation heterogener nationaler Interessen auf europäischer Ebene.

nationaler und europäischer Identität.⁵⁶ In ihrem strengen Ordoliberalismus sah sich die FDP mit einem für sie herausragenden Wahlergebnis von fast 15 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 und in der Folge als neue Regierungspartnerin von CDU/CSU bestätigt (Bibow 2017; Galpin 2017: 79 ff.; Maes 2004: 24 ff.). So bildeten die keynesianischen Maßnahmen, die Deutschland in der internationalen Finanzkrise 2009 beschloss, eine überraschende Ausnahme, die deutschem wirtschaftspolitischem *Framing* entsprechend aber nicht als klassisches keynesianisches Nachfragemanagement, sondern als Stabilisierungsmaßnahmen für Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsmarktstabilität dargestellt wurde (Vail 2014). Obwohl die DGB-Gewerkschaften in diese Krisenmanagement einbezogen und damit als Akteure in der Öffentlichkeit sichtbar waren, lassen sich in der Literatur keine Hinweise auf diskursive Gelegenheitsstrukturen für die alternativen Politikvorschläge der Gewerkschaften während der Finanzkrise finden: In deutschen Diskursnetzwerken, die sich mit Kapitalismuskritik befassten, waren Gewerkschaften marginalisiert (Haunss et al. 2015) – obgleich der DGB 2009 und 2010 gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Vertreter zu zwei „Kapitalismuskongressen“ versammelte.

In der Eurokrise kehrte Deutschland dann schnell vom keynesianischen Abenteuer auf gewohntes ordoliberales Terrain zurück, das durch klare, staatlich durchzusetzende Regeln, ausgeglichene Haushalte, stabile Preise und fiskalische Eigenverantwortlichkeit der Euro-Staaten eingegrenzt ist (Matthijs 2016).⁵⁷ Bulmer (2014) sieht in der Berufung auf den Ordoliberalismus den Triumph einer zentralen politischen Idee bzw. Tradition Deutschlands über eine andere, die integrationsfreundliche Europaorientierung, indem ein auf ordoliberalen Ideen basierender nationaler Diskurs die europapolitischen Optionen bestimmte bzw. einschränkte. Galpin (2017: 89 ff.) argumentiert, dass dieser ordoliberales Diskurs Stabilität, die Einhaltung von (Schulden)Regeln und die Wechselseitigkeit der Verpflichtungen auf eine moralische Ebene hob, auf der europäische Identität, europäische Solidarität und die Eigenschaften „guter Europäer“ definiert wurden. Hilfspakete, die nicht mit der Stabilität des gesamten Währungsraums, sondern mit dem Gebot europäischer Solidarität mit Griechenland begründet gewesen wären, wären außerdem Gefahr gelaufen, vom Bundesverfassungsgericht als Bruch des Europarechts kassiert zu werden (ibid.: 85). Während die institutionellen und ökonomischen Aspekte der Eurokrise im deutschen Diskurs hauptsächlich durch Äußerungen der Regierung bzw. staatlichen Institutionen bzw. von Wirtschaftsakteuren (Banken, Unternehmen, Ratingagenturen) interpretiert wurden, beschränkte sich die Rolle der Gewerkschaften in der Medienberichterstattung weitgehend auf arbeitsmarktpolitische Fragen (Lahusen et al. 2016;

⁵⁶ Sein Insistieren auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt hielt Deutschland allerdings nicht davon ab, diesen – ebenso wie Frankreich – Anfang der 2000er-Jahre mehrfach zu verletzen, indem die rot-grüne Koalition unter Kanzler Schröder exzessive Haushaltsdefizite aneinanderreichte unter Verweis auf die Folgen der Hartz-Reformen und globale wirtschaftliche Verwerfungen. Dies kulminierte in einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die den Mitgliedstaaten größeren Spielraum bei der Interpretation der Verletzung des Pakts und der Einleitung eines Defizitverfahrens einräumte (Matthijs 2016: 381; Baerg/Hallerberg 2016).

⁵⁷ Matthijs (2016) argumentiert, dass diese deutschen Ideen der Eurokrise erst ihre systemische Dynamik gaben. Indem es die Krise verlängerte statt zu beenden, führte das Beharren auf ordoliberales Ideen darüber hinaus letztlich ungewollt dazu, dass Deutschland Kompromisse eingehen musste, die seinen wirtschaftspolitischen Ideen und seinem nationalen Interesse entgegenliefen (permanente Haftung über ESM, Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB, Verlust fiskalischer und finanzpolitischer Kompetenzen bzw. Aufsicht an die EU-Kommission bzw. die EZB).

Zamponi/Bosi 2016). Insgesamt erschwerte dieses dominante *Framing* den Gewerkschaften die Anknüpfung an kulturell verwurzelte *Frames*.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl die institutionellen als auch die diskursiven Gelegenheitsstrukturen in der *Agenda Setting*-Phase ungünstig für ver.di waren. Diese Ausgangssituation rückt Gelegenheitsstrukturen nicht als unabhängige Variable, sondern als abhängige Variable ins Zentrum des Interesses – die Öffnung neuer bzw. alternativer Gelegenheitsstrukturen durch ver.di.s strategisches Handeln.

2.3 Gewerkschaftliche Europäisierung und die Eurokrise

Gewerkschaftliche Europäisierung bezieht sich im Rahmen dieser Arbeit auf innergewerkschaftliche Prozesse der europapolitischen Interessenbildung und auf die Vertretung dieser Interessen. Weiter gefasst bezeichnet Europäisierung die Anpassung politischer Akteure an die institutionelle Entwicklung der Europäischen Union („top down“-Logik der Europäisierung, vgl. Radaelli 2003), aber auch die Fortentwicklung der EU selbst etwa durch das strategische Handeln von Interessengruppen, das supranationale, intergouvernementale oder transnationale Züge haben mag (Kohler-Koch/Friedrich 2020).

Die europäische Integration wirkt sich in den EU-Mitgliedstaaten in den Dimensionen *policies*, *politics* und *polity* aus, der jeweilige Anpassungsdruck auf nationale Systeme bemisst sich nach dem Grad des inhaltlichen und institutionellen „misfit“ zwischen europäischer und nationaler Politik (Börzel/Risse 2003). Die sukzessive Vertiefung der europäischen Integration machte es für Interessengruppen immer wichtiger, europapolitische Entwicklungen in ihrer Interessenvertretung zu berücksichtigen. Sie können dabei sowohl die nationale als auch die europäische Ebene für ihre Interessenvertretungsstrategien nutzen (Beyers 2002; della Porta/Caiani 2009; Kohler-Koch/Friedrich 2020; Kriesi et al. 2007). Die vorliegende Arbeit richtet ihren Fokus mit der Interessenaggregation und -vertretung von ver.di gegenüber europäischer Politik auf die *politics*-Dimension der Europäisierung und unterstellt für eine Stärkung gewerkschaftlicher Europapolitik in Folge der *policies* der EU-Krisenpolitik eine neue Dringlichkeit. Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich für ver.di aus dem „misfit“ zwischen nationaler Sozialpartnerschaft und der europäischen Infragestellung sektoraler Kollektivverhandlungen und der Tarifautonomie sowie aus dem „misfit“ zwischen keynesianischen Präferenzen und auf Dauer gestellten Austeritätsregeln des Euroraums.

Im Folgenden wird zunächst die allgemeine Positionierung der deutschen Gewerkschaften zur europäischen Integration skizziert. Im Anschluss daran wird gewerkschaftliche Interessenvertretung auf europäischer Ebene im Allgemeinen und im Besonderen für den Fall der Eurokrise behandelt.

Deutsche Gewerkschaften und Europa

Die DGB-Gewerkschaften stehen der europäischen Integration traditionell freundlich gegenüber und begrüßten – mit Ausnahme der IG BAU (s.u.) – die Einführung des Euro. Dabei akzeptierten sie die Dominanz neoliberaler Ideen eines liberalisierten und deregulierten gemeinsamen Markts⁵⁸ aber nie, sondern forderten so regelmäßig wie erfolglos, die soziale Dimension der Integration hin zu einem „sozialen Europa“ auszubauen. Ein „soziales Europa“ soll beinhalten, auf europäischer Ebene soziale Rechte wirtschaftlichen Freiheiten überzuordnen, Fiskalpolitik flexibler zu gestalten, nationale Wirtschaftspolitiken besser zu koordinieren bis hin zu einer europäischen Wirtschaftsregierung, Vollbeschäftigung als niedriger Inflation gleichwertiges Ziel zu etablieren und die Beteiligungsrechte der Parlamente auf europäischer und nationaler Ebene zu erweitern (Bieler 2003: 34 ff.; Bieler 2006; Seeliger/Kiess 2019).⁵⁹

Mittag (2017) diskutiert die Entwicklung der europapolitischen Interessen des DGB: Anfangs skeptisch gegenüber sozialpolitischen EU-Kompetenzen, aber angesichts exportorientierter Mitgliedsgewerkschaften offen für Marktintegration, änderte sich die Position des DGB mit der Publikation des Weißbuchs zur Vollendung des Binnenmarkts 1985 und der Einheitlichen Europäischen Akte 1986. Der DGB stimmte nun mit der Delors-Kommission überein, dass die sozialpolitischen Kompetenzen Europas – auch angesichts des Reformdrucks auf der nationalen Ebene und seiner befürchteten Konsequenzen eines Abbaus des Sozialstaats – gegenüber den Marktkompetenzen stärker ausgebaut werden müssten. Insgesamt erkennt Mittag (2017: 36 f.) keine einheitlichen organisatorischen und programmatischen Strategien der deutschen Gewerkschaften gegenüber EU-Politik. Seiner Ansicht nach versuchen die DGB-Gewerkschaften vielmehr, im politischen Prozess der EU Zugang für die Artikulation ihrer jeweiligen Interessen zu erreichen und kombinieren dafür verschiedene strategische Optionen zwischen nationaler und europäischer Ebene und zwischen Alleingängen und Kooperation in europäischen Verbänden. In der Eurokrise sprachen sich die DGB-Gewerkschaften für Europa und den Euro aus, während aufstrebende rechtspopulistische Bewegungen weitere europäische Integration ablehnten bzw. ihre Rückabwicklung forderten. Diesbezüglich mussten nicht nur deutsche Gewerkschaften feststellen, dass der nationalistische Diskurs rechter Parteien eine zunehmende Anziehungskraft auf ihre Mitglieder bzw. generell auf Arbeiter und Angestellte ausübte und rechtsgerichtete Wahllisten bei Betriebsratswahlen vor allem in Industrieunternehmen bis zu 20 Prozent der Stimmen erreichen konnten (Dörre et al. 2018; Dribbusch/Birke 2019: 18; Mosimann et al. 2019).

Ferner konnte die integrationsfreundliche Grundhaltung der DGB-Gewerkschaften mit ihren sektoralen Interessen in Konflikt geraten: Die IG BAU etwa lehnte die Einführung des Euro ab in der Befürchtung, dass die Euro-Konvergenzkriterien und die damit verbundene Haushaltskonsolidierung in der Baubranche zu einem ökonomisch fatalen Rückgang öffentlicher Aufträge führen würden (Bieler 2003: 36). Streeck (1991: 346) argumentiert,

⁵⁸ Zum Verhältnis von neoliberaler Wirtschaftspolitik und europäischer Integration s. Hay/Rosamond (2002), Jabko (2006), McNamara (1998), Rosamond (2012).

⁵⁹ Vgl. dazu die Gewerkschaftspositionen zu einem „sozialen Europa“ in Grozelier et al. (2013).

dass die Unterstützung deutscher Gewerkschaften für die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts nicht darauf zurückzuführen war, dass sich ihre Interessen trans- oder supranationalisiert hätten. Vielmehr betrachtet Streeck die gewerkschaftliche Position aus einer dem Neorealismus der Internationalen Beziehungen entlehnten theoretischen Perspektive dergestalt, dass Gewerkschaften Europa als zusätzliche Ebene zur Verfolgung ihrer nach wie vor national fokussierten Interessen begriffen. So erklärt Streeck die Unterstützung des Binnenmarkts als im sektoralen Interesse exportorientierter deutscher Industriegewerkschaften. Auch Josselin (2001) geht in ihrer Studie der Positionen deutscher, britischer und französischer Gewerkschaften zur Einführung des Euro auf den Einfluss sektoraler Präferenzen auf gewerkschaftliche Unterstützung oder Ablehnung des Euro ein. Sie argumentiert aber, dass die gewerkschaftlichen Positionen erst durch die Einbeziehung ideologischer und institutioneller Variablen vollständig verstanden werden können. Nur mit der ideologischen Tradition der Unterstützung europäischer Integration lässt sich laut Josselin erklären, dass die größte der in ver.di fusionierten Gewerkschaften, die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), anders als die interessengeleitete IG BAU die Einführung des Euro unterstützte – obwohl die Konvergenzkriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt beträchtliche Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben mit sich brachten und 90 Prozent der ÖTV-Mitglieder im hiervon betroffenen öffentlichen Dienst beschäftigt waren (ibid.: 65).

Trotz des Fortschreitens der europäischen Integration bleibt europäische Gewerkschaftspolitik im Arbeitsalltag deutscher Gewerkschaften marginalisiert, hauptsächlich spezialisierte Funktionäre und nur wenige Arbeitsgruppen setzen sich mit ihr auseinander (Dribbusch 2015: 181). Dittmar (2017) bestätigt dies in ihrer Studie der Europaarbeit von ver.di: Europaarbeit ist nationalen, insbesondere tarifpolitischen, Belangen klar untergeordnet. Die Fachbereiche beschäftigten sich mit Europa unterschiedlich intensiv und mit hoher Autonomie und wenig gegenseitiger Abstimmung sowie begrenztem Informationsfluss an das mit zwei Gewerkschaftssekretären besetzte EU-Verbindungs-büro. Dieses wiederum unterrichtet die Fachbereiche und hat keinen direkten Draht zu den Mitgliedern. Kontakte der Fachbereiche auf europäischer Ebene werden nicht gebündelt. Rüb (2009) macht für den Fall der IG Metall ähnliche organisatorische Unvereinbarkeiten zwischen den europapolitischen Zielen der Gewerkschaftsführung, insbesondere hinsichtlich der europäischen Tarifkoordinierung, und der national orientierten Praxis der lokalen Gewerkschaftsebene aus. Die Führungsrolle, die die IG Metall auf europäischer Gewerkschaftsebene für eine gemeinsame Tarifpolitik und transnationale Interessenvertretung in europäischen Betriebsräten einzunehmen versucht, überträgt sich damit nicht auf die unteren Gewerkschaftsebenen. Die organisatorische Anpassung an die Berücksichtigung europäischer Vereinbarungen erfordert zu viele Ressourcen, von wenigen europapolitischen Experten der Bundesverwaltung der IG Metall kann sie gegenüber lokalen Entscheidungsträgern der Unternehmens- und Tarifpolitik nicht geleistet und durchgesetzt werden.

Adressaten europapolitischer Interessenvertretung der Gewerkschaften

Generell können Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsverbände versuchen, EU-Politik auf nationaler und europäischer Ebene zu beeinflussen, gegenüber nationalen Regierungen oder gegenüber den EU-Institutionen.⁶⁰ Für Interessenvertretung auf europäischer Ebene gilt die EU-Kommission nicht nur aufgrund ihrer *Agenda Setting*-Position im politischen Prozess, sondern auch wegen ihres hohen Informationsbedarfs angesichts des Missverhältnisses der Komplexität der Politikfelder und der vergleichsweise geringen Mitarbeiterzahl der Kommission als vorrangiger Adressat. Auf ihrem Weg durch das Europäische Parlament und den Rat sind EU-Vorhaben kaum noch durch die Bereitstellung von Informationen zu beeinflussen (Bouwen 2009; Klüver 2012). Das System der Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission charakterisiert Coen (1997) aufgrund einer Dominanz von Wirtschaftsinteressen als „elite pluralism“. Coen und Katsaitis (2013) argumentieren, dass diese Beschreibung auf das System der EU-Kommission als Ganzes nach wie vor zutrifft, in seinen Subsystemen aber Unterschiede zwischen den jeweils zuständigen Politikfeldern bzw. Generaldirektionen der Kommission feststellbar sind („chameleon pluralism“): Gewerkschaften sind wichtigere Gesprächspartner für redistributive Politik, während ihre Beteiligung an der Ausgestaltung von Regulierungen hinter der von Wirtschaftsverbänden zurücksteht, von denen technische Informationen nachgefragt werden. Das Europäische Parlament gilt unter Gewerkschaften als grundsätzlich arbeitnehmerfreundlich und sieht seine Rechte kontinuierlich gestärkt, hat aber nach wie vor kein Initiativrecht. Während die EU-Kommission hauptsächlich für die supranational organisierte Interessenvertretung durch europäische Verbände offen ist und diese auch finanziell fördert, bietet der duale Charakter des Europäischen Parlaments als supranationale Institution mit Rückkopplung der Abgeordneten an die Mitgliedstaaten sowohl supranationalen als auch nationalen Interessen Zugangsmöglichkeiten (Kohler-Koch/Friedrich 2020: 458). Der Europäische Rat dagegen ist am schwersten zugänglich bzw. beeinflussbar (Hayes-Renshaw 2009).

Europäische Gewerkschaftszusammenarbeit

Die Interessen von Gewerkschaften gegenüber der europäischen Integration umfassen zwei Dimensionen: Erstens die konstitutionelle Ausgestaltung bzw. regulatorische Richtung der EU, in der soziale Rechte und demokratische Beteiligung mit wirtschaftlichen Freiheiten Schritt halten sollen gegen Lohn- und Sozialdumping, zweitens die Fortentwicklung gewerkschaftlicher Interessenvertretungskapazitäten auf der europäischen

⁶⁰ Beyers (2004) zeigt, dass alle Typen von Interessengruppen in der Europapolitik strategische Optionen („access“ und „voice“) kombinieren abhängig von der Nachfrage der EU-Institution, die sie ansprechen wollen (s. dazu auch Bouwen 2004). Sucht ein Wirtschaftsverband zum Beispiel Zugang zur Europäischen Kommission, wird er wahrscheinlich nicht gleichzeitig eine kritische öffentliche Kampagne führen. Andersherum kann eine zivilgesellschaftliche Gruppe durchaus versuchen, über Informations- und Proteststrategien in der Öffentlichkeit direkten Zugang zum politischen System zu erreichen. Dür und Mateo (2012) und Kriesi und Kollegen (2007) bestätigen den Befund, dass ressourcenreiche Akteure alle strategischen Optionen nutzen und sich so der privilegierte Status ressourcenreicher Interessengruppen von der nationalen auf die europäische Ebene überträgt. Beyers und Kerremans (2012) wiederum finden keinen Einfluss von Ressourcen und Organisationstypus auf „multilevel venue shopping“, vielmehr stellt ihre Analyse einen positiven Einfluss der nationalen politischen Einbettung von Interessengruppen und der Charakteristika der in Frage stehenden *policies* auf „multilevel venue shopping“ sowie auf die vergleichsweise hohe europäische Aktivität deutscher Interessengruppen heraus.

Ebene, nachdem tarifliche und politische Handlungsmöglichkeiten der nationalen Gewerkschaften durch Europäisierung und Globalisierung unter Druck geraten sind (Deppe 2005; Hoffmann 2010). Die gewerkschaftliche Hoffnung auf marktkorrigierende, regulierende „positive Integration“ wurde durch den fortdauerenden Fokus der EU auf marktöffnende, deregulierende „negative Integration“ enttäuscht (Scharpf 1999; 2002). Gewerkschaftsvertreter sahen im Bekenntnis der Lissabon-Strategie zu Wettbewerbsfähigkeit Löhne und Sozialausgaben zu Kostenfaktoren und Standortnachteilen degradiert und in der Folge die Wohlstands- und Gerechtigkeitsversprechen des europäischen Binnenmarkts nicht eingelöst.⁶¹ Die europäischen Gewerkschaften stellen fest, dass die soziale Integration nicht mit dem Tempo der wirtschaftlichen Integration mithält und beklagen eine europäische Unterbietungskonkurrenz bei Löhnen, Arbeitsbedingungen, Steuern und sozialer Sicherung. Sie sehen die nationalen sozialpolitischen und gewerkschaftsrechtlichen Errungenschaften durch die Politik der EU gefährdet und fordern den Vorrang sozialer Rechte vor wirtschaftlichen Freiheiten und ein tripartistisch auszuhandelndes soziales Fortschrittsprotokoll für die EU (Höpner 2016).⁶² Gleichzeitig haben nicht nur die deutschen Gewerkschaften die europäischen Integrationsschritte – aus ideologischen Gründen und falschen Hoffnungen – immer befürwortet. Deppe (2005: 90) identifiziert in dieser Zustimmung ein strategisches Dilemma, da „Liberalisierungs- und Deregulierungseffekte dieser Politik jene Prozesse unterstützt[en], die auf der nationalen Ebene die Macht der Gewerkschaften aushebeln.“ Hyman (2005) sieht in der kontinuierlichen Befürwortung des Integrationsprozesses durch die Gewerkschaften sogar das gewerkschaftliche Potential für eine substantielle und glaubhafte Opposition gegen die neoliberale Richtung der wirtschaftlichen Integration verloren.

Um ihre Interessen gegenüber den Institutionen der Europäischen Union zu vertreten, gründeten die europäischen Gewerkschaften sektorale europäische Gewerkschaftsverbände und den sektorenübergreifenden Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Der DGB ist das deutsche Mitglied des EGB und war eine treibende Kraft für dessen Gründung 1973 (Ross 1981: 628). Gleichzeitig war der DGB lange nicht bereit, dem EGB ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen und Kompetenzen abzugeben (Greenwood 2003: 167). Außerdem betreibt der DGB – wie auch ver.di und die IG Metall – ein eigenes Verbindungsbüro in Brüssel. Während die Büros von ver.di und IG Metall der Vertretung bzw. europäischen Koordinierung sektoraler Interessen dienen, versucht die Repräsentanz des DGB, sektorale Interessen für den sektorenübergreifenden Europäischen Sozialdialog und die Arbeit im EGB zu bündeln.

⁶¹ Vgl. Buntenbach, Annelie (2019): Für ein Soziales Europa! In: Attac (Hrsg.): Ein anderes Europa ist möglich. Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch. Hamburg: VSA, S. 79-87.

⁶² Vgl. Europäischer Gewerkschaftsbund (2012): A Social Compact for Europe. Der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Logiken der europäischen Integration (Öffnung) und nationaler sozialstaatlicher Arrangements (Geschlossenheit) (Ferrera 2009) ist bislang vornehmlich durch die intergouvernementale „offene Methode der Koordinierung“ in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gelöst (Scharpf 2002; van Vliet 2010). Dabei warb die EU für den von vielen Mitgliedstaaten vollzogenen Wandel von solidarisch finanzierten Sozialstaaten und Vollbeschäftigung hin zu individueller Aktivierung und Eigenverantwortung als Kompromiss zwischen kontinentaleuropäischen und angelsächsischen Sozialstaatsmodellen („flexicurity“) (Antoniades 2008; Deppe 2005; Sapir 2006).

Auf sektoraler Ebene folgte die Europäisierung der Gewerkschaften in europäischen Gewerkschaftsverbänden zunächst dem Muster, dass Gewerkschaften aus wirtschaftlich transnational orientierten Sektoren offener für europäische Gewerkschaftszusammenarbeit waren als solche aus national orientierten bzw. vom internationalen Wettbewerb abgeschotteten Sektoren. Auch die institutionelle Einbindung auf nationaler Ebene hatte Einfluss auf das Interesse an europäischer Zusammenarbeit, sie erklärt etwa die selbstbewusste Zurückhaltung nordeuropäischer Gewerkschaften gegenüber europäischen Gewerkschaftsverbänden (Bieler 2005). Die Mitgliedschaft europäischer Gewerkschaftsverbände setzt sich aus nationalen Branchengewerkschaften zusammen.⁶³ Europäische Gewerkschaftsverbände vertreten deren sektorenspezifischen – technische, regulatorische und arbeitsrechtliche – Interessen mit europapolitischen Bezügen und sind in eine große Zahl sektoraler europäischer Sozialdialoge eingebunden (Henning 2013; Perin/Léonard 2011). Mitglied im EGB können nationale Gewerkschaftsbünde (aktuell 90 aus 38 Ländern) und Europäische Gewerkschaftsverbände (aktuell zehn) sein.⁶⁴

Der EGB kümmert sich um sektorenübergreifende Interessenvertretung zu grundlegenden Fragen der europäischen Integration, unter anderem im Europäischen Sozialdialog, der durch das dem Vertrag von Maastricht angehängte Sozialprotokoll geschaffen wurde, das mit dem Vertrag von Amsterdam schließlich in die EU-Verträge übernommen wurde. Die sektoralen europäischen Sozialdialoge können entweder auf Initiative der Europäischen Kommission oder auf eigene Initiative der europäischen Sozialpartner Kollektivvereinbarungen treffen, die daraufhin vom Rat der Europäischen Union in bindende Richtlinien überführt oder – mit geringerer Bindungskraft – von den nationalen Mitgliedsorganisationen der europäischen Sozialpartner umgesetzt werden sollen. In den 1990er-Jahren erreichten die europäischen Sozialpartner auf Initiative der Europäischen Kommission Vereinbarungen zu Elternzeit, Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen, die jeweils in EU-Richtlinien umgesetzt wurden. Ab den 2000er-Jahren kam es nur noch zu von den Sozialpartnern selbst initiierten und im Ergebnis unverbindlichen Rahmenvereinbarungen.⁶⁵ Insgesamt müssen die europäischen Sozialpartner aber bei jeder sozialpolitischen Initiative der Europäischen Kommission konsultiert werden (Bogg/Dukes 2013: 467 ff.; Falkner 2006; Smismans 2008).

Die Interessenvertretung bzw. -koordinierung der europäischen Gewerkschaftsorganisationen ist mit drei grundlegenden Problemen konfrontiert. Das erste liegt darin, dass europäische Gewerkschaftsorganisationen durch Gewerkschaftsfunktionäre und mit Unterstützung der Europäischen Kommission von oben statt wie bei nationalen Gewerkschaften historisch üblich von unten (auf einem lokalen, betrieblichen oder sektoralen Fundament) aufgebaut wurden. Damit fehlt ihnen die Verbindung zu den Gewerkschaftsmitgliedern und ein eigenes Mobilisierungspotential („structure before action“, Turner 1996). Andersherum haben Gewerkschaftsmitglieder keinen direkten Einfluss auf die

⁶³ Ver.di ist Mitglied bei UNI-Europa (private Dienstleistungen), dem Europäischen Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD), der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) und der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF).

⁶⁴ Vgl. Europäischer Gewerkschaftsbund (o.J.): Organisation and people.

⁶⁵ Vgl. Europäischer Gewerkschaftsbund (o.J.): European Social Dialogue.

Ausrichtung der europäischen Dachverbände. Seeliger und Wagner (2018) argumentieren, dass die Einbettung in supranationale Strukturen europäische Gewerkschaftsfunktionäre dergestalt sozialisiert, dass ihre europapolitischen Ideen einer Einflusslogik der Anpassung gegenüber den EU-Institutionen folgen. So entfernen sie sich von den Ideen der nationalen bzw. sektoralen Mitgliedsgewerkschaften, die eher einer Mitgliedschaftslogik folgen und den EU-Institutionen skeptischer gegenüberstehen.

Diese fehlende Erdung gewerkschaftlicher Europapolitik diskutiert Hyman (2010) hinsichtlich des Umstands, dass Arbeiter und Angestellte bei Referenden zur europäischen Integration überproportional im Lager der Nein-Stimmen vertreten sind, während Gewerkschaftsfunktionäre in diesen Fällen vergeblich für Zustimmung werben. Den Grund für ein solches Abstimmungsverhalten der Gewerkschaftsklientel sieht Hyman aber nicht in nationalistischer Europaskepsis, sondern umgekehrt in deren progressiver Einstellung für ein soziales und demokratisches Europa, der die zur Abstimmung gestellten Vertragsentwürfe nicht gerecht werden. Freire und Kollegen (2017) bestätigen in ihrer acht EU-Mitgliedstaaten umfassenden Studie, dass Arbeiter unabhängig davon, ob ihr Heimatland von der Eurokrise betroffen war, der EU im Vergleich zu anderen Beschäftigtengruppen am wenigsten Sympathie entgegenbringen. Gewerkschaftsmitglieder halten die EU zwar allgemein eher für eine gute Sache als Nichtmitglieder, die Unterschiede sind aber gering und lediglich im Fall Deutschlands statistisch signifikant. Gewerkschaftsmitgliedschaft hat nur in Spanien einen positiven Effekt auf positive Einstellungen gegenüber der EU.

Das zweite Grundproblem besteht in geringen Ressourcen und Mitarbeiterstäben der europäischen Gewerkschaftsorganisationen. Obgleich kontinuierlich mehr europäische Gewerkschaftssekretäre eingestellt bzw. nationale nach Brüssel abgeordnet worden sind, wächst hier der Unterschied zu europäischen Arbeitgeber- und Unternehmensvertretungen. Die „strukturelle Unterfinanzierung“ europäischer Gewerkschaftsorganisationen geht auch auf die Aufnahme ressourcenschwacher osteuropäischer Gewerkschaften zurück, die einen Beitragsrabatt erhielten. Die knappen Ressourcen erzeugen eine Abhängigkeit von externen Finanzmitteln, insbesondere von Fördermitteln der EU-Kommission, deren Anteil an der Finanzierung einzelner Verbände zwischen 20 und 60 Prozent liegt (Platzer 2010: 6). Dass der EGB auf „borrowed resources“ (Martin/Ross 2001) angewiesen ist, bringt ihn in eine unselbständige Nähe zur Europäischen Union, die ihm nicht nur gemäß einer Mitgliedschaftslogik gegenüber seinen nationalen Mitgliedern, sondern gemäß einer Einflusslogik auch der Entschlossenheit seiner Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen schaden kann („elitist embrace“, Hyman 2005: 24). Dazu kommen erhebliche Ressourcenunterschiede zwischen nationalen Mitgliedsgewerkschaften, die auf eigene Kosten Delegierte zum EGB-Kongress und in den EGB-Exekutivausschuss entsenden.⁶⁶ Gewerkschaften mit mehr Sitzen (als Indikator für Gewerkschaftsgröße und -ressourcen) melden sich im Exekutivausschuss häufiger zu Wort, wobei insbesondere osteuropäische Gewerkschaften auch damit zu kämpfen haben, dass für ihre

⁶⁶ Der EGB-Kongress kommt alle vier Jahre zusammen und versammelt Delegierte aller Mitgliedsgewerkschaften, deren Anzahl sich nach der jeweiligen Größe ihrer Organisationen richtet. Zwischen den Kongressen ist der ebenfalls proportional zusammengesetzte Exekutivausschuss das beschlussfassende EGB-Organ.

Landessprachen keine Übersetzer zur Verfügung stehen. Relativ zur Zahl ihrer Sitze zeigt die Gruppe südeuropäischer Gewerkschaften die höchste Aktivität im Exekutivausschuss, gefolgt von nordeuropäischen und sozialpartnerschaftlich eingebundenen mitteleuropäischen Gewerkschaften. Osteuropäische Gewerkschaften halten sich mit Ausnahme stärkerer polnischer und tschechischer Gewerkschaften im Exekutivausschuss ebenso zurück wie angelsächsische Gewerkschaften (Furaker/Loven Selden 2016).

Dies leitet über zum dritten Grundproblem, der Koordinierung von Interessen und Strategien. Die Mitglieder der europäischen Gewerkschaftsverbände und des EGB unterscheiden sich nicht nur in ihrer Größe und damit ihren Ressourcen, sondern auch in ihren ideologischen Orientierungen (neben politisch neutralen Einheitsgewerkschaften wie dem DGB gibt es sozialistisch, kommunistisch oder christlich geprägte Gewerkschaftsorganisationen), in ihren nationalen institutionellen Einbettungen und damit ihren Interessenvertretungsstrategien, ökonomischen Systemen und mit sektoralen Prioritäten verbundenen aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Bieler 2005; Gajewska 2008; Erne 2008; Furaker/Loven Selden 2016; Visser 1998). Die Ausdehnung der Verbändemitgliedschaften in neue EU-Mitgliedstaaten und auch über die EU hinaus steigert die Heterogenität, angesichts fallender Organisationsgrade aber nicht die Zahl insgesamt vertretener Gewerkschaftsmitglieder (Henning 2013: 324 f.). Unter dem Strich wird festgestellt, dass nordeuropäische und angelsächsische Gewerkschaften eher „souveränistisch“, kontinental-, ost- und südeuropäische Gewerkschaften eher „integrationistisch“ ausgerichtet sind, was eine gemeinsame Positionierung behindert, etwa in der Frage eines europäischen Mindestlohnlevels (Furaker/Loven Selden 2013; Gumbrell-McCormick/Hyman 2013; Larsson 2015; Platzer 2010: 10).

Mit der Einbettung in nationale Interessenvertretungs- und Sozialstaatssysteme erklären Busemeyer und Kollegen (2008), dass es zwischen europäischen Gewerkschaften zwar Übereinstimmung zu großen, abstrakten Problemdefinitionen und politischen Zielen eines „sozialen Europas“ und gemeinsamer europäischer Gewerkschaftsarbeit in diese Richtung gibt. Gleichzeitig sind die Gewerkschaften aber so in ihre nationalen Systeme und Problemkontexte eingebettet, dass die Übereinstimmung niedriger wird, je mehr die Zusammenarbeit alltägliche Fragen der Gewerkschaftsarbeit betrifft. So gibt es kaum konkrete Politikpläne und die Gewerkschaften verständigen sich insgesamt leichter auf Positionen gegen europäische Politik als auf eigene politische Initiativen. Seeliger und Kiess (2019: 5) deuten auf die konzeptionelle Unklarheit unter europäischen Gewerkschaften, wie ein „soziales Europa“ überhaupt aussehen soll, und auf die Dominanz westeuropäischer sozialstaatlicher Vorstellungen und deren Verteidigung in der europäischen Gewerkschaftszusammenarbeit auf Kosten osteuropäischer Interessen (s. dazu auch Adamczyk 2018). Der Vize-Generalsekretär des EGB Peter Scherrer (2011: 33) verweist außerdem auf kulturelle bzw. sprachliche Barrieren für die Arbeit des EGB. Der langjährige EGB-Funktionär und jetzige DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann (2011: 76 f.) beklagt, dass Gewerkschaften auf europäischer Ebene Resolutionen und Kampagnen zustimmen, die sie dann auf der nationalen Ebene auf die lange Bank schieben. Statt eigenen

Vertretungsbüros in Brüssel, wie sie zahlreiche Gewerkschaften unterhalten, schlägt Hoffmann vor, den EGB zu stärken.

Zusammengefasst haben die europäischen Gewerkschaften zwar gemeinsame Verbände geschaffen, diese „Europäisierungserfolge“ werden aber durch „organisationspolitische Transnationalisierungsdefizite“ der nationalen Gewerkschaftsebene relativiert (Platzer 2010: 6). Gewerkschaften bleiben ihrem Fundament der im europäischen Binnenmarkt nach wie vor national fokussierten Arbeitsmärkte verhaftet, gemeinsames europäisiertes Interesse besteht häufig lediglich in der Abwehr negativer Eingriffe der EU-Politik in nationale Interessen. Organisationspolitisch nimmt Europapolitik trotz der wachsenden Implikationen von Europäisierung und Globalisierung einen zu geringen Teil der gewerkschaftlichen Agenda und der Interessen der Mitglieder ein, die nach wie vor von der nationalen und subnationalen Ebene bestimmt sind (Baccaro et al. 2003: 128 f.). Die Mobilisierungsfähigkeit als zentrales Mittel politischer Machtdemonstration verbleibt bei den sektoralen Gewerkschaften auf nationaler Ebene, obgleich europäische Gewerkschaftsverbände versuchen, strategie- und mobilisierungsfähig zu werden (Henning 2013). Selbst wenn es starke europäische Gewerkschaftsorganisationen gäbe, die gemeinsame Interessen effizient aggregierten und verfolgten, würde ihnen sowohl ein politischer als auch ein wirtschaftlicher Gegenpart fehlen. Es gibt keine europäische Wirtschaftsregierung, mit der Gewerkschaftsorganisationen verbindliche Vereinbarungen schließen könnten, und die Mitglieder europäischer Wirtschaftsverbände scheuen sich, diesen Verbänden ein weitreichendes Mandat für korporatistische Verhandlungen mit europäischen Gewerkschaftsorganisationen zu geben (Marks/McAdam 1996: 263; Hoffmann 2010: 100).

Europäische Gewerkschaftszusammenarbeit in der Eurokrise

Die Opposition der europäischen Gewerkschaften gegen die EU-Krisenpolitik fand vorwiegend in den nationalen Arenen der Programmstaaten statt, deren Bevölkerungen die unmittelbaren sozialen Folgen der Sparpolitik zu tragen hatten. Europapolitik wurde von den Gewerkschaften damit nicht supranational bekämpft, sondern im Rahmen der nationalen Folgekonflikte der Krisenpolitik. Die unterschiedlich starke und zeitversetzte Krisenbetroffenheit behinderte eine gemeinsame Mobilisierung (Erne 2015a; Hofmann 2015; Lehdorff 2015). Nordeuropäische Gewerkschaften waren generell weniger betroffen als südeuropäische, die ungleiche Krisenbetroffenheit korrespondierte mit sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen der wirtschaftlichen Lage unter den Bevölkerungen der EU (Dribbusch 2015: 178 f.). Ferner erschwerte die Depolitisierung der Krisenpolitik als „alternativlos“ eine Politisierung der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die Gewerkschaften (Erne 2015a). Passive nationale Gewerkschaften aus krisenverschonten EU-Staaten begründeten ihre Inaktivität mit dem Desinteresse ihrer Mitglieder an transnationaler Solidarität bzw. Mobilisierung (Hofmann 2018).

Die Orientierung an der aktuellen nationalen Wirtschaftslage überdeckte mittel- und langfristige Implikationen der EU-Krisenpolitik, im Fall der gewerkschaftlichen

Interessen insbesondere die Einmischung der EU in nationale Lohnniveaus und Lohnfindungsmechanismen und damit die Gemeinsamkeit verletzter Gewerkschaftsinteressen. Für die Programmstaaten hatte diese Einmischung verbindliche Folgen, andere EU-Staaten erhielten im Rahmen des Europäischen Semesters, das die Europäische Kommission sukzessive mit mehr Überwachungs- und Sanktionsmöglichkeiten ausstattete, lediglich unverbindliche Empfehlungen zur nationalen Lohnentwicklung, eine dritte Gruppe an Mitgliedstaaten wiederum blieb von entsprechenden Empfehlungen gänzlich unbehelligt (Schulten/Müller 2015; s. Abbildung 3).

Unter dem Strich trat das zwischengewerkschaftliche Grundproblem divergierender Interessenwahrnehmungen bzw. der gemeinsamen Interessenkoordinierung in der Eurokrise schmerzhaft zutage. Der Vize-Generalsekretär des EGB diagnostizierte während der Eurokrise das Fehlen einer durchdachten Strategie des EGB gegen die EU-Krisenpolitik, vermisste aber auch die Bereitschaft der Mitgliedsgewerkschaften, ihre nationalen Interessen zu einer europäischen Position zu vereinen (Scherrer 2011: 37 f.). Im Exekutivausschuss des EGB gaben die Mitgliedsgewerkschaften zwischen 2009 und 2012 zwar mehr als fünfmal so viele Statements zu makroökonomischen Themen ab wie im Zeitraum vor der Krise 2005 bis 2008. Allerdings waren hierbei hauptsächlich südeuropäische Gewerkschaften aktiv, die europäische Streiks forderten, während nordeuropäische Gewerkschaften auf autonom zu gestaltende länderspezifische Aktionsformen pochten (Furaker/Loven Selden 2016: 65 ff.). Furaker und Loven Selden (ibid.) schließen daraus, dass die Eurokrise im EGB vornehmlich eine Sorge der Gewerkschaften in den betroffenen Staaten war. Insgesamt verhielt sich der EGB in der Eurokrise aber konfrontativer als zuvor: Er lehnte erstmals weitere Integrationsschritte der „economic governance“ in Form des „Six-Pack“, des Euro-Plus-Pakts und des Fiskalpakts ab und organisierte zwischen 2010 und der Europawahl 2014 insgesamt elf europäische Demonstrationen („European Action Days“) mit Bezug zur Eurokrise (Dufresne 2015: 151 ff.; Hofmann 2015: 219).

Die Inkompatibilität von Interessen und Strategien behinderte nicht nur auf europäischer Ebene die Gewerkschaftszusammenarbeit, auch bezogen auf die nationale Ebene stellt die Forschung ungünstige Bedingungen für eine einheitliche gewerkschaftliche Positionierung und strategische Koordinierung in der Eurokrise in Spanien und Griechenland heraus (Köhler/Calleja Jiménez 2017; Vogiatzoglou 2017). Gumbrell-McCormick und Hyman (2013: 196) finden in ihrer vergleichenden Studie nationaler Gewerkschaftsbewegungen ebenfalls zwischengewerkschaftlichen Konflikt auf nationaler Ebene, der gewerkschaftliche Schwäche und strategische Konfusion nach sich zog. Gleichzeitig argumentieren sie an anderer Stelle (2015: 11), dass nationaler „Krisenkorporatismus“ nicht nur transnationaler Solidarität entgegenstand, sondern auch nationaler Gewerkschaftssolidarität zwischen privaten und öffentlichen Sektoren, wenn letztere die Hauptlast staatlicher Sparpolitik zu tragen hatten. Als Beispiele nennen sie Irland, Italien und die Niederlande. Für viele europäische Gewerkschaften bedeutete die Eurokrise eine Renationalisierung statt einer Europäisierung ihres interessenpolitischen Fokus (Stan et al. 2015: 133; Kowalsky 2011: 185). Während Gewerkschaften des öffentlichen Diensts in Europa zum Thema Austeritätspolitik kooperierten, verfolgten Gewerkschaften privatwirtschaftlicher

Sektoren in ihrer Zusammenarbeit andere Prioritäten, vor allem den Austausch zu nationalen Entwicklungen der Tarifpolitik, des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen (Vulkan/Larsson 2018).

Abbildung 3. **Tarifpolitische Einlassungen der Europäischen Kommission**

Recommendations/agreements:	Addressed countries:
1. Country-specific recommendations within the framework of the European Semester:	
Decentralisation of collective bargaining	Belgium, Italy, Spain
Reform/abolition of automatic wage indexation	Belgium, Cyprus, Luxembourg, Malta
Moderation of minimum wage development	France, Portugal, Slovenia
Moderation of general wage development/ nominal wages in line with real productivity	Belgium, Bulgaria, Croatia, Finland, Italy, Slovenia, Spain
Wage development in line with productivity growth / to support domestic demand	Germany
Addressing high wages at the lower end of the wage scale	Sweden
2. Country-specific agreements between EU-ECB-IMF or IMF and national governments within the framework of Memorandums of understanding:	
Decentralisation of collective bargaining	Greece, Portugal, Romania
More restrictive criteria for extension of collec- tive agreements	Greece, Portugal, Romania
Reduction/freeze of minimum wages	Greece, Ireland, Latvia, Portugal, Romania
Reduction/freeze of public sector wages	Greece, Hungary, Ireland, Latvia, Portugal, Romania
Wage freezes in private sector	Greece
Nominal wage development in line with real productivity	Cyprus, Portugal
No recommendations in the area of wage policy:	
Austria, Czech Republic, Denmark, Estonia, Lithuania, Netherlands, Poland, Slovakia, United Kingdom	

Abbildung 3: Tarifpolitische Empfehlungen und Eingriffe der Europäischen Kommission im Verlauf der Eurokrise, Quelle: Schulten/Müller (2015: 338).

Aufgrund ihrer schwächeren institutionellen Einbindung ist die Interessenvertretungsstrategie der südeuropäischen Gewerkschaften außerdem deutlich konfliktorientierter als die der nordeuropäischen Gewerkschaften. Dies steht einer gemeinsame Strategieabstimmung zwischen Demonstrationen und Lobbying im Weg, evident etwa in der Zurückhaltung nordeuropäischer Gewerkschaften bei der Mobilisierung für Demonstrationen und den vom EGB organisierten ersten „europäischen Generalstreik“ im November 2012 (Dufresne 2015; Larsson 2014). Während Portugal, Spanien, Italien und Griechenland den Vorschlag eines koordinierten europäischen Streiktags in den EGB einbrachten und in ihren Ländern am 14. November 2012 Generalstreiks organisierten, zeigten sich mittel-

ost- und nordeuropäische Gewerkschaften gegenüber dieser Strategie skeptisch, verwiesen auf Mobilisierungsschwierigkeiten sowie auf nationale Probleme und Rechtslagen in ihren Ländern und beschränkten sich auf flexible symbolische Aktionen und Solidaritätsadressen – so auch die deutschen Gewerkschaften. Folglich wurde der Vorschlag eines „europäischen Generalstreiks“ auf einen „European Action Day“ reduziert (Hofmann 2015: 217 ff.).⁶⁷ Hier zeigten sich zwei Grundprobleme der Mobilisierung in der Eurokrise: Erstens konnten europäische Gewerkschaftsverbände zwar zu Demonstrationen aufrufen, über die Mitgliedermobilisierung musste aber von nationalen Gewerkschaften entschieden werden, die häufig europapolitisch nicht mobilisierungsfähig waren (Dribbusch 2014). Zweitens manifestierten sich hier die asymmetrischen bzw. asynchronen Krisenerfahrungen in Nord- und Südeuropa.

Während politische Generalstreiks, inzwischen initiiert von Gewerkschaften des öffentlichen Diensts und weniger von Industriegewerkschaften, in Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal und Spanien seit den 1990er-Jahren zunahmen, spielten sie in Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien, auch aus legalen Gründen, keine Rolle (Gall 2013). Von 35 Generalstreiks in Europa zwischen 2010 und 2013 entfiel etwa die Hälfte auf Griechenland. Im Vergleich dazu gab es zwischen 2000 und 2009 insgesamt 27 Generalstreiks in Europa (Ancelovici 2015: 204; Hamann et al. 2012; Gall 2013; Nowak/Gallas 2014). Dazu kommt, dass politische Generalstreiks in der Eurokrise im Ergebnis nur symbolischen Charakter hatten, da sie kaum substantielle Konzessionen von den nationalen Regierungen erreichten und eher Ausdruck der Schwäche waren, nicht in nationale Verhandlungen über die Sparpolitik einbezogen worden zu sein (Nowak/Gallas 2014). Anders als Gewerkschaften der übrigen Programmstaaten haben griechische Gewerkschaften keinerlei Erfahrung mit Sozialpakten. Sie waren traditionell vom politischen Prozess ausgeschlossen, die Beziehung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bzw. Staat ist konfrontativ, der politische Generalstreik folglich das Mittel der Wahl. In EU-Staaten wie Irland und Italien, denen Sozialpakete nicht fremd sind, kam es in der Eurokrise nicht zu derartigen Verhandlungen und Vereinbarungen (Culpepper/Regan 2014), in Irland erst gar nicht zu nennenswerten Gewerkschaftsprotesten (Geary 2016). Auch in den Programmstaaten ebten die Gewerkschaftsproteste sukzessive ab, sei es durch die Politik der EZB (Genovese et al. 2016) oder schlicht, weil nationale Proteste zwar auf Regierungswechsel bei den nächsten nationalen Wahlen Einfluss hatten, nicht aber auf die europäische Krisenpolitik, die auch von der neuen Regierung fortgeführt wurde (Kriesi 2014).

Die Rolle von Gewerkschaften in gesellschaftlichen Protestbewegungen variierte. Während in Portugal Gewerkschaften des öffentlichen Diensts eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Widerstand gegen die Krisenpolitik spielten (Accornero/Ramos Pinto 2015), waren die südeuropäischen Gewerkschaften in Protestbewegungen, die auf universalistische Interessen(bildung) ausgerichtet waren, zwar durch individuelle Gewerkschaftsmitglieder vertreten, als Organisationen aber in der Regel marginalisiert (Sabucedo et al.

⁶⁷ Vgl. Pedrina, Vasco (2013): Gewerkschaftliche Strategien für ein „anderes Europa“. *Gegenblende*, 10.06.2013. Einen Überblick über die Reaktionen nationaler Gewerkschaften auf die Eurokrise bieten Lehndorff und Kollegen (2017).

2017).⁶⁸ Della Porta und Parks (2018) führen dies darauf zurück, dass verschlossene Gelegenheitsstrukturen auf europäischer Ebene zur Beeinflussung der Krisenpolitik die Form der europäischen Bewegungen gegen die Krisenpolitik bestimmten: Weil die europäische Beschlussfassung als undemokratisch wahrgenommen wurde, konstituierten sich die Proteste als Versammlungsdemokratien, die sowohl dieses Demokratiedefizit der EU symbolisieren als auch eine Selbstermächtigung darstellen sollten. Abgesehen von dieser Gemeinsamkeit hatten viele Proteste gegen die EU-Sparpolitik zunächst einen nationalen Fokus innerhalb der Optionen der jeweiligen Gelegenheitsstrukturen (Tarrow 2011; della Porta 2012). Gleichzeitig inspirierten sich die nationalen Bewegungen in ihren Protestformen wechselseitig und nahmen aufeinander Bezug (Nachtwey 2014). Der gemeinsame Fokus auf egalitäre Versammlungsdemokratie im Rahmen der Besetzung öffentlicher Plätze ging darauf zurück, dass die Teilnehmer sich nicht mehr von der Politik repräsentiert fühlten, häufig aber auch nicht mehr von linken Organisationen (Sabucedo et al. 2017). Gewerkschaften sind in dieser Sicht Teil des politischen und kapitalistischen Systems. Nicht nur ihr hierarchischer Aufbau bzw. ihr repräsentatives Demokratieverständnis, sondern auch ihr Fokus auf materielle Interessen stehen der basisdemokratischen Interessendefinition – unabhängig von deren Ergebnis – und dem Legitimitätsanspruch der Protestbewegungen entgegen.

Zusammenfassend macht die Literatur das Scheitern einer stärkeren europäischen Gewerkschaftszusammenarbeit in der Eurokrise an unterschiedlicher Krisenbetroffenheit, nationalem Fokus und divergierenden Interessen und Strategien fest. Insgesamt fällt in der Forschung zu gewerkschaftlicher Europäisierung die Ebene der Gewerkschaftsmitglieder als Forschungsdesiderat ins Auge. Gewerkschaftliche Europäisierung wird entweder auf europäischer Gewerkschaftsebene oder als innerorganisatorischer Prozess zwischen den Funktionärsebenen nationaler Gewerkschaften untersucht, die Präferenzen der Gewerkschaftsmitglieder werden in die Untersuchungen und Erklärungen kaum einbezogen.

Diese Arbeit beleuchtet daher den umgekehrten Fall, nämlich wie ver.di als eine wenig betroffene nationale Gewerkschaft für die von ihr entworfenen europapolitischen Positionen zu mobilisieren versucht und ihre europapolitische Interessenbildung anpasst. Im folgenden Abschnitt wird der Forschungsstand zu politischen Interessen von Gewerkschaftsmitgliedern und der Interessenbildung durch Gewerkschaften vorgestellt.

2.4 Die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder

Wright (2000) bezieht die Interessen von Beschäftigten auf drei Sphären der Auseinandersetzung und Kompromissfindung: die betriebliche Sphäre gegenüber einem Unternehmen („sphere of production“), die sektorale Sphäre gegenüber den Entwicklungen des

⁶⁸ Für einen Gesamtüberblick über die Protestaktivitäten in Europa während der Krise s. Flesher Fominaya/Cox (2013).

Marktes in einer Branche („sphere of exchange“) und die politische Sphäre gegenüber dem Staat und seiner Politik bzw. seinen Regeln („sphere of politics“). Beschäftigten steht in jeder Sphäre eine maßgebliche Assoziationsform zur Verfügung: in der betrieblichen Sphäre Betriebsräte, in der sektoralen Sphäre Gewerkschaften und in der politischen Sphäre (sozialistische oder sozialdemokratische) Parteien. In Deutschland sind Betriebsräte immer noch häufig Gewerkschaftsmitglieder, während in der politischen Sphäre Arbeitnehmerinteressen durch die Sozialdemokratie weniger stark berücksichtigt werden als früher (s.o.). Somit vertreten deutsche Gewerkschaften nicht nur in der „sphere of exchange“, sondern auch in der „sphere of production“ und angesichts der weniger verlässlichen Arbeitsteilung mit der SPD zunehmend in der „sphere of politics“ die Interessen ihrer Mitglieder (s. Kapitel 3.1). Hyman (2001) strukturiert die Ziele, die Gewerkschaften gegenüber unterschiedlichen Adressaten verfolgen, in ein Dreieck aus Markt, Klasse und Gesellschaft. Über die Verhandlungen mit Arbeitgebern (z.B. Arbeitsbedingungen) und Staat (z.B. Rechtssicherheit von Tarifverträgen) zur Ausgestaltung des Marktes setzen sich europäische Gewerkschaften wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Ziele. Das Selbstverständnis vieler europäischer Gewerkschaften ist daher, keine gewöhnliche Interessengruppe zu sein, sondern eine Programmatik mit ausgeprägter politischer Orientierung zu verfolgen (Streeck/Hassel 2003b).⁶⁹ Die Macht der Beschäftigteninteressen gegenüber Arbeitgebern und Staat hängt für Wright (2000) mit der Größe der jeweiligen Assoziationsform zusammen.

Olsons (1965) Theorie des kollektiven Handelns behandelt den Zusammenhang zwischen der Größe einer Interessengruppe und der kollektiven Verfolgung ihrer Interessen bzw. auftretenden „collective action problems“: In größeren Interessengruppen ist der Anreiz für einzelne Mitglieder, zur Interessenvertretung beizutragen, geringer, da es anders als in kleineren Interessengruppen keinen Unterschied macht bzw. gar nicht erst auffällt, wenn ein Gruppenmitglied nicht dazu beiträgt. Olson folgert, dass größere Interessengruppen selektive Anreize für kollektives Handeln schaffen müssen, die Beteiligung belohnen oder Nichtbeteiligung sanktionieren. Offe und Wiesenenthal (1980) kritisieren Olsons Theorie als „klassenunspezifisch“, sie halten die Annahme eindeutig gegebener, homogener Gruppeninteressen nur für Wirtschaftsverbände für plausibel. Offe und Wiesenenthal sehen bei Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften unterschiedliche Logiken kollektiven Handelns: Die Interessenvertretung von Wirtschaftsverbänden funktioniert demnach auf der Grundlage klar definierter und homogener Interessen in einer „monologischen“ Logik der autonomen Verbandsführung gegenüber Politik und Gewerkschaften, deren Erfolg monetär messbar ist. Kollektives Handeln sollte daher einfacher organisierbar sein als bei Gewerkschaften (bzw. zivilgesellschaftlichen Akteuren, vgl. dazu auch

⁶⁹ Hier unterscheidet Hyman (2001) eine Klassenorientierung von einer Gesellschaftsorientierung. Beide richten sich auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Integration der Beschäftigten in gesellschaftliche Prozesse. Die marxistisch inspirierte Klassenorientierung betont dabei den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, während die Gesellschaftsorientierung die Möglichkeit eines Konsenses unterstreicht in Form korporatistischer Institutionen eines geregelten, friedlichen Interessenausgleichs. Klassen- und Gesellschaftsorientierungen variieren zwischen Gewerkschaften und den institutionellen und sektoralen Rahmenbedingungen, unter denen sie operieren. So verortet Hyman in seinem Dreieck die britische Gewerkschaftsbewegung zwischen Markt und Klasse, die deutsche zwischen Markt und Gesellschaft.

Dür/Mateo 2012).⁷⁰ Für Gewerkschaften gilt dagegen eine „dialogische Logik“: Zur Interessenvertretung gegenüber der Politik kommt die Interessenbildung der Mitglieder in einem dialogischen Prozess zwischen Funktionären und Mitgliedern. Während autonom agierende Wirtschaftsverbände lediglich die „willingness to pay“ der Verbandsmitglieder sicherstellen müssen, müssen Gewerkschaften darüber hinaus eine „willingness to act“ der Mitglieder erzeugen, auf die das kollektive Handeln der Gewerkschaft angewiesen ist.⁷¹ Offe und Wiesenenthal argumentieren, dass Gewerkschaften eine kollektive Identität formen müssen, die ihre vergleichsweise höheren Kosten des kollektiven Handelns tragen kann.

Mit der Größe der Gewerkschaft nimmt allerdings die potentielle Interessenheterogenität der Mitglieder zu und damit die Schwierigkeit, eine bindende gewerkschaftliche Identität zu formen – und auch gemeinsame Ziele zu definieren bzw. alle Interessen effektiv zu repräsentieren (Child et al. 1973: 77 ff.). Jüngere Forschungsergebnisse zeigen außerdem, dass sich die Identität von Beschäftigten nicht länger überwiegend aus ihrem Beruf oder gar der Zugehörigkeit zu einer Klasse speist, „postmaterielle Werte“ fließen zunehmend in sie ein (Inglehart 2008). Die Geschlossenheit einer Gewerkschaft in der Interessendefinition und -vertretung ist immer schwieriger zu erreichen:

„Die leidvolle historische Erfahrung, nur durch Einheit schlagkräftig zu sein, hat ein überzogenes Ideal politischer Geschlossenheit hervorgebracht, das die Differenzierung von Lebenslagen und Interessen heutiger Mitglieder unterschätzt. Was als Bedingung erfolgreichen kollektiven Handelns vorausgesetzt wird, bedarf aber immer mehr diskursiver Verständigung“ (Prott 2014: 292).

Zwei Mechanismen der Interessenbildung, die beide auf diskursive Prozesse abstellen, werden in der Forschung diskutiert: Zum einen die Interaktion der Mitglieder untereinander, zum anderen die Interaktion von Gewerkschaftsführung und Mitgliedern vor dem Hintergrund einer bestimmten Satzung und Organisationskultur. Iversen und Soskice (2013) argumentieren, dass Interessen durch politische Diskussionen im unmittelbaren sozialen Umfeld geformt werden. Gewerkschaftsmitglieder diskutieren häufiger in ihrem Umfeld über Politik. Homophilie in der Ausbildung ihrer sozialen Netzwerke führt dazu, dass die Netzwerke von ähnlichem ökonomischem Status und damit zusammenhängend ähnlichen Interessen ihrer Mitglieder gekennzeichnet sind. Die Regelmäßigkeit der Diskussionen bildet den sozialen Anreiz für Gewerkschaftsmitglieder, sich dafür politisch zu informieren, wobei politische Informationen auch von der Gewerkschaft angeboten werden.

⁷⁰ Allerdings haben auch Wirtschaftsverbände mit Interessengegensätzen, Widerspruch und Austritten ihrer Mitglieder zu kämpfen (Sack/Strünck 2016). Zur Interessenbildung in deutschen Wirtschaftsverbänden s. Behrens (2018).

⁷¹ Child et al. (1973) deuten in eine ähnliche Richtung, indem sie Gewerkschaften neben administrativen Strukturen, die denen anderer Organisationen gleichen mögen, auch durch repräsentative Strukturen gekennzeichnet sehen, die Gewerkschaften von anderen Organisationen unterscheiden.

Der zweite Mechanismus läuft über die Interaktion der Gewerkschaftsführung mit den Mitgliedern: Ahlquist und Levi (2013; s. auch Ahlquist et al. 2014) untersuchen den Fall einer politisch für die Interessen von Nichtmitgliedern besonders aktiven amerikanischen Gewerkschaft, der International Longshore and Warehouse Union (ILWU). Die Autoren demonstrieren den Erfolg der ILWU-Führung, politische Interessen der Gewerkschaftsmitglieder auszubilden, die nicht mit deren ökonomischem Eigeninteresse kongruent sind, und die Mitglieder zu kollektivem Handeln für diese Interessen zu mobilisieren. Ahlquist und Levi führen dies auf eine glaubhafte, im Zweifel demokratisch leicht austauschbare Gewerkschaftsführung, auf eine Satzung mit elaborierten politischen Prinzipien und ausgeprägten, intensiv praktizierten basisdemokratischen Elementen sowie auf den kontinuierlichen wirtschaftlichen Erfolg der Gewerkschaft zurück: Wenn die Führung die Prinzipien der Satzung glaubhaft verkörpert, vertrauen die Mitglieder ihr bei anhaltendem wirtschaftlichem Erfolg auch bei politischen Angelegenheiten und handeln auf der Grundlage basisdemokratischer Konsultationen. Der große wirtschaftliche Erfolg und die deliberative Basisdemokratie stellen die „scope conditions“ des Falls der ILWU dar, die die Übertragbarkeit dieses Modells auf die ökonomische Bilanz und organisatorischen Eigenheiten anderer Gewerkschaften einschränken (Ahlquist et al. 2014: 69).

Die zweite Bedingung, die Ausgestaltung innergewerkschaftlicher Demokratie in Form diskursiver Beteiligungsprozesse, wird seit Langem in der Gewerkschaftsforschung diskutiert. In einer bis heute viel zitierten organisationssoziologischen Studie postulierte Michels bereits 1911 am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung für Organisationen ein „ehernes Gesetz der Oligarchie“: Das Wachstum von Organisationen erfordert den Aufbau bürokratischer Strukturen, innerhalb derer Funktionäre gegenüber einfachen Mitgliedern Wissensvorsprünge und eigene Interessen entwickeln. So bildet sich eine Oligarchie innerhalb der Organisation heraus, die demokratische Prozesse und die repräsentative Abbildung der Mitgliederinteressen korrumpieren kann (Michels 1989 [1911]). Für Gewerkschaften würde das bedeuten, dass deliberative, partizipative Demokratie nur in kleineren Gewerkschaften relativ homogener Berufsgruppen möglich ist – paradigmatisch dafür steht eine weitere klassische Studie über die International Typographical Union (ITU), eine kleine Berufsgewerkschaft mit homogenen Interessen und funktionierenden demokratischen Prozessen (Lipset et al. 1956). Die ITU und die ILWU sind in dieser Sicht Ausnahmen, die die oligarchische Regel bestätigen: Größere Gewerkschaftsorganisationen mit heterogener Mitgliedschaft sind auf Interessenvertretungsbürokratien angewiesen, die hauptamtlichen Funktionären einen hohen Grad fachlicher und strategischer Autonomie geben sollen, um eine effiziente Interessenvertretung zu erreichen, die sich an den straffen Organisationsstrukturen der Wirtschaftsverbände orientiert. Damit sind größeren Gewerkschaften Konflikte zwischen (deliberativer) innerorganisatorischer Demokratie und den bürokratischen Strukturen inhärent, zwischen den „zwei Gesichtern“ der Gewerkschaften als basisorientierte Bewegung und effizienzorientierte Interessenvertretung (Voss 2010; Freeman/Medoff 1979). Ferner stehen der Forderung, dass auch größere Gewerkschaften „Diskurs-Organisationen“ werden sollten (Zoll 1991), empirische Resultate entgegen, dass die meisten Gewerkschaftsmitglieder passiv sind und

so gut wie nie mit hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären zu tun haben (Prott 2014: 291).

Zu den Präferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern zwischen eng gefassten ökonomischen und weiter gefassten politischen Interessen gibt es unterschiedliche wissenschaftliche Befunde. Grundlegend diskutieren Studien zu Gewerkschaftsmitgliedschaft drei Beitrittsmotive: instrumentelle Motive, von Gewerkschaftsressourcen wie Streikgeld oder Rechtsschutz zu profitieren; ideelle kollektive Motive, denen die Attribution einer progressiven gesellschaftlichen Rolle der Gewerkschaften zugrundeliegt; und soziale Motive, die auf die soziale Erwartung von Kollegen oder Verwandten einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zurückgehen (Klandermans 1986: 192). Analog dazu werden in der Protestforschung auf individueller Ebene instrumentelle, ideologische und identitätsbezogene Beweggründe für die Beteiligung an kollektivem Handeln diskutiert (Klandermans 2004).

Prott (2014) fasst die Literatur dahingehend zusammen, dass die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder sich zunächst als Angehörige eines bestimmten Berufs identifiziert, nicht als Mitglieder einer solidarischen Klasse abhängig Beschäftigter. Kitschelt und Rehm (2014) zeigen, dass individuelle Arbeitserfahrungen in Form beruflicher Entscheidungsspielräume und Tätigkeitsmuster mit der Ausbildung politischer Präferenzen zusammenhängen hinsichtlich inklusiver versus exklusiver Gruppenidentität, partizipativer versus repräsentativer bzw. hierarchischer Entscheidungsprozesse und redistributiver versus markoliberaler Orientierung. Bei Gewerkschaftsmitgliedern erreichen eine inklusive Gruppenidentität und die Präferenz für redistributive Politik statistische Signifikanz. Dribbusch (2011: 233 ff.) führt den Gewerkschaftsbeitritt im Sinne eines instrumentellen Motivs zurück auf eine wahrgenommene Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz, die Verfügbarkeit einer Gewerkschaft und die Einstellung, dass die Gewerkschaft effektiv gegen diese Ungerechtigkeit vorgehen kann. Checchi und Kollegen (2010) kommen zu dem Schluss, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zwar von der individuellen, instrumentellen Wahrnehmung von Lohnungleichheit beeinflusst ist, diese Wahrnehmung aber mit der normativen, gesellschaftsbezogenen Haltung verbunden ist, dass die soziale Ungleichheit zu groß ist und gewerkschaftlich angegangen werden muss. Aus einer Analyse von Daten der European Social Survey zu 18 EU-Staaten erhalten Schnabel und Wagner (2007) die Verfügbarkeit einer Gewerkschaft am Arbeitsplatz und die Einstellung von Beschäftigten, dass Arbeitnehmer starke Gewerkschaften brauchen, als wichtigste Einflussvariablen auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Waddington (2015) fokussiert statt der Beitrittsgründe auf die Erklärung der Motivation, in Zeiten abnehmender Organisationsgrade Gewerkschaftsmitglied zu bleiben. Seine Analyse von 14 Gewerkschaften in zwölf europäischen Ländern bestätigt in einem Präferenzranking aus elf in einer Umfrage wählbaren Motiven die führende Bedeutung instrumenteller Motive der Unterstützung der Gewerkschaft bei Problemen am Arbeitsplatz und der Verbesserung von Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Ideelle kollektive Motive spielen in den meisten Gewerkschaften, politische und soziale Motive in allen untersuchten Gewerkschaften eine untergeordnete Rolle. Dies bestätigt sich auch für ver.di, die eine der von Waddington untersuchten Gewerkschaften ist (s. Kapitel 3.2).

Vor allem in der US-amerikanischen Literatur wird auf einen Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Interessen von Gewerkschaftsmitgliedern hingewiesen: In ihrer weiter oben vorgestellten Studie der ILWU argumentieren Ahlquist und Levi (2013), dass Gewerkschaften zunächst die ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder befriedigen müssen, bevor diese für anderweitige politische Ziele mobilisierbar sind. Kim und Margalit (2017) kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass es ökonomisch erfolgreicher für Gewerkschaften leichter fällt, die politischen Präferenzen ihrer Mitglieder zu beeinflussen. Auch wenn Mitglieder bei ihrem Eintritt ein bestimmtes Set an Werten, Interessen und Partizipationsbereitschaft mitbringen, setzen jenseits dieser Selbstselektion in der Folge politische Sozialisierungseffekte ein bezüglich politischen Wissens (Iversen/Soskice 2013), handels- und umverteilungspolitischer Präferenzen (Kim/Margalit 2017; Mosimann/Pontusson 2017; Pontusson 2013) und einer erhöhten Widerstandsfähigkeit gegenüber rechtspopulistischen Programmatiken (Mosimann et al. 2019). Die politische Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern ist höher als die vergleichbarer Nichtmitglieder (Bryson et al. 2014; D'Art/Turner 2007; Flavin/Radcliff 2011; Stegmüller/Becher 2019).

Gewerkschaftsmitglieder haben als Beschäftigte, Bürger oder Verbraucher Interessen und Präferenzen, die sie in verschiedenen Situationen priorisieren können. Daher können von Gewerkschaftsorganisationen zu moderierende Interessengegensätze nicht nur zwischen Funktionären und Mitgliedern⁷² bzw. den Mitgliedern untereinander auftreten, sondern bereits auf individueller Ebene etwa zwischen den Interessen eines Gewerkschaftsmitglieds als Produzent (hohe Löhne) und Konsument (niedrige Preise) (Offe/Wiesenthal 1980: 75, 82 f.). Die Identität als Gewerkschaftsmitglied wird in der Forschung nicht nur als Facette persönlicher Identität, sondern als eine mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern geteilte, spezifische und daher in sozialen Zusammenhängen mobilisierbare kollektive Identität betrachtet (Klandermans 2004: 364). Dass Beschäftigtengruppen komplexer und heterogener sind als früher (Peetz 2010), verändert ihre Identifikation mit Gewerkschaften und deren Formen kollektiven Handelns (Lévesque et al. 2005). Vor allem Multibranchengewerkschaften wie ver.di müssen mehr Aufwand betreiben, um aus Interessensheterogenität kollektive Identität, gemeinsame Interessen und inneren Zusammenhalt zu generieren – vor der Drohkulisse der Abspaltung interessenhomogener Berufsgewerkschaften (Thomas 2017: 649, 663).

Vielfalt und potentielle Transformierbarkeit der Identitäten und Interessen legen nahe, Gewerkschaften nicht als homogene Interessenblöcke zu analysieren, sondern den Blick auf innergewerkschaftliche Prozesse der Präferenzbildung zu lenken. Gleichzeitig wird aus der zitierten Forschung deutlich, dass unterstellt werden kann, dass für die meisten

⁷² Interessenkonflikte zwischen Gewerkschaftsebenen untersucht etwa Crouch (1982). Er argumentiert, dass nationale und lokale Gewerkschaftsebenen unterschiedliche Präferenzen in Bezug auf materielle und prozedurale Ziele haben: Materielle Ziele beziehen sich auf tarifliche Erfolge und haben einen kurzfristigen Zeithorizont, prozedurale Ziele erstrecken sich auf die Institutionalisierung von Beteiligungs- und Repräsentationsrechten und damit auch auf die Macht der Funktionäre gegenüber den Mitgliedern, ihr Zeithorizont ist längerfristig. Für die lokale Ebene sind materielle Ziele wichtiger als prozedurale Ziele, für die nationale Ebene verhält es sich umgekehrt. Die Organisationsebenen sind zwar voneinander abhängig, die Mitglieder identifizieren sich aber eher mit der lokalen Ebene. Sie haben laut Crouch in der Regel wenig Interesse, sich an der politischen Aktivität der fernen nationalen Ebene zu beteiligen, und führen politische Erfolge der nationalen Ebene nicht auf deren politische Aktivität zurück. Damit stehen auch die Anreize der nationalen Ebene in Frage, knappe Ressourcen in politische Aktivität zu investieren.

ver.di-Mitglieder politische Aktivität und die Beeinflussung von Europapolitik keine vorrangigen Interessen darstellen, die sie durch ihre Gewerkschaft verfolgt sehen und durch ihre Mitgliedschaft unterstützen möchten. Europapolitische Identitäts- und Interessenbildung müsste daher von Gewerkschaftsfunktionären gegenüber den Mitgliedern unternommen werden.

Lévesque und Murray (2013) sehen die schwindende gewerkschaftliche Fähigkeit, kollektive Identitäten unter Mitgliedern und Beschäftigten auszubilden, als elementaren Erklärungsbaustein sinkender gewerkschaftlicher Macht. Daher stellen Lévesque und Murray gewerkschaftliche *Framing*-Kompetenzen, die eine inklusive Vision gewerkschaftlicher Identität entwickeln, ins Zentrum ihrer Überlegungen zur Rückgewinnung gewerkschaftlichen Einflusses. In ihrer vergleichenden Studie zweier Unternehmen und der jeweiligen Gewerkschaften (ibid.) zeigen sie die Bedeutung von *Framing* für die Reproduktion „narrativer Ressourcen“ der Gewerkschaft, d.h. der Darstellung ihres Mehrwerts und ihres Erfolgs. Während es die Gewerkschaft in einem der untersuchten Unternehmen dem Management überließ, einen neuen Vertrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen zu präsentieren, unternahm die Gewerkschaft des anderen Unternehmens aktives *Framing* eines ähnlichen Vertrags, das den gewerkschaftlichen Einfluss und Sieg betonte und so die gewerkschaftliche Identität erneuern konnte. Die Autoren schließen daraus, dass ein selbstbewusstes *Framing* der Gewerkschaftsführung zur Wahrnehmung gewerkschaftlicher Effektivität unter den Gewerkschaftsmitgliedern beitragen kann.

Fallstudien zur Interessenerweiterung von Gewerkschaften stellen auf Inhalt und Wirkung spezifischer *Frames* ab, die Gewerkschaftsfunktionäre nutzen. Durch *Framing* integrieren Gewerkschaften die Interessen des Umweltschutzes (Snell/Fairbrother 2010), Teilzeitbeschäftigter (Heery/Conley 2007) oder von Frauen (Yates 2010). Kiess (2019) untersucht das *Framing* deutscher Gewerkschaften und Arbeitgeber zur Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 hinsichtlich des Fortbestands der ideellen Grundlagen der deutschen Sozialpartnerschaft. Kiess beschränkt sich aber auf das *Framing* nach außen, interne Interessenbildungsprozesse sind nicht Gegenstand seiner Analyse.

Menz und Kollegen (2013; Detje et al. 2011) zeigen die Wirkung des *Frames* der Wettbewerbsfähigkeit auf gewerkschaftsaffine Industriebeschäftigte im Kontext der Finanzkrise: Das Mantra der Wettbewerbsfähigkeit und die darauf gründenden betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen rufen ein Krisenempfinden hervor, das schon vor der Krise dauerhaft akut war. Die von den Autoren vorgefundenen „verriegelten Verhältnisse“ sind durch eine individuelle Ohnmachtserfahrung und eine Adressatenlosigkeit der Systemkritik gekennzeichnet – auf Unternehmensebene ist das System nicht zu ändern und wirtschaftliche Zugeständnisse sind unumgänglich, jenseits des Unternehmens ist der Finanzkapitalismus kein greifbarer Gegner und der nationalen Politik wird misstraut. Weil Politik als schmutziges Geschäft empfunden wird, dessen Zwängen sich Gewerkschaften nicht entziehen können, erhoffen sich die befragten Beschäftigten von Gewerkschaften eine Opposition von außerhalb des politischen Systems mit einem gestärkten politischen

Mandat.⁷³ Während Beschäftigte allerdings die Passivität der Gewerkschaft und deren unzureichende Deutungsangebote und betriebliche Präsenz in der Krise beklagen, kritisieren Gewerkschaftsvertreter andersherum die Zurückhaltung der Beschäftigten und ihren Verlass auf Stellvertreterpolitik trotz wiederholter Mobilisierungsversuche. Wettbewerbslogik und Konkurrenzdruck führen ferner zu selektiver interner Solidarität gegenüber Auszubildenden und befristet Beschäftigten im eigenen Betrieb, während externe Leiharbeiter nicht in den Genuss dieser Solidarität kommen.

Diese Tendenzen zu einer „exklusiven Solidarität“ finden auch Dörre und Kollegen (2013: 222 ff.; s. auch Dörre et al. 2014) in ihrer Studie eines Großunternehmens der deutschen Exportindustrie mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von über 90 Prozent: Stammbeschäftigte grenzen sich nicht nur nach oben, sondern auch nach unten ab. Während kapitalismuskritische Einstellungen stark verbreitet sind, herrscht eine enge Identifikation mit dem eigenen Unternehmen vor. Ihrem permanenten Krisenempfinden setzen die Beschäftigten keine positiven Alternativen entgegen und nehmen die Gewerkschaften bei gesellschaftspolitischen Themen nicht ernst. Andersherum ist der lokalen Gewerkschaftsebene das Ausmaß der Verbreitung kapitalismuskritischer Einstellungen unter den Beschäftigten nicht klar. Dörre und Kollegen (2016: 262 f.) sehen das als Herausforderung für Gewerkschaften, „Kollektividentitäten [zu] entwickeln, die mit Ausbeutung einen Kausalmechanismus benennen, der die Ursachen klassenspezifischer Ungleichheit und Verteilungsungerechtigkeit thematisiert“, eine „Kausalität zwischen dem Glück der Starken und der Not der Schwachen“. Aus der negativen Positionierung zum *Frame* der Wettbewerbsfähigkeit muss in dieser Sicht eine „positive identitätsbildende Kraft“ werden, die allerdings aktuell nur auf Überresten alter ideologischer Überzeugungen aufbauen kann (ibid.). Die Studien von Menz und Kollegen und Dörre und Kollegen untersuchen den Organisationsbereich der IG Metall, die nicht nur die größte deutsche Gewerkschaft ist, sondern im exportorientierten Sektor nach wie vor in einen starken sozialpartnerschaftlichen Zusammenhang integriert ist (s.o.). In diesem Kontext überraschen die Forschungsergebnisse von Ohnmachtserfahrung und Skepsis gegenüber der Gestaltungskraft der Gewerkschaften zum einen, zum anderen ist die Annahme plausibel, dass diese Befunde in sozialpartnerschaftlich schwächer integrierten Sektoren keinesfalls positiver ausfallen würden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Gewerkschaften politische Interessenbildung gegenüber ihren Mitgliedern betreiben. Insbesondere eine europapolitische Identität müsste aber aktiv herausgearbeitet werden, da die meisten Mitglieder mit ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft instrumentelle Interessen ihres Arbeitslebens verbinden.

⁷³ Dieser Befund ist allerdings nicht generalisierbar: So beobachten Hyman und Gumbrell-McCormick (2013: 133) in ihrer vergleichenden Studie europäischer Gewerkschaften, dass viele Gewerkschaftsmitglieder eine umfassende politische Programmatik ihrer Gewerkschaft skeptisch bewerten. Von Nichtmitgliedern werden politische Orientierungen und Aktivitäten sogar als Grund genannt, keiner Gewerkschaft beizutreten.

2.5 Medienkommunikation von und über Gewerkschaften

Gewerkschaftliches *Framing* erstreckt sich nicht nur auf die interne, sondern auch auf die externe Kommunikation gegenüber Medien und Öffentlichkeit. Die Medienberichterstattung über gewerkschaftliche Themen ist sowohl politik- als auch kommunikationswissenschaftlich wenig erforscht. Oehmer (2017) untersucht, in welchem Umfang deutsche Interessengruppen in drei deutschen Tageszeitungen im Zeitraum von 2008 bis 2010 Erwähnung fanden, und kommt zu dem Ergebnis, dass ver.di, IG Metall und DGB zu den Interessengruppen mit der höchsten Medienpräsenz zählten. Oehmer führt hohe Medienpräsenz von Interessengruppen auf ihre professionelle Medienarbeit zurück – im gewählten Untersuchungszeitraum könnte die hohe Anzahl an Artikeln, in denen Gewerkschaften erwähnt werden, aber auch auf den thematischen Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen sein. Binderkrantz und Christiansen (2014) kommen für den dänischen Fall zu einem ähnlichen Ergebnis: Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände erreichen relativ zu ihrer Populationsgröße und im Vergleich zu anderen Interessengruppen überproportionale Medienresonanz. Gewerkschaften waren stärker in der untersuchten linken Zeitung vertreten, Wirtschaftsverbände in der konservativen. Insgesamt stellen Binderkrantz und Christiansen damit einen „political parallelism“ zwischen den politischen Positionen der Interessengruppen und der politischen Ausrichtung der Zeitungen fest. Auch Binderkrantz und Christiansen führen Medienpräsenz neben der institutionellen Privilegierung der Sozialpartner im korporatistisch geprägten Dänemark auf Professionalisierung, Ressourcenausstattung und Medienstrategie der Interessengruppen zurück. Konfrontative Aufmerksamkeitsstrategien haben dagegen einen negativen, allerdings nicht signifikanten Effekt auf Medienresonanz.

Kühne (2011) behandelt die Berichterstattung und Kommentierung zum Thema Mitbestimmung in drei deutschen Tageszeitungen zwischen 1998 und 2007. Kühne stellt Unterschiede bei den zitierten Akteursgruppen, den Deutungsrahmen und den Handlungsempfehlungen fest: Die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* nimmt nachdrücklich Partei gegen die Mitbestimmung, in ihr kommen Arbeitgeber als Akteure und ihre Positionen als Interpretationsrahmen deutlich häufiger vor als Arbeitnehmer, wobei negative Bewertungen nicht nur in Kommentaren überwiegen, sondern auch in der Berichterstattung überproportional vertreten sind. Die linke *tageszeitung* vertritt eine positivere Haltung gegenüber der Mitbestimmung, weist aber – wie auch die *Süddeutsche Zeitung* – ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen positiven und negativen Bewertungen in der Berichterstattung auf.

Schmidt (1993) zeigt, dass die von ihr untersuchte Berichterstattung der *New York Times* über Gewerkschaften hauptsächlich und im Zeitverlauf zunehmend Streiks behandelte. Schmidt argumentiert, dass diese Berichterstattung negative Reaktionen beim Publikum evoziert, indem Gewerkschaften mit aggressivem Verhalten assoziiert werden, und untersucht die Auswirkung dieser Berichterstattung auf die öffentliche Meinung zu Gewerkschaften. Schmidt findet einen negativen Effekt auf die – ohnehin sinkenden – Popularitätswerte von Gewerkschaften insbesondere bei Publikumsteilen, die keine politisch

geprägte Grundhaltung gegenüber Gewerkschaften haben. Ryan (2004) illustriert mit ihrer Fallstudie eines erfolgreichen Streiks, dass Gewerkschaften durchaus die Möglichkeit haben, einen Streik gegenüber Medien und Öffentlichkeit positiv und gemeinwohlbezogen zu *framen*, indem sie ihre Kampagne in den Kontext des gemeinsamen gesellschaftlichen Kampfs gegen soziale Ungerechtigkeit stellen und so die Basis ihrer Unterstützer erweitern.

Köhler und Jost (2017) analysieren die Kommunikationsaktivitäten der deutschen Sozialpartner in elf Tarifkonflikten und die Berichterstattung von elf Printmedien und einer Nachrichtenagentur über diese Tarifkonflikte.⁷⁴ Die untersuchten Medien berichteten am umfangreichsten über offene Tarifkonflikte mit hohem disruptivem Potential. In der Konfliktphase wurde in den Medien vor allem die Perspektive der von Streiks betroffenen Bevölkerung (der Leser) und der wirtschaftlichen Konsequenzen für die Arbeitgeber eingenommen – besonders prononciert in Boulevardzeitungen und konservativen Zeitungen. Bei Tarifkonflikten mit geringerer Reichweite sowie in der Einigungsphase aller Tarifkonflikte standen die Belange der Arbeitnehmer stärker im Vordergrund, darüber wurde aber weniger berichtet. Gewerkschaften gelang es zwar, mit medienwirksamen Aktionen auch in der Konfliktphase als Akteure im Zentrum zu stehen. Obwohl die Medien keiner Tarifpartei den klaren Vorzug gaben, wurden Gewerkschaften aber insgesamt negativ dargestellt und in der Verantwortung für eine Lösung des Konflikts gesehen – im Gegensatz zur Verhandlungsphase, wo dies den Arbeitgebern zugeschrieben wurde. Insgesamt ist die mediale Darstellung von Tarifkonflikten negativ und konfliktorientiert, was laut Köhler und Jost eine negative Sichtweise der Tarifpolitik in der Öffentlichkeit zur Folge haben kann. Allerdings beeinflussten mit dem Pilotenstreik 2013 und dem Lokführerstreik 2014 zwei überproportional lange und medial ausführlicher begleitete Tarifkonflikte die Ergebnisse. Ein weiteres Resultat der Studie ist, dass Gewerkschaften eine intensivere Medienarbeit als Arbeitgeberverbände betrieben und sich dabei an journalistischen Selektionskriterien orientierten.

Fazit

In diesem Kapitel wurden zunächst politische, ökonomische und organisatorische Entwicklungen in Deutschland und Europa herausgestellt, die vor der Eurokrise für die gewerkschaftliche Interessenvertretung relevant waren. Darauf aufbauend wurden die institutionellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen in der *Agenda Setting*-Phase der EU-Krisenpolitik in Deutschland behandelt, um die Ausgangsbedingungen für ver.di.s Interessenvertretung in der Eurokrise zu etablieren. Aus dem Umstand ungünstiger

⁷⁴ Jost und Köhler (2018) zeigen, dass deutsche Journalisten über Tarifkonflikte im Journalismus selbst – also Tarifkonflikte, von denen sie selbst betroffen sind – aus Sicht der Beschäftigten positiver berichteten als über Tarifkonflikte in anderen Sektoren: Vertreter der Beschäftigten kamen in der Berichterstattung häufiger zu Wort und den Tarifkonflikten wurde eine höhere Legitimität beigemessen, während die Angebote der Arbeitgeber und deren Reaktionen auf Streiks negativer dargestellt wurden.

Gelegenheitsstrukturen wurde gefolgert, dass ver.di Gelegenheitsstrukturen für ihre europapolitische Interessenvertretung schaffen müsste. Hierzu wurde zunächst die europäische Gewerkschaftszusammenarbeit in der Eurokrise nachvollzogen mit dem Ergebnis, dass eine gemeinsame Mobilisierung der europäischen Gewerkschaften scheiterte. Dies begründete das Argument der vorliegenden Arbeit, dass ver.di in diesem Fall nur blieb, die europapolitische Interessenbildung ihrer Mitglieder zu verstärken und die Öffentlichkeit mit ihren Forderungen zu adressieren. Hierfür wurde der Forschungsstand zu den Interessen von Gewerkschaftsmitgliedern und der gewerkschaftlichen Interessenbildung sowie zur Medienarbeit von Gewerkschaften bzw. zur Berichterstattung über Gewerkschaften vorgestellt. Die europapolitische Interessenbildung von Gewerkschaftsmitgliedern stellt dabei die identifizierte Forschungslücke dar, die die vorliegende Arbeit angeht. Im folgenden Kapitel werden die Interessenbildung von ver.di gegenüber ihren Mitgliedern und die Interessenvertretung von ver.di gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit theoretisiert.

3. Theorie: Gewerkschaftliche Ressourcenbildung als Grundlage politischer Gelegenheiten

3.1 Gewerkschaftliche Machtressourcen

Die im vorangegangenen Kapitel vorgestellten Befunde des Niedergangs des gewerkschaftlichen Einflusses provozierten die Gewerkschaftsforschung zu der Frage, ob Gewerkschaften die „Dinosaurier der Dienstleistungsgesellschaft“ seien (Ebbinghaus 2002). Darauf folgte ein Forschungsstrang zur gewerkschaftlichen Revitalisierung (Baccaro et al. 2003; Brinkmann et al. 2008; Frege/Kelly 2004; zusammenfassend Murray 2017), inzwischen wird gar ein „Comeback“ der Gewerkschaften erwogen (Anders et al. 2015; Schmalz/Dörre 2013). Die strategische Anpassung der Gewerkschaften muss Antworten auf Veränderungen der institutionellen und politischen Umwelt finden, die nicht nur auf der nationalen Ebene in der Ablösung des Keynesianismus und im Bedeutungsverlust bzw. -wandel des Korporatismus liegen (Streeck/Hassel 2003a; Molina/Rhodes 2002), sondern auch in der institutionellen Fortentwicklung und wirtschaftspolitischen Ausrichtung der europäischen Ebene.

Im Kern argumentiert die Revitalisierungsliteratur, dass Gewerkschaften ihrer politischen und ökonomischen Umwelt nicht ohnmächtig gegenüberstehen und von ihr determiniert werden, sondern es immer schon unternommen haben, nachteilige Bedingungen zu ihren Gunsten zu verändern: Schließen sich Gelegenheitsstrukturen, kann strategisches Handeln neue Gelegenheiten öffnen. Der Fokus auf strukturelle Variablen und deren institutionelle Varianz je nach Ausprägung des Kapitalismus, der industriellen Beziehungen und des politischen Systems wird daher ergänzt um die (Erneuerung der) Grundlagen strategischen Handelns in der gewerkschaftlichen Interessenvertretungspraxis (Hyman 2007). Hierbei wird auf gewerkschaftliche Machtressourcen, deren Wechselwirkung und Revitalisierungspotentiale abgestellt. Die strategische Anpassung der Gewerkschaften stützt sich demnach auf Machtressourcen, die nicht nur im internationalen Gewerkschaftsvergleich unterschiedlich ausgeprägt sind, sondern auch innerhalb nationaler Gewerkschaftsbewegungen variieren können. Die folgende Darstellung bezieht sich auf die Arbeiten von Schmalz und Dörre (2014) und Lévesque und Murray (2010), die die von Wright (2000) eingeführten Machtressourcen der „structural power“ und der „associational power“ aufgreifen und durch zwei weitere Machtressourcen ergänzen: Unterschieden werden strukturelle Macht, Organisationsmacht, institutionelle Macht und gesellschaftliche Macht.

Strukturelle Macht bemisst sich – als individuelle „Primärmacht“ der Beschäftigten selbst und nicht der Gewerkschaft – nach der Knappheit qualifizierter Arbeitskräfte bzw. dem Störpotential von Streiks: Unentbehrliche bzw. schwer ersetzbare Fachkräfte haben eine höhere Verhandlungsmacht in Tarifrunden, Arbeitskämpfe in genau abgestimmten Produktionsketten oder in terminsensiblen Dienstleistungen (z.B. Passagierflüge)

verursachen für Unternehmen hohe Kosten. Strukturelle Macht basiert damit auf der Position der Beschäftigten im Arbeitsmarkt.⁷⁵

Organisationsmacht kondensiert die „Primärmacht“ der Beschäftigten in ein Gewerkschaftskollektiv, sie entsteht durch den Zusammenschluss von Beschäftigten in einer Gewerkschaft und ist damit die grundlegende gewerkschaftliche Machtressource: Organisationsmacht beschreibt die „endogenen Handlungsvoraussetzungen“ von Gewerkschaften, die „innere Organisationsfähigkeit“ (Henning 2013: 27 f.). Die wichtigste Kennzahl der Organisationsmacht ist die Mitgliederstärke einer Gewerkschaft, mit der ihre materiellen Ressourcen unmittelbar zusammenhängen. Daneben werden die organisatorische Effizienz, partizipative Elemente und der interne Zusammenhalt in Form von Solidarität unter den Gewerkschaftsmitgliedern zur Organisationsmacht gezählt. Organisatorische Effizienz zeichnet sich durch den Aufbau eines arbeitsteiligen bürokratischen Apparats aus, Mitgliederpartizipation durch Beteiligungsmöglichkeiten und Mobilisierungsbereitschaft der Mitglieder.⁷⁶ Gewerkschaften können die Interessen der Mitglieder formen, müssen aber auch Mitgliederinteressen in ihre Interessenvertretung aufnehmen. Die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und ihre Bereitschaft, für die Interessenvertretung durch die Gewerkschaft nicht nur zu bezahlen, sondern auch kollektiv zu handeln („willingness to pay“ und „willingness to act“, Offe/Wiesenthal 1980, s.o.), bilden das Fundament der Organisationsmacht, auf dem das gewerkschaftliche Mobilisierungspotential aufbaut (Müller-Jentsch 1985).

Angesichts fallender Mitgliederzahlen setzt gewerkschaftliche Revitalisierung vor allem bei der Organisationsmacht an, deren Wiedererstarken den Kern des aus der angelsächsischen Literatur stammenden Konzepts des „Organizing“ bildet. „Organizing“ umfasst in erster Linie innovative Strategien der Mitgliederwerbung und Mitgliederorientierung, um sinkenden Organisationsgraden entgegenzuwirken. Ein zentraler Bestandteil der Mitgliederorientierung ist, hierarchische und bürokratische Gewerkschaftsstrukturen demokratischer und partizipationsorientierter zu gestalten. In „Organizing“-Pilotprojekten bieten deutsche Gewerkschaften auf lokaler Ebene nicht nur Mitgliedern, sondern auch nicht gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten Beteiligungsmöglichkeiten an: Die IG Metall aktivierte ihre Mitglieder in Nordrhein-Westfalen, um tarifpolitische Ziele zu definieren und neue Mitglieder zu werben (Turner 2009). Ver.di entwarf 2005 eine „Organizing“-Strategie, deren Fokus auf dem sozialpartnerschaftlichen Ziel lag, Mitbestimmung in zuvor betriebsratslosen Unternehmen durchzusetzen und dadurch in der Folge neue Mitglieder zu gewinnen,⁷⁷ und initiierte eine Kampagne, um beim Einzelhändler Lidl Betriebsräte zu etablieren (Annesley 2006; Gajewska/Niesyto 2009; Rehder 2008). Auch die IG Metall führte ähnliche Kampagnen etwa in der Windindustrie, um den gewerkschaftlichen Organisierungsgrad der Beschäftigten und Betriebsräte zu erhöhen. Dazu gehört auch eine Dezentralisierung der Interessenformulierung hin zur lokalen Ebene, auf der Beschäftigte die Gestaltung der betrieblichen Interessenpolitik selbst in die Hand

⁷⁵ Verlagert ein Unternehmen Teile der Produktion, kann das daher für verbleibende Belegschaften zumindest den positiven Effekt haben, ihr disruptives Potential in arbeitsteiligen, störanfälligen Prozessen zu erhöhen.

⁷⁶ Zwischen bürokratischer Effizienz und demokratischer Partizipation kann es zu *trade-offs* kommen, s. Kapitel 2.4.

⁷⁷ Vgl. Ver.di (2005): Organizing – Gewerkschaft als soziale Bewegung.

nehmen. Die ermächtigende Erfahrung einer solchen gemeinsamen Bewegung soll zu Gewerkschaftsbeitritten führen (Thünken 2018).

Auf Grundlage ihrer strukturellen Macht und ihrer Organisationsmacht können Gewerkschaften nicht nur ökonomische, sondern auch institutionelle Konzessionen von Arbeitgebern und Politik erreichen. Geschieht dies in Form verbriefter Rechte, spricht der Machtressourcenansatz von institutioneller Macht. Da sie auf der „Primärmacht“ der Beschäftigten und der Organisation beruht, wird institutionelle Macht als „Sekundärmacht“ bezeichnet. Institutionelle Machtressourcen beschreiben die „exogenen Handlungsvoraussetzungen“ der Gewerkschaften (Henning 2013: 29). Die institutionellen Machtressourcen deutscher Gewerkschaften erstrecken sich auf die gewerkschaftlichen Kerntätigkeiten der industriellen Beziehungen bzw. der Arbeitsmarktpolitik: betriebliche Mitbestimmung und Tarifautonomie, daneben auf ihre Beteiligung an der Selbstverwaltung der Sozialversicherung. In gesellschafts- und europapolitischen Belangen verfügen deutsche Gewerkschaften nicht über derartige institutionelle Machtressourcen. Institutionelle Machtressourcen der Politikbeeinflussung auf EU-Ebene sind auf den Europäischen Sozialdialog beschränkt, im Rahmen dessen Gewerkschaften auf die (geringe) Kooperationsbereitschaft der europäischen Arbeitgeberverbände angewiesen sind. Ansonsten hängt die Einbeziehung der Gewerkschaften auf europäischer Ebene *policy*-spezifisch von der Nachfrage der Generaldirektionen der EU-Kommission ab (Bouwen 2004; Coen/Katsaitis 2013; Falkner 2006; s.o.).

Durch das Beharrungsvermögen institutioneller Arrangements können institutionelle Machtressourcen Krisen der gewerkschaftlichen Organisationsmacht überdauern bzw. über sie hinwegtäuschen. Institutionelle Machtressourcen lassen die auf ihr aufbauenden Formen der Interessenkoordinierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer pfadabhängigen Routine werden, die andere Formen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung erschwert oder ausschließt. Deutsche Gewerkschaften begegneten sinkenden Mitgliederzahlen nicht nur mit den oben beschriebenen „Organizing“-Ansätzen, sondern bewegten sich in anderen Fällen weg von allgemeinen Beschäftigteninteressen hin zu den Interessen privilegierter Stammebelegschaften (Dörre 2011). Dadurch setzen Industriegewerkschaften die Repräsentativität ihrer Interessenvertretung aufs Spiel (Behrens 2005) – zumal Gewerkschaftsfunktionäre nicht mehr den lange idealisierten gleichen sozialen Hintergrund haben wie Gewerkschaftsmitglieder (Thomas 2013). So kommt es zu Entfremdungstendenzen einfacher Mitglieder von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, die mitunter als alltagsfern und elitär wahrgenommen werden (Prott 2014). Die Revitalisierungsliteratur sieht gewerkschaftliche Erneuerung nicht in institutionellen Machtressourcen oder in einer intermediären Vermittlerrolle, sondern in der Organisationsmacht und der daraus resultierenden internen und externen Legitimität (Dufour/Hege 2010). Externe Legitimität verweist auf gesellschaftliche Machtressourcen.

Gesellschaftliche Macht als vierte Machtressource bezieht sich auf die Unterstützung des öffentlichen Diskurses und anderer gesellschaftlicher Akteure für gewerkschaftliche Belange, seien es Arbeitnehmerinteressen oder Gemeinwohlinteressen, die Gewerkschaften mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren teilen. Gesellschaftliche Macht ist an

„endogene Handlungsvoraussetzungen“, i.e. die Organisationsmacht, gekoppelt, indem interne Interessenbildungs- und Mobilisierungsprozesse die Grundlage sozialer Glaubwürdigkeit bzw. Legitimität, ideeller Kompatibilität mit anderen Gruppen und der gewerkschaftlichen Kooperationsfähigkeit darstellen (Henning 2013: 28). Schmalz und Dörre (2014) unterteilen gesellschaftliche Macht in Diskursmacht und Kooperationsmacht.

Diskursmacht fußt auf gesellschaftlicher Akzeptanz für gewerkschaftliche Belange im Rahmen herrschender Moralvorstellungen etwa von Gerechtigkeit, aber auch auf der gesellschaftlichen Wahrnehmung einer Problemlösungskompetenz von Gewerkschaften. Die Ausdehnung politischer Ziele jenseits der ökonomischen Sphäre und eine Identität, die über die arbeitsmarktpolitischen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder bzw. der Arbeitsmarktin Insider hinausgeht, werden als zentral für die Legitimität und zukünftige gesellschaftliche Relevanz von Gewerkschaften gesehen (Ebbinghaus 2006).⁷⁸ Die Revitalisierungsliteratur plädiert daher dafür, neue gesellschaftspolitische „Utopien“ zu entwickeln:

„Union revitalization requires a new, imaginative – indeed utopian – counteroffensive: a persuasive vision of a different and better society and economy, a convincing alternative to the mantra of greed, commodification, and competitiveness...and austerity, a set of values which connects with everyday experience at the workplace. [...] The urgent need is to regain an inspiring vision of unions as a ‘sword of justice’, which many trade union movements seem to have lost. In other words, unions have to articulate a more humane, more solidaristic, and more plausible alternative“ (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: 204).

Die deutschen Gewerkschaften wurden zu Beginn der 2000er-Jahre in der Öffentlichkeit mehrheitlich als rückwärtsgewandte Reformbremsen wahrgenommen, die ihre eigenen Interessen verteidigten (Köcher 2003). Im Kontext der Agenda 2010 bedeutete dies für die Gewerkschaften neben der Zäsur für ihren arbeitsmarktpolitischen Einfluss und ihre Beziehung zur SPD auch Einbußen bei ihrem öffentlichen Rückhalt. Umfrageergebnisse zeigten zwar, dass Gewerkschaften für notwendig erachtet wurden, aber auch den Wunsch, dass Gewerkschaften zukunftsorientiert agieren (ibid.). Dem versuchten die deutschen Gewerkschaften nachzukommen durch öffentliche Kampagnen zu Anliegen, von denen auch Nichtmitglieder profitieren. Dazu gehörte die Kampagne für einen nationalen Mindestlohn, dessen Einführung verdis bis dato größter politischer Erfolg war (Bosch 2018). Verdis Kampagnen, die soziale Anerkennung öffentlicher Dienstleistungen wie der Sozial- und Erziehungsdienste zu steigern, zielen auf gesellschaftliche Machtressourcen in Form öffentlicher Unterstützung etwa für bessere Arbeitsbedingungen (Schmidt et al. 2019: 134). Auch die IG Metall führt Kampagnen etwa zur Gleichstellung

⁷⁸ Baccaro und Kollegen (2003) beobachten, dass Gewerkschaften seit den 1990er-Jahren zunehmend als politische Akteure auftreten. Dies wird mit dem Druck eines globalisierten Kapitalismus erklärt, da verschiedene nationale Gewerkschaftsbewegungen unabhängig von ihren jeweiligen institutionellen Kontexten ihre politische Aktivität erhöht haben.

von Leiharbeit. Dafür änderte die IG Metall ihre Strategie gegenüber Leiharbeit im Laufe der Zeit von einer ablehnenden Position und der Exklusion von Leiharbeitern zunächst zu einer Unterordnung der Belange von Leiharbeitern unter die der regulär beschäftigten IG Metall-Mitglieder und schließlich zu einer vollen Inklusion von Leiharbeitern (Benassi/Dorigatti 2015). Der gemeinsame Nenner erfolgreicher Kampagnen deutscher Gewerkschaften wird in ihren normativen Bezügen etwa auf faire Bezahlung oder soziale Gerechtigkeit gesehen (Dribbusch et al. 2017: 210 f.).

Kooperationsmacht beruht auf Kooperationsmöglichkeiten mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zur Verfolgung gemeinsamer Interessen, zur Steigerung der Legitimität des Anliegens und zur Zusammenlegung von Mobilisierungsressourcen. In der Revitalisierungsliteratur wird strategische Erneuerung mit der Orientierung an sozialen Bewegungen bzw. einer Rückbesinnung der Gewerkschaften auf ihre Ursprünge als soziale Bewegungen in Verbindung gebracht („social movement unionism“⁷⁹). Dies bedeutet erstens, gewerkschaftliche Prozesse der Mobilisierung und Interessenvertretung an den Strategien sozialer Bewegungen zu orientieren etwa durch Kampagnen, und zweitens, inhaltliche Anknüpfungspunkte für Koalitionen mit sozialen Bewegungen zu schaffen (Brinkmann et al. 2008: 71 ff.; Behrens et al. 2003; Diani 2018; Fairbrother 2008; Frege/Kelly 2004; Kelly 1997; Rehder 2008; Tattersall 2009; Turner 2006; Upchurch et al. 2009; Voss/Sherman 2000). Eine solche Anpassung des strategischen Repertoires impliziert eine konfliktfreudigere und für Gewerkschaftsmitglieder, Beschäftigte, Arbeitgeber und Staat weniger berechenbare Interessenvertretungspraxis. Nach Dörre (2011: 281) schätzen sozialpartnerschaftlich besser eingebundene Industriegewerkschaften mit hohem Organisationsgrad vor allem in Großunternehmen das Risiko eines solchen Strategieschwenks größer ein als seine Chancen: Die Stärke sozialer Bewegungen reicht nicht aus, um die Verluste gewerkschaftlicher Organisationsmacht durch Bündnisse auszugleichen. Vielmehr steht deren oppositioneller Charakter dem gewerkschaftlichen Fokus auf kompromissorientierte Verhandlungsbereitschaft entgegen und kann verbliebene institutionelle Machtressourcen gefährden. Der korporatistischen Orientierung der Industriegewerkschaften sind zivilgesellschaftliche Bündnisse daher suspekt, ver.di wird aufgrund ihrer Offenheit für solche Strategien als „Bewegungsgewerkschaft“ titulierte.⁸⁰ Auch Frege und Kollegen (2004) kommen zu dem Schluss, dass institutionell gut eingebundene Gewerkschaften gegenüber Koalitionen mit gesellschaftlichen Akteuren weniger offen sind. Bündnisse starten in Deutschland auf der lokalen Ebene und bleiben häufig auf diese beschränkt (Behrens et al. 2003). Allerdings weist die Fallstudie eines Großunternehmens aus dem Organisationsbereich der IG Metall im Kontext der Finanzkrise darauf hin, dass

⁷⁹ Das Konzept des „social movement unionism“ wurde als Gegenentwurf zu „business unionism“ entwickelt. „Business unionism“ ist idealtypisch durch hierarchische, sozial gegenüber Nichtmitgliedern exklusive Gewerkschaftsorganisationen mit zentralen Entscheidungsstrukturen und passiven Mitgliedern gekennzeichnet, die sich lediglich reaktiv auf Arbeitgeberinitiativen verhalten, Militanz auf ein Minimum beschränken und auf für Außenstehende und Mitglieder intransparenten Wegen Vereinbarungen mit Arbeitgebern schließen (Fantasia 2001: 454). „Business unionism“ lädt zu der Kritik ein, Gewerkschaften seien vornehmlich Interessenvertretungen privilegierter Arbeitsmarktinser und einzelner Unternehmensbelegschaften bzw. Sektoren – also eine Interessengruppe wie jede andere. „Business unionism“ bestimmt vor allem in den USA die Schwerpunkte gewerkschaftlicher Strategien, existierte aber auch dort nie in der idealtypischen Reinform (Levi 2005: 219; Crouch 2017: 51).

⁸⁰ Vgl. Fehrmann, Eberhard (2015): Auf der Suche nach der verlorenen Einheit. Hintergründe der Lagerbildung im DGB. *Sozialismus*, 42 (9), S. 51.

Beschäftigte einer engen Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Politik skeptisch gegenüberstehen und sich von der Gewerkschaft mehr Opposition von außerhalb des politischen Systems wünschen (Detje et al. 2011; Menz et al. 2013). Unter dem Strich bilanziert die Forschung, dass deutsche Gewerkschaften über wenig Kooperationsmacht verfügen in Form funktionsfähiger Netzwerke, die für gewerkschaftliche Ziele aktiviert werden können, und dass eine Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen nur sehr begrenzt stattfindet (Schmalz/Weinmann 2013: 77, 89).

Erschließung und Nutzung von Machtressourcen: *Framing*

Schließlich diskutiert der Machtressourcenansatz strategische Fähigkeiten, mit denen Gewerkschaften Machtressourcen aufbauen, nutzen und anpassen können (Lévesque/ Murray 2010: 341 ff.): „Learning“ bezeichnet die Fähigkeit, als Organisation zu lernen und das Gelernte in der Organisation zu verbreiten; „intermediating“ die Fähigkeit, zwischen Interessen zu vermitteln, soziale Netzwerke zu aktivieren und kollektives Handeln zu stimulieren; „articulating“ die Fähigkeit, die Handlungsebenen einer Gewerkschaft zwischen globalen Wertschöpfungsketten und lokalen Unternehmensstrukturen miteinander zu vereinbaren bzw. zwischen ihnen zu moderieren; und „framing“ die Fähigkeit, eine autonome Agenda und eine inklusive Identität zu schaffen, die gewerkschaftliches Handeln etwa im Kontext gesellschaftlicher Zielstellungen definieren können. Schmalz und Dörre (2014: 233) verknüpfen gewerkschaftliche Fähigkeiten und Machtressourcen: Lernfähigkeit mit der Erschließung von Machtressourcen, Konfliktfähigkeit mit struktureller Macht, organisatorische Flexibilität mit Organisationsmacht, Wahrung von Autonomie mit institutioneller Macht und *Framing* mit gesellschaftlicher Macht.

Die vorliegende Arbeit wählt das Konzept des *Framing* für die Analyse der europapolitischen Interessenbildung ver.di gegenüber ihren Mitgliedern und der Interessenvertretung gegenüber der politischen Öffentlichkeit. Ihr Verständnis und ihre Untersuchung von *Framing* setzt Elemente von „learning“ voraus und beinhaltet Elemente von „intermediating“: Ver.di europapolitisches *Framing* basiert auf einem organisatorischen Lernprozess, der die Implikationen der europäischen Integration erkennt, kritisch analysiert und daraus gewerkschaftliche Interessen ableitet. Dieses Lernen schlägt sich nicht zuletzt darin nieder, dass ver.di über ein „Europamanifest“ verfügt, das angesichts der Eurokrise aktualisiert wurde (s. [Kapitel 5.2](#)), und ein EU-Verbindungsbüro in Brüssel unterhält. Der nächste Schritt des Lernens ist, dieses Wissen in der Organisation zu verbreiten, wobei „intermediating“ als Vermittlung zwischen den Interessen der Mitglieder und der gewerkschaftlichen Motivation zu kollektivem Handeln eine Rolle spielt, um schließlich europapolitische Organisationsmacht erreichen zu können.

Die *Framing*-Theorie basiert auf der Annahme, dass ein (soziales) Problem mehrere Dimensionen aufweist, die im Diskurs über Problemdefinition und Lösungsansätze akzentuiert werden können (Chong/Druckman 2007a: 104). *Framing* bezeichnet dann die Auswahl und Betonung bestimmter Dimensionen unter Vernachlässigung anderer Dimensionen eines Themas, um diese Dimensionen in den politischen Diskurs zu tragen,

Handlungsoptionen zu bestimmen und zu legitimieren und Unterstützung dafür zu generieren (Boräng et al. 2014: 190; Lévesque/Murray 2013: 780). *Framing* nutzt *Frames*, i.e. Deutungsmuster mit vier Elementen, nämlich Problemdefinitionen, kausalen Zuschreibungen, moralischen Bewertungen und Lösungsvorschlägen, die sich vier Variablen einer Kommunikationssituation zuordnen lassen: Auf Grundlage der ihn leitenden *Frames* trifft ein Kommunikator (1) bestimmte *Framing*-Entscheidungen. Diese finden sich in den *Frames* seiner Kommunikation (2), durch die der Empfänger der Kommunikation (3) entweder beeinflusst oder nicht beeinflusst wird auch im kulturellen Kontext (4) eines gesellschaftlichen Bestands an *Frames*, auf den der Diskurs einer Gruppe legitim Bezug nehmen kann (Entman 1993: 52 f.).⁸¹

Politisches *Framing* kann auf der Ebene der Produktion und strategischen Nutzung von *Frames* im Diskurs und auf der Ebene der Wirkung von *Frames* analysiert werden (Brüggemann 2014: 63). Auf der Wirkungsebene wird untersucht, wie und unter welchen Bedingungen *Frames* Wahlentscheidungen und Einstellungen von Individuen bzw. die öffentliche Meinung beeinflussen (z.B. Kahneman/Tversky 1983; Druckman 2004; für einen Überblick Chong/Druckman 2007a). Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Ebene der Produktion und strategischen Nutzung von *Frames* als der „meaning construction“ kollektiver Akteure (Snow/Benford 2000: 614). Kollektive Akteure bilden ihre *Frames* in Prozessen, die „frame articulation“ und „frame amplification“ bzw. „frame punctuation“ genannt werden.⁸² „Frame articulation“ bündelt Ereignisse und Erfahrungen zu einer Interpretation einer Situation, „frame amplification“ gewichtet bestimmte Themen, Ereignisse oder Werte stärker als andere und kondensiert diese zu Slogans oder „master frames“ einer Bewegung (Snow/Benford 2000: 623; Snow/Benford 1992). Ein gewerkschaftlicher „master frame“ ist die Solidarität aller Beschäftigten aufgrund der Gleichheit bzw. Vergleichbarkeit ihrer Position im Kapitalismus und damit ihrer Interessen (Fantasia 2001). Das Konzept des „master frame“ verweist auf den Gruppenkontext eines gemeinsamen Bestands legitimer und verbindender *Frames*.

Um das *Framing* eines gesellschaftlichen Problems wird sowohl innerhalb von kollektiven Akteuren gerungen („frame dispute“) als auch zwischen ihnen („counterframing“) (Benford/Snow 2000: 625 ff.; Chong/Druckman 2013). Erfolgreiches *Framing* in Gestalt der Dominanz eines Deutungsmusters spiegelt politische Macht wider, indem sich die Deutung eines Akteurs bzw. einer Gruppe gegen konkurrierende Deutungen anderer Akteure durchgesetzt hat (Entman 1993: 55). Baumgartner und Mahoney (2008) weisen aber auf

⁸¹ In der Literatur wird teilweise zwischen generischen („generic“) und themenspezifischen („issue-specific“) *Frames* unterschieden, wobei generische *Frames* allgemeine Deutungsmuster sind, die über Themenkontexte hinweg genutzt werden, z.B. Verantwortung, Moral oder Konflikt (Brüggemann 2014: 63). Andere Autoren bezweifeln den analytischen Wert dieser Unterscheidung und fokussieren die Analyse auf themenspezifische *Frames* angesichts des Problems, die Allgemeinheit eines *Frames* klar zu definieren – ein ökonomischer *Frame* kann zum Beispiel sowohl als generisch als auch als themenspezifisch verstanden werden (Chong/Druckman 2007a: 107).

⁸² Viele zivilgesellschaftliche Bewegungen legen Wert auf basisdemokratische Strukturen und die deliberative Entwicklung ihrer *Frames*. Gewerkschaften haben dagegen bürokratische Apparate ausgebildet, die die kontinuierliche Reproduktion von Identitäten und Interessen effizienter gestalten sollen (Offe/Wiesenthal 1980). Gewerkschaftsfunktionäre interpretieren zunächst politische Ereignisse, formulieren und verfolgen Positionen und Strategien und informieren und involvieren Mitglieder, bis der nächste Gewerkschaftskongress die Positionen und Strategien legitimieren oder ändern kann.

die Wechselwirkung zwischen dem *Framing* einzelner Akteure und der kollektiven Verständigung über ein politisches Problem hin: Einzelne Akteure platzieren zwar ihre *Frames*, bestimmen damit aber nicht die endgültige Deutung, sondern tragen zu einem kollektiven Definitionsprozess zwischen Politik, Interessengruppen und Öffentlichkeit bei, in dem Akteure aufeinander Bezug nehmen und in dem ein *Frame* durch unvorhergesehene externe Ereignisse oder sukzessive soziale Effekte zur dominanten Deutung werden kann. Lobbyisten können gegenüber unterschiedlichen Zielgruppen jeweils relevante Dimensionen eines Themas betonen, konzentrieren sich im politischen Prozess aber häufig auf einen *Frame* und wiederholen diesen immer wieder, um den *Frame* nachhaltig im Diskurs zu platzieren und von politischen Entscheidern nicht als situativ manipulativ angesehen zu werden (ibid.). In der sozialen Verständigung über *Frames* und in ihrer strategischen Anwendung werden vier „frame alignment processes“ unterschieden (Snow et al. 1986: 467 ff.):

- a. „Frame bridging“ führt zuvor unverbundene, aber inhaltlich bzw. ideologisch kongruente *Frames* von Akteuren zusammen.
- b. „Frame amplification“ betont die Bedeutung hergebrachter Werte und Normen für eine neue soziale Situation.⁸³
- c. „Frame extension“ erweitert die *Frames* bzw. den Aktionsradius einer Gruppe auf die Interessen einer zuvor nicht von den *Frames* inbegriffenen, aber als potentielle Unterstützer relevanten Gruppe.
- d. „Frame transformation“ schließlich passt den Inhalt von *Frames* neuen sozialen Gegebenheiten an.

Die Kategorien „frame transformation“, „frame extension“ und „frame amplification“ sind auf die interne europapolitische Interessenbildung von ver.di anwendbar: Europäisierung der Organisationsmacht bedeutet erstens eine Ausdehnung des Interessenspektrums der Mitglieder von der sektoralen bzw. nationalen auf die europäische Ebene („frame transformation“), zweitens eine Erweiterung der durch den „master frame“ der Solidarität bestimmten gewerkschaftlichen Identität („frame extension“): Denkt ver.di im Maßstab des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums, sollte das Bekenntnis zu nationaler Wettbewerbsfähigkeit einem *Framing* weichen, das die Gleichheit der Beschäftigteninteressen und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Interessenvertretung in den Mittelpunkt stellt. Gleichzeitig müsste im Sinne einer „frame amplification“ Europapolitik aus ihrem Nischendasein im Arbeitsalltag der Gewerkschaften herausgeholt und ins Bewusstsein der Mitglieder gebracht werden. Beobachtbare Implikationen daraus werden weiter unten diskutiert.

Die Entwicklung europapolitischer Diskursmacht fällt ebenfalls unter „frame amplification“: Ver.di muss ihre Kritik an der Krisenpolitik und ihre alternativen Vorschläge mit relevanten gesellschaftlichen Werten in Verbindung bringen. Hier zeigt sich die

⁸³ Die Literatur verwendet den Begriff der „frame amplification“ als Betonung bzw. Auslassung bestimmter Themenaspekte damit sowohl im Kontext der diskursiven Entstehung als auch im Kontext der strategischen Anwendung von *Frames*.

theoretische Verwandtschaft dieses *Framing*-Prozesses mit dem Konzept der diskursiven Gelegenheitsstruktur, die als Offenheit für bestimmte Werte und Argumente definiert ist (s.o.). Die Bildung europapolitischer Kooperationsmacht schließlich folgt als Verständigung einer Gewerkschaft mit anderen gesellschaftlichen Akteuren über gemeinsame europapolitische Ziele den beschriebenen Logiken von „frame bridging“ und „frame extension“. Beobachtbare Implikationen daraus werden weiter unten vorgestellt.

Frames, die Gewerkschaften, Bewegungen und Interessengruppen für ihre Mobilisierung nutzen, werden als „collective action frames“ bezeichnet. „Collective action frames“ sind handlungsorientierte Deutungsmuster, die die Veränderbarkeit einer aktuellen Situation durch kollektives Handeln betonen und die Aktivitäten der Interessenvertretung einer Gruppe inspirieren und legitimieren sollen (Gamson/Meyer 1996: 285; Benford/Snow 2000: 614). Diese Handlungsorientierung schlägt sich in drei Funktionen für kollektives Handeln nieder: „Collective action frames“ beschreiben einen Missstand, der behoben werden muss („diagnostic“), definieren Lösungen und Strategien („prognostic“) und mobilisieren Unterstützer bzw. demobilisieren Gegner („motivational“) (Benford/Snow 2000: 615 ff.). Entsprechend unterteilt die vorliegende Arbeit ver.dis *Frames* zur EU-Krisenpolitik in diagnostische, prognostische und motivierende *Frames* (s.u.).

Kritik und Erweiterung des Machtressourcenansatzes

Gumbrell-McCormick und Hyman (2013: 30 f.) unterscheiden nicht nur vier, sondern sieben Machtressourcen, was nicht auf inhaltliche Differenzen, sondern auf eine feiner nuancierte Kategorisierung zurückgeht: Zunächst gibt es hinsichtlich der Konzeption von struktureller und institutioneller Macht keine Unterschiede. Was die oben zitierten Autoren unter Organisationsmacht fassen, unterteilen Gumbrell-McCormick und Hyman in „associational power“ (Mitgliederzahlen und damit verbundene materielle Ressourcen ohne Aussage über das Mobilisierungspotential einer ggf. passiven Mitgliedschaft), „organizational power“ (das soziale Kapital einer mobilisierbaren Mitgliedschaft und entsprechende Beteiligungsprozesse) und „strategic/logistical power“ (kluger Einsatz knapper Ressourcen). Während die oben zitierten Autoren Diskursmacht und Kooperationsmacht unter gesellschaftliche Macht subsumieren, behandeln Gumbrell-McCormick und Hyman Diskursmacht und Kooperationsmacht als separate Machtressourcen. Die vorliegende Arbeit übernimmt diese Entscheidung, sodass fünf Machtressourcen unterschieden werden: strukturelle Macht, Organisationsmacht, institutionelle Macht, Diskursmacht und Kooperationsmacht. Organisationsmacht bezieht sich im Kontext dieser Arbeit auf das Mobilisierungspotential einer Gewerkschaft, i.e. den Grad der Mobilisierbarkeit der Gewerkschaftsmitglieder für bestimmte (europapolitische) Interessen. Als essentielle gewerkschaftliche Fähigkeit zur Bildung von Interessen bzw. der Ressource der Organisationsmacht und als wesentliche Aktivität der Interessenvertretung nach außen sieht die vorliegende Arbeit *Framing*. Wie dadurch Organisationsmacht entstehen kann, wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels theoretisiert.

Positiven Fallbeispielen der Revitalisierungsliteratur steht weiterhin eine Gewerkschaftslandschaft gegenüber, die durch Verluste von Mitgliedern und Einflussphären in die Defensive gedrängt ist. Jenseits zunächst plausibler Revitalisierungsempfehlungen sind damit keine Rezepte in Sicht, die über institutionelle und ökonomische Kontexte generalisierbar und funktionsfähig wären. Zur Europäisierung der Gewerkschaften findet sich in der Revitalisierungsliteratur wenig abgesehen von der Aufforderung, Gewerkschaften müssten sich transnational orientieren und organisieren. Die vorliegende Arbeit übernimmt die Position der Revitalisierungsliteratur, die Erneuerung der Organisationsmacht als zentrale gewerkschaftliche Herausforderung zu sehen. Organisationsmacht wird ferner als Voraussetzung von Diskurs- und Kooperationsmacht behandelt (Henning 2013: 28).

Für die europapolitische Interessenvertretung von ver.di folgt daraus die Grundannahme, dass ver.di zunächst ihre Organisationsmacht europäisieren muss, um darauf aufbauend europapolitische Diskurs- und Kooperationsmacht erreichen zu können. Die Entwicklung von einer nationalen zu einer europäischen gewerkschaftlichen Identität stellt für Gewerkschaftsmitglieder keinen Automatismus dar, ihre Notwendigkeit muss von der Gewerkschaftsführung erklärt und gefördert werden, um die Grundlage für Organisationsmacht zu schaffen. Die Ausbildung einer europäischen Identität in Richtung europapolitischer Organisationsmacht umreißt die Inhalte des *Framings*, die die Arbeit theoretisch erwartet und die weiter unten konkretisiert werden.

Um die Inhalte und möglichen Wirkungen eines gewerkschaftlichen *Framings*, das auf Machtressourcen zielt, besser verstehen und ggf. voraussagen zu können, schlägt die vorliegende Arbeit eine Erweiterung des Ressourcenbegriffs des Machtressourcenansatzes hin zu einer relationalen Betrachtung von Machtressourcen vor. In Anlehnung an die Interessengruppenforschung wird argumentiert, Machtressourcen nicht als Ressourcen zu behandeln, die Gewerkschaften autark erschließen können und die damit zu Eigenschaften der Gewerkschaften selbst werden, sondern Machtressourcen im relationalen Verständnis der Interessengruppenforschung als – mehr oder weniger stabile⁸⁴ – Eigenschaften einer Austauschbeziehung zu verstehen: Für die Interessengruppenforschung sind Ressourcen keine Attribute von Akteuren selbst, sondern Attribute von Austauschbeziehungen zwischen Akteuren, in denen ein Angebot auf eine Nachfrage trifft: Interessengruppen verfügen über Tauschressourcen und fragen Zugang zum politischen System nach. Das politische System bietet Zugang und fragt bestimmte Tauschressourcen nach (Berkhout 2013: 230; Bouwen 2002; Pappi/Henning 1999). Gewerkschaftliche Machtressourcen kommen folglich in den Austauschbeziehungen zwischen Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern (Organisationsmacht), den Medien (Diskursmacht), zivilgesellschaftlichen Akteuren (Kooperationsmacht) und den Arbeitgebern bzw. der Politik (institutionelle Macht) zustande. Die vorliegende Arbeit begreift ver.di's *Framing* gegenüber Mitgliedern, Medien und Öffentlichkeit als Angebotsseite einer Austauschbeziehung. Ver.di's

⁸⁴ So ist das gewerkschaftliche Mobilisierungspotential in ritualisierten Tarifrunden in der Regel sicherlich höher bzw. stabiler einzuschätzen als das für gelegentliche politische Demonstrationen, insbesondere in dem Fall, dass politische Mobilisierung keine greifbaren Ergebnisse verspricht. Institutionelle Machtressourcen des verstetigten Austauschs mit Arbeitgebern können als stabiler gelten als die punktuelle Einladung einer Gewerkschaft zu einem Krisengipfel.

Framing-Angebote müssen auf eine Nachfrage unter Mitgliedern, Medien und Öffentlichkeit treffen. Stimmen Angebot und Nachfrage überein, entstehen die Machtressourcen Organisationsmacht, Diskursmacht und Kooperationsmacht (s.u.).

Der Machtressourcenansatz leitet vom strukturellen Befund geschlossener Gelegenheitsstrukturen über zu den Voraussetzungen des strategischen Handelns von Gewerkschaften. Angesichts geschlossener institutioneller Gelegenheitsstrukturen ist es plausibel, ver.di's Organisationsmacht, Diskursmacht und Kooperationsmacht in den Blick zu nehmen. Der Machtressourcenansatz spezifiziert aber nicht die strategische Ausgestaltung der Interessenvertretung, die auf Grundlage von Machtressourcen erfolgt. Durch die Interessengruppenforschung kann im Folgenden konkretisiert werden, welche strategischen Aktivitäten ver.di gegenüber welchen Adressaten auf Grundlage welcher Ressourcentäusche theoretisch offen stehen. Der folgende Abschnitt ergänzt den Machtressourcenansatz der Gewerkschaftsforschung daher sowohl um eine relationale Betrachtung von Interessenvertretungsressourcen, wie sie die Interessengruppenforschung vornimmt, als auch um damit korrespondierende Interessenvertretungsstrategien (Berkhout 2013; Bouwen 2004; Dür/Mateo 2016). In einer relationalen Betrachtung von Machtressourcen als Zusammentreffen eines gewerkschaftlichen Interessenvertretungsangebots mit einer entsprechenden Nachfrage unter Mitgliedern, Medien, Gesellschaft und Politik kann auch klarer herausgearbeitet werden, inwiefern nicht nur institutionelle Macht, sondern auch Diskurs- und Kooperationsmacht auf Organisationsmacht fußen.

3.2 Interessenvertretung: Ressourcen, Austausch, Strategien

Die Interessengruppenforschung konzipiert politische Interessenvertretung als Austausch von Ressourcen (Berkhout 2013; Binderkrantz 2005; Bouwen 2004; Pappi/Henning 1999). In diesem Abschnitt werden zunächst mit Mitgliedschaftslogik, Einflusslogik und Reputationslogik die drei Austauschbeziehungen von Gewerkschaften vorgestellt, im Anschluss daran die dafür relevanten Ressourcen und Strategien.

Binderkrantz (2005) verweist auf die institutionelle Struktur der Interessenpolitik, durch die Staaten die strategischen Austauschbeziehungen und damit den Status von Interessengruppen beeinflussen (z.B. Korporatismus oder „privilegierter Pluralismus“, s. dazu Binderkrantz et al. 2015). Die Perspektive des Korporatismus beschränkte die Austauschbeziehungen von Gewerkschaften – im Kontext keynesianischer Wirtschaftspolitik und größerer gewerkschaftlicher Organisationsmacht – auf zwei Seiten und Logiken: Die Konzertierung der Interessen zwischen Gewerkschaften auf der einen Seite und Arbeitgebern oder Politik auf der anderen Seite, wobei Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“ eine Balance zwischen Mitgliedschafts- und Einflusslogik suchten.

In der Mitgliedschaftslogik bietet die Gewerkschaft ihren Mitgliedern die Vertretung ihrer Interessen, Service-, Unterstützungs- und Versicherungsleistungen und die prozedurale

Rechenschaft der Gewerkschaftsführung gegenüber den Mitgliedern bzw. die Austauschbarkeit der Gewerkschaftsführung, fragt dafür aber neben Mitgliedsbeiträgen das Bekenntnis der Mitglieder zu Gewerkschaftssatzung und -zielen, die Würdigung gewerkschaftlicher Verhandlungsergebnisse mit den Arbeitgebern und ggf. ihre Beteiligung an kollektivem Handeln nach, das ihr Mobilisierungspotential gegenüber Arbeitgebern und Staat definiert (Berkhout 2013: 233 ff.; Streeck/Schmitter 1985; Schmitter/Streeck 1999). In der Terminologie des Machtressourcenansatzes zielen Gewerkschaften in der Mitgliedschaftslogik auf die Vergrößerung ihrer Organisationsmacht.

In der Einflusslogik gegenüber dem politischen System bzw. den Arbeitgebern tauschen Gewerkschaften die Kontrolle über ihre Organisationsmacht in Form der Einhaltung von Vereinbarungen durch die Mitglieder oder der Unterstützung der Regierungspolitik gegen tarifvertragliche bzw. politische Zugeständnisse. Müller-Jentsch (1985: 20 ff.) betont die Bedeutung des gewerkschaftlichen Mobilisierungspotentials für den Interessenaustausch zwischen Gewerkschaften und ihrer politischen und wirtschaftlichen Umwelt. Für einen politischen Austausch schätzen Politik und Arbeitgeber das Mobilisierungspotential aufgrund vorangegangener Mobilisierungen und aktueller Mobilisierungsbereitschaft dahingehend ein, ob Gewerkschaften Macht „durch ihre Mitglieder“, aber auch „über ihre Mitglieder“ ausüben können. Ist das Mobilisierungspotential der Gewerkschaften hoch, tauschen Arbeitgeber und Politik eine privilegierte institutionelle Position der Gewerkschaften und politische und ökonomische Konzessionen gegen eine friedliche Konzertierung der Interessen. In der Terminologie des Machtressourcenansatzes streben Gewerkschaften in der Einflusslogik institutionelle Machtressourcen an.

Durch die im vorangegangenen Kapitel skizzierten krisenhaften Entwicklungen in der Wirtschaftspolitik (Neoliberalismus), der Organisationsmacht und der institutionellen Macht – unter dem Strich also durch den Bedeutungsverlust korporatistischer Konzertierung – gewinnt eine dritte Austauschbeziehung an Relevanz: die Austauschbeziehung mit Medien und Öffentlichkeit. Berkhout (2013) ergänzt daher Einfluss- und Mitgliedschaftslogik um die Reputationslogik. Die Reputationslogik umfasst die Anerkennung einer Interessengruppe in der Berichterstattung, die für die Mitglieder wichtige Präsentation ihrer Anliegen und die dadurch mögliche Unterstützung in der öffentlichen Meinung und durch politische und gesellschaftliche Akteure. Der Austausch besteht darin, dass Interessengruppen Medien Nachrichteninhalte bis hin zu dramaturgisch geplanten Ereignissen liefern, Medien andersherum der Interessengruppe und ihren Themen in der Berichterstattung Aufmerksamkeit und Reichweite verschaffen und ggf. in der Kommentierung die Anliegen der Interessengruppe unterstützen. In der Terminologie des Machtressourcenansatzes geht es in der Reputationslogik für Gewerkschaften um die Stärkung ihrer Diskursmacht und Kooperationsmacht.

Müssen Gewerkschaften im Spannungsverhältnis zwischen Einfluss- und Mitgliedschaftslogik bereits eine Balance finden, fügt die Reputationslogik neue potentielle *trade-offs* hinzu, indem das Handeln gemäß einer Logik Handlungsspielräume gemäß einer anderen Logik einschränken kann. Berkhout (2013: 232) führt als Beispiel dafür an, dass eine Kampagne gut für die Reputation einer Interessengruppe sein mag, während sie als

öffentlicher Druck die Einflusslogik gegenüber der Politik untergraben kann: So kann die Kampagne der Mitgliedschaftslogik gleichzeitig nutzen, indem sie öffentliche Aufmerksamkeit für die Interessen der Mitglieder generiert und die Mitglieder dies positiv wahrnehmen, und schaden, indem ihre Publizität andere Akteure in die Interessenpolitik zieht, die ggf. gegen das vertretene Mitgliederinteresse arbeiten. Während die Medien unvorhergesehene Wendungen, Konflikte und Polemik mit Aufmerksamkeit belohnen, schätzt das politische System Vorhersehbarkeit, Moderation und Kompromisse (Gamson/Meyer 1996: 288). Im Folgenden werden die Ressourcen und Strategien der drei Austauschbeziehungen konkretisiert. Zur begrifflichen Unterscheidung gegenüber Machtressourcen wird für die Ressourcen der Tauschbeziehungen in der Folge die Begriffe Tauschressourcen und Interessenvertretungsressourcen verwendet.

Die Interessengruppenforschung folgt in ihrer Konzeption von Tauschressourcen der „social exchange theory“:

„[A] resource is an ability, possession, or other attribute of an actor giving him the capacity to reward (or punish) another specified actor. Any ability possessed by Person A is a resource only in relations with specific other persons who value it. Therefore, strictly speaking, resources are not possessions or attributes of individual actors, but rather they are attributes of the relationship between actors“ (Emerson 1976: 347 f.).

Tauschressourcen definieren sich im Zusammenhang des sozialen Austauschs über ihren Wert für andere Akteure und sind damit Attribute der Austauschbeziehung zwischen Akteuren, nicht der Akteure selbst. Für einen Ressourcentausch muss ein Angebot auf eine Nachfrage treffen, wobei die Nachfrageseite auch über etwas verfügen muss, an dem die Angebotsseite ein Tauschinteresse hat. Die Interessengruppenforschung unterscheidet die Tauschressourcen technische Information, i.e. detailliertes Expertenwissen einer Interessengruppe zur Ausgestaltung und Folgenabschätzung von *policies*, und politische Information, i.e. Information einer Interessengruppe über die Einstellung ihrer Mitglieder zu politischen Alternativen und deren mögliche Reaktionen auf bestimmte *policies* (Bouwen 2002; 2004; Dür/Mateo 2013; 2016). Die Tauschressourcen, die einer Interessengruppe zur Verfügung stehen und die sie Politik und Öffentlichkeit anbieten kann, hängen mit ihrem Typ und ihrer Interessenvertretungsstrategie zusammen: Hier differenziert die Interessengruppenforschung zwischen Insidern und Outsidern und damit korrespondierend zwischen Insider- und Outsiderstrategien der politischen Interessenvertretung (Dür/Mateo 2013; 2016; Maloney et al. 1994; Binderkrantz 2005).

Insiderstrategien artikulieren Belange innerhalb des politischen Systems und direkt an dessen Vertreter über Lobbying, sei es über institutionalisierte Konsultationsverfahren oder informellen Informationsaustausch. Outsiderstrategien mobilisieren dagegen Mitglieder und Öffentlichkeit über Information (Medienarbeit, Informationskampagnen, Veranstaltungen wie Pressekonferenzen) oder über Protest (Demonstrationen,

medienwirksame symbolische Aktionen) und adressieren damit indirekt auch das politische System (Dür/Mateo 2016; Beyers 2004; Tresch/Fischer 2015). Insider sind in der Regel Wirtschaftsverbände, die über die Tauschressource der technischen Information verfügen, die insbesondere von Exekutivakteuren stark nachgefragt wird. Outsider sind zivilgesellschaftliche Gruppen, die die Tauschressource der politischen Information über die Einstellung ihrer Unterstützer zu politischen Alternativen und deren mögliche Reaktionen auf bestimmte *policies* vermitteln können.⁸⁵ Gewerkschaften haben nach Dür und Mateo (2016) einen Zwischenstatus mit beiden Varianten von Tauschressourcen und einem strategischen Repertoire, das Insider- und Outsiderstrategien umfasst.

Das politische System bietet Interessengruppen Zugang für Insiderstrategien und möglicherweise Konzessionen an vertretene Interessen, fragt dafür aber Informationen und in der Folge gegebenenfalls legitimierende Unterstützung nach (Bouwen 2002; 2004).⁸⁶ Gewerkschaftlicher Einfluss gegenüber dem politischen System findet an den Punkten statt, an denen das Tauschressourcenangebot der Gewerkschaft auf eine Nachfrage des politischen Systems trifft. In der Eurokrise bestimmt sich die Nachfrage des politischen Systems aus ihrem Bedarf an Legitimierung der Krisenpolitik durch Gewerkschaften und ihre Mitglieder (Culpepper/Regan 2014). In der Terminologie des Austauschs bedeuten die verschlossenen institutionellen Gelegenheitsstrukturen zur Beeinflussung der EU-Krisenpolitik, dass es im deutschen politischen System in der Phase der Politikfindung keine Nachfrage nach gewerkschaftlichen Interessenvertretungsressourcen gab. Die deutschen Gewerkschaften hatten keine relevanten Tauschressourcen politischer

⁸⁵ Insgesamt greifen viele Interessengruppen sowohl auf Insider- als auch auf Outsiderstrategien zurück, mit denen sie unterschiedliche Ziele verfolgen können: Soll Mitgliedern und potentiellen Unterstützern politische Aktivität signalisiert werden, liegen Outsiderstrategien nahe, wobei nur wenige Outsider disruptive Protestformen wählen. Ist das Ziel inkrementeller Politikwandel oder die Änderung einer *policy*, bieten sich Insiderstrategien an, für radikalen Politikwandel und entsprechendes gesellschaftliches *Agenda Setting* wiederum eher Outsiderstrategien (Binderkrantz 2005; Maloney et al. 1994). Für Europa zeigen Kriesi und Kollegen (2007), dass finanzstarke Interessengruppen auf nationaler und europäischer Ebene alle strategischen Optionen nutzen. Marks und McAdam (1999) argumentieren, dass Outsiderstrategien wie Demonstrationen gegenüber der Europäischen Kommission als nicht gewähltem Organ kein geeignetes Mittel der Interessenvertretung sind – anders als gegenüber dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament als gewählten Organen, die sensibler auf die öffentliche Interessenartikulation bestimmter Wählergruppen und die dahinter stehende politische Information reagieren. Umgekehrt zeigen Dür und Mateo (2012), dass Wirtschaftsverbände mehr Kontakte zu europäischen Exekutivakteuren haben als zivilgesellschaftliche Gruppen, die wiederum über besseren Zugang zu Parlamenten auf nationaler und europäischer Ebene verfügen. Die Europäische Union ist generell offener für Insiderstrategien als für Outsiderstrategien und für supranational organisierte Interessenvertretung als für nationale Verbände (Dür/Mateo 2016; Kohler-Koch/Friedrich 2020).

⁸⁶ Bouwen (2004) zeigt anhand sektoraler Interessenvertretung zur Regulierung des europäischen Binnenmarkts, dass EU-Institutionen drei Tauschressourcen nachfragen, gegen die sie Zugang tauschen: technische Expertise, Informationen über das allgemeine europäische sektorale Interesse und Informationen über das allgemeine nationale sektorale Interesse. Dür und Mateo (2013: 683) adressieren den Einwand, dass das politische System selektiv Zugang gewähren oder verweigern kann, mit dem Argument, dass Politiker Gruppen mit relevanten Informationen für das Erreichen ihrer politischen Vorhaben oder ihrer Wiederwahl nicht ignorieren können. Klüver (2012) untersucht die organisatorischen Voraussetzungen für die Bereitstellung umfangreicher Informationen an die EU-Kommission und betont materielle Ressourcenausstattung, Professionalisierung und Dezentralisierung zugunsten individueller Handlungsspielräume innerhalb von Interessengruppen als Einflussvariablen auf die Informationskapazitäten von Interessengruppen. Klüver (2011) konzipiert die Komplexität eines Themas als besonders hohen Informationsbedarf der EU-Kommission, findet aber keinen statistisch signifikanten Einfluss der Themenkomplexität, der Konflikthaftigkeit eines Themas und des Interessengruppentyps auf erfolgreiches Lobbying. Dagegen haben die Zahl der Interessengruppen, die – nicht unbedingt als formale Koalition – in die gleiche politische Richtung arbeiten, und der thematische Kontext (Aufmerksamkeit für das Thema in der Interessengruppenpopulation) signifikanten Einfluss auf erfolgreiches Lobbying gegenüber der EU-Kommission.

Information bzw. politische Information wurde nicht nachgefragt, die Krisenpolitik wurde als „alternativlos“ dargestellt.

Auf der anderen Seite ist das Repertoire an Outsiderstrategien deutscher Gewerkschaften vergleichsweise beschränkt: Protestpolitik ist im strategischen Fundus deutscher Gewerkschaften kaum etabliert – im Gegensatz etwa zu südeuropäischen Gewerkschaften. Im europäischen Vergleich demonstrieren deutsche Gewerkschaften wenig, politische (General)Streiks werden in Deutschland als rechtswidrig eingestuft. Die letzten gewerkschaftlichen Großdemonstrationen gab es in Deutschland in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre gegen die Reformen der Agenda 2010, deren arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Einschnitte die Gewerkschaften ablehnten. Wie weiter oben diskutiert, sind Outsiderstrategien aufgrund der sozialpartnerschaftlichen Orientierung der deutschen Gewerkschaften mit potentiellen *trade-offs* zwischen öffentlicher Konfliktfreude und institutionellen Machtressourcen verbunden. Dazu kommt, dass es Gewerkschaften schwer fallen kann, ihre Mitglieder in der politischen Sphäre zu involvieren, wenn sie wie in Deutschland in der ökonomischen Sphäre eine korporatistische Interessenvertretung ohne Mitgliederbeteiligung etabliert haben (Baccaro et al. 2003: 129). Andersherum kann die Position als Sozialpartner die Aufmerksamkeit in Medien und Zivilgesellschaft für gewerkschaftliche Interessenvertretung in Richtung Tarif-, Unternehmens- und Arbeitsmarktpolitik strukturieren, sodass europapolitische Vorstöße wenig wahrgenommen werden, da sie nicht als die Kernaufgabe von Gewerkschaften gesehen werden.

Bouwen (2002: 368) argumentiert, dass Interessengruppen implizit oder explizit einer Kosten-Nutzen-Rechnung folgen, auf welche Interaktionen sie ihre Interessenvertretung fokussieren: Austauschbeziehungen überdauern nur, wenn der Austausch wechselseitig vorteilhaft ist, wobei die aus dem Austausch resultierenden Vorteile zwischen den Tauschpartnern nicht gleich verteilt sein müssen. Da sich die Austauschbeziehungen der Einflusslogik, Mitgliedschaftslogik und Reputationslogik wiederholen, argumentiert die vorliegende Arbeit, dass ver.di die jeweiligen Ressourcenbedürfnisse bzw. Nachfragestrukturen ihrer Tauschpartner kennt und ihre Angebote an dieser Nachfrage ausrichtet.

Hieraus lassen sich drei Ausgangspunkte der weiteren theoretischen Ausführungen und Implikationen festhalten:

1. Ver.di's relevante Tauschressource ist nicht in erster Linie technische Information der politischen Ausgestaltung und Folgenabschätzung der Krisenpolitik, sondern politische Information – die Unterstützung oder Ablehnung bestimmter EU-Politik durch die Gewerkschaft, ihre Mitglieder und idealerweise die öffentliche Meinung
2. Ver.di wählt Outsiderstrategien, die Gewerkschaftsmitglieder und Medien adressieren, um für ihre Interessen vis-à-vis der EU-Krisenpolitik zu werben und durch die Unterstützung der Mitglieder und der Öffentlichkeit ihre Tauschressource der politischen Information zu stärken.

3. In den Austauschbeziehungen mit ihren Mitgliedern und den Medien richtet ver.di ihr Angebot an den Nachfragestrukturen der Mitgliedschaft bzw. der medialen Berichterstattung aus.

Im Folgenden werden beobachtbare Implikationen zum Angebot ver.dis gegenüber Mitgliedern, Medien und Öffentlichkeit theoretisch abgeleitet. Die Nachfrage nach diesen Angeboten wird empirisch behandelt, aber nicht theoretisiert – abgesehen davon, dass für Autor und Leser im beschriebenen Forschungsstand und (unzulässig vom Ende her gedacht) im bekannten Fortlauf der Krisenpolitik wenig darauf hindeutet, dass eine relevante Nachfrage bestanden haben kann. Zunächst geht es der vorliegenden Arbeit nicht um die Nachfrage, sondern um Austauschprozesse, die durch ein gewerkschaftliches Angebot in Gang gesetzt werden, i.e. um die Untersuchung der implizierten Verstärkung von ver.dis Angeboten hin zu einer gewerkschaftspolitischen und mitgliederorientierten Europäisierung. Würde sich daraus ergeben, dass ver.di kaum Angebote machte, folgten automatisch die theoretische Erwartung und wahrscheinlich das empirische Ergebnis, dass auch die Nachfrage gering gewesen sein muss bzw. war. Eine Theoretisierung der Nachfrage nach ver.dis Angeboten ohne Kenntnis dieser Angebote ergibt demnach wenig Sinn.

3.2.1 Mitgliedschaftslogik – Austausch mit den Mitgliedern

In der Mitgliedschaftslogik nehmen Gewerkschaften einerseits die Interessen ihrer Mitglieder auf, machen ihnen durch *Framing* andererseits aber auch Interessenvertretungsangebote, indem sie bestimmte Probleme und Lösungen auf die gewerkschaftliche Agenda setzen. In diesem Verständnis bedeutet Europäisierung für Gewerkschaften nach innen, ihre Interessen zu definieren, nationale und europäische Interessen zu versöhnen und für diese Interessen ein Vertretungsmandat ihrer Mitglieder beanspruchen zu können, d.h. ihre Organisationsmacht auf europäische Angelegenheiten zu erweitern, ein entsprechendes Mobilisierungspotential anzustreben und dieses schließlich an die Umwelt projizieren zu können. Viele europäische Gewerkschaften – insbesondere kontinental- und südeuropäische, weniger die sozialpartnerschaftlich eingebetteten nordeuropäischen – haben inzwischen erkannt, dass sie die europapolitische Interessenvertretung stärker an der Mitgliedschaftslogik ausrichten müssen (Larsson 2014).

Im Kontext der Eurokrise besteht ver.dis Angebot in der europapolitischen Interessenbildung ihrer Mitglieder zur Krisenpolitik, ihren Folgen und Alternativen. Mitglieder fragen diese Interessenvertretung nach, indem sie für diese Ziele mobilisierbar sind oder nicht, d.h. (zumindest) europapolitische Präferenzen entwickeln und diese (idealerweise) in der Folge ggf. bei Wahlentscheidungen oder der Beteiligung an gewerkschaftlichen Aktivitäten praktisch umsetzen. So beschreibt die von der Revitalisierungsforschung geforderte „Demokratisierung“ der Gewerkschaften durch Beteiligungsmöglichkeiten in der

Interessenbildung und -vertretung nur die organisatorische Angebotsseite, die ohne eine Nachfrage der Mitglieder in Form von Beteiligung an diesen Prozessen folgenlos bleibt. Organisationsmacht entsteht als Ressource in der Austauschbeziehung zwischen dem Interessen-*Framing* der Gewerkschaftsführung und der Nachfrage der Mitglieder. Die Projektion von Organisationsmacht bzw. Mobilisierungspotential nach außen ist in der Terminologie der Interessengruppenforschung die Tauschressource der politischen Information.

Anlässlich der Eurokrise und der EU-Krisenpolitik überarbeitete ver.di ihr „Europamani-fest“ und brachte den politischen Vorschlag eines „Marshallplans für Südeuropa“ vor (s. Kapitel 5.2). In diesem Kontext erwartet die vorliegende Arbeit, dass ver.di die europapolitische Information ihrer Mitglieder intensiviert. Die Interessenbildung sollte der Logik der „frame amplification“ folgen: Europapolitische Entwicklungen werden stärker betont als vor der Eurokrise und rücken damit von einer Randnotiz des gewerkschaftlichen Alltags ins Zentrum der gewerkschaftlichen Mitgliederinformation.

Beobachtbare Implikation 1

Ver.di verstärkt im Verlauf der Eurokrise die europapolitische Information ihrer Mitglieder.

Der Konzipierung der diagnostischen, prognostischen und motivierenden Elemente von „collective action frames“ folgend, erwartet die vorliegende Arbeit folgende *Framing*-Inhalte in der Kommunikation ver.dis gegenüber ihren Mitgliedern:

Diagnostisches *Framing*

In der Eurokrise kann eine überdurchschnittliche Aufmerksamkeit für europapolitische Entwicklungen bei den ver.di-Mitgliedern unterstellt werden, da die europäische Integration besondere mediale und öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr (Rauh/Zürn 2014). Dies kann bedeuten, dass ver.di-Mitglieder empfänglicher für europapolitische Interessenbildung waren. Es impliziert aber auch, dass ihr Verständnis der Eurokrise vielfach von den in der Medienberichterstattung und Regierungskommunikation dominierenden *Frames* des Ordoliberalismus, i.e. der Einhaltung von Regeln und fiskalischer Eigenverantwortlichkeit, und der ausufernden Staatsschulden beeinflusst worden sein kann. Gegen dieses *Framing* stellt ver.di ihr „counterframing“, i.e. *Frames*, die der Interpretation der Bundesregierung widersprechen. „Counterframing“ kann explizit auf die *Frames* eingehen, deren Deutungsrahmen bestritten werden soll, oder sich darauf beschränken, andere *Frames* prominent und positiv im Diskurs zu platzieren.

Beobachtbare Implikation 2

Ver.di Informationen zur Eurokrise stellen der Krisendeutung der Bundesregierung ver.di Diagnosen der Krisenursachen und der Folgen der EU-Krisenpolitik entgegen.

Kelly (1997) argumentiert, dass die gewerkschaftliche Interessenbildung auf „grievances“ der Gewerkschaftsmitglieder aufbaut, d.h. auf individuellen Wahrnehmungen von Ungerechtigkeiten in Arbeitswelt und Gesellschaft. Die Gewerkschaft hilft einerseits bei „grievances“, mobilisiert diese aber vor allem im Rahmen einer gewerkschaftlichen Identitäts- und Interessenbildung, die kollektiver Identität und Mobilisierungspotential zugrundeliegt (s. dazu auch Hunt/Benford 2004). *Frames* fungieren dabei als „important linking mechanism through which some problematic condition of life can be transformed from being perceived as a ‘misfortune’ beyond the control of the individual, to a grievance which can be acted upon“ (Gahan/Pekarek 2013: 761).⁸⁷

Einen Überblick über die Interessen bzw. die Nachfrage der ver.di-Mitglieder gibt Waddington (2015): Im Rahmen einer Befragung von 2.550 ver.di-Mitgliedern zu ihren Motiven, ihre Mitgliedschaft bei ver.di aufrechtzuerhalten, zeigt sich die überragende Bedeutung instrumenteller Interessen für die Mitglieder: 72,7 Prozent der Befragten nennen die Unterstützung durch die Gewerkschaft bei arbeitsbezogenen Problemen an erster oder zweiter Stelle ihres Präferenzrankings, 41,7 Prozent die Verbesserung von Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Ideelle kollektive Motive sind für 25,6 Prozent eines der beiden Hauptmotive, politische Aktivitäten der Gewerkschaft nur für 8,8 Prozent.⁸⁸ Europa spielt in diesem Präferenzranking keine Rolle.

Ver.di Branchen und Mitglieder waren zunächst kaum von den nationalen Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst, die hauptsächlich und zeitlich auf 2009 beschränkt den Exportsektor betrafen (Bispinck et al. 2011). Im Gegensatz zum Exportsektor haben ver.di Sektoren keine staatlichen Krisenhilfen benötigt. Die Interessen der ver.di-Mitglieder waren weniger durch unmittelbare wirtschaftliche Krisen ihrer Branchen berührt als durch fiskalpolitische Reformen: Ver.di Organisationsbereich des öffentlichen Diensts war mit der Reform nationaler Fiskalpolitik in Form der Schuldenbremse konfrontiert, die 2009 verabschiedet wurde und deren Grundideen in der Eurokrise in Form des Fiskalpakts auf die europäische Ebene hochgeladen wurden (Dribbusch et al. 2017: 211). Schuldenbremse und Fiskalpakt engten den Spielraum für Tarifabschlüsse des öffentlichen Diensts ein. Hinzu kamen europapolitische Vereinbarungen wie der Euro-Plus-Pakt, die das Ziel ausgaben, sektorale Tarifverhandlungen zu dezentralisieren, nationale Lohnentwicklungen zu beschränken und die Löhne des öffentlichen Diensts

⁸⁷ Zum Einfluss von „grievances“ auf außerinstitutionelle politische Partizipation und die Mobilisierung von Protestbewegungen in der Krise s. Kern et al. (2015) und – in Interaktion mit politischen Gelegenheitsstrukturen – Giugni/Grasso (2016).

⁸⁸ Wortlaut der Antwortmöglichkeit zur Bedeutung politischer Aktivität für das ver.di-Mitglied: „Union lobbying to influence government decisions“.

als Taktgeber für moderate Tarifabschlüsse zu nutzen, wobei Löhne einseitig als Kosten- bzw. Wettbewerbsfaktor dargestellt wurden.

Während Europa im Präferenzranking der ver.di-Mitglieder nicht vorkommt, berührte die Krisenpolitik so doch instrumentelle Interessen der Mitglieder. Die vorliegende Arbeit begreift ver.di's *Framing* gegenüber Mitgliedern und Öffentlichkeit als Angebotsseite einer Austauschbeziehung. Um über dieses diskursive Angebot europapolitische Machtressourcen zu schaffen, muss das *Framing* entweder eine Nachfrage bei Mitgliedern und Öffentlichkeit neu generieren oder bestehende Nachfrage in Form von Interessen bzw. „grievances“ mit einbeziehen. Die vorliegende Arbeit unterstellt, dass die zweite Option – in Form der Betonung der instrumentellen Interessen, die durch die EU-Krisenpolitik berührt waren – einfacher und erfolgversprechender ist, zumal ver.di allgemein ihre Mitgliederorientierung stärken möchte (s. Kapitel 5.1). Daher ist es plausibel anzunehmen, dass ver.di die Nachfragestrukturen der Mitgliedschaft in ihrem *Framing*-Prozess berücksichtigt. In der Mitgliedschaftslogik nimmt ver.di die Interessen der Mitglieder gleichzeitig auf und versucht, sie zu formen (Offe/Wiesenthal 1980). Daher ist zu erwarten, dass ver.di in ihrer Kommunikation den Mitgliedern gegenüber betont, dass die EU-Krisenpolitik eine Ungerechtigkeit für die ver.di-Mitglieder darstellt, indem sie auch in Deutschland tarifliche Spielräume, Gewerkschaftsrechte und Arbeitsbedingungen – etwa durch Arbeitsverdichtung in Folge von Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst – gefährdet. Diese Erwartung folgt auch der Theorie zu *Framing*-Effekten, dass die Stärke eines *Frames*, i.e. seine Resonanz mit den Werten und relevanten Erwägungen der *Frame*-Empfänger, seine Wirkung beeinflusst (Chong/Druckman 2007b: 109). Europäisierung der Organisationsmacht bedeutet in diesem Zusammenhang eine Ausdehnung des Interessenspektrums der Mitglieder von sektoralen bzw. nationalen Bezügen auf analoge Interessenlagen auf der europäischen Ebene („frame transformation“). Unter den ver.di-Mitgliedern gibt es auch „Aktivisten“, die sich über ihre instrumentellen Interessen hinaus für Gemeinwohlinteressen einsetzen wollen und dies auch für die Aufgabe der Gewerkschaft halten (Thomas 2013; 2017) – wobei sich Gemeinwohlinteressen (von Teilen) der Bevölkerung etwa im Falle der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen mit instrumentellen Interessen der ver.di-Mitglieder (Beschäftigung und Investitionen im öffentlichen Sektor) decken können. Es ist davon auszugehen, dass diese Gruppe ein größeres politisches Wissen bzw. gefestigte Positionen hat, also weniger auf diagnostisches *Framing* angewiesen ist.

Beobachtbare Implikation 3

Ver.di verbindet das diagnostische „counterframing“, das ver.di's Sicht auf die Ursachen der Eurokrise und die Folgen der Krisenpolitik etabliert, mit den instrumentellen Interessen der Mitglieder, um so „grievances“ zu erzeugen. Instrumentelle Interessen werden dabei häufiger thematisiert als Gemeinwohlinteressen und Bezüge zwischen der europäischen Krisenerfahrung und der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland werden hergestellt.

Prognostisches Framing

Prognostische *Frames* stellen ver.di Politikvorschläge und deren positive Potentiale im Vergleich zu den negativen Folgen der EU-Krisenpolitik vor. Prognostische *Frames* beinhalten daher die von ver.di favorisierte Richtung der europäischen Integration und die konkreten Vorschläge zu einer alternativen Krisenpolitik. Sie können sich entweder nur auf die diagnostische Ebene der aufgeworfenen Krisenursachen und -folgen beziehen oder darüber hinaus eine alternative Krisenpolitik mit den instrumentellen und gemeinwohlorientierten Interessen der Mitglieder verbinden, i.e. Lösungen für die auf der diagnostischen Ebene erzeugten „grievances“ anbieten.

Angesichts des *Framings* des Krisendiskurses der Bundesregierung, der politischen und wirtschaftlichen Komplexität des Krisengeschehens und des dadurch notwendigen Umfangs von „counterframing“ ist fraglich, inwieweit ver.di prognostisches *Framing* die Komplexität und den Umfang des diagnostischen *Framings* spiegeln sollte. Am wirkungsvollsten erscheint es für ver.di, nicht für jedes einzelne Problem eine Lösung zu präsentieren, sondern eine einprägsame Gesamtlösung. Daher wird erwartet, dass ver.di die prognostischen Botschaften an die Mitglieder knapp und einfach hält, sie kontinuierlich wiederholt und sie mit den instrumentellen Interessen der Mitglieder bzw. den auf der diagnostischen Ebene erzeugten „grievances“ verbindet.⁸⁹ Ein derartiges *Framing* ist bereits vorgezeichnet durch die schlagwortartige Benennung der politischen Alternative als „Marshallplan“, die historisch-kulturelle Assoziationen zu internationalen Aufbauhilfen und Investitionen als Grundlage des deutschen „Wirtschaftswunders“ nach dem Zweiten Weltkrieg wecken soll.

Beobachtbare Implikation 4a

Das prognostische *Framing* besteht aus klaren Botschaften politischer Alternativen. Daher ist erstens der Anteil des prognostischen *Framings* geringer als der des diagnostischen *Framings*, zweitens die Zahl der verwendeten Dimensionen bzw. *Frames* kleiner als auf der diagnostischen Ebene.

Beobachtbare Implikation 4b

Ver.di verwendet überwiegend prognostische *Frames*, die sich auf die Verfolgung der instrumentellen Interessen der Mitglieder beziehen. Diese prognostischen *Frames* werden über den Zeitraum der Berichterstattung beständig wiederholt.

Insgesamt ist eine Mobilisierung der Minderheit von „Aktivisten“ unter den ver.di-Mitgliedern wahrscheinlicher als eine Mobilisierung der Mehrheit der passiven Mitglieder. „Aktivisten“ wollen von ver.di politische Ziele verfolgt sehen, die über

⁸⁹ Auch diese Erwartung folgt der Theorie zu *Framing*-Effekten, dass die Wiederholung eines *Frames* sich auf die Meinungsbildung auswirken kann: Eine stärkere Wirkung aufgrund von Wiederholung wird vor allem für Rezipienten mit geringerem Vorwissen erwartet (Chong/Druckman 2007b: 112).

gewerkschaftspolitische instrumentelle Interessen hinausgehen. Daher ist zu erwarten, dass sie nicht nur durch instrumentelle Interessen ansprechbar sind, sondern auf eine gemeinsame politische Mobilisierung innerhalb der nationalen und europäischen Gewerkschaftsbewegung Wert legen. Hier kommt der gewerkschaftliche „master frame“ der Solidarität ins Spiel als prognostischer *Frame*, der sich an „Aktivisten“ richtet und dabei die Grundlagen gewerkschaftlicher Identität evoziert und auf Europa erweitert.⁹⁰

Solidarität ist zunächst eine „Form sozial unterstützenden Verhaltens“ (Lengfeld/Kroh 2016: 872), die auf gemeinsamer Identität, gleichen Interessen oder wechselseitigen Abhängigkeiten fußen kann (Hyman 2002: 1 f.). Im gewerkschaftlichen Kontext bedeutet Solidarität, die Kämpfe anderer Gewerkschaften als die eigenen Kämpfe zu begreifen und zu unterstützen. Als gegenseitige Beziehung der Identifikation (Hunt/Snow 2004: 439) impliziert Solidarität, dass Gewerkschaftsmitglieder erkennen, dass bestimmte Entwicklungen auch für sie selbst eintreten könnten und dadurch die Bereitschaft entwickeln, eine Schicksalsgemeinschaft ähnlicher Interessen und Kämpfe dahingehend zu knüpfen, sich untereinander zu identifizieren und füreinander einzutreten (Ahlquist/ Levi 2013: 2). Solidarität ist daher kein Altruismus und kein Widerspruch zur Verfolgung instrumenteller Interessen, sondern folgt der Erkenntnis, dass Interessenlagen sich über Branchen- und Ländergrenzen hinweg ähneln und die (internationale) Gewerkschaftsbewegung nur durch Geschlossenheit Stärke gewinnen kann. Sie basiert damit auf der Einsicht, dass Solidarität im eigenen Interesse liegt (Lehndorff 2015: 166), und auf der „Erwartung, dass Solidarität nicht nur einseitig gewährt, sondern in bestimmten Situationen auch selbst erfahren wird“ (Dribbusch 2014: 338).⁹¹ Ver.di nennt Solidarität in ihrer

⁹⁰ Studien zu europäischer Solidarität beschäftigen sich hauptsächlich mit der öffentlichen Meinung zu Finanzhilfen an andere EU-Staaten: Eine relative Mehrheit der Deutschen unterstützt Hilfen an andere EU-Staaten, während eine Mehrheit derartige Hilfen an Staaten, die nicht der EU angehören, ablehnt. Eine hypothetische individuelle europäische Solidaritätssteuer wird von einer Mehrheit abgelehnt, in geringer Beitragshöhe allerdings von einem Drittel der Befragten befürwortet. Derartige Solidaritätsleistungen werden aber an Gegenleistungen in Form von Haushaltskürzungen und Privatisierungen geknüpft, während nur ein geringer Teil der Befragten auch die Kürzung von Sozialausgaben in den betroffenen Ländern gutheißt (Lengfeld/Kroh 2016). Bechtel und Kollegen (2017) zeigen, dass mehrere Variablen der Ausgestaltung von Finanzhilfen beeinflussen, wie die deutsche Bevölkerung zu Finanzhilfen steht: die absolute Höhe des deutschen Beitrags, deren Relation zu den Beiträgen anderer Geldgeber, die Beteiligung privater Investoren, die Konditionalität der Hilfen, die politischen Initiatoren der Finanzhilfen und das Empfängerland. Kosten und Lastenverteilung haben den größten Effekt, daneben spielen auch die Art der Konditionalität und die Initiatoren der Finanzhilfen eine Rolle. Auch Lahusen und Grasso (2018) kommen zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit der befragten Europäer finanzielle Solidarität an Bedingungen und eine Wechselseitigkeit der Verpflichtungen knüpft, wobei Befragte aus Programmstaaten Finanzhilfen zu einem größeren Teil befürworten als Befragte aus Geberländern. Außerdem sind Befragte, die der EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv gegenüberstehen, aufgeschlossener gegenüber finanzieller Solidarität. Gerhards und Kollegen (2016) zeigen, dass sich in Deutschland, Spanien und Polen Mehrheiten für ein einheitliches europäisches Sozialsystem, europäische Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit in den ärmsten Mitgliedstaaten und einen europäischen Mindestlohn aussprechen.

⁹¹ Für Gewerkschaften kann es zu Dilemmata zwischen nationaler Wettbewerbsfähigkeit und europäischer Solidarität kommen (Behrens et al. 2003: 32). Im Falle nationaler Wettbewerbsfähigkeit manifestiert sich gewerkschaftliche Solidarität nicht im gemeinsamen (europäischen) Kampf der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften für ihre Interessen, sondern paradoxerweise in der gewerkschaftlichen Akzeptanz des Wettbewerbsgedankens durch den gemeinsamen Einsatz mit den Arbeitgebern für Produktivitätsziele und Lohnzurückhaltung (Kiess/Seeliger 2019: 11). Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU stellte Gewerkschaften außerdem vor die Frage, wie europäische Arbeitsmigration und Solidarität miteinander vereinbart werden sollten (Hardy 2015). In einer Studie von Höpner und Seeliger (2019: 10) befragte Gewerkschaftsfunktionäre halten es für unmöglich, für hohe Lohnforderungen und Warnstreiks damit zu werben, dass andere Beschäftigte in Europa davon profitieren. Mosimann und Pontusson (2017) sehen Solidarität weitgehend auf Mitglieder der gleichen Gewerkschaft beschränkt. Dagegen zeigen Ahlquist und Levi (2013) anhand ihres Fallbeispiels der International Longshore and Warehouse Union, dass Solidarität über die Gewerkschaftsgrenzen hinaus und sogar gegen die unmittelbaren Eigeninteressen von Gewerkschaftsmitgliedern gehen kann.

Grundsatzerklärung neben Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung als einen ihrer zentralen Werte und definiert:

„Solidarität wächst aus der Fähigkeit des Menschen zur Anteilnahme am Schicksal des anderen und aus Mitgefühl. Sie gründet auf der Bereitschaft, für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen. (...) Solidarität ist die Grundlage der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und beruht auf gemeinsamen Überzeugungen und Interessen.“⁹²

Im deutschen Krisendiskurs dominierte eine andere Definition von Solidarität, die Deutschlands europäische Solidarität auf einem wirtschaftspolitischen Fundament konstruierte: Deutschlands europäische Identität baut auf der ordoliberalen Idee von Regeln auf, die die Stabilität des Euroraums garantieren sollen und dafür eine wechselseitige Verpflichtung auf die Einhaltung der Regeln konstituieren. Ein „guter Europäer“ ist in diesem Verständnis ein „guter Ordoliberaler“: Solidarität besteht nicht in erster Linie in Finanzhilfen, sondern in wechselseitiger Verpflichtung auf Solidität in Form von Sparpolitik, Haushaltsdisziplin und Strukturreformen (Galpin 2017: 89 ff.). Dieses Verständnis von Solidarität sollte wiederum einen Anreiz für gewerkschaftliches „counterframing“ darstellen.

Solidarität hat im gewerkschaftlichen Kontext zwei Seiten: interne und externe Solidarität. Interne Solidarität bezeichnet die Identifikation der Mitglieder einer Gewerkschaft untereinander und mit den Zielen der Gewerkschaft, interne Solidarität ist damit Teil der Organisationsmacht und impliziter Gegenstand der beobachtbaren Implikationen zur Interessenbildung. Externe Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder mit Nichtmitgliedern, anderen Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Akteuren, politischen Zielen etc. („frame extension“) ist ebenfalls Teil der Organisationsmacht, bildet darüber hinaus aber auch eine Grundlage von Diskurs- und Kooperationsmacht.

Beobachtbare Implikation 5

Ver.di stellt in ihrem prognostischen *Framing* die Gleichheit der Beschäftigteninteressen in Europa und die Notwendigkeit europäischer Gewerkschaftssolidarität bzw. gemeinsamer Interessenvertretung heraus („frame extension“).

Im Untersuchungszeitraum war ver.di außerdem an zwei nationalen Kampagnen beteiligt, die sich mit den verteilungspolitischen Folgen der Finanzkrise in Deutschland auseinandersetzten: „Gerecht geht anders“ (2010) und „Umfairteilen“ (2012/13, s. [Kapitel 5.3](#)). Diese Kampagnen fanden statt, als die Eurokrise schon in vollem Gange war. Daher bieten sie im Hinblick auf die Europäisierung der Interessenvertretung und die Artikulation von

⁹² Vgl. Ver.di (2010): Grundsatzerklärung der ver.di. Beschlossen vom Gewerkschaftsrat am 18. März 2010.

Solidarität für ver.di eine Gelegenheit, Bezüge herzustellen zur Eurokrise und den vergleichbaren Interessenlagen in Deutschland und den Programmstaaten bezüglich der wahrgenommenen Ungerechtigkeit der Verteilung der Krisenkosten.

Beobachtbare Implikation 6

Ver.di integriert europapolitische Interessen in die Interessenbildung zu nationalen Kampagnen zu den verteilungspolitischen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Auf diagnostischer und prognostischer Ebene werden europäische Bezüge von Ungerechtigkeiten und Lösungen dafür hergestellt.

Motivierendes *Framing*

Motivierende *Frames* werben bei Mitgliedern für die Beteiligung an kollektivem Handeln, ihre Wirkung ist daher zentral für die Entstehung von Mobilisierungspotential. Zur Wahrnehmung von „grievances“ muss nach Kelly (1997) die Attribution von „efficacy“ kommen – eine Zuversicht der Gewerkschaftsmitglieder, dass eigenes und gewerkschaftliches Handeln etwas gegen die „grievances“ ausrichten können (s. dazu auch Bormann/Jungehül-sing 2015: 29 ff.; Sack/Strünck 2016: 23). Ver.di kann die Wahrnehmung von „efficacy“ fördern, indem sie ihre Aktivitäten herausstellt und die aktuelle Situation als politische Gelegenheit bzw. den richtige Zeitpunkt *framet*, kollektiv politisch etwas erreichen zu können (Benford/Snow 2000: 631). Die vorliegende Arbeit unterscheidet daher drei Kategorien motivierender *Frames*: die Betonung gewerkschaftlicher Aktivitäten zur Krisenpolitik, Aufrufe an die Mitglieder zur Beteiligung an diesen Aktivitäten und das Herausstellen einer politischen Gelegenheit für die Aktivitäten. Eine politische Gelegenheit bestünde etwa in der Unterstützung von ver.dis Positionen durch politische oder gesellschaftliche Akteure, einem politischen Zwischenerfolg oder einer anstehenden Wahl.

Beobachtbare Implikation 7

Der Anteil motivierenden *Framings* nimmt im Zeitverlauf bis zur Europawahl 2014 zu. Die Mobilisierungsbemühungen ver.dis zur Eurokrise zeigen sich darin, dass die Interessenbildung zur Eurokrise einen höheren Anteil motivierenden *Framings* aufweist als andere europapolitische Informationen.

Den Kampf der Gewerkschaften in den Programmstaaten gegen Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen, die zur Bedingung für Hilfskredite gemacht wurden, führte ver.di in Deutschland Anfang der 2000er-Jahre gegen die Reformen der Agenda 2010 und verlor. „Grievances“ in Form eines greifbaren Bezugs zwischen nationalen und europäischen Erfahrungen sind damit einerseits plausibel, angesichts von ver.dis Machtlosigkeit gegenüber nationalen arbeitsmarkt-, sozial- und fiskalpolitischen Entwicklungen könnte es aber schwierig sein, den Mitgliedern die Wahrnehmung von „efficacy“ in

europapolitischen Auseinandersetzungen zu vermitteln. Auf der anderen Seite gelang 2005 gegen die „Bolkestein“-Richtlinie zur Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt eine erfolgreiche gemeinsame europäische Mobilisierung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen (Leiren/Parks 2014), die als motivierendes Beispiel fungieren könnte.

Auch motivierende *Frames* haben neben ihrer Funktion der Stärkung der Organisationsmacht einen Bezug zu Diskurs- und Kooperationsmacht: Rufen Gewerkschaften ihre Mitglieder zu den Demonstrationen gesellschaftlicher Akteure auf, kann dies zum einen auf eine Nachfrage gesellschaftlicher Akteure nach gewerkschaftlichem Mobilisierungspotential und Zusammenarbeit stoßen und damit die Kooperationsmacht steigern, zum anderen kann eine gemeinsame Mobilisierung die öffentliche Aufmerksamkeit und Legitimität und damit die Diskursmacht steigern.

Zivilgesellschaftliche Gruppen vertreten – im Vergleich zu klar definierten Kosten und Nutzen der Interessenvertretung von Wirtschaftsverbänden – diffuse Interessen, deren politische Umsetzung ihre Unterstützer nicht unmittelbar und exklusiv wahrnehmen. Dadurch finden sich zivilgesellschaftliche Gruppen in einem strategischen Dilemma zwischen Insider- und Outsiderstrategien, zwischen Einfluss und Fortbestand der Gruppe: Insiderstrategien versprechen größere Chancen auf politische Einflussnahme, werden aber von (potentiellen) Anhängern nicht wahrgenommen. Outsiderstrategien sind dagegen in der Öffentlichkeit sichtbar und tragen so zum Fortbestand der Gruppe bei, etwa durch Spenden und Mitgliedschaften (Dür/Mateo 2013: 663).⁹³ Zivilgesellschaftliche Gruppen haben daher einen Anreiz, möglichst laut aufzutreten. Da ver.di trotz möglicher *trade-offs* mit der sozialpartnerschaftlichen Position gegenüber gesellschaftlichen Bündnissen und Outsiderstrategien aufgeschlossener ist als andere DGB-Gewerkschaften, ist die Annahme plausibel, dass ver.di ihre Mitglieder zur Teilnahme an Demonstrationen anderer gesellschaftlicher Akteure im Kontext der Eurokrise aufruft. Dafür sollte aber die Einschränkung gelten, dass ver.di nur solche Outsiderstrategien unterstützt, die konkrete politische Ziele gegenüber der EU-Krisenpolitik verfolgen – und nicht solche, die dem Fortbestand einer Gruppe oder rein expressiven Zielen dienen.

Beobachtbare Implikation 8

Ver.di ruft ihre Mitglieder zur Teilnahme an Demonstrationen anderer gesellschaftlicher Akteure mit dem Ziel der politischen Einflussnahme auf die EU-Krisenpolitik auf.

Nationale versus regionale Ebene

Crouch (1982) argumentiert, dass die nationale Ebene ein größeres Interesse an politischer Aktivität hat als die lokale Ebene und die Mitglieder, die bevorzugt materielle

⁹³ Outsiderstrategien sind zwar die präferierte Strategie ressourcenschwacher Outsider, sie stellen aber nicht unbedingt ein Instrument dar, Defizite bei Ressourcenausstattung und Zugang zur Politik wettzumachen: *Framing* gegenüber der Öffentlichkeit ist einerseits oft die einzige strategische Option ressourcenarmer Gruppen (Klüver et al. 2015: 482), andererseits siegen im harten Konkurrenzkampf um mediale Aufmerksamkeit häufig ressourcenreiche Interessengruppen (Thrall 2006).

Interessen verfolgen. Die Bezirksebene ist näher dran an den Mitgliedern und ihren Interessen und kann damit eine Mittlerrolle zwischen nationalen politischen Aktivitäten und Mitgliedern einnehmen. Ver.di-Bezirke genießen eine weitreichende Autonomie und können selbst entscheiden, in welchem Umfang sie politisch aktiv sein möchten (s. Kapitel 5.1). Unterschiede der politischen Schwerpunktsetzung zwischen den Bezirken zeigen damit zum einen, wie die Bezirke jeweils die Interessen ihrer Mitglieder einschätzen, zum anderen können sie zur Erklärung der Mobilisierungsintensität der Gesamtorganisation ver.di beitragen: Wird zum Beispiel die Eurokrise auf Bezirksebene kaum beachtet, schwächt dies das Mobilisierungspotential.

Beobachtbare Implikation 9

Auf regionaler Ebene spielt die Eurokrise im Vergleich zur nationalen Ebene eine untergeordnete Rolle.

3.2.2 Reputationslogik – Austausch mit den Medien

Nach der Reputationslogik versucht ver.di, ihre Positionen und Argumente in der medialen Berichterstattung zu platzieren und so im öffentlichen Diskurs als relevanter Akteur in der Krisenpolitik anerkannt zu werden (Berkhout 2013; Gamson/Meyer 1996: 287). Über die Medien richtet sich ver.di zum einen an ihre Mitglieder, die ihre Interessen in der Öffentlichkeit vertreten sehen möchten, zum anderen an potentielle Unterstützer in Öffentlichkeit und Politik (Berkhout 2013: 235, 239). Ver.di bietet den Medien Berichtserstattungsinhalte und fragt dafür mediale Aufmerksamkeit nach.

Dahingehend betreibt ver.di professionelle Medienarbeit über Pressemitteilungen, Pressekonferenzen oder Interviews, hat aber auch die Möglichkeit, ihre Mitglieder für medienwirksame Outsiderstrategien zu mobilisieren. Die Nachfrage der Medien nach einem Inhalt bestimmt sich aus dem Nachrichtenwert, den Journalisten ihm beimessen und der mit der Anzahl gegebener Nachrichtenfaktoren zunimmt. Nachrichtenfaktoren sind etwa Status (Macht oder Prominenz eines Akteurs oder einer Organisation), Valenz (Konflikthaftigkeit, einschlägige Werte), Relevanz (Tragweite eines Ereignisses, Betroffenheit), Identifikation (politische, kulturelle, geographische Nähe, Nationalität, Emotionalität), Dynamik (Ungewissheit, Überraschung), Personalisierung oder zeitliche Aktualität (Galtung/Ruge 1965; Schulz 2011: 90 ff.; Binderkrantz/Christiansen 2014: 205 f.). In der europapolitischen Berichterstattung dominieren Aktionen und Positionen nationaler Regierungen und Exekutivakteure. Parlamente, europäische Akteure und zivilgesellschaftliche Organisationen sind vergleichsweise marginalisiert (Cinalli/Giugni 2018; Koopmans 2007; Monza/Anduiza 2016) – die Nachrichtenfaktoren der Nähe (des nationalen Regierungschefs statt des EU-Akteurs) und des Status scheinen diese Berichterstattung zu bestimmen. Neben den Nachrichtenfaktoren beeinflussen persönliche Präferenzen

berichtender Journalisten und die politische Linie des Mediums die Auswahl der Inhalte (Brüggemann 2014; Groseclose/Milyo 2005; Jost/Köhler 2018).

***Framing* für Diskursmacht**

Die vorliegende Arbeit konzipiert ver.di's Diskursmacht als das Zusammentreffen von ver.di's öffentlichen *Framing*-Angeboten mit einer gesellschaftlichen Nachfrage nach diesen Angeboten. Dafür müssen diese Ideen zunächst Eingang in den medialen Diskurs finden, wodurch sich im Anschluss diskursive Gelegenheiten für gesellschaftliche Nachfrage öffnen können: Koopmans (2004) stellt die drei medialen und gesellschaftlichen Selektionsmechanismen „visibility“, „resonance“ und „legitimacy“ heraus, die für soziale Bewegungen diskursive Gelegenheiten konstituieren: Sichtbarkeit („visibility“) hängt von der Zahl der Medien, die über die Bewegung berichten, und der Prominenz der Platzierung dieser Berichterstattung ab. Sichtbarkeit ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für diskursiven Einfluss: Hinzu kommen müssen Resonanz („resonance“) und Legitimität („legitimacy“), die nicht durch Medienvertreter selbst, sondern durch die öffentlichen Reaktionen anderer Akteure erreicht werden können (die aber ggf. im Rahmen ihrer journalistischen Praxis von den Medienvertretern direkt mit eingeholt werden). Resonanz bezeichnet die Menge der Reaktionen anderer Akteure in der Öffentlichkeit, Legitimität den durchschnittlichen Grad der Zustimmung oder Ablehnung dieser Reaktionen. Ideal wären hohe Resonanz und Legitimität – hohe Resonanz ist nach Koopmans (2004) aber vor allem durch kontroverse Positionen zu erreichen, in deren Wesen es liegt, dass ihnen nicht einhellig Legitimität beigemessen wird. Insgesamt erlangen im harten Wettbewerb um die öffentliche Aufmerksamkeit nur wenige Positionen Sichtbarkeit. Von diesen stoßen wenige Positionen auf Resonanz und von diesen wiederum wird lediglich einem geringen Anteil Legitimität zugesprochen.

Sichtbarkeit ist damit die Variable in der Austauschbeziehung zwischen kollektiven Akteuren auf der einen Seite und Medien und Öffentlichkeit auf der anderen Seite, die kollektive Akteure direkt beeinflussen können, indem sie versuchen, auf relevante Nachrichtenfaktoren einzuwirken (Koopmans 2004: 373). Durch eine strategische Orientierung an den Nachfragestrukturen der Medien kann ver.di die Chance ihrer Positionen auf öffentliche Sichtbarkeit erhöhen. Gewerkschaften sind sich der Selektionskriterien der Medien bewusst und richten ihre Medienarbeit daran aus (Köhler/Jost 2017). Sichtbarkeit könnte erstens durch pointierte Kritik an der Bundesregierung erreicht werden, die verschiedene Nachrichtenfaktoren bedienen kann (Konflikt, Nähe, Personalisierung) und sich an der Selektionslogik der Medien orientiert, in der europapolitischen Berichterstattung auf nationale Exekutivakteure zu fokussieren (Koopmans 2007).

Beobachtbare Implikation 10

Für die Sichtbarkeit ihrer Positionen kritisiert ver.di in ihrer Medienarbeit zur Eurokrise zuvorderst die Bundesregierung scharf.

Zweitens könnte ver.di Sichtbarkeit durch medienwirksame Aktionen auf Grundlage ihrer Organisationsmacht erreichen, die neben Konflikt auch den Nachrichtenfaktoren Status, Dynamik oder Relevanz Rechnung tragen, etwa Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen oder Demonstrationen. Mitgliederpartizipation kann Ereignisse mit Nachrichtenwert schaffen (Berkhout 2013: 234), wodurch Organisationsmacht auf Diskursmacht wirkt. Deutsche Gewerkschaften sind ferner um die Betonung ihrer Konfliktfähigkeit bemüht (Kiess 2019: 338).

Beobachtbare Implikation 11

Ver.di mobilisiert ihre Mitglieder für medienwirksame Aktionen und stellt diese Aktionen und ihr Mobilisierungspotential in ihrer Medienarbeit heraus.

Da Resonanz und Legitimität von der Reaktion anderer Akteure auf ver.dis Positionen abhängen, kann ver.di nur indirekt darauf Einfluss nehmen, indem ver.di prognostische *Frames* verwendet, die mögliche Reaktionen antizipieren. Einerseits braucht ver.di den Nachrichtenfaktor Konflikt für die Sichtbarkeit ihrer Positionen, andererseits muss ver.di vermeiden, dass sich die Resonanz nur auf ver.dis Kritik und nicht auf ver.dis Lösungsvorschläge bezieht. Daher wird erwartet, dass ver.dis Medienarbeit den Schwerpunkt nicht auf diagnostische *Frames*, sondern auf prognostische *Frames* legt, um eine konstruktive Debatte über ihre europapolitischen Vorschläge anzuregen.

Die Revitalisierungsliteratur nimmt außerdem an, dass Gewerkschaften gesellschaftliche Legitimität erreichen können, wenn sie ihre Belange mit Gemeinwohlinteressen („externe Solidarität“) verbinden, die in der Öffentlichkeit anschlussfähig sind. Gleichzeitig muss ver.di gegenüber den Medien die Interessen ihrer Mitglieder kommunizieren. Hier kann es zu einem Dilemma der „frame amplification“ zwischen Eigeninteresse und öffentlicher Legitimität kommen, indem die öffentliche Legitimität abnimmt, wenn Gewerkschaften lediglich als Vertreter der instrumentellen Interessen ihrer Mitglieder wahrgenommen werden (Culpepper/Regan 2014: 743). Insgesamt wird angenommen, dass ver.dis Medienarbeit zwar die instrumentellen Interessen ihrer Mitglieder artikuliert, demgegenüber aber Gemeinwohlbezüge ihrer europapolitischen Interessenvertretung stärker betont und damit ver.di als Vertreterin sozialer Gerechtigkeit darstellt und legitimiert. Dies fällt ver.di auch deshalb potentiell leichter als anderen Gewerkschaften, da Investitionen in öffentliche Dienstleistungen nicht nur den instrumentellen Interessen der in diesem Sektor beschäftigten ver.di-Mitglieder entsprechen, sondern auch den Interessen von Bevölkerungsteilen, die auf bestimmte öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind, und den Gemeinwohlvorstellungen weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit.

Beobachtbare Implikation 12

In ver.di Medienarbeit überwiegen prognostische gegenüber diagnostischen *Frames*. Das prognostische *Framing* legt den Schwerpunkt auf Gemeinwohlinteressen, prognostische *Frames* zu instrumentellen Interessen stehen dahinter zurück.

***Framing* für Kooperationsmacht**

Kooperationsmacht manifestiert sich in gewerkschaftlichen Bündnisoptionen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, i.e. im Zusammentreffen eines Angebots der Zusammenarbeit von ver.di an andere kollektive Akteure mit einer Nachfrage anderer Kollektivakteure nach Zusammenarbeit mit ver.di. Die vorliegende Arbeit untersucht ver.di Kooperationsangebote über entsprechende Botschaften in ihrer Medienarbeit, durch die nicht nur die Führung anderer kollektiver Akteure, sondern auch deren Unterstützer erreicht werden können. Es wird erwartet, dass ver.di die Bereitschaft zu Bündnissen bekundet, gleiche Interessen betont („frame bridging“) und ihre Interessenvertretung in eine gesellschaftliche Bewegung gegen die Auswirkungen der Krisenpolitik einbettet („frame extension“).

Beobachtbare Implikation 13

Ver.di unterstreicht in ihrer Medienarbeit ihre Bereitschaft zu Bündnissen, indem sie vis-à-vis europäischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren gleiche Interessen herausstellt und ihre Interessenvertretung in eine gesellschaftliche Bewegung gegen die Auswirkungen der Krisenpolitik einbettet.

3.3 Theoretische Synthese: Machtressourcen, Gelegenheitsstrukturen, Austausch

An dieser Stelle bietet sich eine kurze Zusammenführung der bisher diskutierten Konzepte der Protestforschung (Gelegenheitsstrukturen, *Framing*-Strategien von Bewegungen), der Gewerkschaftsforschung (Machtressourcenansatz) und der Interessengruppenforschung (strategischer Ressourcentausch) an. Die drei Forschungsgebiete bearbeiten viel gemeinsamen Grund. Eine Zusammenführung der diskutierten Konzepte soll daher die Überschneidungen und wechselseitigen Ergänzungspotentiale verdeutlichen, durch die die vorliegende Arbeit einen ganzheitlichen Blick auf die relevanten Variablen und Prozesse in der politischen Interessenvertretung von Gewerkschaften ermöglichen will (s. Tabelle 1).

Tabelle 1. **Theoretische Synthese: Gewerkschaftliche Interessenvertretung**

Handlungsebene/ Adressat	Gewerkschaftsforschung: Machtressourcen	Protestforschung: Gelegenheitsstrukturen	Interessengruppenforschung: Austausch	Implikation: <i>Framing</i>
Mitglieder	Organisationsmacht (Mobilisierungspotential)	(<i>Framing</i> + Ressourcen vis-à-vis zu vertretenden Interesses angesichts Gelegenheitsstrukturen)	Mitgliedschaftslogik <u>Nachfrage Mitglieder</u> : Interessenvertretung + öffentliche Sichtbarkeit <u>Angebot Gewerkschaft</u> : Interessenvertretung, Gewerkschaftsdemokratie (Ziele + Funktionäre) <u>Nachfrage Gewerkschaft</u> : Beteiligung, <i>compliance</i>	Interessenbildung, Mobilisierung (<i>grievances</i> , instrumentelle Interessen, Identität, kollektives Handeln)
Öffentlichkeit	Medien: Diskursmacht Zivilgesellschaft: Kooperationsmacht	Diskursive Gelegenheitsstruktur: kulturelle Muster, öffentliche Meinung Akteurskonstellation	Reputationslogik <u>Nachfrage Medien</u> : Nachrichtenwert (z.B. Konflikt, Status), Legitimität <u>Angebot Gewerkschaft</u> : Nachrichten <u>Nachfrage Gewerkschaft</u> : Aufmerksamkeit, Unterstützung durch öffentliche Meinung <u>Nachfrage zivilgesellschaftliche Akteure</u> : Sichtbarkeit + Legitimität für ihre Mitglieder und die Gesellschaft, ggf. Fortbestand <u>Angebot Gewerkschaft</u> : Organisationsmacht (Mobilisierungspotential), Diskursmacht (Legitimität), Solidarität <u>Nachfrage Gewerkschaft</u> : Mobilisierungs- und Legitimitätsressourcen gesellschaftlicher Akteure	Gemeinwohl + Organisationsmacht / Mobilisierungspotential (ggf. auch: Kooperationsmacht fördert Diskursmacht) Gemeinwohl + Organisationsmacht / Mobilisierungspotential (ggf. auch: Diskursmacht fördert Kooperationsmacht)
Staat	Institutionelle Macht	Institutionelle Gelegenheitsstruktur + Akteurskonstellation	Einflusslogik <u>Nachfrage Politik</u> : Politische/technische Information <u>Angebot Gewerkschaft</u> : Politische/technische Information <u>Nachfrage Gewerkschaft</u> : Zugang	Politische Information = Organisations- + Diskurs- + Kooperationsmacht

Tabelle 1: Theoretische Synthese aus Gewerkschaftsforschung, Protest- und Bewegungsforschung, Interessengruppenforschung.

Die Gewerkschaftsforschung befasst sich in der Revitalisierungsliteratur mit den Voraussetzungen der strategischen Erneuerung der Gewerkschaften, um die in der Forschungstradition der industriellen Beziehungen vielfach noch vorhandene strukturelle Determinierung gewerkschaftlichen Handelns durch Markt, Arbeitgeber und Staat zu überwinden. Dabei sucht sie erstens den Austausch mit der Protest- und Bewegungsforschung, um den Nutzen von Strategien des *Framing*, der Bündnispolitik oder der Gemeinwohlorientierung für Gewerkschaften auszuloten. Zweitens stellt die neuere Revitalisierungsliteratur auf gewerkschaftliche Machtressourcen und deren Erneuerung ab, die Gewerkschaften in der wirtschaftlichen und politischen Sphäre strategische Optionen der Interessenvertretung eröffnen und den Rückgewinn von Einflussmöglichkeiten erleichtern soll. Machtressourcen bezeichnen – in ihrer ursprünglichen Konzeption – Eigenschaften von Gewerkschaften, die sich auf ihre internen und externen Handlungsmöglichkeiten gründen (Henning 2013). Dabei wird zentral auf die Organisationsmacht als Grundlage der anderen Machtressourcen verwiesen. Diese Konzeption von Machtressourcen impliziert zwar, dass für die Erlangung der Machtressourcen Austauschprozesse stattgefunden haben: So führen erfolgreiche Streikmobilisierungen zur Steigerung von

Organisationsmacht, die wiederum zu institutioneller Macht kondensiert werden kann. Dabei wird aber vernachlässigt, dass die Machtressourcen kontinuierlich reproduziert werden müssen.

Die vorliegende Arbeit argumentiert, dass die Reproduktion der Machtressourcen durch Austauschprozesse der Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern, der Gesellschaft und den Arbeitgebern bzw. dem Staat erfolgt. Daher schlägt die Arbeit vor, Machtressourcen nicht als Eigenschaften der Gewerkschaften, sondern als Eigenschaften des Austauschverhältnisses zwischen Gewerkschaften und ihren Mitgliedern, der Gesellschaft und den Arbeitgebern bzw. dem Staat zu verstehen. In diesem relationalen Ressourcenverständnis bedeuten gewerkschaftliche Machtressourcen das Zusammentreffen des gewerkschaftlichen Angebots mit der Nachfrage der Mitglieder (Organisationsmacht), der Arbeitgeber und der Politik (institutionelle Machtressourcen), der medialen Öffentlichkeit (Diskursmacht) und der Zivilgesellschaft (Kooperationsmacht). Dieses relationale Verständnis von Ressourcen ist der Interessengruppenforschung entlehnt, die sich daher als Ergänzung des Machtressourcenansatzes anbietet, um die Perspektive des gewerkschaftlichen Handelns bzw. Angebots um die Nachfrage der Tauschpartner in den Austauschbeziehungen der Einfluss-, Mitgliedschafts- und Reputationslogik und um die strategische Einstellung der Gewerkschaften auf diese Nachfrage einzubeziehen.

In ihrer Behandlung von Interessengruppenstrategien als von Gruppentyp, Tauschressourcentyp und Gruppenziel abhängige Variablen vernachlässigt die Interessengruppenforschung aber die Strukturen, die den strategischen Austausch beeinflussen. Hier kann wiederum das Konzept der Gelegenheitsstrukturen nutzbar gemacht werden: Institutionelle und diskursive Gelegenheitsstrukturen bezeichnen in der Austauschperspektive die Nachfrage des politischen Systems bzw. der medialen Öffentlichkeit. Gelegenheitsstrukturen müssen von Akteuren als solche erkannt werden, um mit ihrem strategischen Handeln darauf zu reagieren. Insiderstrategien erfordern offene institutionelle Gelegenheitsstrukturen oder zumindest eine vorteilhafte Akteurskonstellation innerhalb des politischen Systems. Während offene diskursive Gelegenheitsstrukturen einen Ansatzpunkt für Outsiderstrategien der Informationspolitik bieten, können Proteststrategien diskursive Gelegenheitsstrukturen schaffen, indem sie öffentliche Aufmerksamkeit für ein Anliegen generieren. Strategisches Handeln bedeutet dann, das gewerkschaftliche Angebot an den Nachfragestrukturen der Tauschpartner auszurichten bzw. auf diese Nachfragestrukturen einzuwirken durch die Schaffung bzw. Stärkung relevanter gewerkschaftlicher Tauschressourcen. Dadurch, dass Gewerkschaften sich an Nachfragestrukturen orientieren, werden sie aber nicht erneut strukturell determiniert: Ihr durch *Framing* von Problemen und Lösungen in internen Prozessen herausgearbeitetes und nach außen kommuniziertes Angebot kann nicht nur in ihrer Mitgliedschaft, sondern auch in ihrer Umwelt eine Nachfrage bzw. Gelegenheitsstrukturen schaffen.

4. Methode und Daten

4.1 Einordnung des Beitrags der Studie und der Fallauswahl

Die vorliegende Untersuchung ist eine Fallstudie zur politischen Mobilisierung der Gewerkschaft ver.di in der Eurokrise. Sozialwissenschaftlichen Fallstudien wurde als Antwort auf die von Gary King, Robert O. Keohane und Sidney Verba formulierte, quantitativ fundierte methodologische Kritik an ihnen in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt wissenschaftstheoretische Aufmerksamkeit zuteil (King et al. 1994; z.B. Blatter/Haverland 2012; Brady/Collier 2010; George/Bennett 2005; Gerring 2004; 2017). Goertz und Mahoney (2012: 41 ff.) stellen als regelmäßigen Unterschied zwischen quantitativen und qualitativen Studien heraus, dass quantitative Designs darauf zielen, die „effects of causes“ zu beziffern, während qualitative Analysen den „causes of effects“ nachgehen. Letzteres trifft auf die vorliegende Arbeit zu: Die Überlegungen starteten vom „effect“ oder „outcome“, dass gewerkschaftliche bzw. gesellschaftliche Opposition gegen die von der Bundesregierung vorangetriebene europäische Austerität und Konditionalität der EU-Krisenpolitik kaum wahrnehmbar und letztlich erfolglos war. Dies wirft nicht nur die Frage auf, was ver.di getan hat, sondern insbesondere, was ver.di versäumt haben könnte, um Gelegenheiten für potentiellen politischen Einfluss zu schaffen.

Diese Frage wiederum bildet den Ausgangspunkt der im vorangegangenen Kapitel geleisteten Ausarbeitung eines theoretischen Rahmens, warum und wie ver.di mobilisieren sollte. Dafür wurden Theoriebausteine aus der Forschung zu Gewerkschaften, Interessengruppen und Protestbewegungen zusammengeführt und erläutert, wie sich diese Theorien für die Erklärung des Falls wechselseitig ergänzen können. Dieser theoriegenerierende und -testende Ansatz folgt in der Fallstudien-Typologie von Joachim Blatter und Markus Haverland am ehesten der „congruence analysis“, die Theorielücken adressiert, Theorien entweder gegenüberstellt oder wie in diesem Fall kombiniert und mit dem empirischen Interesse an einem spezifischen politischen Ereignis verbindet (Blatter/Haverland 2012: Kapitel 4). Die erarbeitete Theorie der Generierung von Machtressourcen – für die identifizierte Forschungslücke der europapolitischen Interessenbildung von Gewerkschaften – in Austauschbeziehungen und der Schaffung von politischen Gelegenheiten dadurch wäre für den Fall ver.di falsifiziert, wenn ver.di Nachfrage in ihrer Mitgliedschaft generieren könnte, ohne dadurch in der Folge in der Öffentlichkeit politische Gelegenheiten zu schaffen. Die Arbeit zielt damit auf eine deskriptive Inferenz einer Kovarianz der Verstärkung von ver.dis (nachfrageorientierter) Mitglieder mobilisierung, einem so erzeugten Mitgliederinteresse bzw. Mobilisierungspotential und einer darauf gründenden Nachfrage der Öffentlichkeit nach ver.dis Interessenvertretungsangeboten.

Ein an Fallstudien gestellter Anspruch ist, dass die Fallstudie als „intensive study of a single unit“ zum Verständnis einer größeren Gruppe ähnlicher Fälle beitragen soll (Gerring 2004: 342). Ein Fall kann definiert werden als „instance of a class of events“ (George/Bennett 2005: 17). Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der Eurokrise kann daher als

Fall politischer Mobilisierung von Gewerkschaften bzw. der gewerkschaftlichen Interessenvertretung gegenüber EU-*policies* im Kontext der Politisierung der europäischen Integration gesehen werden. Dabei steht ver.di als „formal unit of analysis“ im Zentrum der Untersuchung, daneben wird Bezug auf die IG Metall und den DGB als „informal units“ genommen. Für ver.di wird außerdem ein („within-unit“) Vergleich mit anderen (tarif)politischen Mobilisierungen während des Untersuchungszeitraums gezogen (Gerring 2004: 343 f.). Diese Vergleiche sollen die Validität der Ergebnisse zu ver.dis politischer Aktivität in der Eurokrise erhöhen und die Plausibilität der beobachtbaren Implikationen an anderen Mobilisierungsepisoden prüfen. Angesichts des oben beschriebenen Forschungsstands zur politischen Mobilisierung der europäischen Gewerkschaften in der Eurokrise und zur Ausgangssituation in Deutschland stellt die Eurokrise einen harten und außergewöhnlichen Test für die Theorie der Generierung von Machtressourcen dar. Auch aus dieser Erwägung heraus wurde entschieden, Teile der beobachtbaren Implikationen an für ver.di potentiell „natürlicheren“ Mobilisierungsepisoden zu testen (s.u.).

Die Untersuchung der Auseinandersetzung ver.dis mit der Eurokrise soll erstens zum Gesamtverständnis des politischen Widerstands der europäischen Gewerkschaften beitragen als spezifisches „Puzzlestück“ einer multikausalen Erklärung des Scheiterns einer gemeinsamen Mobilisierung der europäischen Gewerkschaften: Aufgrund ihrer schieren Größe und ihrer privilegierten nationalen politischen Position bilden deutsche Gewerkschaften einen Orientierungspunkt für andere Gewerkschaften in Europa (Visser 2007: 115). In den transnationalen Netzwerken sektoraler gewerkschaftlicher Kooperation in Europa sind deutsche Gewerkschaften die zentralen Akteure und die Broker zwischen regionalen Clustern (Larsson/Törnberg 2019). Halten sich deutsche Gewerkschaften in ihrer Mobilisierung zurück, beeinträchtigt das eine koordinierte europäische Gewerkschaftskampagne empfindlich (Dribbusch 2015: 181).

Zweitens hat ver.di spezifische Charakteristika, die die Generalisierbarkeit bzw. Inferenzen auf die europäische Gewerkschaftsbewegung erschweren.⁹⁴ Zunächst scheint die Population der vergleichbaren europäischen Gewerkschaften, die europapolitische Positionierung betreiben und ihre Mitglieder dafür aktivieren, von vornherein gering zu sein. Zwar werden sich umgekehrt in der EU auch nicht viele Gewerkschaften finden lassen, die der Kürzung von Löhnen und öffentlichen Dienstleistungen und der Liberalisierung der Arbeitsmärkte indifferent oder gar positiv gegenüberstehen, d.h. die Positionierung der Gewerkschaften variiert wahrscheinlich nicht signifikant. Die europäischen Gewerkschaften unterscheiden sich aber in Größe bzw. Ressourcen, politischer Ausrichtung, institutioneller Umwelt und Krisenbetroffenheit. Eine im Vergleich zu ver.di geringere Organisationsgröße mag dabei einen Ressourcennachteil bedeuten, vielleicht aber auch einen Vorteil an Identifikation bzw. Geschlossenheit und leichter Mobilisierbarkeit der Mitglieder. Sozialpartnerschaftlich stärker eingebundene nordeuropäische Gewerkschaften

⁹⁴ In der Gewerkschaftsforschung wird seit Langem auf Probleme der Generalisierung hingewiesen, da Gewerkschaften organisatorisch und ideologisch sehr heterogen sind und jeweilige sektorale Prioritäten und institutionelle Rahmenbedingungen einen großen Einfluss auf ihr Handeln haben (z.B. Child et al. 1973: 72 ff.; Ahlquist 2017: 426 f.).

könnten ferner gegenüber politischer Aktivität auf der europäischen Ebene und gegenüber Outsiderstrategien abgeneigt sein (s. [Kapitel 2.3](#)).

Während Seawright und Gerring (2008) an statistischen Merkmalen ausgerichtete Techniken der Fallauswahl empfehlen, plädieren Blatter und Haverland (2012: 176 ff.) für die Auswahl von „crucial cases“ je nach dem Verhältnis eines Falls zu bestehender und neu entwickelter Theorie („most-likely“/„least-likely“). Die Ausrichtung am dargestellten Forschungsinteresse zur Eurokrise und das darauf beruhende Vorgehen entziehen sich diesen Techniken bzw. einer solchen Fallcharakterisierung. Allerdings wird argumentiert, dass ver.di im Kontext der Eurokrise einen „substantively important case“ darstellt (Goertz/Mahoney 2012: 184 f.): Erste Recherchen ergaben, dass ver.di als Einzelgewerkschaft ein „Europamanifest“ erarbeitete und Vorschläge zur EU-Krisenpolitik in Form des „Marshallplans für Südeuropa“ veröffentlichte (s. [Kapitel 5.2](#)). Dies sind Aktivitäten, die erstens üblicherweise von einem Gewerkschaftsbund zu erwarten sind, dem die politische Vertretung seiner Mitgliedsgewerkschaften anvertraut ist. Zweitens stellen sie – trotz aller vorgebrachten Kritik an der EU – in ihrer positiven politischen Auseinandersetzung mit der europäischen Integration eine andere, untersuchungswürdige Ausprägung der europapolitischen Befassung dar als die bloße gewerkschaftliche Ablehnung von EU-*policies* aufgrund ökonomischer Interessen, die in der Forschung ausführlich behandelt wurde (z.B. Leiren/Parks 2014; Meardi 2012; Seeliger/Wagner 2018). Darüber hinaus hat ver.di – anders als ein Gewerkschaftsbund – die Möglichkeit, direkte Interessenbildung und Mobilisierung einfacher Gewerkschaftsmitglieder zu unternehmen. Hier tut sich eine Forschungsgelegenheit auf: Wie verbindet ver.di diese Artikulation europapolitischer Interessen mit europapolitischer Interessenbildung und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder?

Im wirtschaftlichen Kontext der Eurokrise sind ver.dis Rahmenbedingungen für eine Interessenbildung und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder vergleichsweise günstig, da ver.di-Mitglieder nicht direkt von den Folgen der Eurokrise betroffen waren, mittelfristige Folgen für ihre Interessen aber zu erwarten waren. Verglichen mit Beschäftigten in der Exportindustrie stehen ver.di-Mitglieder weniger in Wettbewerbsverhältnissen zu Beschäftigten in anderen EU-Staaten. Vielmehr decken sich die sektoralen Interessen der im öffentlichen Dienst beschäftigten ver.di-Mitglieder in der Ablehnung staatlicher Kürzungspolitik potentiell mit den Interessen der Beschäftigten in den Programmstaaten. Außerdem ist ver.di aufgrund ihrer hohen Mitgliederzahl vergleichsweise ressourcenstark und gegenüber außerinstitutioneller politischer Aktivität aufgeschlossener als andere, stärker sozialpartnerschaftlich fokussierte DGB-Gewerkschaften.⁹⁵ Gleichzeitig bildet die EU-Krisenpolitik als Bestätigung ihrer schlimmsten neoliberalen Befürchtungen für ver.di einen Kontext erhöhter Dringlichkeit europapolitischer Handlungsfähigkeit.

⁹⁵ Vgl. Fehrmann, Eberhard (2015): Auf der Suche nach der verlorenen Einheit. Hintergründe der Lagerbildung im DGB. *Sozialismus*, 42 (9), S. 51.

4.2 Methode und Daten

Die vorliegende Arbeit konzipiert gewerkschaftliche Organisations-, Diskurs- und Kooperationsmacht als Ergebnis der Austauschbeziehungen zwischen Gewerkschaften und ihren Mitgliedern, der medialen Öffentlichkeit und anderen gesellschaftlichen Akteuren. Dafür wird zunächst die Angebotsseite von ver.di entlang der beobachtbaren Implikationen untersucht, dann die Nachfrage von Mitgliedern, Medien und zivilgesellschaftlichen Akteuren nach diesen Angeboten. Dies geschieht über eine Inhaltsanalyse von Gewerkschaftsdokumenten und Medienartikeln, die zunächst in den Zusammenhang von Studien zu *Framing* und der Diskursanalyse gesetzt wird, bevor ihre Vorgehensweise und die ihr zugrundeliegenden Daten vorgestellt werden.

Der *Framing*-Begriff der vorliegenden Arbeit fußt in seiner Konzeption zum einen auf der Stoßrichtung der Protest- und Bewegungsforschung, die für den Zusammenhang von Sprache und Identitätsbildung bzw. Mobilisierung auf das *Framing*-Konzept zurückgreift bzw. es weiterentwickelt (Snow 2004). Die gewerkschaftliche Bedeutungskonstruktion und Identitätsbildung steht darüber hinaus im vorliegenden Fall in Auseinandersetzung mit dem politischen und medialen Diskurs zur Eurokrise. Für beide Ebenen kann sich eine Verortung in der Diskursanalyse anbieten: Während die „genealogisch-kritisch“ genannte Richtung der Diskursanalyse den Eurokrisen-Diskurs etwa als „hegemonialen“ Diskurs der Austerität oder der Wettbewerbsfähigkeit untersuchen könnte (Blyth 2013; Rosamond 2002; s. grundlegend zu diskurstheoretischer Auseinandersetzung mit europäischer Integration Diez 1999), nähme ein „analytisch-pragmatischer Diskursbegriff“ etwa den Ideenaustausch in einem Politikfeld oder in politischen Organisationen in den Blick (Heindl 2015a: 260 f.; s. Helbling et al. 2010 als Beispiel für das Europa-*Framing* politischer Organisationen). Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich in erster Linie mit dem innerorganisatorischen Diskurs als Form der kontinuierlichen Verständigung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten (de Wilde 2013), nimmt für die Nachfrageseite der Diskurs- und Kooperationsmacht aber darüber hinaus auch den weiteren Kontext des deutschen und europäischen Krisendiskurses in den Blick (s. [Kapitel 2.2](#)).⁹⁶

Framing soll in der Konzeption der vorliegenden Arbeit sowohl gewerkschaftsintern die Bildung von Organisationsmacht anstoßen als auch – ggf. von instrumentellen Interessen in Richtung Gemeinwohl abgewandelt – extern Grundlagen von Diskurs- und Kooperationsmacht schaffen. *Framing* als strategisches Handeln ist dabei die gezielte Verwendung von Sprache vor dem Hintergrund eines politischen Wettbewerbs von Ideen (Wueest/Fossati 2015: 713; Béland 2009). Das Verstehen und Interpretieren von Bedeutung ist wiederum zentraler Gegenstand der (qualitativen) Inhaltsanalyse (Mayring 2015; Schreier 2012; Heindl 2015b). Die im Folgenden dargestellte Inhaltsanalyse hat qualitative und deskriptive quantitative Elemente – eine Verbindung, die trotz der wechselseitigen methodologischen Beharkung von quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse

⁹⁶ Herausgearbeitete gewerkschaftliche Diskurs- und Kooperationsmacht ließe sich in der Folge auch mit diskursanalytisch inspirierten Ansätzen der Politikfeldanalyse wie nach „beliefs“ strukturierten „advocacy coalitions“ (Sabatier 1987) oder „discourse networks“ (Leifeld 2013) weiterführend untersuchen.

durchaus üblich ist (Schreier 2012: Kapitel 1; Heindl 2015b: 303). Während ver.di's *Framing*-Angebote auf ihre manifesten Inhalte hin eher quantitativ untersucht werden (Gewichtung von Themen, relative Häufigkeit von *Frames*, Index Mobilisierungsintensität, s.u.), wird die Nachfrage danach unter Mitgliedern, Medien und Zivilgesellschaft aus einer qualitativen Dokumentenanalyse rekonstruiert. Die Präsentation der Nachfrageseite folgt damit einem ideographischen Ansatz, die Menge gesichteter Dokumente zu einem analytischen Narrativ zu kondensieren.

4.2.1 Ver.di's *Framing*-Angebote

Organisationsmacht: Angebot an die Mitglieder

Ver.di's Interessenbildungsangebot an ihre Mitglieder mit dem Ziel der Stärkung der Organisationsmacht wird anhand von Artikeln in der Mitgliederzeitung *PUBLIK* untersucht. *PUBLIK* wird an alle ver.di-Mitglieder versandt und erreicht damit eine Auflage von rund 1,8 Millionen Exemplaren. Gewerkschaftszeitungen haben den Anspruch einer gewerkschaftlichen Gegenöffentlichkeit: Sie informieren über gewerkschaftliche, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen (Informationsfunktion) und ordnen diese für die Leser in Kommentaren ein (Orientierungsfunktion), zielen auf organisatorische Geschlossenheit (Integrationsfunktion), geben dabei aber Standpunkten der Mitgliedschaft ein Forum (Diskussionsfunktion) und bieten schließlich gemischte kulturelle Inhalte (Unterhaltungsfunktion) (Prott 1991).⁹⁷ Im Untersuchungszeitraum von 2008 bis 2017 setzt sich *PUBLIK* aus einem nationalen Mantel und einer spezifische Bezirksseite für die Mitglieder, die in dem jeweiligen Gewerkschaftsbezirk wohnhaft sind, zusammen. Der Mantel ist thematisch in zeitungstypische Ressorts gegliedert: „Inside“ (Editorial der Chefredakteurin und Organisationsnachrichten bzw. -rubriken wie aktuelle Diskussionsmöglichkeiten im „Mitgliedernetz“), „Politik“, „Gewerkschaft“, „Reportage/Brennpunkt“, „International“, „Meinung“ und „Aus den Bezirken“. Die Seite „Aus den Bezirken“ übernimmt einzelne Artikel der – ansonsten jeweils nur für die regionalen Mitglieder verfügbaren – Bezirksseiten in den nationalen Mantel. Daneben gibt es im Mantel einen Kulturteil, Beilagen der Fachbereiche und anlassbezogene Sonderbeilagen. Bis einschließlich 2011 wurden neun Ausgaben pro Jahr produziert, seither acht.

Eine von ver.di in Auftrag gegebene Leserumfrage kam 2013 zu dem Ergebnis, dass 81 Prozent der Leser „Kernleser“ sind, indem sie sechs bis sieben (neun Prozent) oder alle acht (72 Prozent) jährlichen *PUBLIK*-Ausgaben lesen. „Gelegentliche Leser“ lesen drei bis fünf (15 Prozent) oder ein bis zwei (vier Prozent) Ausgaben. Die Umfrage gibt die Erwartung der Leserschaft wieder, dass *PUBLIK* eine gewerkschaftliche Gegenöffentlichkeit schaffen und den Mitgliedern im beruflichen und betrieblichen Alltag nutzen soll, indem tarifpolitische, arbeitsrechtliche und andere Servicethemen hervorgehoben behandelt

⁹⁷ Vgl. *PUBLIK*, 3/2011, Spezial: Gegenöffentlichkeit schaffen.

werden sollen.⁹⁸ Dieses Umfrageergebnis korrespondiert mit der Erwartung der vorliegenden Arbeit, dass ver.di Informationsangebote instrumentelle Interessen der Mitglieder ansprechen müssen.

PUBLIK wurde als Datengrundlage gewählt, weil die Mitgliederzeitung als günstigstes Kommunikationsmittel der Bundesebene betrachtet werden kann, potentiell alle Mitglieder zu erreichen: *PUBLIK* wird von einer beim ver.di-Bundesvorstand angesiedelten Redaktion betreut, insbesondere Titel- und Meinungsseite bieten für Gewerkschaftsfunktionäre die Möglichkeit, sich direkt an die Mitglieder zu wenden. Alle Ausgaben von *PUBLIK* sind online verfügbar, wodurch alle relevanten Artikel einfach und vollständig gesampelt werden können.⁹⁹ Für die Interessenbildung der Mitglieder spielt außerdem die lokale Betriebs- bzw. Gewerkschaftsebene eine wichtige Rolle. Auf Versammlungen oder Veranstaltungen kommen das Interessenvertretungsangebot von ver.di und die Nachfrage der Mitglieder interaktiv zusammen, was einen stärkeren Einfluss auf die Interessenbildung verspricht (Klandermans/Goslinga 1996: 327). Es war im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, die Anzahl und Inhalte solcher Veranstaltungen über zehn Landesbezirke, 85 Bezirke sowie Betriebsgruppen und Ortsvereine systematisch und repräsentativ nachzuvollziehen.

Gewichtung

Die Analyse von *PUBLIK* umfasst alle Ausgaben zwischen 2008 und 2017 und damit ein Jahrzehnt der politischen Berichterstattung in *PUBLIK*. Dieser Untersuchungszeitraum wurde gewählt, um die Gewichtung der Eurokrise in Verhältnis setzen zu können zur von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägten Phase davor (2008 und 2009) und der von geplanten europäischen Freihandelsabkommen und der Flüchtlingspolitik gekennzeichneten Phase danach (Europawahl 2014 bis Ende 2017). Der Zeitungs Aufbau bietet die Möglichkeit, die thematische Prioritätensetzung systematisch zu erfassen, indem Artikel danach gewichtet werden, wo sie platziert werden, welche Länge sie haben und ob sie Bericht oder Meinung darstellen (s. Tabelle 2). Durch die Gewichtung entsteht ein feineres Bild der Themenkonjunktur im Zeitverlauf, das nicht nur die Anzahl der Artikel, sondern ihre Platzierung widerspiegelt. Die Platzierung ist Indiz dafür, wie wichtig eine politische Entwicklung für ver.di ist – eine Titelseite oder ein Meinungsbeitrag signalisieren größere Bedeutung als eine leicht übersehbare Kurzmeldung – und wie sichtbar ver.dis Position zu dieser Entwicklung für die Mitglieder ist. Da eine solche Gewichtung des Themas Eurokrise in *PUBLIK* für sich genommen wenig aussagekräftig ist, wurden darüber hinaus alle Artikel im nationalen Mantel, die sich mit europäischer Integration befassten, sowie alle Artikel über die Finanzkrise, den Mindestlohn in Deutschland und Tarifrunden des öffentlichen Diensts und der Post 2012 bzw. 2015 gewichtet.

⁹⁸ Vgl. *PUBLIK*, 4/2013, Inside: ver.di *PUBLIK* punktet.

⁹⁹ Vgl. <https://publik.verdi.de> [30.07.2021].

Tabelle 2. **Gewichtung der PUBLIK-Artikel**

<u>Artikeltyp</u>	<u>Gewichtung</u>
Titelseite Mantel	6
Brennpunkt / Meinung	4
Bericht	3
Kurzmeldung	1
Sonderbeilage (als Ganze = 1 Artikel)	12

Tabelle 2: Gewichtung der Artikel im nationalen Mantel von *PUBLIK*. Im Sample befinden eine Sonderausgabe zur Finanzkrise für die Mobilisierung zu einem „European Action Day“ 2009 und eine Sonderbeilage zur Europawahl 2014. Die Entscheidung, diese als einen Artikel mit dem doppelten Gewicht einer Titelseite zu behandeln, beruht darauf, dass die Anzahl der Artikel einer Sonderbeilage bzw. -ausgabe die Ergebnisse der Themengewichtung stark verzerren würde, würden diese Artikel einzeln gewichtet. In der späteren Analyse werden allgemeine Europaberichterstattung und die Sonderbeilage zur Europawahl separat behandelt.

Die Gewichtung von Finanzkrise und Mindestlohn in Deutschland dient als Vergleichsbasis für die Gewichtung der Eurokrise bzw. europapolitischer Themen. Die Finanzkrise war für ver.di ein einschneidendes wirtschaftliches und politisches Ereignis, ging der Eurokrise unmittelbar voraus und stellte in Gewerkschaftssicht eine der zentralen Ursachen der Eurokrise dar. Auf der Analyseebene der „collective action frames“ erlaubt die Finanzkrise außerdem weitergehende Vergleiche der krisenbezogenen Interessenbildung und Mobilisierung zwischen Eurokrise und Finanzkrise (s.u.). Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland war ein zentrales politisches Projekt ver.dis und gilt als einer ihrer größten politischen Erfolge. Die Gewichtung von Finanzkrise und Mindestlohn bildet daher einen Referenzrahmen herausragender politischer Ereignisse für das Gewicht, das *PUBLIK* der Eurokrise und folgenden europapolitischen Entwicklungen beimisst. Die Gewichtung der Tarifrunden 2012 im öffentlichen Dienst und 2015 bei der Post und im öffentlichen Dienst als besonders intensive Tarifkonflikte bietet einen Bezugspunkt für den Vergleich der Gewichtung politischer und wirtschaftlicher Interessen in *PUBLIK*.¹⁰⁰

¹⁰⁰ In der Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Diensts (Bund und Kommunen) 2012 kam es zu zwei Warnstreiks mit 130.000 bzw. 215.000 Beteiligten, vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2012): Tarifrunde 2012 Öffentlicher Dienst. In der Tarifauseinandersetzung für die Sozial- und Erziehungsdienste der Gemeinden 2015 streikten in der ersten Phase 150.000 Beschäftigte, 30.000 demonstrierten in Hamburg und Frankfurt, vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2015): Tarifrunde 2015 Sozial- und Erziehungsdienste. In der Tarifrunde der Deutschen Post 2015 gingen 32.500 Beschäftigte in einen Dauerstreik, vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2015): Tarifrunde 2015 Deutsche Post AG.

Im Zuge ihrer Erhebung wurden die Artikel wie folgt thematisch untergliedert, was nicht nur ihrer Gewichtung, sondern vor allem dem folgenden Vergleich der „collective action frames“ dient: Europapolitische Themen sind

- die Eurokrise allgemein,
- Länderberichte zur Situation in Euro-Staaten,
- Europapolitik bzw. Europäische Union allgemein,
- Freihandelsabkommen der EU mit den Vereinigten Staaten (Transatlantic Trade and Investment Partnership [TTIP]) und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement [CETA]),
- die von ver.di mit initiierte Europäische Bürgerinitiative „right2water“.

Die Artikel zur Finanzkrise wurden in folgende thematische Schwerpunkte unterteilt, um einen Vergleich zur Eurokrise hinsichtlich der Europäisierung bzw. Internationalisierung von ver.di's politischer Reaktion und der Mobilisierung der ver.di-Mitglieder zu ermöglichen:

- politische Reaktion auf nationaler Ebene,
- politische Reaktion auf europäischer Ebene,
- politische Reaktion auf internationaler Ebene,
- Länderberichte zur Finanzkrise,
- gewerkschaftliche Kampagnen in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Für die Auswahl der Artikel zum nationalen Mindestlohn in Deutschland wurde zwischen den Hauptbezügen auf die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns und auf die Festlegung branchenbezogener Mindestlöhne unterschieden. Nur die Artikel zur Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns wurden berücksichtigt bzw. gewichtet.¹⁰¹ Um die Europäisierung dieses Themas zu messen, wurden außerdem Artikel gewichtet, die sich mit der Festlegung europäischer Mindestlohnstandards beschäftigen.

Zu jedem Thema wurde eine Vollerhebung aller in *PUBLIK* erschienen relevanten Artikel durchgeführt. Relevante Artikel wurden aufgrund ihres thematischen Schwerpunkts identifiziert: Geht es in einem Artikel in der Hauptsache um einen Bundeskongress und wird Europa nur am Rande erwähnt, wurde der Artikel nicht als europapolitische Berichtserstattung ausgewählt. Gleiches gilt etwa für ein Interview, in dem zwar eine Frage zu Europapolitik gestellt wird, das Interview in der Hauptsache aber ein anderes Thema behandelt. Das Ziel der Gewichtung war, die Bedeutung eines Themas im Zeitverlauf zu messen. Um sicherzustellen, dass die Gewichtung nur Artikel umfasst, die potentiell alle Mitglieder erreichen, wurden nur Artikel aus dem nationalen Mantel gewichtet. Zusätzlich wurden aber diejenigen Artikel der Regionalseiten gewichtet, die auf die Seite „Aus den Bezirken“ im nationalen Mantel übernommen wurden. Insgesamt wurden so aus den

¹⁰¹ Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die schließlich über das Mindestlohngesetz erfolgte, war ein politisches Projekt von ver.di. Die Ausdehnung tariflicher Mindestlöhne in einer Branche auf alle Arbeitnehmer der Branche war schon zuvor auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes möglich und stellt ein sektorales wirtschaftliches Interesse von ver.di dar.

nationalen Mänteln der zwischen 2008 und 2017 erschienenen 84 *PUBLIK*-Ausgaben 460 Artikel gewichtet (s. Tabelle 3).

Bis einschließlich 2011 wurden neun *PUBLIK*-Ausgaben pro Jahr publiziert, seither werden jährlich acht Ausgaben veröffentlicht. Um die Jahrgänge untereinander vergleichbar zu machen, wurden die jeweiligen Gewichtungen eines Themas in den einzelnen Ausgaben eines Jahrgangs zu einem Jahresgewicht addiert und die Themengewichtung der Jahrgänge normalisiert, indem das Jahresgewicht durch die Anzahl der Ausgaben des betreffenden Jahrgangs geteilt wurde.

Tabelle 3. **Gewichtete *PUBLIK*-Artikel**

<u>Thema</u>	<u>N</u>	<u>Titel</u>	<u>Meinung</u>	<u>Bericht</u>	<u>Meldung</u>	<u>Beilage</u>
Eurokrise allgemein	54	4	22	11	17	-
Eurokrise Länder	55	1	4	29	21	-
EU-Politik allgemein	55	2	4	23	25	1
EU Freihandel	37	4	9	13	11	-
Europäische Bürgerinitiative	12	1	-	7	4	-
Finanzkrise national	61	5	17	25	14	-
Finanzkrise EU	8	1	2	1	3	1
Finanzkrise international	12	1	1	5	5	-
Finanzkrise Länder	19	-	-	11	8	-
Finanzkrise Gewerkschaftskampagnen	29	8	4	10	7	-
Mindestlohn national	85	10	14	38	23	-
Mindestlohn EU	5	-	-	-	5	-
Tarifkonflikt ÖD 2012	8	1	2	5	-	-
Tarifkonflikt ÖD 2015	11	2	3	4	2	-
Tarifkonflikt Post 2015	9	1	1	7	-	-
	460	41	83	189	145	2

Tabelle 3: Anzahl gewichteter *PUBLIK*-Artikel im nationalen Mantel nach Themen und Typen.

Über die Spanne der 84 Ausgaben zwischen 2008 und 2017 enthält das Sample 37 Titelseiten zu politischen Themen (und vier zu Tarifkonflikten) und bildet damit den Großteil der politischen Schwerpunktsetzung in diesem Zeitraum ab.

Codierung

Im Anschluss an Auswahl und Gewichtung der Artikel wurde ein Kategoriensystem zur Operationalisierung der beobachtbaren Implikationen für die Inhaltsanalyse entwickelt (Heindl 2015b: 312), um „collective action frames“ entlang der theoretischen Unterscheidung zwischen diagnostischer, prognostischer und motivierender *Framing*-Ebene zu codieren.¹⁰² Theoriegeleitet unterscheidet die vorliegende Arbeit zwei Kategorien diagnostischen *Framings*: Diagnostische *Frames*, die die instrumentellen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder aufgreifen, und solche, die politische und soziale Interessen betonen, die über die unmittelbaren instrumentellen Interessen der Mitglieder hinausgehen, i.e. Gemeinwohlinteressen, die gegenüber Medien, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft anschlussfähig sind. Zu den instrumentellen Interessen werden zum Beispiel die Dimensionen bzw. *Frames* Löhne, Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte gezählt (Waddington 2015), zu den Gemeinwohlinteressen die Dimensionen bzw. *Frames* Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Analog zu diesen Kategorien wurden prognostische *Frames* unterteilt in solche, die für die in den diagnostischen *Frames* berührten instrumentellen Interessen eine Lösung anbieten bzw. eine Forderung aufstellen, und solche, die dies für die thematisierten Gemeinwohlinteressen tun. Eine dritte Kategorie prognostischen *Framings* bilden schließlich *Frames*, die die Notwendigkeit solidarischen Handelns herausstellen. Solidarität wurde nicht unter die Kategorie der Gemeinwohlinteressen gefasst, da Solidarität vielmehr einen inhärenten Grundwert gewerkschaftlicher Organisation darstellt, der sich auf die Grundlagen und die europäische Fortentwicklung gewerkschaftlicher Identität in Richtung einer transnationalen Solidarität der Beschäftigten bezieht – und nicht wie die beiden anderen Kategorien auf das diagnostische *Framing* von (instrumentellen oder gemeinwohlbezogenen) Interessen.

Für die allgemeinen Artikel zur Eurokrise wurden außerdem die diagnostischen *Framing*-Kategorien „Krisenursachen“ und „Folgen der Krisenpolitik“ und eine prognostische *Framing*-Kategorie für ver.dis politische Forderungen vis-à-vis diesen Ursachen und Folgen ergänzt, um ver.dis „counterframing“ gegen die Positionen und die Politik der Bundesregierung zu erfassen. Darüber hinaus wurde auf diagnostischer Ebene die Herstellung von Bezügen zwischen der europäischen Erfahrung mit der Krisenpolitik und der nationalen Erfahrung mit Spar- und Strukturreformpolitik (z.B. Agenda 2010, Schuldenbremse, Niedriglohnsektor, prekäre Beschäftigung) erfasst als Indiz für die Betonung gleicher

¹⁰² Die Studie von Klandermans und Goslinga (1996) ist die einzige dem Verfasser bekannte Forschungsarbeit, die die *Frame*-Produktion von Gewerkschaftszeitungen untersucht. Die Autoren zeigen, dass die Inhalte von Gewerkschaftszeitungen Berichterstattungslücken in Zeitungen kompensieren und engagierte Gewerkschaftsmitglieder vom Standpunkt der Gewerkschaft überzeugen und für ihn mobilisieren können, indem sie bei diesen ein Unrechtsbewusstsein fördern.

Interessenlagen europäischer Bevölkerungen bzw. Beschäftigter. Solche diagnostischen Bezüge können auf prognostischer Ebene mit zu verfolgenden instrumentellen Interessen oder der prognostischen Dimension der Ausbildung europäischer Solidarität verbunden werden, auf motivierender Ebene schließlich europapolitische Mobilisierung an die Lebenswelt der Mitglieder rückkoppeln, deren unmittelbare Betroffenheit von der Eurokrise ansonsten nicht immer besonders ausgeprägt gewesen sein mag.

Motivierendes *Framing* fasst die vorliegende Arbeit in drei Kategorien: In die erste Kategorie fallen Aktivitäten der Gewerkschaft („efficacy“; z.B. Demonstration, Unterschriftensammlung – wobei die vorliegende Arbeit bereits die Ankündigung von Widerstand als Aktivität wertet), in die zweite Aufrufe an die Mitglieder zur Beteiligung an diesen Aktivitäten und die dritte umfasst schließlich das Herausstellen einer politischen Gelegenheit, z.B. der Unterstützung einer Gewerkschaftsposition durch politische Akteure oder die Betonung eines bereits erreichten Zwischenerfolgs (s. Tabelle 4).

Tabelle 4. **Kategoriensystem**

<u>Framing-Ebenen</u>	<u>Kategorien</u>
Diagnostisches <i>Framing</i> nur bei Eurokrise:	Instrumentelle Interessen der Mitglieder Gemeinwohlinteressen Krisenursachen Krisenfolgen für die EU und Mitgliedstaaten Bezug deutsche – europäische Krisenerfahrung
Prognostisches <i>Framing</i> nur bei Eurokrise, EU generell, nationalen Kampagnen:	Instrumentelle Interessen der Mitglieder Gemeinwohlinteressen Solidarität
Motivierendes <i>Framing</i>	Gewerkschaftsaktion Aufruf zu Beteiligung Politische Gelegenheit

Tabelle 4: Kategoriensystem.

Die Erfassung der Häufigkeit von *Frames*, i.e. von inhaltlichen Dimensionen der jeweiligen *Framing*-Kategorien, in einem Artikel wurde auf die Analyseeinheit des Artikels bezogen: Entweder kommt ein bestimmter *Frame* in einem Artikel vor oder nicht – wird er mehr als einmal im Artikel genannt, wurde er nur einmal gezählt. Als Kodiereinheit wurden Sinneinheiten gewählt, ein Satz eines *PUBLIK*-Artikels kann also mehrere codierbare *Frames* enthalten (Heindl 2015b: 308). Während das Kategoriensystem deduktiv herausgearbeitet wurde, fand die Codierung der einzelnen *Frames* der Kategorien offen statt, da die konkreten *Frame*-Inhalte nicht theoretisiert wurden. Dies wird in der Literatur als „theoretic sampling“ bezeichnet, i.e. „eine gezielte, theoretisch begründete Auswahl von

inhaltlich relevanten Daten“ (ibid.: 301; Matthes 2009: 351). Somit wurden alle identifizierten *Frames* codiert und ihre relative Häufigkeit nicht innerhalb von Artikeln, aber über die Gesamtzahl der Artikel hinweg erfasst. Zusammen mit der fortlaufenden Nummerierung der *PUBLIK*-Ausgaben werden damit Aussagen über den Zeitverlauf des *Framings* ermöglicht.

Von den 460 gewichteten Artikeln wurden die *Frames* in 195 Artikeln von Hand codiert: darunter fallen alle allgemeinen Artikel zur Eurokrise (54 Artikel) und zur Europapolitik (54 Artikel und eine als ein Artikel gewertete Sonderbeilage zur Europawahl 2014) sowie alle Artikel zu EU-Freihandelsabkommen (37 Artikel), zur Europäischen Bürgerinitiative „right2water“ (zwölf Artikel), zur Finanzkrise mit EU-Bezug (acht Artikel) und zu den nationalen Kampagnen zur Finanzkrise „Gerecht geht anders“ (15 Artikel) und „Umfairteilen“ (14 Artikel). In weiteren 55 Artikeln zur Eurokrise – den spezifischen Länderberichten – wurden lediglich drei *Framing*-Dimensionen codiert: Solidarität, die Herstellung von Bezügen zwischen der beschriebenen politischen und wirtschaftlichen Situation in den Ländern und den Interessen der ver.di-Mitglieder sowie die Verknüpfung der sozialen Krisenfolgen mit Protestereignissen (s. [Tabelle 5](#)). Diese Entscheidung wurde getroffen, als im Gang der Lektüre und Codierung der Artikel festgestellt wurde, dass die Länderberichte sich ausschließlich mit der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation in den jeweiligen EU-Staaten (in der Regel Programmstaaten) befassen. Während die *PUBLIK*-Berichterstattung zur Eurokrise also insgesamt 109 Artikel umfasst, wird die Interessenbildung und -mobilisierung lediglich in den 54 allgemeinen Artikeln zur Eurokrise untersucht. In den 55 länderspezifischen Artikeln zur Eurokrise wurde das *Framing* von Solidarität codiert, um ein Bild davon zu bekommen, inwieweit ver.di sich für die Belange der Beschäftigten in den Programmstaaten einsetzt und dadurch ggf. zu einer europäischen Gewerkschaftsidentität beiträgt. Diesem Zweck der Betonung der Vergleichbarkeit der Interessen von ver.di-Mitgliedern mit Beschäftigten in den Programmstaaten dient auch der *Frame* der Herstellung von Bezügen zwischen nationaler und europäischer Politik (z.B. Agenda 2010 als Vorbild für die EU-Krisenpolitik). Die Verknüpfung der Berichterstattung über soziale Krisenfolgen mit Protestereignissen wurde codiert als „counterframing“, das Verständnis und Solidarität gegenüber den Bevölkerungen in den Programmstaaten fördern und sich dergestalt gegen Schuldzuweisungen der Boulevardmedien gegenüber den Programmstaaten richten sollte (Bickes et al. 2014). Die Verknüpfung der sozialen Krisenfolgen mit Protestereignissen kann als Indiz für eine Legitimierung der Krisenproteste durch ver.di interpretiert werden. Insgesamt elf Artikel, die sich während der Eurokrise mit (gewerkschafts)politischen Entwicklungen in Großbritannien befassen, wurden nicht als Länderberichte zur Eurokrise gewertet, sondern unter Länderberichte zur Finanzkrise gefasst, da Großbritannien kein Euro-Staat ist und damit weder von der EU-Krisenpolitik direkt betroffen war noch diese in Gänze mittrug.

In einem nächsten Schritt wurde die europapolitische Interessenbildung in allen weiteren Artikeln zur europäischen Integration codiert. In den Untersuchungszeitraum fallen zwei europapolitische Komplexe, die für einen Vergleich mit der Mobilisierung in der Eurokrise herangezogen werden können: die 2012 von ver.di initiierte Europäische

Bürgerinitiative (EBI) „right2water“ („Wasser ist ein Menschenrecht!“) und die ab 2013 in den gewerkschaftlichen und öffentlichen Fokus geratenen Verhandlungen der EU zu Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten (TTIP) und Kanada (CETA). „Right2water“ sammelte europaweit Unterschriften, um den öffentlichen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung in der EU zu einem Grundrecht zu machen und öffentliche Infrastrukturen und Wasserversorgungsunternehmen auszubauen bzw. vor einer weiteren Liberalisierung zu bewahren. Die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen stießen auf massiven gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Widerstand aufgrund ihrer Intransparenz und der verbreiteten Befürchtung, dass soziale und regulatorische Standards unterlaufen werden könnten, indem Investorenschutzrechte über öffentliche Interessen gestellt und mit einer Klagemöglichkeit vor privaten Schiedsgerichten ausgestattet würden. Das *Framing* der Interessen und Mobilisierung zu Eurokrise, EBI und Freihandelsabkommen kann nicht nur untereinander verglichen werden, sondern auch mit dem *Framing* der übrigen europapolitischen Artikel in *PUBLIK* und den Artikeln zur Finanzkrise mit europapolitischen Bezügen.

Tabelle 5. **Codierte PUBLIK-Artikel**

<u>Thema</u>	<u>Artikel Mantel</u>	<u>Artikel regional</u>
Eurokrise allgemein	54	11
Eurokrise Länderberichte	55	-
Europa allgemein	55	22
EU-Freihandelsabkommen	37	15
Europäische Bürgerinitiative „right2water“	12	5
Finanzkrise Gewerkschaftskampagnen		
„Gerecht geht anders“	15	24
„Umfairteilen“	14	11
Finanzkrise EU-Bezug	8	-
	250	88

Tabelle 5: Anzahl der codierten Artikel nach Themen im nationalen Mantel und auf den Regionalseiten. „Europa allgemein“ umfasst neben 54 Artikeln eine Sonderbeilage zur Europawahl 2014.

Desweiteren wurden alle Artikel zu den beiden nationalen Kampagnen „Gerecht geht anders“ (2010) und „Umfairteilen“ (2012/2013) codiert. Die Codierung dieser politischen Aktivitäten im Nachhall der Finanz- und Wirtschaftskrise bildet zum einen eine Vergleichsbasis für die Intensität der teils parallel stattfindenden europapolitischen Mobilisierung. Zum anderen interessiert im Kontext der Europäisierung der politischen

Interessenvertretung und Solidarität, inwieweit ver.di in den nationalen Kampagnen Bezüge herstellte zur Eurokrise und den vergleichbaren Interessenlagen in Deutschland und den Programmstaaten hinsichtlich der wahrgenommenen Ungerechtigkeit der Verteilung der Krisenkosten. In diesem Zusammenhang wurde außerdem für alle Artikel zum gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland codiert, ob Bezüge zur europäischen Ebene bzw. einem europaweiten Mindestlohniveau hergestellt werden, das ver.di forderte und das auf europäischer Gewerkschaftsebene angedacht war, aber dort kontrovers diskutiert wurde (Furaker/Loven Selden 2013).¹⁰³

Schließlich wurden alle Artikel zu Eurokrise, EBI, Freihandel, sonstigen EU-Themen, „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“ aus den Regionalseiten codiert, um die Themenbehandlung und Mobilisierung auf nationaler und regionaler Ebene zu vergleichen. Dies ergänzt die Aussagen zu ver.dis politischer Aktivität vis-à-vis der nationalen und europäischen Ebene durch einen Blick auf die innerorganisatorische Varianz der politischen Aktivitäten der Regionen.

Empirisch wird damit wie folgt umgegangen: Die *Framing* zur Eurokrise wird entlang der beobachtbaren Implikationen dem *Framing* der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung zwischen 2008 und 2017 als „Normalfall“ der Europainformation und -mobilisierung gegenübergestellt. Nach der Analyse zu den beobachtbaren Implikationen folgen zur Einordnung Vergleiche des *Framings* zur Eurokrise mit ausgewählten *Framing*-Ebenen anderer politischer Themenfelder und Kampagnen von ver.di: Als europäische Krise ein Vergleich mit dem EU-Bezug der Berichterstattung über die vorangegangene Finanzkrise und als Mobilisierungsereignis Vergleiche mit dem prognostischen und motivierenden *Framing* zu zwei nationalen und zwei europäischen Kampagnen: „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“ sowie der EBI „right2water“ und dem Widerstand gegen TTIP und CETA. Außerdem wird ein cursorischer Vergleich zwischen der europapolitischen Berichterstattung in *PUBLIK* und in der Mitgliederzeitung der IG Metall, der *metallzeitung*, vorgenommen.

Diskursmacht und Kooperationsmacht: *Framing*-Angebot an die Öffentlichkeit

Ver.dis *Framing*, das sich an die mediale Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Akteure richtet, wird über eine Inhaltsanalyse von ver.dis Pressemitteilungen zur Eurokrise untersucht. Ver.dis Öffentlichkeitsarbeit zur Eurokrise erstreckt sich über den Zeitraum 2010 bis 2015 und insgesamt 23 Pressemitteilungen und einen Presstext im Rahmen einer Pressemappe zu den „Drei-Länder-Wochen“ 2012.¹⁰⁴ Die Pressemitteilungen wurden über eine Textsuche im Online-Archiv der ver.di-Presseabteilung identifiziert.¹⁰⁵ Die verwendeten Suchworte waren: „Finanzkrise“, „Wirtschaftskrise“, „Staatsschuldenkrise“, „Europa“, „Europa Krise“, „EU-Kommission“, „Krisengipfel“ und „Griechenland“. In diesen Pressemitteilungen wurden dieselben *Frame*-Kategorien wie in den allgemeinen *PUBLIK*-

¹⁰³ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2007-2011, S. 98.

¹⁰⁴ Vgl. Ver.di (2012): Pressemappe Drei-Länder-Wochen: Geld ist genug da.

¹⁰⁵ Vgl. <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen> [30.07.2021].

Artikeln zur Eurokrise codiert, außerdem jeweils die Adressaten von Kritik, politischen Forderungen und Zusammenarbeit (Kooperationsmacht).

Abbildung 4. Ver.dis Presseaussendungen zur Eurokrise

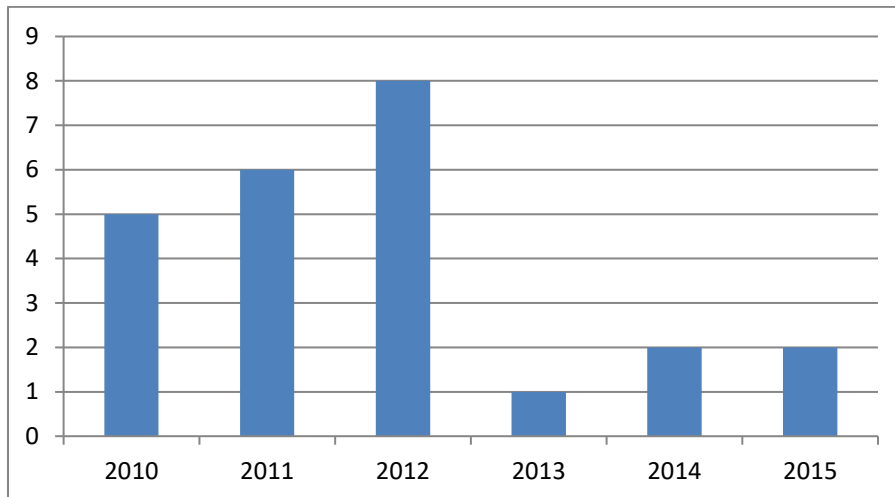


Abbildung 4: Anzahl von ver.di Pressemitteilungen zur Eurokrise.

4.2.2 Nachfrage nach ver.di *Framing*-Angeboten

Die theoretische Bedeutung der Nachfrage von Mitgliedern, Medien und Zivilgesellschaft nach ver.di Interessenvertretungsangeboten wurde im Rahmen der jeweiligen Austauschverhältnisse unterstrichen, ohne beobachtbare Implikationen daraus abzuleiten – da es für eine Nachfrage zunächst einmal ein gewerkschaftliches Angebot geben muss. Zwar kann sich eine Nachfrage etwa nach bestimmten Gerechtigkeitsthemen ihr Angebot schaffen, ein solches Angebot kann ggf. aber auch von anderen politischen Akteuren geleistet werden. Eine abstrakte Nachfrage nach alternativer Krisenpolitik zu untersuchen ist nicht Gegenstand dieser Arbeit. Vielmehr geht es zentral um ver.di einschlägige Angebote, auf deren Grundlage dann die konkrete Nachfrage danach empirisch skizziert wird.

Organisationsmacht: Nachfrage der Mitglieder

Die interne Nachfrage nach ver.di europapolitischer Interessenvertretung wird anhand entsprechender Anträge und Wortmeldungen bzw. Diskussionen dazu auf den ver.di-Bundeskongressen 2011 und 2015 nachvollzogen. Die ausgewählten Anträge umfassen

neben genuinen euroapolitischen Anträgen auch verwandte wirtschaftspolitische Anträge und Anträge zur Strategie der Interessenvertretung. Anträge werden in der Regel nicht durch einzelne Mitglieder, sondern durch funktionale oder territoriale Ebenen in ver.di gestellt, und sind damit weniger ein Indikator für die Nachfrage einfacher Mitglieder als für die Nachfragen ehrenamtlicher oder hauptamtlicher Funktionäre, also des überdurchschnittlich engagierten Teils der Organisation.

Zu den Anträgen und in der allgemeinen Aussprache zum Geschäftsbericht und zu den Grundsatzreden von Funktionären sind Wortmeldungen möglich, ferner können Delegierte Initiativanträge stellen, zu denen zumindest sie selbst Stellung nehmen müssen. Dafür wurden die Antragsverzeichnisse und die Tagungsprotokolle der Bundeskongresse 2011 und 2015 ausgewertet. Zu den verabschiedeten Anträgen fertigt ver.di wiederum Erledigungsvermerke für den folgenden Geschäftsbericht an, der die auf einen Bundeskongress folgenden vier Jahre umfasst. Diese Erledigungsvermerke sind damit ver.dis Reaktion auf die Nachfrage der „Aktivisten“. Hierfür wurden die Erledigungsvermerke der Geschäftsberichte 2011 bis 2014 und 2015 bis 2018 ausgewertet. Die Nachfrage einfacher Mitglieder wird über die Beteiligungsmuster in europapolitischen Diskussionen im politischen Forum des „Mitgliedernetzes“ von ver.di angerissen. Seit 2011 sind im „Mitgliedernetz“ Diskussionen möglich, im Geschäftsbericht für den Zeitraum 2011 bis 2014 bezifferte ver.di die Zahl der im „Mitgliedernetz“ registrierten Mitglieder auf 90.000.¹⁰⁶

Diskursmacht und Kooperationsmacht: Nachfrage von Öffentlichkeit und aktiver Zivilgesellschaft

Die Nachfrage der Öffentlichkeit wurde unterteilt in mediale Nachfrage und öffentliche Meinung zu Eurokrise und Gewerkschaften in Deutschland. Die mediale Nachfrage wurde zunächst aus den Interviews nachvollzogen, die mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske im Zeitraum der Eurokrise geführt wurden. Ver.di stellt auf der Homepage ihrer Presseabteilung eine Liste mit Interviews der ver.di-Vorstände bereit.¹⁰⁷ Für den Zeitraum 2010 bis 2015 sind dort 56 Interviews von Frank Bsirske und 22 Interviews anderer ver.di-Vorstände gelistet und verlinkt. Eine kursorische Durchsicht der 22 Interviews der anderen Vorstände ergab, dass diese Interviews ausschließlich Tarifauseinandersetzungen thematisierten. Von den 56 Interviews mit Frank Bsirske waren 35 verfügbar und 21 nicht mehr abrufbar. Nicht mehr abrufbar waren vor allem Interviews mit regionalen und lokalen Zeitungen, teilweise auch Rundfunkinterviews, die nicht transkribiert oder nicht ins Online-Archiv der jeweiligen Medien übernommen wurden und in der Folge auch über Nexis und Wiso nicht auffindbar waren.

Um das politische Spektrum der deutschen Printmedien abzustecken, wurde außerdem in den (Online-)Archiven der *Süddeutschen Zeitung* (moderat links), der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (moderat konservativ), der *tageszeitung* (links) und der *Welt* (konservativ) sowie *Spiegel Online* als politischem Leitmedium nach Interviews mit Frank Bsirske

¹⁰⁶ Vgl. Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 187.

¹⁰⁷ Vgl. Ver.di (o.J.): Interviews.

gesucht. Diese Suche förderte zusätzlich zu den auf der Liste der Presseabteilung aufgeführten Interviews jeweils zwei Interviews mit der *Süddeutschen Zeitung* und mit *Spiegel Online* sowie jeweils ein Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Welt* und der *tageszeitung* zutage – und damit insgesamt sieben Interviews. Die weiter unten beschriebene Schlagwortsuche resultierte in zwei weiteren Interviews mit Frank Bsirske in Regionalzeitungen, sodass die Gesamtzahl der Interviews mit Frank Bsirske für den maßgeblichen Untersuchungszeitraum zur Eurokrise von 2010 bis 2015 von den 35 bei ver.di gelisteten und verfügbaren um neun Interviews auf insgesamt 44 Interviews stieg.

Für eine qualitative Zusammenfassung der medialen Nachfrage nach ver.di's Positionen und Aktivitäten zur Eurokrise wurden für den Zeitraum von 1.01.2010 bis 31.12.2015 Schlagwortsuchen bei Nexis und in der deutschen Pressedatenbank von Wiso durchgeführt. Da die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung* als wichtigste überregionale Qualitätszeitungen in Deutschland nicht in Nexis und Wiso geführt werden, wurde die Schlagwortsuche in deren Archiven wiederholt. Die Verwendung nicht nur von „ver.di“, sondern auch des „DGB“ als Suchbegriff im Zusammenhang mit dem „Marshallplan“ stellt eine Kontrolle für die Möglichkeit dar, dass die Medienberichterstattung über die politische Interessenvertretung von Gewerkschaften nicht die Einzelgewerkschaften, sondern den DGB als Bezugnahme nachfragt.¹⁰⁸ Schließlich wurde in den genannten Archiven ohne Gewerkschaftsnamen nach Artikeln zur medialen Diskussion um einen „Marshallplan“ während der Eurokrise gesucht.

Für die mediale Nachfrage nach ver.di's Pressemitteilungen zur Eurokrise wurde für die Publikationsdaten der 24 Presseaussendungen bis einschließlich drei Werktagen danach in der deutschen Pressedatenbank von Wiso sowie in den Archiven der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung* eine Schlagwortsuche durchgeführt.¹⁰⁹

Um zivilgesellschaftliche Aktivitäten und ihre mögliche mediale Verbindung mit ver.di zu erfassen, wurde eine weitere Schlagwortsuche in Nexis für den Zeitraum 1.01.2010 bis 31.12.2015 durchgeführt.¹¹⁰ Dieser Zeitraum umfasst auch die Folgen der Finanzkrise in Deutschland und die gesellschaftliche Mobilisierung dazu.

Die Nexis-, Wiso- und Archivsuchen produzierten in überwältigender Mehrzahl Artikel zu sozialpartnerschaftlichen und tarifpolitischen Themen. Aus den Suchergebnissen wurden insgesamt 153 Artikel dahingehend als relevant ausgewählt, dass sie substantielle Berichterstattung zu gewerkschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Positionen oder Aktivitäten zur Eurokrise enthielten und nicht nur Schlagworte wie etwa „Marshallplan“ bzw. dass sie das Verständnis der medialen Diskussion und der gewerkschaftlichen Diskursmacht erhellen. Drei der Artikel erschienen jeweils von den gleichen Autoren in der *Frankfurter Rundschau* und der *Berliner Zeitung*. So verringert sich die Zahl der

¹⁰⁸ Für Nexis, Wiso, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*: Schlagwortsuche nach „ver.di (bzw. verdi) + Euro + Krise“ vom 1.01.2010 bis zum 31.12.2015. Für Wiso außerdem: Schlagwortsuche nach „ver.di (bzw. verdi) + Marshallplan (bzw. Marshall-Plan)“ sowie „DGB + Marshallplan (bzw. Marshall-Plan)“ für den Zeitraum vom 1.01.2011 bis zum 31.12.2014.

¹⁰⁹ Die Schlagwortsuche nach „Ver.di (bzw. verdi) + Euro“ war sehr weit gefasst, um alle in Frage kommenden Artikel zu finden.

¹¹⁰ Schlagwortsuche nach „Occupy OR Blockupy + Krise + Protest“.

einzigartigen Artikel auf 150, gleichwohl ist relevant, dass bestimmte gewerkschaftspolitische Themen damit in beiden Großstadtzeitungen Aufmerksamkeit fanden. Die gefundenen bzw. ausgewählten Artikel stammen neben der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung* als überregionalen Leitmedien aus einem geographisch und politisch weiten Spektrum regionaler und überregionaler Presseprodukte bzw. ihrer Online-Ausgaben. Das Sample enthält alle auffindbaren Artikel zu Gewerkschaftspositionen zur EU-Krisenpolitik (s. Tabelle 6).

Die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland zur EU-Krisenpolitik und zu Gewerkschaften wurde über den Verlauf der Krise über repräsentative Umfragedaten des Politbarometer und des Eurobarometer nachvollzogen. Die Nachfrage zivilgesellschaftlicher Akteure nach ver.di's Positionen und einem Austausch von Mobilisierungsressourcen wurde der einschlägigen Literatur zu Protestbewegungen in der Eurokrise entnommen.

Tabelle 6. **Ausgewählte Presseartikel**

<u>Thema</u>	<u>N</u>
Gewerkschaftlicher „Marshallplan“	11
Mediale Diskussion „Marshallplan“	35
Sonstige gewerkschaftliche Positionen zur Eurokrise	5
Ver.di Bundeskongress 2011	6
Gewerkschaftliche Demonstrationen	21
Gastbeiträge Gewerkschaftsfunktionäre	10
Reaktionen auf Pressemitteilungen	21
Frank Bsirske	5
Gesellschaftlicher Protest	39
	153

Tabelle 6: Anzahl der ausgewählten Presseartikel zur Nachfrage nach gewerkschaftlichen Positionen zur Eurokrise und Protest gegen die Krisenpolitik. Während es sich bei den Artikeln zu Gewerkschaftspositionen um alle auffindbaren Artikel handelt, hätten zur Diskussion um den „Marshallplan“ und zu gesellschaftlichen Protestbewegungen („Occupy“, „Blockupy“) mehr Artikel ausgewählt werden können.

Im Folgenden werden zunächst über Quellen wie Geschäftsberichte, Medienberichte, Mitgliederzeitungen und andere Publikationen die Aktivitäten ver.di, der IG Metall und des DGB in der Finanz- und Eurokrise nachvollzogen. Die Darstellung der IG Metall – als

gemeinsam mit ver.di kritischer Masse im DGB – und des DGB selbst soll Aufschluss darüber geben, inwieweit ver.di sich in ihrer europapolitischen Interessenvertretung auf den Rückhalt zwischengewerkschaftlicher Kooperation verlassen konnte.

5. Ver.di und die deutschen Gewerkschaften in der Eurokrise

5.1 Fallbeschreibung: Die Gewerkschaft ver.di

Die Fusion zu ver.di

Mit der Gründung ver.di im Jahr 2001 fusionierten fünf Gewerkschaften mit insgesamt rund 2,8 Millionen Mitgliedern: die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die Deutsche Postgewerkschaft, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die Industriegewerkschaft Medien und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft. Damit war ver.di kurzzeitig die größte deutsche Gewerkschaft – seither hat ver.di aber mehr Mitglieder verloren als die IG Metall und bildet inzwischen mit knapp zwei Millionen Mitgliedern und einem Rückstand von etwa 300.000 Mitgliedern auf die IG Metall die zweitgrößte Gewerkschaft Deutschlands.¹¹¹ Die ÖTV war die weitaus größte Gründungsgewerkschaft, mit etwa 1,5 Millionen Mitgliedern hatte sie seinerzeit etwa so viele Mitglieder wie die anderen vier Gründungsgewerkschaften zusammen. Neben dem öffentlichen Dienstleistungssektor sind privatisierte Dienstleistungen (Post, Telekom) und private Dienstleistungssektoren Teil des Organisationsbereichs von ver.di (Keller 2005).

Der ver.di-Fusion lagen unterschiedliche Motive der Gewerkschaften zugrunde: Die kleineren Gewerkschaften zielten darauf, ihre durch Mitgliederverluste schwindenden Ressourcen zu bündeln und durch administrative Skalenerträge frei gewordene Ressourcen in die Werbung neuer Mitglieder zu investieren. Konkurrenzbeziehungen in überlappenden Organisationsbereichen sollten beendet werden. Außerdem erhofften sich die Gewerkschaften angesichts struktureller Verschiebungen des Arbeitsmarkts und der sinkenden Tarifbindung, gemeinsam stärker gegenüber Staat und Arbeitgebern auftreten zu können. Die ÖTV wollte ferner ihr Gewicht im DGB erhöhen, der zu dieser Zeit von der IG Metall dominiert wurde (Kahmann 2010: 79 f.). Dieses Ziel wurde zwar angesichts des vereinten Stimmgewichts der Gründungsgewerkschaften im DGB erreicht, der DGB durch ver.di's Gründung aber geschwächt: Die Entscheidungsfindung im DGB ist seither von zwei überproportional großen Mitgliedsgewerkschaften abhängig, die ihrerseits wesentlich weniger auf einen handlungsfähigen DGB und dessen Serviceleistungen angewiesen sind als die kleineren DGB-Gewerkschaften (Keller 2005: 225 ff.). Angesichts von fünf Gründungsgewerkschaften, die zusammen 200 Branchen und 1.000 Berufe organisieren,

¹¹¹ Ver.di veröffentlichte 2021 folgende Kennzahlen zu ihrer Mitgliedschaft: Von den gut 1,94 Millionen Mitgliedern Ende 2020 waren gut 76 Prozent erwerbstätig. Gut 17 Prozent der Mitglieder sind Senioren, knapp unter sechs Prozent Jugendliche (bis 28 Jahre). Der etwa dreimal so hohe Anteil älterer Mitglieder im Vergleich zu jüngeren bestätigt für ver.di den allgemeinen Trend gewerkschaftlicher Nachwuchsprobleme, unter den Mitgliedern sind gut 30.000 Auszubildende (1,6 Prozent). Die Geschlechterverteilung der Mitglieder bricht mit einem größeren Frauenanteil (rund 52,5 Prozent) das Muster männerdominierter Industriegewerkschaften. Vgl. *PUBLIK*, 1/2021, Inside: Mitgliederentwicklung: Bei manchen fehlt nur noch der letzte Schritt.

Ver.di's Organisation ist der Gleichberechtigung verpflichtet und schreibt für Führungspositionen verbindliche Frauenquoten vor (Kirsch/Blaschke 2014). Das Jahr 2004 ist das letzte, für das der Anteil von Angestellten, Arbeitern und Beamten an der Mitgliedschaft angegeben wurde. Seinerzeit waren rund 44 Prozent der Mitglieder Angestellte, rund 23 Prozent Arbeiter und rund fünf Prozent Beamte, vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.): Mitgliederzahlen 2004.

Mit ihrem höheren Frauen- und Angestelltenanteil ist ver.di repräsentativer für Gesellschaft und Arbeitswelt als die Industriegewerkschaften, vgl. Fehrmann, Eberhard (2015): Auf der Suche nach der verlorenen Einheit. Hintergründe der Lagerbildung im DGB. *Sozialismus*, 42 (9), S. 48-54.

vergleichen manche Beobachter ver.di selbst mit einem Gewerkschaftsbund (Dribbusch et al. 2017: 207).

Die Zusammenführung der ideologischen Identitäten, strategischen Ausrichtungen und heterogenen Mitgliederbasen stellt fusionierende Gewerkschaften vor die Herausforderung, die möglichen Auswirkungen dieser Diversität auf das Tagesgeschäft in den Strukturen und der Programmatik der neuen Organisation zu würdigen (Behrens/Pekarek 2016a: 601). Die Komplexität dieser Aufgabe spiegelt sich in der Struktur ver.di wider: Ver.di gab sich eine dezentralisierte Struktur, die als Matrix bezeichnet wird und drei Dimensionen aufweist: Fachbereiche, territoriale Ebenen und Personengruppen (s. Abbildung 5). Die – für Gewerkschaften ungewöhnliche – Matrixstruktur sollte einer Dominanz des ehemaligen ÖTV-Organisationsbereichs vorbeugen und eine Balance zwischen funktionaler und territorialer Repräsentation schaffen (Annesley 2006: 173; Keller 2005: 215).

Organigramm

In dreizehn Fachbereichen¹¹² mit weitreichender Autonomie in tarif-, branchen, betriebs- und berufspolitischen Angelegenheiten finden sich die Branchen und Berufsgruppen der Gründungsgewerkschaften wieder (z.B. Bund und Länder, Verkehr, Handel). Die Größenunterschiede zwischen den Fachbereichen sind „durchaus erheblich“ (Keller 2007: 470).¹¹³ Fachbereiche können interne, aber auch fachbereichsübergreifende Fach- und Berufsgruppen bilden. Abgesehen vom Organisationsbereich der ÖTV entspricht die Abgrenzung der Fachbereiche den vorherigen Organisationsbereichen der Gründungsgewerkschaften, sodass es zu wenig personeller Integration zwischen den Gründungsgewerkschaften kam (Kahmann 2010: 181). Territorial gliedert sich ver.di in die Bundesverwaltung, zehn Landesbezirke, 85 Bezirke sowie Ortsvereine und Betriebsgruppen. Ferner vertreten acht Personengruppen Mitgliederbelange etwa nach Alter und Erwerbsstatus.¹¹⁴

¹¹² Die folgenden Ausführungen zur Organisationsstruktur sind der ver.di-Satzung des aktuellen Stands nach dem Bundeskongress 2019 entnommen. Vgl. Ver.di (2019): Satzung, zuletzt geändert durch den 5. Ordentlichen Bundeskongress 2019 vom 22. - 28. September 2019 in Leipzig.

¹¹³ Ver.di macht weder in ihren Geschäftsberichten noch auf ihrer Homepage systematische Angaben zu den jeweiligen Mitgliederzahlen der Fachbereiche. Die Berichtseiten der einzelnen Fachbereiche im ver.di-Geschäftsbericht enthalten selektiv Mitgliederzahlen, Mitgliederentwicklungen in Prozent, aber ohne absolute Zahlen, oder gar keine Angaben hierzu. Im Geschäftsbericht für den Zeitraum 2015 bis 2018 geben nur folgende Fachbereiche Auskunft über ihre Mitgliederzahlen Stand 2018: Fachbereich 3 (Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen): 385.603 Mitglieder (Wachstum von 3,6 Prozent gegenüber 2015); Fachbereich 5 (Bildung, Wissenschaft, Forschung): 57.857 Mitglieder (Wachstum von 8 Prozent gegenüber 2015); Fachbereich 6 (Bund und Länder): 70.456 Mitglieder (Rückgang um 9,4 Prozent gegenüber 2015); Fachbereich 7 (Gemeinden): „rund 232.000 Mitglieder“; Fachbereich 10 (Postdienste, Speditionen, Logistik): 222.320 Mitglieder (Rückgang um 6,2 Prozent gegenüber 2015); Fachbereich 13 (Besondere Dienstleistungen): 105.250 Mitglieder (Wachstum von 2,6 Prozent gegenüber 2015). Vgl. Ver.di (2019): Geschäftsbericht 2015-2018.

¹¹⁴ Jugend; Senior/innen; Arbeiter/innen; Beamte/innen; Meister/innen, Techniker/innen, Ingenieure/innen; Selbstständige; Erwerbslose; Migranten/innen.

Abbildung 5. **Organigramm der Gewerkschaft ver.di**

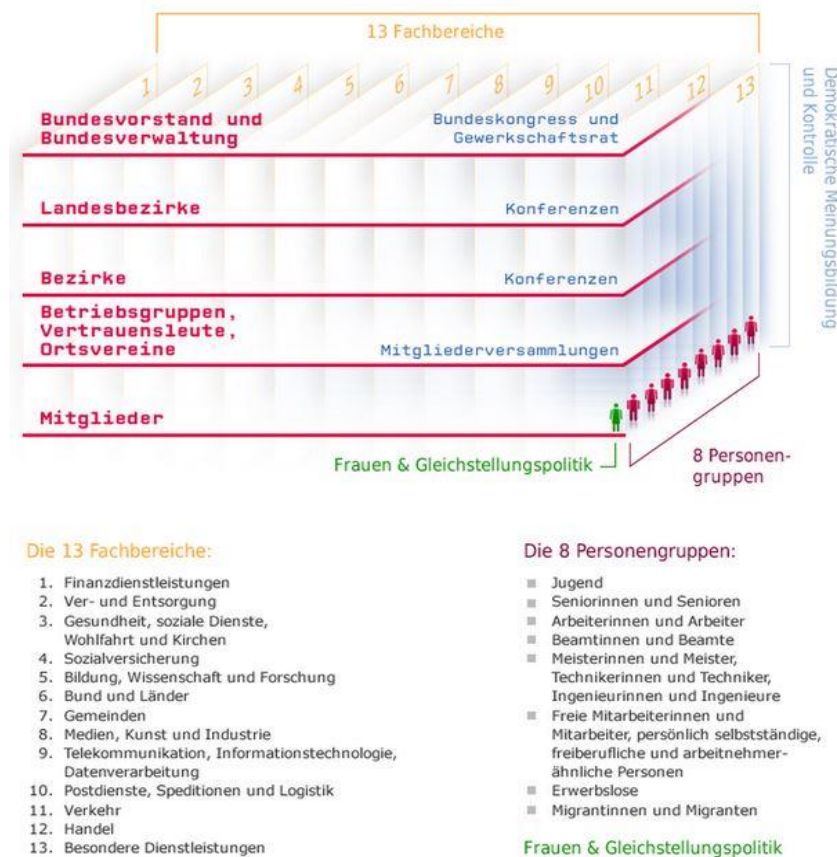


Abbildung 5: Organigramm der Gewerkschaft ver.di,

Quelle: <https://www.verdi.de/ueber-uns/organisation/++co++2ab3bae6-b914-11e0-6fc7-00093d114afd> [30.11.2020].

Somit verfügen die Ebenen nicht nur in der territorialen, sondern auch in der funktionalen Dimension über repräsentative und exekutive Organe. Funktional sind dies auf Unternehmensebene die Betriebsgruppe, auf Bezirksebene die Bezirksfachbereichskonferenz und der Bezirksfachbereichsvorstand, auf Landesbezirksebene die Landesbezirksfachbereichskonferenz, der Landesbezirksfachbereichsvorstand und die Landesbezirksfachbereichsleitung, schließlich auf Bundesebene die Bundesfachbereichskonferenz und der Bundesfachbereichsvorstand. Territoriale Organe sind auf lokaler Ebene ggf. der Ortsverein mit örtlicher Mitgliederversammlung und örtlichem Vorstand, auf Bezirksebene die Bezirkskonferenz, der Bezirksvorstand und die Bezirksgeschäftsführung, auf Landesbezirksebene die Landesbezirkskonferenz, der Landesbezirksvorstand und die Landesbezirksleitung, schließlich auf Bundesebene der Bundeskongress, der Bundesvorstand, der Gewerkschaftsrat, der Kontroll- und Beschwerdeausschuss und der Beirat. Die ver.di-Satzung (§ 47) sieht zwischen den funktionalen Fachbereichen und den territorialen Ebenen

Kooperationsverpflichtungen und Konfliktlösungsmechanismen vor. Die Fachbereiche sind den Zielen der Gesamtorganisation verpflichtet, von den Ebenen beschlossene fachbereichsübergreifende Aktivitäten und Querschnittsaufgaben sind für die Fachbereiche bindend.

Der Bundeskongress findet alle vier Jahre statt und ist das höchste ver.di-Organ, territoriale Ebenen und Fachbereiche entsenden zu gleichen Teilen Delegierte zum Bundeskongress. Er legt Grundsätze der Gewerkschaftspolitik fest, beschließt Satzungsänderungen, entscheidet über Anträge der Ebenen und Fachbereiche, nimmt den Geschäftsbericht entgegen und entlastet den Bundesvorstand und den Gewerkschaftsrat. Zwischen den Bundeskongressen ist der paritätisch aus Vertretern der Landesbezirke und der Fachbereiche sowie aus einer kleineren Zahl von Vertretern der Personengruppen zusammengesetzte Gewerkschaftsrat das höchste ver.di-Organ. Der Gewerkschaftsrat kontrolliert den Bundesvorstand, die Einhaltung der Satzung und die Umsetzung der Bundeskongressbeschlüsse, legt gewerkschaftspolitische Grundpositionen fest und entscheidet in dringenden Grundsatzfragen. Der Bundesvorstand schließlich setzt die Beschlüsse von Bundeskongress und Gewerkschaftsrat um, außerdem fallen ihm alle Aufgaben zu, die die Satzung nicht ausdrücklich dem Bundeskongress oder Gewerkschaftsrat vorbehält. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, den Leitern aller Fachbereiche und bis zu fünf weiteren Vorständen – insgesamt also aus bis zu 19 Mitgliedern. Der Bundesvorstand wird in gemeinsamen Sitzungen durch einen Beirat beraten, in dem sich alle Landesbezirksvorsitzenden versammeln. Die Mitglieder des Bundesvorstands werden – wie auch die des Gewerkschaftsrats – von den Delegierten des Bundeskongresses gewählt. Für ver.di's (europä)politische Positionierung sind damit zwischen den Bundeskongressen Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat zuständig, der folgende Bundeskongress kann die Positionen bestätigen oder abändern.

Die Matrixstruktur war schon im Vorfeld der Fusion umstritten und wurde auch in der Folge intern kritisiert. Sie basierte nicht auf einer bewussten Wahl einer vorteilhaften Organisationsform, sondern entsprang der Angst der vier kleineren Gewerkschaften vor einer Dominanz der ÖTV und war damit „der Preis für das Zustandekommen von ver.di“ (Keller 2007: 470). Obgleich die Matrix eine Zentralisierung vermeiden sollte, wurden der übergeordneten Bundesebene im Vergleich zu den lokalen und regionalen Ebenen großzügige finanzielle und personelle Ressourcen zugebilligt (Annesley 2006: 174). Zwar verhindert die Matrix durch die Autonomie der Fachbereiche Hierarchien und stützt den Pluralismus der Gründungsgewerkschaften. Sie führt aber zu Kompetenzüberschneidungen, erhöhtem Konfliktpotential und Koordinationskosten, die die erhofften Effizienzgewinne der Fusion reduzieren (Müller 2001: 118 ff.; Keller 2007: 471), und zu einem grundsätzlichen Konflikt zwischen Integration und Differenzierung der Gründungsgewerkschaften (Kahmann 2010: 82).¹¹⁵

¹¹⁵ Kahmann (2010: 88 ff.) vertritt die Auffassung, dass die durch die Fusion erreichten administrativen Skalenerträge nicht ausreichten, um diese Folgekosten aufzuwiegen. Vielmehr hätten die Heterogenität der Gründungsgewerkschaften und die daraus resultierende Matrix die Phase der Introspektion, die Gewerkschaftsfusionen begleitet, verlängert. Während die ehrgeizige Anzahl von fünf Fusionspartnern zu einer „überkomplexen“ Struktur geführt habe, habe deren

Aktuell ist eine Verringerung der Fachbereiche von dreizehn auf fünf bis zum Jahr 2022 geplant. So beschloss etwa der Gewerkschaftsrat den Zusammenschluss der Fachbereiche 1 (Finanzdienstleistungen), 2 (Ver- und Entsorgung), 8 (Medien, Kunst und Industrie) und 9 (Telekommunikation, Informationstechnologie und Datenverarbeitung) zu einem „Bereich A“.¹¹⁶ Auch die Zahl der lokalen Einheiten wurde durch Zusammenschlüsse reduziert von ursprünglich 107 Bezirken auf 85 und von dreizehn Landesbezirken auf zehn, zum Beispiel durch die Fusion der Landesbezirke Rheinland-Pfalz und Saarland. Ferner wurden Führungsgremien auf Bezirks- und Landesbezirksebene, deren Größe sich anfänglich nach einer Quotenregelung bestimmte, verkleinert (Thomas 2017: 657).

Konfliktorientierung

Die Autonomie der Fachbereiche zeigt sich insbesondere in der unterschiedlichen Konfliktintensität der von ihnen verantworteten Tarifbereiche. Während Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst und im Einzelhandel konfrontativer geführt werden, ist die Konfliktintensität im Bankgewerbe vergleichsweise gering. Lesch (2016: 34 f.) führt unterschiedliche Strategien und Konfliktbereitschaft der Fachbereiche auf ihren Organisationsgrad und die sozialpartnerschaftlichen Strukturen in den Tarifbereichen zurück. Sozialpartnerschaftliche Strukturen müssen mancherorts, prominent etwa bei Amazon, erst erkämpft werden. Solche „Häuserkämpfe“ gehen mit immensem Ressourcenaufwand einher, vor allem gemessen an dem Umstand, dass sie nur auf ein Unternehmen wirken sollen. Dagegen liegt etwa im öffentlichen Dienst die Tarifbindung bei weit über 90 Prozent (s. Kapitel 2.1).

Diese ungleichen Ausgangssituationen und Herausforderungen werfen die Frage nach den Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung der Fachbereiche auf, insbesondere wenn es um Solidaritätsstreiks von Fachbereichen für die tarifpolitischen Forderungen anderer Fachbereiche geht. Ver.di strebt fachbereichsübergreifende Solidarität und Aktionen an, räumt aber auch ein, dass dies zu selten passiert, bzw. lobt ausdrücklich, wenn es einmal gelingt.¹¹⁷ Ein positives Beispiel hierfür ist der gemeinsame Arbeitskampf von Redakteuren und Druckern im Jahr 2011, die sich wechselseitig für ihre Forderungen stark machten.¹¹⁸ Mit der ver.di-Fusion wurde außerdem die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die zuvor nicht im DGB organisiert, aber im Organisationsbereich der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen aktiv war, in den DGB integriert. Die Gründung ver.di konnte dieses Konkurrenzverhältnis aber nicht vollständig beenden, da sich in der Folge Spartengewerkschaften wie der Marburger Bund und die Vereinigung Cockpit, die zuvor Tarifgemeinschaften mit der DAG

Unterschiedlichkeit „die Probleme der Vertretung der Mitgliederinteressen verschärft“, wodurch sich „die Frage nach den Konsequenzen des Verlustes innerer Homogenität“ stelle (ibid.: 88, 90). Kahmann schlussfolgert, dass Gewerkschaften durch Fusionen ihre Größe nicht maximieren, sondern optimieren sollten. Ver.di ist in dieser Sicht schlicht zu groß und zu heterogen, um organisatorisch effizient sein zu können.

¹¹⁶ Vgl. Ver.di (2019): Fusionsbeschluss des Gewerkschaftsrates zur Bildung eines „Bereiches A“, gefasst in seiner Sitzung 14.- 16. Mai 2019 in Berlin.

¹¹⁷ Vgl. *PUBLIK*, 3/2011, Spezial 10 Jahre ver.di: Nachahmung ausdrücklich erwünscht; *PUBLIK*, 10/2011, Titel: Wir sind 99 Prozent.

¹¹⁸ Vgl. *PUBLIK*, 4/2011, Brennpunkt: Gemeinsam vors Tor.

bildeten, von ver.di lösten und eigenständige Tarifpolitik betrieben (Keller 2007: 473). Gleichzeitig kam es angesichts verschwimmender Branchengrenzen immer wieder zu Konflikten um Organisationsbereiche mit anderen DGB-Gewerkschaften, insbesondere mit der IG Metall, die Zuständigkeiten entlang von Wertschöpfungsketten und industriellen Clustern und nicht nach dem Trennungsschema Industrie – Dienstleistungen definieren möchte. IG Metall und ver.di rangen zum Beispiel heftig um die Zuständigkeit für die Kontraktlogistik, auch zum 2015 verabschiedeten Tarifeinheitsgesetz vertraten sie unterschiedliche Positionen. Das Tarifeinheitsgesetz regelt, dass in einem Unternehmen nur ein Tarifvertrag gelten kann, nämlich der der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Unternehmen zum Zeitpunkt des Tarifabschlusses. Ver.di war dagegen, die IG Metall dafür (Behrens/Pekarek 2016b: 126 ff.).

Aktuell kann ver.di aufgrund einer positiven Lohndynamik trotz sinkender Mitgliederzahlen steigende Mitgliedsbeiträge verzeichnen, auch der Anteil erwerbstätiger Mitglieder wächst. Bei der Zahl von ver.dis Arbeitsk Kampfmaßnahmen ist seit der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre ein signifikanter Anstieg zu beobachten: Kam es im Durchschnitt zwischen 2004 und 2007 zu 70 Arbeitsk Kampfmaßnahmen pro Jahr, waren es zwischen 2008 und 2015 durchschnittlich 151 Arbeitsk Kampfmaßnahmen pro Jahr mit einem Höhepunkt von 188 im Jahr 2012. Der Anteil der Beitragseinnahmen, die in ver.dis Streikkasse fließen, wurde daher von drei auf acht Prozent erhöht (Lesch 2016). Insgesamt ist ver.dis Interessenvertretung konfliktfreudig, sowohl über Streiks als auch über öffentliche Kampagnen oder die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Attac. Ihre politische Interessenvertretung muss dabei aber immer im Auge haben, dass der Staat nicht nur Adressat politischer Forderungen, sondern auch ver.dis Tarifpartner im öffentlichen Dienst ist. Ver.di sieht sich vielfach nicht nur durch fehlende sozialpartnerschaftliche Strukturen zu Konflikten gezwungen, sondern auch durch einen impliziten Konsens zwischen Politik, Wirtschaft und Industriegewerkschaften über das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell. Sozialpartnerschaftlichen Strukturen in großen Industrieunternehmen stehen teils prekäre Dienstleistungsbranchen gegenüber, die dieses System stützen (Dribbusch et al. 2017: 207; Hassel 2014; s. Kapitel 2.1).

Mitgliederbeteiligung bzw. Mitgliedergruppen

Als Multibranchengewerkschaft bricht ver.di mit der deutschen Tradition der Branchengewerkschaft, die durch relativ homogene Mitgliedschaften und historisch gewachsene ideologische und strategische Identitäten gekennzeichnet ist (Silvia 2013). In der Literatur gibt es optimistische und pessimistische Sichtweisen zu kollektiver Identität und Mitgliederintegration in Multibranchengewerkschaften. Optimistische Beobachter stellen ihr Potential für die gemeinschaftliche Entwicklung neuer integrativer Identitäten vis-à-vis veränderter, sektorenübergreifender Wirtschaftszusammenhänge heraus.¹¹⁹ Pessimistische Einschätzungen bezweifeln dies und betonen den Aufwand der ständigen Ausbalancierung heterogener Identitäten und Interessen, die ebenso zur technokratischen

¹¹⁹ Vgl. Fehrman, Eberhard (2015): Auf der Suche nach der verlorenen Einheit. Hintergründe der Lagerbildung im DGB. *Sozialismus*, 42 (9), S. 48-54.

Reduzierung von Multibranchengewerkschaften zu „collective bargaining machines“ führen kann (Behrens/Pekarek 2016a: 601).

Die empirischen Arbeiten von Thomas (2013; 2017) zu ver.di unterfüttern die pessimistische Sicht: Thomas teilt die Mitgliedschaft in eine Minderheit von „Aktivisten“,¹²⁰ die auch ehrenamtliche Aufgaben übernehmen, und eine große Mehrheit von passiven Mitgliedern. Ver.di Funktionäre setzen auf organisatorische Effizienz in der Verfolgung einer ökonomischen Agenda und sehen „Aktivisten“ nicht als repräsentatives Sprachrohr der Mitgliederbelange, sondern als eine selbstselektierte, ideologisch geprägte Gruppe, die durch ver.di ihre eigenen politischen Interessen verfolgen will. Funktionäre setzen „Aktivisten“ daher nicht als Vermittler gegenüber den Mitgliedern ein, Sitzungen mit „Aktivisten“ empfinden sie als ineffizient und nehmen einen *trade-off* zwischen partizipativen, deliberativen Prozessen und organisatorischer Effizienz wahr. Die Interessen einfacher Mitglieder gelten dagegen unter Funktionären als ökonomisch bzw. serviceorientiert und indifferent gegenüber Partizipationsmöglichkeiten. Weder „Aktivisten“ noch einfache Mitglieder spielten in den ver.di-Fusionsverhandlungen eine tragende Rolle. Insgesamt wird die Ausrichtung der Gewerkschaft durch den Interessenwettbewerb zwischen Funktionären und „Aktivisten“ bestimmt. Die Autonomie der Fachbereiche und der Machtgewinn der lokalen Ebene angesichts der Dezentralisierung der Tarifverhandlungen gehen mit einer Segmentierung der Mitglieder einher, Kahmann (2010: 79) spricht von „Tendenzen zur Verselbstständigung der Mitgliedergruppen“ in ver.di.

Diese Beobachtungen stehen ver.di's Ziel von mehr Mitgliederbeteiligung und -orientierung entgegen, das 2008 mit dem Diskussionspapier „Chance 2011“ lanciert wurde, überschrieben mit: „Mitgliederorientierung muss Ziel und Maßstab für das gesamte Organisationshandeln werden“.¹²¹ Darin wurde neben den Zielen Mitgliederentwicklung und Mitgliederbindung auch festgeschrieben, die Mitglieder dahingehend zu ermächtigen, „die eigenen Interessen und die eigene Organisation überzeugend zu vertreten“. Die differenzierten Interessen der ver.di-Branchen und Mitgliedergruppen sollten dabei berücksichtigt und die Betriebsarbeit in der Verantwortlichkeit der Fachbereiche gestärkt werden. Der Fokus auf die lokale Ebene kann mit einer höheren Konfliktbereitschaft einhergehen, über die auch neue Mitglieder gewonnen werden können („Organisieren am Konflikt“, Dribbusch 2011; 2016). So brachte der Streik im Sozial- und Erziehungsdienst 2015 dem Fachbereich Gemeinden 19.000 neue Mitglieder.¹²² Gleichzeitig visierte „Chance 2011“ eine „Verknüpfung betrieblicher, tarifpolitischer und gesellschaftspolitischer Forderungen“ an, wobei „[p]olitische (und administrative) Stabs- und Querschnittsfunktionen [...] stärker auf der Bundesebene konzentriert werden“ sollten. Darauf folgte 2012 das Projekt „Perspektive 2015 – ver.di wächst!“, das auf „mehr Mitglieder, mehr Macht, mehr Möglichkeiten“ zielte.¹²³

¹²⁰ Eine Gruppierung von „Aktivisten“ ist z.B. das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“, vgl. <http://www.netzwerk-verdi.de> [30.07.2021].

¹²¹ Vgl. Ver.di Bundesvorstand (2008): Chance 2011 – Zur Veränderungsarbeit der nächsten Jahre in ver.di.

¹²² Vgl. Ver.di (2019): Geschäftsbericht 2015-2018, S. 87.

¹²³ Vgl. Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 192.

Einer gemeinsamen Informationsbasis der ver.di-Mitglieder dient die Mitgliederzeitung *PUBLIK*. Seit 2008 ist außerdem das „Mitgliedernetz“ online, das ver.di-Mitglieder anfangs über Tarifverträge, Serviceangebote und aktuelle Entwicklungen informierte und ihnen die Kommentierung dieser Inhalte erlaubte, nicht aber die eigene Themensetzung und Interaktion untereinander (vgl. zum Folgenden: Hackenjos/Khan2012). Diese Funktionen wurden 2011 ergänzt, seither können Mitglieder sich vernetzen, in thematisch definierten Foren eigene Unterthemen starten und diskutieren und fachliche Auskünfte von Gewerkschaftsfunktionären erfragen. Die Foren „Betrieb und Arbeitsplatz“ und „Betriebliche Gewerkschaftsarbeit“ stoßen auf die größte Resonanz, politische Entwicklungen werden im Forum „Politik, Soziales, Nachhaltigkeit“ behandelt. Das „Mitgliedernetz“ soll ver.di-Mitgliedern darüber hinaus ermöglichen, Gewerkschaftsfunktionären und -gremien direkt Feedback und Anregungen zur Gewerkschaftsarbeit zu geben, ohne sich selbst in Gremien engagieren zu müssen, so erstmals geschehen bei der „Grundsatzerklärung“ im Jahr 2010 (s.u.). Das „Mitgliedernetz“ soll den Austausch zwischen allen Gewerkschaftsebenen fördern und gemeinsame Bezugspunkte jenseits von Fachbereichen und regionalen Gliederungen schaffen (ibid.: 161). Im Zentrum steht aber, dass die ver.di-Mitglieder das „Mitgliedernetz“ als ihren eigenen Kommunikationsraum begreifen und ihnen die Kommunikation untereinander hierbei wichtiger ist als Rückmeldungen von und Diskussionen mit Funktionären (ibid.: 159). Ziel bleibt dennoch, die interaktiven Möglichkeiten neuer Medien für eine „Meinungsbildung von unten“ zu nutzen und zu einer „Demokratisierung von Öffentlichkeit“ beizutragen.¹²⁴ Schließlich betreibt ver.di Bildungsarbeit in eigenen Bildungszentren und mit eigenen gemeinnützigen Bildungsträgern für gesetzliche Interessenvertretungen (ver.di Bildung + Beratung) und für gesellschaftspolitische Bildungsangebote (ver.di Gewerkschaftspolitische Bildung), die jährlich 2.800 Seminare mit 32.000 Teilnehmern zur Schulung von Interessenvertretungen bzw. 200 Seminaren mit 3.000 Teilnehmern zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen organisieren.¹²⁵

Programmatik

Politisch wurden die Gründungsgewerkschaften teils eher links (ÖTV, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und IG Medien), teils eher konservativ eingeordnet (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und Deutsche Postgewerkschaft, Keller 2005: 210; Behrens/Pekarek 2016b: 125). Gegenüber der Struktur von ver.di war die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms bei den – langjährigen, konfliktreichen und zwischenzeitlich fast gescheiterten – Fusionsverhandlungen nachrangig. Auch nach der Fusion wurde eine Programmdiskussion immer wieder verschoben, um Konflikten in der jungen Organisation vorzubeugen und zunächst die praktische Umsetzung des Fusionsbeschlusses voranzutreiben (Keller 2007: 471). Gleichzeitig braucht eine Multibranchengewerkschaft eine einende Vision, um Solidarität zwischen den Fachbereichen herzustellen (Kahmann 2010: 92). Müller (2001: 134) bezeichnet ver.di's Gründung als ein „Projekt ohne

¹²⁴ Vgl. *PUBLIK*, 3/2011, Spezial: Gegenöffentlichkeit schaffen.

¹²⁵ Vgl. Ver.di (2019): Geschäftsbericht 2015-2018, S. 164.

zündende Vision“ und bilanziert: „Multibranchengewerkschaften werden nicht um Programme herum gebaut“. Auf den Bundeskongressen wurden regelmäßig Anträge eingebracht, die ein Programm für ver.di forderten. Einen Versuch, die Interessengegensätze zusammenzuführen, unternahm schließlich die 2010 vom Gewerkschaftsrat beschlossene „Grundsatzerklärung“ (die explizit nicht als Programm bezeichnet wurde).¹²⁶

Die „Grundsatzerklärung“ umfasst fünf Seiten und ist eher allgemein gehalten: Ver.di bezieht sich politisch als Einheitsgewerkschaft, als „Gegen- und Gestaltungsmacht“ sieht sie sich „nur den Interessen der Mitglieder und ihren gemeinsamen Werten verpflichtet“. Die Willensbildung soll daher von den Mitgliedern ausgehen, wobei ver.di sich deren Heterogenität bewusst ist:

„Die Vielfalt der Berufe und Tätigkeitsfelder, der Lebenslagen und Beschäftigungsverhältnisse, der Anforderungen und Interessen der Mitglieder muss immer wieder zum gemeinsamen und solidarischen Handeln zusammengeführt werden. [...] Durch innergewerkschaftliche Demokratie aus Vielfalt Einheit zu schaffen und die Einheit in der Vielfalt zu bewahren, ist unser ständiger Auftrag.“

Ver.dis Werte umfassen Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität. Die Definition von Solidarität lautet:

„Solidarität wächst aus der Fähigkeit des Menschen zur Anteilnahme am Schicksal des anderen und aus Mitgefühl. Sie gründet auf der Bereitschaft, für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen. Sie ist die unverzichtbare Grundlage des Sozialstaates. Solidarität ist die Grundlage der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und beruht auf gemeinsamen Überzeugungen und Interessen.“

Neben den Werten richtet ver.di ihre Aktivitäten an Leitbildern aus: „gute Arbeit, gutes Leben, nachhaltiges Wirtschaften in einer gerechten Gesellschaft und eine friedliche Welt“. Im Kontext dieser Leitbilder strebt ver.di etwa die Demokratisierung der Wirtschaft und einen aktiven Sozialstaat an. Der Sozialstaat soll „die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge garantieren: Er muss die öffentliche Infrastruktur und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen weiterentwickeln und damit Lebensqualität für alle sichern.“ Für ihre Ziele „sucht ver.di Bündnispartner in der Politik, in sozialen Bewegungen, Parteien, Religionsgemeinschaften und anderen Gruppen und Organisationen der Gesellschaft“. Zur europäischen Integration hält die Grundsatzerklärung fest:

¹²⁶ Vgl. Ver.di (2010): Grundsatzerklärung der ver.di . Beschlossen vom Gewerkschaftsrat am 18. März 2010.

„Wir wollen ein demokratisches, soziales und friedliches Europa, in dem die sozialen Grundrechte Vorrang vor den Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes haben. Unser Ziel ist ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger der Souverän sind und ihre Rechte auf Grundlage einer demokratischen Verfassung ausüben.“

Dittmars (2017) Untersuchung der Europaarbeit von ver.di unterstreicht die Autonomie der Fachbereiche in der Europaarbeit je nach sektoraler Betroffenheit von europäischer Regulierung, eigener Ressourcenausstattung und Mitgliederinteressen. So engagieren sich die Fachbereiche sehr unterschiedlich in den Aktionsfeldern der europäischen Ebene (tarifpolitische Koordinierung, Unterstützung europäischer Betriebsräte, Europäischer Sozialdialog, europäische Dachverbände, gewerkschaftliche Allianzen in transnationalen Unternehmen, Lobbying, Mitgliederinformation). Für die beiden Fachbereiche des öffentlichen Diensts (Bund und Länder, Gemeinden) stellt Dittmar fest, dass europapolitischer Aktivität im Tagesgeschäft deutlich weniger Bedeutung beigemessen wird als etwa im Fachbereich Verkehr – obwohl der öffentliche Dienst von der europäischen Fiskal- und Liberalisierungspolitik stark betroffen ist. Die Fachbereiche werden von ver.dis EU-Verbindungsbüro aus Brüssel mit Informationen über aktuelle politische Entwicklungen versorgt. Das Verbindungsbüro ist aber nur mit zwei Gewerkschaftssekretären und einem Mitarbeiter besetzt, auch die Abteilung „Europa und Internationales“ beim Bundesvorstand wurde im Lauf der Jahre verkleinert. Andersherum ist das Verbindungsbüro auf die Kooperation der Fachbereiche angewiesen für technische sektorale Informationen und Einschätzungen zu aktuellen EU-Vorhaben. Diese Seite des Informationsaustauschs gestaltet sich mitunter schwierig, zumal die Fachbereiche das Verbindungsbüro nicht systematisch über ihre eigenen europapolitischen Aktivitäten etwa in den europäischen Gewerkschaftsverbänden unterrichten. Die EU-Kontakte der Fachbereiche und des Verbindungsbüros werden daher nicht zentral gebündelt. Die Priorität der Fachbereiche liegt klar auf nationaler Tarifpolitik, Europa spielt in diesem Feld keine Rolle, sondern vielmehr als „Gegenstand (...) politischer Kampagnen, über die man keine Mitglieder gewinne“ (Dittmar 2017: 191).

5.2 Ver.dis Positionierung in der Eurokrise

Ver.dis Positionierung in der Eurokrise wird in der Hauptsache anhand zweier Quellen dargestellt: der Überarbeitung des – in seiner ursprünglichen Version erst zwei Jahre zuvor beschlossenen – „Manifests zur Europapolitik“ im Winter 2010 und der Publikation der Forderung nach einem „Marshallplan für Südeuropa“ im Sommer 2011. Eine abschließende Zusammenstellung von ver.dis Forderungen an die EU-Krisenpolitik basiert auf der Eurokrise gewidmeten Ausgaben der Publikationsreihe *Wirtschaftspolitische Informationen*, die der Bereich Wirtschaftspolitik des ver.di-Bundesvorstands herausgibt.

Das „Manifest zur Europapolitik“

Die Überarbeitung des „Manifests zur Europapolitik“ (im Folgenden: „Europamanifest“) wurde Anfang Dezember 2010 vom ver.di-Gewerkschaftsrat verabschiedet. Unter der Überschrift „Einem sozialen Europa Zukunft geben“ umreißt es „Grundzüge eines alternativen Wirtschafts- und Sozialmodells für Europa“.¹²⁷ Im Vergleich zu seiner ursprünglichen Form von 2008 wurde das „Europamanifest“ von 17 auf 48 Textseiten erweitert und um die zwei Kapitel „Demokratisierung und parlamentarische Rückkopplung der EU-Entscheidungen“ und „Die europäische Integration darf die öffentliche Daseinsvorsorge nicht gefährden“ auf insgesamt elf Kapitel ergänzt.

Am Anfang des „Europamanifests“ steht die Diagnose einer zunehmenden Einwirkung der EU-Politik auf die Interessen der Beschäftigten. Gleichzeitig sieht ver.di soziale Gerechtigkeit in Europa „auf dem Rückzug“, was sie an der fallenden Lohnquote, sozialer Ungleichheit, wachsenden Niedriglohnsektoren, dem Abbau sozialer Leistungen, der Steuerpolitik und Arbeitsplatzverlusten festmacht und mit dem Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus verbindet. Die Finanzkrise bedeutet für ver.di das „Scheitern der neoliberalen Lehre“ (S. 18). Das Manifest kritisiert das Wirtschaftsmodell der EU als ein „System der Wettbewerbsstaaten“ (S. 9), in dem ein Großteil der Mitgliedstaaten zwar eine gemeinsame Währung unterhalte, durch die fehlende Europäisierung von Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik aber Anreize für Lohn-, Sozial- und Steuerdumping habe, um Investitionskapital anzuziehen.

Ver.di vermisst in dieser „schiefen Konstruktion“ (S. 10) eine europäische Wirtschaftsregierung bzw. eine gemeinsame Finanzpolitik und geißelt die einseitige wirtschaftspolitische Fokussierung auf ausgeglichene Staatshaushalte. Das auf Preisstabilität beschränkte Mandat der Europäischen Zentralbank will ver.di um die gleichrangigen geldpolitischen Ziele der Vollbeschäftigung und eines hohen Wirtschaftswachstums ergänzt sehen. Ver.di fordert eine Abstimmung der europäischen Geld- und Fiskalpolitik im Rahmen einer parlamentarisch legitimierten europäischen Wirtschaftsregierung, durch die der Stabilitäts- und Wachstumspakt hinfällig werde. Die Wirtschaftsregierung müsse außerdem die Möglichkeit haben, flexibel auf konjunkturelle Entwicklungen zu reagieren und eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik zu verfolgen. Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite sollten ab einer Grenze von zwei Prozent des Sozialprodukts automatische Korrekturverfahren auslösen, die in Überschussländern die Binnennachfrage ankurbeln und in Defizitländern zu Einsparungen oder Steuererhöhungen führen sollten (S. 13-15).

Das Fehlen einer europäischen Wirtschaftsregierung zeigt sich für ver.di schmerzlich in der schlecht abgestimmten Reaktion der EU-Staaten auf die internationale Finanzkrise. Das Manifest stellt die Bemühungen der europäischen Gewerkschaften um Lohnkoordinierung nach der Formel Produktivität plus Inflation heraus, betont aber Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Organisierung und gesetzlicher Mitgliedschaftsverbote für bestimmte Berufsgruppen in Osteuropa. Mangelnde Lohnkoordinierung und die damit einhergehenden Wettbewerbsverzerrungen und Leistungsbilanzunterschiede bringt ver.di in direkte

¹²⁷ Für das Folgende vgl. Ver.di Gewerkschaftsrat (2010): Manifest zur Europapolitik. Beschluss des ver.di Gewerkschaftsrates am 2./3. Dezember 2010.

Verbindung mit der Eurokrise. Dabei prangert ver.di die deutsche Lohnzurückhaltung an, durch die Deutschland die niedrigste Entwicklung der Lohnstückkosten in der Eurozone seit Einführung des Euro habe.¹²⁸ In diesem Zusammenhang mahnt ver.di ein gemeinsames Konzept der europäischen Gewerkschaften für existenzsichernde Mindestlöhne in Europa und einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland an.

In der Folge wendet sich das Manifest gegen den Abbau des Sozialstaats in Europa und fordert einen sozialen Stabilitätspakt, der die Wettbewerbslogik zwischen den EU-Mitgliedern brechen solle, indem das Niveau der Sozialleistungen an die ökonomische Entwicklung gekoppelt würde. Arbeitsmarktpolitisch erwartet ver.di von Europa, die Qualität der Arbeitsplätze zu verbessern: Statt über den Preis solle Europa über die Qualität seiner Produkte und Dienstleistungen konkurrieren, was sich in aktiver Arbeitsmarktpolitik der Fortbildung von Beschäftigten, der arbeitsrechtlichen Gleichstellung von atypischen mit typischen Beschäftigungsverhältnissen, europäischen Mindeststandards für Arbeitsbedingungen insbesondere bei der transnationalen Entsendung von Arbeitnehmern und damit insgesamt in einer Reregulierung der Arbeitsmärkte niederschlagen solle. Ferner positioniert sich ver.di gegen die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, durch die sie das „Grundrecht auf soziale Teilhabe“ gefährdet sieht. In diesem Kontext solle die EU die geographische, kulturelle und soziale Vielfalt öffentlicher Dienstleistungen in Europa respektieren und ein hohes Niveau öffentlicher Dienstleistungen „in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte dieser Dienste“ anvisieren (S. 34). Öffentliches Interesse solle Vorrang vor Binnenmarkt und Wettbewerb haben. Der öffentliche Sektor solle gute Jobs schaffen, die nicht nur die Arbeitslosigkeit verringern, sondern auch den privaten Sektor unter Zugzwang setzen würden, seine Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ein weiteres Kapitel befasst sich mit dem Ausbau der europäischen Arbeitnehmerrechte in europäischen Betriebsräten und der Mitbestimmung in Unternehmen, die als Europäische Gesellschaften gelistet sind.

Schließlich beklagt das „Europamanifest“ Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, die Binnenmarktfreiheiten über Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stellen würden, und strebt den „Vorrang der Grundrechte gegenüber den Marktfreiheiten“ an (S. 41 ff.). In diesem Zusammenhang pocht ver.di außerdem auf eine weitere Demokratisierung der EU-Politik. Diese solle erstens – wie 2009 vom Bundesverfassungsgericht entschieden – über eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente geschehen, zweitens über eine Gewaltenteilung der EU-Institutionen, im Rahmen derer eine „künftige EU-Regierung“ vom EU-Parlament gewählt werden würde, das gleichzeitig ein Initiativrecht bekäme. Zusammenfassend macht ver.di nicht Informationsdefizite der Bevölkerung für ihr wachsendes Misstrauen gegenüber der EU verantwortlich, sondern persönliche Erfahrungen

¹²⁸ Andersherum verweist ver.di aber auch auf disproportional steigende Löhnen und Preise in den Programmstaaten, die mit der deutschen Lohnzurückhaltung zusammengewirkt hätten zu Handelsdefiziten, die zur hohen Verschuldung der Programmstaaten beigetragen hätten, die schließlich durch die Bankenrettung, wegfallende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben in der Finanz- und Wirtschaftskrise untragbar geworden seien. Die Mitverantwortung Deutschlands an der Eurokrise sieht ver.di nicht nur in der Kostensenkungsstrategie der deutschen Exportindustrie, sondern auch in der durch Spekulation gekennzeichneten Kreditvergabe deutscher Banken in die Programmstaaten. Vgl. Ver.di (2011): Wirtschaftspolitische Informationen 3/2011: Krise der Eurozone – solidarisch aus der Krise.

mit den beschriebenen wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Realitäten. Dass diese Realitäten Vorgaben der EU-Verträge folgen würden, die „Verfassungsrang und damit quasi Ewigkeitscharakter“ hätten und Mitgliedstaaten unabhängig von deren Verfassungen und politischen Mehrheiten auf ein „neoliberales Modell“ festlegen würden, stellte das „Europamanifest“ ins Zentrum der Kritik des europäischen Demokratiedefizits (S. 47 f.). Dadurch leiste die EU rechtsnationalen Parteien Vorschub. Abschließend fordert ver.di unter dem Motto „Nicht weniger, sondern mehr Europa, aber anders!“ (S. 47) eine „europaweite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Union“ (S. 48), an deren Ende ein neuer EU-Vertrag stehen solle.

Der „Marshallplan für Südeuropa“

Den detaillierten Vorschlag eines „Marshallplans für Südeuropa“ als Ausweg aus der Eurokrise publizierten Dierk Hirschel, ver.di-Ökonom und später Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des ver.di-Bundesvorstands, und Klaus Busch, Universitätsprofessor und europapolitischer Berater von ver.di, im Sommer 2011.¹²⁹ Anlässlich des zweiten Kreditprogramms für Griechenland argumentieren Hirschel und Busch, dass die Sparpolitik das Wirtschaftswachstum abwürgen und den Schuldenberg vergrößern würden, wodurch ein drittes Hilfsprogramm unvermeidlich werde. Hirschel und Busch bringen zunächst einen Schuldenschnitt unter Beteiligung privater Gläubiger ins Spiel, verweisen aber auf die Ansteckungsrisiken für die betroffenen Gläubiger und darauf, dass Steuerzahler letztlich dafür gerade stehen müssten. Auch die Folgen eines Austritts Griechenlands aus dem Euro stufen die Autoren als unberechenbar und potentiell fatal für die europäische Integration ein. Daran schließen sie eine Kritik an der Bundesregierung und ihrer an nationalen Interessen ausgerichteten Krisenpolitik an, die sich Eurobonds verweigere, obwohl dadurch die Spekulation gegen einzelne Euro-Mitglieder beendet würde und Deutschlands Wirtschaft ein essentielles Interesse am Fortbestand des gemeinsamen Währungsraums habe.

Dieser Bestandsaufnahme folgt die Forderung, die tatsächlichen Ursachen der Krise anzugehen und so den Euro zukunftsfähig zu machen. Die Krisenursachen sehen die Autoren „in der Fehlkonstruktion des Maastrichter Vertrages, in entfesselten Finanzmärkten und zunehmenden innereuropäischen Ungleichgewichten“ (S. 6). Fehlkonstruktionen stellen Hirschel und Busch in der mangelhaften Koordinierung der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik und der schädlichen fiskalischen Koordinierung durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt fest sowie in dem Verbot der Staatsschuldenfinanzierung durch die Europäische Zentralbank. Ihre Lösungsvorschläge bestehen in einer „Radikalreform“ (S. 8), deren zentraler Bestandteil die Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung sein solle, die demokratisch legitimiert und in der Lage sein müsse, „künftige Krisen konjunkturpolitisch effektiv [zu] bekämpfen und eine gemeinsame, europäische Schuldenpolitik auf[zulegen]“. Eurobonds nicht nur für zukünftige, sondern bestehende Staatsschulden

¹²⁹ Vgl. Busch, Klaus / Dierk Hirschel (2011): Ein Marshallplan für Südeuropa. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/2011, S. 5-8. Einen „Marshallplan“ hatte Hirschel bereits zuvor schlagwortartig in einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gefordert, vgl. Hirschel, Dierk (2011): Europa am Scheideweg. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2011, S. 15.

erachten Hirschel und Busch ebenso für notwendig wie niedrige Zinsen für Notfallkredite, eine weitgehende Finanzmarktregulierung inklusive einer öffentlichen europäischen Ratingagentur und den Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank, um die Euro-Staaten aus der „Geiselhaft der Finanzmärkte“ zu befreien (S. 7). Außerdem halten die Autoren einen europäischen Finanzausgleich für geboten, um Entwicklungsunterschiede abzumildern. Kurzfristig fordern Hirschel und Busch ein Ende der Sparpolitik und einen Investitions- und Entwicklungsplan für die Programmstaaten, einen „Marshallplan für Südeuropa“, der Wachstum stimulieren und Arbeitslosigkeit abbauen sollte durch umfangreiche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz. Umgekehrt sollten die Überschussländer ihre Binnennachfrage in Schwung bringen, „um ihre verheerende Exportstrategie zu Lasten der wirtschaftlich schwachen Staaten abzubauen“ (S. 7). Der „Marshallplan“ sollte auf europäischer Ebene ergänzt werden durch einen „New Deal“, über den Investitionen in die gemeinsame europäische Transport- und Kommunikationsinfrastruktur und in den Umweltschutz geleistet werden sollten, die Wachstumsimpulse setzen könnten. Die Vorschläge von Hirschel und Busch wurden in der Folge vom DGB aufgenommen (s.u.).

Verdis Forderungen an die EU-Krisenpolitik umfassen unter dem Strich

- den Verzicht auf die Sparprogramme,
- ein europäisches Investitionsprogramm für Infrastruktur, Umweltschutz, Bildung und Forschung,
- die Erhöhung von Löhnen und öffentlichen Ausgaben in den Überschussländern,
- die wechselseitige Garantie der Staatsanleihen im Euroraum: Eurobonds sowohl für bestehende als auch für zukünftige Staatsschulden,
- eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die konjunktur- und verteilungsgerecht stattfindet, indem sie sich weniger auf Ausgabenkürzungen, sondern vor allem auf Steuermehreinnahmen durch Unternehmen und Vermögende stützt,
- die Entkopplung der Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten durch eine „Europäische Bank für öffentliche Anleihen“, die in Krisen Staatsanleihen aufkauft, bei der EZB hinterlegt und dafür Geld zu günstigen Konditionen an Euro-Staaten weitergibt, um so auch die Zinserwartungen privater Anleger zu drücken,
- die Rolle eines „lender of last resort“ für die EZB in der Form, dass der Hilfsfonds EFSF mit einer Banklizenz ausgestattet wird, um bei der EZB Geld leihen und damit unbegrenzt und niedrig verzinst Staatsanleihen kaufen zu können,
- kurzfristig eine enger koordinierte europäische Finanzpolitik, die auf den Abbau von Ungleichgewichten zielt,
- mittelfristig eine europäische Wirtschaftsregierung als Gegengewicht zur europäischen Geldpolitik, die neben ausgeglichenen Leistungsbilanzen Vollbeschäftigung und qualitatives Wachstum anstrebt,
- die weitere Demokratisierung der EU, um die Wirtschaftsregierung zu legitimieren,
- lohnpolitische Koordinierung in Europa durch die Gewerkschaften, wofür diese aber gestärkt werden müssen erstens durch die Rücknahme

arbeitsmarktpolitischen Reformen wie etwa der Ausdehnung der Leiharbeit, zweitens durch Mindestlöhne, gleiche Entlohnung der Leiharbeit und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen,

- eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte durch eine öffentliche Zulassungsstelle für Finanzprodukte, schärfere Eigenkapitalregeln, Mindestregulierungsvorschriften für Institute wie Hedge Fonds und die Trennung von Kundengeschäft und Investmentbanking bei systemrelevanten Banken. Der Finanzsektor soll wieder auf seine „dienende Funktion“ gegenüber der Realwirtschaft zurückgeführt werden.¹³⁰

5.3 Ver.di's Aktivitäten in der Finanz- und Eurokrise

Finanzkrise

Eine Skizzierung von ver.di's Aktivitäten im Zuge der internationalen Finanzkrise ab Herbst 2008 soll einen Kontext bilden für die Einordnung der Aktivitäten in der Eurokrise, die in der Folge vorgestellt werden und im Rahmen derer die Finanzkrise als Ursache der Eurokrise gewertet wurde.

Ver.di's Organisationsbereiche waren in der Wahrnehmung sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten deutlich weniger von der Krise betroffen als die exportorientierten Sektoren (Möller 2010: 331; Bispinck et al. 2011). Ver.di reagierte auf die Geschehnisse auf den Finanzmärkten dennoch mit großer Entrüstung, die sich unmittelbar nach Ausbruch der Krise in zwei Pressemitteilungen im September und Oktober 2008 Luft machte: Ver.di geißelte die „Gier nach maximaler Rendite“ und forderte strengere Regulierung in Form des Verbots bestimmter Geschäfte, wirksamer Risikovorschriften, höherer Eigenkapitalquoten und öffentlicher Ratingagenturen.¹³¹ Außerdem mahnte ver.di eine „moralische Erneuerung der Finanzkonzerne“ an, Bankangestellte dürften keine „Drückerkolonnen“ für Finanzprodukte sein, ferner müssten Staatshilfen an die Bedingung geknüpft werden, Entlassungen auszuschließen.¹³²

Bezogen auf die europäische Ebene plädierte der damalige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske für eine Zinssenkung der EZB und reagierte mit Unverständnis, als der Leitzins stattdessen erhöht wurde.¹³³ Daneben begrüßte er den Vorschlag des damaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy einer europäischen Wirtschaftsregierung. Europa müsse mit gemeinsamen Konjunkturlösungen koordiniert gegen die Krise vorgehen, der europäischen Geldpolitik müsse eine gleichwertige europäische Fiskalpolitik an die

¹³⁰ Vgl. Ver.di (2011): Wirtschaftspolitische Informationen 3/2011: Krise der Eurozone – solidarisch aus der Krise; Ver.di (2012): Wirtschaftspolitische Informationen 2/2012: Eurokrise ohne Ende.

¹³¹ Vgl. Ver.di (2008): Renditegier erfordert dringend Regulierung der Finanzmärkte. Pressemitteilung vom 19.09.2008.

¹³² Vgl. Ver.di (2008): ver.di fordert moralische Erneuerung der Finanzkonzerne - Bankangestellte kommen sich wie „Drückerkolonnen“ vor. Pressemitteilung vom 24.10.2008.

¹³³ Vgl. Ver.di (2008): ver.di: Deutliche Zinssenkung der Europäischen Zentralbank ist überfällig. Pressemitteilung vom 2.10.2008; Ver.di (2008): ver.di kritisiert Entscheidung der EZB. Pressemitteilung vom 2.10.2008.

Seite gestellt werden.¹³⁴ Programmatisch fasste ver.di ihre Positionen zur Regulierung der Finanzmärkte 2012 in einem Diskussionspapier zusammen: Ausgehend von der Kernforderung, dass Finanzmärkte „vom Herrscher zum Diener der Realwirtschaft“ werden müssten, argumentierte ver.di u.a. für eine Finanztransaktionssteuer, eine strengere Aufsicht über Banken und Finanzprodukte, höhere Eigenkapitalquoten der Banken, die Abspaltung des Investmentbankings bei systemrelevanten Geldinstituten und die Gründung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur.¹³⁵

Nachdem der öffentliche Dienst in den Jahren bis 2007 nur sehr bescheidene Lohnabschlüsse erreicht hatte (Keller 2014: 395), bestand ver.di's tarifpolitisches Ziel in der Krise darin, die „Massenkaufkraft“ zu stärken. So organisierte ver.di 2009 Warnstreiks bei der Deutschen Telekom, in der Druckindustrie, im Einzelhandel und im öffentlichen Dienst sowie einen Streik im Sozial- und Erziehungsdienst und konnte überall Lohnerhöhungen von mindestens zwei Prozent durchsetzen.¹³⁶ Auch in der seit 2008 laufenden Tarifrunde für das Bankgewerbe konnte ver.di trotz Bankenkrise nach anfänglicher Forderung einer Lohnerhöhung von acht Prozent im Frühjahr 2009 schließlich 2,5 Prozent und eine Einmalzahlung aushandeln.¹³⁷

Im Dezember 2008 beschloss der ver.di-Gewerkschaftsrat eine Resolution zur Finanzkrise unter dem Titel „Aktiv werden für eine soziale Antikrisenpolitik!“.¹³⁸ Darin brachte ver.di die Finanzkrise mit der Aufblähung der Finanzmärkte durch eine steuerpolitische Vermögens- und Einkommensumverteilung von unten nach oben in Verbindung und beklagte, dass Verluste und Risiken der Gesellschaft aufgebürdet würden statt den Verantwortlichen und Profiteuren der Krise. Die Resolution forderte u.a. die Reregulierung der Finanzmärkte und groß angelegte Konjunkturprogramme, die mehr auf öffentliche Beschäftigung und weniger auf Steuervergünstigungen, Kredite und Subventionen für Unternehmen ausgerichtet sein und in Deutschland über drei Jahre 50 Milliarden Euro jährlich betragen sollten. Den Kern der gewerkschaftlichen Reaktion sollten laut der Resolution Mitglieder mobilisierung und gesellschaftliche Bündnisse bilden:

„Die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und Alternativen zur herrschenden Politik erfordert politischen Druck durch soziale Mobilisierung. Die Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Entwicklung und Vertretung eigenständiger Positionen, die Aufklärung und die Mobilisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Interessen ist ständige gewerkschaftliche Aufgabe auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen. Das Dogma des Neoliberalismus von den freien Märkten, die allen Wohlstand bringen, ist unglaubwürdig geworden. Jetzt ist die Zeit gekommen, um für eine andere, eine sozial gerechte, solidarische und ökologisch verantwortungsvolle Politik zu mobilisieren. Ver.di ruft alle Mitglieder auf, in den Betrieben und Verwaltungen, in der

¹³⁴ Vgl. Ver.di (2008): Bsirske unterstützt Sarkozy-Vorschlag einer europäischen Wirtschaftsregierung. Pressemitteilung vom 22.10.2008.

¹³⁵ Vgl. Ver.di (2012): Finanzmarktkrise ohne Ende? Vorschläge für eine neue Finanzmarktarchitektur.

¹³⁶ Vgl. Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2010): Die Krisenreaktion der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 62 (9), S. 492.

¹³⁷ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (o.J.): Tarifrunde 2009 Abschlüsse.

¹³⁸ Vgl. Ver.di Gewerkschaftsrat (2008): Beschluss des Gewerkschaftsrates vom 5. Dezember 2008: „Aktiv werden für eine soziale Antikrisenpolitik!“.

Arbeit wie in der Freizeit für diese Politik zu werben. Dabei suchen wir Bündnisse mit Sozialverbänden, Kirchen, sozialen Initiativen und Bewegungen. [...] Die europäische und internationale Zusammenarbeit und Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht muss gestärkt werden. Verstärkt sind Formen international abgestimmter Aktionen für eine soziale Politik in Europa zu entwickeln.“¹³⁹

Die Resolution verwies auf konkrete Vorhaben in Zusammenarbeit etwa mit der globalisierungskritischen Bewegung Attac,¹⁴⁰ auf europäische Gewerkschaftsaktionen und einen Kapitalismuskongress des DGB (s.u.). Im Januar 2009 veranstaltete ver.di gemeinsam mit Attac, Friends of the Earth und anderen Gruppen in Paris einen Kongress, um das Vorgehen gegen die Krise auf europäischer Ebene zu koordinieren.¹⁴¹ Attac organisierte im März 2009 einen Kapitalismuskongress in Berlin, zu dem ver.di aufrief und an dem sich Frank Bsirske als Redner beteiligte. Mit der Orientierung an Mitgliedern und Öffentlichkeit definierte der Gewerkschaftsrat schon in der Finanzkrise inhaltliche und strategische Ausrichtungen, die die vorliegende Arbeit für die Eurokrise erwartet.

Auch der damalige Leiter der ver.di-Bundesvorstandsabteilung „Politik und Planung“ Wolfgang Uellenberg-van Dawen betonte die Kooperation mit gesellschaftlichen Bewegungen und mit „gewerkschaftsnahen Kräften aus den Parteien“, argumentierte aber, dass ver.di ihren Forderungen letztlich nur über die Mobilisierung der Mitglieder Nachdruck verleihen könne.¹⁴² In der Mitgliederzeitung gab sich ver.di kämpferisch: Die Titelseite der ersten *PUBLIK*-Ausgabe des Jahres 2009 zeigte ein Foto der Proteste in Frankreich mit der Überschrift „Bis die Straße kocht“ und der Unterzeile „Auch ver.di ruft auf zum Massenprotest“.¹⁴³ Die Titelseite der folgenden Ausgabe war nicht gewählten Protagonisten in Verbänden, Finanzwirtschaft und europäischen und internationalen Finanzinstitutionen gewidmet, denen zugeschrieben wurde, in der Krise weiterzumachen wie zuvor.¹⁴⁴ Auf der Titelseite der dritten Ausgabe 2009 schließlich rief Frank Bsirske zur Teilnahme an einer Großdemonstration in Berlin unter dem Motto „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit! Profiteure zur Kasse!“ auf, die Teil eines „European Action Day“ des EGB war mit zeitgleichen Demonstrationen in Berlin, Brüssel, Prag und Madrid.¹⁴⁵ In Berlin hatte die Demonstration, auf deren Kundgebung Frank Bsirske eine Rede hielt, 100.000 Teilnehmer, die Gesamtzahl in den europäischen Städten wurde auf 350.000 Menschen beziffert. Ab ihrem Ausbruch im Herbst 2008 nahm die Finanzkrise damit fünf von sechs Titelseiten der in diesem Zeitraum erschienenen *PUBLIK*-Ausgaben ein.

¹³⁹ Vgl. *ibid.*, S. 4, 6.

¹⁴⁰ Ver.di ist Mitglied bei Attac, ebenso wie die DGB-Gewerkschaft Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und anders als die IG Metall und der DGB, von denen lediglich einige regionale bzw. lokale Gliederungen unter den Attac-Mitgliedsorganisationen zu finden sind, vgl. Attac (o.J.): Mitgliedsorganisationen.

¹⁴¹ Vgl. Ver.di Gewerkschaftsrat (2008): Beschluss des Gewerkschaftsrates vom 5. Dezember 2008: „Aktiv werden für eine soziale Antikrisenpolitik!“, S. 5.

¹⁴² Vgl. Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2009): Gewerkschaften und Parteien. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 22 (4), S. 98.

¹⁴³ Vgl. *PUBLIK*, 1+2/2009, Titel: Bis die Straße kocht.

¹⁴⁴ Vgl. *PUBLIK*, 3/2009, Titel: Die machen einfach weiter.

¹⁴⁵ Vgl. *PUBLIK*, 4/2009, Titel: Wir sind die Vielen.

Darauf folgte eine Sonderbeilage zur Mobilisierung für den „European Action Day“, in der wiederum Frank Bsirske zur Teilnahme aufrief, aber auch Beschäftigte ihre Protestteilnahme begründeten. Der Titel der Sonderausgabe wendete sich gegen Spekulation, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und forderte eine nachhaltige europäische Investitionspolitik und ein sozial-ökologisches Umsteuern in Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei wurden die gleiche Betroffenheit europäischer Beschäftigter herausgestellt und Demonstrationen als einzige Möglichkeit bewertet, sich gemeinsam mit Beschäftigten in ganz Europa Gehör zu verschaffen.¹⁴⁶ Auf dem Titel der Sonderbeilage war ein Foto einer Demonstration in Wien im Rahmen eines globalen zivilgesellschaftlich organisierten Aktionstags Ende März 2009 aus Anlass des G20-Gipfels in London abgedruckt. Zu diesem Protesttag des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ hatten Bsirske und der ver.di-Bundesvorstand allerdings nicht aufrufen wollen, wenngleich viele ver.di-Gliederungen trotzdem zu den deutschen Demonstrationen mit 55.000 Teilnehmern in Berlin und Frankfurt mobilisiert hatten. Bsirske begründete seine Zurückhaltung in einem Brief an alle ver.di-Ebenen damit, die Mobilisierung ausschließlich auf den „European Action Day“ fokussieren zu wollen. Er halte es nicht für realistisch, „binnen eineinhalb Monaten zweimal zu zentralen Demonstrationen in Berlin zu mobilisieren“.¹⁴⁷ Den „European Action Day“ wollte Bsirske dagegen mit der deutschen Mindestlohnkampagne und verstärkter Involvierung der lokalen Ebene verbinden.¹⁴⁸ Bei dieser Erwägung mag außerdem eine Rolle gespielt haben, dass ver.di zeitgleich für Streiks in der Tarifrunde des Sozial- und Erziehungsdiensts mobilisieren musste, an denen sich zehntausende Beschäftigte beteiligten und deren Höhepunkt eine zentrale Kundgebung mit 30.000 Teilnehmern Mitte Juni in Köln war.¹⁴⁹

Gegen diese Entscheidung appellierte das „Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften“ in einem offenen Brief an die Vorstände des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, gemeinsam eine „Strategie der globalen Solidarität“ zu entwickeln, keinen Dumpingwettbewerb und „Rückfall in nationalen Standortkorporatismus“ zuzulassen und für das Engagement in gesellschaftlichen Bündnissen zu mobilisieren.¹⁵⁰ Der ver.di-Bezirk Stuttgart hatte nicht nur zu den zivilgesellschaftlichen Demonstrationen aufgerufen, sondern neben lokalen Veranstaltungen zur Finanzkrise bereits zum Weltspartag im Herbst 2008 in Stuttgart eine gemeinsame Demonstration mit Attac organisiert.¹⁵¹ In einem Artikel für die Zeitschrift *Sozialismus* schrieb Bernd Riexinger, damals ver.di-Bezirksgeschäftsführer in Stuttgart, die hohe Teilnehmerzahl sowohl beim zivilgesellschaftlichen als auch beim gewerkschaftlichen Aktionstag strafe „die aus den eigenen Reihen kommende Behauptung Lüge, man könne innerhalb von sechs Wochen nicht zwei Demonstrationen

¹⁴⁶ Vgl. *PUBLIK*, Extra Aktionstag 2009.

¹⁴⁷ Vgl. Ver.di (2009): Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an Mitglieder des Gewerkschaftsrates, Bezirksvorsitzende, Landesbezirksvorsitzende, Landesbezirksfachbereichsvorsitzende, Bundesfachbereichsvorsitzende, BezirksgeschäftsführerInnen, LandesbezirksfachbereichsleiterInnen, Landesbezirksleitungen: Europaweite Demonstrationen. Dessen unbeschadet reklamiert ver.di den Aktionstag von „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ auf dem Zeitstrahl auf ihrer Homepage für das Jahr 2009 als einen ihrer Erfolge, vgl. Ver.di (o.J.): Zeitstrahl.

¹⁴⁸ Vgl. dazu auch Lee, Felix (2009): Wer am meisten kritisiert, gewinnt. *taz – die tageszeitung*, 9.03.2009.

¹⁴⁹ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2009): Tarifrunde 2009 Sozial- und Erziehungsdienst.

¹⁵⁰ Vgl. Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften (2009): Offener Brief an Bundesvorstand des DGB und Bundesvorstände der DGB-Gewerkschaften.

¹⁵¹ Vgl. *PUBLIK*, 11/2008, Stuttgart: Das Kasino schließen; *PUBLIK*, 1+2/2009, Stuttgart: Wir bezahlen eure Krise nicht!

organisieren“. Riexinger forderte die Gewerkschaften auf, ihr „politisches Mandat offensiv wahrzunehmen und massiven Druck auf die politischen Kräfte auszuüben“. Für einen wirtschaftlichen Systemwechsel dürfe auch das Mittel des politischen Streiks kein Tabu mehr sein.¹⁵²

Das Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ organisierte im Herbst 2009 und Frühjahr 2010 zwei weitere Aktionstage mit sinkenden Teilnehmerzahlen. Der ver.di-Funktionär Wolfgang Uellenberg-van Dawen bilanzierte daher 2010, dass „eine gesellschaftliche Protestbewegung gegen die Verursacher der Krise“ nicht zustande gekommen sei, da Umfragen gezeigt hätten, dass zwei Drittel der Deutschen die Krise nicht als bedrohlich empfunden hätten.¹⁵³ Mitte 2010 mobilisierten DGB und ver.di schließlich doch für das Bündnis. Ein gemeinsamer Aktionstag Juni 2010 brachte in Berlin und Stuttgart 30.000 Demonstrationsteilnehmer auf die Straße.¹⁵⁴ In *PUBLIK* nahm der Aktionstag im Vorfeld allerdings nur eine Kurzmeldung im nationalen Mantel ein, während der Bezirk Stuttgart auf seiner Seite die Demonstration wie auch die vorangegangenen Aktionstage mit Ausnahme des Bezirks München, der auch zum ersten Aktionstag aufgerufen hatte, als einziger Bezirk bewarb.¹⁵⁵ (Allerdings spielte die Finanzkrise insgesamt auf den regionalen Seiten aller Bezirke eine große Rolle. Aktionen und Demonstrationen wurden etwa aus Hessen, Hamburg, Niedersachsen/Bremen und München gemeldet, s. Kapitel 6.3.1.)

Der Anstieg der zuvor gesunkenen Teilnehmerzahlen von „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ kann zum einen auf die Gewerkschaftsmobilisierung zurückgeführt werden, zum anderen aber auch auf die zeitliche Koinzidenz, dass die Bundesregierung wenige Tage zuvor ihr Sparpaket vorgestellt hatte. Die geplanten Haushaltskürzungen waren in ihrer Höhe zwar nicht mit den Sparprogrammen anderer EU-Staaten vergleichbar, bedeuteten aber die Fortsetzung bereits vor der Krise eingeschlagener Reform- und Sparpolitik (Eichhorst/Hassel 2018; Keller 2014). Die DGB-Gewerkschaften präferierten nach den beiden Konjunkturpaketen von 2008 und 2009 eine Fortsetzung keynesianischer Politik, auch ver.di hatte ein drittes Konjunkturpaket gefordert und die 2009 beschlossene nationale Schuldenbremse gegeißelt.¹⁵⁶ In der Folge kritisierten die DGB-Gewerkschaften das Sparpaket heftig und riefen mit der Kampagne „Gerecht geht anders“ drei Aktionswochen von Ende Oktober bis Mitte November für einen „heißen Herbst“ aus, um die Verteilungsgerechtigkeit der Krisenkosten zu thematisieren (s.u.). Auch das Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ demonstrierte ein weiteres Mal in Berlin an dem Tag, als der Bundestag das Sparpaket beschloss, erreichte damit aber nur noch 2.000 Teilnehmer.¹⁵⁷ Gegen

¹⁵² Vgl. Riexinger, Bernd (2009): Perspektiven des Protestes. *Sozialismus*, 7-8/2009. Dass Bernd Riexinger als besonders politischer Gewerkschafter gelten kann, bestätigte sich drei Jahre später dadurch, dass er 2012 zum Ko-Vorsitzenden der Partei Die Linke gewählt wurde.

¹⁵³ Vgl. Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2010): Die Krisenreaktion der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 62 (9), S. 491.

¹⁵⁴ Vgl. Scherschun, Nicole (2010): Zehntausende demonstrieren gegen Sparpaket. *Deutsche Welle*, 12.06.2010.

¹⁵⁵ Vgl. *PUBLIK*, 10/2009, Stuttgart: Und das ist erst der Anfang; *PUBLIK*, 4/2010, Stuttgart: Nicht wieder zu unseren Lasten; *PUBLIK*, 5/2010, Stuttgart: Auf die Straße gehen.

¹⁵⁶ Vgl. Ver.di (2009): Solidarisch aus der Krise; Ver.di (o.J.): Investitionen in die Zukunft statt Schuldenbremse. Was ist zu tun?.

¹⁵⁷ Vgl. Wrusch, Paul (2010): Sozialkürzungen beschlossen. *taz – die tageszeitung*, 26.11.2010.

Einschnitte im öffentlichen Dienst startete ver.di 2012 die Kampagne „Öffentlich ist Wesentlich“, die einen Schwerpunkt auf die finanzielle Not vieler Kommunen legte.¹⁵⁸

Tabelle 7. **Finanzkrise: Aktivitäten von ver.di und zivilgesellschaftliche Aktionen**

Jahr	Positionierung ver.di's	Gewerkschaftliche Aktivität	Gesellschaftliche Aktivität
2008	Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrats		
2009	Forderung nach drittem Konjunkturpaket	– Kongresse mit Attac – „European Action Day“ – Verstärkung der Tarifpolitik	– „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ – „Steuer gegen Armut“
2010		– „Gerecht geht anders“ – hohe Tarifforderungen	„Wir zahlen nicht für Eure Krise“
2011		hohe Tarifforderungen	„Occupy“
2012	– Positionspapier „Finanzkrise ohne Ende“ – zur Bundestagswahl 2013: Vermögensbesteuerung, Mindestlohn		

Tabelle 7: Zentrale Aktivitäten von ver.di und gesellschaftliche Proteste in Folge der Finanzkrise.

Die deutsche Wirtschaft hatte sich 2010 nach dem starken Einbruch des Vorjahres von 4,7 Prozent rasch erholt und war um 3,6 Prozent gewachsen, die Lage am Arbeitsmarkt entspannte sich.¹⁵⁹ Dies bildete den Kontext für hohe Lohnforderungen und Tarifauseinandersetzungen der Gewerkschaften, die die politischen Konflikte ablösten. In die Tarifrunde 2010 des öffentlichen Diensts des Bundes und der Gemeinden ging ver.di mit einem Forderungspaket, das einem Gesamtvolumen einer Tarifierhöhung um fünf Prozent entsprach. Auch in der Tarifrunde 2011 stellte ver.di in mehreren Branchen hohe Forderungen: bei der Deutschen Telekom und bundeslandbezogen im Einzelhandel bis zu 6,5 Prozent, im Versicherungsgewerbe sechs Prozent, in der Druckindustrie 5,5 Prozent und im öffentlichen Dienst der Länder drei Prozent zuzüglich eines Sockelbetrags.¹⁶⁰ Die begleitenden Streiks bezogen sich mit dem Motto „Jetzt sind wir dran“ auf die üppige staatliche Bankenrettung und die verbesserte Wirtschaftslage.¹⁶¹ In allen genannten Branchen kam

¹⁵⁸ Vgl. Ver.di (o.J.): Dokumentation Öffentlich ist Wesentlich. Für eine soziale Gesellschaft und gute Arbeit.

¹⁵⁹ Vgl. o.V. (2010): Deutsche Wirtschaft wächst um 3,6 Prozent. *Tagesschau*, 12.01.2011.

¹⁶⁰ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2010): Tarifrunde 2010 Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (o.J.): Tarifrunde 2011 Forderungen.

¹⁶¹ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2011, Baden-Württemberg: Zeit zu streiken.

es mindestens zu Warnstreiks, teils zu Streiks, 2011 beschloss der ver.di-Bundesvorstand 158 Arbeitskampftaktivitäten, 2012 erhöhte sich die Zahl auf den Rekordwert von 188 (Lesch 2016: 32).

Insgesamt illustrieren ver.di's Aktivitäten in der Finanzkrise, dass ver.di Outsiderstrategien in Form von Demonstrationen und punktuellen Kooperationen mit sozialen Bewegungen nutzte, es aber Unterschiede zwischen den ver.di-Ebenen und den ver.di-Bezirken in der Konfliktfreude, der Interpretation eines politischen Mandats und der Einschätzung des Mobilisierungspotentials der Mitglieder gab. Die Intensität der Demonstrationen in Stuttgart kann auch mit den dortigen Protesten gegen das Bahnprojekts „Stuttgart 21“ in Verbindung gebracht werden, die 2010 ihren Höhepunkt fanden. Dies unterstreicht das Potential gewerkschaftlicher Kooperation mit lokalen Bewegungen. Andererseits fällt die Divergenz zwischen der kämpferischen Rhetorik zu Beginn der Finanzkrise und den Bedenken Frank Bsirskes zum Mobilisierungspotential der ver.di-Mitglieder auf.

Eurokrise

Die folgende Darstellung von ver.di's Aktivitäten der Interessenvertretung zur Eurokrise umfasst den Zeitraum zwischen dem Beginn der Eurokrise Anfang 2010 und dem finalen Hilfspaket für Griechenland im Sommer 2015. Im Jahr 2010 reagierte ver.di hauptsächlich mit Pressemitteilungen und der Überarbeitung des „Europamanifests“ auf die Eurokrise. Die ersten Monate des Jahres waren für ver.di thematisch von der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst Bund und Gemeinden bestimmt, bei der ver.di im Februar Warnstreiks mit insgesamt 115.000 Teilnehmern organisierte.¹⁶² In der Folge richtete sich ver.di's Aufmerksamkeit auf das geplante Sparpaket der Bundesregierung, gegen das im Juni in Berlin und Stuttgart demonstriert wurde. Im Anschluss daran fokussierte ver.di auf die DGB-Kampagne „Gerecht geht anders“ (s.u.). Den „European Action Day“ des EGB Ende September, der insgesamt 100.000 Menschen für einen Generalstreik in Spanien und Demonstrationen in Brüssel, Warschau und Dublin mobilisierte, behandelte *PUBLIK* lediglich im Nachhinein mit einer Kurzmeldung. Dabei fällt auf, dass der zentrale Aktionstag von „Gerecht geht anders“, zu dem ver.di mobilisierte, nur zwei Wochen später stattfand, was eine Prioritätensetzung zugunsten der gewerkschaftlichen Herbstaktionen nahelegt. Die Kurzmeldung beschrieb den „European Action Day“ als die „größte soziale Bewegung, die bisher in Europa gegen Entscheidungen der EU organisiert wurde“.¹⁶³

Auch 2011 bestand ver.di's Aktivität zur Eurokrise hauptsächlich aus Publikationen: Im Januar 2011 verabschiedete der ver.di-Bundesvorstand einen Beschluss zur Eurokrise.¹⁶⁴ *PUBLIK* berichtete über den „European Action Day“, bei dem im April 50.000 Menschen in Budapest demonstrierten, wiederum erst hinterher, und gar nicht über den „European

¹⁶² Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2010): Tarifrunde 2010 Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden.

¹⁶³ Vgl. *PUBLIK*, 10/2010, International: Europaweite Proteste.

¹⁶⁴ Vgl. Ver.di (2011): Krise in der Eurozone – Solidarisch aus der Krise. Beschluss des ver.di Bundesvorstands am 24.01.2011.

Action Day“ im September in Wroclaw.¹⁶⁵ Im Sommer 2011 publizierten ver.di-Funktionäre den „Marshallplan für Südeuropa“, im Herbst legitimierte der ver.di-Bundeskongress die Positionierung des Bundesvorstands und des Gewerkschaftsrats zur Eurokrise (s. Kapitel 7.1). Auf den „Marshallplan“ folgte die Mitarbeit ver.di am „4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa“ des DGB, das im Winter veröffentlicht wurde.¹⁶⁶ Außerdem beteiligte sich ver.di mit der Unterschrift ihres damaligen Vorsitzenden Frank Bsirske an der Anzeigenkampagne des DGB, mit der die Abgeordneten des Bundestags aufgefordert wurden, der Einrichtung des europäischen Hilfsfonds EFSF zuzustimmen, da es „aktuell keinen anderen Weg“ gebe, „[u]m das europäische Projekt zu verteidigen“ (s.u.).¹⁶⁷ Um diese Positionen zur Eurokrise in der Organisation zu verbreiten, produzierte der ver.di-Bundesvorstand im November 2011 eine Broschüre zur Eurokrise für die ver.di-Bezirk.¹⁶⁸

Als sich selbst konservative Medien schon zu wundern begannen, warum in einem Jahr zahlreicher internationaler Proteste „in Deutschland kaum jemand auf die Straße geht“,¹⁶⁹ startete Mitte Oktober 2011 die „Occupy“-Bewegung in Deutschland. Ausgehend von einem weltweiten Aktionstag am 15. Oktober, an dem in 50 deutschen Städten 40.000 Menschen teilnahmen, gründete sich in Frankfurt das zentrale „Occupy“-Camp im Bankenviertel (Décieux/Nachtwey 2014: 75).¹⁷⁰ Von da an fanden im Herbst 2011 in Frankfurt und anderen deutschen Städten im wöchentlichen Rhythmus Demonstrationen statt, die Teilnehmerzahlen sanken allerdings.¹⁷¹ Als das „Occupy“-Camp in Frankfurt 2012 seiner polizeilichen Räumung harzte, formierte sich mit „Blockupy“ ein neuer zivilgesellschaftlicher Akteur, dessen zentraler Fokus auf dem Widerstand gegen die EU-Krisenpolitik lag und der im Mai 2012 erste Aktionstage in Frankfurt veranstaltete (s. Kapitel 7.3). Um sich mit den Zielen von „Occupy“ zu solidarisieren, organisierten die zivilgesellschaftlichen Gruppen Attac, Campact und die Naturfreunde Deutschlands Mitte November 2011 den Aktionstag „Banken in die Schranken“, an dem in Frankfurt 10.000 Demonstranten das Bankenviertel und in Berlin 8.000 Demonstranten das Regierungsviertel umzingelten. Zu den Unterstützern der Berliner Demonstration gehörte der Berliner ver.di-Bezirk, die Bundesebene rief nicht dazu auf.¹⁷² Denkbar ist auch hier eine Prioritätensetzung zugunsten eigener Mobilisierungspläne, diesmal in der wirtschaftlichen Sphäre der Tarifrunde 2012 des öffentlichen Diensts Bund und Gemeinden. Ende November 2011 kündigte Frank Bsirske hierfür hohe Forderungen an.¹⁷³ Die Tarifrunde fiel in die erste Jahreshälfte

¹⁶⁵ Vgl. *PUBLIK*, 4/2011, Politik: Mehr Europa wagen; *PUBLIK*, 5/2011, International: Gegen Sparpolitik.

¹⁶⁶ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2007-2011, S. 98.

¹⁶⁷ Vgl. *PUBLIK*, 10/2011, Brennpunkt: Geiseln der Banken.

¹⁶⁸ Vgl. Ver.di (2011): Achtung: Europa in Gefahr. Ein soziales Europa geht anders!. Die Broschüre beschränkte sich auf Informationen und enthielt abgesehen von dem Aufruf „Wehren wir uns gemeinsam“ keine direkte Ansprache bzw. Interessenbildung und Mobilisierung der Mitglieder. Solidarität mit den Programmstaaten spielte ebenfalls keine Rolle, allerdings wurde gefordert, „Europa solidarisch um[zu]bauen“, indem die Einkommensentwicklung, Steuern und Sozialausgaben europäisch koordiniert werden sollten. Steuergerechtigkeit, ein steigender Anteil der Löhne am BIP und die Reform der Rentensysteme wurden als gemeinsame Interessen der Beschäftigten in Europa definiert.

¹⁶⁹ Vgl. Hollstein, Miriam (2011): Warum in Deutschland kaum jemand auf die Straße geht. *Die Welt*, 13.10.2011, S. 8.

¹⁷⁰ Vgl. auch Moog, Insa (2011): Occupy Germany: Proteste auf den Straßen. *Deutsche Welle*, 15.10.2011.

¹⁷¹ Vgl. Kaul, Martin (2011): Wo sind die 99 Prozent? *taz – die tageszeitung*, 22.10.2011.

¹⁷² Vgl. Attac (2011): Morgen in Frankfurt und Berlin: „Banken in die Schranken!“; o.V. (2011): „Banken in die Schranken“. *Süddeutsche Zeitung*, 12.11.2011.

¹⁷³ Vgl. Wisdorff, Flora (2011): Schluss mit der Bescheidenheit. *Die Welt*, 28.11.2011, S. 13.

2012: Ver.di organisierte im Frühjahr zwei große Warnstreiks mit 130.000 bzw. 215.000 Streikenden, durch die sie Druck für eine schnelle und erfolgreiche Einigung aufbauen konnte und einen Tarifabschluss mit einer Lohnerhöhung von 6,3 Prozent erreichte.¹⁷⁴

Im Jahr 2012 lässt sich die größte Aktivität ver.di's zur Eurokrise beobachten, im Kern bestehend aus dem Aufruf „Europa neu begründen“, der Europäischen Bürgerinitiative „right2water“, einem „European Action Day“ und den „Drei-Länder-Wochen“ mit Gewerkschaften aus Österreich und der Schweiz. Im März 2012 unterzeichneten 25 EU-Mitgliedsstaaten den Fiskalpakt, dessen verschärfte Regeln für Staatsverschuldung und Korrekturmechanismen ver.di ebenso ablehnte wie den Verfassungsrang, der den Vertragsinhalten in den ratifizierenden Staaten zukommen sollte. Im Juni 2012 forderte Frank Bsirske daher die Abgeordneten des Bundestags in einem Brief auf, den Fiskalpakt nicht zu ratifizieren. Der Vertrag verschärfe die nationale Schuldenbremse und höhle zudem durch die fehlende Möglichkeit, den Vertrag zu kündigen, das parlamentarische Budgetrecht aus, während die nicht gewählte EU-Kommission weiter ermächtigt werde. Wirtschaftspolitisch blockiere der Pakt Investitionen, sozialpolitisch sei er eine Fortsetzung der „Kahlschlagpolitik“. Der weitgehende Verzicht auf Neuverschuldung wirke prozyklisch und in Krisen schädlich. Da der Fiskalpakt außerdem die Krisenursachen nicht beseitige, werde er zu einer Erhöhung der Staatsschulden führen, da er verhindere, dass die Programstaaten aus ihren Krisen herauswachsen können.¹⁷⁵

Im März 2012 initiierte Frank Bsirske gemeinsam mit dem DGB-Vorstandsmitglied Annele Buntenbach, dem IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban und den Wissenschaftlern Rudolf Hickel und Steffen Lehndorff den Aufruf „Europa neu begründen“.¹⁷⁶ Der Aufruf wurde in mehreren Sprachen veröffentlicht und wiederholte ver.di's Position, dass die EU-Krisenpolitik „wirtschaftspolitisch kontraproduktiv“, „sozial verantwortungslos“ und „demokratiepolitisch destruktiv“ sei. Kurzfristig seien Finanztransaktionen zu besteuern, eine gemeinsame Haftung der EU für Staatsschulden einzuführen und die Geldpolitik der EZB neben Inflations- auf Wachstums- und Beschäftigungsziele zu verpflichten. Darüber hinaus müsse die EU eine Transferunion werden, um Ungleichgewichte im Rahmen wechselseitiger Rechte und Verpflichtungen abzubauen, eine Demokratieoffensive starten, die auch Volksbefragungen einschließe, und eine „neue identitätsstiftende Leitidee“ entwickeln, um die öffentliche Akzeptanz zurückzugewinnen. Über diese Leitidee solle sich eine europäische Öffentlichkeit verständigen. „Europa neu begründen“ wünschte sich dafür „eine europäische soziale Bürgerbewegung, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt“. An deren Anfang müsse „die Ablehnung des Fiskalpakts in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens“ stehen. Der Aufruf, der auch in *PUBLIK* abgedruckt wurde,¹⁷⁷

¹⁷⁴ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2012): Tarifrunde 2012 Öffentlicher Dienst; o.V. (2012): Ver.di ringt Arbeitgebern satte Lohnerhöhung ab. *Spiegel Online*, 31.03.2012.

¹⁷⁵ Vgl. Ver.di (2012): Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Fiskalpakt.

¹⁷⁶ Vgl. Ver.di (2012): „Europa neu begründen“ – Wissenschaftler und Gewerkschafter für ein anderes Europa und gegen die selbstzerstörerische Politik des Fiskalpakts. Pressemitteilung vom 28.03.2012.

¹⁷⁷ Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!.

endete mit dem Appell, den „Weg Europas in den Ruin“ zu stoppen.¹⁷⁸ Er wurde von 3.000 Menschen unterzeichnet, unter ihnen prominente Erstunterzeichner wie der Philosoph Jürgen Habermas und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.¹⁷⁹ Von dem Aufruf ging außerdem eine Konferenz des DGB und der Rosa Luxemburg Stiftung in Essen im November 2012 aus.¹⁸⁰ Zur Wahl in Griechenland 2015 veröffentlichte „Europa neu begründen“ einen weiteren Appell, der die neue linke Regierung als Chance für Europa und ein Ende der Sparpolitik bewertete.¹⁸¹

Ab Mai 2012 beteiligte sich ver.di an der Unterschriftensammlung für die Europäische Bürgerinitiative „right2water“ („Wasser ist ein Menschenrecht“), die der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst im April eingereicht und die die EU-Kommission im Mai registriert hatte. Die Bürgerinitiative erreichte die innerhalb eines Jahres erforderliche Anzahl von Unterschriften – in Deutschland alleine rund 1,4 Millionen – und das Quorum von Mitgliedstaaten, aus denen die Unterschriften stammen müssen, bereits nach wenigen Monaten. Daraufhin musste sich die EU-Kommission mit dem Anliegen beschäftigen, sodass die öffentliche Wasserversorgung 2013 von der EU-Konzessionsrichtlinie ausgenommen wurde. Auch das Europäische Parlament unterstützte 2015 die Forderung, ein Menschenrecht auf Wasser in der EU-Gesetzgebung zu garantieren.¹⁸² Ver.di stellte die Initiative in den Zusammenhang des Widerstands gegen den von der EU auch während der Eurokrise vorangetriebenen „Liberalisierungskurs“.¹⁸³

Im Jahr 2013 unterstützten ver.di-Funktionäre den gesellschaftlichen Aufruf „Europa geht anders!“, der sich von „Europa neu begründen“ insbesondere durch die transnationale Basis seiner Unterstützer unterschied.¹⁸⁴ In der zweiten Jahreshälfte 2013 fokussierte ver.di ihren Diskurs zur Krisenpolitik auf Fragen der Verteilungs- und Steuergerechtigkeit. Ver.di engagierte sich gemeinsam mit u.a. dem Paritätischen Gesamtverband, dem Sozialverband VDK, der GEW, der DGB-Jugend und Attac ab Anfang August im Bündnis „Umfairteilen“ und gab ein Gutachten in Auftrag, das die Verfassungsmäßigkeit einer Vermögensabgabe angesichts eines außerordentlichen Finanzbedarfs aufgrund von Bankenrettung und Eurokrise prüfte und bestätigte.¹⁸⁵ Erster Höhepunkt der Kampagne war ein bundesweiter Aktionstag Ende September 2012 mit 40.000 Teilnehmern in 40 deutschen Städten. „Umfairteilen“ zielte darauf, das Thema Vermögenssteuer ins Wahljahr 2013 zu tragen, um einen für Zukunftsinvestitionen und soziale Aufgaben handlungsfähigen Staat gerecht zu finanzieren. Ver.di warb prominente Unterstützer des Anliegens, veranstaltete

¹⁷⁸ Vgl. Europa neu begründen (2012): Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!

¹⁷⁹ Vgl. www.europa-neu-begrunden.de/ [30.07.2021].

¹⁸⁰ Vgl. Rosa Luxemburg Stiftung (o.J.): Dokumentation: Europa neu begründen; vgl. dazu auch Strohschneider, Tom (2012a): Eine neue Idee für Europa? *neues deutschland*, 11.10.2012.

¹⁸¹ Vgl. Europa neu begründen (2015): Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa.

¹⁸² Vgl. Ver.di (o.J.): Wasser ist ein Menschenrecht. Von der Initiative zum Erfolg.

¹⁸³ Vgl. Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 22. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Transportarbeiter-Föderation sammelte ver.di außerdem ab 2015 Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative *Fair Transport Europe*, die in Deutschland 35.000 Unterschriften erreichte und insgesamt scheiterte. Vgl. Ver.di (o.J.): „Fair Transport Europe“ beendet - Danke für die Unterstützung.

¹⁸⁴ Vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik (o.J.): Dokumente zum Zeitgeschehen: „Europa geht anders!“.

¹⁸⁵ Vgl. Ver.di (2012): Initiative „Umfairteilen“ gestartet; Ver.di (2012): ver.di für Millionärsabgabe: Keine juristischen Bedenken dagegen.

mit Attac in Berlin einen Kongress zum Thema und veröffentlichte eine ausführliche Broschüre zu Verteilungsgerechtigkeit und Steuerpolitik.¹⁸⁶ Ferner fanden im April 2013 ein weiterer Aktionstag und kurz vor der Bundestagswahl im September 2013 zwei Demonstrationen in Berlin und Bochum statt. Die Kampagne sammelte mehr als 130.000 Unterschriften für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die vor der Bundestagswahl an die SPD übergeben wurden.¹⁸⁷ SPD, Grüne und Linke nahmen die Forderung in ihre Wahlprogramme auf.

Tabelle 8. **Eurokrise: Aktivitäten von ver.di und zivilgesellschaftliche Aktionen**

Jahr	Positionierung ver.di's	Gewerkschaftliche Aktivität	Gesellschaftliche Aktivität
2010	Überarbeitung des „Europamanifests“		
2011	– Vorstandsbeschluss „Solidarisch aus der Krise“ – „Marshallplan für Südeuropa“		„Occupy“
2012		– „Europa neu begründen“ – „Drei-Länder-Wochen“ – Brief an Bundestagsabgeordnete gegen Fiskalpakt – EBI „right2water“	„Blockupy“
2013			– „Blockupy“ – „Alter Summit“ – „Europa geht anders“
2014	– ver.di-Wahlauf Ruf vor Europawahlen – UNI Europa Manifest „Quality Jobs for Quality Services“		
2015			„Blockupy“

Tabelle 8: Zentrale Aktivitäten von ver.di und anderen deutschen und europäischen Gewerkschaften sowie gesellschaftliche Protestbewegungen in Folge der Eurokrise ab 2010.

Zum gleichen Thema organisierte ver.di mit der schweizerischen Gewerkschaft Unia und der österreichischen GPA-djp im Herbst 2012 „Drei-Länder-Wochen“ unter dem Motto

¹⁸⁶ Vgl. PUBLIK, 3/2013, Titel: Reichtum besteuern! Wir sind dafür; Ver.di (2013): Fair teilen! Höhere Löhne, Steuererechtigkeit, Sozialstaat stärken.

¹⁸⁷ Vgl. Umfairteilen (2013): 131.721 Unterschriften für gerechte Verteilung an SPD überreicht.

„Geld ist genug da“. Ziel der gemeinsamen Aktion war es, auf Betriebsebene und in der Öffentlichkeit darüber aufzuklären, woher die hohe Staatsverschuldung in Europa aus ver.di's Sicht rührte – nämlich zum einen von den hohen Aufwendungen für die Bankenrettung, Konjunkturprogramme und steigende Sozialausgaben im Zuge der Finanzkrise, zum anderen von Steuererleichterungen für Vermögende, Erben und Unternehmen. Ziel war wiederum, „der Umdeutung einer Finanzmarktkrise in eine Staatsschuldenkrise entgegen zu wirken“, die Schuldenfrage als Verteilungsfrage zu etablieren und die „Profiteure“ der Bankenrettung an den Krisenkosten zu beteiligen. Außerdem stellte Frank Bsirske in einem Brief an die Geschäftsführungen der lokalen bzw. regionalen Gliederungen ver.di's heraus, dass die Aktionen intensiv zur Mitgliederwerbung genutzt werden sollten.¹⁸⁸ Für die Legitimität bzw. Diskursmacht des Anliegens der „Drei-Länder-Wochen“ wurden in den drei Ländern repräsentative Umfragen in Auftrag gegeben, die zu dem Ergebnis kamen, dass überwältigende Mehrheiten die Verteilung der Krisenkosten für ungerecht hielten und eine Vermögensbesteuerung und öffentliche Investitionen unterstützten.¹⁸⁹ Dribbusch (2015: 180) bilanziert für die „Drei-Länder-Wochen“, dass die drei Gewerkschaften es mit ihren Aktionen nicht schafften, die aktive Unterstützung lokaler Gewerkschaftsgliederungen zu mobilisieren.

Ausgehend von drei Gewerkschaften aus krisenverschonten Staaten sollten die „Drei-Länder-Wochen“ schließlich „mit Blick auf den gemeinsamen Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 14. November 2012 [...] Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Krisenländern zeigen und die Beschäftigten dafür sensibilisieren, welche Folgen die Krisenmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa haben“.¹⁹⁰ Der Schwerpunkt der Aktionen wurde entsprechend auf die Woche vor dem „European Action Day“ gelegt. Für diesen „European Action Day“ verfasste der ver.di-Gewerkschaftsrat eine von Frank Bsirske und der damaligen Vorsitzenden des ver.di-Gewerkschaftsrats Monika Brandl unterzeichnete Solidaritätsadresse an die südeuropäischen Gewerkschaften, die an diesem Tag Generalstreiks organisierten. Neben scharfer Kritik an der EU-Krisenpolitik und dem Bekenntnis zum gemeinsamen Einsatz für ein soziales Europa hob die Solidaritätsbotschaft die „Drei-Länder-Wochen“ hervor, hielt sich ansonsten aber mit konkreten Aktionen zum „European Action Day“ zurück.¹⁹¹ Eine Aktion im ver.di-Organisationsbereich, die ver.di in einer Pressemitteilung publizierte, war eine Solidaritätsdemonstration von 650 Post-Betriebsräten am Rande einer Betriebsrätekonferenz in Dresden.¹⁹² Die übrige Zurückhaltung zum Aktionstag wird in einer von ver.di veröffentlichten Liste mit Aktionen in deutschen Städten anlässlich des „European Action Day“ deutlich, die sich zu einem großen Teil in kleinen Aktionen und Kundgebungen erschöpften: Zwar sind für Berlin, Frankfurt, Bremen und Stuttgart

¹⁸⁸ Vgl. Ver.di (2012): Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an Bezirksgeschäftsführungen, Landesbezirksleitungen, Landesbezirksfachbereichsleitungen, Bundesvorstand, GR Präsidium: Aktivitäten 2012-2013, S. 3 f.

¹⁸⁹ Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): Instrumente gegen die Krise. Befragungsergebnisse Deutschland, Österreich Schweiz.

¹⁹⁰ Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“.

¹⁹¹ Vgl. Ver.di (2012): Solidaritätsadresse des ver.di Gewerkschaftsrates zum Europäischen Aktionstag am 14. November 2012.

¹⁹² Vgl. Ver.di (2012): Europäischer Aktionstag: Post-Betriebsräte demonstrieren in Dresden. Pressemitteilung vom 13.11.2012.

Demonstrationen ausgewiesen.¹⁹³ Diese Demonstrationen erfuhren aber nur geringen Zulauf: In Berlin demonstrierten immerhin 1.000 Menschen, da auch zivilgesellschaftliche Gruppen mobilisiert hatten.¹⁹⁴ In Stuttgart wurden ebenfalls 1.000 Demonstranten gezählt – was zwei Mitglieder des ver.di-Bezirks Stuttgart angesichts einer Mitverantwortung der deutschen Exportstrategie für die Krise in einem Zeitungsartikel für zu wenig hielten und ihre Hoffnung auf verstärkte Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Protestbewegungen legten.¹⁹⁵

Eine solche Gelegenheit zur Zusammenarbeit bot sich im Sommer 2013 beim „Alter Summit“ in Athen, einem Treffen zivilgesellschaftlicher Akteure und Gewerkschaften aus 22 europäischen Ländern zu Alternativen zur EU-Krisenpolitik und Solidarität mit Griechenland, das von einem gleichnamigen Netzwerk ab 2012 vorbereitet wurde (Zajak et al. 2018: 178). Ver.di beteiligte sich am Aufruf zum „Alter Summit“ und veröffentlichte eine Pressemitteilung, in der sie für das gemeinsame Ziel eines demokratischen, sozialen und ökologischen Europas warb.¹⁹⁶ Der „Alter Summit“ verstand sich als Ausgangspunkt einer europäischen sozialen Bewegung und diskutierte in Athen ein vom Netzwerk vorbereitetes „Manifest der Menschen in Europa“, das Demokratie und ein Ende der Sparpolitik in Europa forderte.¹⁹⁷ Ver.di verließ aber – wie auch die IG Metall und die GEW – das Netzwerk nach wenigen Treffen, weil sie die deliberativen Strukturen als ineffektiv, die Medienresonanz als unzureichend, andere beteiligte Organisationen als irrelevant und den Europäischen Gewerkschaftsbund als legitimeren Kanal der europapolitischen Interessenvertretung einschätzten (Zajak et al. 2018: 179).

Zur Europawahl 2014 rief Frank Bsirske dazu auf, für einen „grundlegenden Kurswechsel in Europa und eine Stärkung des EU-Parlaments“ zur Wahl zu gehen. Das Europäische Parlament sei „der wichtigste Verbündete im Kampf gegen arbeitnehmerfeindliche Pläne der EU-Kommission“, außerdem wiederholte Bsirske die Forderung nach einem europäischen Investitionsfonds.¹⁹⁸ Auf europäischer Ebene stellte UNI Europa, der Gewerkschaftsverband der Dienstleistungsgewerkschaften, unter Beteiligung ver.di das Manifest „Quality Jobs for Quality Services“ vor, das eine europäische Dienstleistungspolitik, die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte garantiert und die Qualität von Dienstleistungen durch Bildung, Innovation und Regulierung schützt, ein Investitionsprogramm und transparent verhandelte Freihandelsabkommen forderte, die Arbeitsbedingungen verbessern. Das Manifest wandte sich an Kandidaten der Europawahl, die diese Forderungen als Wahlversprechen unterschreiben sollten.¹⁹⁹

¹⁹³ Vgl. Ver.di (2012): Streiks in Europa: Aktionstag des EGB gegen die Sparpolitik.

¹⁹⁴ Vgl. Nowak, Peter (2012): Man streikt hier nicht. *jungle world*, 22.11.2012.

¹⁹⁵ Vgl. Vogel, Sabine H. / Werner Sauerborn (2012): Zwei Schlussfolgerungen nach dem Aktionstag am 14. November. *neues deutschland*, 23.11.2012.

¹⁹⁶ Vgl. Ver.di (2013): Ein anderes Europa ist möglich – ver.di unterstützt Alternativgipfel in Athen. Pressemitteilung vom 5.06.2013.

¹⁹⁷ Vgl. Alter Summit (o.J.): Ein Manifest der Menschen in Europa.

¹⁹⁸ Vgl. Ver.di (2014): ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zum „Tag der Arbeit“: „Am 25. Mai für einen Kurswechsel in Europa stimmen“. Pressemitteilung vom 1.05.2014, vgl. dazu auch Ver.di (2014): Gehen wir zur Wahl. Für ein soziales Europa.

¹⁹⁹ Vgl. UNI Global Union (o.J.): Quality Jobs for Quality Services. A UNI Europa Services Manifesto.

Im Jahr 2015 forderte ver.di anlässlich des Regierungswechsels in Griechenland eine „faire Chance“ für einen wirtschaftlichen und politischen Kurswechsel in Griechenland und hoffte auf einen „Weckruf“ für die europäische Politik.²⁰⁰ Von da an überlagerten mit der Flüchtlingspolitik und den geplanten Freihandelsabkommen der EU andere Themen die zu diesem Zeitpunkt von allen Programmstaaten außer Griechenland ausgestandene EU-Krisenpolitik: In ver.di's Geschäftsbericht für 2015 bis 2018 spielte die Eurokrise keine Rolle mehr, akute europapolitische Themen waren zu diesem Zeitpunkt neben der Handelspolitik die angekündigte Europäische Säule sozialer Rechte und die Reform der Entsenderichtlinie.²⁰¹

Insgesamt zeigt diese Zusammenstellung, dass ver.di's Positionen durchaus elaboriert waren und insbesondere von Frank Bsirske engagiert vertreten wurden. Bei den Aktivitäten fällt aber deren begrenzte Zahl auf. Dies wird im Folgenden in den Kontext der Mobilisierungsbereitschaft von IG Metall und DGB gesetzt, da die gemeinsame Interessenvertretung über den DGB der natürliche Weg gewerkschaftlicher politischer Aktivität wäre.

5.4 DGB und IG Metall in der Eurokrise

5.4.1 Aktivitäten des DGB

Finanzkrise

Der DGB reagierte auf die internationale Finanzkrise im Herbst 2008 bereits im Dezember 2008 mit der Forderung nach einem Konjunkturpaket mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010, das öffentliche Investitionen und Konsumanreize, etwa die „Umweltprämie“ für den Kauf eines neuen Autos, enthalten sollte.²⁰² In der Folge wurde der DGB zu zwei Konjunkturgipfeln im Kanzleramt eingeladen, um die Krisenpolitik aus zwei Konjunkturpaketen, Kurzarbeit zur Verhinderung von Entlassungen und Kreditbürgschaften für Unternehmen mitzugestalten und zu legitimieren. Schon beim zweiten Gipfel zeigte die Bundesregierung kein Interesse an weitergehenden Konjunkturmaßnahmen, ihr politischer Wille zur Einbeziehung der Gewerkschaften verflog mit der wirtschaftlichen Erholung und nach der Bundestagswahl in der zweiten Jahreshälfte 2009 (Haipeter 2012).

²⁰⁰ Vgl. Ver.di (2015): Griechische Bevölkerung stimmt für einen notwendigen Kurswechsel. Pressemitteilung vom 26.01.2015.

²⁰¹ Vgl. Ver.di (2019): Geschäftsbericht 2015-2018, S. 18, 39 f. Zu ver.di's Position zur Europäischen Säule Sozialer Rechte vgl. Bsirske, Frank / Klaus Busch (2017): Diese Säule trägt nicht. *Mitbestimmung*, 08/2017. Frank Bsirske und ver.di's Europaberater Klaus Busch hatten 2013 Vorschläge zur Ausgestaltung der sozialen Dimension Europas gemacht, vgl. Bsirske, Frank / Klaus Busch (2013): A Concept For Deepening The Social Dimension Of The European Union. In: Grozelier, Anne-Marie / Björn Hacker / Wolfgang Kowalsky / Jan Machnig / Henning Meyer / Brigitte Unger (Hrsg.): Roadmap to a Social Europe. Falkensee: Social Europe Publishing, S. 62-68.

²⁰² Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2008): DGB-Konjunktur- und Wachstumsprogramm.

Daher verlegte sich der DGB auf Outsiderstrategien, die den Finanzkapitalismus stark kritisierten und gesellschaftliche Bündnisse suchten. So mobilisierte der DGB für eine Demonstration in Hamburg im Februar 2009 und für „European Action Days“ des EGB im Dezember 2008 in Straßburg und im Mai 2009 in Berlin. Unmittelbar vor dem Aktionstag im Mai 2009 veranstaltete der DGB einen „Kapitalismuskongress“ unter dem Motto „Umdenken – Gegenlenken“, den er im Herbst 2010 vor dem Hintergrund des krisenpolitischen Umschwungs hin zu Haushaltskonsolidierung fortsetzte. In der Folge des zweiten „Kapitalismuskongresses“ beantwortete der DGB das Sparpaket der Bundesregierung mit dem Aufruf „Deutschland in Schieflage“, der den Auftakt zu seinen Herbstaktionen „Gerecht geht anders“ bildete.²⁰³ Diese Kampagne umfasste Aktionen auf Betriebsebene und in der Öffentlichkeit, die laut ver.di Millionen Menschen erreichten und zu zahlreichen lokalen Bündnissen führten, und mehrere Demonstrationen mit insgesamt 150.000 Teilnehmern.²⁰⁴ Am zentralen Aktionstag am 13. November 2010 demonstrierten in Stuttgart, Dortmund, Nürnberg und Erfurt 100.000 Menschen.

Neben der Verteilung der Krisenkosten thematisierte der DGB außerdem die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland, die in der Krise zunächst leicht hätten beendet werden können, um dann während der wirtschaftlichen Erholung anstelle von Normalarbeitsverhältnissen wieder die bevorzugte Form neuer Beschäftigung zu sein. Dagegen forderte der DGB u.a. die Gleichstellung von Leiharbeit in Entlohnung und Arbeitsbedingungen und ein Ende ihres Missbrauchs und veranstaltete hierzu im Februar 2011 einen bundesweiten Aktionstag.²⁰⁵

Schließlich beteiligte sich der DGB an dem gesellschaftlichen Bündnis „Steuer gegen Armut“ zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, das mit einem offenen Brief an die Bundesregierung startete und eine Petition beim Bundestag einreichte, die innerhalb von drei Wochen 55.000 Unterzeichner fand.²⁰⁶ Im März 2011 sprach sich das EU-Parlament für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus, im Vorfeld der Abstimmung hatten DGB-Vorstandsmitglieder Briefe an EU-Abgeordnete geschickt.²⁰⁷ Insgesamt lobte Bundeskanzlerin Angela Merkel den DGB aber als konstruktiven Partner in der Krise.²⁰⁸

Eurokrise

Vor der Eurokrise hatte der DGB anlässlich der Europawahlen 2009 mit der SPD und mit den Grünen gemeinsame Positionspapiere zur Europapolitik veröffentlicht. Die Positionspapiere bekannten sich jeweils zur weiteren Zusammenarbeit in Richtung auf eine soziale Fortschrittsklausel, die in den europäischen Verträgen den Vorrang sozialer Rechte

²⁰³ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2010): Deutschland in Schieflage.

²⁰⁴ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2007-2011, S. 26 f.

²⁰⁵ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): DGB: Arbeit – sicher und fair! Pressemitteilung 010 vom 25.01.2011.

²⁰⁶ Vgl. Steuer gegen Armut (2009): Offener Brief der Kampagne; Steuer gegen Armut (2009): Petition.

²⁰⁷ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger: Europaparlament stimmt für Finanztransaktionssteuer. Pressemitteilung 029 vom 8.03.2011.

²⁰⁸ Vgl. Marschall, Birgit (2013): Merkel auf Kuschelkurs mit Gewerkschaften. *Rheinische Post*, 15.01.2013.

gegenüber Marktfreiheiten garantieren sollte.²⁰⁹ Die Eurokrise legte kurz darauf die Hürden einer europapolitischen Zusammenarbeit mit den Parteien offen, als sowohl die SPD als auch die Grünen der Krisenpolitik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP im Bundestag zustimmten (Wonka 2016; s.o.). Auf die Schließung dieser Gelegenheitsstrukturen reagierte der DGB mit einer intensiven Publikationstätigkeit zum Thema Eurokrise. Neben den im Folgenden vorgestellten Positionspapieren veröffentlichte der DGB zur Eurokrise 40 Pressemitteilungen zwischen März 2010 und Juli 2015.²¹⁰ Kiess (2019: 338) folgert aus seiner Analyse von Pressemitteilungen und Funktionärsinterviews, dass der DGB – im Gegensatz zu Industriegewerkschaften und Arbeitgeberverbänden – versuchte, „das Thema Europa für sich zu entwickeln“.

Im Mai 2010 verabschiedete der DGB zunächst eine Resolution zur Solidarität mit Griechenland, in der er umfangreiche Finanzhilfen für Griechenland forderte, die nicht an Sparauflagen geknüpft sein sollten, die wirtschaftlich kontraproduktiv seien und die Krisenfolgen auf sozial Schwache abwälzen würden. Darüber hinaus mahnte der DGB an, die Staatsfinanzierung durch eine Bank für öffentliche Anleihen von den Finanzmärkten loszulösen, die Bonität der Mitgliedstaaten nicht mehr von Ratingagenturen, sondern der Europäischen Zentralbank bewerten zu lassen, Finanzprodukte zu regulieren und Ungleichgewichte in der Eurozone solidarisch abzubauen, indem Löhne und Investitionen in Deutschland steigen sollten.²¹¹

Im Herbst 2011 schaltete der DGB von allen Vorsitzenden seiner Mitgliedsgewerkschaften unterzeichnete Anzeigen in Tageszeitungen, die die Abgeordneten des Bundestags dazu aufforderten, der Einrichtung des europäischen Hilfsfonds EFSF zuzustimmen. Die Sparpolitik gefährde die „Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur europäischen Idee“, ein Scheitern des Euro habe „weitreichende Folgen für Beschäftigung und Wohlstand“. Die Abgeordneten würden daher über die Zukunft Europas abstimmen, für die außerdem ein wachstumsförderndes Zukunftsprogramm notwendig sei, zu dessen Finanzierung Vermögende herangezogen werden sollten.²¹² Für die EFSF plädierte der damalige DGB-Vorsitzende Michael Sommer auch gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dieter Hundt.²¹³ Gleichwohl lehnte der DGB die Konditionalität der Finanzhilfen weiter ab und forderte 2012 Bundestags- und Europaabgeordnete auf, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen. Der Fiskalpakt verstoße gegen EU-Verträge, schwäche die Parlamente, vernachlässige in seinem Fokus auf staatliche Ausgaben die Einnahmen und gefährde wirtschaftliche Stabilität und soziale

²⁰⁹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund / Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2009): Für ein Europa des sozialen Fortschritts. Gemeinsames Positionspapier von SPD und DGB; Deutscher Gewerkschaftsbund (2009): Sozialer Fortschritt in der EU – Gemeinsames Positionspapier von DGB und Bündnis 90/Die Grünen. Pressemitteilung 100 vom 1.06.2009.

²¹⁰ Vgl. <https://www.dgb.de/presse> [30.07.2021]. Aus den Ergebnissen der Schlagwortsuche nach „Europa + Krise“ hatten 40 Pressemitteilungen die Eurokrise als thematischen Schwerpunkt.

²¹¹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2010): Griechenland-Resolution des DGB-Bundesvorstands.

²¹² Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Ja zu Europa! Ja zum Euro!.

²¹³ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Euro-Rettungsschirm: Michael Sommer und Dr. Dieter Hundt werben für Zustimmung. Pressemitteilung 164 vom 28.09.2011.

Gerechtigkeit in Deutschland und Europa. Stattdessen müssten die staatlichen Einnahmen gestärkt werden etwa durch eine Vermögensbesteuerung.²¹⁴

Im Winter 2011 publizierte der DGB ein „4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa“,²¹⁵ das inhaltlich nah an den Punkten des oben vorgestellten „Marshallplans für Südeuropa“ der ver.di-Experten war:

- die Rolle des „lender of last resort“ für die EZB mit dem Mandat, Staatsanleihen zu kaufen und damit für die Stabilität des Euroraums zu garantieren,
- die Koordinierung der Steuerpolitik in Europa, die auf eine konjunktur- und verteilungsgerechte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in wirtschaftlich guten Zeiten zielen solle über Steuermehreinnahmen aus der höheren Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen,
- ein „New Deal“, der „Elemente eines Konjunkturprogramms, einer Modernisierungsoffensive, eines Marshallplans für die krisengeplagten Länder und einer aktiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Handwerkspolitik“ vereinen solle, um Wachstum zu stimulieren, öffentliche Dienstleistungen auszubauen und zum Abbau von Handels- und Leistungsungleichgewichten und Entwicklungsrückständen beizutragen – ebenfalls verbunden mit der Forderung an Überschussländer, ihre Binnennachfrage über Löhne und Investitionen zu stärken,
- die Regulierung der Finanzmärkte.

Der „New Deal“ sollte durch eine Zukunftsanleihe der Europäischen Investitionsbank finanziert werden. Das Eigenkapital des Fonds sollte durch eine einmalige Vermögensabgabe zusammenkommen, die ein zinsloses Darlehen für die Dauer von zehn Jahren darstellen sollte und laut DGB einen dreistelligen Milliardenbetrag erreichen könnte. Dieses Eigenkapital würde von der Investitionsbank verwaltet, bei der EZB angelegt und würde der Sicherung der ausgegebenen Anleihen und der Bonität des Fonds bzw. niedriger Verzinsung seiner Anleihen dienen. Die Verzinsung der Anleihen wiederum sollte durch eine einzuführende Finanztransaktionssteuer finanziert werden. Außerdem könnten Steuermehreinnahmen, die durch die Wachstumseffekte des „New Deal“ entstehen, zu den Zinszahlungen beitragen.

Im Dezember 2012 veröffentlichte der DGB schließlich seinen „Marshallplan für Europa“ in mehreren europäischen Sprachen.²¹⁶ Das Investitionsprogramm solle die Verbindung kurzfristiger Konjunkturimpulse mit langfristigen Wachstums- und Anpassungszielen ermöglichen, zu denen etwa Bildung, Breitbandausbau und Investitionen in den Klimaschutz im Rahmen einer „europäischen Energiewende“ gezählt wurden. Über einen Zeithorizont von zehn Jahren sollten jährlich 110 Milliarden Euro in die Infrastruktur und 150 Milliarden Euro in die Energiewende investiert werden, das Gesamtvolumen von 260 Milliarden Euro pro Jahr entspreche zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts der EU. Davon

²¹⁴ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Ein dringender Appell zur Zukunft Europas an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags.

²¹⁵ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): 4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa.

²¹⁶ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa.

würden wiederum 160 Milliarden Euro in Direktinvestitionen fließen und 100 Milliarden Euro als günstige Kredite an private Investoren. Das Europäische Parlament solle den Fonds kontrollieren, indem alle Investitionen von ihm genehmigt werden müssten. Die Vermögensabgabe solle zu einer Beteiligung großer Vermögen an den Krisenkosten beitragen, die zehnjährigen Anleihen außerdem eine sichere Anlagemöglichkeit bieten, die Investoren weg von Spekulationsgeschäften hin zu Zukunftsinvestitionen locke. Der DGB rechnete mit einem jährlichen Wachstumsimpuls von 400 Milliarden Euro bzw. drei Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts und neun bis elf Millionen neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Die Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge daraus sowie die geringeren Aufwendungen für Arbeitslose würden laut DGB zu Mehreinnahmen bzw. Einsparungen von 180 Milliarden Euro im Jahr führen, die den EU-Staaten zugutekämen. Darüber hinaus avisierte der DGB durch Investitionen in erneuerbare Energien Einsparungen von Brennstoffimporten in dreistelliger Milliardenhöhe.²¹⁷ Die Publikation des „Marshallplans“ beruhte nicht nur auf internen, sondern auch auf transnationalen Diskussionen, da der DGB die Initiative gemeinsam mit europäischen Partnergewerkschaften vorstellen wollte, um den Eindruck eines rein deutschen Vorstoßes zu vermeiden und in der Folge den EGB zu involvieren. Der EGB übernahm weite Teile des DGB-Plans und publizierte seinen Investitionsplan Ende 2013 (Hofmann 2015).²¹⁸

Eine Vermögensabgabe bildete nicht nur die Grundlage des DGB-„Marshallplans“, Vermögensbesteuerung war ab 2012 auch die zentrale Forderung des gesellschaftlichen Bündnisses „Umfairteilen“. Der DGB schloss sich – ebenso wie seine Mitgliedsgewerkschaften mit Ausnahme von ver.di, der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – diesem Bündnis auf Bundesebene nicht an, regionale DGB-Gliederungen und die DGB-Jugend beteiligten sich aber daran und mobilisierten für die zentralen Aktionstage im September 2012 und im April 2013.²¹⁹ Unter dem Eindruck der Aktionen in 40 bzw. 100 Städten mit 40.000 Teilnehmern erweiterte der DGB sein Positionspapier für einen Politikwechsel im Wahljahr 2013 um das Kapitel zur „Finanzierung eines handlungsfähigen Staates“.²²⁰ Dort wurden die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine höhere bzw. effektivere Besteuerung von Erbschaften, hohen Einkommen, Unternehmensgewinnen und Kapitalerträgen gefordert – neben Kapiteln zu „guter Arbeit“, „sicherer Rente“ und „sozialem Europa“, das den „Marshallplan“, den europäischen Schutz von Arbeitnehmerrechten, die Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Integration und die Demokratisierung der EU behandelte.²²¹

²¹⁷ So etwas wie eine europäische Investitionspolitik kam mit dem Juncker-Plan 2014 zwar tatsächlich in Gang, vgl. Europäische Kommission (2014): Eine Investitionsoffensive für Europa. Aus Gewerkschaftssicht kam dieser Plan aber zu spät und mit einem zu geringen Volumen, zumal er keinen Paradigmenwechsel weg von permanenter Haushaltskonsolidierung und keine Distanzierung vom Fiskalpakt und der Konditionalität des ESM darstellte. Vgl. dazu die Einschätzungen europäischer Gewerkschaftsfunktionäre in Friedrich-Ebert-Stiftung (2015): More of this Could Do the Job. Make the Juncker Plan Effective and Sustainable.

²¹⁸ Vgl. Europäischer Gewerkschaftsbund (2013): A new path for Europe: ETUC plan for investment, sustainable growth and quality jobs.

²¹⁹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Jetzt wird umFAIRteilt. Pressemitteilung 162 vom 28.09.2012; Deutscher Gewerkschaftsbund Ruhr-Mark (2012): DGB: Umfairteilen ist auch in Bochum angesagt. Pressemitteilung 082 vom 3.08.2012.

²²⁰ Vgl. Krämer, Ralf (2013): Ohne Umfairteilen kein Politikwechsel! *Gegenblende*, 22.05.2013.

²²¹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Aktiver Staat: Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Für dieses politische Programm organisierte der DGB vor den Bundestagswahlen im September 2013 Demonstrationen in mehreren Großstädten, für die auch das Bündnis „Umfairteilen“ mobilisierte.²²²

Tabelle 9. **DGB: Positionierung und Aktivitäten in der Eurokrise**

Jahr	Positionierung	Aktivität
2010	Griechenland-Resolution	„European Action Days“
2011	4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa	– Anzeigenkampagne für die EFSF – „European Action Days“
2012	„Marshallplan für Europa“	– „European Action Days“ inkl. erster „Europäischer Generalstreik“ – Appell an Europa- und Bundestagsabgeordnete gegen Fiskalpakt
2013	– EGB-Investitionsplan – Wahlaufzur Europawahl inkl. „soziales Europa“ – Positionspapier für sozialen und demokratischen Ausbau der WWU	„European Action Days“
2014		– Kampagne und „European Action Day“ für EGB-Investitionsplan – Europawahlen: Wahlaufzur u.a. mit Bündnis 90/Die Grünen

Tabelle 9: Positionierung und Aktivitäten des DGB während der Eurokrise. Dazu kommen Stellungnahmen zu Konsultationen der EU-Kommission und verstetigter bilateraler Austausch mit europäischen Gewerkschaften.

Auch seine Aufrufe zu den Tagen der Arbeit am 1. Mai 2013 und 2014 stellte der DGB in Bezug zur europäischen Integration mit den Mottos „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“ bzw. „Gute Arbeit. Soziales Europa“.²²³ Anlässlich der im Mai 2014 folgenden Europawahl rief der DGB zur EGB-Demonstration in Brüssel für den Investitionsplan auf und betonte, dass das Europäische Parlament ein soziales Korrektiv für die europäischen Bürger sein müsse.²²⁴ Neben dem eigenen Wahlaufgab der DGB außerdem einen

²²² Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Berlin, Frankfurt, Hannover, Mannheim, München: Flagge zeigen für einen Politikwechsel! Gewerkschaftliche Kundgebungen und Veranstaltungen am 7. September 2013.

²²³ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): 1. Mai 2013: Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa; Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): 1. Mai 2014: Gute Arbeit. Soziales Europa. Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit.

²²⁴ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): DGB-Aufruf zur Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 04. April 2014 in Brüssel; Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): DGB fordert Europaparlament als Korrektiv für soziales Europa. Pressemitteilung 060 vom 4.04.2014.

gemeinsamen Wahlauf Ruf mit Bündnis 90/Die Grünen heraus.²²⁵ Seine Positionierung zur Europawahl hatte der DGB-Bundesvorstand bereits im November 2013 in einem Papier vorgelegt, das zu den Themen öffentliche Investitionen, Demokratisierung und sozialer Integration zahlreiche detaillierte Forderungen enthielt.²²⁶ Diese Forderungen bekräftigten den grundlegenden Appell des DGB, dass die „Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension“ brauche.²²⁷

Der DGB-Geschäftsbericht für 2010 bis 2013 fasste die Aktivitäten des DGB zur Eurokrise und zur Perspektive eines „sozialen Europas“ auf fast 20 Seiten zusammen.²²⁸ Der DGB sah politische Gelegenheiten für seinen „Marshallplan“ darin, dass die Sparpolitik sowohl im IWF als auch innerhalb der EZB zunehmend hinterfragt worden sei und die Europäische Kommission Überlegungen angestellt habe, wie hohe private Ersparnisse in produktive Investitionen gelenkt werden könnten (S. 100). Gleichzeitig räumte der DGB ein, dass das „politische Umfeld für die Vertretung gewerkschaftlicher Positionen [...] sich im Berichtszeitraum äußerst schwierig“ gestaltet habe: Die Europawahlen 2009 hätten die arbeitnehmerfreundlichen Kräfte im EU-Parlament geschwächt, von der EU-Kommission seien keine sozialen Initiativen ausgegangen, vielmehr habe sie die soziale Verelendung Europas hingenommen. Gleichwohl habe der Vortrag des damaligen DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zum „Marshallplan“ in Brüssel ein „sehr breites und durchweg positives Echo“ ausgelöst (S. 216).

In diesem Geschäftsbericht forderte der DGB außerdem die europäische Ebene auf, sich aus der nationalen Lohnfindung herauszuhalten und die „einseitige Politik der Lohnkürzungen in Krisenstaaten“ zu beenden. Ebenso dürfe die notwendige europäische Lohnkoordinierung nur von den Gewerkschaften ausgehen und müsse ohne staatliche Zielvorgaben ablaufen (S. 98). Diese Forderung spielte auch im folgenden Berichtszeitraum für 2014 bis 2017 eine Rolle: Die Europäische Kommission schlug 2015 vor, im Euroraum „nationale Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit“ einzurichten, die u.a. die Lohndynamik in den Eurostaaten überwachen und dazu Reformvorschläge unterbreiten sollten.²²⁹ Dies wertete der DGB – wie auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) – als unzulässigen Eingriff in die Tarifautonomie und sprach sich gemeinsam mit der BDA gegenüber der EU-Kommission und eigenständig gegenüber der deutschen Bundeskanzlerin dagegen aus.²³⁰

²²⁵ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Wahlauf Ruf der DGB-Gewerkschaften zur Europawahl. Pressemitteilung 077 vom 7.05.2014; Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): DGB und Bündnis 90/Die Grünen rufen zur Teilnahme an der Europawahl auf. Pressemitteilung 076 vom 5.05.2014.

²²⁶ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Für ein Europa mit Zukunft – sozial, gerecht, demokratisch Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa. Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 5. November 2013.

²²⁷ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Die Lehren aus der Krise ziehen: Der Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben!.

²²⁸ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2010-2013, S. 87-102, 215 ff.

²²⁹ Vgl. Europäische Kommission (2015): Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet, COM(2015) 601 final.

²³⁰ Vgl. Kaufmann, Stephan / Stefan Sauer (2015): Gewerkschaften gegen „Wettbewerbsräte“. *Frankfurter Rundschau*, 1.11.2015.

Der DGB wertete es in seinem Geschäftsbericht für 2014 bis 2017 als Erfolg, ursprünglich angedachte zwingende lohnpolitische Konsequenzen solcher Ausschüsse abgewehrt zu haben.²³¹ Außerdem sah der DGB als Verdienst der Gewerkschaften, dass die 2014 ins Amt gekommene EU-Kommission einen Investitionsfonds auflegte²³² und eine europäische Säule sozialer Rechte plante, an deren Konsultationsprozess sich der DGB beteiligte.²³³ Die Konstruktion und Mittelausstattung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen kritisierte der DGB aber, für die Säule sozialer Rechte forderte er die „Festlegung einklagbarer Rechte und Pflichten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf EU-Ebene, um die Ziele Gute Arbeit [sic], gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, einen handlungsfähigen Staat und angemessene Einkommen für alle zu erreichen“. Während der DGB die Bankenunion begrüßte, geißelte er die wirtschafts- und demokratiepolitischen Implikationen der Troika-Politik in den Programmstaaten und pochte auf eine „Neuausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion, die die Gründungsfehler beseitigt und auf die Schaffung einer Fiskalunion abzielt. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik bedarf einer demokratisch legitimierten Kontrolle durch das Europäische Parlament“. Im Berichtszeitraum 2014 bis 2017 nahm Europa insgesamt weniger Raum ein als im vorangegangenen Geschäftsbericht.

Die europapolitischen Aktivitäten des DGB fanden ihren Ausdruck nicht nur in seinem starken Engagement im EGB u.a. für den „Marshallplan“, sondern auch in einer eigenständigen Positionierung gegenüber der Europäischen Kommission durch Stellungnahmen zu deren Vorhaben und Konsultationen. Dazu zählten neben den Stellungnahmen zu den Wettbewerbsausschüssen und der Säule sozialer Rechte Stellungnahmen zu Finanzmarktregulierung und Finanztransaktionssteuer (2010/2011), zu den Auswirkungen der Eurokrise und Möglichkeiten der Staatsfinanzierung (2012), zur Mitteilung der Europäischen Kommission zu einem „arbeitsplatzintensiven Aufschwung“ (2012), zum Grünbuch zur Schaffung einer Kapitalmarktunion (2015), zum Bericht „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ (2015), zum Ausbau des Binnenmarkts (2016) und zum Weißbuch zur Zukunft Europas (2017).²³⁴

Hinzu kam verstetigter bilateraler Austausch, etwa das Deutsch-Britische Gewerkschaftsforum, das Deutsch-Polnische Gewerkschaftsforum und das Deutsch-Französische Gewerkschaftsforum, die jeweils jährlich stattfanden.²³⁵ In der Eurokrise veröffentlichte der DGB gemeinsam mit französischen Gewerkschaften eine Erklärung zum Wettbewerbspakt und mit spanischen Gewerkschaften 2011 anlässlich eines deutsch-spanischen Regierungsgipfels und 2012 anlässlich eines deutsch-spanischen Unternehmertreffens jeweils eine Erklärung.²³⁶ Außerdem organisierte der DGB mit spanischen Gewerkschaften

²³¹ Für das Folgende vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Geschäftsbericht 2014-2017, S. 109-114.

²³² Vgl. Europäische Union (2015): Verordnung (EU) 2015/1017.

²³³ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2016): Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Rahmen der Konsultation der Europäischen Kommission über eine europäische Säule sozialer Rechte.

²³⁴ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014), Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2010-2013, S. 264, 266, 268 f., 274 f.; Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Geschäftsbericht 2014-2017, S. 162 f., 166, 176.

²³⁵ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014), Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2010-2013, S. 218.

²³⁶ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Deutsch-Französische Erklärung: Europa braucht keinen Wettbewerbspakt Merkel-Sarkozy, sondern einen politischen Kurswechsel für ein faires und gerechtes Europa; Deutscher

2012 zwei Veranstaltungen, „um die Gewerkschaften der Krisenländer zu unterstützen und gemeinsame Strategien zu beraten“.²³⁷ Im Jahr 2012 lud der DGB die Vorsitzenden von Gewerkschaften aus Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, Belgien, Irland, Tschechien und Schweden sowie des EGB nach Berlin. Neben einer zwischengewerkschaftlichen Diskussion auf Grundlage des „4-Punkte-Programms“ des DGB trafen die Gewerkschafter die Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen Oppositionsführer Frank-Walter Steinmeier und forderten einen Sozial- und Wachstumspakt für Europa.²³⁸

Für die Mobilisierung zu „European Action Days“ veröffentlichte der DGB jeweils Aufrufe und betonte in seinem Geschäftsbericht, „die Gewerkschaften in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und anderen Ländern durch Solidaritätsaktionen, aber auch durch personelle wie fachliche Ressourcen unterstützt und an Protestveranstaltungen prominent teilgenommen“ zu haben.²³⁹ Die Mobilisierungsmöglichkeiten des DGB waren jenseits von Aufrufen und Auftritten ihrer Funktionäre bei Demonstrationen allerdings schnell erschöpft, Gewerkschaftsmitglieder müssen von den Mitgliedsgewerkschaften auf die Straße bewegt werden. Dass dafür kein starker Wille bestand, zeigt die Mobilisierung zum „European Action Day“ im November 2012, den südeuropäische Gewerkschaften zum ersten „europäischen Generalstreik“ ausriefen (s. [Kapitel 2.3](#)). So kamen vom DGB lediglich eine Solidaritätsadresse an die südeuropäischen Gewerkschaften und Vorschläge für Solidaritätsaktionen an die Mitgliedsgewerkschaften, die sich wiederum in Solidaritätsbotschaften an Partnergewerkschaften bzw. Partnerstädte und -regionen sowie Briefen erschöpften, die der Bundeskanzlerin übergeben werden sollten.²⁴⁰ Sieben der acht DGB-Gewerkschaften veröffentlichten in der Folge Solidaritätsadressen.²⁴¹ In Berlin plante der DGB lediglich eine Kundgebung, während zivilgesellschaftliche Akteure eine Demonstration organisierten und dem DGB anboten, gemeinsam zu demonstrieren.²⁴² Schließlich wurde ein Austausch von Rednern vereinbart.²⁴³

Insgesamt zurückhaltend reagierte der DGB auf die gesellschaftlichen Protestaktionen von „Occupy“ 2011 und „Blockupy“ ab 2012. Zu „Occupy“ veröffentlichte der DGB keine Pressemitteilung, rief aber im November 2011 zu Demonstrationen unter dem Motto „Banken in die Schranken“ auf, an denen in Berlin und Frankfurt mehr als 20.000 Menschen teilnahmen (s.o.).²⁴⁴ Der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen unterstützte das „Occupy“-Zeltlager mit „Material und Know-How“, hielt sich aber ansonsten zurück, was den

Gewerkschaftsbund (2011): Gemeinsame Erklärung zum Deutsch-Spanischen Gipfel. Europa am Scheideweg; Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Gemeinsame Erklärung von DGB, CCOO und UGT zum deutsch-spanischen Unternahmestreffen am 6. September 2012: Kurswechsel für Europa – jetzt!.

²³⁷ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2010-2013, S. 217.

²³⁸ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Kurswechsel in Europa: Ein Sozial- und Wachstumspakt muss her. Pressemitteilung 047 vom 22.03.2012.

²³⁹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2010-2013, S. 217.

²⁴⁰ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Solidaritätsbotschaft zum Europäischen Aktionstag am 14. November 2012; Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Vorschlag für Solidaritätsaktionen im Rahmen des EGB-Aktions- und Solidaritätstages.

²⁴¹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Deutsche Gewerkschaften unterstützen Aktionstag.

²⁴² Vgl. Griechenland-Solidaritätskomitee Berlin (2012): Offener Brief an den DGB Berlin-Brandenburg.

²⁴³ Vgl. Nowak, Peter (2012): „Berlin spürt die Folgen der Krise“. *taz – die tageszeitung*, 14.11.2012.

²⁴⁴ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Aufruf Banken in die Schranken.

Wünschen von „Occupy“ entsprach.²⁴⁵ Die DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main plädierte 2012 gegen eine Räumung des „Occupy“-Camps.²⁴⁶

Zu den „Blockupy“-Aktionen zwischen 2012 und 2015 gab der DGB ebenfalls keine Pressemitteilungen heraus. Die GEW war die einzige DGB-Gewerkschaft, die auf Bundesebene zu den „Blockupy“-Aktionstagen 2012 aufrief,²⁴⁷ die DGB-Jugend publizierte für die „Blockupy“-Demonstration 2013 einen Aufruf.²⁴⁸ Der Polizeieinsatz bei dieser Demonstration sorgte für viel öffentliche Kritik, sodass der DGB zur Solidaritätsdemonstration gegen den Polizeieinsatz mobilisierte.²⁴⁹ Auf dem DGB-Bundeskongress 2014 brachte der DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland einen Antrag zur Solidarität mit Betroffenen des Polizeieinsatzes ein, der außerdem forderte, die gewerkschaftliche Beteiligung an „Blockaden und Großdemonstrationen“ zu verstärken. Der Antrag wurde abgelehnt.²⁵⁰ Anlässlich der Eröffnungsfeier des neuen EZB-Sitzes in Frankfurt im März 2015 rief der DGB-Stadtverband Frankfurt zu einer Demonstration und Kundgebung auf, am gleichen Tag demonstrierte auch „Blockupy“.²⁵¹ Nach den gewaltsamen Ausschreitungen von Teilen der „Blockupy“-Demonstranten kritisierte der damalige Frankfurter DGB-Chef Harald Fiedler die Gewalt scharf und als schädlich für die eigentlichen Anliegen der 20.000 Demonstrationsteilnehmer. Ähnlich äußerte sich die damalige Vorsitzende der DGB-Region Hessen-Thüringen Gabriele Kailing.²⁵²

Zusammengefasst zeigen sich in den europapolitischen Aktivitäten des DGB Spannungsverhältnisse zwischen dem diskursiven politischen Ehrgeiz der DGB-Funktionäre und den Interessen- und Strategieschwerpunkten der DGB-Mitgliedsgewerkschaften. Während ver.di die größte Unterstützerin des „Marshallplans“ im DGB war, nahm der DGB auch den Vorstoß der IG Metall auf, die Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu stärken, um über Wirtschaftsdemokratie zur allgemeinen Demokratisierung der EU beizutragen.²⁵³ Dennoch betonte die IG Metall, dass die „Konzentration auf gemeinsame und durchsetzbare Ziele [...] eine wichtige Herausforderung“ für den DGB bleibe und die „Fähigkeit, gemeinsam Politik zu beeinflussen, [...] steigerungsfähig“ sei.²⁵⁴ Dazu kam sowohl beim DGB als auch bei seinen Mitgliedsgewerkschaften eine geringe Bereitschaft zu gesellschaftlichen Bündnissen.

Der IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban brachte das Dilemma des DGB auf den Punkt, indem er die europapolitische Profilierung des DGB einerseits unterstützte als ein Problemfeld, das sich „im Alltagshandeln der Gewerkschaften nicht unmittelbar und direkt

²⁴⁵ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen-Thüringen (2011): Occupy Frankfurt und Gewerkschaften.

²⁴⁶ Vgl. Helbig, Felix (2012): DGB befürwortet Occupy-Camp. *Frankfurter Rundschau*, 25.07.2012.

²⁴⁷ Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2012): Für ein demokratisches und soziales Europa! Gegen das Diktat der Troika und die Vorherrschaft der Finanzmärkte!.

²⁴⁸ Vgl. DGB-Jugend (2013): DGB-Jugend unterstützt „Blockupy“.

²⁴⁹ Vgl. Göpfert, Claus-Jürgen / Hanning Voigts (2013): Breites Bündnis für Blockupy. *Frankfurter Rundschau*, 7.06.2013.

²⁵⁰ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.): Beschlüsse des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongress: Sachgebiet B: Erledigt, Nichtbefassung, Ablehnung, Antrag B 003.

²⁵¹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund Stadtverband Frankfurt am Main (2015): Aufruf „Für Arbeit und Ausbildung – kontra Austerität – Für ein Europa der Menschen – gegen Willkür des Marktes“.

²⁵² Vgl. o.V. (2015): DGB-Chef lobt Polizei: Lage gut eingeschätzt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.03.2015.

²⁵³ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Europa braucht mehr Mitbestimmung. Pressemitteilung 089 vom 14.05.2014.

²⁵⁴ Vgl. IG Metall (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 48.

Geltung verschaff[t]“, andererseits aber klarstellte: „Ein Thema, das in der Basis der Mitgliedsgewerkschaften nicht verankert ist, kann vom DGB nicht gesellschaftlich mobilisiert werden.“²⁵⁵ Die Industriegewerkschaften waren im Krisendiskurs auf nationale Interessen fokussiert (Kiess 2019). Exemplarisch dafür steht, dass die IG BCE eine EGB-Demonstration 2010 in Brüssel, die sich gegen die Verschärfung des Stabilitätspakts richtete, dazu nutzte, gegen das Ende der deutschen Kohlesubventionierung zu protestieren.²⁵⁶ Dagegen kritisierte ver.di offen die Implikationen der deutschen Exportorientierung für Europa und die dahinter stehende deflationäre Strategie, die exportorientierte Sektoren aufgrund des potentiellen Inflationsdrucks prinzipiell auch hinsichtlich öffentlicher Ausgaben bevorzugen (Höpner 2019). Hier zeigen sich immanente Interessenkonflikte export- und binnenmarktorientierter Sektoren (s.u.; Exkurs 1: Lohnkoordinierung und die Eurokrise).

Aber nicht nur die politische Schwerpunktsetzung ihrer Mitglieder machte dem DGB zu schaffen, sondern auch Streit um Organisationsbereiche. IG Metall und ver.di trugen einen intensiven Konflikt um die Zuständigkeit für die Kontraktlogistik aus, der ab 2011 „eskalierte und die Beziehungen innerhalb des DGB zunehmend vergiftete“ und erst 2015 beigelegt wurde (Dribbusch et al. 2017: 214, eigene Übersetzung). Der ehemalige DGB-Funktionär Eberhard Fehrmann wertete ver.di.s „Weigerung, sich in das Korsett einer korporatistischen Befriedungspolitik einzwängen zu lassen, die den Dienstleistungsbereich zu einer Variablen exportindustrieller Wettbewerbsfähigkeit degradieren will“ als Grund für Streitigkeiten im DGB.²⁵⁷ Die vier Industriegewerkschaften im DGB vereinbarten 2015 schließlich eine engere Zusammenarbeit, die der damalige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in einem Interview aber diplomatisch als legitimes Bestreben nach Konfliktbewältigung zwischen diesen Gewerkschaften ohne Konsequenzen für das Vertrauensverhältnis im DGB einordnete.²⁵⁸

5.4.2 Aktivitäten der IG Metall

In der Finanzkrise entwickelte die IG Metall den Vorschlag der „Umweltprämie“ und unterstützte auf Unternehmensebene die Umsetzung der Kurzarbeit mit dem Hauptziel, Entlassungen zu vermeiden (Haipeter 2012: 393).²⁵⁹ Zu Beginn der Finanzkrise schloss die IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie noch einen Tarifvertrag ab, der – nach

²⁵⁵ Vgl. o.V. (2015): Gewerkschaftseinheit – auf dem Prüfstand. Über beschleunigten Strukturwandel, Konkurrenz um Mitglieder und das politische Mandat des DGB. Eine Diskussion mit Annelie Buntenbach, Hans-Jürgen Urban und Frank Werneke. *Sozialismus*, 7-8/2015, S. 38.

²⁵⁶ Vgl. Mussler, Werner (2010): Europäische Kommission verkündet größte Reform des Stabilitätspakts. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.09.2010. Zum Verhältnis der IG BCE zum DGB und zur Schwerpunktsetzung der Industriegewerkschaften vgl. auch die Einschätzung der ehemaligen stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer in Völkel, Eva (2013): „Frau Merkel nicht loben“. *taz – die tageszeitung*, 30.04.2013.

²⁵⁷ Vgl. Fehrmann, Eberhard (2015): Auf der Suche nach der verlorenen Einheit. Hintergründe der Lagerbildung im DGB. *Sozialismus*, 42 (9), S. 54.

²⁵⁸ Vgl. Esslinger, Detlef (2015): DGB will enger zusammenarbeiten – ohne Verdi. *Süddeutsche Zeitung*, 15.04.2015; Schiermeyer, Matthias (ms) (2015): „Das ist, mit Verlaub, Bullshit“. *Stuttgarter Zeitung*, 22.04.2015.

²⁵⁹ Vgl. *Metallzeitung*, 3/2009, Titel: Gut geschützt durch die Krise. Gegen Entlassungen trotz harter Zeiten.

Forderungen von acht Prozent – Lohnerhöhungen von 4,2 Prozent und Einmalzahlungen enthielt.²⁶⁰ Obwohl der Tarifvertrag nur eine Laufzeit von 18 Monaten hatte, stellte die IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie erst 2012 wieder tarifliche Forderungen von 6,5 Prozent Lohnerhöhung, unbefristeter Übernahme von Auszubildenden und Mitbestimmungsrechten beim Einsatz von Leiharbeit.²⁶¹ Für diesen Beitrag zum Krisenmanagement wurde die IG Metall in der Öffentlichkeit und von Bundeskanzlerin Angela Merkel gelobt (Dribbusch et al. 2017: 207).

Dörre (2011: 284, 289) sieht die Industriegewerkschaften in der Krise als konfliktscheue intermediäre Organisationen, deren Handeln auf Stammbeschäftigte und verbliebene sozialpartnerschaftliche Machtzentren in Großunternehmen fokussierte und „Beschäftigungsrisiken systematisch auf prekär Beschäftigte [abwälzte]“. Zumindest die IG Metall inkludierte die Leiharbeiter in ihre Forderung nach Beschäftigungsschutz (Haipeter 2012: 393) und zeigte sich 2009 zunächst protestfreudig: Auf Betriebsebene kam es zu zahlreichen Aktionen gegen Stellenabbau und eine ungerechte Verteilung der Krisenkosten mit Tausenden Teilnehmern.²⁶² Auch der „European Action Day“ am 16.05.2009 wurde intern thematisiert.²⁶³ Dennoch war die sozialpartnerschaftliche Orientierung der IG Metall im Vergleich zu ver.di ausgeprägter (s. dazu und für einen Vergleich zwischen ver.di und IG Metall entlang gewerkschaftlicher Machtressourcen Dribbusch et al. 2017).

Programmatisch entwickelte die IG Metall ambitionierte wirtschaftspolitische Vorstöße zur Überwindung des Neoliberalismus im Rahmen eines „sozialen, demokratischen und ökologischen Zukunftsvertrags“,²⁶⁴ zu dem die Ausdehnung der Mitbestimmung, die Regulierung der Finanzmärkte und die Schaffung eines öffentlichen Beteiligungsfonds auf der Grundlage einer Vermögensabgabe gehörten.²⁶⁵ Wie ver.di forderte auch die IG Metall ein drittes Konjunkturpaket und verurteilte das Sparprogramm der Bundesregierung 2010 scharf.²⁶⁶ Zur darauffolgenden DGB-Kampagne „Gerecht geht anders“ entwickelte die IG Metall das eigene *Framing* eines notwendigen „Kurswechsels für Deutschland“. Eine gleichnamige Buchpublikation des damaligen IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber sollte zum einen gewerkschaftsinterne Interessenbildung und Mobilisierung, zum anderen eine gesellschaftliche Debatte anstoßen.²⁶⁷

²⁶⁰ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2008): Tarifrunde 2008 Metallindustrie.

²⁶¹ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2012): Tarifrunde 2012 Metallindustrie. Für ihre kleineren Sektoren der Eisen- und Stahlindustrie und des Kfz-Gewerbes stellte die IG Metall aber schon ab 2010 wieder vergleichsweise hohe Lohnforderungen, vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (o.J.): Tarifrunde 2010 Forderungen.

²⁶² Vgl. *Metallzeitung*, 5/2009, Reportage: Verursacher sollen zahlen.

²⁶³ Vgl. *Metallzeitung*, 6/2009, Aktuell: Aktionen in Bildern. Die IG Metall mobilisiert zum Widerstand gegen Entlassungen.

²⁶⁴ Die IG Metall wurde traditionell als politisch links eingestuft (Streeck/Visser 1997: 316). Der letzte IG Metall-Vorsitzende des linken Flügels war bis 2007 Jürgen Peters, auf den bis 2013 Berthold Huber folgte, der den gewerkschaftspolitischen Schwerpunkt auf sozialpartnerschaftlichen Pragmatismus legte. Vgl. Wisdorff, Flora (2011): Jenseits von Klassenkampf. *Die Welt*, 13.10.2011, S. 3; von Borstel, Stefan (2011): Dämpfer für die Reformer. *Die Welt*, 12.10.2011, S. 9.

²⁶⁵ Vgl. IG Metall (2009): Aktiv aus der Krise - Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionsplan der IG Metall.

²⁶⁶ Vgl. *Metallzeitung*, 5/2009, Editorial: Nur entschlossene Politik kann die Krise überwinden; *Metallzeitung*, 7/2010: Die Regierung stellt die Weichen falsch.

²⁶⁷ Vgl. Huber, Berthold (Hrsg.) (2010): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise. Frankfurt a.M.: Campus; *Metallzeitung*, 5/2010, Editorial: Wir brauchen einen klaren Kurswechsel.

Ihre Vorschläge beschränkte die IG Metall nicht auf die nationale Ebene: Im Jahr 2009 verabschiedete die IG Metall ihr „Europapolitisches Memorandum“, in dem sie die Finanzkrise und die sinkende öffentliche Unterstützung der europäischen Integration als Krisen des Neoliberalismus deutete und die Erneuerung des europäischen Sozialmodells forderte. Zentral ging es im Memorandum darum, die soziale Ungleichheit und Spaltung in Europa solidarisch abzubauen und die Demokratisierung der EU voranzutreiben. Dazu gehörte für die IG Metall die weitere Supranationalisierung und Demokratisierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die „Realinvestitionen“ fördern und Spekulation diskriminieren sollten, und intensivierte Anstrengungen gegen Lohnwettbewerb, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten und für erweiterte Mitbestimmung („industrielle Demokratie“). Dafür schlug die IG Metall einen sozialen Stabilitätspakt vor, der Mindestbedingungen festschreiben sollte, ohne einen einheitlichen europäischen Sozialstaat zu schaffen. Außerdem müssten die Gewerkschaften auf europäischer Ebene gestärkt werden, sich aber auch selbst europapolitisch anpassen: Dazu zählte die IG Metall ihre eigene „Europäisierung“ und ihr „europapolitisches Mainstreaming“: „Innerhalb weniger Jahre müssen Gewerkschaften tatsächlich europaweit kampagnenfähig werden“ (S. 25).²⁶⁸

Tabelle 10. **IG Metall: Positionierung und Aktivitäten in der Eurokrise**

Jahr	Positionierung	Aktivität
2009	Europapolitisches Memorandum	
2011	– Karlsruher Erklärung für einen Kurswechsel in Europa – 10 Gründe für den Euro und die Währungsunion	
2012	Zweiteiliges Positionspapier zur Eurokrise	
2014		Interne Informationskampagne zur Europawahl

Tabelle 10: Positionierung und Aktivitäten der IG Metall während der Eurokrise.

In der Eurokrise verabschiedete der Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe eine Erklärung für einen „Kurswechsel“ in Europa.²⁶⁹ Diese bekräftigte die Forderungen des „Europapolitischen Memorandums“ nach einer „demokratisch legitimierten europäischen Wirtschafts- und Finanzregierung“, einer Harmonisierung der Steuerpolitik, sozialen

²⁶⁸ Vgl. IG Metall (2009): Für ein solidarisch erneuertes Europa. Europapolitisches Memorandum der IG Metall.

²⁶⁹ Der Gewerkschaftstag ist das höchste Gremium der IG Metall, zu ihm versammeln sich alle vier Jahre circa 500 Delegierte.

Mindeststandards, dem Ausbau der Mitbestimmung und der Regulierung der Finanzmärkte. Außerdem strebte die IG Metall nun einen europäischen „Solidarpakt“ an, der die einseitige Sparpolitik durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Umwelt ergänzen und Wachstums- und Konvergenzimpulse setzen sollte. Schließlich bekannte sie sich zu europäischer Gewerkschaftszusammenarbeit, indem der Europäische Metallgewerkschaftsbund und der EGB ein Programm und einen Aktionsplan erarbeiten sollten, und bekundete ihre Solidarität „mit den Menschen und Gewerkschaften in Europa [...], die sich friedlich und gewaltlos gegen diese unsoziale und ökonomisch falsche Politik zur Wehr setzen“.²⁷⁰ Die Position der IG Metall zur Sparpolitik unterschied sich damit von ver.di vollständiger Ablehnung der Kürzungspolitik dahingehend, dass die IG Metall lediglich die Ergänzung der Sparpolitik forderte.

Gleichzeitig stellte die IG Metall die instrumentellen Interessen ihrer Mitglieder heraus, indem sie den Euro und den europäischen Binnenmarkt mit Vorteilen für die deutsche Exportwirtschaft verknüpfte: Der erste ihrer „10 Gründe für den Euro und die Währungsunion“ lautete: „Der Euroraum ist die wichtigste Exportregion der deutschen Wirtschaft.“ EU-Staaten seien wichtige „Kunden“ deutscher Exporte. Der Euro habe „gerade die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte enorm erhöht“. Die IG Metall sprach sich zwar auch für Eurobonds aus, folgte dabei aber der – von ver.di abgelehnten – Logik der Konditionalität der Bundesregierung: „Eurobonds, Rettungsfonds und andere Hilfeleistungen an Defizitländer sollten an Bedingungen geknüpft werden, die das Ziel haben, Schulden abzubauen: Das heißt, die Länder sollen Maßnahmen ergreifen, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern und Wirtschaftswachstum fördern.“²⁷¹ In der Diagnose der Ursachen der Eurokrise setzte sich die IG Metall allerdings deutlich von der Bundesregierung ab und sah die Staatsverschuldung als Konsequenz der staatlichen Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise – die sie wiederum als Folge ausufernder Spekulation eines renditesuchenden Kapitals einordnete, das durch die Umverteilung von Arbeitseinkommen hin zu Unternehmens- und Vermögenseinkommen immer weiter angewachsen sei.²⁷² Gleichwohl sorgte Berthold Huber 2012 für Empörung, als er die Tarifpolitik spanischer Gewerkschaften für die spanische Krisensituation und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit mitverantwortlich machte, Spanien die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen des Arbeitsmarkts nahelegte und den von südeuropäischen Gewerkschaften vorangetriebenen „europäischen Generalstreik“ im November 2012 für Unsinn erklärte (Bieler/Erne 2015). In Verbindung mit der Zurückhaltung der IG Metall gegenüber dem „europäischen Generalstreik“ am 14. November 2012 zogen Huber und die IG Metall damit für ihre als eigensinnige korporatistische Standortpolitik wahrgenommene Positionierung die Kritik linker Medien und Gewerkschafter auf sich.²⁷³

²⁷⁰ Vgl. IG Metall (2011): IG Metall fordert Kurswechsel für Europa.

²⁷¹ Vgl. IG Metall (2011): 10 Gründe für den Euro und die Währungsunion.

²⁷² Vgl. IG Metall (2011): IG Metall fordert Kurswechsel für Europa.

²⁷³ Vgl. Vogel, Sabine H. / Werner Sauerborn (2012): Zwei Schlussfolgerungen nach dem Aktionstag am 14. November. *neues deutschland*, 23.11.2012; Nowak, Peter (2012): Man streikt hier nicht. *jungle world*, 22.11.2012; Völpe, Eva (2012): Die IG Metall schadet sich selbst. *taz – die tageszeitung*, 15.11.2012, S. 1.

Leistungsbilanzunterschiede und die Rolle der deutschen Exportstrategie wurden in der Karlsruher Erklärung von 2011 nicht als Krisenursachen problematisiert. Dies geschah auch kaum in einem zweiteiligen Positionspapier, das der IG Metall-Vorstand im Herbst 2012 beschloss. Dessen erster Abschnitt behandelte Deutschlands Stärkung „als Wachstumsanker in Europa“, sein zweites Kapitel die Position der IG Metall zu einem „Kurswechsel für ein solidarisches Europa“.²⁷⁴ Deutschlands hohe Überschüsse wurden darin nicht thematisiert, der Begriff „Leistungsbilanzunterschiede“ wurde nur einmal in dem Kontext genannt, dass eine Währungsabwertung im Euroraum nicht länger möglich sei und Abwertung daher über Löhne stattfinden müsse, die Lohnpolitik als „Ausgleichsmechanismus“ aber überfordert gewesen sei (S. 9). Dass dies eine Wettbewerbsstrategie der deutschen Exportindustrie darstellte, blieb unerwähnt. Im daran anschließenden Werben für Eurobonds erläuterte die IG Metall, dass Eurobonds höhere Zinsen für Deutschland bedeuten würden, und kalkulierte: „Diese zusätzlichen Kosten für Deutschland und die anderen Überschussländer sind jedoch geringer, als der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und ihre exportorientierte Industrie“ (S. 10). Wie ver.di forderte aber auch die IG Metall eine Steigerung der Binnennachfrage in Deutschland durch höhere Löhne und staatliche Infrastrukturinvestitionen (S. 2, 4).²⁷⁵

Die IG Metall verabschiedete damit zwar mehrere Positionspapiere zur europäischen Krisenpolitik, betrieb aber kaum europapolitische Öffentlichkeitsarbeit: Die erste Pressemitteilung in der Krise mit Europabezug stammt von Ende 2011 – unter dem Titel „Berthold Huber kritisiert ‚EU-Kommission hat aus der Wirtschaftskrise nichts gelernt‘“ ging es aber nicht um die EU-Krisenpolitik, sondern um eine Überprüfung des VW-Gesetzes durch die EU-Kommission.²⁷⁶ Bis Mitte 2015 folgten lediglich fünf Pressemitteilungen zur Eurokrise.²⁷⁷ Gegenüber gesellschaftlichen Protestbewegungen zeigten sich führende IG Metall-Funktionäre wohlwollend, die IG Metall als Organisation aber – den Bitten von „Occupy“ entsprechend (s. [Kapitel 7.3](#)) – zurückhaltend: Unmittelbar bevor die „Occupy“-Bewegung im Herbst 2011 in Deutschland Fuß fasste, erklärte der IG Metall-Vorstand und spätere Vorsitzende Detlef Wetzels, er sehe in Deutschland keine Bewegung, die mit den vorangegangenen Protesten an der New Yorker Wall Street vergleichbar sei. Eine solche Bewegung lasse sich nicht „künstlich initiieren“, die IG Metall rief aber dazu, wenn die Zeit dafür gekommen sei. Zugleich verwies er auf den deutschen Diskurs zur Eurokrise, der

²⁷⁴ Insgesamt arbeitete die IG Metall ab 2010 mehr als drei Jahre mit dem *Frame* des „Kurswechsels“. Auf das Positionspapier folgte Ende 2012 ein „Kurswechselkongress“ mit Vertretern aus der Wissenschaft, anderen Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft. Vgl. IG Metall (2012): Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012. Im folgenden Jahr erschien schließlich eine zweite Buchpublikation von Berthold Huber zum Thema „Kurswechsel“. Vgl. Huber, Berthold (Hrsg.) (2013): Kurswechsel für ein gutes Leben. Wege zu einer solidarischen Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus.

²⁷⁵ Vgl. IG Metall (2012): Deutschland als Wachstumsanker in Europa stabilisieren (Teil I). Kurswechsel für ein solidarisches Europa (Teil II). IG Metall Vorstand: 09. Oktober 2012.

²⁷⁶ Vgl. IG Metall (2011): Berthold Huber kritisiert „EU-Kommission hat aus der Wirtschaftskrise nichts gelernt“. Pressemitteilung 59/2011 vom 22.11.2011.

²⁷⁷ Vgl. IG Metall (2012): IG Metall-Resolution zum Europäischen Aktionstag am 14. November 2012. Pressemitteilung 70/2012 vom 14.11.2012; IG Metall (2012): IG Metall-Jugend fordert Bildung, Gerechtigkeit und Zukunft für Europas Jugend. Pressemitteilung 76/2012 vom 6.12.2012; IG Metall (2014): IG Metall eröffnet Verbindungsbüro in Brüssel – „Umsteuern für ein starkes Europa“. Pressemitteilung 22/2014 vom 8.07.2014; IG Metall (2015): IG Metall fordert mehr Investitionen in die Zukunft der europäischen Industrie: „Juncker-Plan muss aufgestockt werden“. Pressemitteilung 27/2015 vom 26.03.2015; IG Metall (2015): IG Metall wendet sich gegen Vorstöße der EU-Kommission zur Schwächung der Gewerkschaften. Pressemitteilung 35/2015 vom 28.05.2015.

andere Euro-Staaten, nicht aber die Banken, für die Krise verantwortlich mache.²⁷⁸ Berthold Huber lobte „Occupy“ ausdrücklich und forderte die IG Metall-Mitglieder dazu auf, das Anliegen der Finanzmarktregulierung zu unterstützen. Die IG Metall sei „politischer Akteur, nicht Zuschauer“. Zugleich unterstrich er den zu respektierenden Willen der Protestierenden, unabhängig von Organisationen zu agieren.²⁷⁹ Während die *Metallzeitung*, die Mitgliederzeitung der IG Metall, zumindest über den Start von „Occupy“ berichtete,²⁸⁰ ignorierte sie die konfrontativere Bewegung „Blockupy“ vollständig bis zu deren Großdemonstration zur Eröffnung des EZB-Neubaus in Frankfurt im März 2015, der sie eine Kurzmeldung nach dem Ereignis widmete.²⁸¹ Der IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban hatte für die gewerkschaftliche Kundgebung im Rahmen dieser Demonstration eine Rede vorbereitet, in der er für Demokratie und Solidarität in Europa plädieren wollte, die er aber aufgrund des Polizeieinsatzes nicht halten konnte.²⁸² Weder zu „Occupy“ noch zu „Blockupy“ gab die IG Metall Pressemitteilungen heraus. Hans-Jürgen Urban signalisierte 2012 zwar die Bereitschaft der IG Metall, sich an Protesten zu beteiligen, gleichzeitig schränkte er eigene Gewerkschaftsaktionen ein: „Bevor wir aber selbst zu Aktionen mobilisieren, müssen die Gewerkschaften die Debatte über ihre Antworten auf die Krise zu Ende führen.“²⁸³ Seinerzeit war die EU-Krisenpolitik allerdings schon so weit vollendet, dass die gelegentlich ausdiskutierten Antworten der IG Metall nicht mehr in ihre Ausgestaltung hätten einfließen können.

Im Kontext der Diskussion um Deutschlands Exportorientierung ging die IG Metall nicht auf die einschlägige Kritik ein. Vielmehr vertrat sie zur deutschen Lohnentwicklung seit der Euro-Einführung die Position, dass die IG Metall gute Lohnabschlüsse erreicht habe, während der wachsende Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung die Lohnentwicklung gedrückt hätten.²⁸⁴ Gerade im exportorientierten Sektor ist die Mitverantwortung der IG Metall für die „Dualisierung“ der Arbeitswelt zwischen Industrie- und Dienstleistungssektoren, aber auch innerhalb des Industriesektors, jedoch nicht so einfach beiseite zu schieben: Für Leiharbeiter gelten nicht die gleichen Tarifverträge wie für Stammbeschäftigte, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen üben damit Druck auf die Tarifbedingungen der Stammbeschäftigten aus. Durch einen wachsenden Rückgriff auf Leiharbeit konnten Exportunternehmen ihre Arbeitskosten flexibel anpassen und ihre Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit steigern (Holst et al. 2009). Gleichzeitig brachte die Ausgliederung industrienaher Dienstleistungen zusätzliche tarifliche Vorteile für die betreffenden Unternehmen. Auf Seite der Beschäftigten profitieren aber tariflich gut bezahlte und geschützte Industriebeschäftigte auch von niedrigen Löhnen im Dienstleistungssektor,

²⁷⁸ Vgl. Völkel, Eva (2011): „Der Bankensektor schwankt“. *taz – die tageszeitung*, 7.10.2011.

²⁷⁹ Vgl. *Metallzeitung*, 11/2011, Editorial: Starker Einsatz für lebendige Demokratie.

²⁸⁰ Vgl. *Metallzeitung*, 11/2011, Aktuell: „Fehler im System“.

²⁸¹ Vgl. *Metallzeitung*, 4/2015, Aktuell: Proteste gegen EZB.

²⁸² Vgl. Urban, Hans-Jürgen (2015): Für eine radikale Wende in Europa. *neues deutschland*, 23.03.2015.

²⁸³ Vgl. Strohschneider, Tom (2012b): „Wir brauchen erst mal Alternativen“. *taz – die tageszeitung*, 1.04.2012.

²⁸⁴ Vgl. Völkel, Eva (2011): „Der Bankensektor schwankt“. *taz – die tageszeitung*, 7.10.2011; Astheimer, Sven / Henrike Roßbach (2011): „Wir brauchen einen Marshallplan für Griechenland“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.09.2011.

Ähnlich argumentierten auch Vertreter der IG BAU, vgl. Knerler, Rainer / Frank Schmidt-Hullmann (2016): Herausforderungen für eine gemeinsame europäische Gewerkschaftspolitik aus Sicht der IG BAU. In: Frank Bsirske / Klaus Busch / Olivier-Andre Höbel / Rainer Knerler / Dieter Scholz (Hrsg.): Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien. Hamburg: VSA, S. 211-216.

indem damit verbundene Lebenshaltungskosten konstant gehalten werden können (Hassel 2014). In der Eurokrise stießen die Resultate dieser Entwicklungen – Deutschlands „Exportweltmeisterschaft“ und die Auswirkungen seiner Leistungsbilanzüberschüsse auf den Euroraum – auf europäischer Ebene auf Kritik und in der Forschung auf verstärktes Interesse (z.B. Kollmann et al. 2015).²⁸⁵

Die auffällige Betonung instrumenteller Interessen seitens der IG Metall legt nahe, dass sich ver.di.s Forderungen nach öffentlichen Investitionen als ebenfalls instrumentelles Interesse leichter mit einem europäischen Gemeinwohl in Einklang bringen lassen. Im Organisationsbereich der IG Metall stehen dagegen viele Beschäftigte im Wettbewerb mit anderen Beschäftigten in Europa.²⁸⁶ Andererseits stellen die Bezüge der IG Metall auf die Exportwirtschaft in Deutschland laut Kiess (2019) einen weithin akzeptierten nationalen Gemeinwohlbezug dar.²⁸⁷ Kiess untersucht das Krisen-*Framing* von IG Metall, IG BAU, DGB und dem Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Gesamtmetall und findet eine „Dominanz der exportorientierten Industrien“:

„Offenbar ist die Stellung des Exports so dominant, dass nur mit dem Verweis auf diese Industrien, die das Gemeinwohl verkörpern, die eigenen Forderungen vorzubringen sind. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, nach der Erfahrung der hohen Anfälligkeit des Exportsektors in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und aufgrund der, zumindest von den Gewerkschaften auch angesprochenen, innereuropäischen Zahlungsbilanzungleichgewichte, Modifikationen des Wirtschaftsmodells zu fordern. Offensichtlich ist die Idee des Export-Modell Deutschland aber bis weit in das Gewerkschaftslager hinein so wirksam, dass diese Umorientierung kaum diskutiert wurde“ (Kiess 2019: 339 f.).²⁸⁸

Während deutsche Arbeitgeberverbände den politischen Handlungsbedarf in der Eurokrise bei anderen Mitgliedstaaten sahen und kein Interesse an der Weiterentwicklung sozialpartnerschaftlicher Beziehungen auf der europäischen Ebene hatten, erhoben sie doch die Forderung, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit – als gemeinsamen sozialpartnerschaftlichen Wert – weiter zu steigern. Diesem Vorstoß widersetzten sich die Industriegewerkschaften und der DGB allerdings (Kiess 2019: 336, 345).

²⁸⁵ Vgl. o.V. (2013): EU-Kommission prüft deutschen Exportüberschuss. *Süddeutsche Zeitung*, 13.11.2013.

²⁸⁶ Diese Konkurrenzperspektive, die Industriegewerkschaften im Euroraum immer im Blick haben müssen, wurde in der Eurokrise auch von der – ansonsten in dieser Phase europapolitisch nicht sehr aktiven – IG BAU betont: Lohndruck in den Programmstaaten bedeutet potentiellen Lohndruck in Deutschland (Kiess 2019: 276).

²⁸⁷ Die privilegierte politische Position der Exportindustrie zeigt sich außerdem darin, dass einerseits der Autohersteller Opel 2009 staatlich gerettet wurde, andererseits der Einzelhändler Schlecker 2012 keine staatlichen Hilfen bekam und 20.000 Beschäftigte aus ver.di.s Organisationsbereich vor der Arbeitslosigkeit standen (Dribbusch et al. 2017: 210). Im Kontext der gescheiterten bzw. ausgebliebenen Schlecker-Rettung kontrastierte der ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel die Selbstverständlichkeit der Bankenrettung mit der politischen Gleichgültigkeit gegenüber Schlecker und warf die Gerechtigkeitsfrage hinter dieser Inkonsistenz der Staatshilfen auf. Vgl. Schlegel, Matthias (2011): „Das ist eine heuchlerische Politik“. *Der Tagesspiegel*, 31.03.2011, S. 2.

²⁸⁸ Im Unterschied zur vorliegenden Arbeit fokussiert die Studie von Kiess (2019) einerseits auf die Finanzkrise und die nationalen Krisenerfahrungen, nicht auf die Eurokrise, andererseits auf das *Framing* der Gewerkschaften und Verbände nach außen, nicht auf die interne Interessenbildung.

Auch in ihrem Geschäftsbericht für 2011 bis 2014 stellte die IG Metall die Implikationen der Eurokrise für deutsche Exporte heraus: „Die Eurokrise und die Befürchtungen um ein Auseinanderbrechen der Eurozone im Jahr 2012 beeinträchtigten die Exporte in den Euroraum, die jedoch von den außereuropäischen Absatzmärkten aufgefangen wurden“ (S. 164).²⁸⁹ Daneben kritisierte der Geschäftsbericht die europäische Krisen- und Sparpolitik dahingehend, die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in Europa verschärft zu haben (S. 112). Hierzu werden auch die Leistungsbilanzunterschiede im Euroraum thematisiert und mit der Notwendigkeit einer europäisch koordinierten Finanzpolitik in Verbindung gebracht, „die Wachstumsimpulse setzen muss. Unter anderem auch, um die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken, damit die enormen Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden können“ (S. 164). Wiederum wurde nicht die im europäischen Vergleich unterdurchschnittliche Lohnentwicklung in Deutschland ins Zentrum gestellt, sondern die Binnennachfrage über öffentliche Investitionen. Insgesamt bekräftigte die IG Metall ihren Widerstand gegen „Angriffe auf die Tarifautonomie, Tarifverträge, Lohnkürzungen, Sozialabbau und de[n] Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten in Europa“ und strebte im Kern nach einer „Abkehr vom marktradikalen Kurs in Europa“ (S. 112).

Der Geschäftsbericht stellte außerdem auf die europapolitische Mitgliederinformation ab. Wie das „Europapolitische Memorandum“ betonte der Geschäftsbericht: „Eine erfolgreiche europäische Interessenvertretung kann allerdings nur gelingen, wenn wir europapolitischen Fachdiskussionen eine betriebliche Basis geben und die Kompetenz und das Engagement unserer Ehrenamtlichen stärker mit einbeziehen“ (S. 112). In diesem Zusammenhang wurde die Kampagne zur Europawahl 2014 vorgestellt. In deren Rahmen wurden 110 Verwaltungsstellen und 4.700 Betriebe mit Kampagnenmaterial beschickt, woraus die IG Metall auf großes Interesse der Beschäftigten schloss (S. 114).²⁹⁰ Auch die Mobilisierung der IG Metall für „European Action Days“ wertete der Geschäftsbericht positiv (S. 112). Eine stärkere europapolitische Mobilisierung hätten sich dagegen die IG Metall-Vorstandsmitglieder Hans-Jürgen Urban und Wolfgang Lemb gewünscht, die das Interesse der Beschäftigten als gering einschätzten aufgrund einer Wahrnehmung, dass die Probleme der Eurokrise weit entfernt seien.²⁹¹ Dabei bezogen sich Urban und Lemb auf die Beschäftigtenbefragung der IG Metall, bei der „eine solidarische Krisenbewältigung in Europa“ auf dem letzten Platz der von den Befragten als besonders wichtig erachteten politischen Handlungsfelder landete.²⁹² Ihr gewaltiges Mobilisierungspotential zeigte die IG Metall dagegen in den Tarifrunden der Metall- und Elektroindustrie 2012 mit

²⁸⁹ Diese und die folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf IG Metall (2015): Geschäftsbericht 2011-2014.

²⁹⁰ Dazu gehörte u.a. ein Themenheft, das nach der Europawahl für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit neu aufgelegt wurde. Vgl. IG Metall (2014): Das soziale Europa ... damit unser Europa eine Zukunft bekommt.

²⁹¹ Vgl. Lemb, Wolfgang / Hans-Jürgen Urban (2014): Can Democracy in Europe Still be Salvaged? A Plea for a Radical Change of Course in European Policy and in the European Union. *Sozialismus*, 41 (4), Supplement „Can Europe still be saved?“, S. 50.

²⁹² Vgl. IG Metall (2013): Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten, S. 7.

insgesamt 500.000, 2013 mit insgesamt 760.000 und 2015 mit insgesamt 875.000 Teilnehmern an Warnstreiks und Aktionen.²⁹³

Fazit

Der DGB zeigte eine rege und ambitionierte Publikationstätigkeit, rief zu „European Action Days“ auf und brachte den „Marshallplan“ in den EGB ein. Ver.di und IG Metall als kritische Masse im DGB vertraten zur Eurokrise weitgehend die gleichen Positionen, bei der IG Metall ist aber noch weniger Aktivität als bei ver.di zu beobachten, was vom linken Gewerkschaftslager und Kommentatoren kritisiert wurde.²⁹⁴ Differenzen gab es in der Bewertung der deutschen Exportindustrie. Die IG Metall verteidigte hier ihre Tarifpolitik, stellte die deutsche Exportstrategie nicht in Frage und betonte die instrumentellen Interessen ihrer Mitglieder und ihre sozialpartnerschaftliche Orientierung. Ver.di dagegen kritisierte das Exportmodell, stellte die Leistungsbilanzunterschiede in der Eurozone als Krisenursache heraus und forderte nicht nur Steigerungen von Löhnen und Binnenkonsum, sondern eine Abkehr von der Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft. Der zum Thema Eurokrise sehr aktive und politisch eher links orientierte IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban schlug dagegen vor, die durch den Euro begünstigten Exportüberschüsse Deutschlands und anderer Euro-Staaten als „Dividende“ aus dem Euro zu begreifen. Aus den Überschüssen sollte im Rahmen des Aufbaus einer „demokratischen Wertschöpfungsunion“ eine „Markterhaltungsabgabe“ zur Finanzierung eines „Wertschöpfungsaufbaus“ in krisengebeutelten und schwächeren Regionen erhoben werden. Dabei problematisierte Urban anders als ver.di nicht die Lohnentwicklung, sondern erklärte die Leistungsbilanzunterschiede aus Produktivitätsunterschieden heraus.²⁹⁵ Außerdem sprach sich Urban gegen den Nutzen „spontaner Aktionen“ aus und argumentierte, dass die Gewerkschaften erst einmal ihre Lösungsvorschläge diskutieren und intern Mehrheiten dafür schaffen müssten.²⁹⁶

Inwieweit die überschaubaren Aktivitäten ver.dis mit dem Umfang interner Interessenbildung korrespondieren, wird im folgenden Kapitel untersucht.

²⁹³ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2012): Tarifrunde 2012 Metallindustrie; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2013): Tarifrunde 2013 Metallindustrie; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2015): Tarifrunde 2015 Metallindustrie.

²⁹⁴ Vgl. z.B. Völpel, Eva (2012): Die IG Metall schadet sich selbst. *taz – die tageszeitung*, 15.11.2012, S. 1.

²⁹⁵ Vgl. Urban, Hans-Jürgen (2016): Zivilisiert den Euro! *taz – die tageszeitung*, 19.09.2016, S. 12.

²⁹⁶ Vgl. Strohschneider, Tom (2012b): „Wir brauchen erst mal Alternativen“. *taz – die tageszeitung*, 1.04.2012.

6. ver.di's Interessenvertretungsangebote

6.1 Framing-Angebote an die Mitglieder

Beobachtbare Implikation 1

Ver.di verstärkt im Verlauf der Eurokrise die europapolitische Information ihrer Mitglieder.

Die europapolitische Information in *PUBLIK* nimmt im Untersuchungszeitraum 2008 bis 2017 ab dem Beginn der Eurokrise 2010 zu. Im Jahr 2017 war die Gewichtung Europas höher als vor der Eurokrise: gegenüber 2008 um 16 Prozent, gegenüber 2009 um 26 Prozent. Es gibt allerdings keinen linearen Trend (s. [Abbildung 6](#)). Zu Beginn der Eurokrise war die Gewichtung europapolitischer Themen am niedrigsten. Zuvor hatte *PUBLIK* 2008 intensiv und kritisch über zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofs berichtet, die das Streikrecht nationaler Gewerkschaften vis-à-vis grenzüberschreitenden Unternehmensaktivitäten gegenüber europäischen Marktfreiheiten relativierte, indem sie die im Gerichtsverfahren einschlägigen Streiks einer Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzog und als unverhältnismäßig bewertete (s. dazu Scharpf 2009: 191 f.).²⁹⁷ Im Jahr 2009 bestimmten eine EGB-Demonstration zur Finanzkrise und die Europawahlen die Aufmerksamkeit für Europa. Demgegenüber nahm die Gewichtung Europas 2010 ab – zwar finden sich ab der zweiten Ausgabe Artikel zu Griechenland und alle Artikel zu Europa des Jahrgangs 2010 behandelten die Eurokrise, in der Krisenberichterstattung überwogen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise aber noch deutlich (s.u.).

In der Folge vervierfachte sich das Gewicht Europas zwischen 2010 und 2012, nahm 2013 signifikant ab, um 2014 aus Anlass der Europawahlen und geplanter Freihandelsabkommen fast in gleichem Maße wieder zuzulegen. Die Behandlung der Europawahl 2014 in *PUBLIK* veranschaulicht die wachsende Bedeutung Europas: Während die anstehende Europawahl 2009 mit einer Seite aus drei Artikeln bedacht wurde, nahm die Europawahl 2014 eine Sonderbeilage mit insgesamt 20 Artikeln ein, u.a. einem Aufruf Frank Bsirskes zur Bedeutung der Wahl und zur Stimmabgabe sowie 15 Artikeln der einzelnen Fachbereiche.²⁹⁸ Europa gehe die ver.di-Mitglieder etwas an, weil für die öffentliche Daseinsvorsorge, Steuergerechtigkeit, eine gerechte Verteilung der Krisenkosten, Investitionen und Frieden sowie gegen „rechtsextreme Parteien“ gehandelt werden müsse.²⁹⁹ Sowohl 2009 als auch 2014 wurde das Europäische Parlament als progressivste EU-Institution und naheliegender Partner für Beschäftigten- und Verbraucherinteressen bewertet. Im Vorfeld der in *PUBLIK* veröffentlichten Informationen und Aufrufe zu den Bundestagswahlen

²⁹⁷ Vgl. z.B. *PUBLIK*, 5/2008, Titel: Europa ja. Aber nicht so!; *PUBLIK*, 6+7/2008, Meinung: Ein höchstrichterlicher Angriff.

²⁹⁸ Vgl. *PUBLIK*, 5/2009, Brennpunkt; *PUBLIK*, 3/2014, Spezial Europawahl.

²⁹⁹ Vgl. *PUBLIK*, 3/2014, Spezial Europawahl: Europa geht uns an...

2009 und 2013 wurde Europa nur 2013 behandelt mit einem Artikel über die Folgen der Sparpolitik und gegen den geplanten Wettbewerbspakt.³⁰⁰

Abbildung 6. **Gewichtung europapolitischer Information in PUBLIK**

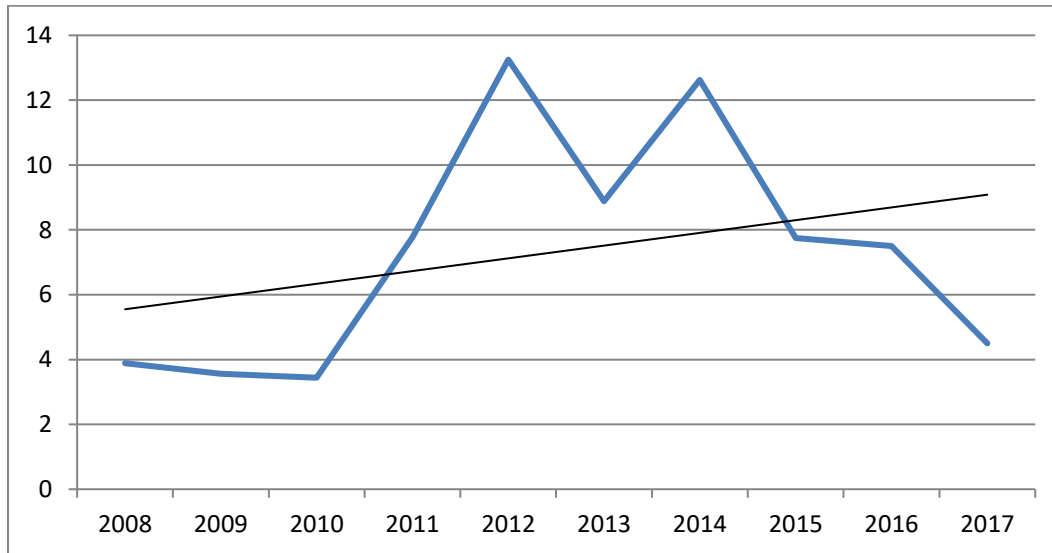


Abbildung 6: Gewichtung europapolitischer Information im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017 mit linearer Trendlinie.

Ab 2015 nahm die europapolitische Information in *PUBLIK* stetig ab und erreichte 2017 schließlich einen Umfang, der leicht über dem Gewicht vor bzw. zu Beginn der Eurokrise lag. Eine dauerhafte Intensivierung der europapolitischen Information ist daher nur mit Einschränkungen gegeben, die Relevanz- bzw. Aktualitätsgeboten bestimmter Themen folgen: Eine Kategorisierung der behandelten europapolitischen Themen zeigt, dass die Information der Mitglieder anlassbezogen stattfindet (s. Abbildung 7), wobei sich im Untersuchungszeitraum folgende europapolitische Anlässe kategorisieren lassen: Artikel zur Reaktion der EU auf die internationale Finanzkrise vor Ausbruch der Eurokrise (von 2008 bis 2009) bzw. ab dem Ausbruch der Eurokrise zur europäischen Finanzmarktregulierung ohne Bezug des Artikels zur Eurokrise (2010 bis 2012), geplante Freihandelsabkommen der EU (ab 2013), die Europäische Bürgerinitiative „right2water“ (2013 bis 2015) und sonstige europapolitische Themen wie Urteile des Europäischen Gerichtshofs, Lohnentwicklungen im europäischen Vergleich, die Entsenderichtlinie oder die EU-Pläne zur Liberalisierung der Bodendienste an Flughäfen.³⁰¹

³⁰⁰ Vgl. *PUBLIK*, 5/2013, Spezial Bundestagswahl: Kein Pakt mit Merkel.

³⁰¹ Die Flüchtlingspolitik wurde ab 2015 in *PUBLIK* als nationales Thema ohne vorrangige EU-Bezüge der Artikel behandelt.

Abbildung 7. **Gewichtung einzelner europapolitischer Themen in PUBLIK**

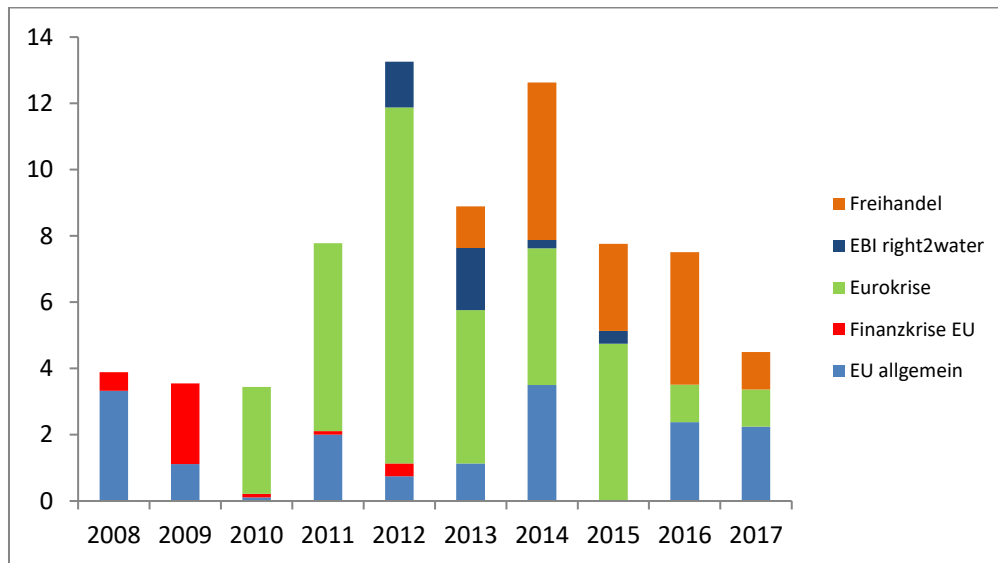


Abbildung 7: Gewichtung europapolitischer Themen im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017.

Die Eurokrise dominierte über vier Jahre (2010 bis 2013) die europapolitische Berichterstattung, bevor sie ab 2014 von der europäischen Handelspolitik abgelöst wurde. In einer Kategorisierung der Behandlung der Eurokrise in allgemeine Artikel zur Krisenpolitik und länderspezifische Berichte über die Folgen der Krisenpolitik in den Programmstaaten zeigt sich, dass bis 2012 allgemeine Artikel zur Eurokrise, danach abgesehen vom Europawahljahr 2014 länderspezifische Berichte überwogen (s. [Abbildung 8](#)). Somit wurden die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada bereits ab 2014 wichtiger als die allgemeine, nicht auf länderspezifische Entwicklungen bezogene Auseinandersetzung mit der Eurokrise. Die Häufung der allgemeinen Artikel zur Eurokrise im Jahr 2012 deckt sich mit der im vorangegangenen Kapitel etablierten Spitze von ver.di's Aktivitäten zur Eurokrise in diesem Jahr und dem Widerstand gegen den seinerzeit beschlossenen Fiskalpakt. Insgesamt veröffentlichte *PUBLIK* in beiden Kategorien ungefähr die gleiche Anzahl an Stücken zur Eurokrise (55 länderspezifische zu 54 allgemeinen), die allgemeinen Artikel haben aber über die Jahre ein höheres, auf längere Berichte oder prominentere Platzierung zurückzuführendes Gesamtgewicht (19,43 zu 15,96).

Jenseits des zunehmenden Gewichts kann der Stellenwert des Themas Europa besser eingeordnet werden, wenn sein Gewicht in Relation zur Gewichtung anderer im Untersuchungszeitraum wichtiger politischer und gewerkschaftlicher Themen gesetzt wird. Dabei zeigt sich, dass Europa in der Spitze ähnlich wie die Finanzkrise und kontinuierlich schwerer gewichtet wurde als der nationale Mindestlohn und große Tarifrunden im öffentlichen Dienst (ÖD) und bei der Deutschen Post (s. [Abbildung 9](#)).

Abbildung 8. **Gewichtung allgemeiner Berichte und Länderberichte zur Eurokrise**

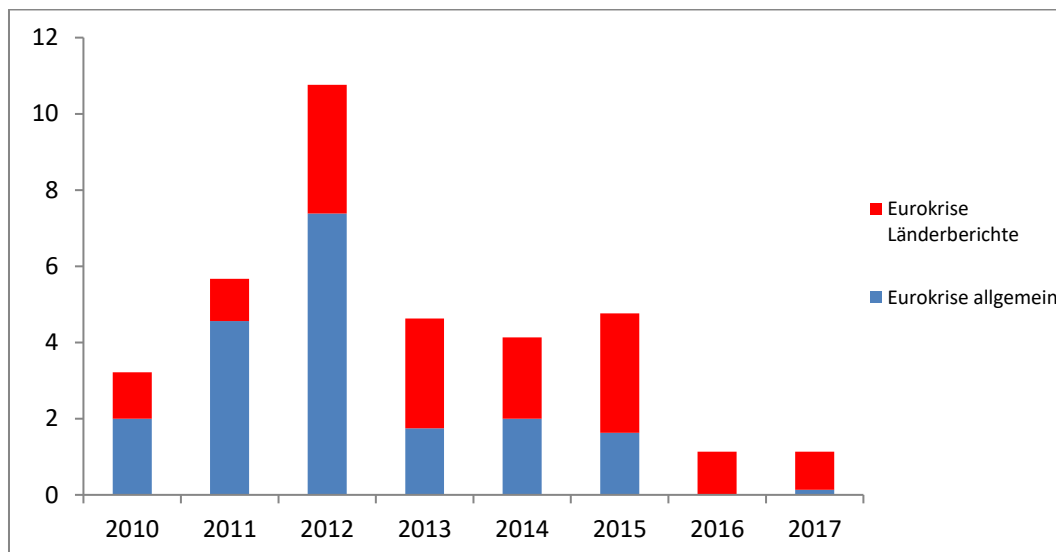


Abbildung 8: Gewichtung von Länderberichten und allgemeinen Artikeln zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2010 und 2017.

Abbildung 9. **Gewichtung politischer und gewerkschaftlicher Themen**

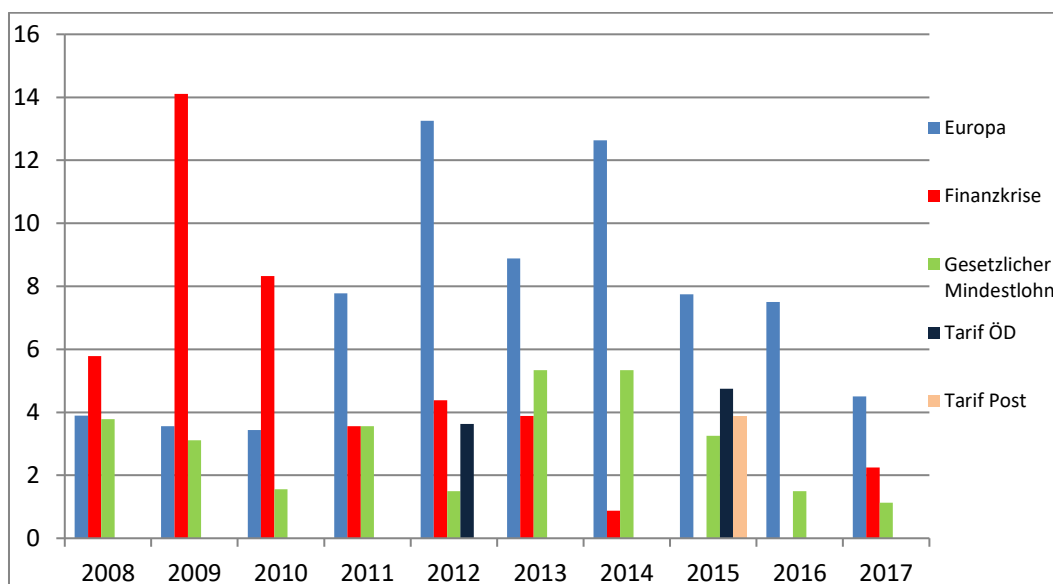


Abbildung 9: Gewichtungen ausgewählter politischer und gewerkschaftlicher Themen im nationalen Mantel der *PUBLIK*-Jahrgänge 2008 bis 2017.

Legt man den europapolitischen Fokus nur auf die Eurokrise und vergleicht sie mit den Themen Finanzkrise (in dem Fall inklusive Artikel zur Finanzkrise mit EU-Bezug) und nationaler gesetzlicher Mindestlohn, wird die höhere Gewichtung der Finanzkrise deutlich. Im Jahr 2010 wurden die Folgen der Finanzkrise mehr als doppelt so stark gewichtet wie die beginnende Eurokrise (8,22 zu 3,44). Diese hohe Gewichtung trotz der wirtschaftlichen Erholung in Deutschland 2010 ist auf die Kampagne „Gerecht geht anders“ im Herbst 2010 zurückzuführen, deren Interessenbildung und Mobilisierung weiter unten behandelt werden. Die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland spielte lediglich zwischen der Bundestagswahl 2013 und der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 in den Jahren 2013 und 2014 in *PUBLIK* eine bedeutendere Rolle als die Eurokrise (s. Abbildung 10). Dies unterstreicht sowohl die außergewöhnliche Relevanz der internationalen Finanzkrise aufgrund der wirtschaftlichen Folgen in Deutschland als auch die im Vergleich zum Mindestlohn als einem der herausragenden politischen Projekte in der Geschichte ver. dis beachtliche Bedeutung der Eurokrise.

Abbildung 10. **Politische Themenkonjunktur**

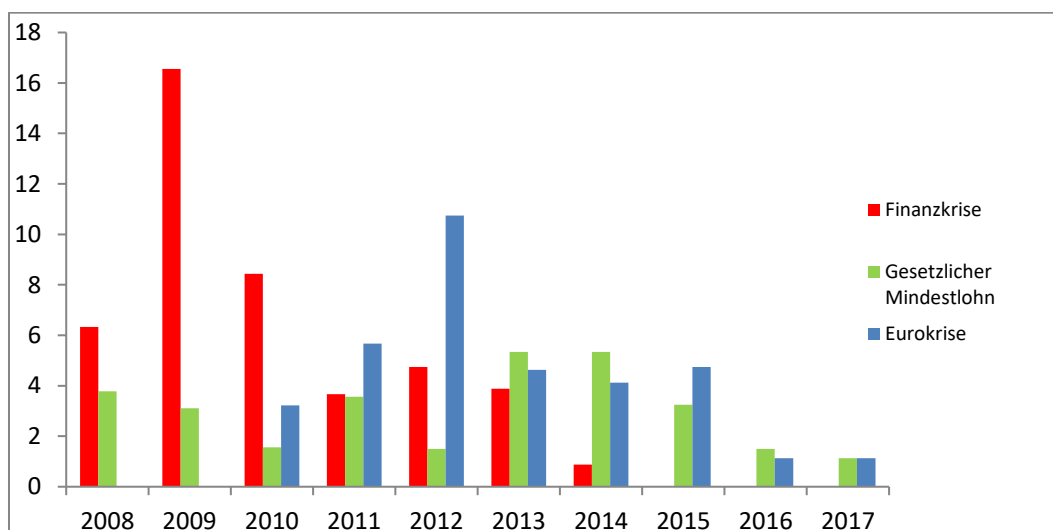


Abbildung 10: Vergleich der Gewichtung der Themen Finanzkrise, Eurokrise und gesetzlicher Mindestlohn im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017. Gesamtgewichtung der Themen: Finanzkrise 44,51, gesetzlicher Mindestlohn 30,07, Eurokrise 35,41.

Angesichts der hohen Gewichtung der Finanzkrise soll ein kurzer Blick auf die Kategorisierung der *PUBLIK*-Berichterstattung zur Finanzkrise geworfen werden: Inwieweit spielt die europäische Ebene dort eine Rolle? Welche Parallelen oder Unterschiede gibt es in der Krisenberichterstattung zwischen Finanz- und Eurokrise? Gegenüber der Diskussion über die Ausgestaltung des nationalen Krisenmanagements traten die EU und die internationale Politikebene (z.B. G20) in der Berichterstattung über die Finanzkrise deutlich hinter den nationalen Blickwinkel zurück. Auch Länderberichte spielten beim Thema

Finanzkrise anders als bei der Eurokrise nur eine untergeordnete Rolle, wobei hierunter insbesondere Berichte zu Großbritanniens Sparpolitik und dem gesellschaftlichen Widerstand dagegen fielen (s. Abbildung 11).³⁰² Während die Eurokrise in *PUBLIK* also nicht die Gewichtung der Finanzkrise erreichte, war die Berichterstattung über sie stärker von transnationalen Perspektiven vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Situation in den krisenbetroffenen Ländern gekennzeichnet: Im Kontext der Eurokrise wurden 55 Länderberichte identifiziert, zur Finanzkrise finden sich 19 Länderberichte. Außerdem fällt das sehr geringe Teilgewicht der Artikel zur Finanzkrise auf, die sich vorrangig der europapolitischen Reaktion widmeten. Insgesamt bestätigt sich die beobachtbare Implikation empirisch: Die europapolitischen Informationen nahmen in der Eurokrise stark zu – allerdings nicht linear, sondern anlassbezogen und damit sowohl von entsprechenden Ausschlägen nach oben als auch von phasenweisen Rückgängen des Informationsvolumens gekennzeichnet.

Abbildung 11. **Schwerpunkte der PUBLIK-Berichterstattung zur Finanzkrise**

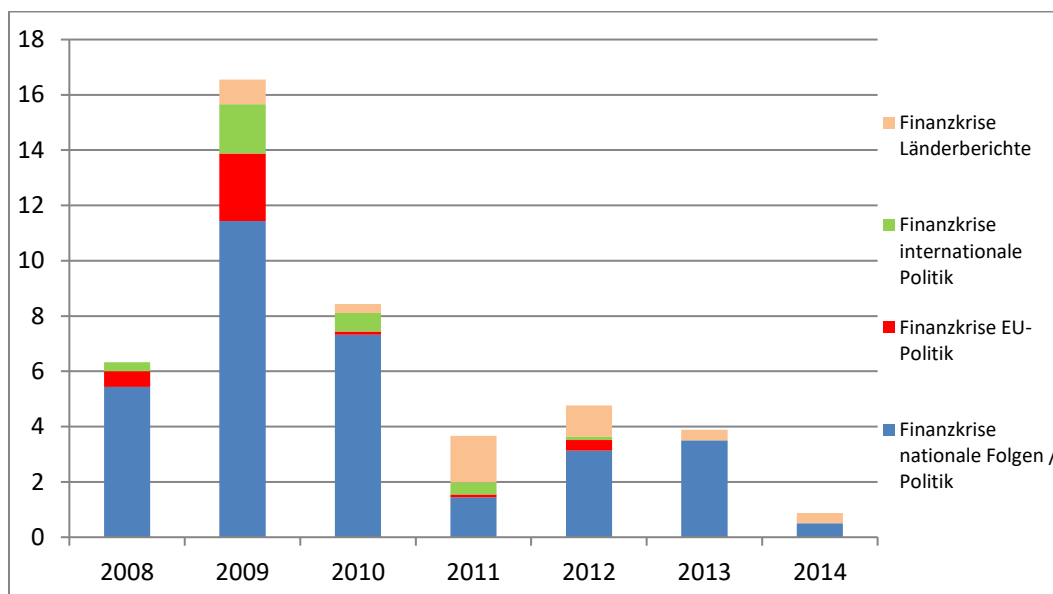


Abbildung 11: Thematische Schwerpunkte der Berichterstattung über die Finanzkrise im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2014.

Beobachtbare Implikation 2

Ver.dis Informationen zur Eurokrise stellen der Krisendeutung der Bundesregierung ver.dis Diagnosen der Krisenursachen und der Folgen der EU-Krisenpolitik entgegen.

³⁰² Vgl. *PUBLIK*, 4/2009, Titel: Wir sind die Vielen; *PUBLIK*, 2009: Extra Aktionstag 2009.

Die beobachtbare Implikation bezieht sich auf das „counterframing“ durch diagnostische *Frames* in den 54 allgemeinen *PUBLIK*-Artikeln zur Eurokrise. In diesen Artikeln wurden insgesamt 315 *Frame*-Nennungen codiert, davon 181 diagnostische.³⁰³ Von diesen entfallen wiederum 29 auf die Deutung der Ursachen der Eurokrise, 112 auf die Darstellung der Folgen der EU-Krisenpolitik. Damit nimmt die Analyse von Krisenursachen und Krisenpolitik rund 78 Prozent des diagnostischen *Framings* ein. Ver.di's *Framing* der Krisenursachen lässt sich in sieben inhaltliche Dimensionen fassen, während sich das *Framing* der Folgen der Krisenpolitik in acht Dimensionen unterteilen lässt (s. Tabelle 11).

Ver.di's Analyse der Ursachen der Eurokrise leitete die Eurokrise aus der Finanzkrise ab: Die Deregulierung der Finanzmärkte wurde in zwei Artikeln thematisiert, auf die immensen fiskalischen Konsequenzen der Bankenrettung wurde in zwölf Artikeln abgestellt, auf seinerzeit notwendige Konjunkturprogramme bzw. automatische Stabilisatoren und auf mangelnde europäische Abstimmung in der Bekämpfung der Finanzkrise jeweils in zwei Artikeln verwiesen. Wirtschaftliche und politische Implikationen der Zusammensetzung und Konstruktion des Euroraums wurden in Form der gewachsenen Leistungsbilanzunterschiede und der mangelnden fiskalischen Integration in sechs bzw. drei Artikeln genannt. Andere Ursachen traten dahinter zurück, länderspezifische Ursachen wurden nur für den Fall Griechenlands expliziert in Form der Steuerbegünstigung vermögender Bevölkerungsteile und des mangelhaften Steuervollzugs.

Ver.di machte zwar die Finanzkrise für die hohe Staatsverschuldung im Euroraum verantwortlich, brachte die Höhe der Staatsverschuldung aber nicht in kausale Verbindung mit der Eurokrise und widersprach damit dem zentralen *Frame* der Bundesregierung. Der Verweis auf die eurosystemimmanenten Leistungsbilanzunterschiede steht ferner der Position der Bundesregierung entgegen, die Kritik an der deutschen Exportwirtschaft und jede Mitverantwortung Deutschlands zurückwies (Oppermann 2015: 269). Die *Frames* der Bundesregierung des Bruchs bzw. der notwendigen Einhaltung fiskalischer Regeln, einer Stabilitätskultur in Europa und der Wettbewerbsfähigkeit nach deutschem Vorbild wertete ver.di nicht als Lösung, sondern vielmehr als Problem dahingehend, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und ihre Verschärfung in der Eurokrise das notwendige Wachstum in den Programmstaaten strangulieren würden. So werde der Euroraum nicht gerettet, sondern weiter destabilisiert, die Wettbewerbsfähigkeit der Programmstaaten steige dadurch nicht. In starren fiskalischen Regeln, die eine eigentlich gebotene Europäisierung der Fiskalpolitik für den Euroraum ersetzen sollten, sah ver.di eine entscheidende Fehlkonstruktion des Euro.

³⁰³ Im Weiteren wird der Anzahl der *Frame*-Nennungen zwar innerhalb eines Themas Bedeutung zugemessen, nicht aber im Vergleich der Themen untereinander. Hier sind zwar die relativen Anteile bestimmter Kategorien und Dimensionen interessant, nicht aber die absolute Zahl der *Frame*-Nennungen, da diese stark mit der Gewichtung eines Themas zusammenhängt und daher durch den Vergleich der Themengewichtungen abgegolten ist: Berichtet *PUBLIK* über ein Thema hauptsächlich in Kurzmeldungen, finden naturgemäß weniger *Frame*-Nennungen Platz. Gleichzeitig ist die Themengewichtung entsprechend niedriger als bei einem Thema, das auf vielen Titel- und Meinungsseiten stattfindet.

Tabelle 11. **Eurokrise: Diagnostisches Framing**

<u>Diagnostisches Framing: Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>
Krisenursachen	29	16,0
Bankenrettung / Spekulation	12	41,4
Leistungsbilanzunterschiede	6	20,7
Konstruktion des Euro	3	10,3
Konjunkturlösungen	2	6,9
Unkoordiniertes Handeln	2	6,9
Deregulierung Finanzmärkte	2	6,9
Länderspezifische Ursachen	2	6,9
Krisenfolgen	112	61,9
Wirtschaftliche Folgen	35	31,2
Europäische Integration	23	20,5
Soziale Folgen	20	17,9
Macht der Finanzmärkte	14	12,5
Demokratie	8	7,1
Gewerkschaftsrechte	7	6,3
Arbeitnehmerrechte	4	3,6
Länderspezifische Folgen	1	0,9
Instrumentelle Interessen	23	12,7
Löhne	5	21,7
Deutsche Wirtschaft / Exporte	5	21,7
Öffentliche Daseinsvorsorge	4	17,4
Arbeitnehmerrechte	4	17,4
Gewerkschaftsrechte	3	13,0
Beteiligung Vermögenger	2	8,7
Berufliche Anerkennung (Bankmitarbeiter)	1	4,3
Bezüge deutsche – europäische Erfahrung	14	7,7
Lohnentwicklung Deutschland x Euroraum	5	35,7
Export Schuldenbremse	4	28,6
Gleiche Situation gesellschaftlicher Gruppen	2	14,3
Export Agenda 2010	1	7,1
Zukunft deutsche Lohnkosten	1	7,1
Ungleichheit in D und Europa	1	7,1
Gemeinwohlinteressen	3	1,7
Soziale Standards	2	66,7
Demokratie	1	33,3
	181	100

Tabelle 11: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen in den Kategorien des diagnostischen *Framings* der 54 Artikel zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

In ihrer Darstellung der Folgen der EU-Krisenpolitik legte ver.di Schwerpunkte auf die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den Programmstaaten und auf die Auswirkungen der Krisenpolitik auf die europäische Integration. In diese drei inhaltlichen Kategorien fallen rund 62 Prozent des *Framings* der Folgen der EU-Krisenpolitik. Die Betonung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krisenpolitik illustrierte die Verantwortung der Bundesregierung für eine Krisenpolitik, die laut ver.di keine Perspektive der Erholung biete, sondern die Situation nur verschlimmere und die Lasten ungerecht verteile. Während die Bundesregierung die öffentliche Darstellung, die

Krisenländer hätten über ihre Verhältnisse gelebt, gewähren ließ, betonte ver.di die sozialen Folgen einer EU-Krisenpolitik, die die Verursacher der Krise verschone. Dass ver.di es für geboten hielt, ihren Mitgliedern die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krisenpolitik darzustellen, die im deutschen Diskurs sonst nur eine Randnotiz waren, zeigt sich auch in den 55 länderspezifischen Artikeln, die detailliert auf die Folgen für die jeweils behandelten Programmstaaten eingehen (s.u. und Beobachtbare Implikation 5).

Als Konsequenz der Krisenpolitik für die europäische Integration stellte ver.di vor allem die Verfestigung der neoliberalen wirtschaftspolitischen Ausrichtung, indem der Fiskalpakt Schuldenbremsen in nationalen Verfassungen verewige, und die sinkende öffentliche Akzeptanz der EU bzw. den steigenden Zulauf populistischer Parteien in Europa heraus. Die Bundesregierung verwies auf die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber der europäischen Integration, relativierte dies aber mit der Verteidigung des deutschen Interesses an der Erhaltung des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums, von dem Deutschlands Wirtschaft am meisten profitiere. Mit ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber Sparern und Steuerzahlern begründete die Bundesregierung außerdem die Grenzen ihrer finanziellen Hilfsbereitschaft und die Ablehnung von Eurobonds (Oppermann 2015). Ver.di hingegen betonte, dass Deutschland nicht in erster Linie selbstloser Retter, sondern Profiteur der Krisenpolitik sei durch historisch niedrige Zinsen auf seine Staatsanleihen, Zinszahlungen der Programmstaaten für Hilfskredite und einen Schuldendienst der Programmstaaten, der u.a. ansonsten abzuschreibende Investitionen deutscher Banken rette.³⁰⁴

Tabelle 12. Eurokrise: Länderberichte

<u>Land</u>	<u>N</u>	<u>Titel</u>	<u>Meinung</u>	<u>Bericht</u>	<u>Meldung</u>	<u>Gewicht</u>	<u>% Gewicht</u>
Griechenland	36	-	3	19	14	83	63,8
Spanien	10	1	-	6	3	27	20,8
Portugal	5	-	-	3	2	11	8,5
Italien	3	-	-	1	2	5	3,8
Zypern	1	-	1	-	-	4	3,1
	55	1	4	29	21	130	100

Tabelle 12: Länderberichte zu Euro-Staaten im Kontext der Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2010 und 2017.

Außerdem wurde in 14 der 54 Artikel kritisiert, dass die Krisenpolitik den Finanzmärkten als Verursachern der Krise die Macht belasse, über die Konditionen der Kreditwürdigkeit

³⁰⁴ Vgl. z.B. *PUBLIK*, 10/2011, Brennpunkt: Geiseln der Banken; *PUBLIK*, 4/2014, Meinung: Im Wettlauf um sinkende Löhne.

von Euro-Staaten zu befinden und die Krisenpolitik vor sich her zu treiben. In diesem Zusammenhang beklagten acht Artikel ein undemokratisches Zustandekommen der EU-Krisenpolitik durch die Marginalisierung des EU-Parlaments und nationaler Parlamente und die technokratische Umsetzung der EU-Krisenpolitik in den Programmstaaten ohne Einflussmöglichkeiten nationaler Parlamente und Bevölkerungen. Nur einen geringen Anteil machten dagegen Verweise auf den Abbau von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten in den Programmstaaten und der EU insgesamt aus.

Neben den 54 allgemeinen Artikeln zur Eurokrise wurden im Kontext der Eurokrise in *PUBLIK* 55 Artikel zu Entwicklungen in einzelnen Euro-Staaten veröffentlicht. Der Großteil der Länderberichte entfällt mit 36 Artikeln und einer nach der Anzahl der Ausgaben des jeweiligen Jahrgangs normalisierten Gesamtgewichtung von 10,18 bzw. fast 64 Prozent des gesamten Gewichts der länderspezifischen Artikel auf Griechenland (dreimal Meinung/Brennpunkt, 19 Berichte und 14 Kurzmeldungen, s. [Tabelle 12](#) und [Abbildung 12](#)). Spanien kam mit einer Titelseite, sechs Berichten und drei Kurzmeldungen auf zehn Artikel. Wenig berichtet wurde über Portugal (fünf Artikel), Italien (drei Artikel) und Zypern (ein Meinungsbeitrag). Auffallend ist, dass Irland und Frankreich während der Eurokrise nicht in Länderberichten thematisiert wurden, beide Staaten wurden lediglich im Zuge der internationalen Finanzkrise vor Ausbruch der Eurokrise und jeweils nur in Kurzmeldungen behandelt, Irland zweimal, Frankreich einmal. Irland war ferner Aufhänger eines Meinungsartikels über die notwendige Entkopplung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten.³⁰⁵

In den Länderberichten wurden die sozialen Notlagen in den Programmstaaten durch die EU-Krisenpolitik ins Zentrum der Berichterstattung gestellt. Arbeitslosigkeit, Armut, die Kürzung von öffentlichen Dienstleistungen und die demokratische Legitimierung der Krisenpolitik wurden thematisiert, aber auch der Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. In 36 der 55 Artikel wurde auf gewerkschaftliche oder gesellschaftliche Protestereignisse verwiesen in den beschriebenen Zusammenhängen außergewöhnlicher Notlagen. Dies kann als Legitimierung des Protests durch *PUBLIK* gesehen werden, da in den betroffenen Staaten keine andere politische Handhabe gegen die Krisenpolitik zur Verfügung stand.

Die *PUBLIK*-Berichterstattung über Griechenland begann Anfang 2010 mit einer Kurzmeldung zu einer Großdemonstration gegen die Sparpolitik der griechischen Regierung,³⁰⁶ gefolgt von einem detaillierten Bericht, der Griechenland als ein „Versuchstier für die EU“, in der auch andernorts gleiche Maßnahmen zu erwarten seien, bezeichnete und eine Solidaritätsbekundung Frank Bsirskes enthielt: „Wir sind an der Seite der griechischen Beschäftigten, wenn sie sich gegen die aufgezwungenen Maßnahmen und die Eingriffe in ihre Tarifverträge wehren.“³⁰⁷ In der Folge forderte *PUBLIK* Umschuldungspläne für

³⁰⁵ Vgl. *PUBLIK*, 1+2/2009, International: Frankreich – Streiks und Massenprotest; *PUBLIK*, 3/2009, International: Irland – Ende des Wachstums; *PUBLIK*, 12/2009, International: Größter Streik; *PUBLIK*, 12/2010, Meinung: Euroland wird abgebrannt.

³⁰⁶ Vgl. *PUBLIK*, 1+2/2010, International: Griechenland wehrt sich.

³⁰⁷ Vgl. *PUBLIK*, 3/2010, International: Testfall Griechenland.

Griechenland und andere Euro-Staaten – alleine schon aus Deutschlands eigenem „Geschäftsinteresse“ an einem funktionalen europäischen Währungsraum.³⁰⁸ Die soziale Situation in Griechenland wurde in mehreren Meinungsbeiträgen und großen Berichten bzw. Reportagen im Verlauf der Eurokrise kontinuierlich als verheerend dargestellt, die Krisenpolitik scharf kritisiert und die Proteste wohlwollend begleitet.³⁰⁹ Allerdings wurde auch die Aussichtslosigkeit der Proteste gesehen und etwa bedauert, dass es den griechischen Gewerkschaften nicht gelinge, eine einheitliche Front gegen die Sparpolitik zu organisieren.³¹⁰ Ein griechischer Journalist forderte deutsche und europäische Beschäftigte auf einer Titelseite auf, sich am Widerstand gegen die Krisenpolitik zu beteiligen.³¹¹

Abbildung 12. **Eurokrise: Gewichtung Griechenland**

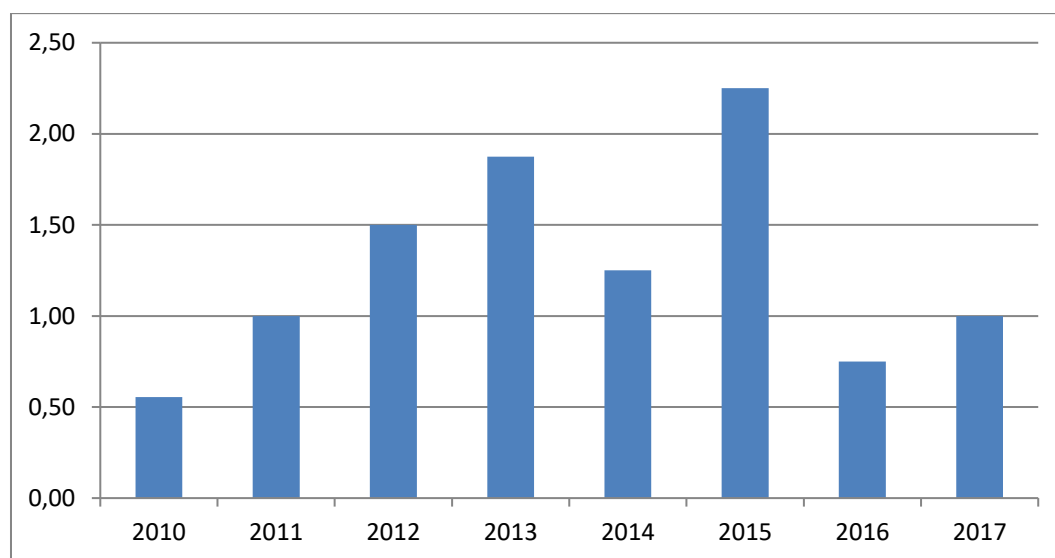


Abbildung 12: Gewichtung von Länderberichten zu Griechenland im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2010 und 2017, normalisiert nach Ausgaben pro Jahr.

Den Wahlsieg der linken Partei Syriza in Griechenland Anfang 2015 begrüßte *PUBLIK* mit dem Abdruck des Aufrufs von „Europa neu begründen“, der den Wahlausgang als Chance nicht nur für Griechenland, sondern für eine alternative Politik in ganz Europa wertete.³¹² Die in den Regierungswechsel gesetzten Hoffnungen wurden in der Folge mit einem

³⁰⁸ Vgl. *PUBLIK*, 5/2010, Meinung: Da hilft nur ein glatter Schnitt.

³⁰⁹ Vgl. z.B. *PUBLIK*, 11/2011, International: Für viele geht es schon ums Überleben; *PUBLIK*, 2/2012, Gesellschaft: Zukunft sieht anders aus; *PUBLIK*, 2/2013, International: Es bleibt kalt auf dem Olymp; *PUBLIK*, 2/2014, International: Millionen ohne Gesundheitsschutz; *PUBLIK*, 5/2015, Meinung: Das Lernziel: Nur nicht aufmucken!.

³¹⁰ Vgl. *PUBLIK*, 4/2011, International: Der Protest der Schwarzfahrer.

³¹¹ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2011, Titel: Wehren wir uns gemeinsam.

³¹² Vgl. *PUBLIK*, 1/2015, Politik: Chance für Europa.

griechischen Arbeitsmarktforscher erörtert, der eine schrittweise Restitution geschliffener Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Griechenland in Aussicht stellte.³¹³ Umso enttäuschter wurde die Niederlage Syrizas in den Verhandlungen mit der EU um ein neues Hilfspaket kommentiert, weitere Sparmaßnahmen und soziale Einschnitte hinnehmen zu müssen: „Euro-Europa nimmt die Verelendung eines ganzen Landes in Kauf.“³¹⁴ Die folgenden Proteste und Generalstreiks der Gewerkschaften brachte *PUBLIK* mit den Versprechen an die griechischen Wähler in Verbindung, die Syriza angesichts des politischen Drucks aus Deutschland und Europa nicht halten konnte.³¹⁵ Die Berichterstattung über die sozialen Folgen der Krisenpolitik und die Proteste in Griechenland zog sich von da aus über mehrere Artikel bis zum Ende des Untersuchungszeitraums.³¹⁶ Zu diesem Zeitpunkt finden sich in *PUBLIK* längst keine allgemeinen Artikel und Länderberichte mehr zur Eurokrise, alle anderen Programmstaaten hatten den EU-Rettungsschirm bereits verlassen. Die Befassung mit Griechenland war damit sehr ausführlich, inhaltlich kann von einem intensiven „counterframing“ zu dem Bild, das manche deutschen Publikumsmedien während der Eurokrise von Griechenland zeichneten, gesprochen werden. Während Griechenland der herausragende Fall der in *PUBLIK* behandelten Programmstaaten war, wählte die Berichterstattung auch für die anderen Programmstaaten den gleichen Fokus auf gravierende wirtschaftliche und soziale Folgen der Krisenpolitik, den Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten und eine daraus folgende Legitimierung des gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Widerstands gegen die Krisenpolitik.

Zusammenfassend lehnte ver.di die wirtschaftspolitische Ursachen- und Sparpolitiktheorie der Bundesregierung in den 54 allgemeinen Artikeln zur Eurokrise strikt ab und verwendete rund 78 Prozent des diagnostischen *Framings* dieser Artikel auf die Darstellung der Position der Gewerkschaft zu Krisenursachen (16 Prozent) und Krisenfolgen (rund 62 Prozent). Die 55 Länderberichte zur Eurokrise nutzte *PUBLIK*, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krisenpolitik in den Programmstaaten zu verdeutlichen und die Proteste gegen die Krisenpolitik dadurch einzuordnen und zu legitimieren. Die beobachtbare Implikation ist damit bestätigt.

Beobachtbare Implikation 3

Ver.di verbindet das diagnostische „counterframing“, das ver.di's Sicht auf die Ursachen der Eurokrise und die Folgen der Krisenpolitik etabliert, mit den instrumentellen Interessen der Mitglieder, um so „grievances“ zu erzeugen. Instrumentelle Interessen werden dabei häufiger thematisiert als Gemeinwohlinteressen und Bezüge zwischen der europäischen Krisenerfahrung und der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland werden hergestellt.

³¹³ Vgl. *PUBLIK*, 2/2015, International: Einreißen geht schnell, aufbauen dauert.

³¹⁴ Vgl. *PUBLIK*, 5/2015, Meinung: Das Lernziel: Nur nicht aufmucken!.

³¹⁵ Vgl. *PUBLIK*, 8/2015, International: Weil es zum Leben nicht mehr reicht.

³¹⁶ Vgl. z.B. *PUBLIK*, 8/2016, International: Arbeitsrecht ist Vergangenheit; *PUBLIK*, 4/2017, Gesellschaft: Die 23. Kürzung.

Diese beobachtbare Implikation bezieht sich auf Forschungsergebnisse, dass für die meisten ver.di-Mitglieder in der gewerkschaftlichen Vertretung instrumentelle Interessen im Vordergrund stehen (Waddington 2015), und auf das daraus abgeleitete Argument, dass ein europapolitisches Mobilisierungspotential der ver.di-Mitglieder wahrscheinlicher wird, wenn ver.di deren instrumentelle Interessen anspricht. Dafür müssten die diagnostischen *Frames* zu den Folgen der Krisenpolitik mit entsprechenden Interessen der Mitglieder verbunden werden. Diese Verbindung zwischen Eurokrise und instrumentellen Interessen geschah aber nur in geringem Maße: In 39 der 54 allgemeinen Artikel zur Eurokrise finden sich keine instrumentellen diagnostischen *Frames*. In den übrigen 15 Artikeln wurden insgesamt sechs instrumentelle diagnostische *Frames* und zwei *Frames*, die sich auf Gemeinwohlinteressen der Mitglieder beziehen, verwendet. Die instrumentellen *Frames* kommen auf 23 Nennungen bzw. knapp 13 Prozent des diagnostischen *Framings*, die *Frames* mit Gemeinwohlbezug auf drei Nennungen und damit nur auf 1,7 Prozent des diagnostischen *Framings*. Instrumentelle Interessen wurden folglich fast achtmal so häufig angesprochen wie Gemeinwohlinteressen, erreichen aber nur etwa ein Fünftel des Umfangs der Diskussion der Krisenfolgen, die 62 Prozent einnimmt (s. Tabelle 11).

Inhaltlich steht bei den instrumentellen *Frames* der Druck auf die Löhne, den ver.di als Konsequenz der EU-Krisenpolitik wertete, mit fünf Nennungen an geteilter erster Stelle mit den Auswirkungen der Eurokrise auf die deutsche Wirtschaft bzw. die deutschen Exporte. Ver.di kritisierte die einseitige, lohnstückkostenbasierte deutsche Exportstrategie zwar als schlecht für deutsche Arbeitnehmer und europäische Handelspartner und sah sie als eine der Ursachen der Eurokrise.³¹⁷ Gleichzeitig führte *PUBLIK* aber an, dass kurzfristig auch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor an der Entwicklung der Exportindustrie hingen.³¹⁸ Außerdem wurden die Folgen der verschärften fiskalischen Auflagen für die Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst sowie für öffentliche Investitionen und Daseinsvorsorge im Allgemeinen thematisiert (vier Erwähnungen). Die geplanten Eingriffe in die Tarifautonomie etwa durch die Dezentralisierung von Tarifverhandlungen, in die Höhe der Mindestlöhne und in das Streikrecht in den Programmstaaten waren ein weiterer Bezugspunkt für die instrumentellen Interessen der ver.di-Mitglieder: ver.di fürchtete, dass die Europäische Kommission sich zukünftig in ihren Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters gegenüber deutschen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten ähnlich positionieren könnte (vier bzw. drei Nennungen). Schließlich prangerte ver.di die Ungerechtigkeit der Verteilung der Krisenkosten an, zu denen Vermögende nicht ausreichend herangezogen würden zu Lasten von Beschäftigten und Geringverdienern (s. Tabelle 11).

Im Kontext der Eurokrise ist auch die Sonderbeilage zur Europawahl 2014 zu diskutieren, die aus fünf allgemeinen Artikeln und 15 Artikeln der ver.di-Fachbereiche bestand (s. Tabelle 13). Hier zeigt sich, dass *PUBLIK* durchaus auch instrumentelle Interessen der Mitglieder mit europapolitischen Ereignissen verknüpfte: In den 15 Artikeln der Fachbereiche ging es fast ausschließlich um die Berührung sektoraler Interessen durch EU-

³¹⁷ Vgl. z.B. *PUBLIK*, 8+9/2011, Meinung: Warum der Euro in Gefahr ist.

³¹⁸ Vgl. z.B. *PUBLIK*, 6+7/2010, Meinung: Europa spart sich kaputt.

Regulierung bzw. die Forderung der Berücksichtigung der jeweiligen sektoralen Interessen durch die EU. Nur der Fachbereich Gemeinden nahm auf die europäische Sparpolitik im Zusammenhang mit kommunaler Finanznot Bezug. Insgesamt bezogen sich 33 der 34 Fälle diagnostischen *Framings* in der Sonderbeilage auf instrumentelle Interessen, nur ein diagnostischer *Frame* hatte einen Gemeinwohlbezug (Eingriffe in die Medienfreiheit).³¹⁹ In den 15 Artikeln der Fachbereiche wurden 25 Nennungen von diagnostischen *Frames* gezählt, die spezifische sektorale Interessen der jeweiligen Fachbereiche und ihrer Mitgliedsberufe umreißen. In den fünf allgemeinen Artikeln der Sonderbeilage wurden acht *Frames* verwendet, die instrumentelle Mitgliederinteressen aller ver.di-Mitglieder beschreiben. Diese decken sich mit den *Frames* der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung, die im Folgenden dargestellt wird. Lediglich ein *Frame* wurde nur in der Sonderbeilage verwendet: die Diagnose des Fortdauerns schädlicher Finanzspekulationen in der EU.

Tabelle 13. **PUBLIK-Sonderbeilage zur Europawahl 2014**

<u>Framing-Ebenen und Kategorien</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
Diagnostisches Framing			
- Instrumentelle Interessen	33	97,1	28,7
- Gemeinwohlinteressen	1	2,9	0,9
	34	100	29,6
Prognostisches Framing			
- Instrumentelle Interessen	62	88,6	53,9
- Gemeinwohlinteressen	8	11,4	7,0
- Solidarität	0	0	0
	70	100	60,9
Motivierendes Framing			
- Gewerkschaftsaktion	9	81,8	7,8
- Aufruf Beteiligung	1	9,1	0,9
- Politische Gelegenheit	1	9,1	0,9
	11	100	9,6
	115		100

Tabelle 13: Häufigkeiten und prozentuale Anteile der *Framing*-Kategorien in der *PUBLIK*-Sonderbeilage zur Europawahl 2014.

³¹⁹ Vgl. *PUBLIK*, 3/2014, Spezial Europawahl. Die ganze Sonderbeilage wurde als ein Artikel gezählt, dafür aber stärker gewichtet, s. Kapitel 4.2.

Instrumentelle Interessen gegenüber EU-Vorhaben jenseits der EU-Krisenpolitik fasste ver.di für den Zeitraum der Eurokrise in ihrem Geschäftsbericht für 2011 bis 2014 zusammen: die Beibehaltung von Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherrechten gegen das EU-Programm REFIT zum Bürokratieabbau; die Vermeidung von Verschlechterungen etwa für den Bereitschaftsdienst im Rahmen der EU-Arbeitszeitrichtlinie; der Kampf gegen Einschränkungen des nationalen Streikrechts als Folge von EuGH-Urteilen; eine Revision der EU-Entsenderichtlinie hin zum Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“; die Wahrung hoher deutscher Standards beim Beschäftigtendatenschutz; der Schutz von tariflichen und sozialen Standards bei der EU-Konzessionsrichtlinie; die Verteidigung der Mehrwertsteuerbefreiung öffentlicher Einrichtungen und gemeinwohlorientierter Tätigkeiten; Sozial- und Umweltstandards sowie Verhandlungstransparenz und die Ausnahme öffentlicher Dienstleistungen in den Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada. Vgl. Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 46 ff.

Die Nebeneinanderstellung des Interessen-*Framings* in den 54 europapolitischen Artikeln ohne unmittelbaren Bezug zur Eurokrise zwischen 2008 und 2017 und in der *PUBLIK-Sonderbeilage* zur Europawahl 2014 soll helfen, die Intensität der Verbindung Europas mit instrumentellen Interessen in der Eurokrise durch einen Vergleich mit der „Normalversorgung“ mit europapolitischen Informationen über ein Jahrzehnt einzuordnen. In den allgemeinen europapolitischen Artikeln wurden zehn diagnostische *Frames*, die sich auf instrumentelle Interessen beziehen, identifiziert. Im Unterschied zur Berichterstattung zur Eurokrise dominierte in den allgemeinen Artikeln der *Frame* tatsächlich oder potentiell verletzter Arbeitnehmerrechte durch EU-Politik. Auffällig ist außerdem die häufige Betonung des *Frames* einer Vorherrschaft von Wirtschaftsinteressen in der Fortentwicklung der europäischen Integration. Sowohl in der allgemeinen Berichterstattung zu Europa als auch in der Berichterstattung zur Eurokrise spielen die *Frames* der Entwicklung der Löhne und der Konjunktur bzw. Beschäftigung sowie Investitionen in den Ausbau bzw. die Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle (s. Tabelle 14).

In der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung wurden durchschnittlich 1,3 (unterschiedliche) diagnostische *Frames* zu instrumentellen Interessen (72 *Frame*-Nennungen in 54 Artikeln) und 0,2 diagnostische *Frames* zu Gemeinwohlinteressen (12 *Frame*-Nennungen in 54 Artikeln) pro Artikel verwendet. Instrumentelle Interessen wurden damit sechsmal häufiger genannt als Gemeinwohlinteressen. Eine solche Umrechnung auf die Artikel zur Eurokrise wäre nicht aussagekräftig, da das diagnostische *Framing* zur Eurokrise drei weitere Kategorien enthält (Krisenursachen, Krisenfolgen und Bezüge zwischen der deutschen und der europäischen Krisenerfahrung), wobei Krisenursachen und Krisenfolgen auf einen höheren Anteil als instrumentelle Interessen kommen. Die 23 Bezüge der Artikel zur Eurokrise auf instrumentelle Interessen wurden in gewissem Umfang durch die dritte diagnostische Kategorie verstärkt, die nur für die Eurokrise codiert wurde: Bezüge der europäischen Krisenerfahrung zur deutschen Situation erreichen mit 14 Nennungen einen Anteil von etwas über sieben Prozent des diagnostischen *Framings*.

Die *Frames* dieser Kategorie beziehen die EU-Krisenpolitik auf politische und wirtschaftliche Erfahrungen in Deutschland, mit denen sich die ver.di-Mitglieder identifizieren können, und stellen klar, dass die Krisenerfahrungen der Programmstaaten auch Deutschland betrafen oder zukünftig betreffen könnten und damit für den Alltag der ver.di-Mitglieder relevant waren.³²⁰ Bezüge wurden vor allem hergestellt zwischen der Lohnstagnation in Deutschland und dem relativen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit anderer Staaten bzw. deutscher Leistungsbilanz und Schuldenständen im Euroraum (fünf Nennungen) und zwischen dem Fiskalpakt und der deutschen Schuldenbremse (vier Nennungen). Ferner wurden vergleichbare Situationen gesellschaftlicher Gruppen in Deutschland und den Programmstaaten (prekär Beschäftigte, Arbeitslose, junge Menschen) festgestellt, die Agenda 2010 als Vorbild für die Konditionalität der EU-Krisenpolitik bewertet, ein zukünftiger Wettbewerbsdruck auf Deutschland durch die massiven Lohn- und

³²⁰ Bezüge zur aktuellen Wirtschaftssituation der Auswirkungen der Eurokrise auf deutsche Exporte wurden direkt unter instrumentelle Interessen codiert, s.o.

Kostensenkungen in den Programmstaaten vorausgesagt und eine Parallele der sozialen Ungleichheit bzw. der Vermögensverteilung in Deutschland und Europa gezogen (s. Tabelle 11). Der *Frame* des „Exports der Agenda 2010“ nach Europa stammte aus dem Bezirk Stuttgart. Ob dieser *Frame* glücklich gewählt war, sei dahingestellt – schließlich hatten die deutschen Gewerkschaften trotz enormer Mobilisierung und Demonstrationen mit bis zu 500.000 Teilnehmern in den frühen 2000er-Jahren nichts gegen die Agenda 2010 ausrichten können (Nachtwey 2016: 190 f.).

Tabelle 14. **Allgemeine Europaberichterstattung: Diagnostisches Framing**

<u>Diagnostisches Framing: Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>
Instrumentelle Interessen	72	85,7
Arbeitnehmerrechte	20	27,8
Löhne, Dumping	13	18,1
Dominanz Wirtschaftsinteressen	10	13,9
Konjunktur, Beschäftigung	7	9,7
Prekäre Beschäftigung	7	9,7
Öffentliche Daseinsvorsorge	5	6,9
Gewerkschaftsrechte	3	4,2
Politik reagiert falsch	3	4,2
Wettbewerbsideologie	2	2,8
Sparpolitik ungerecht	2	2,8
Gemeinwohlinteressen	12	14,3
Demokratie	5	41,7
Europäische Identität	3	25,0
Deutschland schlechtes Vorbild (Agenda 2010, Löhne)	2	16,7
Interessen von Drittländern	1	8,3
Kinderarmut	1	8,3
	84	100

Tabelle 14: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen in den Kategorien des diagnostischen *Frappings* der 54 Artikel der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017.

Die 14 Bezüge zwischen deutscher und europäischer Krisenerfahrung verteilen sich auf elf Artikel – darunter eine Titelseite, fünf Meinungsbeiträge, ein Brennpunkt, drei Berichte und lediglich eine Kurzmeldung. Das Gesamtgewicht dieser Beiträge von 40 nimmt knapp ein Viertel des gesamten Gewichts der Artikel zur Eurokrise im nationalen Mantel ein. Zeitlich waren die 14 Nennungen die Phase vor der Europawahl 2014 beschränkt, danach wurden solche Bezüge nicht mehr hergestellt. In den allgemeinen europapolitischen Informationen vor und nach der Eurokrise tauchen zwei der genannten Bezüge jeweils nur einmal und wenig prominent auf: Im Jahr 2009 veröffentlichte *PUBLIK* eine Kurzmeldung,

die die preislichen Wettbewerbsvorteile durch Deutschlands Lohnzurückhaltung den Nachteilen für die europäischen Staaten gegenüberstellte.³²¹ Im Jahr 2017 warnte eine Kurzmeldung des Bezirks Südbaden auf der Seite „Aus den Bezirken“ davor, dass die Agenda 2010 nicht Vorbild französischer Sozialstaatsreformen werden dürfe.³²² Die Beobachtung dieser zeitlichen Häufung vor der Europawahl und der sonstigen Vernachlässigung derartiger Bezüge ist ein Indiz für den Versuch ver.di, über die Erzeugung von Nähe „grievances“ zu fördern in einer Phase der politischen Entscheidung. In fünf Artikeln „kompensierten“ diese Bezüge ansonsten nicht thematisierte instrumentelle Interessen auf diagnostischer Ebene.³²³ Bezüge zwischen nationaler und europäischer Krisenerfahrung werden weiter unten bei der Behandlung des prognostischen und motivierenden *Framings* erneut aufgegriffen.

Zusammenfassend gewichtete ver.di zur Eurokrise instrumentelle Interessen zwar deutlich stärker als Gemeinwohlinteressen, instrumentelle Interessen der ver.di-Mitglieder wurden im Kontext der Eurokrise aber signifikant seltener thematisiert als in der allgemeinen Berichterstattung über Europa. Im diagnostischen *Framing* zur Eurokrise nimmt „counterframing“ bzw. die Erklärung der komplexen Krisenursachen und politischen Folgen aus Gewerkschaftssicht einen mehr als sechsmal so hohen Anteil ein wie die Diagnose berührter instrumenteller Interessen der Mitglieder (77,9 zu 12,7 Prozent). Instrumentelle Interessen wurden aber wie angenommen deutlich intensiver betont als Gemeinwohlinteressen mit einem Anteil von lediglich 1,7 Prozent des diagnostischen *Framings*. Die Herausarbeitung persönlicher „grievances“ der Gewerkschaftsmitglieder als Grundlage einer Interessenmobilisierung wurde durch Bezüge politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in Deutschland zur Richtung der EU-Krisenpolitik unabhängig von der aktuellen Krisenbetroffenheit in Deutschland versucht. Dies geschah vor allem im Zeitraum anstehender politischer Entscheidungen und deren möglicher Beeinflussung bis zur Europawahl 2014. Die beobachtbare Implikation ist damit empirisch bestätigt.

Beobachtbare Implikation 4a

Das prognostische *Framing* besteht aus klaren Botschaften politischer Alternativen. Daher ist erstens der Anteil des prognostischen *Framings* geringer als der des diagnostischen *Framings*, zweitens die Zahl der verwendeten Dimensionen bzw. *Frames* kleiner als auf der diagnostischen Ebene.

Das prognostische *Framing* fiel mit 90 *Frame*-Nennungen deutlich knapper aus als das diagnostische *Framing* mit 181 *Frame*-Nennungen (s. Tabelle 16). Die Betonung der Krisenpolitik als Ungerechtigkeit nimmt folglich mehr Raum ein als die Diskussion von

³²¹ Vgl. PUBLIK, 3/2009, Politik: Lohnpolitik koordinieren.

³²² Vgl. PUBLIK, 5/2017, Aus den Bezirken: Das soziale Gesicht Europas.

³²³ Vgl. PUBLIK, 3/2011, Meinung: Falsche Diagnose, falsche Therapie; PUBLIK, 4/2011, Politik: Unter dem Schirm; PUBLIK, 8+9/2011, Meinung: Warum der Euro in Gefahr ist; PUBLIK, 1/2012, Spezial: Eine ganze Generation protestiert; PUBLIK, 2/2012, Aus den Bezirken: 15. Mai 2012 – ein Jahr Occupy: Kundgebung in Stuttgart.

ver. die Alternativen. Eine Auflistung der *Frames* in den jeweiligen Kategorien zeigt, dass das prognostische *Framing* gegenüber dem diagnostischen *Framing* in den Kategorien Lösungen für die EU bzw. die Programmstaaten und Lösungen für betroffene instrumentelle Interessen der Mitglieder jeweils weniger Dimensionen bzw. *Frames* aufweist, während auf prognostischer Ebene ein zusätzlicher *Frame* zu Gemeinwohlinteressen verwendet wurde, der auf diagnostischer Ebene nicht genannt wurde (soziale Gerechtigkeit). Allerdings sind die Unterschiede zwischen der Anzahl der Dimensionen überschaubar: Auf 15 diagnostische Dimensionen für Krisenursachen und Krisenfolgen beziehen sich zehn prognostische Dimensionen zu politischen Lösungen auf EU-Ebene oder in den Programmstaaten. Auf 13 diagnostische Dimensionen instrumenteller Interessen und Bezügen zwischen deutscher Situation und europäischer Krisenerfahrung beziehen sich neun prognostische Dimensionen zur Verfolgung betroffener instrumenteller Interessen. Zwei Gemeinwohl-*Frames* auf diagnostischer Ebene stehen drei auf prognostischer Ebene gegenüber (s. [Tabelle 15](#)).

Abbildung 13. **Eurokrise: Prognostische Frames pro Artikel**

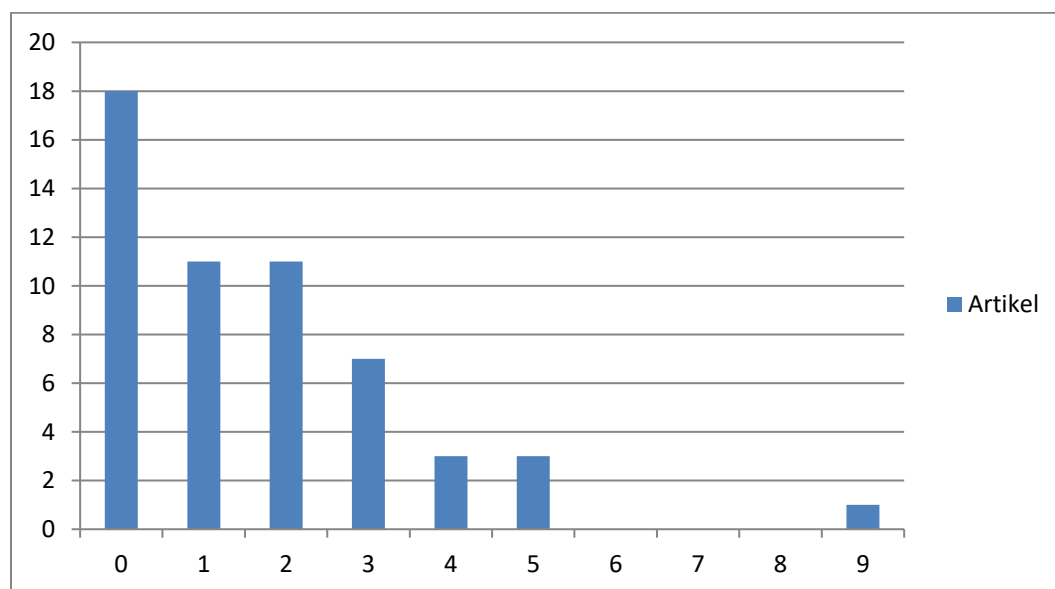


Abbildung 13: Verteilung der Häufigkeiten von Nennungen von prognostischen *Frames* (X-Achse) in den 54 allgemeinen Artikeln zur Eurokrise (Y-Achse) im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Das prognostische *Framing* nimmt damit zwar wie impliziert einen geringeren Anteil ein als das diagnostische, wirkt auf den ersten Blick aber aufgrund einer Vielzahl von Dimensionen inhaltlich weniger fokussiert als angenommen. Für eine klare Botschaft wäre zu erwarten, dass die Anzahl prognostischer *Frames* in einzelnen Artikeln niedrig ist, der Fokus des prognostischen *Framings* also in einem Artikel bei ein bis zwei Inhalten liegt.

Insgesamt wurden in 18 der 54 allgemeinen Artikel zur Eurokrise gar keine prognostischen *Frames* beobachtet. Bis Ende 2013 waren dies in der Regel Kurzmeldungen (fünf), ab 2014 finden sich mehr Artikel ohne prognostische *Frames*, 2014 waren dies vier, im Jahr 2015 fünf. In der Betrachtung der prognostischen *Frames* pro Artikel fällt in der Tat auf, dass jeweils elf Artikel nur einen oder zwei prognostische *Frames* verwendeten, nach sieben Artikeln mit jeweils drei prognostischen *Frames* finden sich nur wenige Artikel, die vier oder mehr prognostische *Frames* beinhalteten. Einen einsamen Ausreißer nach oben bildet der Abdruck des ersten Aufrufs von „Europa neu begründen“ im Jahr 2012, in dem neun prognostische *Frames* codiert wurden (s. Abbildung 13).³²⁴

Zusammenfassend war der Anteil des prognostischen *Framings* wie erwartet geringer als der des diagnostischen *Framings*. Obwohl sich auch bestätigt, dass auf der prognostischen Ebene weniger Dimensionen bzw. *Frames* präsent waren als auf der diagnostischen Ebene, sind gleichwohl zahlreiche prognostische Dimensionen zu beobachten. Dennoch wurde in den 36 Artikeln, die prognostische *Frames* beinhalten, eine klare Botschaft propagiert, da die Artikel in der Regel nur ein bis zwei prognostische *Frames* verwendeten. Die beobachtbare Implikation findet damit empirische Unterstützung. Im nächsten Abschnitt wird der Zeitverlauf der prognostischen Dimensionen untersucht.

Beobachtbare Implikation 4b

Ver.di verwendet überwiegend prognostische *Frames*, die sich auf die Verfolgung der instrumentellen Interessen der Mitglieder beziehen. Diese prognostischen *Frames* werden über den Zeitraum der Berichterstattung beständig wiederholt.

Die empirischen Ergebnisse, dass die Darstellung der Krisenursachen und die Kritik der Krisenfolgen rund 78 Prozent des diagnostischen *Framings* ausmachen und dass prognostische *Frames* seltener als diagnostische *Frames* genannt wurden, relativiert die theoretische Erwartung hinter dieser Implikation: erstens dahingehend, dass eine gewisse Fortsetzung des diagnostischen „counterframings“ zu Krisenursachen und Krisenpolitik auf prognostischer Ebene plausibel erscheint, zweitens hinsichtlich der Frage, ob das mit den instrumentellen Interessen der Mitglieder verbundene prognostische *Framing* dann tatsächlich noch überwiegen kann. Umso mehr gewinnt die Implikation Bedeutung, dass ver.di instrumentelle *Frames* beständig wiederholen müsste, um die Chance auf Wirkung zu erhöhen.

³²⁴ Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!; *PUBLIK*, 8/2012, Politik: Einmal über die Schlossstraße.

Tabelle 15. Eurokrise: **Diagnostische und prognostische Frames**

<u>Diagnostisches Framing</u>		<u>Prognostisches Framing</u>	
Krisenursachen	7	EU/Programmstaaten	10
Bankenrettung / Spekulation		Ende der Sparpolitik / Investitionen	
Leistungsbilanzunterschiede		Staaten aus Geiselhaft der Finanzmärkte befreien	
Konstruktion des Euro		Finanzmarktregulierung	
Konjunkturlösungen		Identitätsstiftende Idee	
Unkoordiniertes Handeln		Verteilungsgerechtigkeit	
Deregulierung Finanzmärkte		Europäische Wirtschaftsregierung	
Länderspezifische Ursachen		Demokratie EU-Ebene	
		Umschuldungsplan	
Krisenfolgen	8	Überschussländer: antizyklische Politik	
Wirtschaftliche Folgen		Länderspezifische Lösungen	
Europäische Integration			
Soziale Folgen			
Macht der Finanzmärkte			
Demokratie			
Gewerkschaftsrechte			
Arbeitnehmerrechte			
Länderspezifische Folgen			
Instrumentelle Interessen	7	Instrumentelle Interessen	9
Löhne		Löhne erhöhen	
Deutsche Wirtschaft / Exporte		Öffentliche Daseinsvorsorge stärken	
Öffentliche Daseinsvorsorge		Beteiligung Vermögender an Kosten	
Arbeitnehmerrechte		Arbeitnehmerrechte	
Gewerkschaftsrechte		Politische Beteiligung Gewerkschaften	
Beteiligung Vermögender		Mindestlohn	
Berufliche Anerkennung (Bankmitarbeiter)		Berufliche Anerkennung (Bankmitarbeiter)	
		Ausbildung	
Bezüge deutsche – europäische Erfahrung	6	Solidarische Altersvorsorge	
Lohnentwicklung Deutschland x Euroraum			
Export Schuldenbremse			
Gleiche Situation gesellschaftlicher Gruppen			
Export Agenda 2010			
Zukunft deutsche Lohnkosten			
Ungleichheit in D und Europa			
Gemeinwohlinteressen	2	Gemeinwohlinteressen	3
Soziale Standards		Soziale Gerechtigkeit	
Demokratie		Demokratie national	
		Praxistest Schuldenbremse	
	30		22

Tabelle 15: Anzahl der *Frames* in den jeweiligen Kategorien der diagnostischen und prognostischen Ebene in den 54 Artikeln zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Tatsächlich dominierte das *Framing* alternativer Politik für die Europäische Union bzw. die Programmstaaten gegenüber dem prognostischen *Framing* instrumenteller Interessen mit einem Anteil von gut 59 Prozent gegenüber 30 Prozent. Der prognostische „master frame“ für öffentliche Investitionen in Europa war der „Marshallplan“, der Assoziationen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands auf der Grundlage amerikanischer Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg wecken sollte. Er trat gegen den von der Bundesregierung propagierten, in Deutschland ebenfalls kulturell und historisch aufgeladenen „master frame“ des Ordoliberalismus an. Bezogen auf die europäische Ebene bzw. die Programmstaaten war die Forderung nach einem Ende der Sparpolitik bzw. nach Investitionen zwar der meistgenannte prognostische *Frame*. In den 54 allgemeinen Artikeln zur

Eurokrise kommt der Begriff „Marshallplan“ allerdings nicht vor, Verweise auf den gewerkschaftlichen Investitionsplan finden sich lediglich in zwei Artikeln, einer davon eine Kurzmeldung³²⁵ – eine detaillierte Darstellung des Plans gab es in *PUBLIK* nicht.

Ab 2012 wurde das Ende der Sparpolitik nicht mehr hauptsächlich mit Investitionen in Verbindung gebracht, sondern enger mit der Einnahmeseite des Staatshaushalts durch die Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen verknüpft, i.e. dem *Frame* der Verteilungsgerechtigkeit. Auf ähnlich viele Nennungen wie Investitionen kommt der *Frame* der Befreiung der Staatsfinanzierung in der Eurozone aus der „Geiselhaft der Finanzmärkte“ etwa durch Eurobonds und der *Frame* der Finanzmarktregulierung etwa durch eine öffentliche europäische Ratingagentur oder strengere Auflagen für die Bankenaufsicht und bestimmte Finanzgeschäfte. Dieser Fokus auf Finanzmarktregulierung spiegelt den vorrangigen Bezug des diagnostischen *Framings* der Krisenursachen auf die Bankenrettungen im Euroraum sowie die Deregulierung der Finanzmärkte und des *Framings* der Krisenfolgen auf die Macht der Finanzmärkte. Ebenso bezog sich die Forderung nach einem Ende der Sparpolitik bzw. Investitionen auf die zentralen diagnostischen *Frames* der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen in den Programmstaaten und der fehlenden Beteiligung der „Krisenverursacher“ an den Folgekosten. Die diagnostischen *Frames* der Leistungsbilanzunterschiede in der Eurozone und der Konstruktionsfehler des Euro wurden auf prognostischer Ebene durch die *Frames* der notwendigen Verfolgung antizyklischer Politik durch die Überschussländer und der gebotenen Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung aufgenommen. Außerdem wurde der prognostische *Frame* einer identitätsstiftenden Idee für Europa vergleichsweise häufig genannt. Eine derartige Idee wurde nicht konkretisiert etwa durch die langjährige gewerkschaftliche Forderung nach einem „sozialen Europa“, wurde aber in den *PUBLIK*-Artikeln in Zusammenhang gebracht mit den prognostischen *Frames* der Verteilungsgerechtigkeit und der Demokratisierung der EU-Politik und dem diagnostischen *Frame* des öffentlichen Ansehensverlusts, den die Eurokrise für die europäische Integration verursacht habe. Bei den prognostischen *Frames* zu Gemeinwohlinteressen standen soziale Gerechtigkeit und die nationale demokratische Legitimierung der EU-Politik im Zentrum. Mit insgesamt lediglich sechs Nennungen spielen Gemeinwohlinteressen auf der prognostischen Ebene eine ebenso marginalisierte Rolle wie auf der diagnostischen (s. Tabelle 16).

Instrumentelle Mitgliederinteressen erreichen im prognostischen *Framing* einen Anteil von 30 Prozent. Bei den thematisierten instrumentellen Interessen steht im prognostischen *Framing* wie bereits auf diagnostischer Ebene das instrumentelle Interesse von Lohnsteigerungen im Vordergrund. Während für das instrumentelle Interesse der Entwicklung der deutschen Wirtschaft keine prognostischen *Frames* entwickelt wurden, wurde die öffentliche Daseinsvorsorge prognostisch auf ähnlichem Niveau wie auf der diagnostischen Ebene behandelt, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte wurden prognostisch dagegen weniger thematisiert. Eine deutliche Stärkung gegenüber der diagnostischen Ebene erfuhr die Beteiligung Vermögender an der Bewältigung der Folgekosten

³²⁵ Vgl. *PUBLIK*, 2/2014, Politik: Demonstration in Brüssel; *PUBLIK*, 3/2014, Spezial Europawahl: Für ein soziales Europa.

der Krise. Angesichts von fünf prognostischen *Frames*, die in der Berichterstattung jeweils nur einmal verwendet wurden, kann von einer gewissen Fragmentierung des prognostischen *Framings* gesprochen werden.

Tabelle 16. **Eurokrise: Prognostisches Framing**

<u>Prognostisches Framing: Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>%Kategorie</u>
EU/Programmstaaten	53	58,9
Ende der Sparpolitik / Investitionen	10	18,9
Staaten aus Geiselhaft der Finanzmärkte befreien	9	17,0
Finanzmarktregulierung	7	13,2
Identitätsstiftende Idee	6	11,3
Verteilungsgerechtigkeit	6	11,3
Europäische Wirtschaftsregierung	5	9,4
Demokratie EU-Ebene	4	7,5
Umschuldungsplan	2	3,8
Überschussländer: antizyklische Politik	2	3,8
Länderspezifische Lösungen	2	3,8
Instrumentelle Interessen	27	30,0
Löhne erhöhen	8	29,6
Öffentliche Daseinsvorsorge stärken	7	25,9
Beteiligung Vermögender an Kosten	5	18,5
Arbeitnehmerrechte	2	7,4
Politische Beteiligung Gewerkschaften	1	3,7
Mindestlohn	1	3,7
Berufliche Anerkennung (Bankmitarbeiter)	1	3,7
Ausbildung	1	3,7
Solidarische Altersvorsorge	1	3,7
Gemeinwohlinteressen	6	6,7
Soziale Gerechtigkeit	3	50,0
Demokratie national	2	33,3
Praxistest Schuldenbremse	1	16,7
Solidarität	4	4,4
	90	100

Tabelle 16: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen in den Kategorien des prognostischen *Framings* der 54 Artikel zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Diese Fragmentierung hat mit dem Zeitverlauf des prognostischen *Framings* zu tun. In den Ausgaben des Jahrgangs 2012 finden sich die meisten Nennungen prognostischer *Frames*. Bis dahin war die Anzahl der Nennungen gestiegen, danach fiel sie im nationalen Mantel rapide ab und erreichte 2014 nur aufgrund der 15 Artikel der Fachbereiche in der Sonderbeilage zur Europawahl ein Hoch (s. [Abbildung 14](#)). Über den Zeitverlauf änderten sich ferner die Inhalte des prognostischen *Framings*: Wurden zu Beginn der Eurokrise zum Problem der Sparpolitik prognostische *Frames* wie Umschuldungspläne, Investitionen und die Befreiung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten vermehrt genannt,

verschob sich ab 2012 der Fokus. Neben der Zurückweisung des Fiskalpakts gewann auch im Kontext der „Drei-Länder-Wochen“ für eine Vermögensbesteuerung der *Frame* der Beteiligung Vermögender an den Folgekosten der Krise ab 2012 an Bedeutung. Als klar formulierte Botschaft „Geld ist genug da“ (bei Vermögenden) stellte dieser *Frame* in einigen Artikeln den einzigen prognostischen *Frame* dar.³²⁶ Ein gutes Beispiel für das pointierte *Framing* zur Ablehnung des Fiskalpakts und einer gebotenen Vermögensbesteuerung bietet ein Meinungsbeitrag des ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel im Jahr 2012 unter dem Titel „Der Fiskalpakt ruiniert Europa“, der klare Diagnosen lieferte: Der Fiskalpakt „institutionalisiert den Sozialabbau“, „beschädigt die Demokratie“ und „richtet sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwachen“. Die europäische Schuldenbremse sei eine „Zukunftsbremse“, die Schuldenfrage eine „Verteilungsfrage“. Auf prognostischer Ebene stellte Hirschel klar, dass die beste Schuldenbremse in der höheren Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen liege und „das beste Wachstumsprogramm für Europa (...) ein sofortiges Spar-Moratorium und eine Ablehnung des europäischen Fiskalpaktes“ sei.³²⁷

Abbildung 14. **Eurokrise: Prognostisches Framing im Zeitverlauf**

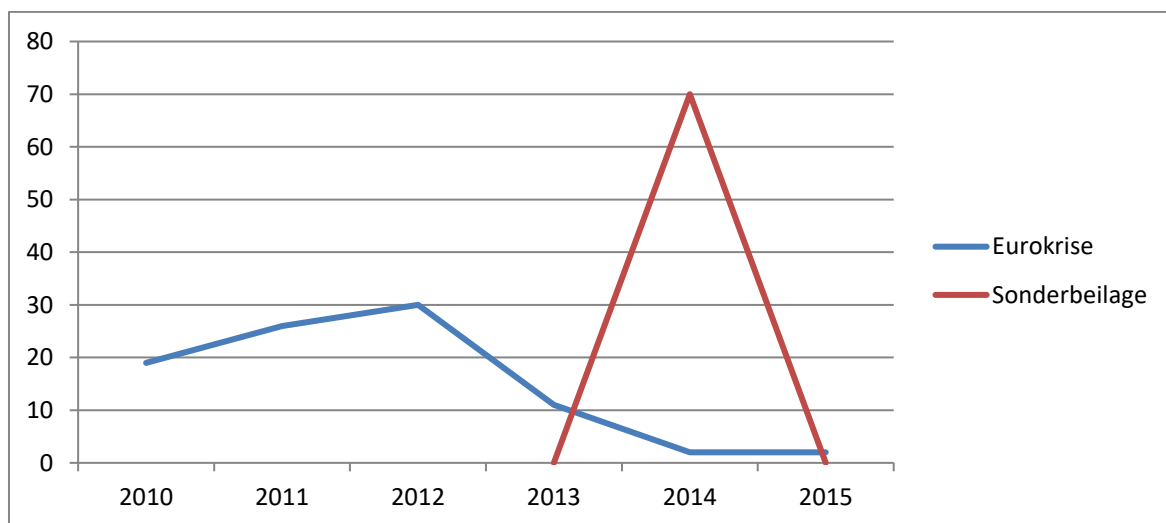


Abbildung 14: Anzahl der Nennungen prognostischer *Frames* pro Jahr in den 54 Artikeln zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK* und in der *PUBLIK*-Sonderbeilage zur Europawahl 2014.

Vor den Europawahlen 2014 schließlich wurden durch die Sonderbeilage sektorale instrumentelle Interessen in den Mittelpunkt des prognostischen *Framings* gerückt. Von 70 verwendeten prognostischen *Frames* beinhalteten 62 Forderungen zu instrumentellen Interessen der Fachbereiche bzw. Mitglieder, davon sechs allgemeine

³²⁶ Vgl. *PUBLIK*, 7/2012, Titel: Geld ist genug da!; *PUBLIK*, 8/2012, Politik: Einmal über die Schlossstraße.

³²⁷ Vgl. *PUBLIK*, 5/2012, Meinung: Der Fiskalpakt ruiniert Europa.

fachbereichsübergreifende Interessen in den allgemeinen Artikeln (Löhne, Arbeitnehmerrechte, sichere Beschäftigungsverhältnisse, öffentliche Investitionen gemäß sozialen und Umweltstandards, Verursacher sollen Krisenkosten bezahlen, keine weiteren Privatisierungen). Die übrigen 56 Nennungen instrumenteller Interessen bezogen sich auf fachbereichsspezifische sektorale Interessen. So thematisierte etwa der Fachbereich Medien, Kunst und Industrie das Urheberrecht und europäische Kulturförderung, der Fachbereich Handel ein Verbot von Sonntagsarbeit. Lediglich fünf prognostische *Frames* der Fachbereichsartikel stellen auf gemeinwohlorientierte Belange ab (Demokratie/Teilhabe in der EU, europäische Daseinsvorsorge, Breitbandausbau, Netzneutralität, Datenschutz). Diese jeweils aktuelle Schwerpunktsetzung des *Framings* zeigt nicht nur die inhaltliche Evolution von ver.di's Auseinandersetzung mit der Eurokrise, sondern kann auch die Vielzahl der identifizierten Dimensionen bzw. *Frames* zur europäischen Ebene bzw. den Programmstaaten (zehn *Frames*) und zu instrumentellen Interessen (neun *Frames*) erklären. Damit relativiert sich auch die Erwartung beständiger Wiederholungen der gleichen prognostischen *Frames*.

Die vier instrumentellen *Frames* höhere Löhne, die Entwicklung bzw. Balance der deutschen Exportwirtschaft gegenüber dem Euroraum, der Ausbau öffentlicher Investitionen und Dienstleistungen und die Beteiligung Vermögender an den Krisenkosten bzw. an notwendigen Investitionen können als instrumenteller nationaler Konfliktrahmen verstanden werden, den ver.di auf die Ursachen und vorgeschlagenen Lösungen der Eurokrise beziehen konnte: Höhere Löhne, eine Relativierung der (Lohn-)Dominanz der deutschen Exportwirtschaft und öffentliche Investitionen sollten sowohl den instrumentellen Interessen der ver.di-Mitglieder als auch dem Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte in der Eurozone dienen. Dies betonte ver.di in ihren Beschlüssen und Positionspapieren (s.o.). Diese Verknüpfung ist auch in *PUBLIK* zu beobachten. Die Bezüge der deutschen Situation und der europäischen Krisenerfahrung, die auf der diagnostischen Ebene hergestellt wurden – die Konsequenzen der deutschen Lohnzurückhaltung für den Euroraum, die europäische Verewigung der deutschen Schuldenbremse und die soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa – wurden im prognostischen *Framing* der instrumentellen Interessen Lohnerhöhungen, Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. öffentlicher Investitionen und Beteiligung Vermögender aufgenommen.

Das markanteste Beispiel hierfür lässt sich in der ersten *PUBLIK*-Ausgabe des Jahres 2012 – dem Jahr mit ver.di's höchster Aktivität zur Eurokrise (s.o.) – beobachten: Auf der Titelseite wurden die Auswirkungen deutscher Lohnstagnation auf den Euroraum und die sozialen Auswirkungen der Krisenpolitik in den Programmstaaten verbunden mit der Forderung nach höheren Löhnen in deutschen Tarifrunden – konkret der großen Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2012. Der Tarifstreit für Lohnerhöhungen in Deutschland war hier neben dem *Frame* europäischer Gewerkschaftssolidarität der einzige prognostische *Frame* und bildete damit eine klare Botschaft – darüber hinaus noch verbunden mit einem Aufruf zu einem „European Action Day“ im Februar 2012 (s. Beobachtbare Implikation 7).³²⁸ Auch ein Meinungsbeitrag in der gleichen Ausgabe schlug in dieselbe Kerbe, indem

³²⁸ Vgl. *PUBLIK*, 1/2012, Titel: Was bleibt zum Leben?.

er Lohnerhöhungen gegen die deutsche Binnenmarktschwäche vis-à-vis dem Euroraum und eine Beteiligung Vermögender an den Krisenkosten forderte.³²⁹ Eine europäische Gewerkschaftssolidarität dahingehend, Tarifpolitik wechselseitig gegen Lohndumping bzw. lohnbasierte Wettbewerbsvorteile zu koordinieren, ist seit Langem ein zentrales Ziel der europäischen Gewerkschaftszusammenarbeit, das kaum erreicht wurde und im Gewerkschaftsalltag als den Mitgliedern gegenüber nicht kommunizier- bzw. mobilisierbar gilt (Höpner/Seeliger 2019; s. Kapitel 2.3). Allerdings findet sich in *PUBLIK* im Untersuchungszeitraum auch kein weiterer Verweis auf eine derartige europäische Solidaritätsdimension der Tarifpolitik – weder in den Artikeln zur Eurokrise bzw. der europäischen Integration generell noch in den Artikeln zur Tarifrunde 2012 im öffentlichen Dienst. Die auf der diagnostischen Ebene hergestellten Bezüge zwischen deutscher Situation und europäischer Krisenerfahrung wurden außerdem nicht immer prognostischen *Frames* zugeführt: In drei weiteren der elf diagnostisch einschlägigen Artikel ist diese Verbindung ebenfalls zu beobachten,³³⁰ in den sechs übrigen dagegen nicht. Lohnerhöhungen und Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge bzw. Infrastruktur als zentrale instrumentelle Interessen mit acht bzw. sieben Nennungen wurden lediglich in elf der 36 Artikel genannt, in denen überhaupt prognostische *Frames* verwendet wurden.³³¹

Die zehn identifizierten prognostischen *Frames* zur EU-Krisenpolitik erreichen zusammen 53 Nennungen ihrer Inhalte, was auf die 54 Artikel zur Eurokrise bezogen 0,98 *Frames* pro Artikel entspricht (s. Tabelle 16). Im Vergleich dazu kommen prognostische *Frames*, die sich auf die instrumentellen Interessen der ver.di-Mitglieder beziehen, lediglich auf 27 Nennungen bzw. 0,5 *Frames* pro Artikel. Dieses Verhältnis von knapp zwei zu eins ist aus Sicht der Vertretung instrumenteller Interessen und daher im Sinne der beobachtbaren Implikation zumindest günstiger als das Verhältnis auf der diagnostischen Ebene: Dort liegt das Verhältnis bei knapp vier zu eins zugunsten Europas bzw. der Programmstaaten (77,9 Prozent Krisenursachen und Krisenfolgen zu 20,4 Prozent instrumentelle Interessen und Bezüge zwischen deutscher Situation und europäischer Krisenerfahrung). Auf prognostischer Ebene ist der Anteil der auf Europa bzw. die Programmstaaten bezogenen *Frames* mit knapp 59 Prozent um rund 20 Prozent niedriger als auf der diagnostischen. Vor allem aber rückt das Verhältnis der prognostischen zur diagnostischen Ebene bei instrumentellen Interessen mit 0,73 (27 prognostische zu 37 diagnostischen Nennungen) Lösungen für instrumentelle Interessen gegenüber Lösungen für Europa bzw. die Programmstaaten mit einem Verhältnis von 0,36 (53 prognostische zu 141 diagnostischen Nennungen) ins Zentrum der Verbindung von Problemen mit passenden Lösungen: Die Rate der Lösungen für angesprochene instrumentelle Interessen ist in dieser Hinsicht

³²⁹ Vgl. *PUBLIK*, 1/2012, Meinung: Schuldenfrage ist Verteilungsfrage.

³³⁰ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2010, Meinung: Europa spart sich kaputt; *PUBLIK*, 3/2011, Meinung: Falsche Diagnose, falsche Therapie; *PUBLIK*, 5/2012, Brennpunkt: Wir müssen den Kürzungs-Irrsinn beenden.

³³¹ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2010, Politik: Europaweites Sparen; *PUBLIK*, 12/2010, Inside: Spielräume besser nutzen; *PUBLIK*, 12/2010, Meinung: Euroland wird abgebrannt; *PUBLIK*, 3/2011, Meinung: Falsche Diagnose, falsche Therapie; *PUBLIK*, 10/2011, Politik: Krisenländer unterstützen; *PUBLIK*, 1/2012, Titel: Was bleibt zum Leben?; *PUBLIK*, 1/2012, Meinung: Schuldenfrage ist Verteilungsfrage; *PUBLIK*, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!; *PUBLIK*, 5/2012, Brennpunkt: Wir müssen den Kürzungs-Irrsinn beenden; *PUBLIK*, 2/2014, Politik: Demonstration in Brüssel; *PUBLIK*, 1/2015, Meinung: Der Kampf gegen sinkende Preise.

doppelt so hoch wie die Rate der Lösungen für angesprochene allgemeine Probleme der EU-Krisenpolitik.

Darüber hinaus bestätigt ein kurzer Vergleich zur allgemeinen europapolitischen Berichterstattung zwischen 2008 und 2017 die relative Hervorhebung instrumenteller Interessen in der Eurokrise: In der allgemeinen Berichterstattung dominieren instrumentelle Interessen zwar auch das prognostische *Framing*, Gemeinwohlinteressen werden aber stärker betont (s. Tabelle 17): Das Verhältnis der Häufigkeiten von instrumentellen Interessen und Gemeinwohlinteressen liegt hier bei 2,9 (52 instrumentelle Nennungen zu 18 Nennungen von Gemeinwohlinteressen), in der – aufgrund der Mehrzahl an Kategorien bedingt vergleichbaren – Berichterstattung zur Eurokrise bei 4,5 (27 instrumentelle zu sechs Gemeinwohlinteressen). Der Vergleich zeigt aber auch, dass quantitativ in den Bezügen zu instrumentellen Interessen auf diagnostischer und prognostischer Ebene kein Unterschied zwischen der Berichterstattung zur Eurokrise und der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung zu erkennen ist: In der allgemeinen Berichterstattung beträgt das Verhältnis der Häufigkeiten prognostischer zu diagnostischer instrumenteller *Frame*-Nennungen 0,72 (52 prognostische zu 72 diagnostischen), im Fall der Eurokrise 0,73 (s.o.). In den wenigen Fällen der Erwähnung von Gemeinwohlinteressen sowohl zur Eurokrise als auch zu allgemeinen europapolitischen Entwicklungen zeigt sich jeweils, dass Gemeinwohlinteressen auf prognostischer Ebene häufiger betont werden als auf diagnostischer: Sechs prognostische zu drei diagnostischen Nennungen in der Berichterstattung zur Eurokrise, 18 prognostische Nennungen zu zwölf diagnostischen Nennungen in der allgemeinen Berichterstattung zu Europa.

Die stärkere Betonung von Gemeinwohlinteressen in der allgemeinen Berichterstattung zu Europa bildet einen Gegenpol zur reinen Betonung materieller Interessen und den Diagnosen ihrer Verletzung. Theoretisch könnte eine Orientierung an positiven Konzepten wie einem „sozialen Europa“, das in der allgemeinen Berichterstattung präsenter ist, eine positive Identitätsbildung der ver.di-Mitglieder eher fördern im Vergleich zu einer beständig negativen Darstellung Europas als übergriffig gegenüber nationalen Arbeitnehmerrechten und als dominiert von Wirtschaftsinteressen – die ihrerseits Europaskepsis auslösen könnte. Die empirische Klärung dieser theoretischen Möglichkeit ist aber nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Die beobachtbare Implikation muss in der ursprünglichen Form zurückgewiesen werden: Auf prognostischer Ebene überwogen nicht die instrumentellen Interessen, sondern wie auf diagnostischer Ebene die Befassung mit der europäischen Ebene und den Programmstaaten, i.e. das „counterframing“ zur Krisenpolitik. Die prognostischen *Frames* wurden auch nicht beständig wiederholt, vielmehr wurden die Schwerpunkte des prognostischen *Framings* im Zeitverlauf abgewandelt. Allerdings erfuhren instrumentelle Interessen auf prognostischer Ebene eine relative Stärkung gegenüber der diagnostischen Ebene. Wie auf diagnostischer Ebene wurde dies auch durch Bezüge der deutschen Situation bei Löhnen und Investition zur europäischen Erfahrung der Krisenpolitik unternommen. Auffällig ist, dass das prognostische *Framing* zu instrumentellen Interessen zum anstehenden Beschluss des Fiskalpakts und dann bis zur Europawahl verstärkt wurde, was als Indiz

dafür gewertet werden kann, dass diese *Framing*-Entscheidung mit aktuellen politischen Entscheidungen bzw. Beteiligungsmöglichkeiten für die ver.di-Mitglieder zusammenhing. Ver.di politische Vorschläge wurden häufig auf Schlagworte reduziert, wobei der „Marschallplan“ in *PUBLIK* erstens nicht so genannt und zweitens als „Investitionsplan“ lediglich zweimal erwähnt und nicht konkretisiert wurde.

Tabelle 17. **Allgemeine Europaberichterstattung: Prognostisches Framing**

<u>Prognostisches Framing: Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>
Instrumentelle Interessen	52	73,2
Arbeitnehmerrechte stärken	13	25,0
Löhne erhöhen	10	19,2
Wirtschaftliche Entwicklung	7	13,5
Öffentliche Daseinsvorsorge stärken	6	11,5
Policy-spezifische Lösung	6	11,5
Ausgestaltung EU-Institutionen	4	7,7
Prekäre Beschäftigung beenden	3	5,8
Beteiligung Vermögender an Kosten	2	3,8
Gewerkschaftsrechte	1	1,9
Gemeinwohlinteressen	18	25,4
Soziales Europa	10	55,6
Demokratisierung der EU	5	27,8
Frieden	1	5,5
Identifikation mit EU	1	5,5
Digitale Grundrechte	1	5,5
Solidarität	1	1,4
	71	100

Tabelle 17: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen in den Kategorien des prognostischen *Fravings* der 54 Artikel der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017.

Beobachtbare Implikation 5

Ver.di stellt in ihrem prognostischen *Framing* die Gleichheit der Beschäftigteninteressen in Europa und die Notwendigkeit europäischer Gewerkschaftssolidarität bzw. gemeinsamer Interessenvertretung heraus.

Solidarität als „master frame“ gewerkschaftlicher Organisation kommt im prognostischen *Framing* der 54 allgemeinen Artikel zur Eurokrise lediglich viermal vor (s. [Tabelle 16](#)): Im Anfangsstadium der Eurokrise wurde für Griechenland ein Umschuldungsplan und in diesem Zusammenhang Solidarität der Euro-Staaten untereinander gefordert.

Solidarität sei im eigenen Interesse, da „deutsche Unternehmen den größten Vorteil aus der Währungsunion ziehen“. Der Begriff der Solidarität wird hier aber noch nicht auf gewerkschaftliche Aktivitäten oder die ver.di-Mitglieder bezogen.³³² Auf einer Titelseite im Sommer 2011 adressierte ein griechischer Journalist unter der Schlagzeile „Wehren wir uns gemeinsam“ die ver.di-Mitglieder: „Die Arbeiter/innen und Angestellten in Griechenland fordern ihre europäischen Kollegen und Kolleginnen auf, ihrerseits Druck für einen anderen, einen tatsächlichen Ausweg aus der Krise aufzubauen.“³³³ Ein Meinungsbeitrag im Herbst 2011 argumentierte, dass die Troika in Griechenland die Menschenrechte und grundlegende Arbeitnehmerrechte bedrohe, und forderte: „Es ist daher dringend geboten, die Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, die gegen das Ansinnen der ‚Troika‘ protestieren, zu unterstützen und in internationaler Solidarität auch in den Ländern ‚Skandal‘ zu rufen, die EZB, EU-Kommission und IWF beauftragen – namentlich also in Deutschland und gegen die neoliberale schwarz-gelbe Regierung.“ Die Botschaft „Aufstehen und sich solidarisieren ist das Gebot der Stunde“ war der einzige prognostische *Frame* dieses Beitrags.³³⁴ Anfang 2012 schließlich wurde auf einer Titelseite für den „European Action Day“ Ende Februar 2012 mobilisiert. In Europa finde eine „pure und gigantische Umverteilung von unten nach oben“ statt, Fazit: „Die Politik gegen die große Mehrheit der Menschen in den europäischen Staaten hat die europäische Idee, die Idee von einem Europa der Völker längst beschädigt. Die Gewerkschaften Europas müssen dem Einhalt gebieten.“³³⁵ Dieser Verweis auf die Gleichheit der Interessen großer Bevölkerungsteile in Europa, gegen die Politik gemacht werde, ist der einzige Bezug auf Interessengleichheit in den genannten vier Artikeln.

Die Feststellung, dass die Berichterstattung über die Eurokrise sich in allgemeine und länderspezifische Artikel kategorisieren lässt, erlaubt die Vermutung, dass die Gleichheit von Beschäftigteninteressen in den 55 Länderberichten zur Eurokrise stärker thematisiert wurde. In vier Länderberichten wurde auf Solidarität Bezug genommen: Im ersten ausführlichen Bericht zur Situation in Griechenland wurde ein Solidaritätsbekenntnis Frank Bsirskes zitiert, ver.di stehe an der Seite der griechischen Beschäftigten.³³⁶ Am Ende einer Reportage über die Kürzungen im griechischen Gesundheitswesen wurde ein Kontakt genannt, an den sich ver.di-Mitglieder für mehr Informationen zu Solidaritätsprojekten in Griechenland wenden konnten.³³⁷ Im Jahr 2013 fand eine Solidaritätsreise von 14 deutschen Gewerkschaftern nach Griechenland statt, über die mit dem Interview einer Teilnehmerin berichtet wurde.³³⁸ Schließlich wurde 2017 in einem Artikel, der einen Schuldschnitt für Griechenland thematisierte, gefordert, dass die Situation in Griechenland „Auslöser für eine europaweite Gegenbewegung“ werden müsse.³³⁹ In diesem Artikel wurden die gleichen Interessen der Beschäftigten in Europa dahingehend herausgestellt, dass politische und wirtschaftliche Entwicklungen wie in den Programmstaaten auch

³³² Vgl. *PUBLIK*, 5/2010, Meinung: Da hilft nur ein glatter Schnitt.

³³³ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2011, Titelseite: Wehren wir uns gemeinsam.

³³⁴ Vgl. *PUBLIK*, 10/2011, Meinung: „Troika“ bedroht Menschenrechte.

³³⁵ Vgl. *PUBLIK*, 1/2012, Titelseite: Was bleibt zum Leben?.

³³⁶ Vgl. *PUBLIK*, 3/2010, International: Testfall Griechenland.

³³⁷ Vgl. *PUBLIK*, 3/2013, Reportage: Menschenleben stehen auf dem Spiel.

³³⁸ Vgl. *PUBLIK*, 7/2013, International: Viele Familien ohne Einkommen.

³³⁹ Vgl. *PUBLIK*, 4/2017, Gesellschaft: Die 23. Kürzung.

anderswo in Europa drohten. Der einzige andere Verweis auf gleiche Beschäftigteninteressen in Europa findet sich in einem in einen Bericht zu Griechenland eingebetteten Buchtipp, der konstatierte: „Griechenland ist überall.“³⁴⁰

Auch in den 54 *PUBLIK*-Artikeln mit allgemeinen europapolitischen Informationen zwischen 2008 und 2017 lässt sich lediglich ein versteckter Hinweis auf europäische Solidarität beobachten in einem Artikel zum Engagement von Mitgliedern der ver.di-Jugend in der Jugendorganisation der europäischen Abteilung der globalen Dienstleistungsgewerkschaft UNI.³⁴¹ In der Sonderbeilage zur Europawahl 2014 gab es keinen Verweis auf Solidarität.

Dies wirft die Frage auf, inwieweit bzw. in welchen Kontexten der *Frame* der Solidarität überhaupt im Untersuchungszeitraum in *PUBLIK* zu beobachten ist. Im Zusammenhang der transnationalen Solidarität fokussierte ein Meinungsbeitrag auf Arbeitsmigration in Europa, die Probleme wie Lohndumping oder schlechte Arbeitsbedingungen mit sich bringen könne. Der Beitrag forderte die wechselseitige Anerkennung von Gewerkschaftsmitgliedschaften in Europa als Voraussetzung funktionierender transnationaler Solidarität, bislang gebe es nur Vereinbarungen mit Gewerkschaften aus Österreich und Großbritannien. Um Mitgliedern Informationen über relevante nationale Rahmenbedingungen zu geben, wurde außerdem die Idee eines europäischen Austauschprogramms für Gewerkschaftsfunktionäre angesprochen.³⁴² Ein konkretes Beispiel internationaler Solidarität von ver.di lag im Untersuchungszeitraum in einer Kampagne, die den Kampf der Beschäftigten von T-Mobile USA, eines Tochterunternehmens der Deutschen Telekom, um gewerkschaftliche Vertretung und entsprechende Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte unterstützte. Ähnliches unternahm ver.di auch für Beschäftigte des Deutsche Post-Unternehmens DHL außerhalb Deutschlands.³⁴³

Jenseits des hehren Ziels internationaler Solidarität befindet sich ver.di in einem kontinuierlichen Prozess, die Solidarität ihrer Fachbereiche untereinander zu stärken. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens von ver.di 2011 publizierte *PUBLIK* eine Beilage, in der Frank Bsirkse die wechselseitige Stärkung der Gründungsgewerkschaften durch den Zusammenschluss zu ver.di lobte: „Die Gründung von ver.di hat die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft nachhaltig gestärkt, hat eine Bündelung von Kräften in Auseinandersetzungen ermöglicht und hat uns politisch wirksamer werden lassen, als jede einzelne Organisation es in früherer Zeit für sich gewesen ist.“³⁴⁴ Die Jubiläumsbeilage enthielt auch einen Artikel, der Beispiele für Solidaritätsstreiks von Berufsgruppen für andere Berufsgruppen in ver.di anführte, aber auch klarstellte, dass mehr gemeinsame Aktionen der Organisationsbereiche wünschenswert seien.³⁴⁵ Auch eine Titelseite im Herbst 2011, die das „Occupy“-Motto „Wir sind die 99 Prozent“ für gewerkschaftliche Auseinandersetzungen vereinnahmte, betonte: „Ver.di ist vor zehn Jahren vor allem auch deshalb

³⁴⁰ Vgl. *PUBLIK*, 4/2011, International: Der Protest der Schwarzfahrer.

³⁴¹ Vgl. *PUBLIK*, 1+2/2011, Spezial: Europa mitgestaltet.

³⁴² Vgl. *PUBLIK*, 8/2012, Spezial: Solidarität über Grenzen.

³⁴³ Vgl. *PUBLIK*, 8/2013, Inside: Dieser Preis geht an ver.di.

³⁴⁴ Vgl. *PUBLIK*, 3/2011, Spezial: Klingt banal, ist revolutionär.

³⁴⁵ Vgl. *PUBLIK*, 3/2011, Spezial: Nachahmung ausdrücklich erwünscht.

gegründet worden, um Menschen aus über 1000 Berufen miteinander zu vernetzen. Nicht mehr gegeneinander konkurrieren, sondern gemeinsam demonstrieren, dass wir viele sind und viele mehr erreichen, das war das Ziel.“ Der Artikel argumentierte, dass die Zahl branchenübergreifender Solidaritätsaktionen wachse.³⁴⁶

Schließlich veröffentlichte *PUBLIK* 2013 einen großen Essay zum Thema Solidarität, in dem die europäische Ebene allerdings mit keinem Wort erwähnt wurde.³⁴⁷ Vielmehr versuchte sich der Essay an einer Definition und Zustandsbeschreibung gesellschaftlicher Solidarität, die er als christlich geprägt und essentiell für das gesellschaftliche Zusammenleben einordnete, aber eine „Entsolidarisierung“ in den westlichen Gesellschaften seit den neoliberalen Reformen ab den 1980er-Jahren konstatierte, in Deutschland zuletzt durch die „Hartz“-Gesetze in den 2000er-Jahren. Solidarität sei einerseits zum „politischen Kampfbegriff“ unterschiedlichster Gruppen geworden, andererseits müsse sie als „Schmiermittel“ der Gesellschaft gepflegt werden. Der Essay ermunterte die Leser zu Zuschriften, was Solidarität für sie bedeute. Keiner der in der folgenden Ausgabe abgedruckten Leserbriefe stellte einen transnationalen, europäischen oder internationalen Bezug von Solidarität her, in der Regel wurden wechselseitige Hilfe auf Augenhöhe, Zusammenhalt und gemeinsame Stärke herausgestellt.³⁴⁸

Zusammenfassend sind Verweise auf Solidarität und die Gleichheit der Beschäftigteninteressen in Europa sowohl in den allgemeinen Artikeln zur Eurokrise als auch in den Länderberichten kaum vorhanden, die theoretische Implikation ist daher zurückzuweisen. Auch in der sonstigen europapolitischen Berichterstattung und in den Einlassungen von ver.di und ihren Mitgliedern zum Begriff der Solidarität spielt europäische Solidarität keine Rolle – vielmehr ist zu beobachten, dass ver.di innerorganisatorisch um fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit und Solidarität ringen muss.

Beobachtbare Implikation 6

Ver.di integriert europapolitische Interessen in die Interessenbildung zu nationalen Kampagnen zu den verteilungspolitischen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Auf diagnostischer und prognostischer Ebene werden europäische Bezüge von Ungerechtigkeiten und Lösungen dafür hergestellt.

Ver.di beteiligte sich an den Kampagnen „Gerecht geht anders“ (2010) und „Umfairteilen“ (2012), die auf Gerechtigkeitsfragen in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise hinweisen und eine gesellschaftliche Dynamik für verteilungspolitische Ziele durch Outsiderstrategien wie Demonstrationen und Koalitionsbildung erzeugen sollten. „Gerecht geht anders“ war die gewerkschaftliche Reaktion auf die politische Kehrtwende der Bundesregierung, die keynesianische Krisenpolitik bereits 2010 auslaufen zu lassen und die

³⁴⁶ Vgl. *PUBLIK*, 10/2011, Titel: Wir sind 99 Prozent.

³⁴⁷ Vgl. *PUBLIK*, 7/2013, Spezial: Solidarität.

³⁴⁸ Vgl. *PUBLIK*, 8/2013, Inside: Was ist Solidarität?.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu forcieren. Wirtschaftspolitisch hielten die DGB-Gewerkschaften dies für verfrüht und forderten ein drittes Konjunkturprogramm. Verteilungspolitisch verurteilten sie die beschlossenen Kürzungen als sozial ungerecht und zielten auf eine umfangreichere Beteiligung einkommens- und vermögensstarker Bevölkerungsteile an den Folgekosten der Krise. „Umfairteilen“ fokussierte als gesellschaftliches Bündnis auf die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland und forderte, die in den späten 1990er-Jahren beschlossene Aussetzung der Vermögenssteuer zu widerrufen und die Vermögenssteuer wieder einzutreiben.

Tabelle 18. **„Gerecht geht anders“: Diagnostisches und prognostisches Framing**

	N	% Kategorie		N	% Kategorie
<u>Diagnostisches Framing</u>			<u>Prognostisches Framing</u>		
Instrumentelle Interessen	32	71,1	Instrumentelle Interessen	10	62,5
Kürzung Sozialversicherung	10	31,3	Beteiligung Vermögender	3	30,0
Finanznot Kommunen	10	31,3	Mindestlohn	2	20,0
Prekäre Beschäftigung	4	12,5	Rettungsschirm für Kommunen	1	10,0
Niedriglohnsektor	2	6,2	Drittes Konjunkturpaket	1	10,0
Krisenverursacher nicht beteiligt	2	6,2	Gebührenentlastung ÖD	1	10,0
Krise der Einnahmen	2	6,2	Gleichstellung Leiharbeit	1	10,0
Lebenshaltungskosten	1	3,1	Sichere + faire Arbeit	1	10,0
Arbeitgeber nutzen System aus	1	3,1			
Gemeinwohlinteressen	13	28,9	Gemeinwohlinteressen	4	25,0
Ungerechte Verteilung	8	61,5	Gemeindewirtschaftssteuer	2	50,0
Politische Ignoranz	4	30,8	Zeichen setzen	1	25,0
Keine Finanzmarktregulierung	1	7,7	Erhöhung Hartz IV	1	25,0
			Solidarität	2	12,5
	45	100		16	100

Tabelle 18: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen im diagnostischen und prognostischen *Framing* der 15 Artikel zu „Gerecht geht anders“ im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Eine Zusammenstellung der diagnostischen und prognostischen *Frames*, die sich in der *PUBLIK*-Berichterstattung zu den beiden Kampagnen identifizieren lassen, zeigt, dass auf die europäische Ebene kein Bezug genommen wurde. „Gerecht geht anders“ diagnostizierte in erster Linie die Finanznot der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Kommunen, und die geplanten Leistungskürzungen der Sozialversicherung. Ferner wurden prekäre Beschäftigung, schlecht bezahlte Arbeit und steigende Lebenshaltungskosten in Verbindung gesetzt mit einer ungenügenden Beteiligung Vermögender an den Krisenkosten, die disproportional sozial schwächeren Bevölkerungsteilen aufgebürdet worden seien.

Die Diagnose, dass die Verursacher der Krise nicht für ihre Folgen herangezogen würden, dass durch die Sparpolitik öffentliche Dienstleistungen für diejenigen gekürzt würden, die sie am dringendsten brauchten, und dass der Sozialstaat beschnitten würde, gleicht der Diagnose der Folgen der EU-Krisenpolitik in *PUBLIK*. Eine inhaltliche Verbindung der nationalen und der europäischen Erfahrung mit den Kürzungsprogrammen wäre hier also möglich gewesen. Noch deutlicher war dies der Fall bei „Umfairteilen“ und der analogen Forderung nach einer Beteiligung Vermögender an der Krisenbewältigung durch eine Vermögenssteuer oder eine Vermögensabgabe: Eine Vermögensabgabe stellte im „Marshallplan“ die Grundlage für öffentliche Investitionen in Europa dar. Etwa zeitgleich mit der Kampagne „Umfairteilen“ initiierte ver.di mit österreichischen und schweizerischen Gewerkschaften die „Drei-Länder-Wochen“, die unter dem Schlachtruf „Geld ist genug da“ das gleiche Ziel einer Vermögensbesteuerung verfolgten. Gleichwohl wurden in den *PUBLIK*-Artikeln keine Zusammenhänge zwischen der nationalen und der transnationalen Kampagne im Kontext der Eurokrise hergestellt. Im *Framing* von „Gerecht geht anders“ finden sich zwei Verweise auf Solidarität zwischen Stammbeslegschaften und Leiharbeitern bzw. prekär Beschäftigten, im *Framing* von „Umfairteilen“ kein Bezug zu Solidarität (s. Tabelle 18 und Tabelle 19).

Tabelle 19. **„Umfairteilen“: Diagnostisches und prognostisches Framing**

	N	%		N	%
		<u>Kategorie</u>			<u>Kategorie</u>
<u>Diagnostisches Framing</u>			<u>Prognostisches Framing</u>		
Instrumentelle Interessen	13	39,4	Instrumentelle Interessen	17	85,0
Niedriglohnsektor	3	23,1	Vermögenssteuer	7	41,2
Bankenrettung für Vermögende	2	15,4	Vermögensabgabe	3	17,6
Prekäre Beschäftigung	2	15,4	Abgabe verfassungskonform	3	17,6
Rente	1	7,7	Besserer Steuervollzug	2	11,8
Öffentliche Dienstleistungen	1	7,7	Umverteilung	1	5,9
Steuerpläne	1	7,7	Investitionen in ÖD	1	5,9
Lebenshaltungskosten	1	7,7			
Finanznot Kommunen	1	7,7			
Gemeinwohlinteressen	20	60,6	Gemeinwohlinteressen	3	15,0
Ungerechte Verteilung	10	50,0	Steuer-/Verteilungsgerechtigkeit	2	66,7
Entlastung hoher Einkommen	3	15,0	Solidarische Demokratie	1	33,3
Staatsschulden x Steuergeschenke	2	10,0			
Steueroase Deutschland	1	5,0			
Steuergeschenke ≠ Investitionen	1	5,0			
Vermögen > Staatsverschuldung	1	5,0			
Finanzkrise = Einnahmenverluste	1	5,0			
Politische Ignoranz	1	5,0	Solidarität	0	0
	33	100		20	100

Tabelle 19: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen im diagnostischen und prognostischen *Framing* der 14 Artikel zu „Umfairteilen“ im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Auch für ver.di's Kampagne für einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn sind Europabezüge denkbar: In den meisten EU-Staaten gibt es Mindestlöhne, ferner wurde unter den europäischen Gewerkschaften diskutiert, gemeinsame Interessenvertretung für ein europäisches Mindestlohniveau zu betreiben. *PUBLIK* veröffentlichte regelmäßig, d.h. in den meisten Jahren des Untersuchungszeitraums, eine Kurzmeldung zur Entwicklung der Mindestlöhne in der EU, ein Artikel behandelte die Auswirkungen der Eurokrise auf nationale Mindestlöhne.³⁴⁹ Die Kurzmeldungen standen in keinem Zusammenhang zu den Artikeln zur nationalen Mindestlohnkampagne. Auch zur Diskussion unter den europäischen Gewerkschaften über die Forderung nach einem europäischen Mindestlohniveau (60 Prozent des mittleren nationalen Einkommens) findet sich in *PUBLIK* nichts. Lediglich nach Einführung des nationalen Mindestlohns wurde eine europäische Regulierung der nationalen Mindestlöhne in einem Artikel zum deutschen Mindestlohn thematisiert.³⁵⁰

Zusammenfassend gab es trotz ähnlicher politischer Interessen keine europapolitischen Bezüge in ver.di's nationalen Kampagnen in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise und zum gesetzlichen Mindestlohn. Die beobachtbare Implikation findet keine empirische Unterstützung.

Beobachtbare Implikation 7

Der Anteil motivierenden *Framings* nimmt im Zeitverlauf bis zur Europawahl 2014 zu. Die Mobilisierungsbemühungen ver.di's zur Eurokrise zeigen sich darin, dass die Interessenbildung zur Eurokrise einen höheren Anteil motivierenden *Framings* aufweist als andere europapolitische Informationen.

Die vorliegende Arbeit unterscheidet drei Kategorien motivierenden *Framings*: das Herausstellen gewerkschaftlicher Aktivitäten, das als *Framing* von „efficacy“ bzw. gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit verstanden werden kann, die Feststellung einer politischen Gelegenheit für bestimmte Aktivitäten und Aufrufe an Gewerkschaftsmitglieder zur Beteiligung an bestimmten Aktivitäten. In 21 der 54 allgemeinen Artikel zur Eurokrise wurden motivierende *Frames* beobachtet. Bei den insgesamt 44 *Frame*-Nennungen liegt der Schwerpunkt mit 31 Nennungen bzw. gut 70 Prozent klar auf Gewerkschaftsaktionen (s. Tabelle 20).

Die Gewerkschaftsaktionen setzten sich vornehmlich aus Bündnissen bzw. Kooperationen und Demonstrationen zusammen. Unter Bündnisse fallen sieben Verweise auf europäische Gewerkschaftszusammenarbeit, in schwächster Form als Unterstützung von EGB-Aktionen, in stärkster Form im Fall der „Drei-Länder-Wochen“ und einer gemeinsamen DGB-Anzeigenkampagne für die Zustimmung des Bundestags zur EFSF. Gesellschaftliche Bündnisse waren hauptsächlich „Europa neu begründen“ und der „Alter Summit“. Von den neun erwähnten Demonstrationen gingen fünf vom EGB aus, daneben wurde über

³⁴⁹ Vgl. *PUBLIK*, 2/2012, Politik: Inflation frisst Erhöhung.

³⁵⁰ Vgl. *PUBLIK*, 1/2016, Politik: Jetzt geht es um die Erhöhung.

eine „Blockupy“-Demonstration und eine Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit in Brüssel berichtet. Die einzigen von ver.di selbst ausgehenden Demonstrationen waren auf nationaler Ebene Aktionen zu den „Drei-Länder-Wochen“ sowie auf regionaler Ebene eine vom Bezirk Stuttgart initiierte Demonstration, die auf der nationalen Seite „Aus den Bezirken“ Erwähnung fand (s. Beobachtbare Implikation 9). Einen geringen Anteil an den Gewerkschaftsaktionen haben Positionspapiere wie das „Europamanifest“, Kampagnen bzw. öffentliche Informationen (die genannte Anzeigenkampagne und ein Film), transnationale Gewerkschaftstreffen, Aktionen in Betrieben („Drei-Länder-Wochen“) und eine in der Betonung ihrer Einmaligkeit besondere Ankündigung von Opposition gegen die Krisenpolitik: Weil sich der Fiskalpakt gegen die Interessen von Arbeitnehmern, Rentnern und sozial Schwachen richte, befänden sich „die deutschen Gewerkschaften erstmals in Opposition zu einem zentralen ‚europäischen Integrationsprojekt‘“. ³⁵¹

Tabelle 20. **Eurokrise: Motivierendes Framing**

<u>Motivierendes Framing: Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>
Gewerkschaftsaktion	31	70,5
Bündnis / Kooperation	13	41,9
Demonstration	9	29,0
Aufruf / Positionspapier	3	9,7
Kampagne	2	6,5
Gewerkschaftstreffen	2	6,5
Aktionen Betriebe	1	3,2
Opposition zu zentralem Projekt	1	3,2
Aufruf Beteiligung	9	20,4
Politische Gelegenheit	4	9,1
Große Protestbewegung	3	75,0
Arbeitgeber auch dagegen	1	25,0
	44	100

Tabelle 20: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen in den Kategorien des motivierenden *Framings* der 54 Artikel zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Allerdings handelte es sich bei den 31 codierten Fällen von Gewerkschaftsaktionen nicht um 31 separate Aktivitäten. Zum einen verwies *PUBLIK* auf manche Aktivitäten mehrmals, zum Beispiel den Aufruf „Europa neu begründen“ im Jahr 2012. ³⁵² Zum anderen wertet die vorliegende Arbeit bei Erwähnungen von Aktionen, die eine Kooperation mit anderen Akteuren darstellen, sowohl die Aktion als solche als auch ihren Umstand einer Bündnispolitik als Gewerkschaftsaktivitäten. Dies geschah in insgesamt 13 Fällen:

³⁵¹ Vgl. *PUBLIK*, 5/2012, Meinung: Der Fiskalpakt ruiniert Europa.

³⁵² Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Politik: Europa neu begründen; *PUBLIK*, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!.

anlässlich von Demonstrationen des EGB in sechs Fällen, einer gemeinsamen Anzeigenkampagne der DGB-Gewerkschaften 2011, des gesellschaftlichen Aufrufs „Europa neu begründen“ 2012 in zwei Fällen, transnationaler Aktionen im Rahmen der „Drei-Länder-Wochen“ 2012, der Teilnahme am zivilgesellschaftlichen „Alter Summit“ 2013, eines transnationalen Gewerkschaftstreffens 2013 und eines regionalen Aufrufs zu „Blockupy“ 2015.

Die Gewichtung der Artikel, in denen auf Gewerkschaftsaktionen verwiesen wurde, ist insgesamt eher gering: Von den sechs EGB-Demonstrationen, die in *PUBLIK* genannt wurden, finden sich drei in Kurzmeldungen, auf vier wurde erst im Nachhinein aufmerksam gemacht. Ebenso war der „European Action Day“, der für den von ver.di und dem DGB eingebrachten Investitionsplan für Europa vor den Europawahlen 2014 organisiert wurde, *PUBLIK* lediglich folgende Kurzmeldung wert:

„Demonstration in Brüssel

Europa - Unter dem Motto "Ein neuer Weg für Europa - für gute Arbeit, Investitionen und Gerechtigkeit kämpfen" organisiert der Europäische Gewerkschaftsbund, EGB, für den 4. April eine Demonstration in Brüssel. Im Vorfeld der Europawahlen Ende Mai will der EGB für einen Kurswechsel in Europa mobilisieren. Die Demo dauert von 11 bis 15 Uhr. Insbesondere die nahe an Belgien liegenden ver.di-Landesbezirke wollen ihren Mitgliedern in Kooperation mit den entsprechenden DGB-Regionen ermöglichen, an diesem Tag in Brüssel dabei zu sein.“³⁵³

Das einzige Gegenbeispiel zu dieser versteckten Platzierung europäischer Gewerkschaftsdemonstrationen bildet eine Titelseite, die auf einen „European Action Day“ gegen den Fiskalpakt im Februar 2012 hinwies. Der geplante „Protest in den Städten und Gemeinden [...] soll erst der Anfang sein“.³⁵⁴ Diese Titelseite ist außerdem nur eines von zwei Beispielen für motivierendes *Framing*, das mit den auf diagnostischer Ebene hergestellten und auf prognostischer Ebene teils aufgenommenen Bezügen zwischen deutscher Situation und der europäischen Krisenerfahrung in Verbindung stand. In diesem Fall wurde die deutsche Lohnschwäche zum Anlass des Demonstrationsaufrufs genommen, in einer Kurzmeldung zu einer Kundgebung in Stuttgart wurde der Aufruf zur Beteiligung mit dem „Export“ der Agenda 2010 nach Europa begründet.³⁵⁵ Ansonsten standen Bezüge zwischen nationaler und europäischer Krisenerfahrung nicht in Verbindung mit Gewerkschaftsaktionen. Die genannte Titelseite fügt sich in das bei der Analyse der Aktivitäten ver.di während der Eurokrise herausgestellte Ergebnis, dass das Jahr 2012 aufgrund der Verabschiedung des Fiskalpakts das Jahr der höchsten Aktivität war: Bis zum Jahr 2012 nimmt das motivierende *Framing* in den Artikeln zur Eurokrise stark zu, danach fällt es in gleichem Maße (s. Abbildung 15).

³⁵³ Vgl. *PUBLIK*, 2/2014, Politik: Demonstration in Brüssel.

³⁵⁴ Vgl. *PUBLIK*, 1/2012, Titelseite: Was bleibt zum Leben?.

³⁵⁵ Vgl. *PUBLIK*, 2/2012, Aus den Bezirken: 15. Mai 2012 – ein Jahr Occupy: Kundgebung in Stuttgart.

Abbildung 15. **Eurokrise: Motivierendes Framing im Zeitverlauf**

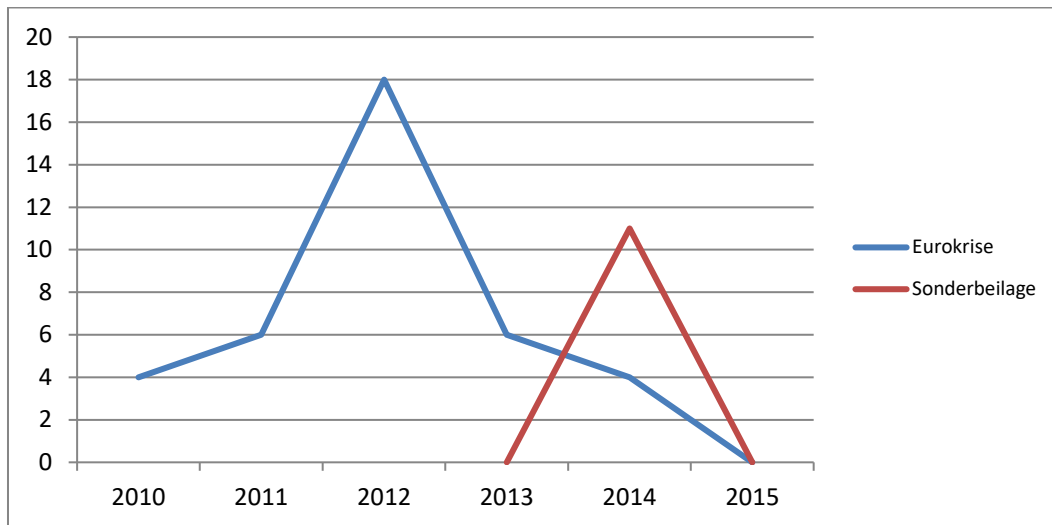


Abbildung 15: Anzahl der Nennungen motivierender *Frames* pro Jahr in den 46 Artikeln zur Eurokrise von Beginn der thematischen Berichterstattung 2010 bis zur Europawahl 2014 im nationalen Mantel von *PUBLIK* sowie in der Sonderbeilage zur Europawahl 2014.

Eine weitere, von Frank Bsirske verfasste Titelseite kündigte 2012 den Start der transnationalen „Drei-Länder-Wochen“ an.³⁵⁶ Der ebenfalls im Herbst 2012 stattfindende erste „europäische Generalstreik“ des EGB fand dagegen im nationalen Mantel von *PUBLIK* keine Erwähnung. Damit stießen zentrale Ereignisse der durch den EGB koordinierten europäischen Gewerkschaftsopposition gegen die EU-Krisenpolitik auf bemerkenswert geringe Resonanz in *PUBLIK*. Auch der zivilgesellschaftliche „Alter Summit“, an dem 140 zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Europa teilnahmen, wurde nur in einer Kurzmeldung vermerkt, in der ver.di ihre Teilnahme herausstellte, ihren raschen Rückzug aber in der Folge nicht weiter thematisierte.³⁵⁷ Gleichzeitig wurden abgesehen von den „Drei-Länder-Wochen“ auch die eigenen Aktivitäten nicht immer prominent behandelt. Die Überarbeitung von ver.di's „Europamanifest“ 2010 anlässlich der Eurokrise kommt auf einen Bericht in *PUBLIK*,³⁵⁸ auch der „Marshallplan“ bzw. seine Evolution zum EGB-Investitionsplan spielte mit einer Kurzmeldung zur thematischen europäischen Demonstration (s.o.) und einer Nennung in der Sonderbeilage zur Europawahl 2014 insgesamt keine nennenswerte Rolle in *PUBLIK*.³⁵⁹ Lediglich der gesellschaftliche Aufruf „Europa neu begründen“ wurde 2012 auf der Meinungsseite abgedruckt.³⁶⁰ In der Finanzkrise schienen ver.di bzw. *PUBLIK* kämpferischer: Für den „European Action Day“ am 16.05.2009 mobilisierte *PUBLIK* mit einer von Frank Bsirske verfassten Titelseite und einer Sonderausgabe zum Protesttag, die ebenfalls einen Aufruf von Frank Bsirske enthielt

³⁵⁶ Vgl. *PUBLIK*, 7/2012, Titelseite: Geld ist genug da!.

³⁵⁷ Vgl. *PUBLIK*, 4/2013, International: Europäischer Alternativgipfel „Alter Summit“.

³⁵⁸ Vgl. *PUBLIK*, 12/2010, Inside: Spielräume besser nutzen.

³⁵⁹ Vgl. *PUBLIK*, 3/2014, Spezial Europawahl: Für ein soziales Europa.

³⁶⁰ Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!.

(s.o.).³⁶¹ Abgesehen von der Entrüstung über die Finanzkrise mag dabei aber ebenfalls eine Rolle gespielt haben, dass der „European Action Day“ neben anderen Städten auch in Berlin stattfand. Die Demonstrationen während der Eurokrise waren häufig in Brüssel oder anderen europäischen Städten angesetzt, was eine Mobilisierung für ver.di erschwerte.

Verweise auf politische Gelegenheiten während der Eurokrise sind rar und ambivalent zu bewerten, da sie in der Regel auf die Dynamik von Protestbewegungen abstellten, für die sich ver.di bestenfalls halbherzig engagierte: Zum „European Action Day“ am 29.09.2010 veröffentlichte *PUBLIK* lediglich im Nachgang eine Kurzmeldung, in der die Demonstrationen als „größte soziale Bewegung, die bisher in Europa gegen Entscheidungen der EU organisiert wurde“ bezeichnet wurde.³⁶² Gleichwohl war in *PUBLIK* nicht im Vorhinein dazu informiert bzw. aufgerufen worden. Ein möglicher Grund dafür ist die zeitgleiche Mobilisierung der DGB-Gewerkschaften zu „Gerecht geht anders“. Im Jahr 2012 rief der Bezirk Stuttgart zu einer Demonstration anlässlich des einjährigen Bestehens von „Occupy“ auf, außerdem mobilisierte die ver.di-Jugend Hessen für die „Blockupy“-Aktionstage. Beides wurde im nationalen Mantel in Kurzmeldungen gewürdigt, wiederum wurde auf eine europaweite Protestbewegung verwiesen.³⁶³ Schließlich wehrte sich ver.di mit anderen Gewerkschaften und eher schon im Nachhall der eigentlichen EU-Krisenpolitik gegen den Plan der EU-Kommission, nationale „Wettbewerbsräte“ zu schaffen. Ver.di sah in der vorgesehenen Überwachung der Lohnkosten einen Eingriff in die Tarifautonomie – und die politische Gelegenheit zum Widerstand darin, dass auch die deutschen Arbeitgeberverbände den Vorschlag der Kommission ablehnten.³⁶⁴ Hierin ist eine Gelegenheit für Insiderstrategien in Form von Lobbying gegenüber der deutschen Bundesregierung zu sehen, in den Verweisen auf europäische Protestwellen – mit etwas Wohlwollen – eine Gelegenheit für Outsiderstrategien gegen die Krisenpolitik. Unter dem Strich verdeutlicht diese Zusammenstellung aber, dass ver.di kaum politische Gelegenheiten sah bzw. diese gegenüber den Mitgliedern nicht betonte.

Die *PUBLIK*-Sonderbeilage zur Europawahl 2014 diente der Mobilisierung der Wahlbeteiligung der ver.di-Mitglieder – der schlichte motivierende *Frame* der fünf allgemeinen Artikel war die Aufforderung, wählen zu gehen, außerdem wurde auf die gewerkschaftliche Aktivität der Ausarbeitung des Investitionsplans verwiesen (s.o.). In den 15 Artikeln der ver.di-Fachbereiche wurden vor allem die sektoralen instrumentellen Interessen der Mitglieder herausgestellt, die Eurokrise bzw. die EU-Sparpolitik wurde lediglich vom Fachbereich Gemeinden angesprochen. In diesen 15 Artikeln wurden acht motivierende *Frames* identifiziert, die sich allesamt der Kategorie Gewerkschaftsaktion zuordnen lassen, indem die Fachbereiche die Möglichkeit gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit („efficacy“) gegenüber Europa unterstrichen: So sammelte der Fachbereich Finanzdienstleistungen 60.000 Unterschriften zur Verteidigung der betrieblichen Altersvorsorge in

³⁶¹ Vgl. *PUBLIK*, 4/2009, Titelseite: Wir sind die Vielen; *PUBLIK*, Extra Aktionstag 2009.

³⁶² Vgl. *PUBLIK*, 10/2010, International: Europaweite Proteste.

³⁶³ Vgl. *PUBLIK*, 2/2012, Aus den Bezirken: 15. Mai 2012 – ein Jahr Occupy: Kundgebung in Stuttgart; *PUBLIK*, 3/2012, Politik: Proteste gegen die EZB in Frankfurt.

³⁶⁴ Vgl. *PUBLIK*, 7/2015, Politik: EU greift Tarifautonomie an.

Deutschland, der Fachbereich Handel ließ im Rahmen der „European Sunday Alliance“ Kandidaten der Europawahl eine Verpflichtungserklärung zur Beibehaltung der Sonntagsruhe unterschreiben, vier Fachbereiche betonten erfolgreiches gewerkschaftliches Lobbying gegen Teile von EU-Vorhaben und die Fachbereiche Gemeinden und Ver- und Entsorgung stellten den Erfolg der EBI „right2water“ heraus. Insgesamt bestätigt die Sonderbeilage damit für sich genommen einige beobachtbare Implikationen, die die vorliegende Arbeit für das gesamte *Framing* zur Eurokrise abgeleitet hatte: Die instrumentellen Interessen der ver.di-Mitglieder wurden stark betont und mit der europäischen Ebene verknüpft, prognostische *Frames* wurden mit instrumentellen Interessen verbunden und ver.di unterstrich die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit gegenüber EU-*policies* (s. [Tabelle 13](#)). Allerdings musste die Sonderbeilage auch kein „counterframing“ zu den Krisenursachen und den Folgen der Krisenpolitik leisten.

Tabelle 21. **Allgemeine Europaberichterstattung: Motivierendes Framing**

<u>Motivierendes Framing: Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>
Gewerkschaftsaktion	24	80,0
Kampagne / Unterschriftensammlung	6	25,0
Demonstration / Aktion	5	20,8
Transnationale Kooperation	5	20,8
Lobbying	3	12,5
Ankündigung Aktionen	3	12,5
Positionierung ver.di	2	8,3
Aufruf Beteiligung	4	13,3
Politische Gelegenheit	2	6,7
Europäisches Parlament arbeitnehmerfreundlich	2	100
	30	100

Tabelle 21: Anzahl und prozentuale Anteile der *Frame*-Nennungen in den Kategorien des motivierenden *Framings* der 54 Artikel der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017.

Der zweite Teil der beobachtbaren Implikation betrifft einmal mehr den Vergleich zwischen der Berichterstattung zur Eurokrise und der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung in *PUBLIK*. In den 54 allgemeinen europapolitischen Artikeln finden sich 30 Nennungen motivierender *Frames*, die sich auf 22 dieser 54 Artikel verteilen (s. [Tabelle 21](#)). Bildet man dies in einem Vergleich des Zeitverlaufs zu den 44 Nennungen in 21 von ebenfalls 54 Artikeln zur Eurokrise ab, zeigt sich zunächst ein klares Bild zugunsten der Mobilisierungsbemühungen in der Eurokrise (s. [Abbildung 16](#)). Dies relativiert sich

aber, wenn man die relativen Anteile des motivierenden *Framings* gegenüberstellt: In der Berichterstattung zur Eurokrise nahm das motivierende *Framing* 14 Prozent des *Framings* ein, in der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung gut 16 Prozent (s. [Tabelle 22](#)).

Tabelle 22. **Vergleich Eurokrise – allgemeine europapolitische Berichterstattung**

<u>Ebenen und Kategorien</u>	<u>Eurokrise</u>		<u>Europa allgemein</u>	
	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
Diagnostisches Framing		57,5		45,4
Krisenursachen	16,0	9,2	-	-
Krisenfolgen	61,9	35,6	-	-
Bezüge Deutschland – EU	7,7	4,4	-	-
Instrumentelle Interessen	12,7	7,3	85,7	38,9
Gemeinwohlinteressen	1,7	1,0	14,3	6,5
	100		100	
Prognostisches Framing		28,6		38,4
EU/Programmstaaten	58,9	16,8	-	-
Instrumentelle Interessen	30,0	8,6	73,2	28,1
Gemeinwohlinteressen	6,7	1,9	25,4	9,7
Solidarität	4,4	1,3	1,4	0,5
	100		100	
Motivierendes Framing		14,0		16,2
Gewerkschaftsaktion	70,5	9,8	80,0	13,0
Aufruf Beteiligung	20,4	2,9	13,3	2,2
Politische Gelegenheit	9,1	1,3	6,7	1,1
	100	100	100	100

Tabelle 22: Häufigkeiten der *Framing*-Kategorien in den 54 Artikeln zur Eurokrise und den 54 Artikeln der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017.

Das Bild lässt sich weiter verfeinern, indem in Betracht gezogen wird, dass in der Berichterstattung zur Eurokrise zahlreiche Aktionen nur in Kurzmeldungen thematisiert wurden und etwa Demonstrationen des EGB sowohl als Aktion der Demonstration als auch als bündnispolitische Aktivität gezählt wurden. Statt der absoluten bzw. relativen Anzahl an motivierenden *Frames* ist der Anteil der Artikel, in denen motivierende *Frames* zu beobachten sind, ein aussagekräftigerer – da nicht von einzelnen Artikeln, in denen mehrere motivierende *Frames* gezählt wurden, verzerrter – Indikator für die Mobilisierungsintensität. Wird außerdem die Gewichtung der Artikel, in denen sich motivierende *Frames* finden, einbezogen, um den qualitativen Unterschied zwischen einer Mobilisierung auf der Titelseite und dem Hinweis auf eine Demonstration in einer Kurzmeldung zu würdigen,

bietet sich folgende einfache Formel zum Vergleich der Mobilisierungsintensitäten an: Der Anteil der Artikel mit motivierenden *Frames* an allen Artikeln zum Thema wird mit deren Anteil am Themengewicht multipliziert. Dabei wird die Sonderbeilage zur Europawahl 2014 nicht berücksichtigt, da sie thematisch der Eurokrise und der allgemeinen Europaberichterstattung gleichermaßen zugeschlagen werden kann. Die möglichen Werte des Indikators liegen damit zwischen 0 und 1 als maximaler Mobilisierungsintensität (d.h. motivierende *Frames* in allen Artikeln zu einem Thema).

In der Berichterstattung zur Eurokrise finden sich in 21 von 54 Artikeln motivierende *Frames*. Das Gewicht dieser 21 Artikel liegt bei 56,³⁶⁵ das Themengewicht der Eurokrise beträgt 162.

$$(21/54) \times (56/162) = 0,13$$

In der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung wurden motivierende *Frames* in 22 von 54 Artikeln gezählt. Das Gewicht dieser 22 Artikel ist 54,³⁶⁶ das Themengewicht der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung 134.

$$(22/54) \times (54/134) = 0,16$$

In der feineren Betrachtung zeigt sich damit, dass die Mobilisierungsintensität zur Eurokrise leicht hinter der Mobilisierungsintensität der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung zurückliegt. Dies geht darauf zurück, dass die Artikel der allgemeinen Berichterstattung zur europäischen Integration, in denen motivierende *Frames* zu beobachten sind, einen höheren Anteil an der Gesamtgewichtung des Themas haben als die einschlägigen Artikel zur Eurokrise. Insgesamt muss in beiden Fällen eine Marginalisierung des motivierenden *Framings* festgestellt werden.

Ein Vergleich der genannten Gewerkschaftsaktionen zeigt, dass in beiden Themenkomplexen Outsiderstrategien im Zentrum stehen, die auf Organisationsmacht (Demonstrationen, Aktionen auf Betriebsebene) und Diskursmacht (Kampagnen, Aufrufe) zielen. Bei der Kooperationsmacht steht europäische Gewerkschaftszusammenarbeit gegenüber zivilgesellschaftlichen Bündnissen klar im Vordergrund. Lobbying wurde nur in der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung erwähnt in drei Fällen: Frank Bsirske schrieb als Reaktion auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs, die Binnenmarktfreiheiten zuungunsten von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten abwogen, 2008 einen Brief an die Bundeskanzlerin und die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, in dem er eine

³⁶⁵ Zwei Titelseiten, fünf Meinungsbeiträge/Brennpunkte, fünf Berichte und neun Kurzmeldungen.

³⁶⁶ Eine Titelseite, drei Meinungsbeiträge/Brennpunkte, neun Berichte und neun Kurzmeldungen.

soziale Fortschrittsklausel für die EU forderte, die soziale Rechte höher gewichten sollte.³⁶⁷ Zur Europawahl 2009 ließ der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst Kandidaten ein „Bekenntnis zum öffentlichen Dienst“ unterschreiben.³⁶⁸ Schließlich schickten ver.di und der DGB 2011 einen Brief an die EU-Kommission, in dem sie gegen die geplante Liberalisierung der Bodendienste an Flughäfen plädierten.³⁶⁹

Abbildung 16. **Vergleich: Anzahl motivierender Frames im Zeitverlauf**

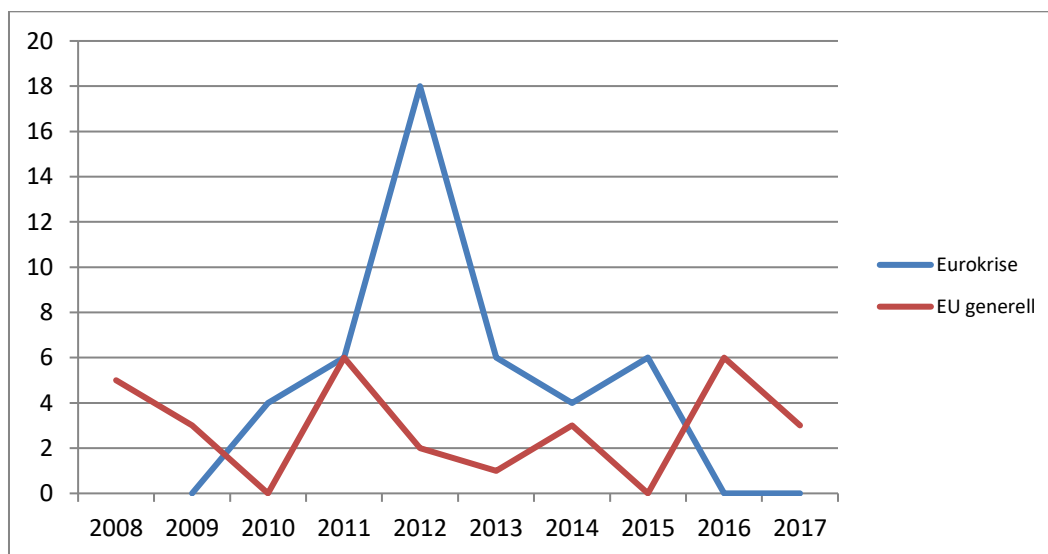


Abbildung 16: Anzahl motivierender *Frames* in den 54 Artikeln zur Eurokrise und den 54 Artikeln der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung zwischen 2008 und 2017 im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Zusammenfassend nahm das motivierende *Framing* bis zum Jahr von ver.di's höchster politischer Aktivität zur Eurokrise 2012 zu und fiel ab 2013 wieder ab – mit Ausnahme der Sonderbeilage zur Europawahl 2014, die die Wahlbeteiligung unter den ver.di-Mitgliedern fördern sollte. Damit zeigt das motivierende *Framing* im Zeitverlauf eine ähnliche Entwicklung wie das prognostische *Framing*, das ebenfalls nach der Europawahl 2014 kaum noch zu beobachten ist. Motivierende *Frames* kommen aber insgesamt nur in 21 von 54 *PUBLIK*-Artikeln zur Eurokrise vor, deren relative Gewichtung leicht unter der der Artikel der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung liegt, in denen sich motivierende *Frames* finden. Die Mobilisierungsintensität war in der Berichterstattung zur Eurokrise dadurch geringfügig niedriger als in der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Herausstellung von Gewerkschaftsaktionen, die als Outsiderstrategien auf der Bildung bzw. Demonstration von Organisationsmacht

³⁶⁷ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2008, Politik: Schnitt ins eigene Fleisch.

³⁶⁸ Vgl. *PUBLIK*, 5/2009, International: Unterstützung für den öffentlichen Dienst.

³⁶⁹ Vgl. *PUBLIK*, 11/2011, Aus den Bezirken: Den Wahnsinn beenden.

und Diskursmacht beruhten. Gleichzeitig wurden die Demonstrationen des EGB wie auch ver.di's eigene Aktionen in der Berichterstattung in mehreren Fällen nur wenig prominent platziert bzw. mit Berichten nach den Ereignissen statt Aufrufen vor den Ereignissen bedacht. Das auffälligste Beispiel dafür ist die versteckte Kurzmeldung zur EGB-Demonstration für den gewerkschaftlichen Investitionsplan. Während die ver.di-Fachbereiche in der Sonderbeilage zur Europawahl 2014 in acht Fällen die Notwendigkeit bzw. Wirksamkeit gewerkschaftlicher Aktivität gegenüber der europäischen Ebene („efficacy“) betonten, ließ sich eine solche Wirksamkeit in der Eurokrise nicht glaubhaft kommunizieren. Vielmehr ist auffällig, dass in der Eurokrise nur viermal auf politische Gelegenheiten verwiesen wurde – dreimal im Bezug auf große Protestbewegungen in Europa, für die sich in *PUBLIK* aber kaum Engagement ver.di zeigte. Die empirischen Befunde zur beobachtbaren Implikation sind damit ambivalent: Motivierendes *Framing* nahm bis zur Europawahl 2014 zwar zu, erreichte aber insgesamt einen niedrigeren Anteil als in der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung. Die Mobilisierungsintensität blieb unter dem Strich auf bescheidenem Niveau.

Beobachtbare Implikation 8

Ver.di ruft ihre Mitglieder zur Teilnahme an Demonstrationen anderer gesellschaftlicher Akteure mit dem Ziel der politischen Einflussnahme auf die EU-Krisenpolitik auf.

In den überregionalen Artikeln zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK* lässt sich lediglich eine Kurzmeldung beobachten, in der auf die erste „Blockupy“-Demonstration im Frühjahr 2012 und den Aufruf der ver.di-Jugend Hessen dazu hingewiesen wurde – einen Aufruf der ver.di-Bundesebene gab es nicht.³⁷⁰ Desweiteren finden sich auf den Regionalseiten zwei Aufrufe, die es jeweils auf die Seite „Aus den Bezirken“ im nationalen Mantel schafften: Ein Aufruf des ver.di-Bezirks Stuttgart zu einer Demonstration zum einjährigen Bestehen von „Occupy“ im Frühjahr 2012 und ein Aufruf des ver.di-Bezirks Frankfurt zu den „Blockupy“-Aktionstagen 2015 sowie zum Kauf von Solidaritätstickets für aus Europa anreisende Teilnehmer (s.u.).³⁷¹ In den übrigen 51 allgemeinen Artikeln des nationalen Mantels zur Eurokrise gab es darüber hinaus nur fünf auf Gewerkschaftsaktionen bezogene Beteiligungsaufrufe zu

- einem dezentralen „European Action Day“ im Februar 2012, der „erst der Anfang sein“ soll, publiziert auf einer Titelseite,³⁷²
- der Unterschrift des Aufrufs „Europa neu begründen“ und der damit verbundenen Gründung einer europäischen sozialen Bewegung gegen die Krisenpolitik, publiziert in einem Meinungsbeitrag,³⁷³

³⁷⁰ Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Politik: Proteste gegen die EZB in Frankfurt.

³⁷¹ Vgl. *PUBLIK*, 2/2012, Aus den Bezirken: 15. Mai 2012 – ein Jahr Occupy: Kundgebung in Stuttgart; *PUBLIK*, 1/2015, Aus den Bezirken: Aufstehen für ein Europa von unten.

³⁷² Vgl. *PUBLIK*, 1/2012, Titel: Was bleibt zum Leben?.

³⁷³ Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!.

- Aktionen in den Betrieben und Verwaltungen anlässlich der „Drei-Länder-Wochen“ im Herbst 2012, publiziert auf einer Titelseite,³⁷⁴
- der Teilnahme am „European Action Day“ für den Investitionsplan im Frühjahr 2014 in Brüssel, publiziert in einer Kurzmeldung (s.o.),³⁷⁵
- der Stärkung des Europäischen Parlaments als Vertretung der Beschäftigteninteressen durch Teilnahme an der Europawahl 2014, publiziert in einem Meinungsbeitrag.³⁷⁶

Im nationalen Mantel wurde nur ein prominenter Bezug zu „Occupy“ veröffentlicht in Form einer Titelseite, die den „Occupy“-Slogan „Wir sind die 99 Prozent“ für ver.di vereinnahmte. Im Artikel waren aber keinerlei Hinweise auf die „Occupy“-Bewegung oder auch nur den Ursprung des Slogans enthalten, das Thema war vielmehr branchenübergreifende Solidarität in ver.di.³⁷⁷ Zur deutschen „Occupy“-Bewegung findet sich nur 2012 ein knapper Hinweis in einem Artikel, der die internationalen Jugendproteste thematisierte und auch auf geplante Aktionstage in Frankfurt hinwies, ohne die dahinterstehende „Blockupy“-Bewegung namentlich zu nennen.³⁷⁸ In der Folge wurde „Blockupy“ im nationalen Mantel insgesamt nur einmal in der anfangs zitierten Kurzmeldung erwähnt.

Auch auf ihren Regionalseiten thematisierten die meisten ver.di-Bezirke weder „Occupy“ noch „Blockupy“ – mit den zwei Ausnahmen des Landesbezirks Hessen und des Bezirks Stuttgart. Der Landesbezirk Hessen berichtete über den Start des „Occupy“-Camps in Frankfurt, dass sich auch einige ver.di-Mitglieder den Demonstrationen angeschlossen hätten und die ver.di-Jugend Südhessen zu „Occupy“ aufgerufen habe, schränkte aber die Möglichkeiten und Absichten gewerkschaftlicher Beteiligung ein bei gleichzeitiger Beanspruchung der politischen Inhalte: „Weil sie aber eine Suchbewegung sind, wollen sie sich nicht von bereits etablierten Organisationen vereinnahmen lassen. Embleme jedweder Art sind bei den Zusammenkünften nicht gestattet. (...) Die Gewerkschaften führen schon seit Jahren diese grundlegende gesellschaftliche Debatte. Aber die beiden Bewegungen fremdeln noch etwas.“³⁷⁹ Der Bezirk Stuttgart rief im Frühjahr 2012 anlässlich des einjährigen Bestehens von „Occupy“ zu einer Demonstration auf, sein damaliger Vorsitzender Bernd Riexinger stellte dabei einen Zusammenhang zur EU-Krisenpolitik her und den Export der Agenda 2010 in immer mehr europäische Länder als Anlass für gewerkschaftlichen Widerstand fest: „Nur in Deutschland ist es relativ ruhig. Deshalb wird es höchste Zeit, auch hier auf die Straße zu gehen. Ein Jahr Occupy ist ein guter Grund, weltweit für

³⁷⁴ Vgl. *PUBLIK*, 7/2012, Titel: Geld ist genug da!.

³⁷⁵ Vgl. *PUBLIK*, 2/2014, Politik: Demonstration in Brüssel.

³⁷⁶ Vgl. *PUBLIK*, 2/2014, Meinung: Ein Bekenntnis zum Streikrecht.

³⁷⁷ Vgl. *PUBLIK*, 10/2011, Titel: Wir sind 99 Prozent. Zur eigentlichen „Occupy“-Bewegung in den USA findet sich in der gleichen Ausgabe lediglich eine Kurzmeldung, in der folgenden Ausgabe ein Bericht und im Jahr 2012 eine Kurzmeldung zum Verhältnis zwischen US-amerikanischen Gewerkschaften und „Occupy“. Vgl. *PUBLIK*, 10/2011, International: „Besetzt die Wall Street“; *PUBLIK*, 11/2011, International: Bankster, hört die Signale; *PUBLIK*, 4/2012, International: Gewerkschaften und Occupy.

³⁷⁸ Vgl. *PUBLIK*, 1/2012, Spezial: Eine ganze Generation protestiert.

³⁷⁹ Vgl. *PUBLIK*, 11/2011, Hessen: Occupy Frankfurt!.

Umverteilung, Regulierung und Demokratisierung zu demonstrieren.“³⁸⁰ Riexinger bekräftigte den Aufruf in der nächsten *PUBLIK*-Ausgabe auf der Stuttgarter Regionalseite mit einem weiteren Artikel.³⁸¹ Die Demonstration im Mai 2012 in Stuttgart hatte 5.000 Teilnehmer.

Zu der Anfang 2012 gestarteten, explizit gegen die EU-Krisenpolitik gerichteten Protestbewegung „Blockupy“³⁸² sind zunächst keine regionalen Artikel in *PUBLIK* zu beobachten, bis im Herbst 2012 wiederum der Bezirk Stuttgart die Protesttage im Frühjahr als Erfolg wertete, aber bedauerte, der einzige ver.di-Bezirk gewesen zu sein, der zu „Blockupy“ aufgerufen habe – und neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine der einzigen gewerkschaftlichen Gliederungen überhaupt. Der Artikel machte auf die Beratungen des „Blockupy“-Bündnisses zur Fortsetzung der Demonstrationen aufmerksam und wünschte sich mehr gemeinsame Aktivität von Gewerkschaften und gesellschaftlichen Protestbewegungen: Die „europäische Verarmungspolitik der Troika“ könne nur gemeinsam abgewehrt werden.³⁸³

Im Vorfeld der „Blockupy“-Aktionstage Ende Mai/Anfang Juni 2013 in Frankfurt dokumentierte der Bezirk Stuttgart einen Aufruf von Gewerkschaftern zu „Blockupy“, der die EU-Krisenpolitik scharf kritisierte und zur Teilnahme an den Aktionstagen aufforderte. Der Aufruf war bei der Konferenz „Erneuerung durch Streik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di Stuttgart erarbeitet und verabschiedet worden.³⁸⁴ Im Nachgang der Aktionstage veröffentlichte der Landesbezirk Hessen eine Kurzmeldung, die den Polizeieinsatz bei der Demonstration als übermäßig brutal und als Verletzung von Grundrechten geißelte.³⁸⁵ Als die „Blockupy“-Bewegung schließlich 2015 ihre dritten und letzten Aktionstage in Frankfurt organisierte, äußerte sich der Bezirk Stuttgart in *PUBLIK* nicht mehr dazu, dies übernahmen der Landesbezirk Hessen bzw. der Bezirk Frankfurt. Zunächst hatte es im Herbst 2014 ein Festival in Frankfurt gegeben, auf dem die Aktionstage geplant wurden und an dem sich die ver.di-Jugend Hessen beteiligte mit dem Ziel, Protestaktivitäten auf gesellschaftlicher Ebene und auf Betriebsebene zusammenzuführen.³⁸⁶ Für die Aktionstage mobilisierte der ver.di-Bezirk Frankfurt unter dem Titel „Aufstehen für ein Europa von unten“ und unterstützte eine Solidaritätsaktion, in der „Solidaritätstickets“ für die Anreise von Teilnehmern aus anderen europäischen Ländern gekauft werden konnten.³⁸⁷ Insgesamt kommt „Blockupy“ damit in einer Kurzmeldung des nationalen Mantels und in fünf Artikeln auf regionaler Ebene, die ausschließlich aus Stuttgart und Hessen stammen, vor. Neben den ver.di-Bezirken Stuttgart und – später – Frankfurt wurde die ver.di-Jugend als treibende Kraft für „Blockupy“ in ver.di dargestellt. Aber auch Aufrufe zu Bewegungen, an denen ver.di offiziell beteiligt war, waren rar. Die 2012

³⁸⁰ Vgl. *PUBLIK*, 2/2012, Stuttgart: Ein Jahr Occupy-Bewegung. Auf der Seite „Aus den Bezirken“ des nationalen Mantels von *PUBLIK* war dieser Aufruf eine Kurzmeldung.

³⁸¹ Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Stuttgart: Für eine menschliche Zukunft.

³⁸² Mullis (2016) bietet eine Darstellung der „Blockupy“-Bewegung von 2012 bis 2015.

³⁸³ Vgl. *PUBLIK*, 7/2012, Stuttgart: Auseinandersetzen, mitmachen!.

³⁸⁴ Vgl. *PUBLIK*, 3/2013, Stuttgart: „Rettungspakete retten nur Gläubiger“.

³⁸⁵ Vgl. *PUBLIK*, 4/2013, Hessen: Brutaler und undemokratischer Polizeieinsatz.

³⁸⁶ Vgl. *PUBLIK*, 7/2014, Hessen: ver.di Jugend blockupiert wieder.

³⁸⁷ Vgl. *PUBLIK*, 1/2015, Hessen: Aufstehen für ein Europa von unten.

gestartete Initiative „Europa neu begründen“ wurde in *PUBLIK* durch zwei Abdrucke ihrer Aufrufe von 2012 und 2015 präsentiert, jeweils mit dem knappen Hinweis einer dahingehenden Beteiligungsmöglichkeit, die Aufrufe online zu unterzeichnen.³⁸⁸ Ebenso gab es nur einen Aufruf zu den „Drei-Länder-Wochen“ im Herbst 2012 (s.o.).

Zusammenfassend finden sich keine empirischen Belege für die beobachtbare Implikation, sie ist daher zurückzuweisen: Im nationalen Mantel wurden abgesehen von einem knappen Verweis auf einen Aufruf der ver.di-Jugend Hessen keine Aufrufe zu gesellschaftlichen Protestbewegungen publiziert, auf den Regionalseiten waren sie rar und auf die ver.di-Bezirke Stuttgart und Hessen beschränkt. Insgesamt gab es im nationalen Mantel nur in acht der 54 Artikel zur Eurokrise Beteiligungsaufrufe.

Beobachtbare Implikation 9

Auf regionaler Ebene spielt die Eurokrise im Vergleich zur nationalen Ebene eine untergeordnete Rolle.

Nachdem für die vorangegangene Implikation Aufrufe zu gesellschaftlichen Protestbewegungen durch die regionale Ebene nachvollzogen wurden, befasst sich die Analyse zu dieser Implikation mit allgemeinen Informationen zur Eurokrise auf regionaler Ebene. Die Implikation folgt dem Argument, dass die regionale Ebene näher an den ver.di-Mitgliedern ist, die Interessen und das Mobilisierungspotential der Mitglieder besser einschätzen kann als die nationale Ebene und motivierende *Frames* die Mitglieder eher erreichen, wenn sie von ihren lokalen Bezugspunkten kommen bzw. mit diesen verbunden werden. Aber theoretisch spielen politische Interessen auf der regionalen bzw. lokalen Ebene nur eine untergeordnete Rolle vis-à-vis den instrumentellen bzw. materiellen Interessen der Mitglieder (Crouch 1982).

Die Eurokrise wurde auf den Regionalseiten von drei (Landes)Bezirken thematisiert, die übrigen Landesbezirke veröffentlichten in *PUBLIK* keine Artikel zur Eurokrise. Insgesamt finden sich elf Artikel auf den Seiten des Bezirks Stuttgart (fünf), des Landesbezirks Hessen (vier) und des Landesbezirks Niedersachsen/Bremen (zwei). Sieben dieser elf Artikel sind die oben vorgestellten Artikel zu „Blockupy“. Auf der Stuttgarter Regionalseite wurde außerdem noch eine Kurzmeldung zu einer vom Bezirk organisierten öffentlichen Veranstaltung zur Eurokrise publiziert,³⁸⁹ auf der Hessen-Seite ein Bericht über Gewerkschaftsaktionen in Hessen anlässlich des „europäischen Generalstreiks“ im November 2012.³⁹⁰ Dieser Bericht ist der einzige Hinweis, der sich in *PUBLIK* zu diesem ambitionierten „European Action Day“, an dem Gewerkschaften in den Programmstaaten synchrone Generalstreiks organisierten, beobachten lässt. Auf der Seite des Landesbezirks Niedersachsen forderte der Landesbezirksleiter Detlef Ahting anlässlich der Abstimmung im Bundestag

³⁸⁸ Vgl. *PUBLIK*, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!; *PUBLIK*, 1/2015, Politik: Chance für Europa.

³⁸⁹ Vgl. *PUBLIK*, 2/2013, Stuttgart: Eurokrise und Gewerkschaften.

³⁹⁰ Vgl. *PUBLIK*, 8/2012, Hessen: Bei uns und anderswo.

über den Fiskalpakt, soziale Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit zu berücksichtigen. Finanzspekulation habe „die Welt an den Abgrund getrieben“. Nationalismus, Schuldzuweisungen und ein gescheitertes Gesellschaftsmodell hätten Europa „an den Rand des Scheiterns“ gebracht. Es brauche öffentliche Investitionen und den Kampf für ein soziales Europa.³⁹¹ Im Jahr 2014 organisierte der Landesbezirk Niedersachsen/Bremen eine Veranstaltung mit einem spanischen Gewerkschafter, der über die soziale Not in seiner Heimat in Folge der Sparpolitik berichtete, eine politische Umkehr hin zu Investitionen und Arbeitnehmerrechten forderte und europäische Gewerkschaftszusammenarbeit anmahnte.³⁹²

Damit zeigt sich eine Kluft zwischen Bezirken, die die Eurokrise – zumindest in geringem Umfang wie Niedersachsen/Bremen – behandelten, und der Mehrzahl an Bezirken, die sich in ihren Mitgliederinformationen überhaupt nicht mit der Eurokrise befassten. Für Stuttgart, Hessen und Niedersachsen/Bremen spielte die Eurokrise folglich eine untergeordnete, für die übrigen Bezirke in *PUBLIK* gar keine Rolle. Ein Vergleich der Gewichtung der Eurokrise im nationalen Mantel und auf den Regionalseiten ergibt insgesamt wenig Sinn – einerseits würde er eindeutig zugunsten des nationalen Mantels ausfallen, andererseits gibt es auf den Regionalseiten keine vergleichbaren Kategorien bzw. Ressorts (Titelseite, Meinungsseite). Bei den elf regionalen Artikeln handelt es sich um zwei Kurzmeldungen und neun ausführliche Artikel, die teilweise als Bericht, teilweise als Meinungsbeiträge – etwa die Dokumentation des Gewerkschafteraufrufs zu „Blockupy“ auf der Stuttgarter Seite oder ein Interview zur Eurokrise mit dem ver.di-Landesleiter auf der Seite Niedersachsens und Bremens – kategorisiert werden können.

In den elf regionalen Artikeln nahm das diagnostische *Framing* mit gut 48 Prozent weniger Raum ein als im nationalen Mantel (57,5 Prozent), insbesondere die Krisenursachen wurden nicht so ausführlich thematisiert, die Krisenfolgen dagegen ähnlich intensiv (s. Tabelle 23). Instrumentelle Mitgliederinteressen sind auf der diagnostischen Ebene regional in etwa im gleichen Maße zu beobachten wie national – auf regionaler Ebene wurden allerdings die Bezüge zwischen der deutschen Situation und der europäischen Krisenerfahrung stärker betont. Dies geschah vor allem durch den Bezirk Stuttgart, der den *Frame* des Exports der Agenda 2010 nach Europa entwickelte und durch die Aufrufe zu „Blockupy“ ebenfalls auf der Stuttgarter sowie auf der Hessener Seite. Dieser Bezug zur Alltagserfahrung der ver.di-Mitglieder fügt sich in das theoretische Bild von der größeren Mitgliedernähe der lokalen Ebenen. Andersherum unternahmen die meisten ver.di-Bezirke keinerlei Anstrengungen, über die Eurokrise zu berichten geschweige denn sie mit der Situation der deutschen Beschäftigten zu verbinden.

Gemeinwohlinteressen spielten sowohl auf nationaler als auf regionaler Ebene diagnostisch so gut wie keine Rolle. Im prognostischen *Framing* wurden alternative Vorschläge zur Krisenpolitik regional etwas weniger behandelt als im nationalen Mantel (innerhalb der Kategorie 46,9 zu 58,9 Prozent, auf das gesamte *Framing* bezogen 13,6 zu 16,8

³⁹¹ Vgl. *PUBLIK*, 5/2012, Niedersachsen/Bremen: Mit Wirtschaftshilfen Arbeit schaffen.

³⁹² Vgl. *PUBLIK*, 4/2014, Niedersachsen/Bremen: Spardiktate mit fatalen Folgen.

Prozent), während in gleichem Maße auf instrumentelle Mitgliederinteressen abgestellt wurde. Gemeinwohlinteressen fallen auch hier kaum ins Gewicht, dafür wurde europäische Solidarität in den regionalen Artikeln deutlich häufiger thematisiert als im nationalen Mantel (21,9 zu 4,4 Prozent innerhalb der prognostischen Kategorien, 6,9 zu 1,3 Prozent auf das gesamte *Framing* bezogen). Dies ist auf den regionalen Anteil an „Blockupy“-Artikeln zurückzuführen. Die Anteile des prognostischen *Framings* insgesamt unterscheiden sich kaum zwischen Regionalseiten und nationalem Mantel.

Auffällig ist, dass motivierendes *Framing* in den elf regionalen Artikeln einen deutlich größeren Anteil erreichte als im nationalen Mantel (knapp 23 Prozent zu 14 Prozent). Bemerkenswerterweise fanden die von der ver.di-Bundesebene gemeinsam mit österreichischen und schweizerischen Gewerkschaften organisierten „Drei-Länder-Wochen“ im Herbst 2012 keinerlei Erwähnung auf regionaler Ebene – wo plangemäß der eigentliche Fokus der Informationskampagne über den Ursprung der Staatsschulden in Europa liegen sollte. Mit Gewerkschaftsaktionen, Aufrufen und Verweisen auf politische Gelegenheiten finden sich alle Kategorien des motivierenden *Framings* bezogen auf das gesamte *Framing* regional häufiger als national – innerhalb der Kategorie dagegen ist die Gewichtung der drei Kategorien kaum vom nationalen Mantel zu unterscheiden abgesehen von einer etwas stärkeren Herausstellung politischer Gelegenheiten. Dieses Ergebnis folgt allerdings aus einem Selektionsbias: Während die Eurokrise in den meisten Regionen mit keinem einzigen Bericht bedacht wurde, verwendeten die beim Thema Eurokrise aktiveren Bezirke motivierende *Frames*, die ihr Engagement untermauerten – zumal auf den Regionalseiten insbesondere Demonstrationen und „Blockupy“ thematisiert wurden. Darüber hinaus stellen elf Artikel eine wenig aussagekräftige Grundgesamtheit dar. Um die begrenzten Erkenntnisse aus diesen Fällen angesichts der argumentierten potentiellen Bedeutung der regionalen Ebene für die politische Interessenbildung etwas zu erweitern, werden die Ergebnisse weiter unten mit dem Umfang und den Inhalten regionaler Berichterstattung zu anderen (europa)politischen Themen und Kampagnen verglichen.

Zunächst wird aber der übliche Vergleich zur allgemeinen europapolitischen Berichterstattung gezogen: In den 22 Artikeln der regionalen allgemeinen europapolitischen Berichterstattung wurden instrumentelle Interessen gegenüber Gemeinwohlinteressen sowohl auf diagnostischer als auch auf prognostischer Ebene stärker betont. Hierbei stehen jeweils Arbeitnehmerrechte angesichts von EU-Regulierung, Löhne bzw. Schutz vor Lohn-dumping, prekäre Beschäftigung und Privatisierungen bzw. die Sicherstellung nationaler öffentlicher Dienstleistungen vis-à-vis der Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts auf den vorderen Plätzen der Inhalte – etwa in mehreren Artikeln zur geplanten Liberalisierung der Bodendienste an Flughäfen, gegen die sich ver.di wehrte.³⁹³ Die Gemeinwohlinteressen bestanden auf diagnostischer Ebene vor allem im Fehlen einer europäischen Identität und in Mängeln der demokratischen Verfassung der EU, aber auch die Situation in anderen EU-Staaten, die Flüchtlingskrise und der Rechtspopulismus wurden

³⁹³ Vgl. z.B. *PUBLIK*, 11/2011, Hessen: Den Wahnsinn beenden.

Tabelle 23. **Eurokrise: Framing auf regionaler Ebene**

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>53</u>		<u>48,2 (57,5)</u>
Krisenursachen	3	5,7 (16,0)	2,7 (9,2)
Spekulation	2	66,7	
Deregulierung	1	33,3	
Krisenfolgen	33	62,3 (61,9)	30,0 (35,6)
Soziale Folgen	10	30,3	
Wirtschaftliche Folgen	7	21,2	
Arbeitnehmerrechte	5	15,2	
Agenda 2010 exportiert	3	9,1	
Demokratie / Proteste	3	9,1	
Länderspezifische Folgen	3	9,1	
Gewerkschaftsrechte	2	6,1	
Instrumentelle Interessen	7	13,2 (12,7)	6,4 (7,3)
Kürzungen öffentlicher Dienst	3	42,8	
Löhne	2	28,6	
Arbeitnehmerrechte	1	14,3	
Prekäre Beschäftigung	1	14,3	
Bezüge deutsche – europäische Erfahrung	9	17,0 (7,7)	8,2 (4,4)
Gleiche Situation gesellschaftlicher Gruppen	3	33,3	
Export Agenda 2010	2	22,2	
Export Schuldenbremse	2	22,2	
Lohnentwicklung Deutschland x Schulden Euroraum	1	11,1	
Verknüpfung mit „Umfairteilen“	1	11,1	
Gemeinwohlinteressen	1	1,9 (1,7)	0,9 (1,1)
Demokratie	1	100	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>32</u>		<u>29,1 (28,6)</u>
EU/Programmstaaten	15	46,9 (58,9)	13,6 (16,8)
Ende der Sparpolitik / Investitionen	3	20,0	
Finanzmarktregulierung	3	20,0	
Umverteilung / Steuergerechtigkeit	3	20,0	
Soziales Europa	3	20,0	
Demokratie	2	13,3	
Soziale Standards	1	6,7	
Instrumentelle Interessen	9	28,1 (30,0)	8,2 (8,6)
Löhne erhöhen	3	33,3	
Ver.di muss mehr tun	3	33,3	
Arbeitnehmerrechte	2	22,2	
Öffentliche Daseinsvorsorge stärken	1	11,1	
Gemeinwohlinteressen	1	3,1 (6,7)	0,9 (1,0)
Demokratie	1	100	
Solidarität	7	21,9 (4,4)	6,4 (1,3)
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>25</u>		<u>22,7 (14,0)</u>
Gewerkschaftsaktion	17	68,0 (70,5)	15,5 (9,8)
Demonstration	9	52,9	
Bündnis / Kooperation	4	23,5	
Veranstaltung	2	11,8	
Proteste gehen weiter	1	5,9	
Lobbying	1	5,9	
Aufruf Beteiligung	5	20,0 (20,4)	4,5 (2,9)
Politische Gelegenheit	3	12,0 (9,1)	2,7 (1,3)
Große Protestbewegung	3	100	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>110</u>		<u>100</u>

Tabelle 23: Häufigkeiten und prozentuale Anteile im *Framing* in den elf regionalen Artikeln zur Eurokrise in *PUBLIK*. In Klammern zum Vergleich die jeweiligen Häufigkeiten im nationalen Mantel.

thematisiert. Der dominierende prognostische Gemeinwohl-*Frame* war mit sieben Nennungen ein „soziales Europa“ – hierin liegt ein Unterschied zum regionalen *Framing* der Eurokrise, wo die Demokratisierung der EU der einzige europäische Gemeinwohl-*Frame* auf prognostischer Ebene ist (s. Anhang Tabelle A4 und Tabelle 23).

Mit der zukünftigen Ausrichtung der EU befasste sich der Landesbezirk Hamburg anlässlich der Europawahl 2009, zu der er die Wahlprogramme der Parteien abfragte.³⁹⁴ Die Bezirke Hamburg und München mobilisierten für den Tag der Arbeit 2014 als im Zeichen eines „sozialen Europas“ stehend.³⁹⁵ Im Jahr 2016 veröffentlichte der Landesbezirk Niedersachsen/Bremen zwei Kommentare zur Zukunft der europäischen Integration, einen aus der Feder des Landesvorsitzenden Detlef Ahting, der sich zuvor auch schon zur Eurokrise geäußert hatte (s.o.), einen von ver.dis Europaberater Klaus Busch. Busch sah die Existenz der EU durch das politische Scheitern in der Eurokrise und der Flüchtlingskrise in Gefahr, wobei sich das Scheitern in Nationalismus und mangelnder Solidarität niederschläge und die Legitimität der europäischen Integration in eine „Abwärtsspirale“ versetze. Busch erklärte das Jahr 2016 zum „Schicksalsjahr“ eines aktuell „gefesselten“ Europas, zeigte aber keine alternativen politischen Wege auf. Demgegenüber plädierte Ahting, der die europäische Integration ebenfalls „auf der Kippe“ stehen sah, für neue gesellschaftliche Bündnisse der Gewerkschaften, um alternative Politik zu entwickeln, die „zunehmende Ungleichverteilung“ als Kern aller weiteren Probleme angehen müsse. Soziale Gerechtigkeit müsse sich u.a. in Vollbeschäftigung mit „guter Arbeit“, Investitionen, Steuergerechtigkeit oder dem fairen Umgang mit Migration niederschlagen.³⁹⁶

Transnationale Solidarität wurde in sechs Artikeln behandelt – und damit anteilig beinahe so häufig wie in der regionalen Berichterstattung zur Eurokrise: Der Landesbezirk Hamburg setzte zur Europawahl 2009 das Ziel, dass Beschäftigte in Europa sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern in einem solidarischen Europa mit dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ fair zusammenarbeiten sollten.³⁹⁷ Der Landesbezirk Hessen strebte im Kontext der Liberalisierung der Bodendienste eine europäische Betriebsversammlung an, um den Widerstand gegen die EU-Richtlinie zu koordinieren.³⁹⁸ Außerdem organisierte er Vernetzungstreffen deutscher und spanischer Gewerkschafter mit wechselseitigen Besuchen zum Austausch über gemeinsame Interessen und verwies im Kontext der (letztlich gescheiterten) EBI „Fair Transport Europe“ auf die Notwendigkeit des solidarischen Zusammenhalts der europäischen Beschäftigten.³⁹⁹ Der Bezirk Stuttgart unterstützte das Projekt einer sozialen Gemeinschaftsklinik im griechischen Kalamata.⁴⁰⁰ Über transnationalen Austausch berichtete außerdem der Landesbezirk Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen, der die Zusammenarbeit im interregionalen

³⁹⁴ Vgl. PUBLIK, 5/2009, Hamburg: Ein soziales Europa wählen.

³⁹⁵ Vgl. PUBLIK, 3/2014, Hamburg: Wir stellen die Weichen für Europa; PUBLIK, 3/2014, München: „Gute Arbeit. Soziales Europa“.

³⁹⁶ Vgl. PUBLIK, 2/2016, Niedersachsen/Bremen: Eurokrise und Flüchtlingskrise gefährden Existenz der EU; PUBLIK, 5/2016, Niedersachsen/Bremen: Europa steht auf der Kippe.

³⁹⁷ Vgl. PUBLIK, 5/2009, Hamburg: Ein soziales Europa wählen.

³⁹⁸ Vgl. PUBLIK, 11/2011, Hessen: Den Wahnsinn beenden.

³⁹⁹ Vgl. PUBLIK, 4/2016, Hessen: Barcelona meets Rhein/Main; PUBLIK, 3/2017, Hessen: In Europa voneinander lernen; PUBLIK, 3/2016, Hessen: Ein Leben auf der Straße.

⁴⁰⁰ Vgl. PUBLIK, 4/2015, Stuttgart: 4. Europa-Kongress der „Böblinger Charta“.

Gewerkschaftsrat zwischen Sachsen und Grenzregionen Tschechiens und Polens würdigte.⁴⁰¹ Einen interregionalen Gewerkschaftsrat pflegt auch der Bezirk Südbaden für einen deutsch-französischen Austausch.⁴⁰²

Gewerkschaftsaktionen, auf die auf regionaler Ebene abgestellt wurde, waren meistens Kooperationen und Veranstaltungen (jeweils acht Nennungen, s. Anhang Tabelle A4). Daneben wurde mehrfach auf Kampagnen bzw. Unterschriftensammlungen verwiesen, Widerstand angekündigt und auf den 1. Mai 2014 vorbereitet, der im Zeichen eines „sozialen Europas“ stand. Lobbying wurde einmal vom Landesbezirk Hessen genannt: ein Schreiben an die EU-Kommission gegen die Liberalisierung der Bodendienste.⁴⁰³ Verweise auf konfrontative Outsiderstrategien sind in den Artikeln nicht zu beobachten – hierin liegt ein weiterer auffälliger Unterschied zur regionalen Berichterstattung zur Eurokrise. Politische Gelegenheiten wurden insbesondere beim Thema der geplanten Liberalisierung der Bodendienste identifiziert für Insiderstrategien: Der Bundesrat und einzelne EU-Abgeordnete sprachen sich gegen die Liberalisierung aus, Landtagsabgeordnete signalisierten ihre Unterstützung der gewerkschaftlichen Position und das Europäische Parlament stimmte gegen den Vorschlag der EU-Kommission.⁴⁰⁴ Die nicht unbedeutende Anzahl von europapolitischen Artikeln auf regionaler Ebene ist ein erstes Anzeichen dafür, dass die regionale Ebene nicht als politikfern abgetan werden kann, insbesondere wenn instrumentelle Interessen berührt sind, und die regionale Berichterstattung im Sinne ihrer größeren Mitgliedernähe sogar auf einen höheren Anteil motivierenden *Framings* zu allgemeinen europapolitischen Themen kommt als der nationale Mantel (knapp 24 Prozent zu gut 16 Prozent, s. Tabelle 24). Dies wird weiter unten vertieft (s. Kapitel 6.3.1).

Zusammenfassend ist die beobachtbare Implikation dahingehend bestätigt, dass die Eurokrise auf den Regionalseiten der meisten ver.di-Bezirke keinerlei Rolle spielte. Andererseits bemühten sich die wenigen aktiveren ver.di-Bezirke um eine Mobilisierung zu Demonstrationen und „Blockupy“ als gesellschaftlichem Bündnis. Daraus, dass einige Bezirke Mobilisierungsanstrengungen unternahmen, ergibt sich das verzerrte Bild, dass sich auf der regionalen Ebene ein höherer Anteil motivierenden *Framings* beobachten lässt als im nationalen Mantel. Ausgeprägt waren neben den Verweisen auf instrumentelle Interessen außerdem Bezüge zu europäischer Solidarität bzw. zwischen der Situation in Deutschland und der europäischen Krisenerfahrung (Löhne, Agenda 2010). Dies kann ebenfalls mit lokalen Mobilisierungsanstrengungen in Verbindung gebracht werden. Bemerkenswert ist, dass die von der Bundesebene gestarteten „Drei-Länder-Wochen“ keine Resonanz in der regionalen Berichterstattung fanden. Der geringe Umfang der regionalen Berichterstattung zur Eurokrise bzw. ihre völlige Abwesenheit in vielen Bezirken deutet erstens auf die Autonomie regionaler bzw. lokaler Gliederungen, andererseits kann daraus das Indiz gewertet werden, dass diese Bezirke die Interessen ihrer Mitglieder gut

⁴⁰¹ Vgl. *PUBLIK*, 4/2013, Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen: Gemeinsam nach Europa.

⁴⁰² Vgl. *PUBLIK*, 5/2017, Aus den Bezirken: Das soziale Gesicht Europas.

⁴⁰³ Vgl. *PUBLIK*, 11/2011, Hessen: Den Wahnsinn beenden.

⁴⁰⁴ Vgl. *PUBLIK*, 11/2011, Hessen: Den Wahnsinn beenden; *PUBLIK*, 1/2012, Niedersachsen/Bremen: Einmütig gegen die EU-Pläne; *PUBLIK*, 6/2012, Rheinland-Pfalz/Saar: EU öffnet Lohndumping Tür und Tor; *PUBLIK*, 1/2013, Hamburg: Lohndumping vorerst abgewehrt.

kennen und in ihrer Berichterstattung Rücksicht nehmen auf eine Mitgliedernachfrage, die sich nicht auf die Eurokrise erstreckte. Die politischen Präferenzen lokaler Gewerkschaftsfunktionäre wie des Stuttgarter Bezirksvorsitzenden Bernd Riexinger, der im Untersuchungszeitraum in *PUBLIK* einige politische Artikel nicht nur zur Eurokrise veröffentlichte, sowie die lokale Nähe von Bezirken zu Ereignissen (Hessen/Frankfurt zu „Blockupy“) sind außerdem zu berücksichtigende Faktoren in der Bewertung lokaler politischer Schwerpunktsetzung.

Tabelle 24. **Allgemeine Europaberichterstattung: *Framing* auf regionaler Ebene**

<u>Ebenen und Kategorien</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
Diagnostisches Framing			
- Instrumentelle Interessen	48	72,7 (85,7)	34,5 (38,9)
- Gemeinwohlinteressen	18	27,3 (14,3)	12,9 (6,5)
	66	100	47,5 (45,4)
Prognostisches Framing			
- Instrumentelle Interessen	22	55,0 (73,2)	15,8 (28,1)
- Gemeinwohlinteressen	12	30,0 (25,4)	8,6 (9,7)
- Solidarität	6	15,0 (1,4)	4,3 (0,5)
	40	100	28,8 (38,4)
Motivierendes Framing			
- Gewerkschaftsaktion	26	78,8 (80,0)	18,7 (13,0)
- Aufruf Beteiligung	1	3,0 (13,3)	0,7 (2,2)
- Politische Gelegenheit	6	18,2 (6,7)	4,3 (1,1)
	33	100	23,7 (16,2)
	139		100

Tabelle 24: Häufigkeiten der *Framing*-Kategorien in den 22 allgemeinen regionalen Artikeln zur europäischen Integration in *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017. In Klammern die jeweiligen Häufigkeiten in den 54 allgemeinen Artikeln zur europäischen Integration im nationalen Mantel von *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017.

6.2 Framing-Angebote an die Öffentlichkeit

Beobachtbare Implikation 10

Für die Sichtbarkeit ihrer Positionen kritisiert ver.di in ihrer Medienarbeit zur Eurokrise zuvorderst die Bundesregierung scharf.

In den 24 Presseaussendungen, die ver.di zwischen 2010 und 2015 zur Eurokrise publizierte, lassen sich 26 Nennungen von Adressaten von Kritik identifizieren, die sich in fünf Kategorien unterteilen lassen. Die Adressaten von ver.di's politischen Forderungen wiederum fallen in sieben Kategorien, die auf 36 Nennungen kommen und sich geringfügig von der Kritikebene unterscheiden: Finanzmarktakteure finden sich nur auf der Ebene der Kritik, während Öffentlichkeit, Griechenland und europäische Gewerkschaften nur auf der Ebene der politischen Forderungen genannt wurden (s. Tabelle 25). Die Öffentlichkeit und die europäischen Gewerkschaften wurden nicht für die Umsetzung bestimmter *policies* adressiert, sondern für eine Mobilisierung für einen Politikwechsel in Europa oder um für gewerkschaftliche Positionen Legitimität zu beanspruchen.

Insgesamt fallen zwei Aspekte auf: Auf der prognostischen Ebene der politischen Forderungen sind mehr Akteure präsent als auf der diagnostischen Ebene der Kritik an der Krisenpolitik. Die Bundesregierung wurde sowohl auf der diagnostischen als auch auf der prognostischen Ebene seltener adressiert als die europäischen Institutionen bzw. „Europa“ als solches. Auf der diagnostischen Ebene zog die EU 50 Prozent der mit Akteuren verbundenen Kritik auf sich, auf der prognostischen Ebene ein Drittel der Forderungen. Selbst wenn man einzeln genannte deutsche Politiker (als Nachrichtenfaktor der Personalisierung) zur Kategorie der Bundesregierung hinzuzählen würde, stünde „Europa“ auf beiden Ebenen weiterhin auf dem ersten Platz. Als nationale Politiker wurden auf diagnostischer Ebene Angela Merkel zweimal, einmal davon im Tandem mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, und Wolfgang Schäuble einmal adressiert, auf prognostischer Ebene lediglich Angela Merkel einmal – der Nachrichtenfaktor der Personalisierung ist in den Pressemitteilungen damit nicht prävalent.⁴⁰⁵ Würden andersherum die drei kollektiven Nennungen der Staats- und Regierungschefs der EU (als intergouvernementale Kategorie) zu „Europa“ (als supranationale Kategorie) gezählt, wäre der Anteil der Adressierungen der europäischen Ebene noch ausgeprägter. Die konkreten Forderungen an die Akteure, i.e. das prognostische *Framing*, werden weiter unten analysiert.

⁴⁰⁵ Es gibt keine Presseaussendung, in der sowohl die Bundesregierung als auch einzelne ihrer Mitglieder adressiert wurden.

Tabelle 25. **Presseaussendungen: Adressaten für Kritik und politische Alternativen**

<u>Adressat für Kritik</u>	<u>N</u>	<u>%</u>	<u>Adressat für alternative Politik</u>	<u>N</u>	<u>%</u>
EU/„Europa“	13	50,0	EU/„Europa“	12	33,3
davon			davon		
- Troika	4		- EU/„Europa“	9	
- „Europa“	4		- EZB	2	
- EU-Kommission	4		- Eurozone	1	
- ESM	1				
Bundesregierung	4	15,4	Öffentlichkeit	8	22,2
			davon		
			- deutsche Öffentlichkeit	5	
			- europäische Öffentlichkeit	2	
			- griechische Öffentlichkeit	1	
Einzelne Politiker	3	11,5	Bundesregierung	6	16,7
davon					
- Angela Merkel (1x mit Sarkozy)	2		Staats- und Regierungschefs EU	4	11,1
- Wolfgang Schäuble	1				
Finanzmarktakteure	3	11,5	Gewerkschaften	3	8,3
davon			davon		
- Kapitalmärkte	1		- nationale Gewerkschaften	1	
- Ratingagenturen	1		- europäische Gewerkschaften	2	
- Bankenvorstände	1		Griechenland	2	5,6
Staats- und Regierungschefs EU	3	11,5	Einzelne Politiker (Angela Merkel)	1	2,8
	26	100		36	100

Tabelle 25: Häufigkeiten der Adressaten für Kritik und für alternative Politik in den 23 Pressemitteilungen von ver.di zur Eurokrise und dem Presstext zu den „Drei-Länder-Wochen“.

Um die Chance der Pressemitteilungen auf mediale Aufmerksamkeit zu erhöhen, war die Wortwahl der ver.di-Pressabteilung wenig zurückhaltend bis martialisch, insbesondere in den Frank Bsirkse zugeschriebenen Stellungnahmen. In der ersten Pressemitteilung zur Eurokrise wurde Bsirkse zitiert: „Mit Griechenland droht [sic] jetzt ein Staat und seine Bevölkerung zu Opfern des blinden Wütens der Finanzmärkte zu werden. (...) Statt die wüsten Spekulationen mit den gefährlichen Finanzinstrumenten wirksam zu unterbinden, verwendet die EU-Kommission deren Treiben als Brechstange, um drakonische, letztlich aber wirkungslose Maßnahmen zur Stabilisierung der Staatsfinanzen durchzusetzen.“⁴⁰⁶ Griechenland „darf nicht totgespart werden“.⁴⁰⁷ Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble solle „die Finger von einem rabiaten Sparkurs lassen“,⁴⁰⁸ Bundeskanzlerin Angela Merkel „verschärft die Krise und spaltet Europa“, sie setze einen „verschärften Schrumpfkurs der öffentlichen Haushalte“ in Europa durch.⁴⁰⁹ Bei der Politik

⁴⁰⁶ Vgl. Ver.di (2010): ver.di prangert falsche EU-Politik gegenüber Griechenland an. Pressemitteilung vom 16.02.2010.

⁴⁰⁷ Vgl. Ver.di (2011): Griechenland darf nicht totgespart werden. Pressemitteilung vom 21.10.2011.

⁴⁰⁸ Vgl. Ver.di (2010): Sparkurs: Schäuble sollte Strauss-Kahn-Warnung ernst nehmen. Pressemitteilung vom 21.05.2010.

⁴⁰⁹ Vgl. Ver.di (2011): Bsirkse: Merkel verschärft die Krise und spaltet Europa. Pressemitteilung vom 9.12.2011.

gegenüber Griechenland handle es sich „in Wahrheit um ein Erdrosselungsprogramm“, die Krisenpolitik der Troika sei „auf ganzer Linie gescheitert“.⁴¹⁰ Die europäische Politik befinde sich in der „Geiselhaft der Finanzmärkte“, die deutsche Bundesregierung sei für diesen „bedauernswerten Zustand maßgeblich mitverantwortlich“.⁴¹¹ Ver.di stufe die „Glaubwürdigkeit der Ratingagentur Moody’s auf ‚Ramschstatus‘“ herab, ihre Bonitätsnote sinke auf „Kaffeersatzleserei“.⁴¹² Der Fiskalpakt mache aus der Eurozone eine „Rotstift-Union“ und sei eine „tickende Zeitbombe für Europa“, diese Politik führe geradewegs „in eine europäische Wettbewerbsunion der niedrigsten Löhne, der niedrigsten Unternehmenssteuern und sozialen Standards“. Europa nehme damit „die soziale Spaltung zwischen den Mitgliedsstaaten, aber auch innerhalb der Staaten in Kauf“.⁴¹³

Die Wiedergabe dieser dramatischen Formulierungen soll nicht darüber hinwegsehen lassen, dass in den Pressemitteilungen durchaus substantielle, aber komplexe und für sich genommen potentiell weniger medienwirksame europapolitische Forderungen verbreitet wurden. Diese Zitate können damit als Versuch gewertet werden, den europapolitischen Forderungen durch den Nachrichtenfaktor Konflikt zusätzlichen Nachrichtenwert zu verschaffen. Dass die europäische Ebene häufiger adressiert und ganz selbstverständlich scharf kritisiert wurde, kann als Indiz für die Politisierung der EU gewertet werden. Dieses Ergebnis deckt sich mit empirischen Ergebnissen zu Protesten gegen EU-Politik in Deutschland, die dahingehend europäisiert sind, dass sie in der Regel die europäische Ebene direkt ansprechen und nicht in erster Linie die Bundesregierung (Becker/Hutter 2017). Andersherum wandte sich ver.di in den Pressemitteilungen überwiegend an die deutsche Öffentlichkeit mit drei Ausnahmen: In der ersten Pressemitteilung zur Eurokrise bekundete Bsirske ver.dis Solidarität mit den griechischen Beschäftigten.⁴¹⁴ Im Presstext zu den „Drei-Länder-Wochen“ wurde die europäische Öffentlichkeit dahingehend angesprochen, dass das Ziel der Kampagne darin bestehe, sie über die Ursachen der Staatsschulden in Europa aufzuklären.⁴¹⁵ In der Pressemitteilung zu ver.dis Unterstützung des „Alter Summit“ 2013 in Athen war von einem „Zeichen der Solidarität“ die Rede, das sich an alle europäischen Lohnabhängigen, insbesondere aber an die südeuropäischen, richtete.⁴¹⁶ Gewerkschaften wurden zweimal angesprochen: Auf die nationale Ebene bezogen betonte Frank Bsirske die Notwendigkeit starker Gewerkschaften, die die Politik „unter Zugzwang bringen“ könnten.⁴¹⁷ Die europäischen Gewerkschaften adressierte Frank Bsirske mit einer Solidaritätsbekundung an alle Streikenden in Europa beim

⁴¹⁰ Vgl. Ver.di (2011): Bsirske: Falsche Krisenpolitik erdrosselt Griechenland und gefährdet den gemeinsamen Währungsraum. Pressemitteilung vom 10.06.2011.

⁴¹¹ Vgl. Ver.di (2011): ver.di fordert gemeinsame europäische Politik zur Überwindung der Finanzkrise. Pressemitteilung vom 13.07.2011.

⁴¹² Vgl. Ver.di (2010): ver.di stuft Moody’s herab: Ratings nur noch „Kaffeersatzleserei“. Pressemitteilung vom 20.06.2010.

⁴¹³ Vgl. Ver.di (2012): Bsirske: Fiskalpakt-Politik ist eine tickende Zeitbombe für Europa – Arbeitnehmerrechte verteidigen, Niedriglohnbereich zurückdrängen, allgemeinen Mindestlohn einführen. Pressemitteilung vom 1.05.2012.

⁴¹⁴ Vgl. Ver.di (2010): ver.di prangert falsche EU-Politik gegenüber Griechenland an. Pressemitteilung vom 16.02.2010.

⁴¹⁵ Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“. Presstext vom 2.11.2012.

⁴¹⁶ Vgl. Ver.di (2013): Ein anderes Europa ist möglich – ver.di unterstützt Alternativgipfel in Athen. Pressemitteilung vom 5.06.2013.

⁴¹⁷ Vgl. Ver.di (2012): Bsirske: Fiskalpakt-Politik ist eine tickende Zeitbombe für Europa – Arbeitnehmerrechte verteidigen, Niedriglohnbereich zurückdrängen, allgemeinen Mindestlohn einführen. Pressemitteilung vom 1.05.2012.

„europäischen Generalstreik“ im November 2012.⁴¹⁸ Im Presstext zu den „Drei-Länder-Wochen“ wurden die europäischen Gewerkschaften außerdem „aufgerufen, für eine andere Politik einzutreten.“⁴¹⁹

Insgesamt begleitete ver.di alle zentralen politischen Etappen der Eurokrise mit einer Pressemitteilung. Vorrangig arbeiteten sich die Pressemitteilungen am Fiskalpakt, der Konditionalität der Finanzhilfen, dem Einfluss der Finanzmärkte und den fehlenden Alternativen zur Sparpolitik ab, wobei auch der durch den Diskurs der Bundesregierung entstandene „falsche Eindruck, die Rettungspakete für andere Euro-Länder hätten zum derzeitigen hohen Stand der Staatsverschuldung (...) geführt“,⁴²⁰ kritisiert wurde, während Deutschland in Wirklichkeit Zinsen für die Hilfskredite erhalte und diese Kredite im Fall Griechenlands nur zu etwa zehn Prozent in den Staatshaushalt flößen und der Rest für den Schuldendienst bestimmt sei.⁴²¹ Die Bundesregierung wurde heftig angegriffen, war aber nicht die Hauptadressatin von ver.dis Kritik – dies war mit einem mehr als dreifach so hohen Anteil die europäische Ebene. Die beobachtbare Implikation ist damit hinsichtlich der Schärfe von ver.dis Kritik (Nachrichtenfaktor Konflikt) bestätigt, hinsichtlich der Prävalenz der Bundesregierung (Nachrichtenfaktor Nähe) oder einzelner ihrer Mitglieder (Nachrichtenfaktor Personalisierung) aber empirisch zurückzuweisen.

Beobachtbare Implikation 11

Ver.di mobilisiert ihre Mitglieder für medienwirksame Aktionen und stellt diese Aktionen und ihr Mobilisierungspotential in ihrer Medienarbeit heraus.

Auch diese Implikation ist durch die vorangegangenen empirischen Befunde zu relativieren: Weiter oben wurde festgestellt, dass Beteiligungsaufrufe an die Mitglieder in der *PUBLIK*-Berichterstattung zur Eurokrise kaum zu finden sind, i.e. insgesamt nur in fünf nationalen Artikeln und drei regionalen Artikeln beobachtet werden können (s. Beobachtbare Implikation 8). Als eigene Aktionen von ver.di können dabei nur die Initiative „Europa neu begründen“ und die „Drei-Länder-Wochen“ gewertet werden, für die sich jeweils knappe Aufrufe für eine Unterschriftensammlung und Aktionen in Betrieben und Verwaltungen zählen lassen. In der Pressemitteilung zu „Europa neu begründen“ wurden nur die prominenten Erstunterzeichner des Aufrufs aus Gewerkschaften und Wissenschaft genannt, auf die ver.di-Mitglieder wurde kein Bezug genommen. Medienwirksame Aktionen zu „Europa neu begründen“ sind nicht bekannt. Wohlwollend kann man medienwirksame Aktionen der „Drei-Länder-Wochen“ darin sehen, dass ver.di eine Pressekonferenz dazu

⁴¹⁸ Vgl. Ver.di (2012): Schuldenabbau und Wachstum nur mit Steuergerechtigkeit und Investitionen. Pressemitteilung vom 14.11.2012.

⁴¹⁹ Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“. Presstext vom 2.11.2012.

⁴²⁰ Vgl. z.B. Ver.di (2012): Bsirske: Fiskalpakt-Politik ist eine tickende Zeitbombe für Europa – Arbeitnehmerrechte verteidigen, Niedriglohnbereich zurückdrängen, allgemeinen Mindestlohn einführen. Pressemitteilung vom 1.05.2012.

⁴²¹ Vgl. Ver.di (2015): Griechische Bevölkerung stimmt für einen notwendigen Kurswechsel. Pressemitteilung vom 26.01.2015.

einberief und eine umfangreiche Pressemappe produzierte.⁴²² Eine Fortsetzung des Widerstands gegen die Krisenpolitik in Form der Verlagerung auf die Betriebsebene hatte Frank Bsirske bereits nach der Demonstration von „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ im Juni 2010 angekündigt.⁴²³ Insoweit diese Interessenbildung zur Krisenpolitik auf der Betriebsebene stattfand, wurden darüber keine Informationen in *PUBLIK* oder den Pressemitteilungen zur Eurokrise veröffentlicht. Demgegenüber beschränkten sich die Pressemitteilungen darauf, die deutsche Öffentlichkeit zu einer kritischeren Haltung gegenüber der Krisenpolitik zu bewegen und die Gewerkschaften auf nationaler und auf europäischer Ebene dazu aufzurufen, politisch handlungsfähiger zu werden (s.o.).

Ebenso war die Darstellung eines Mobilisierungspotentials in ver.di Pressemitteilungen wenig ausgeprägt. Das motivierende *Framing* wurde in der Öffentlichkeitsarbeit geringer gewichtet als in *PUBLIK*: So erreichen Gewerkschaftsaktionen, Beteiligungsaufrufe und die Darstellung politischer Gelegenheiten in den Pressemitteilungen jeweils einen etwas niedrigeren Anteil als in der Mitgliederzeitung (s. Tabelle 27). Insgesamt wurde auf 21 Gewerkschaftsaktionen verwiesen, Beteiligungsaufrufe und politische Gelegenheiten wurden jeweils lediglich zweimal gezählt – in beiden Fällen im Zusammenhang mit der Europawahl 2014: Die Mitglieder wurden zur Stimmabgabe aufgerufen und das Europäische Parlament als arbeitnehmerfreundlicher Gegenpol zur Politik der Europäischen Kommission dargestellt (s. Tabelle 26).⁴²⁴

Die dargestellten Gewerkschaftsaktionen sind auf ver.di Angebotsseite nicht als besonders medienwirksam bzw. als Betonung gewerkschaftlichen Mobilisierungspotentials einzuordnen. Von den drei genannten Demonstrationen war eine der „European Action Day“ im Herbst 2010,⁴²⁵ bei dem die Medienresonanz den Großdemonstrationen in anderen Ländern galt bzw. der Tatsache, dass sich die deutschen Gewerkschaften im europäischen Vergleich zurückhielten.⁴²⁶ Eine weitere Demonstration war der „europäische Generalstreik“, bei dem ver.di sich nicht an Demonstrationen geschweige denn Streiks beteiligte. Die dritte Demonstration war schließlich eine Demonstration von Betriebsräten der Deutschen Post (s.u.). Die übrigen Gewerkschaftsaktionen werden im Rahmen der folgenden beobachtbaren Implikationen behandelt. Die genannte Lobbying-Aktion ist der im vorangegangenen Kapitel erwähnte Brief von Frank Bsirske an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags mit der Aufforderung, den Fiskalpakt nicht zu ratifizieren.

⁴²² Vgl. <https://www.verdi.de/presse/downloads/pressemappen/++co++6456a9d6-236d-11e2-b68a-52540059119e> [30.07.2021].

⁴²³ Vgl. Ver.di (2010): Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern die Finanzminister auf, sich für die sozialen Kosten der Kürzungen im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen. Pressemitteilung vom 16.06.2010.

⁴²⁴ Vgl. Ver.di (2014): Internationaler Frauentag: Heute für morgen Zeichen setzen – für ein sozial gerechtes Europa für Männer und Frauen. Pressemitteilung vom 7.03.2014; Ver.di (2014): ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zum „Tag der Arbeit“: „Am 25. Mai für einen Kurswechsel in Europa stimmen“. Pressemitteilung vom 1.05.2014.

⁴²⁵ Vgl. Ver.di (2010): Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern die Finanzminister auf, sich für die sozialen Kosten der Kürzungen im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen. Pressemitteilung vom 16.06.2010.

⁴²⁶ Vgl. o.V. (2010): Wutlauf gegen das Sparen. *Spiegel Online*, 29.09.2010; Kaul, Martin (2010): Die zersplitterte Arbeitsmacht. *taz – die tageszeitung*, 29.09.2010.

Tabelle 26. **Presseaussendungen: Framing**

Kategorien und Dimensionen	N	% Kategorie	% Framing
I Diagnostisches Framing	99		45,0
Krisenursachen	9	9,1	4,1
Spekulation	3	33,3	
Konstruktion Euro	2	22,2	
Politik lernt nicht / reagiert falsch	2	22,2	
Leistungsbilanzunterschiede	1	11,1	
Deregulierung	1	11,1	
Krisenfolgen	70	70,7	31,8
Wirtschaftliche Folgen	19	27,1	
Soziale Folgen	19	27,1	
Macht der Finanzmärkte	8	11,4	
Demokratie / Proteste	8	11,4	
Arbeitnehmerrechte	6	8,6	
Europäische Integration	4	5,7	
Gewerkschaftsrechte	3	4,3	
Länderspezifische Folgen	3	4,3	
Instrumentelle Interessen	16	16,2	7,3
ÖD/Haushalte	4	25,0	
Auswirkungen Deutschland	3	18,8	
Löhne	3	18,8	
Arbeitnehmerrechte	3	18,8	
Gewerkschaftsrechte	2	12,5	
Wirtschaftliche Entwicklung	1	6,2	
Gemeinwohlintereessen	4	4,0	1,8
Sozialer Zusammenhalt	2	50,0	
Soziale Standards	1	25,0	
Demokratie	1	25,0	
		100	
II Prognostisches Framing	97		44,1
EU/Programmstaaten	46	47,4	20,9
Investitionen in öffentliche Dienstleistungen	12	26,1	
Finanzmarktregulierung	9	19,6	
Eurobonds	7	15,2	
Europäische Wirtschaftsregierung	5	10,9	
Neue identitätsstiftende Idee für EU	3	6,5	
Ablehnung Fiskalpakt	3	6,5	
Überschussländer: antizyklische Politik	2	4,3	
Beteiligung Vermögender	2	4,3	
Länderspezifische Lösungen	2	4,3	
Demokratie	1	2,2	
Instrumentelle Interessen	33	34,0	15,0
ÖD stärken	9	27,3	
Löhne	6	18,2	
Beteiligung Vermögender	5	15,2	
Arbeitnehmerrechte	4	12,1	
soziale Sicherheit	3	9,1	
Mindestlohn	3	9,1	
Berufliche Anerkennung	2	6,1	
Gewerkschaftsrechte	1	3,0	
Gemeinwohlintereessen	10	10,3	4,5
Soziale Gerechtigkeit	5	50,0	
Demokratie	5	50,0	
Solidarität	8	8,2	3,6
		100	
III Motivierendes Framing	24		10,9
Gewerkschaftsaktion	20	83,3	9,1
Bündnis / Kooperation	6	30,0	
Aufruf / Positionspapier	5	25,0	
Demonstration	3	15,0	
Kampagne	2	10,0	
Betriebsebene	2	10,0	
Widerstand allgemein	1	5,0	
Lobbying	1	5,0	
Aufruf Beteiligung	2	8,0	0,9
Politische Gelegenheit	2	8,0	0,9
Europäisches Parlament arbeitnehmerfreundlich	2		
		100	
Frame-Nennungen insgesamt	220		100

Tabelle 26: Häufigkeiten und prozentuale Anteile im Framing der 23 Pressemitteilungen von ver.di zur Eurokrise und des Presstexts zu den „Drei-Länder-Wochen“.

Die Implikation muss daher empirisch zurückgewiesen werden: Ver.di mobilisierte ihre Mitglieder nicht für medienwirksame Aktionen und stellte in ihrer Medienarbeit nicht auf gewerkschaftliches Mobilisierungspotential ab. Dieses Ergebnis ordnet sich – für den Fall ver.di's etwas überraschend – in das Bild der deutschen Gewerkschaften ein, das die Gewerkschaftsforschung zeichnet: In Deutschland gibt es keine ausgeprägte gewerkschaftliche Protestkultur, die Gewerkschaften bevorzugen ihre sozialpartnerschaftliche Position und tendieren zwischen Gegen- und Ordnungsmacht Richtung Ordnungsmacht, die sich in der Regel auf pointierte Beiträge zum politischen Diskurs und symbolische Konfliktretorik beschränkt.

Beobachtbare Implikation 12

In ver.di's Medienarbeit überwiegen prognostische gegenüber diagnostischen *Frames*. Das prognostische *Framing* legt den Schwerpunkt auf Gemeinwohlinteressen, prognostische *Frames* zu instrumentellen Interessen stehen dahinter zurück.

In den 24 Presseaussendungen zur Eurokrise überwiegen diagnostische *Frames* gegenüber prognostischen knapp mit 45,0 Prozent zu 44,1 Prozent (s. Tabelle 26). Obwohl der erste Teil der beobachtbaren Implikation daher der empirischen Überprüfung nicht standhält, ist doch festzuhalten, dass ver.di in ihrer Öffentlichkeitsarbeit anteilig signifikant mehr prognostisches *Framing* betrieb als in der internen Kommunikation in *PUBLIK*. Während die diagnostische Ebene in *PUBLIK* mit 56,9 Prozent des gesamten *Framings* einen doppelt so hohen Anteil erreichte wie die prognostische mit 28,4 Prozent, wurden die beiden Ebenen in der externen Kommunikation beinahe gleich gewichtet. Damit betonte ver.di nach außen politische Alternativen stärker als nach innen.

Auf diagnostischer Ebene wurden die Krisenursachen in den Presseaussendungen deutlich weniger behandelt als in *PUBLIK* (9,1 zu 17,1 Prozent), die übrigen Dimensionen des diagnostischen *Framings* dafür jeweils etwas stärker (s. Tabelle 27). Diagnostisch spielten Gemeinwohlinteressen auch in der Öffentlichkeitsarbeit kaum eine Rolle. Beim *Framing* von Krisenursachen und Krisenfolgen gibt es keine nennenswerten Unterschiede bei Inhalten und Ranking: Auch in den Presseaussendungen wurden bei den Ursachen Bankenrettung bzw. Spekulation, Leistungsbilanzunterschiede, die Konstruktion des Euro, die falsche Reaktion der Politik und Deregulierung genannt. Wirtschaftliche und soziale Folgen der Krisenpolitik stehen bei den Krisenfolgen auf den vorderen Plätzen, gefolgt von der Macht der Finanzmärkte über die Politik und dem Demokratiedefizit der Krisenpolitik bzw. den daraus folgenden Protesten gegen sie. Im Vergleich etwas abgeschlagen finden sich die negativen Auswirkungen auf die Richtung bzw. öffentliche Akzeptanz der EU mit vier Nennungen bzw. 5,7 Prozent gegenüber 23 Nennungen bzw. 20,5 Prozent in *PUBLIK*. Auch die instrumentellen Interessen überschneiden sich weitgehend – Löhne wurden intern etwas stärker betont, öffentliche Daseinsvorsorge und Investitionen dagegen extern. Extern wurden ferner die Auswirkungen auf Deutschland anders *geframet* als intern.

Während in *PUBLIK* berichtet wurde, dass Deutschland als Exportnation am meisten von der Währungsunion profitiert habe und negative Auswirkungen der Krise auf Deutschlands Exporte etwa nach Südeuropa zu erwarten seien, fokussierten die Pressemitteilungen auf den Wettbewerbsdruck, den die Absenkungen der Löhne und die Schwächungen der Arbeitnehmerrechte in den Programmstaaten zukünftig auf Deutschland ausüben würden, und am Rande auf die Krisenpolitik als Investitions- und Wachstumsbremse für Deutschland. In der instrumentellen Diagnose der Einschränkung von Gewerkschaftsrechten wies eine der ersten Pressemitteilungen zur Eurokrise darauf hin, dass europäische Regierungen fast ausnahmslos „drakonische Maßnahmen an[ordnen], ohne auch nur einen Versuch zu unternehmen, Alternativen zu finden oder ernsthaft mit den Gewerkschaften zu verhandeln, die diese Arbeitnehmer vertreten.“⁴²⁷ Schließlich wurde unter Gemeinwohlinteressen abgesehen von Demokratie und sozialen Standards der soziale Zusammenhalt in Gefahr gesehen. Intern wurde dieser *Frame* nicht benutzt – in den Pressemitteilungen aber auch lediglich zweimal (s. [Tabelle 26](#)).

Das prognostische *Framing* der Öffentlichkeitsarbeit gegenüber der EU bzw. den Programmstaaten zeigt ebenfalls keine grundlegenden Differenzen zu *PUBLIK*: Ein europäisches Investitionsprogramm, Finanzmarktregulierung, Eurobonds, eine demokratisch zu legitimierende europäische Wirtschaftsregierung – wobei hierfür, anders als intern und auch nur einmal, eine Grundgesetzänderung zugunsten einer tieferen europäischen Integration der Steuer- und Sozialpolitik gefordert wurde⁴²⁸ – und eine neue identitätsstiftende Idee für Europa waren auch hier die meistgenannten *Frames*. Auffällig ist, dass ver.di den gewerkschaftlichen „Marshallplan“ in den Pressemitteilungen häufiger anbrachte als in der internen Kommunikation. In *PUBLIK* finden sich lediglich zwei Verweise vor der Europawahl 2014 auf den „Investitionsplan“,⁴²⁹ der Begriff „Marshallplan“ kommt nicht vor. Dagegen wurde der „Marshallplan“ ab Juni 2011 in sechs Presseaussendungen thematisiert und in fünf davon auch so genannt.⁴³⁰ Allerdings blieb es jeweils bei dem Schlagwort und der Forderung nach einem Investitionsprogramm bzw. dem Ende der Sparpolitik, in keinem Fall wurde der Plan eines Fonds aus einer Vermögensabgabe und Zinszahlungen aus einer Finanztransaktionssteuer näher erläutert. Zum „Marshallplan“ gab es keine eigene ausführliche Pressemitteilung. Nur in einem Fall wurde über das Schlagwort „Marshallplan“ hinaus darauf hingewiesen, dass es sich dabei um einen

⁴²⁷ Vgl. Ver.di (2010): Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern die Finanzminister auf, sich für die sozialen Kosten der Kürzungen im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen. Pressemitteilung vom 16.06.2010.

⁴²⁸ Vgl. Ver.di (2011): Bsirske mahnt „Rückkehr des Sozialen“ an und fordert dazu eine neue Architektur der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mehr Europa – Dafür soll die deutsche Verfassung geändert werden. Pressemitteilung vom 20.09.2011.

⁴²⁹ Vgl. *PUBLIK*, 2/2014, Politik: Demonstration in Brüssel; *PUBLIK*, 3/2014, Spezial Europawahl.

⁴³⁰ Vgl. Ver.di (2011): Bsirske: Falsche Krisenpolitik erdrosselt Griechenland und gefährdet den gemeinsamen Währungsraum. Pressemitteilung vom 10.06.2011; Ver.di (2011): ver.di fordert gemeinsame europäische Politik zur Überwindung der Finanzkrise. Pressemitteilung vom 13.07.2011; Ver.di (2011): Bsirske mahnt „Rückkehr des Sozialen“ an und fordert dazu eine neue Architektur der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mehr Europa – Dafür soll die deutsche Verfassung geändert werden. Pressemitteilung vom 20.09.2011; Ver.di (2012): Bsirske: Fiskalpakt-Politik ist eine tickende Zeitbombe für Europa – Arbeitnehmerrechte verteidigen, Niedriglohnbereich zurückdrängen, allgemeinen Mindestlohn einführen. Pressemitteilung vom 1.05.2012; Ver.di (2013): Ein anderes Europa ist möglich – ver.di unterstützt Alternativgipfel in Athen. Pressemitteilung vom 5.06.2013; Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“. Presstext vom 2.11.2012.

ausgearbeiteten Vorschlag des DGB handle.⁴³¹ Ein nicht näher konkretisiertes Investitionsprogramm wurde in weiteren sechs Pressemitteilungen gefordert, sodass dieser *Frame* insgesamt auf zwölf Nennungen kommt.⁴³²

Die prognostischen *Frames* zu instrumentellen Mitgliederinteressen zeigen wiederum die gleiche Umkehrung gegenüber *PUBLIK* wie auf der diagnostischen Ebene: Intern wurden Löhne häufiger thematisiert als öffentliche Daseinsvorsorge bzw. Investitionen, in den Pressemitteilungen verhielt es sich umgekehrt. Die Beteiligung Vermögender an den Krisenkosten und Arbeitnehmerrechte komplettieren extern wie intern die vier meistverwendeten prognostischen *Frames* zu instrumentellen Interessen. In *PUBLIK* wurden alle weiteren *Frames* dieser Kategorie nur einmal verwendet, in den Pressemitteilungen wurden die soziale Absicherung der Beschäftigten (drei), die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns (drei) und die berufliche Anerkennung (zwei) noch mehrfach genannt.

Dem prognostischen *Framing* von Gemeinwohlinteressen räumten die Pressemitteilungen mehr Raum ein als *PUBLIK* (10,4 Prozent zu 7,1 Prozent des jeweiligen gesamten *Framings*). Zwei *Frames* wurden jeweils fünfmal genannt: soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Demgegenüber wurden 33 Bezüge zu instrumentellen Interessen gezählt. Auch der zweite Teil der beobachtbaren Implikation muss damit zurückgewiesen werden: Instrumentelle Interessen überwiegen Gemeinwohlinteressen deutlich, hier ist – anders als weiter oben beim Verhältnis von prognostischen zu diagnostischen *Frames* insgesamt – außerdem mit 33 zu 10 in den Pressemitteilungen im Vergleich zu 22 zu 6 in *PUBLIK* ein ähnlich klares Verhältnis zwischen prognostisch instrumentell und prognostisch Gemeinwohl zu beobachten (3,3:1 versus 3,7:1). Dafür wurden in acht der 24 Presseaussendungen Solidaritätsbezüge hergestellt, in *PUBLIK* war dies in 54 Artikeln nur viermal der Fall. Sieben dieser acht Verweise auf Solidarität haben eine transnationale bzw. europäische Dimension, einer bezieht sich auf die mit „Occupy“ geteilten Ziele der Finanzmarktregulierung.

In der ersten Pressemitteilung zur Eurokrise, deren Hauptthema die Situation in Griechenland war, wurde Frank Bsirske mit einer Solidaritätsbotschaft zu einem Generalstreik zitiert: „Wir sind an der Seite der griechischen Beschäftigten, wenn sie sich am 24. Februar gegen die aufgezwungenen Maßnahmen und die Eingriffe in ihre Tarifverträge wehren.“⁴³³ Darüber hinaus finden sich noch zwei weitere Solidaritätsbekundungen gegenüber Griechenland in den Pressemitteilungen.⁴³⁴ Ansonsten ist die Solidarität weiter

⁴³¹ Vgl. Ver.di (2013): Ein anderes Europa ist möglich – ver.di unterstützt Alternativgipfel in Athen. Pressemitteilung vom 5.06.2013.

⁴³² Vgl. Ver.di (2010): Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern die Finanzminister auf, sich für die sozialen Kosten der Kürzungen im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen. Pressemitteilung vom 16.06.2010; Ver.di (2011): Griechenland darf nicht totgespart werden. Pressemitteilung vom 21.10.2011; Ver.di (2011): Bsirske: Merkel verschärft die Krise und spaltet Europa. Pressemitteilung vom 9.12.2011; Ver.di (2012): Europäischer Aktionstag: Post-Betriebsräte demonstrieren in Dresden. Pressemitteilung vom 13.11.2012; Ver.di (2012): Schuldenabbau und Wachstum nur mit Steuergerechtigkeit und Investitionen. Pressemitteilung vom 14.11.2012; Ver.di (2014): ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zum „Tag der Arbeit“: „Am 25. Mai für einen Kurswechsel in Europa stimmen“. Pressemitteilung vom 1.05.2014.

⁴³³ Vgl. Ver.di (2010): ver.di prangert falsche EU-Politik gegenüber Griechenland an. Pressemitteilung vom 16.02.2010.
⁴³⁴ Vgl. Ver.di (2011): Bsirske: Falsche Krisenpolitik erdrosselt Griechenland und gefährdet den gemeinsamen Währungsraum. Pressemitteilung vom 10.06.2011; Ver.di (2011): Griechenland darf nicht totgespart werden. Pressemitteilung vom 21.10.2011.

gefasst auf „streikende Kolleginnen und Kollegen in Spanien, Portugal, Griechenland und Italien und [alle] anderen Arbeitnehmerinnen und [Arbeitnehmer], die sich gegen den massiven Angriff auf Mindestlöhne, Tarifverträge, Sozialsysteme und Gewerkschaftsrechte in Europa wehren“ anlässlich des „europäischen Generalstreiks“⁴³⁵ und im Rahmen des „Alter Summit“ als „Zeichen der Solidarität mit den Lohnabhängigen, insbesondere Südeuropas.“⁴³⁶ Die einzige konkrete Solidaritätsaktion, die sich in den Pressemitteilungen findet, ist eine Demonstration von 650 Betriebsräten der Deutschen Post, die am Rande einer Betriebsratskonferenz in Dresden am Tag des „europäischen Generalstreiks“ im November 2012 stattfand.⁴³⁷ Auch die letzte Pressemitteilung zur Eurokrise behandelte Griechenland und beschwor weiterhin den grenzüberschreitenden gemeinsamen Widerstand, der bis dahin nicht zustande gekommen war: „Wir müssen über Ländergrenzen hinweg gemeinsam für ein demokratischeres und sozialeres Europa kämpfen.“⁴³⁸ Dort wurde auch auf eine Resolution des DGB-Bundesvorstands zur Wahl in Griechenland mit der Forderung nach „Alternativen zur Austeritätspolitik“ verwiesen.⁴³⁹

Insgesamt müssen beide Erwartungen der beobachtbaren Implikation zurückgewiesen werden: In ver.di's Öffentlichkeitsarbeit überwog – wenn auch nur knapp – diagnostisches *Framing* gegenüber prognostischem *Framing*, auf prognostischer Ebene wurden instrumentelle Mitgliederinteressen deutlich stärker betont als Gemeinwohlinteressen. Dies legt nahe, dass ver.di es auch gegenüber der Öffentlichkeit als erforderlich ansah, zunächst „counterframing“ gegen dominante Diskursstränge der Bundesregierung und einiger Medien zu unternehmen. Gleichwohl ist in den Presseaussendungen ein ähnlich hoher Anteil prognostischer *Frames* zu beobachten. Auch wenn Gemeinwohlinteressen das prognostische *Framing* nicht bestimmten, so waren sie doch in eine etwas gemeinwohlkompatiblere Richtung instrumenteller Interessen (öffentliche Daseinsvorsorge wird häufiger genannt als Löhne) und vor allem in eine stärkere Betonung der *Frames* sozialer Gerechtigkeit und Demokratie sowie in mehr Bezüge zu europäischer Solidarität eingebettet.

Ein abschließendes Beispiel soll das Argument eines erkennbaren Bemühens ver.di's um eine Fundierung ihrer Interessenvertretung im Allgemeinwohl unterfüttern: In der Pressemitteilung anlässlich des Fiskalpakts 2012 ließ sich Frank Bsirske mit folgendem sozialen Universalanspruch zitieren, nachdem er die Notwendigkeit starker Gewerkschaften in Deutschland herausgestellt hatte, um die Politik „unter Zugzwang“ zu setzen:

⁴³⁵ Vgl. Ver.di (2012): Schuldenabbau und Wachstum nur mit Steuergerechtigkeit und Investitionen. Pressemitteilung vom 14.11.2012. S. zur Solidaritätsbekundung zum „Europäischen Generalstreik außerdem Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“.

⁴³⁶ Vgl. Ver.di (2013): Ein anderes Europa ist möglich – ver.di unterstützt Alternativgipfel in Athen. Pressemitteilung vom 5.06.2013.

⁴³⁷ Vgl. Ver.di (2012): Europäischer Aktionstag: Post-Betriebsräte demonstrieren in Dresden. Pressemitteilung vom 13.11.2012.

⁴³⁸ Vgl. Ver.di (2015): Griechenland braucht eine Alternative zur zerstörerischen Sparpolitik – ver.di-Vorsitzender fordert Kurswechsel für Europa. Pressemitteilung vom 15.02.2015.

⁴³⁹ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2015): Resolution: Für einen Kurswechsel in Griechenland und Europa.

„Wir stehen für fundamentale moralische Werte in unserer Gesellschaft, für soziale Gerechtigkeit, für gegenseitigen Respekt, für die Würde des Menschen, in der Arbeit und im Alter, stehen für die Interessen auch der Jungen, in Bildung und Ausbildung, und streiten für die Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung in möglichst gesicherte und unbefristete Arbeitsverhältnisse.“⁴⁴⁰

Im Presstext zu den wenig später startenden „Drei-Länder-Wochen“ rekurrierte ver.di nicht auf ihre Mitglieder und deren Interessen, sondern stellte eine repräsentative Umfrage vor, über die eine Legitimierung der gewerkschaftlichen Initiative gesucht wurde: Die Antworten der Befragten bestätigten ver.dis *Framing*, dass die Kosten der Krise ungleich verteilt seien, dass Vermögende stärker zur Finanzierung herangezogen werden sollten über Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung, dass Investitionen in Wachstum, Beschäftigung und Bildung getätigt werden sollten, dass Lohnkürzungen und Einsparungen bei Sozialleistungen keine probate Krisenpolitik darstellten, dass Finanzmärkte strenger reguliert und die EU-Institutionen demokratischer werden müssten.⁴⁴¹ Diese Bezüge auf das Gemeinwohl und die öffentliche Meinung lassen sich als Erschließung von Diskursmacht einordnen und sind ein weiteres Indiz dafür, dass ver.di eher auf Diskursbeiträge fokussierte als auf die Mobilisierung einer Organisationsmacht als Gegenmacht zu Bundesregierung und Krisenpolitik.

Die Dominanz instrumenteller Interessen gegenüber Gemeinwohlinteressen auf der prognostischen Ebene lässt sich auch dahingehend interpretieren, dass sich ver.dis Medienarbeit nicht nur an die Öffentlichkeit richtete, sondern auch an die ver.di-Mitglieder, indem eine Medienberichterstattung erreicht werden sollte, die aktuellen und potentiellen Mitgliedern die Verfolgung ihrer instrumentellen Interessen vermittelte (Berkhout 2013: 235). Dies würde den Fokus auf instrumentelle Interessen erklären, zu erwarten wäre dann aber insbesondere auch, dass ver.di den Mitgliedern die „efficacy“ ihrer Interessenvertretung demonstrieren möchte. Dazu hätte mehr Gewicht auf Gewerkschaftsaktionen und Gewerkschaftserfolge sowie günstige politische Gelegenheiten gelegt werden müssen, was nicht der Fall war: Entsprechende *Frames* waren in *PUBLIK* etwas stärker präsent als in den Pressemitteilungen (s. Tabelle 27).

⁴⁴⁰ Vgl. Ver.di (2012): Bsirske: Fiskalpakt-Politik ist eine tickende Zeitbombe für Europa – Arbeitnehmerrechte verteidigen, Niedriglohnbereich zurückdrängen, allgemeinen Mindestlohn einführen. Pressemitteilung vom 1.05.2012.

⁴⁴¹ Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): Instrumente gegen die Krise. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Deutschland.

Tabelle 27. **Vergleich: Internes versus externes Framing**

<u>Framing</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>		<u>% Framing</u>	
Diagnostisches Framing					
- Krisenursachen	9	9,1	(17,1)	4,1	(9,7)
- Krisenfolgen	70	70,7	(65,9)	31,8	(37,5)
- Instrumentelle Interessen	16	16,2	(15,3)	7,3	(8,7)
- Gemeinwohlinteressen	4	4,0	(1,8)	1,8	(1,0)
	99	100		45,0	(56,9)
Prognostisches Framing					
- EU/Programmstaaten	46	47,4	(62,4)	20,9	(17,7)
- Instrumentelle Interessen	33	34,0	(25,9)	15,0	(7,4)
- Gemeinwohlinteressen	10	10,3	(7,1)	4,5	(2,0)
- Solidarität	8	8,2	(4,7)	3,6	(1,3)
	97	100		44,1	(28,4)
Motivierendes Framing					
- Gewerkschaftsaktion	20	83,3	(70,5)	9,1	(10,4)
- Aufruf Beteiligung	2	8,3	(20,4)	0,9	(3,0)
- Politische Gelegenheit	2	8,3	(9,1)	0,9	(1,3)
	25	100		10,9	(14,7)
	220			100	

Tabelle 27: Häufigkeiten der *Framing*-Kategorien in den 23 Pressemitteilungen von ver.di zur Eurokrise und dem Presstext zu den „Drei-Länder-Wochen“. In Klammern die jeweiligen Prozentwerte der 54 allgemeinen Artikel zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Beobachtbare Implikation 13

Ver.di unterstreicht in ihrer Medienarbeit ihre Bereitschaft zu Bündnissen, indem sie vis-à-vis europäischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren gleiche Interessen herausstellt und ihre Interessenvertretung in eine gesellschaftliche Bewegung gegen die Auswirkungen der Krisenpolitik einbettet.

In den Presseaussendungen zur Eurokrise finden sich insgesamt sechs Hinweise auf Bündnisse bzw. Kooperationen. In drei Fällen handelt es sich um transnationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit, in drei um gesellschaftliche Bündnisse. Eine Pressemitteilung aus dem frühen Stadium der Eurokrise vereinte beide Ebenen: Der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst verschickte im Sommer 2010 einen Aufruf an die Staats- und Regierungschefs der EU zur Verteidigung der öffentlichen Dienste, der die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Sparpolitik anprangerte und den ver.di unterstützte. In der Pressemitteilung dazu wies ver.di auf die Notwendigkeit einer gerechten Steuerpolitik hin, zu der auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gehöre,

für die ver.di im Rahmen des Bündnisses „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ auf die Straße gegangen sei.⁴⁴²

Dieses Ziel teilte ver.di mit „Occupy“: In der zum Auftakt von „Occupy“ in Deutschland veröffentlichten Pressemitteilung äußerte die ver.di-Vorständin Beate Mensch, ver.di teile die Forderungen der Protestierenden nach Finanzmarktregulierung und wolle die „Kultur der Maßlosigkeit“ in den Chefetagen der Banken beendet sehen.⁴⁴³ Sympathie mit den gesellschaftlichen Protesten bekundete auch der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik bei ver.di Dierk Hirschel öffentlich – würden die Proteste stärker, könnte „ein Politikwechsel erzwungen werden“.⁴⁴⁴ Von einem Beteiligungsaufruf bzw. einer Beteiligung von ver.di und ihren Mitglieder war in beiden Fällen keine Rede. Zu „Blockupy“ gab ver.di keine Pressemitteilung heraus, die beiden übrigen Verweise auf gesellschaftliche Kooperation finden sich in Pressemitteilungen zum Aufruf „Europa neu begründen“ und zur Teilnahme ver.di am „Alter Summit“. Neben der bereits vorgestellten inhaltlichen Positionierung plädierte der Aufruf „Europa neu begründen“ für „eine europäische soziale Bürgerbewegung, die gegen die desaströse und selbstzerstörerische Krisenpolitik und für einen radikalen Politikwechsel antritt“. Wie diese Bewegung entstehen und strategisch vorgehen sollte, wurde nicht konkretisiert, stattdessen wurde im nächsten Satz ausgeführt, was der Beitrag des deutschen Parlaments sein sollte: „Ein erster Schritt auf diesem Weg muss die Ablehnung der vorliegenden Fassung des Fiskalpakts – auch durch den Deutschen Bundestag – sein.“⁴⁴⁵ Außer der Möglichkeit, den Aufruf online zu unterzeichnen, wurden keine Beteiligungsmöglichkeiten oder weiteren Aktivitäten des Bündnisses expliziert, sodass unter dem Strich schwerlich von einer Bewegung gesprochen werden kann. In den Jahren 2013 und 2015 veröffentlichte „Europa neu begründen“ weitere Aufrufe zum „Alter Summit“ und den Wahlen in Griechenland, später auch zur Flüchtlingspolitik.⁴⁴⁶ Im Fall des „Alter Summit“ betonte ver.di in der Pressemitteilung zu ihrer Teilnahme die breite Basis der Initiative von 140 Organisationen „aus nahezu allen Staaten der Europäischen Union“, das Ziel, die „Kräfte in Europa [zu] bündeln, die in Opposition zur herrschenden EU-Politik stehen“ und die Teilnahme von Gewerkschaften und Bewegungen aus Deutschland.⁴⁴⁷ In der Folge verließ ver.di das Bündnis aber bald, da ihr die diskursive Basisdemokratie als ineffektiv erschien (Zajak et al. 2018).

Schließlich zählen zur zwischengewerkschaftlichen Kooperation die „Drei-Länder-Wochen“ und der „europäische Generalstreik“ im November 2012. Die „Drei-Länder-Wochen“ beschränkten die transnationale Zusammenarbeit auf jeweils eine Gewerkschaft aus Österreich und der Schweiz und verfolgten das vergleichsweise bescheidene Ziel, Öffentlichkeit und Beschäftigte über die Ursachen der aktuellen Staatsverschuldung

⁴⁴² Vgl. Ver.di (2010): Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern die Finanzminister auf, sich für die sozialen Kosten der Kürzungen im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen. Pressemitteilung vom 16.06.2010.

⁴⁴³ Vgl. Ver.di (2011): Banken-Demonstrationen: Konzernvorstände in die Verantwortung nehmen. Pressemitteilung vom 10.11.2011.

⁴⁴⁴ Vgl. Hollstein, Miriam (2011): Warum in Deutschland kaum jemand auf die Straße geht. *Die Welt*, 13.10.2011.

⁴⁴⁵ Vgl. Ver.di (2012): „Europa neu begründen“ – Wissenschaftler und Gewerkschafter für ein anderes Europa und gegen die selbstzerstörerische Politik des Fiskalpakts. Pressemitteilung vom 28.03.2012.

⁴⁴⁶ Vgl. www.europa-neu-begrunden.de/ [30.07.2021].

⁴⁴⁷ Vgl. Ver.di (2013): Ein anderes Europa ist möglich – ver.di unterstützt Alternativgipfel in Athen. Pressemitteilung vom 5.06.2013.

aufzuklären. Im Presstext hierzu wurde keine Verbindung zum gesellschaftlichen Bündnis „Umfairteilen“ hergestellt, das zeitgleich agierte und ebenfalls eine Vermögensbesteuerung anstrebte. Der Presstext stellte die „Drei-Länder-Wochen“ zwar in den Kontext der gewerkschaftlichen Proteste gegen die Krisenpolitik, kam in der Praxis aber nicht über eine Solidaritätsbekundung für die streikenden Gewerkschaften und Beschäftigten in den Programmstaaten anlässlich des wenig später anstehenden „europäischen Generalstreiks“ hinaus.⁴⁴⁸ Diese Aktion des EGB unterstützte ver.di mit einer weiteren Pressemitteilung, die den Generalstreik als gemeinsame Aktion des EGB herausstellte, aber ebenfalls nicht über eine punktuelle Solidaritätsadresse hinausreichte.⁴⁴⁹

Insgesamt decken sich die Positionen ver.dis zur Krisenpolitik mit denen europäischer Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher Bewegungen. Über Solidaritätsbekundungen hinaus ist allerdings kein Versuch ver.dis zu erkennen, sich in eine gesellschaftliche Bewegung zu integrieren oder auch nur die Bereitschaft zu entsprechenden Bündnissen zu signalisieren. Die Initiative „Europa neu begründen“ entfaltete keine erkennbare Aktivität, eine solche wurde auch in der Medienarbeit nicht behauptet. Dies fügt sich in das generelle Bild, dass gewerkschaftlicher politischer Protest in Deutschlands korporatistischem Umfeld wenig Tradition hat. Schon in der Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre wurden die deutschen Gewerkschaften als protestfern kritisiert (Streeck 1991: 318 f.; Silvia 2013). Eine Ausnahme bildeten ab 2003 die Großdemonstrationen gegen die Agenda 2010, zu denen auch Gewerkschaften aufriefen und die mit 500.000 Teilnehmern in vier Städten die größte sozialpolitische Mobilisierung in 50 Jahren darstellten (Nachtwey 2016: 190 f.; Upchurch et al. 2009: 530 ff.). Davon waren ver.di und die deutschen Gewerkschaften bereits in der Finanzkrise deutlich und in der Eurokrise noch weiter entfernt.

6.3 Einordnung

Die Empirie bestätigt hauptsächlich die Erwartung an das „counterframing“ sowohl gegenüber den ver.di-Mitgliedern als auch gegenüber der Öffentlichkeit. Wie erwartet verstärkte ver.di außerdem die europapolitische Information ihrer Mitglieder und verknüpfte die Krisenpolitik mit instrumentellen Interessen – die auf prognostischer Ebene einen höheren Anteil am *Framing* erreichten als auf diagnostischer Ebene, jeweils aber hinter Kritik und politischen Alternativen für Europa und die Programmstaaten zurückstanden. Auch das motivierende *Framing* nahm wie erwartet über den Verlauf der Eurokrise bis zur Europawahl insgesamt zu, allerdings blieb es bei einem überschaubaren Umfang und erreichte bereits 2012 seinen Höhepunkt – dem Jahr, in dem ver.di die größte

⁴⁴⁸ Vgl. Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“. Presstext vom 2.11.2012.

⁴⁴⁹ Ver.di (2012): Schuldenabbau und Wachstum nur mit Steuergerechtigkeit und Investitionen. Pressemitteilung vom 14.11.2012.

Aktivität zur Krisenpolitik entfaltete. Nationale Kampagnen mit vergleichbaren politischen Forderungen blieben in *PUBLIK* ohne Europabezüge. Solidarität als gewerkschaftlicher „master frame“ findet sich in *PUBLIK* kaum. Sowohl in der internen als auch in der externen Kommunikation wurde wenig Bezug auf Organisations- und Kooperationsmacht genommen, mit „counterframing“ und Gemeinwohlbezügen zu Gerechtigkeit stand Diskursmacht klar im Fokus. Damit fanden hauptsächlich die beobachtbaren Implikationen zu diagnostischem und prognostischem *Framing* empirische Unterstützung (s. Tabelle 28).

Tabelle 28. **Beobachtbare Implikationen: Empirische Ergebnisse**

<u>Beobachtbare Implikation</u>	<u>Empirie</u>	<u>Qualifikation</u>
<u>Interne Kommunikation</u>		
1 Verstärkung europapolitische Information	Bestätigung	
2 „Counterframing“ Ursachen / Folgen	Bestätigung	
3 Verknüpfung mit Interessen	Bestätigung	
4a Klare Botschaften politischer Alternativen	Bestätigung	
4b Verknüpfung Interessen – Alternativen	Ablehnung	Interessen prognostisch > diagnostisch
5 Betonung Interessengleichheit, Solidarität	Ablehnung	
6 Europabezug nationaler Kampagnen	Ablehnung	
7 Mobilisierung nimmt im Zeitverlauf zu	[Ambivalent]	Zunahme, aber < allgemeine EU-Artikel
8 Aufrufe zu gesellschaftlichen Protesten	Ablehnung	
9 Geringe regionale Bedeutung der Eurokrise	Bestätigung	Drei Bezirke etwas aktiv, Rest inaktiv
<u>Externe Kommunikation</u>		
10 Scharfe Kritik an Bundesregierung	Ablehnung	Kritik scharf, aber Fokus auf EU
11 Mobilisierungspotential	Ablehnung	
12 Fokus auf Lösungen + Gemeinwohl	Ablehnung	Lösungen fast gleichauf mit Kritik
13 Signalisierung Bündnisbereitschaft	Ablehnung	

Tabelle 28: Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse zu den beobachtbaren Implikationen.

Die untersuchten Artikel zur Eurokrise bilden eine kleine Grundgesamtheit. Die Eurokrise hat außerdem als Fallbeispiel für die europapolitische Interessenbildung und -mobilisierung der ver.di-Mitglieder ihre Tücken: Das Thema ist – wie sich auch an der Vielzahl der Dimensionen des „counterframing“ in *PUBLIK* zeigt, sehr komplex, außerdem ist die (instrumentelle) Betroffenheit der Mitglieder vielleicht eher theoretisch konstruiert als tatsächlich empirisch gegeben. Daher wird ver.di's *Framing*-Angebot in der Eurokrise im Folgenden mit dem Angebot zu anderen (europa)politischen Themen und Mobilisierungen im etwa gleichen Zeitraum verglichen. Außerdem wird eine kursorische Gegenüberstellung der Gewichtung der Eurokrise in *PUBLIK* und in der *metallzeitung*, der

Mitgliederzeitung der IG Metall, unternommen, um den Vergleich der Befassung der beiden entscheidenden DGB-Gewerkschaften mit der Eurokrise weiter zu vertiefen.

Diese Einbettung der Ergebnisse zur Eurokrise soll die Aussagekraft nicht nur der bisher vorgestellten Ergebnisse, sondern auch des theoretischen und empirischen Untersuchungsansatzes erhöhen: Inwiefern gelten die theoretisch abgeleiteten Implikationen für andere politische Aktivitäten ver.di und inwieweit können Gewerkschaftszeitungen über Interessenbildungs- und Mobilisierungsphasen Auskunft geben? Das in der Folge verglichene *Framing* ver.di entstammt den bereits weiter oben angerissenen Gewerkschaftskampagnen in Reaktion auf die Finanzkrise „Gerecht geht anders“ (2010) und „Umfairteilen“ (2012) und den europapolitischen Kampagnen der EBI „right2water“ (2013/2014) und gegen die geplanten EU-Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada (2014 bis 2016). Die Untersuchung dieser Mobilisierungsepisoden im nationalen Mantel und auf den Regionalseiten von *PUBLIK* soll Aufschluss geben, inwieweit die ver.di-Mitgliederzeitung in diesen Fällen motivierendes *Framing* betrieben hat und ob bzw. wie sich jeweils die Qualität der regionalen thematischen Befassung und Mobilisierung änderte. Um den Krisenkontext auf europäischer Ebene zu vertiefen, wird aber zunächst die *PUBLIK*-Berichterstattung zur Finanzkrise mit Bezug zu politischen Reaktionen bzw. Lösungen auf EU-Ebene zwischen 2008 und dem Beginn der Eurokrise 2010 dargestellt. Hier wird unterstellt, dass die ver.di-Mitglieder stärker in ihren instrumentellen Interessen betroffen waren als in der Eurokrise und diese Interessen folglich intensiver angesprochen und mobilisiert wurden als in der Eurokrise.

6.3.1 Krisen- und Mobilisierungsepisoden in *PUBLIK*

Der EU-Bezug der Finanzkrise

Zwischen dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise im Herbst 2008 und dem Beginn der Eurokrise 2010 finden sich in *PUBLIK* lediglich fünf Artikel, deren inhaltlicher Schwerpunkt die Reaktion der europäischen Ebene auf die Finanzkrise war. Die Berichterstattung nahm ihren Auftakt aber schon Anfang 2008, als faule Immobilienkredite den US-amerikanischen Bankensektor in Bedrängnis brachten. Zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte *PUBLIK* nicht nur Berichte über die Situation in den USA und mögliche Konsequenzen für Deutschland, sondern auch schon einen Meinungsbeitrag zur zinspolitischen Reaktion der EZB.⁴⁵⁰ Nimmt man außerdem zwei Artikel zur europäischen Finanzmarktregulierung aus den Jahren 2011 und 2012 hinzu, vergrößert sich die Grundgesamtheit auf acht Artikel, deren Gewicht 27 beträgt.⁴⁵¹ Im Vergleich dazu veröffentlichte *PUBLIK* im nationalen Mantel 61 Artikel zur Finanzkrise mit nationalem Bezug (ohne „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“) mit einem Gesamtgewicht von 187, außerdem 19

⁴⁵⁰ Vgl. *PUBLIK*, 1+2/2008, Meinung: Abwarten ist gefährlich.

⁴⁵¹ Eine Titelseite, eine Sonderbeilage, zwei Meinungsbeiträge, ein Bericht und drei Kurzmeldungen.

Länderberichte zur Finanzkrise mit einem Gesamtgewicht von 41 und elf Artikel mit Bezug zur internationalen Politikebene (z.B. G20) und einem Gesamtgewicht von 27.

Tabelle 29. **Europabezug der Finanzkrise: Framing**

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>19</u>		<u>34,5</u>
Instrumentelle Interessen	18	94,7	32,7
Spekulation / Deregulierung	5	27,8	
Beschäftigung	3	16,7	
Konjunkturprogramme unzureichend	2	11,1	
Druck auf Löhne	2	11,1	
EU: Dominanz Wirtschaftsinteressen	1	5,6	
Rechtsprechung zu arbeitgeberfreundlich	1	5,6	
Umverteilung von unten nach oben	1	5,6	
Junge Generation abgehängt	1	5,6	
Ratingagenturen nicht unabhängig	1	5,6	
Politik ignoriert Probleme	1	5,6	
Gemeinwohlinteressen	1	5,3	1,8
Öffentliches Ansehen der EU	1	100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>26</u>		<u>47,3</u>
Instrumentelle Interessen	18	69,2	32,7
Finanzmarktregulierung	5	27,8	
Ausbau Konjunkturprogramme	5	27,8	
Gerechte Lastenverteilung	4	22,2	
Arbeitnehmerrechte stärken	3	16,7	
Zinspolitik antizyklisch	1	5,6	
Gemeinwohlinteressen	5	19,2	9,1
Soziales Europa	3	60,0	
Steuergerechtigkeit	1	20,0	
Politik für Menschen, nicht für Wirtschaft	1	20,0	
Solidarität	3	11,5	5,5
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>10</u>		<u>18,2</u>
Gewerkschaftsaktion	6	60,0	10,9
Demonstration	2	33,3	
Transnationales Bündnis	2	33,3	
Ver.di-Vorschlag	2	33,3	
Aufruf Beteiligung	2	20,0	3,6
Politische Gelegenheit	2	20,0	3,6
Europawahl	1	50,0	
Demonstrieren einzige Möglichkeit	1	50,0	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>55</u>		<u>100</u>

Tabelle 29: Häufigkeiten und prozentuale Anteile im *Framing* der acht Artikel zur Finanzkrise mit EU-Bezug im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Die geringe Gewichtung des EU-Bezugs überrascht dahingehend, dass die Reaktion der EU auf die Finanzkrise zentrale instrumentelle Interessen der ver.di-Mitglieder berührte: Die EU verabschiedete einen keynesianischen „Economic Recovery Plan“ und diskutierte eine strengere Finanzmarktregulierung, um ähnlichen Krisen vorzubeugen. Angesichts dieser Politik der europäischen Ebene kann zumindest erwartet werden, dass in *PUBLIK* eine Interessenbildung beobachtet werden kann, die diese Interessen betont und die ver.di-Mitglieder dafür mobilisiert.

Auf diagnostischer Ebene wurden in den acht Artikeln fast ausschließlich instrumentelle Interessen angesprochen (94,7 Prozent), die einzige Nennung eines Gemeinwohl-*Frames* findet sich in der Argumentation, ihre neoliberale Politik schade dem öffentlichen Ansehen der EU. Die instrumentelle Diagnose fokussierte auf die Deregulierung der Finanzmärkte, die Banken schädliche Spekulationsgeschäfte zu einfach gemacht habe, und die wirtschaftlichen Konsequenzen der Finanzkrise für Beschäftigung, Konjunktur und Löhne. Die Konjunkturprogramme der EU wurden als unzureichend kritisiert. Mit sechs *Frames*, die jeweils nur einmal genannt wurden, ist eine Fragmentierung des diagnostischen *Framings* festzustellen, die sich auf der prognostischen Ebene aber nicht fortsetzt. Dort war das *Framing* – anders als in der Eurokrise – sehr pointiert, indem es auf strengere Finanzmarktregulierung, die Ausweitung der Konjunkturprogramme, gerechte Lastenverteilung und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten zielte (s. [Tabelle 29](#)). Damit wurden die Gemeinwohlinteressen eines „sozialen Europas“, Steuergerechtigkeit und Politik, die sich vorrangig um das Wohl der Bevölkerung statt um die Interessen der Wirtschaft kümmern sollte, verbunden. Beispielhaft dafür steht ein Meinungsbeitrag des damaligen EGB-Funktionärs und späteren DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, der das EU-Konjunkturprogramm zwar lobte, den finanziellen Rahmen aber skeptisch einschätzte und die gewerkschaftliche Kritik an der Deregulierung der Finanzmärkte ergänzte um eine Zurückweisung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs, die ihrerseits die europäische Deregulierung der Arbeitsmärkte vorangetrieben hätten. In diesen Kontext stellte Hoffmann Forderungen nach einer Reform der Entsenderichtlinie und der Einführung eines sozialen Fortschrittsprotokolls.⁴⁵²

Auf der motivierenden Ebene sind eine Titelseite und eine *PUBLIK*-Extraausgabe hervorzuheben, die im Vorfeld des „European Action Day“ des EGB Mitte Mai 2009 zur Teilnahme an der Demonstration in Berlin aufriefen. Die Titelseite und der Aufruf in der Extraausgabe wurden von Frank Bsirske verfasst, die Extraausgabe erklärte Demonstrieren zur einzigen Möglichkeit angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Krise und der ungenügenden politischen Reaktion auf die Exzesse der Finanzmärkte. Interessant daran ist, dass *PUBLIK* und Bsirske trotz der damaligen sozialpartnerschaftlichen Beteiligung der DGB-Gewerkschaften am nationalen Krisenmanagement bereits seit Herbst 2008 eine konfliktorientierte Rhetorik praktizierten, die in dieser Mobilisierung für eine Outsiderstrategie gipfelte. Bsirske verwies in seinem Aufruf auf ein detailliertes Konzept von ver.di für ein drittes Konjunkturpaket und stellte damit im Wesentlichen auf die Situation in Deutschland ab, obwohl es sich um einen europäischen Aktionstag handelte. Am Rande

⁴⁵² Vgl. *PUBLIK*, 3/2009, Meinung: Gute Absichten reichen nicht.

erwähnte er die anstehenden Europawahlen, den Vorrang von Arbeitnehmerrechten gegenüber Marktfreiheiten und den zu erkämpfenden europäischen Grundsatz gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort.⁴⁵³ Zu den Europawahlen 2009 stand die Finanzkrise – ähnlich wie die Eurokrise in der Sonderbeilage 2014 – in der Berichterstattung von *PUBLIK* nicht im Zentrum, vielmehr ging es um die Wahlprogramme der Parteien sowie die Demokratisierung und soziale Ausgestaltung der EU.⁴⁵⁴

Zusammenfassend war die Befassung mit der europäischen Ebene in der Finanzkrise sehr knapp – hier stand eindeutig die nationale Ebene im Fokus der Berichterstattung. Dafür erfüllt sich die Erwartung der Verbindung Europas mit instrumentellen Mitgliederinteressen und einem prognostischen *Framing*, das im Vergleich zur Komplexität des prognostischen *Framings* zur Eurokrise seine Dimensionen überschaubar hielt und diese kontinuierlich wiederholte. Bemerkenswert ist außerdem die Extra-Ausgabe zu einem „European Action Day“ – derartige Mobilisierung erfuhr keine EGB-Demonstration während der Eurokrise.

Nationale Mobilisierung: „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“

Die vergleichende Untersuchung des motivierenden *Framings* der *PUBLIK*-Berichterstattung zu den Kampagnen „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“ dient der Einordnung der Berichterstattung zur Eurokrise durch zwei Episoden nationaler Gewerkschaftsmobilisierung zu krisenpolitischen Interessen. Zu „Gerecht geht anders“ veröffentlichte *PUBLIK* 15 Artikel zwischen Mitte 2010 und Anfang 2011. Mit fünf Titelseiten, einem Meinungsbeitrag, sechs Berichten und drei Kurzmeldungen erreichte die Kampagne in *PUBLIK* ein Gesamtgewicht von 43 bzw. auf die sechs *PUBLIK*-Ausgaben dieses Zeitraums gerechnet ein durchschnittliches Gewicht von knapp 7,2 pro Ausgabe. Zu „Umfairteilen“ finden sich 14 Artikel zwischen Herbst 2012 und Mitte 2013, die drei Titelseiten, drei Meinungsbeiträge, vier Berichte und drei Kurzmeldungen umfassen. Das Gesamtgewicht liegt bei 46 bzw. auf die neun *PUBLIK*-Ausgaben dieses Zeitraums bezogen bei einem durchschnittlichen Gewicht von 5,1 pro Ausgabe. Aus dem Umstand, dass sich die Berichterstattung zu den Kampagnen jeweils auf wenige Ausgaben konzentrierte, ist bereits eine höhere Mobilisierungsintensität zu erwarten.

In 13 der 15 Artikel zu „Gerecht geht anders“ finden sich motivierende *Frames*. Das Gewicht der 13 Artikel liegt bei 33, das Gesamtgewicht der 15 Artikel bei 43.⁴⁵⁵ Die Mobilisierungsintensität berechnet sich daher wie folgt:

$$(13/15) \times (33/43) = 0,67$$

⁴⁵³ Vgl. *PUBLIK*, 4/2009, Titel: Wir sind die Vielen; *PUBLIK*, 2009, Extra Aktionstag 2009.

⁴⁵⁴ Vgl. *PUBLIK*, 5/2009, Brennpunkt.

⁴⁵⁵ Zwei der 15 Artikel dienten zum Zeitpunkt der Kampagne der Bildung von „grievances“ zum Thema der gesellschaftlichen Verteilung der Krisenkosten, ohne die Kampagne zu erwähnen. Als für die Interessenbildung relevant wurden die beiden Artikel (eine Titelseite und ein Meinungsbeitrag) dennoch mitgezählt. Ohne sie läge die Mobilisierungsintensität beim Maximalwert von 1.

In 13 der 14 Artikel zu „Umfairteilen“ wurden motivierende *Frames* beobachtet. Das Gewicht dieser Artikel beträgt 40, das Gesamtgewicht der Berichterstattung 46. So ergibt sich die Mobilisierungsintensität aus

$$(13/14) \times (40/46) = 0,81$$

Beide Kampagnen erreichen damit eine mehrfach höhere Mobilisierungsintensität als die Eurokrise (0,13). Das motivierende *Framing* zu „Gerecht geht anders“ nahm gut 30 Prozent des *Framings* der einschlägigen Berichterstattung ein (Eurokrise: 14 Prozent, s. [Tabelle 30](#) und [Tabelle 31](#)). Ver.di mobilisierte zu mehreren Demonstrationen, die gemeinsam mit der allgemeinen Ankündigung von Protest mehr als 50 Prozent des motivierenden *Framings* zu „Gerecht geht anders“ bestimmen. Außerdem wurden Aktionen auf Betriebsebene mehrfach genannt, eine untergeordnete Rolle spielten Bildungsarbeit und Resolutionen. Insgesamt fokussierte das motivierende *Framing* zu „Gerecht geht anders“ damit auf die Bildung bzw. Projektion von Organisationsmacht. Im Verhältnis zu elf Nennungen von Demonstrationen und dem Umstand, dass es sich um von ver.di bzw. dem DGB selbst organisierte Demonstrationen handelte, überrascht, dass nur ein Beteiligungsauftrag gezählt wird.⁴⁵⁶ Die Beteiligung von insgesamt 150.000 Menschen⁴⁵⁷ wurde sicherlich nicht vorrangig über die Mitgliederzeitung organisiert, dennoch erschüttert diese Erkenntnis die Unterstellung der vorliegenden Arbeit, dass Aufrufe in *PUBLIK* eine einfache und günstige Methode darstellen, die Mitglieder zu erreichen. Auch die Konstruktion politischer Gelegenheiten fällt im motivierenden *Framing* kaum ins Gewicht mit zwei Nennungen: Ein Treffen mit der Bundesregierung und Arbeitgebern und ein Verweis auf die hohe Sichtbarkeit der Proteste (s. [Anhang Tabelle A10](#)).⁴⁵⁸

Im Fall von „Umfairteilen“ nimmt das motivierende *Framing* mehr als 40 Prozent des *Framings* ein gegenüber 14 Prozent in der Berichterstattung zur Eurokrise. Dass es sich bei „Umfairteilen“ um ein gesellschaftliches Bündnis unter Beteiligung einiger DGB-Gewerkschaften handelte, schlägt sich darin nieder, dass der meistverwendete motivierende *Frame* die Betonung eines breiten Bündnisses und damit ein Fokus auf Kooperationsmacht war. Mit zehn Nennungen nimmt er 40 Prozent der motivierenden Ebene ein, gefolgt von Demonstrationen mit acht Nennungen. Sonstige Aktionen wurden nur ein- bis zweimal erwähnt. Im Gegensatz zu „Gerecht geht anders“ wurden in der Berichterstattung zu „Umfairteilen“ sechs Beteiligungsaufträge und sieben Konstruktionen politischer Gelegenheiten identifiziert, die sich jeweils auf die Unterstützung der vertretenen Positionen durch Teile der Politik, die Öffentlichkeit und prominente Befürworter einer

⁴⁵⁶ Vgl. *PUBLIK*, 8+9/2010, Titel: Wir sind verabredet.

⁴⁵⁷ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2007-2011, S. 27.

⁴⁵⁸ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2010, Politik: Rettungsschirm für Städte und Gemeinden; *PUBLIK*, 12/2010, Reportage: Wir kommen wieder.

Vermögenssteuer beziehen sowie auf die Breite des gesellschaftlichen Bündnisses (s. Tabelle 30 und Anhang Tabelle A12).

Tabelle 30. **„Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“: Framing**

Ebenen und Kategorien	„Gerecht geht anders“		„Umfairteilen“	
	% Kategorie	% Framing	% Kategorie	% Framing
Diagnostisches Framing				
Instrumentelle Interessen	71,1	36,8	39,4	14,3
Gemeinwohlinteressen	28,9	14,9	60,6	22,0
	100	51,7	100	36,3
Prognostisches Framing				
Instrumentelle Interessen	62,5	11,5	85,0	18,7
Gemeinwohlinteressen	25,0	4,6	15,0	3,3
Solidarität	12,5	2,3	0	0
	100	18,4	100	22,0
Motivierendes Framing				
Gewerkschaftsaktion	88,5	26,4	64,9	27,5
Aufruf Beteiligung	3,8	1,1	16,2	6,6
Politische Gelegenheit	5,7	2,3	18,9	7,7
	100	29,9	100	41,7
		100		100

Tabelle 30: Häufigkeiten der *Framing*-Kategorien in den 15 Artikeln zu „Gerecht geht anders“ und den 14 Artikeln zu „Umfairteilen“ im nationalen Mantel von *PUBLIK*.

Die Gemeinwohl- und Bündniskompatibilität von „Umfairteilen“ zeigt sich auch im diagnostischen *Framing*, das zu 60 Prozent auf Gemeinwohlinteressen bezogen war. Umgekehrt wurden auf der prognostischen Ebene doch wieder instrumentelle Interessen der Mitglieder mit einem Anteil von 85 Prozent des prognostischen *Framings* in den Vordergrund gestellt. „Gerecht geht anders“ als reine Gewerkschaftskampagne zielte dagegen auf beiden Ebenen auf instrumentelle Interessen bzw. „grievances“ der Mitglieder. Das prognostische *Framing* beider Kampagnen wurde mit gut 18 Prozent („Gerecht geht anders“) bzw. 22 Prozent („Umfairteilen“) knapp gehalten, die zentrale Forderung der Beteiligung Vermögender an den Krisenkosten eignete sich gut für klare Botschaften (s. Tabelle 30). Für die komplexere Eurokrise lag der Anteil des prognostischen *Framings* bei knapp 29 Prozent und bereits die diagnostische Ebene nahm mehr als 57 Prozent des gesamten *Framings* ein – der höchste festgestellte Wert aller untersuchten Themengebiete in *PUBLIK* (s. Tabelle 31).

Tabelle 31. **Vergleich: Framing europapolitischer Kampagnen**

Ebenen und Kategorien	Eurokrise		Freihandel		EBI „right2water“	
	% Kategorie	% <i>Framing</i>	% Kategorie	% <i>Framing</i>	% Kategorie	% <i>Framing</i>
Diagnostisches Framing		57,5		49,0		19,5
Krisenursachen	16,0	9,2	-	-	-	-
Krisenfolgen	61,9	35,6	-	-	-	-
Bezüge Deutschland – EU	7,7	4,4	-	-	-	-
Instrumentelle Interessen	12,7	7,3	63,9	31,3	6,3	1,2
Gemeinwohlinteressen	1,7	1,0	36,1	17,7	93,8	18,3
	100		100		100	
Prognostisches Framing		28,6		23,9		29,3
EU/Programmstaaten	58,9	16,8	-	-	-	-
Instrumentelle Interessen	30,0	8,6	43,1	10,3	4,2	1,2
Gemeinwohlinteressen	6,7	1,9	56,9	13,6	95,8	28,0
Solidarität	4,4	1,3	-	-	-	-
	100		100		100	
Motivierendes Framing		14,0		27,2		51,2
Gewerkschaftsaktion	70,5	9,8	48,5	13,2	61,9	31,7
Aufruf Beteiligung	20,4	2,9	13,6	3,7	19,0	9,8
Politische Gelegenheit	9,1	1,3	37,9	10,3	19,0	9,8
	100		100		100	
		100		100		100

Tabelle 31: Häufigkeiten der Framing-Kategorien in den 54 Artikeln zur Eurokrise, den 37 Artikeln zu den geplanten EU-Freihandelsabkommen und den 12 Artikeln zur EBI „right2water“ im nationalen Mantel von PUBLIK.

Europapolitische Mobilisierung: EBI „right2water“ und EU-Freihandelsabkommen

Der letzte Vergleich im nationalen Mantel betrifft zwei europapolitische Mobilisierungsepisoden: die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) „right2water“ und die gewerkschaftliche Mobilisierung gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) – gegen die auch eine EBI lanciert wurde („Stop TTIP“), die mit rund 3,3 Millionen Unterschriften schließlich noch erfolgreicher wurde als „right2water“ mit knapp 1,7 Millionen Unterzeichnern. Zur EBI finden sich im nationalen Mantel von PUBLIK 12 Artikel mit einem Gesamtgewicht von 31, zu den geplanten Freihandelsabkommen 37 Artikel mit einem Gesamtgewicht von 110.

In allen 12 Artikeln zur EBI wurden motivierende *Frames* verwendet. Unabhängig vom Gewicht der Artikel (31) ergibt sich damit der theoretische Maximalwert der Mobilisierungsintensität von 1:

$$(12/12) \times (31/31) = 1$$

In 30 der 37 Artikel zu den EU-Freihandelsabkommen wurden motivierende *Frames* identifiziert. Das Gewicht der 30 Artikel beträgt 93, das Themengewicht 110, sodass die Mobilisierungsintensität sich folgendermaßen bestimmt:

$$(30/37) \times (93/110) = 0,69$$

Wiederum war in beiden Fällen die Mobilisierungsintensität in *PUBLIK* um ein Mehrfaches höher als in der Befassung mit der Eurokrise (0,13). Für die EBI nahm das motivierende *Framing* mehr als 50 Prozent des gesamten *Framings* ein (s. [Tabelle 31](#)). Die genannten Gewerkschaftsaktionen der von ver.di mit initiierten EBI richteten sich in allen Artikeln naturgemäß auf die Sammlung von Unterschriften, die die Europäische Kommission auffordern sollten, ein europäisches Menschenrecht auf Wasser zu etablieren und den öffentlichen Zugang zu Trinkwasser in der EU zu garantieren. Ebenso häufig wurde das gewerkschaftliche und gesellschaftliche Bündnis betont, das hinter der EBI stand. Acht Aufrufe zur Unterschrift bzw. Sammlung von Unterschriften korrespondieren mit ebenfalls acht Nennungen der politischen Gelegenheit für die EBI: positiver politischer Resonanz (vier) und Zwischenerfolgen bereits gesammelter Unterschriften (vier, s. [Anhang Tabelle A8](#)).

In der Mobilisierung zu den EU-Freihandelsabkommen nahm das motivierende *Framing* gut 27 Prozent des *Framings* ein. Hierbei lag der Schwerpunkt der genannten Gewerkschaftsaktionen mit elf von 32 Nennungen auf Demonstrationen und der Ankündigung von weiteren Aktionen (fünf), die Unterschriftensammlung zur EBI kam auf fünf Nennungen, das Bündnis „Stop TTIP“ auf drei. Ferner wurde über vier Publikationen und drei Lobbying-Aktivitäten berichtet: einen Brief von Frank Bsirske an Angela Merkel mit der Forderung nach „verbindliche[n] und durchsetzbare[n] Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten“,⁴⁵⁹ eine Petition an den EU-Handelskommissar und den EU-Parlamentspräsidenten zum Abbruch der Verhandlungen⁴⁶⁰ und einen Brief an die niederländische EU-Ratspräsidentschaft zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen, Sonderklagerechten von Investoren und der sanktionierbaren Durchsetzung von

⁴⁵⁹ Vgl. *PUBLIK*, 8/2013, Politik: Keine Kunst im freien Handel.

⁴⁶⁰ Vgl. *PUBLIK*, 2/2014, Politik: Mehr Transparenz gefordert.

Arbeitnehmerrechten.⁴⁶¹ In der Berichterstattung finden sich neun Beteiligungsaufrufe und 25 Konstruktionen politischer Gelegenheiten. Diese wurden insbesondere im wachsenden gesellschaftlichen Widerstand gesehen (elf), in politischen Zwischenerfolgen wie der erfolgreichen EBI oder der Aussetzung der Verhandlungen über den Investorenschutz (acht) sowie in der Breite des Aktionsbündnisses gegen TTIP (zwei) und positiver politischer Resonanz auf die Proteste etwa aus der SPD (zwei, s. Anhang Tabelle A6). Die Mobilisierung zu einer Großdemonstration im Oktober 2015 in Berlin trug zur Teilnahme von 250.000 Menschen bei.⁴⁶²

Auf diagnostischer und prognostischer Ebene ist auffällig, dass das diagnostische *Framing* für die EBI „right2water“ nur 20 Prozent des *Framings* einnahm und damit sehr knapp gehalten ist. Außerdem fokussierten sowohl die diagnostische als auch die prognostische Ebene fast ausschließlich auf Gemeinwohlinteressen, auf diagnostischer Ebene wurden nur einmal die Interessen der Beschäftigten in der Wasserwirtschaft thematisiert und auf prognostischer Ebene mit der Forderung nach der lückenlosen Anwendung von Tarifverträgen verbunden.⁴⁶³ Die Befassung mit den EU-Freihandelsabkommen war auf diagnostischer Ebene stärker instrumentell geprägt, auf prognostischer Ebene aber ebenfalls gemeinwohlorientiert (s. Tabelle 31).

Zusammenfassend lässt sich das im Vergleich zur komplexen Eurokrise einfachere diagnostische und prognostische *Framing* für die EBI und gegen die Freihandelsabkommen festhalten. Auch beim Thema Freihandelsabkommen nahm das diagnostische *Framing* zwar einen ähnlich hohen Anteil wie beim Thema Eurokrise ein, die Verbindung mit den instrumentellen Interessen der ver.di-Mitglieder lag dabei aber auf der Hand. Ebenso hatte die prognostische Ebene einfachere Lösungen zu bieten: Wasser als Menschenrecht und den Verhandlungsstopp bei den Freihandelsabkommen. Das motivierende *Framing* erreichte beim Thema Freihandelsabkommen etwa einen doppelt so hohen Anteil wie beim Thema Eurokrise, bei der EBI sogar einen beinahe viermal so hohen Anteil (s. Tabelle 31). Hier hatte die EBI mit dem Aufruf, die Petition zu unterschreiben bzw. Unterschriften dafür zu sammeln, eine vergleichsweise niedrigschwellige Beteiligungsform als Ziel, die zudem hilfreichen gesellschaftlichen Rückenwind erfuhr. Ver.di's Mobilisierungspotential der Menge an Unterschriften, die durch die zwei Millionen ver.di-Mitglieder zusammenkommen konnten, und die Kooperationsmacht der gemeinsamen Organisation der Initiative mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren waren hierbei die relevanten bzw. betonten Machtressourcen. Im Fall der EU-Freihandelsabkommen standen ebenfalls Outsiderstrategien in Form von Demonstrationen und Bündnissen im Mittelpunkt. Auf ein entsprechendes Bündnis bzw. auf gesellschaftliche Unterstützung ihrer Forderungen konnte ver.di in der Eurokrise nicht verweisen. Dahingehend ist auch die Betonung politischer Gelegenheiten in den drei Themengebieten aussagekräftig: Bei den Freihandelsabkommen machen Verweise auf eine politische Gelegenheit 10,3 Prozent des *Framings* aus, bei der EBI 9,8 Prozent und bei der Eurokrise lediglich 1,3 Prozent. Bei EBI und

⁴⁶¹ Vgl. *PUBLIK*, 4/2016, International: Nachverhandlungen für CETA gefordert.

⁴⁶² Vgl. *PUBLIK*, 6/2015, Politik: Uruguay steigt aus; *PUBLIK*, 7/2015, Politik: Verschlussene Türen.

⁴⁶³ Vgl. *PUBLIK*, 5/2013, Politik: Unterschriften brachten Erfolg.

Freihandelsabkommen ist außerdem ein höherer Anteil an Beteiligungsaufrufen zu beobachten als in der Eurokrise, zu den Freihandelsabkommen lag er mit knapp vier Prozent nur leicht höher, bei der EBI mit knapp zehn Prozent des *Framings* dagegen deutlich höher. Der oben herausgearbeitete Mangel an Beteiligungsaufrufen zu „Gerecht geht anders“ stellt sich hier nicht nur gegenüber „Umfairteilen“, sondern auch gegenüber den beiden europapolitischen Kampagnen als Ausreißer nach unten heraus.

Den Erfolg der EBI stellte ver.di 2013 gegenüber ihren Mitgliedern in *PUBLIK* und gegenüber der Öffentlichkeit in gleich mehreren Pressemitteilungen heraus („efficacy“). Dabei betonte ver.di die Herausnahme der öffentlichen Wasserversorgung aus der EU-Konzessionsrichtlinie als greifbares Resultat.⁴⁶⁴ Trotz diesem Mobilisierungserfolg musste ver.di zwei Jahre später beklagen, dass die EU-Kommission die Forderungen der EBI immer noch nicht umgesetzt habe, auch 2018 und 2019 sahen ver.di und das Bündnis hinter der EBI den Willen der Bürgerinitiative nach wie vor als nicht vollständig implementiert.⁴⁶⁵ Für die Suspendierung der Verhandlungen zu TTIP nach dem Amtsantritt des US-Präsidenten Donald Trump lassen sich keine entsprechenden Erfolgsmeldungen beobachten, die Verhandlungsergebnisse und Ratifizierungsmaßnahmen zu CETA musste ver.di hinnehmen.⁴⁶⁶ Zur erfolgreichen Mobilisierung zur Großdemonstration in Berlin gegen TTIP im Herbst 2015 und den weiteren Demonstrationen gegen die Freihandelsabkommen nahm ver.di nur in einer von 14 Pressemitteilungen zum Thema Freihandelsabkommen Bezug.⁴⁶⁷ Diese Zurückhaltung in der öffentlichen Darstellung des gewerkschaftlichen Mobilisierungspotentials zu diesem Thema überrascht, die entsprechende Implikation für die Eurokrise lässt sich damit nicht ohne Weiteres auf den Widerstand gegen die EU-Freihandelsabkommen übertragen. Andererseits waren dem „Stop TTIP“-Bündnis auch ohne ver.dis Betonung ihres Mobilisierungspotentials ausreichende öffentliche und politische Aufmerksamkeit und Unterstützung sicher.

Finanzkrise und Kampagnen auf der regionalen Ebene

Zur Finanz- und Wirtschaftskrise publizierten die Regionalseiten insgesamt 35 Artikel, wovon mit 32 Artikeln fast alle Artikel in einem Zeitraum von etwas mehr als anderthalb Jahren zwischen dem Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 und dem Start von

⁴⁶⁴ Vgl. *PUBLIK*, 5/2013, Politik: Unterschriften brachten Erfolg; Ver.di (2013): Wasser ist Menschenrecht: Am Wochenende wird die Million geknackt. Pressemitteilung vom 8.02.2013; Ver.di (2013): ver.di kämpft für internationale Wasserkoooperation – Bundesregierung muss Dienstleistungskonzessionsrichtlinie verhindern. Pressemitteilung vom 21.03.2013; Ver.di (2013): Wasser muss in öffentlicher Hand bleiben: Erste Europäische Bürgerinitiative erfolgreich. Pressemitteilung vom 3.05.2013; Ver.di (2013): Wasser ist Menschenrecht – Bürgerinitiative äußerst erfolgreich. Öffentliche Übergabe der Unterschriften in Köln am Freitag. Pressemitteilung vom 10.09.2013.

⁴⁶⁵ Vgl. Ver.di (2015): Menschenrecht auf Wasser: EU-Kommission soll Bürgern und Parlament folgen – Wasser muss öffentliches Gut bleiben. Pressemitteilung vom 9.09.2015; Ver.di (2018): Europäische Kommission verpasst Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser – Neufassung der Trinkwasserrichtlinie bringt nur einzelne Verbesserungen. Pressemitteilung vom 31.01.2018; Ver.di (2019): ver.di fordert EU-Kommission auf, Menschenrecht auf Wasser zu verwirklichen. Pressemitteilung vom 21.03.2019.

⁴⁶⁶ Vgl. *PUBLIK*, 2/2017, Politik: Mit der heißen Nadel gestrickt; Ver.di (2017): CETA: Verpasste Chance für ein gutes Abkommen – Jetzt muss die EU-Kommission liefern. Pressemitteilung vom 15.02.2017.

⁴⁶⁷ Vgl. Ver.di (2016): CETA: Keine Anwendung ohne vorheriges Bundestagsvotum – EU-Handelsminister sollen rote Linien nicht überschreiten. Pressemitteilung vom 12.05.2016.

„Gerecht geht anders“ Mitte 2010 erschienen (s. [Abbildung 17](#)).⁴⁶⁸ In diesem komprimierten Zeitraum wurden damit regional dreimal so viele Artikel wie insgesamt zur Eurokrise veröffentlicht.

Abbildung 17. **Berichterstattung auf regionaler Ebene**

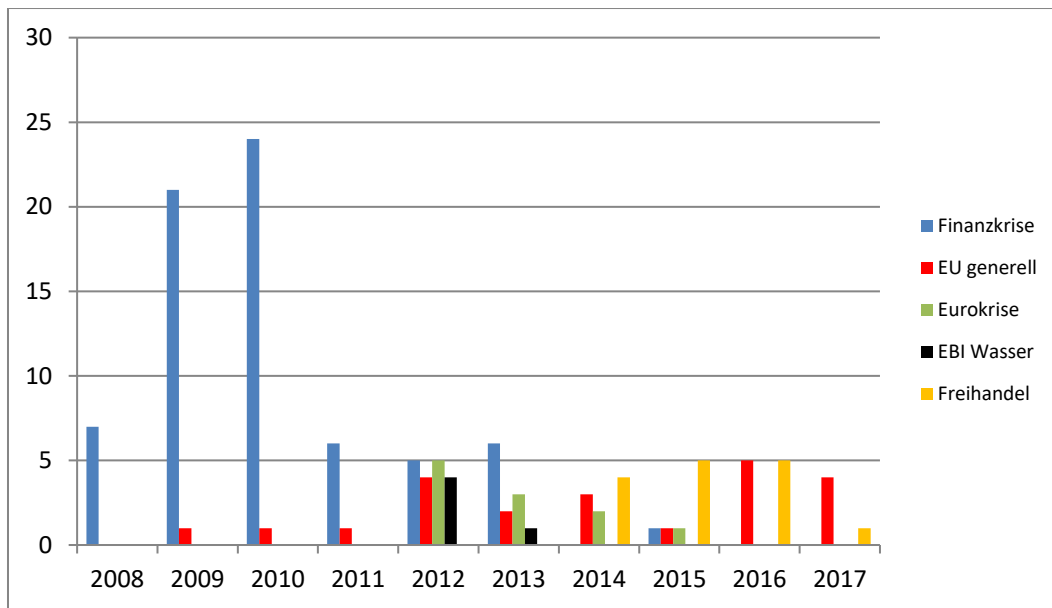


Abbildung 17: Anzahl der regionalen *PUBLIK*-Artikel zu den Themen Finanz- und Wirtschaftskrise (inkl. „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“), Europa allgemein, Eurokrise, EBI „right2water“ und EU-Freihandelsabkommen (insgesamt 123 Artikel).

In den 32 Artikeln lässt sich eine beachtliche Mobilisierungsaktivität feststellen, wiederum ragt Stuttgart als Bezirk mit besonders vielen Aufrufen heraus. Im Herbst 2008 war Stuttgart der erste Bezirk, der eine Demonstration – gemeinsam mit Attac – organisierte.⁴⁶⁹ Aber auch die anderen Bezirke thematisierten oder mobilisierten zu Demonstrationen: Von insgesamt 21 regionalen Artikeln zur Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 wurden Demonstrationen in elf Artikeln erwähnt. Während etwa in Hamburg und München gewerkschaftliche Demonstrationen und Aktionen stattfanden, riefen andere Bezirke zu den Demonstrationen des Bündnisses „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ auf. Daneben organisierten einige Bezirke lokale Informationsveranstaltungen zur Krise. Die europäische Ebene wurde im Kontext der Finanzkrise auf den Regionalseiten nicht thematisiert, Artikel zur Finanzkrise mit vorrangigem EU-Bezug finden sich nur im nationalen Mantel.

⁴⁶⁸ Im gleichen Zeitraum publizierte der nationale Mantel insgesamt 54 Artikel zur Finanz- und der folgenden nationalen Wirtschaftskrise.

⁴⁶⁹ Vgl. *PUBLIK*, 11/2008, Stuttgart: Das Casino schließen.

Daran schlossen 24 Artikel zu „Gerecht geht anders“ und elf Artikel zu „Umfairteilen“ an. In den 24 regionalen Artikeln zu „Gerecht geht anders“ wurde stärker auf instrumentelle Interessen abgestellt als auf Gemeinwohlinteressen: Die Reform der Sozialversicherung, die Finanznot der Kommunen, prekäre Beschäftigung und der Druck auf die Löhne im öffentlichen Dienst waren hier die meistverwendeten *Frames*, Verteilungsgerechtigkeit der häufigste Gemeinwohl-*Frame* (s. Tabelle 32, Anhang Tabelle A11). Dies spiegelt sich im prognostischen *Framing*, bei dem instrumentelle Interessen fünfmal häufiger genannt wurden als Gemeinwohlinteressen. Im Zentrum standen hierbei die Sicherstellung öffentlicher Dienstleistungen, Vermögensbesteuerung, die ausreichende Finanzierung der Kommunen, ein gesetzlicher Mindestlohn und ein auskömmliches Rentenniveau. Das motivierende *Framing* bestand zum Großteil aus Gewerkschaftsaktionen und zu einem beachtlichen Teil aus Mobilisierungsaufrufen. In 21 der 24 Artikel finden sich Berichte über und/oder Aufrufe zu Demonstrationen. Gewerkschaftsaktionen haben mit einem Anteil von rund 29 Prozent an allen *Frames* noch vor den instrumentellen diagnostischen *Frames* den höchsten Einzelanteil am *Framing*. Bezogen auf die Implikationen der vorliegenden Arbeit zur Eurokrise stellt die regionale Berichterstattung über „Gerecht geht anders“ damit ein Idealbild der Interessenbildung und Mobilisierung dar: eine starke Betonung instrumenteller Interessen, ein geringerer Anteil prognostischer *Frames* mit fokussierten Botschaften und schließlich ein sehr hoher Anteil motivierender *Frames*, die die Mitglieder mobilisieren und ihnen gewerkschaftliche „efficacy“ vermitteln sollen.

Auch beim *Framing* zu „Umfairteilen“ lässt sich ein hoher Anteil instrumenteller diagnostischer und prognostischer sowie motivierender *Frames* beobachten: In elf Artikeln wurde auf 19 Gewerkschaftsaktionen verwiesen und in sieben Fällen zur Teilnahme aufgerufen (s. Tabelle 32, Anhang Tabelle A13). Lediglich das *Framing* politischer Gelegenheiten spielte kaum eine Rolle in beiden Kampagnen: Bei „Gerecht geht anders“ wurde der Hinweis, eine Demonstration in Stuttgart mit 20.000 Teilnehmern sei die größte seit Jahren gewesen, als *Frame* einer politischen Gelegenheit im Sinne der Dynamik der Kampagne gewertet.⁴⁷⁰ Bei „Umfairteilen“ wurde der Verweis auf ein „breites Bündnis“, das sich für eine Reichensteuer einsetze, als *Frame* einer politischen Gelegenheit ebenfalls im genannten Sinne codiert.⁴⁷¹ In beiden Kampagnen wurden wie im nationalen Mantel auch auf den Regionalseiten keinerlei Bezüge zwischen nationaler und europäischer Ebene bzw. Politik hergestellt.

Die EBI „right2water“ wurde auf den Regionalseiten lediglich mit fünf Artikeln bedacht, deren diagnostisches und prognostisches *Framing* vollständig aus Bezügen zu Gemeinwohlinteressen bestand. Der Anteil motivierender *Frames* ist etwas niedriger als im nationalen Mantel – aber insgesamt sind fünf Artikel nicht besonders aussagekräftig. Zu den Freihandelsabkommen finden sich auf den Regionalseiten insgesamt 15 Artikel. Diese Artikel verwendeten einen höheren Anteil ihres *Framings* auf die diagnostische Ebene, wobei das Verhältnis zwischen instrumentellen Interessen und Gemeinwohlinteressen in etwa das gleiche wie im nationalen Mantel war. Das prognostische *Framing* wurde

⁴⁷⁰ Vgl. PUBLIK, 6+7/2010, Stuttgart: Anschlag auf die Gerechtigkeit.

⁴⁷¹ Vgl. PUBLIK, 7/2012, Niedersachsen/Bremen: Umfairteilen – Breites Bündnis für Reichensteuer.

knapper gehalten als im nationalen Mantel, außerdem wurde dabei mehr auf instrumentelle Interessen fokussiert – im nationalen Mantel überwogen hier Gemeinwohlinteressen. Das motivierende *Framing* erfuhr regional einen etwas höheren Anteil als im nationalen Mantel mit knapp 30 Prozent im Vergleich zu gut 27 Prozent. Hierbei lag der regionale Schwerpunkt auf Gewerkschaftsaktionen, Beteiligungsaufrufe dazu sind etwas häufiger festzustellen als im nationalen Mantel (4,7 zu 3,7 Prozent). Politische Gelegenheiten wurden auf den Regionalseiten dagegen kaum konstruiert, hier liegt der Anteil bei 3,1 Prozent gegenüber 10,3 Prozent im nationalen Mantel (s. [Tabelle 33](#)).

Tabelle 32. **„Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“: *Framing* auf regionaler Ebene**

Ebenen und Kategorien	„Gerecht geht anders“		„Umfairteilen“	
	% Kategorie	% <i>Framing</i>	% Kategorie	% <i>Framing</i>
Diagnostisches <i>Framing</i>				
Instrumentelle Interessen	71,8	26,9	64,8	30,7
Gemeinwohlinteressen	28,2	10,6	35,2	16,7
	100	37,5	100	47,4
Prognostisches <i>Framing</i>				
Instrumentelle Interessen	81,8	21,6	78,8	22,8
Gemeinwohlinteressen	16,4	4,3	21,2	6,1
Solidarität	1,8	0,5	0	0
	100	26,3	100	28,9
Motivierendes <i>Framing</i>				
Gewerkschaftsaktion	80,0	28,8	70,4	16,7
Aufruf Beteiligung	18,7	6,7	25,9	6,1
Politische Gelegenheit	1,3	0,5	3,7	0,9
	100	36,1	100	23,7
		100		100

Tabelle 32: Häufigkeiten der *Framing*-Kategorien in den 24 regionalen Artikeln zu „Gerecht geht anders“ und den elf regionalen Artikeln zu „Umfairteilen“ in *PUBLIK*.

Dies verdeutlicht, dass zu EU-Politik auf regionaler Ebene durchaus mobilisiert wird – dabei wurde auf die instrumentellen Interessen der Mitglieder abgestellt, die Lösungsvorschläge wurden knapper gehalten. Dass die Verbindung der europäischen Integration mit instrumentellen Mitgliederinteressen auf der regionalen Ebene stark ausgeprägt ist, zeigte sich bereits in der Untersuchung der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung (s. [Beobachtbare Implikation 9, Tabelle 24](#)). Sowohl bei den nationalen Kampagnen als auch in der Mobilisierung gegen die EU-Freihandelsabkommen engagierten sich die ver.di-Bezirke damit intensiver als zum Thema Eurokrise.

Tabelle 33. **Europapolitische Kampagnen: *Framing* auf regionaler Ebene**

Ebenen und Kategorien	Eurokrise		Freihandel		EBI „right2water“	
	% Kategorie	% <i>Framing</i>	% Kategorie	% <i>Framing</i>	% Kategorie	% <i>Framing</i>
Diagnostisches <i>Framing</i>		48,2		55,1		24,0
Krisenursachen	5,7	2,7	-	-	-	-
Krisenfolgen	62,3	30,0	-	-	-	-
Bezüge Deutschland – EU	17,0	8,2	-	-	-	-
Instrumentelle Interessen	13,2	6,4	61,4	33,9	-	-
Gemeinwohlinteressen	1,9	0,9	38,6	21,3	100	24,0
Prognostisches <i>Framing</i>		29,1		15,0		36,0
EU/Programmstaaten	46,9	13,6	-	-	-	-
Instrumentelle Interessen	28,1	8,2	73,7	11,0	-	-
Gemeinwohlinteressen	3,1	0,9	26,7	3,9	100	36,0
Solidarität	21,9	6,4	-	-	-	-
Motivierendes <i>Framing</i>		22,7		29,9		40,0
Gewerkschaftsaktion	68,0	15,5	73,7	22,0	80,0	32,0
Aufruf Beteiligung	20,0	4,5	15,8	4,7	20,0	8,0
Politische Gelegenheit	12,0	2,7	10,5	3,1	-	-
	100		100		100	
		100		100		100

Tabelle 33: Häufigkeiten der Framing-Kategorien in den elf regionalen Artikeln zur Eurokrise, den 15 regionalen Artikeln zu den geplanten EU-Freihandelsabkommen und den fünf regionalen Artikeln zur EBI „right2water“ in *PUBLIK*.

6.3.2 Europapolitische Berichterstattung in der *metallzeitung*

Die vorgestellten Ergebnisse zur Gewichtung europapolitischer Informationen in *PUBLIK* sollen durch einen Vergleich mit der Mitgliederzeitung der IG Metall, der *metallzeitung*, eingeordnet werden. Bis einschließlich 2016 erschienen jährlich zwölf Ausgaben der *metallzeitung*, seither werden zehn Ausgaben pro Jahr veröffentlicht. Ihr Aufbau unterscheidet sich von *PUBLIK* zunächst durch einen geringeren Umfang politischer Berichterstattung. Ferner gibt es in der *metallzeitung* keine Meinungsseite, lediglich ein Editorial des IG Metall-Vorsitzenden, und keine Seite für internationale Gewerkschaftspolitik bzw. gewerkschaftspolitisch relevante internationale Entwicklungen. Auch die IG Metall-Bezirke haben keine eigenen Seiten, stattdessen verfügen sie über eigene regionale Ausgaben. Ein cursorischer Vergleich der Inhalte zeigt, dass die *metallzeitung* gegenüber *PUBLIK* ein

größeres Gewicht auf sektorale und berufsbezogene Themen legt, die instrumentellen Interessen der IG Metall-Mitglieder also stärker thematisiert.

Für den Vergleich zu *PUBLIK* wurden im Archiv der *metallzeitung*⁴⁷² alle Ausgaben zwischen 2008 und 2017 auf europapolitische Inhalte in drei Kategorien durchsucht: Artikel zur Eurokrise (32), wie bei *PUBLIK* unterteilt in allgemeine Berichte (28) und Länderberichte (vier), zu Europapolitik allgemein (39) und zu den geplanten Freihandelsabkommen der EU (acht). Die Gewichtung der Artikeltypen erfolgte analog zur Gewichtung von *PUBLIK* nach Titel, Meinung (= Editorial des Vorsitzenden), Bericht oder Kurzmeldung. Die Jahresgewichtung wurde normalisiert, indem das numerische Gesamtgewicht durch die Anzahl der Ausgaben des betreffenden Jahrgangs geteilt wurde (s. Abbildung 18).⁴⁷³

Abbildung 18. **Metallzeitung: Gewichtung europapolitischer Information**

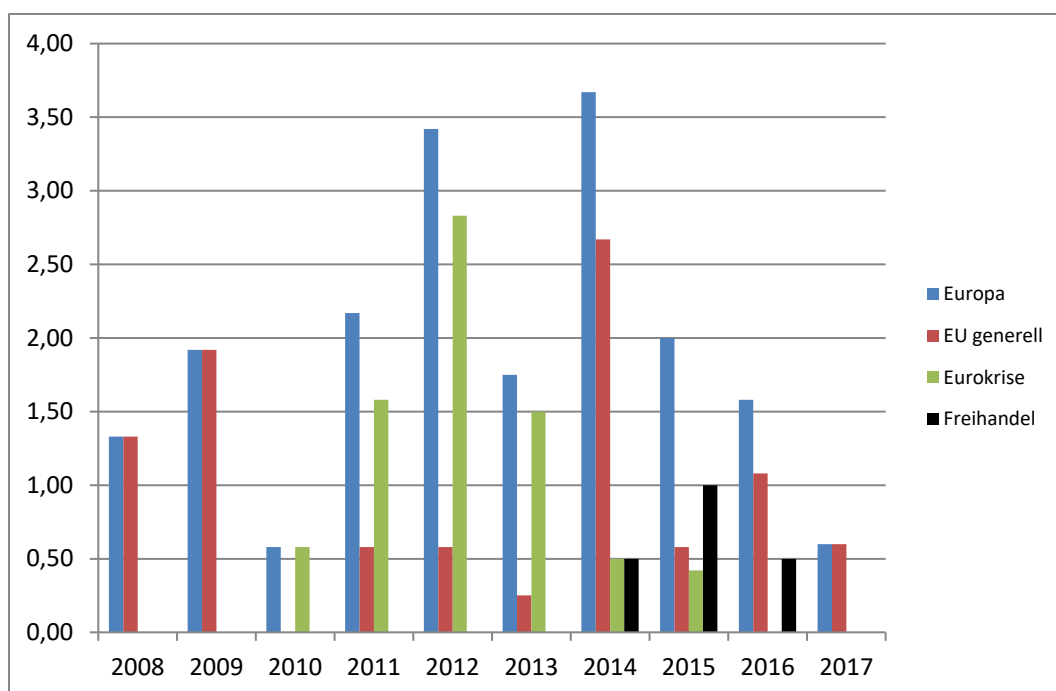


Abbildung 18: Gewichtung europäischer Themen in der *metallzeitung* zwischen 2008 und 2017. „Europa“ ist jeweils die Summe der Kategorien „EU generell“, „Eurokrise“ und „Freihandel“ im betreffenden Jahrgang.

Abgesehen von Knicks in den Jahren 2010 und 2013 ist zwischen 2008 und 2014 eine Verstärkung der europapolitischen Informationen in der *metallzeitung* zu beobachten.

⁴⁷² Vgl. <https://www.igmetall.de/service/publikationen-und-studien/periodika/ausgaben-der-metallzeitung> [30.07.2021].

⁴⁷³ Vgl. *Metallzeitung*, 5/2014, Titelthema: Europa bringt Menschen zusammen.

Das Jahr 2014 bildet vor allem wegen der Berichterstattung zur Europawahl 2014 eine Spitze, von da an nahm die europapolitische Berichterstattung bis 2017 stark ab. Der Mobilisierung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 widmete die *metallzeitung* unmittelbar vor der Wahl eine Titelseite, ein Editorial, einen Bericht und drei Doppelseiten.⁴⁷⁴ Inhaltlich betonte die *metallzeitung* in allgemeinen Artikeln zu Europa häufig industrielle Interessen, forderte etwa eine „Reindustrialisierung“ Europas oder berichtete über die sektorale Interessenvertretung gegenüber der EU durch das 2014 eröffnete Verbindungsbüro der IG Metall in Brüssel.⁴⁷⁵

Ähnlich wie in *PUBLIK* erreichte die Thematisierung der Eurokrise in der *metallzeitung* 2012 ihren Höhepunkt, nach 2015 fand die Eurokrise in der *metallzeitung* nicht mehr statt. Auffällig ist die Vernachlässigung von Länderberichten zur Eurokrise, die in *PUBLIK* signifikant mehr Raum einnahmen (s. [Abbildung 19](#)). Die *metallzeitung* beschränkte sich hier auf zwei Berichte und eine Kurzmeldung zu Griechenland sowie einen Bericht zu Spanien.⁴⁷⁶ Die Berichterstattung zur Eurokrise lässt Ähnlichkeiten zu *PUBLIK* dahingehend erkennen, dass gesellschaftliche Protestbewegungen wie „Blockupy“ so gut wie keine Rolle spielen. Die *metallzeitung* erwähnte „Blockupy“ lediglich in einer Kurzmeldung, die die friedliche Demonstrationsteilnahme von 3.000 Gewerkschaftern betonte, während es am „Rande der „Blockupy“-Demos [...] auch zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen“ sei.⁴⁷⁷ Auch der Investitionsplan des EGB wurde nur in einer Kurzmeldung behandelt,⁴⁷⁸ zum „European Action Day“ für den Investitionsplan in Brüssel vor der Europawahl 2014 rief die *metallzeitung* allerdings auf und nannte die thematischen Schwerpunkte Investitionsprogramm und Jugendarbeitslosigkeit.⁴⁷⁹ Daneben stellte die *metallzeitung* Bezüge zwischen der nationalen und der europäischen Ebene her, betonte Wechselwirkungen und gleiche Beschäftigteninteressen: So wurde argumentiert, dass Deutschlands Wirtschaft „vom Schuldenmachen der Griechen“ profitiert habe, Kredite in der Eurokrise außerdem nicht geschenkt seien, sondern mit Zinsen zurückgezahlt würden. Solidarität in Europa wurde in der Folge dahingehend gefordert, Eurobonds zu beschließen und die EU hin zu einer politischen Union mit voller demokratischer Legitimierung zu entwickeln.⁴⁸⁰ Ferner wurde die EU-Krisenpolitik mit der Politik der Agenda 2010 in Verbindung gebracht, deren Auswirkungen auf die Ausdehnung des Niedriglohnsektors verurteilt wurden.⁴⁸¹ „Stabile Beschäftigung“ in Deutschland, die an höheren Löhnen, regulären Beschäftigungsverhältnissen und damit einem Ende der Dualisierung am deutschen Arbeitsmarkt festgemacht wurde, und öffentliche Investitionen in Deutschland sowie staatliche Zuschüsse zu privatwirtschaftlichen Zukunftsinvestitionen wurden mit besseren Absatzchancen europäischer Unternehmen in Deutschland assoziiert und damit als Teil der

⁴⁷⁴ Vgl. *Metallzeitung*, 5/2014. Die drei Doppelseiten wurden gemeinsam mit 6 gewichtet.

⁴⁷⁵ Vgl. z.B. *Metallzeitung*, 2/2014, Arbeit: Europa stark machen; *Metallzeitung*, 8/2014, Aktuell: IG Metall öffnet in Brüssel Türen.

⁴⁷⁶ Vgl. *Metallzeitung*, 3/2012, Aktuell: Retten geht anders; *Metallzeitung*, 6/2013, Leben: Noch mal von vorn; *Metallzeitung*, 3/2015, Aktuell: Wahlen in Griechenland; *Metallzeitung*, 7/2013, Leben: Wenn Spanien weiter Löhne drückt, seid auch Ihr betroffen.

⁴⁷⁷ Vgl. *Metallzeitung*, 4/2015, Aktuell: Proteste gegen EZB.

⁴⁷⁸ Vgl. *Metallzeitung*, 12/2013, Aktuell: Investieren für Arbeit.

⁴⁷⁹ Vgl. *Metallzeitung*, 4/2014, Arbeit: In Brüssel für ein soziales Europa demonstrieren.

⁴⁸⁰ Vgl. *Metallzeitung*, 8/2011, Arbeit: Solidarität in Europa.

⁴⁸¹ Vgl. *Metallzeitung*, 2/2012, Arbeit: Agenda 2010 für Europa.

Lösung der Eurokrise gesehen. Deutschland könne so „Wachstumsanker für Europa“ werden.⁴⁸²

Abbildung 19. **Metallzeitung: Gewichtung der Artikel zur Eurokrise**

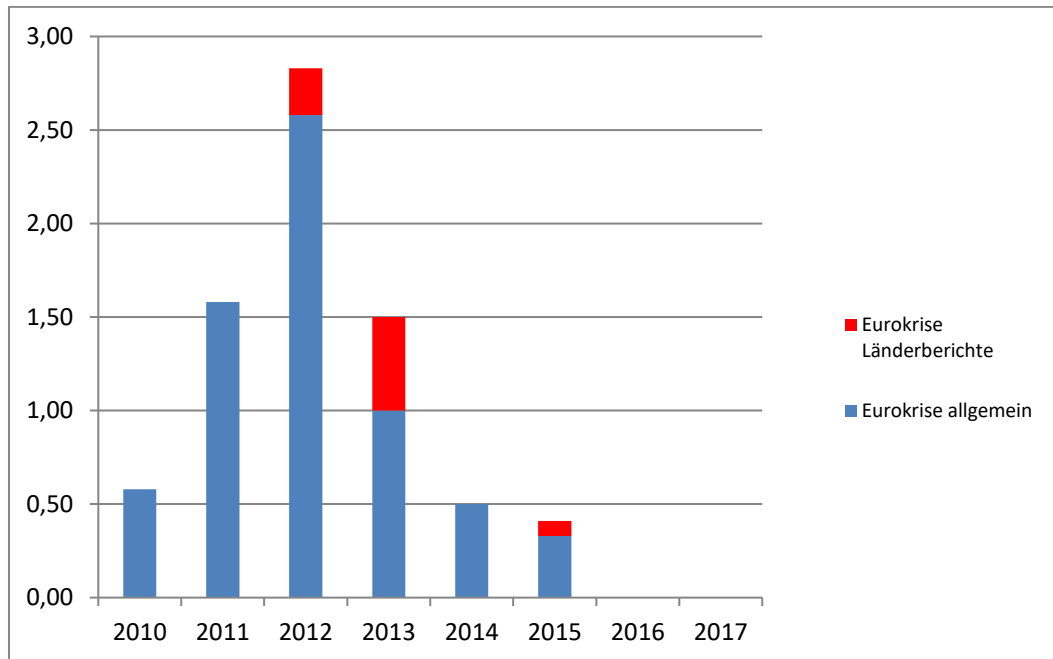


Abbildung 19: Gewichtung von Länderberichten und allgemeinen Artikeln zur Eurokrise in der *metallzeitung* zwischen 2010 und 2017.

Die deutlichste Herausstellung gleicher Beschäftigteninteressen in Deutschland und den Programmstaaten findet sich in einem Artikel, der Südeuropa als „Testlauf“ darstellt, als „Versuchslabor dafür [...], wieweit sich Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stützen lassen“: Was den Programmstaaten aufgezwungen werde, könne durchaus auch Deutschland drohen.⁴⁸³ Ein Interview mit spanischen Gewerkschaftern brachte die Zusammenhänge von Lohndruck und Produktionsverlagerungen im industriellen Sektor nochmals auf den Punkt: „Wenn Spanien weiter Löhne drückt, seid auch Ihr betroffen.“⁴⁸⁴ Dagegen forderte die *metallzeitung*, etwa in einem „Editorial“ des damaligen IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber, ein „soziales Europa“.⁴⁸⁵ Außerdem kritisierte die *metallzeitung* die aus der Krise resultierende Jugendarbeitslosigkeit in Europa und befürchtete eine „verlorene Generation“.⁴⁸⁶ In der Folge organisierte die IG Metall Hamm-Lippstadt für spanische

⁴⁸² Vgl. *Metallzeitung*, 12/2012, Arbeit: Ein Anker für Europa.

⁴⁸³ Vgl. *Metallzeitung*, 5/2012, Aktuell: Testlauf Südeuropa.

⁴⁸⁴ Vgl. *Metallzeitung*, 7/2013, Leben: Wenn Spanien weiter Löhne drückt, seid auch Ihr betroffen.

⁴⁸⁵ Vgl. *Metallzeitung*, 10/2012, Editorial: Wir brauchen ein soziales Europa!.

⁴⁸⁶ Vgl. *Metallzeitung*, 9/2012, Arbeit: Eine verlorene Generation?.

Jugendliche eine Solidaritätsaktion: Für zwölf spanische Jugendliche sollten Ausbildungsplätze in regionalen Metallunternehmen vermittelt werden, am Ende wurden es sogar 18 Ausbildungsplätze, die tarifvertraglich fixiert wurden etwa im Hinblick auf Sprachkurse.⁴⁸⁷

Abbildung 20. **Europaberichterstattung: Vergleich von PUBLIK und metallzeitung**

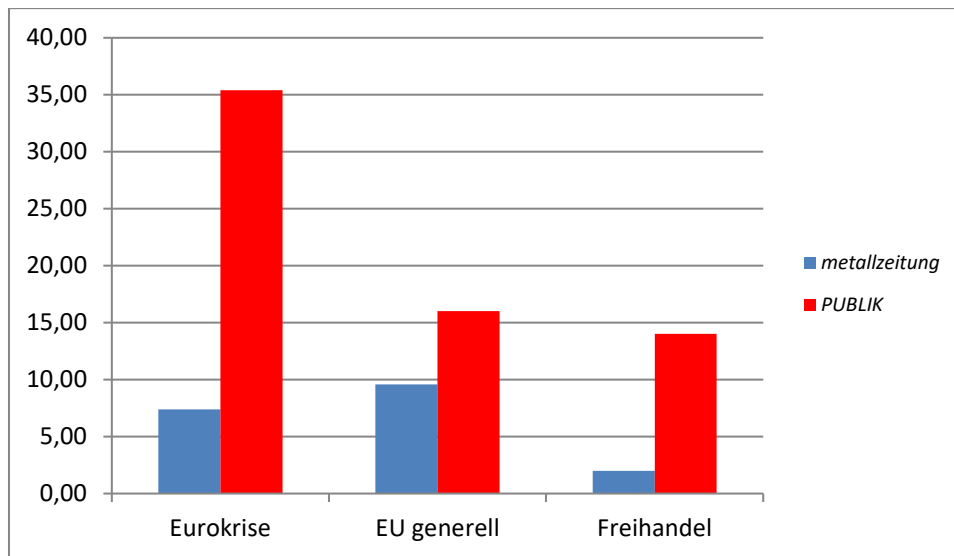


Abbildung 20: Vergleich des Gesamtgewichts europapolitischer Themen in der *metallzeitung* und in *PUBLIK* zwischen 2008 und 2017.

Im Vergleich zu *PUBLIK* fällt die signifikant geringere Gewichtung aller europapolitischen Themen in der *metallzeitung* auf, wobei die geplanten EU-Freihandelsabkommen besonders wenig Raum einnahmen (s. Abbildung 20). Die IG Metall war wie ver.di Teil des Bündnisses „Stop TTIP“, die *metallzeitung* rief in zwei Ausgaben zur Teilnahme an der Großdemonstration in Berlin im Herbst 2015 auf.⁴⁸⁸ Im Anschluss an die Demonstration wertete die *metallzeitung* diese angesichts von 250.000 Teilnehmern als beachtlichen Druck auf Politik und Wirtschaft.⁴⁸⁹ Insgesamt sind in der *metallzeitung* keine grundlegend anderen Positionen zur Eurokrise zu beobachten als in *PUBLIK* – auch die IG Metall betrieb zum Diskurs der Bundesregierung „counterframing“ und mutete ihren Mitgliedern ambitionierte europapolitische Forderungen nach Investitionsprogrammen und Eurobonds zu. Auf der Ebene des motivierenden *Framings* finden sich in der *metallzeitung* kaum

⁴⁸⁷ Vgl. *Metallzeitung*, 9/2013, Aktuell: Ganz konkrete Hilfe; *Metallzeitung*, 2/2014, Aktuell: Metaller holen Spanier.

⁴⁸⁸ Vgl. *Metallzeitung*, 7/2015, Aktuell: Gemeinsam gegen TTIP; *Metallzeitung*, 9/2015, S. 7: Menschen und Umwelt sind keine Handelshemmnisse.

⁴⁸⁹ Vgl. *Metallzeitung*, 11/2015, S. 6: TTIP – Eine Viertelmillion Gegner setzt Politiker unter Druck.

Verweise auf Aktionen zur Eurokrise, Mitgliedermobilisierung stand wie auch in *PUBLIK* gegenüber Information und Interessenbildung klar im Hintergrund.

7. Nachfrage nach ver.di's Interessenvertretungsangeboten

7.1 Nachfrage in Richtung Organisationsmacht

Die Nachfrage der ver.di-Mitglieder nach dem europapolitischen Interessenvertretungsangebot wird im Folgenden auf zwei Ebenen skizziert: der Ebene der Funktionäre und Gliederungen, die anhand der themenrelevanten Anträge der ver.di-Bundeskongresse 2011 und 2015 nachvollzogen wird, und der Ebene der einfachen Mitglieder, die anhand der thematischen Diskussionsaktivität im ver.di-„Mitgliedernetz“ angerissen wird.

Der Bundeskongress ist ver.di's höchstes Beschlussgremium, das sich alle vier Jahre aus circa 1.000 Delegierten konstituiert, um mehrere Tage über Anträge der funktionalen und territorialen Ebenen zu beraten, den Geschäftsbericht abzunehmen und die Führungsgremien zu entlasten bzw. zu wählen. In die Bundeskongresse 2011 und 2015 wurden jeweils mehr als 1.300 Anträge eingebracht.⁴⁹⁰ Ein gewisser Anteil der Anträge hat gleiche oder sehr ähnliche Inhalte – dennoch impliziert die schiere Zahl der Anträge, dass nicht über alle Anträge einzeln beraten und abgestimmt werden kann. Inhaltsgleiche Anträge werden durch die Empfehlung der Antragskommission durch einen Antrag erledigt, der alle Aspekte umfasst. Anträge, Änderungsanträge, zu denen deren Initiatoren Stellung nehmen, und sonstige Wortmeldungen bzw. Diskussionen zu Anträgen können als Nachfrage von Gliederungen bzw. Delegierten nach ver.di's Interessenvertretung in einzelnen Themenbereichen gewertet werden. Nur Anträge, deren Annahme eine Satzungsänderung nach sich ziehen würde, und/oder Anträge, zu denen vor der Behandlung des jeweiligen Sachgebiets Wortmeldungen angekündigt werden, kommen in die Einzelberatung, wo wiederum auch spontane Diskussionsbeiträge angemeldet werden können. Die übrigen Anträge werden in Blockabstimmungen abgehandelt.

Insgesamt bedeuten angenommene Anträge einen Auftrag zur Umsetzung an den Bundesvorstand, über den dieser im nächsten Geschäftsbericht in Erledigungsvermerken Rechenschaft ablegt. Somit spiegelt sich in Zahl und Inhalten der Anträge, die im Bundeskongress 2011 zum Thema Eurokrise gestellt wurden, die Nachfrage der ver.di-Gliederungen nach gewerkschaftlicher Interessenvertretung bzw. Betätigung des Bundesvorstands in diesem Feld. Die Annahme einschlägiger Anträge stellt den europapolitischen Interessenvertretungsauftrag bis zum nächsten Bundeskongress dar, zu dessen Erfüllung der Bundesvorstand im folgenden Geschäftsbericht Stellung nimmt. Der Geschäftsbericht 2011 bis 2014 wird daher im Folgenden als Reaktion der ver.di-Führung auf die innergewerkschaftliche Nachfrage betrachtet, die zur Eurokrise im Bundeskongress 2015 eingebracht und beschlossenen Anträge wiederum als Fortentwicklung der ursprünglichen Interessenvertretungsnachfrage der Delegierten bzw. ver.di-Gliederungen. Für die Rekapitulation der Nachfrage und Willensbildung zur Krisenpolitik wurden nicht nur die thematischen Anträge zur Eurokrise, sondern auch verwandte wirtschaftspolitische Anträge

⁴⁹⁰ Vgl. Ver.di (2011): ver.di: 3. Ordentlicher Bundeskongress beginnt am Samstag – Internetauftritt grundlegend überarbeitet: mehr Rat, mehr Service, mehr Dialog. Pressemitteilung vom 15.09.2011; Beucker, Pascal / Anja Krüger (2015): Umsonst gestreikt. *taz – die tageszeitung*, 16.09.2015.

und Anträge zur strategischen Weiterentwicklung der politischen Interessenvertretung ver.di berücksichtigt.

Bundeskongress 2011

Beim Bundeskongress 2011 warb Frank Bsirske in seinem Grundsatzreferat für die beschriebenen europapolitischen Forderungen: Das Ende der Sparpolitik und einen „Marshallplan“, eine koordinierte europäische Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik, die Wettbewerb über Lohn- und Sozialdumping beenden, die Finanzmärkte strenger regulieren und von einer demokratisch legitimierten, über Mittel aus einer Finanztransaktionssteuer verfügenden Wirtschaftsregierung umgesetzt werden soll, Eurobonds und schließlich eine effektive gewerkschaftliche Lohnkoordinierung in Europa.⁴⁹¹ Gleichzeitig machte Bsirske auf diesbezügliche Interessengegensätze in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aufmerksam:

„Mehr Europa, aber anders“ ist freilich ein Konzept, das auch in der europäischen Gewerkschaftsbewegung Diskussionen notwendig macht, da sollte man sich überhaupt nichts vormachen. Diskussionen mit all denen, die eine Position des „Je weniger Europa, desto besser“ vertreten. Der Dynamik des Steuersenkungswettlaufs, des Lohn- und Sozialdumpings in Europa lässt sich mit einer solchen Position des „Je weniger Europa, desto besser“ allerdings nicht beikommen. Wer die Aushöhlung des Sozialstaats in Europa stoppen und das europäische Sozialmodell erneuern will, der muss zur Durchsetzung dieser anderen Politik die politische Union vorantreiben.“⁴⁹²

Ferner betonte Bsirske: Die Gesellschaft wünsche sich von den Gewerkschaften „mehr Widerspruch, mehr kritische öffentliche Präsenz, mehr Widerstand“, sei aber selbst nicht unbedingt direkt zu mehr eigenem Engagement bereit. Aufgabe der Gewerkschaften sei daher auch, „Zusammenhänge zu erschließen, Orientierung zu bieten und Alternativen aufzuzeigen“. „Krisenerklärung und gewerkschaftliche Alternativen zu dieser Systemkrise“ müssten folglich vor allem in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine zentrale Rolle spielen, Bildungsarbeit sei somit eine „Zukunftsinvestition“.⁴⁹³

In den 21 Wortmeldungen zu Bsirskes Grundsatzreferat kam Europa nur in zwei Diskussionsbeiträgen vor: Der erste diagnostizierte, dass Gewerkschaften und Beschäftigte in der europäischen Integration „vergessen“ würden, was verhindert werden müsse.⁴⁹⁴ Der zweite betonte die Mobilisierung der Basis, ohne die ein „soziales Europa“ nicht zu erreichen sei:

⁴⁹¹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 09, S. 7 ff.

⁴⁹² Vgl. *ibid.*, S. 10.

⁴⁹³ Vgl. *ibid.*, S. 6.

⁴⁹⁴ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 10, S. 1.

„Deshalb muss die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften in der EU sein, die Integration von unten zu fördern, Lösungen auf die Fragen zu finden, wie man die Angriffe auf die Löhne, auf soziale Rechte, auf die Arbeitnehmerrechte und vieles andere abwehren kann. Das ist der entscheidende Punkt, wenn wir uns fragen, ob wir ein soziales Europa verwirklichen können. Eine soziale EU wird nur auf der Straße erkämpft und nicht woanders.“⁴⁹⁵

Die damalige Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrats Monika Brandl erläuterte in ihrem ergänzenden mündlichen Geschäftsbericht zur Arbeit des Gewerkschaftsrats die Überarbeitung des „Europamanifests“.⁴⁹⁶ Neben einer Zusammenfassung der inhaltlichen Schwerpunkte unterstrich Brandl die gewerkschaftspolitische Motivation des Manifests:

„Wir haben im Gewerkschaftsrat eine Resolution zur Finanz- und Wirtschaftskrise und ein Europa-Manifest geschaffen, nicht weil wir damit nach außen zeigen wollten, dass auch wir darüber geredet haben, sondern ich finde es ganz wichtig, dass man mit diesen Papieren auch diskutieren kann vor Ort in den Betrieben, den Kolleginnen und Kollegen auch diese Seite von uns zeigen kann, dass die Berichterstattung, die in der Presse zu lesen ist, in einer bestimmten Zeitung auch oft sehr einfach dargestellt wird. Wir wollen deutlich machen, dass eben nicht die Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Ländern diejenigen sind, die, wie es auch von uns gefordert worden ist, den Gürtel enger schnallen sollen, sondern dass es andere sind, die schuld sind an dieser Krise. Deshalb haben wir diese Papiere gemacht, um eine Diskussionsgrundlage zu schaffen. [...] Eines ist uns wichtig: „Vereint für Gerechtigkeit“, wir kämpfen gemeinsam mit unseren europäischen Partnergewerkschaften gegen die Abwälzung der Krisenfolgen einseitig auf uns, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“⁴⁹⁷

Das europapolitische Angebot der Bundesebene an die Delegierten bestand in zwei Anträgen des Gewerkschaftsrats als ver.di.s höchstem Beschlussgremium zwischen den Bundeskongressen. Diese Anträge bildeten den Auftakt zu den Sachgebieten „A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik“ und „D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“. Der Antrag „Aktiver Sozialstaat“ plädierte für einen „aktiven und investiven Sozialstaat“ als Grundlage eines Lebens in Würde und Freiheit. Neben nationalen Forderungen etwa in den Bereichen Gesundheits-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik nahm der Antrag auch die europäische Ebene ins Visier: In der EU müsse die „Konkurrenz der Nationalstaaten um möglichst niedrige Sozialausgaben, Löhne und Steuern“ beendet werden. Konkret bedeute dies einen „sozialen Stabilitätspakt“, der ökonomischen und sozialen Fortschritt verbinde; europäische Mindestlöhne und Mindeststandards für Arbeitsbedingungen; lohnpolitische Koordinierung der Gewerkschaften, die sich unter Wahrung der Tarifautonomie und des Streikrechts an Inflation und Produktivitätszuwachs orientiere; eine

⁴⁹⁵ Vgl. *ibid.*, S. 12.

⁴⁹⁶ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 02, S. 13 f.

⁴⁹⁷ Vgl. *ibid.*

Harmonisierung der Steuersätze, die Einführung von Mindeststeuersätzen und behördlichen Informationsaustausch, um „Steuer- und Regulierungsasen“ auszutrocknen. Schließlich solle eine „soziale Fortschrittsklausel (...) den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Freiheiten des Binnenmarktes und das Sozialstaatsgebot auch auf europäischer Ebene“ verankern.⁴⁹⁸ Zu dem Antrag gab es zwei Änderungsanträge mit Wortmeldungen, eine davon bezog sich auf die Ablehnung von durch die EU vorgegebenen Lohnleitlinien. Der Änderungsantrag wie auch der Ursprungsantrag wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.⁴⁹⁹

Der Antrag des Gewerkschaftsrats im „Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“ umfasste unter dem Titel „Aus der Krise lernen“ die Positionierung ver.di in der Eurokrise. Der Antrag wies die wirtschaftspolitische Fokussierung Deutschlands auf Wettbewerbsfähigkeit zurück und mahnte an, den Binnenmarkt über die Erhöhung von Löhnen und öffentlichen Investitionen sowie die Reregulierung des deutschen Arbeitsmarkts zu stärken. Für die europäische Ebene forderte der Antrag u.a. eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung, Eurobonds, ein europäisches Investitionsprogramm, eine europäische Bank für öffentliche Anleihen und eine effektive lohnpolitische Koordinierung der Gewerkschaften, die mindestens „verteilungsneutrale Spielräume“ ausnutzen solle.⁵⁰⁰ Zu diesem Antrag gab es eine Wortmeldung, die Missverständnisse aufgrund der Formulierung zur lohnpolitischen Koordinierung der europäischen Gewerkschaften befürchtete, und eine Widerrede des ver.di-Vorstandsmitglieds und jetzigen Bundesvorsitzenden Frank Werneke zu diesem Änderungsantrag. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt, der Antrag an sich mit großer Mehrheit angenommen.⁵⁰¹ Diese Wortmeldungen bedeuteten bereits den Großteil der europapolitischen Diskussion der Delegierten des Bundeskongresses.

Im „Sachgebiet Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“ wurden außerdem von den ver.di-Gliederungen jeweils mehrere Anträge eingereicht, die die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Stärkung der öffentlichen Einnahmen durch eine Vermögensabgabe bzw. -besteuerung forderten. Diese Anträge wurden ohne Wortmeldungen in einer Blockabstimmung einstimmig angenommen. Diese Blockabstimmung billigte außerdem ohne Wortmeldungen dazu Anträge des Landesbezirks Baden-Württemberg, eine bundesweite Kampagne gegen die „Umdeutung“ der Finanzkrise zu einer Schuldenkrise zu organisieren,⁵⁰² und des Landesbezirks Bayern, „ein breites Bündnis herzustellen und massiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben“, um politischen Druck für die Entkopplung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten aufzubauen.⁵⁰³

⁴⁹⁸ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 1-5: Antrag A 001: Aktiver Sozialstaat.

⁴⁹⁹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 13, S. 7 ff.

⁵⁰⁰ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, S. 1-5: Antrag D 001: Aus der Krise lernen.

⁵⁰¹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 11, S. 14 ff.

⁵⁰² Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, S. 41 f.: Antrag D 018: Finanz- und Wirtschaftskrise.

⁵⁰³ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, S. 43 ff.: Antrag D 019: Europa aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreien; Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 11, S. 33 f.

Die Erledigungsvermerke des Geschäftsberichts 2011 bis 2014 zu den genannten Anträgen stellten neben der Betonung des Erfolgs des gesetzlichen Mindestlohns die Kampagne „Umfairteilen“ heraus und verwiesen auf ver.di als treibende Kraft bei Demonstrationen, große Medienresonanz und die Aufnahme einer Vermögenssteuer in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2013 der SPD, der Grünen und der Linken. Europapolitisch sei der „Marshallplan“ „in mehrere Sprachen übersetzt und gezielt in die politische Debatte eingebracht“ worden.⁵⁰⁴ Im Kontext der Finanzmarktregulierung bzw. Finanztransaktionssteuer lag die „Erledigung“ im Engagement im zivilgesellschaftlichen Bündnis „Transaktionssteuer: Steuer gegen Armut“.⁵⁰⁵ Gegen die „Umdeutung“ zu einer Schuldenkrise bezog ver.di laut Bericht „[i]n verschiedenen Zeitungsveröffentlichungen [...] öffentlichkeitswirksam zur Eurokrise Position“.⁵⁰⁶ Im Kontext der Schuldenbremse wurde auf geschlossene Gelegenheitsstrukturen abgestellt, da es dazu „im politischen Raum momentan keine Ansprechpartner, die entsprechend handlungsfähig wären“, gebe: „Vielmehr stand im Berichtszeitraum der Widerstand gegen die Übertragung der Schuldenbremse auf die europäische Ebene – der Fiskalpakt – auf der Tagesordnung. Hiergegen hat sich ver.di deutlich positioniert, unter anderem mittels eines Schreibens des Vorsitzenden an alle Bundestagsabgeordneten mit der Aufforderung, dem Fiskalvertrag nicht zuzustimmen.“⁵⁰⁷

Die europapolitische Nachfrage der ver.di-Gliederungen manifestierte sich im „Sachgebiet F: Europäische und internationale Politik“, das zehn Anträge umfasste: Zwei Anträge befassten sich mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie, einer mit Arbeitnehmerfreizügigkeit und Tarifkonkurrenz, zwei mit der internationalen Vernetzung von Beschäftigten und einer mit einem UNO-Menschenrechtsinstrument gegen die Diskriminierung von Frauen. Die übrigen vier Anträge beschäftigten sich mit der Eurokrise: Die Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg forderte in ihrem Antrag, „grenzüberschreitendes gewerkschaftliches Handeln gegen die EU-Agenda 2020 (Europa 2020)“ zu verstärken und erklärte transnationale Gewerkschaftszusammenarbeit in den Themenfeldern Löhne und Arbeitnehmerrechte zu einer „Überlebensfrage“ für die Gewerkschaften. Dazu sollten nicht nur europäische und transnationale Gewerkschaftsstrukturen, sondern auch konkret das internationale Engagement einzelner Gewerkschaftsmitglieder gefördert werden. Transnationale Organisation müsse durch regionale Aktionen und Streiks ergänzt werden, die „Ränge der Zuschauerdemokratie“ müssten verlassen werden.⁵⁰⁸ Die Landesbezirkskonferenz Berlin-Brandenburg brachte einen Antrag zur „europäischen Arbeitsmarktpolitik“ ein, der sich u.a. gegen die Verschärfung des Stabilitätspakts und einen europäischen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ positionierte. Der Antrag forderte den Bundesvorstand auf, Mitglieder und Beschäftigte auf die „Entscheidung für einen gewerkschaftlich organisierten Kampf“ vorzubereiten und ein Recht auf politische Streiks in Deutschland zu beanspruchen.⁵⁰⁹ Die Landesbezirkskonferenz Bayern argumentierte in

⁵⁰⁴ Vgl. Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 264: Erledigungsvermerk D 001.

⁵⁰⁵ Vgl. *ibid.*, S. 266, Erledigungsvermerk D 005.

⁵⁰⁶ Vgl. *ibid.*, S. 267, Erledigungsvermerk D 017.

⁵⁰⁷ Vgl. *ibid.*, S. 270, Erledigungsvermerk D 051.

⁵⁰⁸ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet F: Europäische und internationale Politik, S. 9-11: Antrag F 004: Grenzüberschreitendes gewerkschaftliches Handeln gegen die EU-Agenda 2020 (Europa 2020).

⁵⁰⁹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet F: Europäische und internationale Politik, S. 13-19: Antrag F 005: Europäische Arbeitsmarktpolitik.

ihrem Antrag dafür, dass ver.di „den Angriff auf die Tarifautonomie durch den Euro-Pakt“ scharf verurteilen solle und alle ver.di-Gliederungen entsprechende Aktivitäten in die Wege leiten sollten.⁵¹⁰ Der vierte und kürzeste Antrag zur Eurokrise stammte schließlich von der Bezirkskonferenz Stuttgart, die für eine „Verstärkung von Protesten der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland“ plädierte – „nicht nur um gegen Missstände in der Bundesrepublik Deutschland zu protestieren, sondern auch um unseren südeuropäischen Kolleginnen und Kollegen – insbesondere in Spanien, Portugal und Griechenland – den Rücken zu stärken“.⁵¹¹

Zu diesen Anträgen gab es keine Wortmeldungen auf dem Bundeskongress, alle zehn Anträge zu europäischer und internationaler Politik wurden in einer Sammelabstimmung ohne Gegenstimmen angenommen.⁵¹² Neben Reden britischer, griechischer und österreichischer Gewerkschaftsfunktionäre gab es zur Eurokrise nur eine Wortmeldung zu einem Initiativantrag eines Delegierten, der seinen Initiativantrag begründete.⁵¹³ Dieser ohne weitere Diskussion einstimmig angenommene Antrag stellte innerhalb des Sachgebiets „Europäische und internationale Politik“ einen fünften Antrag zur Eurokrise dar, indem er sich gegen die Konditionalität des Euro-Rettungsschirms wandte, an den Bundestag appellierte, sich gegen die Sparpolitik zu positionieren, und den Austritt Deutschlands aus dem Euro-Plus-Pakt forderte.⁵¹⁴

Bei den vier übrigen Anträgen zur Eurokrise aus diesem Sachgebiet fällt auf, dass die Nachfrage zu Positionierung und (konfrontativen) Interessenvertretung jeweils von der regionalen Ebene der Landesbezirke ausging. Dass der Antrag zur Intensivierung gewerkschaftlicher Proteste hierbei vom Bezirk Stuttgart gestellt wurde, unterstreicht die in den vorangegangenen Abschnitten gezeigte kämpferische Haltung und die Outsiderstrategien, die dieser Bezirk in der Finanz- und Eurokrise verfolgte. Bemerkenswert am Antrag aus Stuttgart zur Intensivierung gewerkschaftlicher Protestaktivitäten in Deutschland ist außerdem die solidarische Begründung, dadurch den südeuropäischen Arbeitnehmern „den Rücken zu stärken“ (s.o.). Die Erledigung der Anträge durch Sammelabstimmungen und ohne Wortmeldungen kann als Hinweis auf die allgemeine Akzeptanz der Positionierung zur Eurokrise durch den Bundeskongress gewertet werden, im Zusammenhang mit der geringen Anzahl der Anträge aber auch als fehlende Nachfrage der ver.di-Gliederungen und der Delegierten des Bundeskongresses.⁵¹⁵ Die Bundesebene hatte in dieses Sachgebiet keine Anträge mit Bezug zur Eurokrise eingebracht.

⁵¹⁰ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet F: Europäische und internationale Politik, S. 21-23: Antrag F 006: Wirtschaftsregierung Europas – „Euro-Pakt“.

⁵¹¹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet F: Europäische und internationale Politik, S. 31: Antrag F 010: Verstärkung von Protesten der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

⁵¹² Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 21, S. 23.

⁵¹³ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 21, S. 21 f.

⁵¹⁴ Vgl. Ver.di (2012): Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses vom 17. bis 24. September 2011 in Leipzig, S. 411.

⁵¹⁵ Zum Vergleich: Das „Sachgebiet A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik“ umfasste 307 Anträge u.a. zu den Themenblöcken öffentliche Daseinsvorsorge, Gute Arbeit/Dienstleistungspolitik, Mindestlohn, politischer Streik, Bürgerrechte, Migrationspolitik. Das „Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“ versammelte insgesamt 54 Anträge. Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik; Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik.

Der Erledigungsvermerk zum Antrag für „grenzüberschreitendes Handeln gegen die EU-Agenda 2020“ verwies auf die „Drei-Länder-Wochen“, die EBI „right2water“ und ver.di's Mitwirkung in europäischen Gewerkschaftsverbänden, am „Marshallplan“ und an der Diskussion zu einem europäischen Mindestlohn.⁵¹⁶ Zur Erledigung des Antrags zu „europäischer Arbeitsmarktpolitik“ wiederholte der Geschäftsbericht diese Aktivitäten und ergänzte sie um ver.di's Öffentlichkeitsarbeit gegen Einzelmaßnahmen der EU-Krisenpolitik wie den Fiskalpakt, den Euro-Plus-Pakt und den „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ sowie um Lobbying-Aktivitäten für eine Reform der Entsenderichtlinie und die Etablierung einer „Sozialen Fortschrittsklausel“. Betont wurde zudem, ver.di habe sich „an den Europäischen Aktionstagen des EGB beteiligt, die mit Demonstrationen in Brüssel und anderen europäischen Städten einen Kurswechsel in der EU eingefordert haben“.⁵¹⁷ Die Erledigungsvermerke zu zwei weiteren Anträgen gegen die Konditionalität des EU-Rettungsschirms und den Euro-Plus-Pakt nahmen die genannten Aktivitäten ein weiteres Mal auf.⁵¹⁸ Die begrenzte Mobilisierung und den ausgebliebenen Erfolg dieser Aktivitäten kommentierte der Geschäftsbericht nicht. Schließlich wurde der Stuttgarter Antrag zur Verstärkung der Gewerkschaftsproteste in Deutschland mit den Demonstrationen des EGB beantwortet, auf den Umstand in Deutschland weitgehend ausgebliebener Gewerkschaftsdemonstrationen bzw. Solidaritätsaktionen wurde nicht eingegangen.⁵¹⁹

Auf dem Bundeskongress wurden ver.di's „Europamanifest“ und „Marshallplan“ lediglich in den Reden Frank Bsirkes und Monika Brandls thematisiert, Anträge dazu wurden nicht gestellt und somit auch keine Wortmeldungen angemeldet. Sowohl die Rede der Gewerkschaftsratsvorsitzenden Brandl und die Wortmeldung zur Rede Bsirkes als auch die Anträge aus Stuttgart und Baden-Württemberg bezogen sich aber auf die Notwendigkeit der Einbeziehung der Mitglieder, um im Widerstand gegen die EU-Krisenpolitik glaubhaft und schlagkräftig zu werden. Im Zusammenhang mit der Mitgliederebene kann außerdem festgehalten werden, dass nicht nur Frank Bsirkes Rede, sondern auch ein als Ergänzung des oben genannten Leitantrags des Gewerkschaftsrats zur Eurokrise angenommener Antrag des Bundesfachbereichs 13 (Besondere Dienstleistungen) im Bereich „Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“ die Bedeutung der Bildungsarbeit betonte, um „Alternativen zur herrschenden Wirtschaftsordnung“ zu diskutieren.⁵²⁰ Auch zehn Anträge im „Sachgebiet L: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“ beklagten die finanzielle Ausstattung der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit bzw. forderten deren Aufstockung.⁵²¹ Die Erledigungsvermerke im Geschäftsbericht 2011 bis 2014 zu den bildungspolitischen Anträgen geben wenig Aufschluss über die Entwicklung der Ressourcen und Inhalte. Eine diesbezügliche Anfrage bei der ver.di-Gesellschaft „ver.di GPB“⁵²² blieb unbeantwortet. Mit der Bildungsarbeit der Gewerkschaften in der Krise setzt sich aber Bürgin (2013) auseinander. Sie stellt heraus, dass Bildungsarbeit „als Zweckbildung“ wahrgenommen wird, die

⁵¹⁶ Vgl. Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 290: Erledigungsvermerk F 004.

⁵¹⁷ Vgl. *ibid.*, S. 290 f.: Erledigungsvermerk F 005.

⁵¹⁸ Vgl. *ibid.*, S. 291: Erledigungsvermerke I 010, F 006.

⁵¹⁹ Vgl. *ibid.*, S. 292: Erledigungsvermerk F 010.

⁵²⁰ Vgl. Ver.di (2012): Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses vom 17. bis 24. September 2011 in Leipzig, S. 297.

⁵²¹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet L: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, S. 1 ff.; Ver.di (2012): Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses vom 17. bis 24. September 2011 in Leipzig, S. 497 ff.

⁵²² Ver.di Gesellschaftspolitische Bildung, vgl. <http://www.verdi-gpb.de/> [30.07.2021].

sich primär an den „Praxisfeldern[n] in Betrieb und Gewerkschaft“ orientiert, und Veranstaltungen für Betriebsräte zum betrieblichen Krisenmanagement deutlich beliebter sind als Seminare zu „Krisendeutung und gesellschaftlichen Veränderungen“ (ibid.: S. 270, 273).

In den übrigen wirtschafts, tarif- und organisationspolitischen Sachgebieten, die ver.di durch die Eurokrise berührt hätte sehen können, wurde die Eurokrise gar nicht und Europa nur am Rande thematisiert⁵²³ – etwa im „Sachgebiet B: Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik“ in der Forderung, Leiharbeit nicht nur national, sondern europaweit abzuschaffen.⁵²⁴ Der einzige Antrag, der sich in diesen Sachgebieten noch genuin mit Europa befasste, argumentierte im „Sachgebiet M: Organisationspolitik“ für die Einrichtung eines ehrenamtlichen „Europa-Ausschusses“ in ver.di, um die wachsende Bedeutung Europas in der Organisationsstruktur abzubilden.⁵²⁵ Der Antrag wurde vom Bundeskongress angenommen als „Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat“ – und im Geschäftsbericht als durch ver.di bereits vorhandene europapolitische Strukturen als erledigt gewertet.⁵²⁶

Andere politische Themen regten auf dem Bundeskongress 2011 durchaus viele Änderungsanträge, Wortmeldungen und engere Abstimmungen an. So gab es im Sachgebiet „Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“ 13 Diskussionsbeiträge zu dem vom Landesbezirk Baden-Württemberg eingebrachten Antrag „Demokratisierung der Wirtschaft – Vergesellschaftung von Schlüsselbranchen“. Der Antrag hielt die „Vergesellschaftung der Schlüsselbranchen wie Telekommunikation, Post, Energie, Schienen- und Nahverkehr sowie Banken“ für geboten – und wurde durch einen ausführlicheren, aber inhaltsähnlichen Änderungsantrag ersetzt, der trotz „etlicher Gegenstimmen“ angenommen wurde.⁵²⁷ Zu ver.di's politischem Großprojekt der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland wurden 23 Anträge eingebracht, zu dem Änderungsantrag, direkt einen Mindestlohn von zehn Euro statt 8,50 Euro pro Stunde anzuvisieren, gab es 27 Diskussionsbeiträge und weitere 15 Wortmeldungen, die im Lauf der Debatte zurückgezogen wurden. Schließlich wurde ein Kompromiss erreicht, zunächst 8,50 Euro, aber eine rasche Erhöhung auf 10 Euro zu fordern.⁵²⁸

Zur strategischen Durchsetzung von ver.di's politischen Zielen jenseits von Mitgliederinformation und Öffentlichkeitsarbeit wurden 26 Anträge zum Thema politischer Streik

⁵²³ Darunter fallen die Sachgebiete „C: Sozial- und Gesundheitspolitik“, „E: Tarifpolitik“, „J: Mitbestimmung“, „L: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“, „P: Informationsarbeit und Betriebsorganisation“.

⁵²⁴ Vgl. Ver.di (2011): Anträge Sachgebiet B: Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, S. 131 f.: Antrag B 053: Leiharbeit abschaffen – Kampfkraft stärken.

⁵²⁵ Vgl. Ver.di (2011) Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet M: Organisationspolitik, S. 105: Antrag M 047: Ehrenamtlicher Europa-Ausschuss.

⁵²⁶ Vgl. Ver.di (2012): Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses vom 17. bis 24. September 2011 in Leipzig, S. 534; Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 315: Erledigungsvermerk M 047.

⁵²⁷ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, S. 57 f.: Antrag D 025: Demokratisierung der Wirtschaft – Vergesellschaftung von Schlüsselbranchen; Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 11, S. 18-33.

⁵²⁸ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 147-193: Anträge A 050 bis A 072 zum Mindestlohn; Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 13, S. 13-34; Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 14, S. 17-26.

gestellt,⁵²⁹ die Diskussion dazu umfasste 15 Beiträge der Delegierten. Die in den Anträgen aufgeworfenen Anliegen, ein politisches Streikrecht im Grundgesetz zu verankern und eine Änderung der Satzung ver.di zu beschließen, um die Verfolgung des politischen Streikrechts in der Satzung noch stärker zu betonen, stießen auf Skepsis und gerieten gegenüber der als wichtiger eingeordneten Frage der Mobilisierungsfähigkeit in den Hintergrund. Eine Wortmeldung stellte den Bezug zu den Generalstreiks in der Eurokrise her:

„Wenn wie heute in der Presse steht und durch die Medien geht – in Griechenland, Portugal, Spanien, Frankreich und Italien zu Generalstreiks aufgerufen wird, kann und darf es zukünftig nicht mehr sein, dass wir nur zuschauen, liebe Kolleginnen und Kollegen.“⁵³⁰

Die Mehrheit der Diskussionsbeiträge argumentierte, dass ein Recht auf politischen Streik nicht dekretiert werden könne, sondern „auf der Straße“ erkämpft werden müsse. Eine mit „lebhaftem Beifall“ bedachte Wortmeldung stellte heraus, dass es zunächst einmal gelingen müsse, die gesellschaftliche Empörung zu erzeugen, die politischen Streiks Schwung und Legitimität geben könne. Frank Bsirske bekräftigte dieses Argument und ermutigte zu mehr Beteiligung bei Aktionen während der Arbeitszeit.⁵³¹ Die Erweiterung des strategischen Arsenal um Generalstreiks war aber kein Thema, das erst durch die Finanz- und Eurokrise Konjunktur in ver.di erhielt. Beim Bundeskongress 2007 wurden bereits zehn Anträge zu politischem Streik eingebracht, u.a. wurde der Bundesvorstand beauftragt, eine Kampagne zur Durchsetzung des politischen Streiks zu organisieren. Im Erledigungsvermerk dazu im Geschäftsbericht 2007 bis 2011 spielte der Bundesvorstand den Ball an die Mitglieder bzw. Beschäftigten zurück:

„Eine Kampagne zum Streikrecht ohne Einschränkung ist ohne konkretes Handeln nicht zielführend. Der Bundesvorstand hat sich entschieden, zu gegebenen Anlässen bei politischen Forderungen der Gewerkschaften zu betrieblichen Aktionen aufzufordern. Das uneingeschränkte Streikrecht müssen sich die Beschäftigten erkämpfen, in dem [sic] sie die Aktionen während der Arbeitszeit organisieren und die Arbeit tatsächlich niederlegen.“⁵³²

An anderer Stelle betonte der Geschäftsbericht, dass ver.di das Recht auf politischen Streik öffentlich eingefordert habe und ver.di-Mitglieder „dieses Recht in zahlreichen Auseinandersetzungen mit der Politik auch wahrgenommen“ hätten, etwa zum Mindestlohn

⁵²⁹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 223-293; Anträge A 085 bis A 110 zum politischen Streik.

⁵³⁰ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 16, S. 31.

⁵³¹ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 16, S. 14-20, 26-46.

⁵³² Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2007-2011, S. 349; Erledigungsvermerk A 065.

und bei Aktionen der Kampagne „Gerecht geht anders“. In diesem Zusammenhang lobte der Geschäftsbericht auch Bürgerproteste zu „Stuttgart 21“, unterstrich aber, dass ver.di „ihr Engagement von den Zielen und den Trägern dieser Bewegungen abhängig“ mache und ihre Aktionen etwa zu „Gerecht geht anders“ auch als Beitrag zur Stärkung lokaler Demokratie verstehe.⁵³³ Gleichwohl stellte der Geschäftsbericht auch fest, dass das Recht auf politischen Streik „umstritten“ und „nach herrschender Meinung in Deutschland verboten“ sei.⁵³⁴

Auch die ver.di-Jugend setzte sich auf dem Bundeskongress 2011 für die Erweiterung des strategischen Repertoires in Richtung verstärkte Bündnisarbeit und ziviler Ungehorsam ein. Die entsprechenden Anträge wurden in einer Blockabstimmung ohne weitere Diskussion angenommen.⁵³⁵ Die Erledigungsvermerke des Geschäftsberichts dazu waren wiederum sehr knapp gehalten, verwiesen auf die Fortsetzung der entsprechenden Aktivitäten und die Beteiligung der ver.di-Jugend an „Blockupy“.⁵³⁶ Andererseits nahm der Bundeskongress auch einen Antrag „als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand“ an, der forderte, Doppelstrukturen der politischen Arbeit zwischen ver.di und dem DGB zu reduzieren und Ressourcen zu sparen, indem Kampagnen und Positionspapiere der Verantwortung des DGB überlassen werden sollten.⁵³⁷ Der Erledigungsvermerk des Bundesvorstands dazu bestand in einem Hinweis auf die erfolgreiche Zusammenarbeit im DGB.⁵³⁸

Bundeskongress 2015

Beim Bundeskongress 2015 zog Frank Bsirske in seiner mündlichen Ergänzung des Geschäftsberichts eine negative Bilanz der europapolitischen Ambitionen des Bundeskongresses 2011. Für den „Marshallplan“ hätten keine Mehrheiten gewonnen werden können, die Gewerkschaften hätten ihre Abwehrkämpfe auf die nationale Ebene fokussiert, eine „starke soziale Kampagne gegen die Austerität und die Massenarbeitslosigkeit“ sei nicht zustande gekommen. Zu ver.dis Interessenbildung resümierte Bsirske:

„Zwar sind die Eurokrise und unsere Alternativen dazu permanent Gegenstand der Berichterstattung in unserer Mitgliederzeitung „PUBLIK“ und im Internet gewesen, doch vor Ort sind viele Aktive vor der Komplexität des Themas zurückgeschreckt. Das muss man ganz nüchtern festhalten. Wegen der Ungleichzeitigkeit der Krisenwirkungen hat sich auch die Betroffenheit in den verschiedenen Eurostaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Das hat dazu beigetragen, dass die Eurokrise in Deutschland vor allem als ein Problem der anderen wahrgenommen wurde und wird.“⁵³⁹

⁵³³ Vgl. *ibid.*, S. 85 f.

⁵³⁴ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 223: Erledigungsvermerke A 085, A 086.

⁵³⁵ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 703-713: Anträge A 269 bis A 271; Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 20, S. 20.

⁵³⁶ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 238: Erledigungsvermerke A 269, A 270, A 271.

⁵³⁷ Vgl. Ver.di (2012): Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses vom 17. bis 24. September 2011 in Leipzig, S. 523.

⁵³⁸ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 311: Erledigungsvermerk M 017.

⁵³⁹ Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 2, S. 60.

In seinem Grundsatzreferat ging Bsirske anders als 2011 nicht auf die europapolitische Mitgliedermobilisierung ein, sondern fokussierte auf „eine europäische Gewerkschaftsbewegung, die kampagnenfähig ist, die mobilisierungsfähig ist und die letztlich in der Lage ist, den Kampf gegen die Austeritätspolitik und gegen die Angriffe auf Gewerkschaftsrechte in Europa europaweit zu organisieren und zu führen“.⁵⁴⁰ Für die europapolitische Interessenvertretung rief er im Vergleich zum Bundeskongress 2011 abgesehen vom „Marshallplan“ die gleichen Ziele aus: die Abwehr von Eingriffen in gewerkschaftliche Tarif- und Streikrechte, ein einheitliches europäisches Mindestlohniveau von 50 bis 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns und eine soziale Fortschrittsklausel gegen das Primat der Marktliberalisierung.⁵⁴¹

Europapolitik stellte 2015 anders als 2011 kein eigenes Sachgebiet mehr dar, vielmehr war sie Teil des „Sachgebiets K: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik“ und umfasste 14 Anträge. Dazu kamen zwei Initiativanträge von Delegierten, die sich beide mit Solidarität gegenüber Griechenland befassten: Ver.di solle weiterhin mit anderen gesellschaftlichen Kräften auf einen Politikwechsel hinarbeiten, der Griechenlands Schuldenlast reduzieren und Wachstum ermöglichen solle. Außerdem solle der direkte Austausch mit Beschäftigten in Griechenland gesucht werden. Wortmeldungen dazu bezogen sich lediglich auf das Verhältnis der beiden Anträge zueinander, bevor die Initiativanträge angenommen wurden.⁵⁴² Anders als 2011 stellte der Gewerkschaftsrat einen umfangreichen Leit-antrag zu Europa mit insgesamt 15 Forderungen u.a. zu einem Kurswechsel hinsichtlich der Sparpolitik, der Förderung der öffentlichen Daseinsvorsorge, einer auf Qualität und gute Arbeit ausgerichteten europäischen Dienstleistungsstrategie, europäischer Sozialpolitik und der Demokratisierung der EU-Politik.⁵⁴³ Dieser und vier weitere Anträge wurden aus Zeitgründen zur Beschlussfassung an den Gewerkschaftsrat weiterverwiesen, die übrigen Anträge wurden in einer Sammelabstimmung jeweils den Empfehlungen der Antragskommission folgend angenommen oder als bereits erledigt bewertet.⁵⁴⁴ In die Sammelabstimmung fielen auch zwei Anträge zu „Solidarität mit koordinierten europäischen Streikaktionen“ und der europapolitischen Mobilisierung in den Betrieben. Der erste, von der ver.di-Jugend stammende Antrag forderte, dass ver.di sich für eine Unterstützung der europäischen Streikaktionen beim DGB so lange einsetzen solle, „bis er geschlossen dahinter steht“.⁵⁴⁵ Ziel müsse sein, „deutlich mehr Kolleginnen/Kollegen auf die Straße oder zu betrieblichen Aktionen zu motivieren“. Der zweite, vom Frankfurter Bezirksfachbereich 3 (Gesundheit und Soziales) eingebrachte Antrag beklagte die fehlende Umsetzung eines Bundeskongressbeschlusses von 2011:

⁵⁴⁰ Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 4, S. 24.

⁵⁴¹ Vgl. *ibid.*, S. 23 f.

⁵⁴² Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 6, S. 14 ff.

⁵⁴³ Vgl. Ver.di (2016): Beschlüsse des 4. ver.di-Bundeskongresses vom 20. bis 26. September 2015 in Leipzig, S. 537-543: Antrag K 109.

⁵⁴⁴ Vgl. *ibid.*, S. 533 ff.

⁵⁴⁵ Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Antrag K 113: Solidarität mit koordinierten europäischen Streikaktionen.

„Trotz des Beschlusses E 004 [sic, gemeint ist der weiter oben zitierte Antrag F 004] auf dem letzten ver.di-Bundeskongress ("ver.di wird sich stärker als bisher in grenzüberschreitende Aktivitäten einbringen, die der EU-Politik der Märkte und des Profits Alternativen jenseits von Standortkonkurrenz und weltweitem Lohndumping entgegenstellen") wird zu den europäischen Protest- und Generalstreiktagen und anderen Aktionen gegen die EU-Verarmungspolitik [sic] weder langfristig noch mit Nachdruck in den Betrieben mobilisiert.“⁵⁴⁶

In der Sammelabstimmung wurde der erste Antrag angenommen, der zweite der Empfehlung der Antragskommission folgend als durch den ersten erledigt gewertet. Diese Anträge bestärken die Bilanz Frank Bsirskes, dass das Thema Eurokrise in den Betrieben nur schwer mobilisierbar war.

Zu den geplanten Freihandelsabkommen der EU wurden so viele Anträge eingebracht, dass dafür ein eigenes „Sachgebiet H: Handelspolitik“ geschaffen wurde. Mit 50 Anträgen zu TTIP, CETA und TiSA (Trade in Services Agreement) vereinte dieses Sachgebiet mehr als doppelt so viele Anträge auf sich wie das Thema gesetzlicher Mindestlohn beim Bundeskongress 2011. Seinen ausführlichen Leitantrag dazu stellte der Gewerkschaftsrat unter den Titel „Globalisierung sozial und demokratisch gestalten“: Der Antrag forderte, die Verhandlungen zu stoppen und sich dem Bündnis „Stop TTIP“ anzuschließen. Während „fairer und nachhaltiger“ Handel zu begrüßen sei, müssten öffentliche Daseinsvorsorge, Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz von Handelsabkommen ausgenommen werden bzw. dürften durch keinerlei Vereinbarung etwa zu Schiedsgerichtsbarkeit potentiell unterlaufen werden können. Handelsabkommen sollten transparent und demokratisch zustande kommen, Schiedsgerichte für Investorenrechte seien abzulehnen.⁵⁴⁷ Zu diesem Antrag gab es vier Wortmeldungen, deren gemeinsames Echo die Forderung nach dem Abbruch der Verhandlungen war, bevor der Antrag „mit einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen“ angenommen wurde.⁵⁴⁸ Die restlichen Anträge zur Handelspolitik wurden in einer Sammelabstimmung der Empfehlung der Antragskommission folgend behandelt, sie als Arbeitsmaterial zum Leitantrag anzunehmen, als durch den Leitantrag bzw. einen weiteren angenommenen Antrag oder „durch Praxis“ als erledigt zu betrachten.⁵⁴⁹ Auch Frank Bsirske nahm in seinem Grundsatzreferat ausführlich zur EU-Handelspolitik Stellung, äußerte dabei die gleichen Forderungen wie der Antrag des Gewerkschaftsrats und rief zur Beteiligung an der Großdemonstration gegen TTIP in Berlin im Oktober 2015 auf.⁵⁵⁰ Keine der Wortmeldungen zu seiner Rede bezog

⁵⁴⁶ Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Antrag K 114: Aktivitäten von ver.di gegen die EU-Politik der Ruinierung der Kolleginnen/Kollegen wirtschaftlich schwächerer Länder und der Rettung der Banken und der Vermögen der Reichen.

⁵⁴⁷ Vgl. Ver.di (2016): Beschlüsse des 4. ver.di-Bundeskongresses vom 20. bis 26. September 2015 in Leipzig, S. 403-408: Antrag H 001.

⁵⁴⁸ Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 6, S. 21-26.

⁵⁴⁹ Vgl. Ver.di (2016): Beschlüsse des 4. ver.di-Bundeskongresses vom 20. bis 26. September 2015 in Leipzig, S. 408 ff.

⁵⁵⁰ Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 4, S. 21 ff.

sich auf die geplanten Freihandelsabkommen.⁵⁵¹ Die Diskussion blieb damit auf die genannten vier Wortmeldungen zum Antrag des Gewerkschaftsrats beschränkt.

Im „Sachgebiet D: Öffentlich ist wesentlich“ stellte der Gewerkschaftsrat den umfangreichen Antrag „Wirtschafts-, Konjunktur- und Investitionspolitik zur Überwindung der Eurokrise“, der u.a. den Juncker-Investitionsplan als ungenügend kritisierte und stattdessen einen „europäischen Zukunftsfonds“ gleicher Gestalt wie der „Marshallplan“ forderte, ferner nach wie vor höhere Löhne und Investitionen in Deutschland als Stimulus für den Binnenmarkt und Ausgleich der deutschen Leistungsbilanz. Bezug zur Eurokrise nahm außerdem ein Antrag des Landesbezirks Bayern zu Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Beide Anträge wurden ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.⁵⁵²

Zum politischen Streik wurden 2015 nur noch fünf Anträge eingebracht, zu denen es keine Wortmeldungen gab und die an den Gewerkschaftsrat weitergeleitet wurden. Aktuell war nach wie vor das Thema Wirtschaftsdemokratie, zu dem fünf Anträge gestellt wurden und das in der Antragsberatung zehn Wortmeldungen anregte.⁵⁵³ Auch wirtschaftspolitische Bildungsarbeit wurde wieder angemahnt und beschlossen.⁵⁵⁴ Die ver.di Jugend beantragte ein weiteres Mal erfolgreich, zivilen Ungehorsam zur „legitimen Aktionsform“ zu machen.⁵⁵⁵ In diesem Zusammenhang beantragte der Landesbezirk Bayern, „Blockupy“ zu unterstützen, was in einer Sammelabstimmung als „Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand“ beschlossen wurde.⁵⁵⁶

„Mitgliedernetz“

Die Nachfrage im ver.di-„Mitgliedernetz“ lässt sich deutlich kürzer abhandeln. Das „Mitgliedernetz“ wurde im Frühjahr 2011 zu einem sozialen Netzwerk mit Profilen und verschiedenen Interaktionsformen (Gruppen, Abstimmungen, Foren mit einzelnen Diskussionsthreads) erweitert.⁵⁵⁷ In jeder *PUBLIK*-Ausgabe gibt es einen Hinweis, was aktuell dort diskutiert werden kann. In den 40 Ausgaben zwischen Frühjahr 2011 und Ende 2015 wurde hier lediglich viermal auf eine Diskussion zum Thema Eurokrise aufmerksam gemacht.⁵⁵⁸ Im „Mitgliedernetz“ selbst finden sich im Forum „Politik, Soziales, Nachhaltigkeit“ in diesem Zeitraum 51 Threads, die zum Thema Eurokrise eröffnet wurden – wovon 21 Threads keinerlei Antworten erhielten. Die übrigen 30 Threads kamen gemeinsam auf 325 und damit durchschnittlich auf rund elf Antworten pro Thread. Bezogen auf ver.dis Mitgliederzahl, aber auch auf die im Geschäftsbericht von 2011 bis 2014 angegebene

⁵⁵¹ Vgl. *ibid.*, S. 30-44.

⁵⁵² Vgl. *ibid.*, S. 171, S. 181: Anträge D 001, D 007; Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 5, S. 44.

⁵⁵³ Vgl. Ver.di (2016): Beschlüsse des 4. ver.di-Bundeskongresses vom 20. bis 26. September 2015 in Leipzig, S. 435ff; Anträge J 032ff; Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 4, S. 94 ff.

⁵⁵⁴ Vgl. *ibid.*, S. 463: Antrag J 041.

⁵⁵⁵ Vgl. *ibid.*, S. 472: Antrag K 008.

⁵⁵⁶ Vgl. *ibid.*, S. 562: Antrag K 128.

⁵⁵⁷ Vgl. *PUBLIK*, 3/2011, Inside: Jetzt mit Profilschärfe.

⁵⁵⁸ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2011, 5/2012, 7/2012, 3/2013: Inside.

Nutzerzahl des „Mitgliedernetzes“ von 90.000 ist dies eine verschwindend geringe Aktivität bzw. Themennachfrage der Mitglieder.

Viele der unbeantworteten Threads stammen von einem ver.di-Mitglied, das kontinuierlich Links mit Quellen und Informationen zur gewerkschaftlichen Positionierung in der Eurokrise postete. Dieses Mitglied und einige wenige andere Mitglieder waren durchaus aktiv zum Thema Eurokrise. Eine rege Diskussionsaktivität ereignete sich aber nicht zur europapolitischen Positionierung, sondern erst zum Konflikt zwischen der EU und Griechenland anlässlich eines dritten Hilfspakets 2015. Dort spiegelte sich der deutsche Diskurs zwischen Befürwortern und Gegnern von Finanzhilfen bzw. eines „Grexit“. In anderen Threads wurde das Verhältnis zu „Blockupy“ diskutiert oder überlegt, inwieweit deutsche Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften jenseits der gemeinsamen instrumentellen Interessen ihrer Mitglieder überhaupt ein politisches Mandat hätten, um mit Methoden etwa eines Generalstreiks in der Eurokrise zu mobilisieren, oder ob die politische Interessenvertretung Parteien und Parlament überlassen werden sollte.

Tabelle 34. **„Mitgliedernetz“: Umfrage zur Europawahl 2014**

Thema	N	%
TTIP	117	41
Arbeitnehmerrechte	103	36
Datenschutz	29	10
Eurokrise	23	8
Keines der genannten	7	2
	289	97

Tabelle 34: Umfrage im ver.di-„Mitgliedernetz“ zur Europawahl 2014: „Welches Thema hat für dich die größte Bedeutung?“ (Aus dem „Mitgliedernetz“ entnommene Prozentangaben ergeben nicht 100.) Quelle: ver.di-„Mitgliedernetz“ [30.09.2019].

Zur Europawahl 2014 konnten die ver.di-Mitglieder im „Mitgliedernetz“ über das für sie drängendste europapolitische Thema abstimmen. Mit 289 abgegebenen Stimmen war die Beteiligung sehr niedrig, die Eurokrise belegte mit 23 Stimmen den vierten Platz hinter TTIP, Arbeitnehmerrechten und Datenschutz (s. Tabelle 34).

Fazit

Die Bundeskongresse folgten in der Positionierung zur Eurokrise den Anträgen des Gewerkschaftsrats, dessen *Framing* der Krisenursachen, Krisenfolgen und politischen Alternativen nicht abgeändert wurde und zu dem – wie auch zu anderen europapolitischen Anträgen – es auch keine inhaltlich konkurrierenden Anträge gab. Festzuhalten bleiben Forderungen nach einer Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationsmacht erstens durch eine Intensivierung der wirtschaftspolitischen Interessenbildung bzw. Bildungsarbeit, zweitens durch das Erkämpfen des Rechts auf politischen Streik und drittens durch eine Verstärkung des Protests gegen die EU-Krisenpolitik.

Allerdings wurde in Anträgen zum Bundeskongress 2015 deutlich, dass die Interessenbildung und Mobilisierung der Mitglieder bzw. auf Betriebsebene gescheitert war. Außerdem wurde beklagt, dass sich ver.di und der DGB zu wenig mit europäischen Gewerkschaftsprotesten solidarisch gezeigt hätten. Nachdem die wenigen inhaltlichen Anträge zur Eurokrise 2011 bereits in der Vielzahl der Anträge des Bundeskongresses untergegangen waren und es so gut wie keine substantiellen Wortmeldungen zur Europapolitik gegeben hatte, hatte sich die Nachfrage nach dem Zenit der Eurokrise beim Bundeskongress 2015 weiter abgeschwächt. Eine europapolitische Themenkontinuität ist aber in den wiederholt unerfüllt gebliebenen Forderungen nach einem sozialen Fortschrittsprotokoll und einer demokratisch legitimierten europäischen Wirtschaftsregierung zu erkennen. Auch die – inzwischen reformierte – Entsenderichtlinie und das „REFIT“-Programm der EU zu Bürokratieabbau und „besserer Rechtsetzung“ präsentierten für ver.di neben der Eurokrise auf beiden Bundeskongressen ein fortdauerndes Ärgernis. Ab 2014 verschob sich der europapolitische Fokus außerdem Richtung Handelspolitik, was sich beim Bundeskongress 2015 nicht nur in 50 Anträgen zu TTIP, CETA und TiSA niederschlug, sondern auch in der Abstimmung im „Mitgliedernetz“ zu den bedeutendsten europapolitischen Problemen vor der Europawahl 2014. Das „Mitgliedernetz“ spielte im Übrigen in der europapolitischen Interessenbildung keine relevante Rolle mit im Organisationsmaßstab wenigen aktiven Mitgliedern, die sich dort zur Eurokrise austauschten. Dies kann als Indiz für die mangelnde Nachfrage der Mitglieder zur Eurokrise gewertet werden.

7.2 Nachfrage in Richtung Diskursmacht

Die mediale Nachfrage wird aus drei Blickwinkeln betrachtet: Interviews mit Frank Bsirske, die Berichterstattung über ver.dis Positionen, insbesondere den „Marshallplan“ und die medial geführte Diskussion dazu, und die mediale Resonanz auf ver.dis Pressemitteilungen.

Interviews

In 13 der 44 Interviews mit Frank Bsirske zwischen 2010 und 2015 wurden Fragen zur Eurokrise gestellt. In 31 Interviews wurde Bsirske nicht auf Europa angesprochen, dort lag der Fokus meistens auf tarifpolitischen Fragen und 2012 auf dem Vorstoß ver.di zur Vermögensbesteuerung. Die Eurokrise stellte nur in drei Fällen das Hauptthema eines Interviews dar, davon zweimal in Regionalzeitungen. Diese beiden Interviews fanden kurz vor und kurz nach der Positionierung des ver.di-Bundeskongresses 2011 zur Eurokrise statt. Im Interview mit der *Schwäbischen Zeitung* warb Bsirske für die Stärkung des deutschen Binnenmarkts, für die Finanzierung eines „Marshallplans“ durch Vermögensbesteuerung, eine europäische Wirtschaftsregierung und Eurobonds.⁵⁵⁹ Gegenüber der *Nordwest-Zeitung* argumentierte er außerdem für Finanzmarktregulierung und „eine europäische Bank für öffentliche Anleihen“, zweifelte aber an der Entschlusskraft des seinerzeit anstehenden EU-Gipfels zu Eurobonds oder keynesianischer Politik.⁵⁶⁰ Im Gespräch mit der politisch links orientierten *taz* Anfang 2013 ging es schließlich weniger um das prognostische *Framing* politischer Alternativen, sondern um die mittelfristige Diagnose, dass die Spar- und Reformpolitik der Europäischen Kommission auch die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas steigern solle und Deutschland in einem Unterbietungswettbewerb bald wieder als „kranker Mann“ Europas gelten könne. Auf die Frage, warum es vor diesem Hintergrund nur „so wenig lautstarken Protest der deutschen Gewerkschaften“ gebe, antwortete Bsirske:

„Weil es nach wie vor außerordentlich schwierig ist, die Betroffenheit in die Betriebe zu vermitteln. Die ganze Materie ist extrem komplex. Wir brauchen mehr Europa, aber eben nicht dieses Europa. Damit kann man aber den wenigsten kommen, denn viele denken, lieber weniger als mehr Europa. Dieses Spannungsverhältnis kann man zwar relativ einfach in den gewerkschaftlichen Spitzengremien oder in der Bildungsarbeit bewältigen, aber nicht im Betrieb.“

Die in der Folge unternommenen Versuche der Journalistin, die IG Metall als unsolidarisch darzustellen, sodass die Gewerkschaften nicht einmal in Deutschland an einem Strang zögen, ließ Bsirske zwar ins Leere laufen.⁵⁶¹ Allerdings schien Bsirske damit schon zu dem Zeitpunkt, als der DGB gerade erst den „Marshallplan“ veröffentlicht hatte und dabei war, diesen im EGB konsensfähig zu machen, klar zu sein, dass die Gewerkschaftsmitglieder dafür kaum zu gewinnen sein würden. Angesprochen auf die Position einfacher Gewerkschaftsmitglieder im Spannungsverhältnis zwischen der Darstellung der Griechen in der Boulevardzeitung *Bild* und der Forderungen Bsirskes nach einer Transferunion und Eurobonds wick Bsirske in einem Interview aus, indem er in seiner Antwort nur die Vorurteile gegenüber den Griechen kritisierte, nicht aber auf die Position der

⁵⁵⁹ Vgl. Buchsteiner, Rasmus (2011): Eurokrise: „Sparen allein hilft nicht“. *Schwäbische Zeitung*, 12.09.2011, S. 6.

⁵⁶⁰ Vgl. Mehlig, Holger (2011): Regierungen müssen Euro stabilisieren. *Nordwest-Zeitung*, 25.10.2011, S. 2.

⁵⁶¹ Vgl. Völpe, Eva (2013): „Deutschland, der kranke Mann“. *taz – die tageszeitung*, 28.01.2013.

Gewerkschaftsmitglieder einging.⁵⁶² In *Bild* kam Bsirske 2012 auch selbst zu Wort, um seine Sicht der Krisenursachen und -lösungen darzulegen und Griechenlands Verbleib in der Eurozone zu verteidigen.⁵⁶³

Die übrigen Interviews enthielten zur Eurokrise in der Regel nie mehr als zwei bis drei Fragen. Dabei wurde Bsirske zwar häufig auf die Kritik ver.di an der Krisenpolitik angesprochen (diagnostisches *Framing*), konnte aber in allen Interviews die gewerkschaftlichen Alternativvorschläge zumindest schlagwortartig benennen. Auf diagnostischer Ebene bediente Bsirske den Nachrichtenfaktor „Konflikt“, indem er die Bundesregierung und die Europäische Kommission kritisierte und Deutschland als „Hauptprofiteur“ des Euro und gleichzeitig „Steuer-oase“ für Reiche darstellte. Die Bundesregierung nahm Bsirske im Kontext der Beteiligung der Gewerkschaften am nationalen Krisenmanagement dafür in die Verantwortung, dass danach „der beispiellose Angriff auf die Sozialstaatlichkeit in Europa, auf das Lohnniveau und auf die Koalitionsrechte der Beschäftigten, wie sie der so genannte Euro-Plus-Pakt für mehr Wettbewerbsfähigkeit zum Ergebnis hat, vor den EU-Gipfelbeschlüssen kein Gesprächsthema war.“⁵⁶⁴ Damit verwies Bsirske auf die geschlossenen institutionellen Gelegenheitsstrukturen in der Eurokrise. Im Kontext der Vermögensbesteuerung stellte Bsirske – anders als ver.di in der internen Kommunikation zu „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“ – Verbindungen der nationalen Politik aus Schuldenbremse und (fehlender) Vermögensbesteuerung mit der Sparpolitik bzw. dem Investitionsbedarf auf europäischer Ebene her. Zusammenhänge zwischen der europäischen Krisenerfahrung und der Situation in Deutschland konstruierte Bsirske außerdem über die Stärkung des deutschen Binnenmarkts über Lohnerhöhungen, Investitionen und Importe.⁵⁶⁵ Als sich nach den Europawahlen 2014 der „Juncker-Plan“ als europäisches Investitionsprogramm abzeichnete, bewertete Bsirske dies gemeinsam mit der Geld- und Anleihekaufpolitik der EZB wenig enthusiastisch als „Reaktion auf die Gefahr einer deflationären Entwicklung“ und kritisierte die konjunkturpolitische Untätigkeit der Bundesregierung in Form der „schwarzen Null“. Obwohl ver.di während der Eurokrise stets die EZB als „lender of last resort“ gefordert hatte, bezeichnete er das Anleihekaufprogramm der EZB als „Kauf von Ramschpapieren.“⁵⁶⁶

Zusammenfassend lässt sich die geringe Nachfrage nach europapolitischen Inhalten in den Interviews mit dem damaligen ver.di-Vorsitzenden festhalten. Nur drei der 13 Interviews, in denen nach der Eurokrise gefragt wurde, hatten die Eurokrise zum Hauptthema. In den übrigen Interviews kommunizierte Bsirske nicht nur ver.di's Kritik, i.e. diagnostisches *Framing*, sondern wurde mal mehr, mal weniger detailliert nach ver.di's Lösungen, i.e. prognostischem *Framing*, gefragt. Bezieht man die Stellungnahmen Bsirskes auf die

⁵⁶² Vgl. Frese, Alfons (2011a): „Für die Reichen ist Deutschland eine Steuer-oase“. *Der Tagesspiegel*, 11.09.2011.

⁵⁶³ Vgl. o.V. (2012): Es ist genug Geld für Lohnerhöhungen da! *Bild*, 12.03.2012.

⁵⁶⁴ Vgl. Hild, Thorsten (2012): Jetzt geht es um mehr Geld. *Der Freitag*, 23.01.2012.

⁵⁶⁵ Vgl. *ibid.*; Groth, Michael / Ulrich Ziegler (2010): „Ein positives Signal“. Deutschlandfunk Kultur, 3.07.2010; Frese, Alfons (2010): „Deutschland ist für Reiche eine Steuer-oase“. *Der Tagesspiegel*, 8.06.2010; Frese, Alfons (2011a): „Für die Reichen ist Deutschland eine Steuer-oase“. *Der Tagesspiegel*, 11.09.2011; Bleskin, Manfred (2011): Bsirske verteidigt Postbank-Streik. n-tv, 4.12.2011; Armbrüster, Tobias (2012): Verdi-Chef will „Superreiche“ zur Kasse bitten. Deutschlandfunk, 11.10.2012.

⁵⁶⁶ Vgl. Frese, Alfons (2014): „Die schwarze Null ist verrückt“. *Der Tagesspiegel*, 15.12.2014.

gewerkschaftlichen Machtressourcen, fällt der Bezug zur Betriebsebene auf, die erreicht werden sollte, und die spätere Bilanz, dies nicht geschafft zu haben. Ansonsten stellte Bsirske keine europapolitischen Bezüge zur Mitgliederebene bzw. ver.di Organisationsmacht her – in vielen Interviews sollte er aber die kontinuierlichen Mitgliederverluste seit der Gründung ver.di einordnen. Die Betonung des Mobilisierungspotentials findet sich naturgemäß in Interviews ohne Europabezug, in denen es um große Streiks im öffentlichen Dienst (2012, 2015) ging,⁵⁶⁷ aber auch in Interviews zu „Gerecht geht anders“.

Auf die Frage zum „heißen Herbst 2010“ nach der Mobilisierungsfähigkeit „gegen die Regierung“ schätzte Bsirske, „Gerecht geht anders“ habe „1,2 Millionen Arbeitnehmer in 2.000 Betrieben“ erreicht, zusammen mit den öffentlichen Aktionen „deutlich mehr als zwei Millionen“. Im Weiteren lobte er die französische „Protestkultur“ und warb für das Recht auf politischen Streik. Zur Macht von Gewerkschaftsfunktionären angesichts der leichtgängigeren Mobilisierung gesellschaftlicher Protestbewegungen etwa gegen „Stuttgart 21“ befragt, räumte Bsirske aber ein, dass sich die Zukunft der Gewerkschaften „nicht am Stuttgarter Bahnhofplatz, sondern in den Betrieben“ entscheide.⁵⁶⁸ Aktionen auf Betriebsebene wertete Bsirske auch in einem weiteren Interview als wichtiger als „Massendemonstrationen in Berlin, weil solche Veranstaltungen oft zu weit weg von der Realität der Arbeitnehmer entfernt sind“ und betonte, dass „[k]eine andere Gewerkschaft in Deutschland [...] in der Vergangenheit häufiger mit Erfolg zu Streiks aufgerufen“ habe. Auch in der politischen Auseinandersetzung sei man durchsetzungsfähig, bei den Gewerkschaften sei angesichts eines verbreiteten Ungerechtigkeitsempfindens in der Gesellschaft keine „Entpolitisierung“ zu beobachten.⁵⁶⁹

Zieht man neben dem Nachrichtenfaktor Konflikt (ver.di vergleichsweise hohe Streikaktivität) auch den der Personalisierung in Betracht, kann Bsirskes rhetorisches Charisma als Einfluss auf die Nachfrage nach Interviews gesehen werden. Bis zu seinem Abtritt 2019 war Bsirske 18 Jahre lang ver.di-Vorsitzender und damit das öffentliche Gesicht von ver.di. Im Untersuchungszeitraum wurde Bsirske ein „Image als Klassenkämpfer und Kra-wallmacher“ bescheinigt,⁵⁷⁰ der ver.di „schon von Beginn an am politisch linken Rand positioniert“ habe.⁵⁷¹ Er wurde – nicht nur von einer Zeitung – der „letzte Hardliner“⁵⁷² oder „Mister Gegensatz“ mit hohen Zustimmungswerten bei der Basis getauft.⁵⁷³ Keiner könne Systemkritik so gut wie er, er halte „den Laden zusammen“.⁵⁷⁴

⁵⁶⁷ Vgl. Eichinger, Roman / Miriam Hollstein (2015): Warum wollen Sie Deutschland lahmlegen? *Bild am Sonntag*, 15.03.2015; Nienhaus, Lisa (2015): Herr Bsirske, was soll dieser Kita-Streik? *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 31.05.2015, S. 23.

⁵⁶⁸ Vgl. Gaugele, Jochen / Matthias Iken (2010): „Eine Politik krasser sozialer Einseitigkeit“. *Hamburger Abendblatt*, 6.11.2010.

⁵⁶⁹ Vgl. Faigle, Philip / Marcus Gatzke (2010): „Es gibt viele Stuttgart 21“. *Zeit Online*, 7.10.2010.

⁵⁷⁰ Vgl. von Borstel, Stefan / Flora Wisdorff (2011a): Ver.di-Chef warnt vor Ghettobildung; Forderung nach Steuererhöhungen. *Die Welt*, 29.08.2011, S. 10.

⁵⁷¹ Vgl. von Borstel, Stefan / Flora Wisdorff (2011b): Bsirske punktet mit Kritik am Kapitalismus. *Die Welt*, 20.09.2011, S. 12.

⁵⁷² Vgl. Keller, Dieter (2011): Der letzte Hardliner. *Südwestpresse*, 21.09.2011, S. 3; Roßbach, Henrike (2011a): Der letzte Hardliner im Gewerkschaftslager. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.09.2011.

⁵⁷³ Vgl. Creutzburg, Dietrich (2012): Mister Gegensatz. *Handelsblatt*, 28.03.2012, S. 6.

⁵⁷⁴ Vgl. Frese, Alfons (2011b): Bsirske wird als Verdi-Chef wiedergewählt. *Der Tagesspiegel*, 20.09.2011, S. 16.

Dass Bsirske dergestalt Aufmerksamkeit auf ver.di lenken konnte, ist aber noch nicht gleichbedeutend mit Diskursmacht. Vielmehr versteht die vorliegende Arbeit darunter neben medialer Sichtbarkeit die Resonanz in der öffentlichen Meinung (s.u.) und die legitimierende Kompatibilität mit akzeptierten Ideen des öffentlichen Diskurses. Hier fallen in den Interviews mit Frank Bsirske zwei legitimierende Verweise zu ähnlichen Positionen renommierter deutscher Volkswirte bzw. Wirtschaftsforschungsinstitute und ein wiederkehrender Hinweis auf ein verbreitetes Ungerechtigkeitsempfinden in Deutschland auf.⁵⁷⁵ Europapolitische Diskursmacht versuchte Bsirske während und nach der Eurokrise außerdem durch drei Buchpublikationen zu erzeugen, die kritische Stimmen zur Krisenpolitik versammelten.⁵⁷⁶ Auf Aspekte der gewerkschaftlichen Kooperationsmacht ging Frank Bsirske in keinem Interview ein.

Berichterstattung zu ver.dis Positionen und Aktivitäten

Die dargestellte Berichterstattung setzt sich wie folgt zusammen: Die Datenbankrecherche ergab 22 Artikel, die sich hauptsächlich und ausführlich mit gewerkschaftlichen Positionen und Alternativen zur EU-Krisenpolitik befassten – elf zum „Marshallplan“, sechs zur europapolitischen Beschlussfassung des ver.di-Bundeskongresses 2011 und fünf zur allgemeinen Positionierung der deutschen Gewerkschaften in der Eurokrise. Drei dieser Artikel wurden jeweils sowohl in der *Frankfurter Rundschau* als auch in der *Berliner Zeitung* publiziert. Dazu kommen zehn Gastbeiträge von Gewerkschaftsfunktionären zur Krisenpolitik. Zur Diskussion in Deutschland um einen „Marshallplan“ wurden 35 Artikel ausgewählt. Darüber hinaus wurden 21 Artikel gesichtet, die sich mit der Organisationsmacht bzw. den Aktivitäten der Gewerkschaften in Deutschland und Europa im Kontext der Eurokrise auseinandersetzten.⁵⁷⁷

Die elf ausführlichen Berichte zum „Marshallplan“ finden sich sowohl in überregionalen als auch in regionalen Zeitungen, darunter eher wirtschaftsfreundliche Publikationen wie das *Handelsblatt* und eher linke Zeitungen wie die *tageszeitung*, selbst im Boulevardmedium *Bild* lassen sich in einem Artikel zur Eurokrise zwei Sätze zum „Marshallplan“ des DGB beobachten.⁵⁷⁸ Die *Süddeutsche Zeitung* war im Dezember 2012 die erste Zeitung, die einen gewerkschaftlichen „Marshallplan“ nicht nur als politisches Schlagwort zitierte.⁵⁷⁹ Unter den Regionalzeitungen berichteten neben den Großstadtzeitungen *Frankfurter*

⁵⁷⁵ Vgl. Groth, Michael / Ulrich Ziegler (2010): „Ein positives Signal“. Deutschlandfunk Kultur, 3.07.2010; Frese, Alfons (2011a): „Für die Reichen ist Deutschland eine Steueroase“. *Der Tagesspiegel*, 11.09.2011; Armbrüster, Tobias (2012): Verdi-Chef will „Superreiche“ zur Kasse bitten. Deutschlandfunk, 11.10.2012.

⁵⁷⁶ Vgl. Bsirske, Frank / Klaus Busch / Olivier Höbel / Rainer Knerler / Dieter Scholz (Hrsg.) (2016): Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien. Hamburg: VSA; Busch, Klaus / Axel Troost / Gesine Schwan / Frank Bsirske / Joachim Bischoff / Mechthild Schrooten / Harald Wolf (2016) Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg: VSA; Bsirske, Frank / Klaus Dörre / Jeanne Chevalier / Andrea Ypsilanti (2019): Ein anderes Europa ist möglich. Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch. Herausgegeben von Attac. Hamburg: VSA.

⁵⁷⁷ Zu spezifischen Aktionen der deutschen Gewerkschaften zur Eurokrise sind darin alle gefundenen Artikel enthalten (fünf). Zu europäischem Generalstreik und den Kundgebungen zum 1. Mai wäre ein größeres Sample möglich gewesen.

⁵⁷⁸ Vgl. o.V. (2012): DGB-Chef fordert „Marshall-Plan für Europa“. *Handelsblatt*, 31.12.2012; Reiner, Sabine (2012): Kein Wachstum ist auch keine Lösung. *taz – die tageszeitung*, 29.12.2012, o.V. (2013): So gespalten ist Europa. *Bild*, 8.01.2013.

⁵⁷⁹ Vgl. Esslinger, Detlef (2012): Marshallplan für Europa. *Süddeutsche Zeitung*, 8.12.2012;

Rundschau und *Berliner Zeitung* (mit der gleichen Korrespondentin), die *Neue Presse* (Hannover), die *Aachener Nachrichten* und die *Saarbrücker Zeitung*.⁵⁸⁰

Neben der Berichterstattung zur Veröffentlichung des „Marshallplans“ fand die Berichterstattung zu ver.di Forderungen bzw. dem „Marshallplan“ insbesondere anlässlich des ver.di-Bundeskongresses 2011 statt. Während sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf Bsirskes diagnostisches *Framing* der Kritik an der Krisenpolitik beschränkte,⁵⁸¹ stellten andere Berichte die gemeinsame Forderung mit der IG Metall nach einer demokratisch legitimierten europäischen Wirtschaftsregierung bzw. nach Eurobonds und Investitionen in den Mittelpunkt,⁵⁸² lediglich ein Bericht betonte den Beschluss ver.di, mehr Widerstand gegen die Krisenpolitik leisten zu wollen.⁵⁸³ In der Folge finden sich nur noch vereinzelte, überwiegend in politisch eher links orientierten Zeitungen publizierte Berichte zu den Positionen ver.di bzw. des DGB.⁵⁸⁴ Bei all diesen Artikeln handelte es sich um Berichte, Meinungsbeiträge finden sich zum „Marshallplan“ lediglich von Gewerkschaftsfunktionären: Der ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel veröffentlichte drei Gastbeiträge, in denen er einen „Marshallplan“ forderte – allerdings im Zeitraum vor der Publikation des ausgearbeiteten DGB-Plans, sodass Hirschel sich inhaltlich auf die Herausstellung der Notwendigkeit eines Investitionsprogramms beschränkte.⁵⁸⁵ Der damalige DGB-Vorstand Claus Matecki argumentierte im Sommer 2013 im *Handelsblatt* detailliert für den „Marshallplan“.⁵⁸⁶

Dazu kommen drei Gastbeiträge von Hirschel und einer von dem Vorsitzenden des ver.di-Landesbezirks Hamburg Wolfgang Rose zu ver.di Kritik an der EU-Politik und den Vorschlägen zu Lohnerhöhungen, Investitionen und Vermögensbesteuerung als Wegen aus der Krise.⁵⁸⁷ In der *Süddeutschen Zeitung* argumentierte Hirschel, dass der Fiskalpakt „katastrophale Folgen“ habe, undemokratisch sei und Europa ruiniere.⁵⁸⁸ In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* riet er Frankreich davon ab, sich dem Druck Deutschlands zu arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen zu beugen. Deutschlands Exportstärke gehe

⁵⁸⁰ Vgl. Sievers, Markus (2013): Reformen für Arbeiter. *Frankfurter Rundschau*, 11.01.2013, S. 16 (ebenfalls *Berliner Zeitung*, 11.01.2013, S. 9); o.V. (2012): DGB-Chef: EU mit neuen Marshall-Plan auf Wachstumskurs bringen. *Neue Presse*, 31.12.2012; Hennes, Isabelle (2012): Mehr Europa aber anders. *Aachener Nachrichten*, 28.04.2012, S. 21; o.V. (2014): DGB fordert Konjunkturprogramm für Europa. *Saarbrücker Zeitung*, 9.05.2014.

⁵⁸¹ Vgl. Roßbach, Henrike (rike) (2011b): Verdi kritisiert Spardruck in Krisenstaaten. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.09.2011, S. 11.

⁵⁸² Vgl. Roth, Eva (2011): Verdi fordert Eurobonds. *Frankfurter Rundschau*, 21.09.2011, S. 15 (ebenfalls *Berliner Zeitung*, 21.09.2011, S. 10); o.V. (2011): ver.di-Chef bekennt sich zum Euro. *Die Welt*, 21.09.2011, S. 10; Frese, Alfons (2011c): „Öffentlich ist wesentlich“. *Der Tagesspiegel*, 21.09.2011, S. 15.

⁵⁸³ Vgl. Meyer, Jörg (2011): Mehr Widerstand. *neues deutschland*, 24.09.2011, S. 4.

⁵⁸⁴ Vgl. Sommer, Gerlinde (2011): Den Primat der Politik wieder herstellen. *Thüringische Landeszeitung*, 24.10.2011, S. 4; Meyer, Jörg (2012): Eine elementare Frage der Solidarität. *neues deutschland*, S. 5; o.V. (2012): Ringen um Krisen-Strategie der EZB. *Süddeutsche Zeitung*, 29.07.2012; Strohschneider, Tom (2012a): Eine neue Idee für Europa. *neues deutschland*, 11.10.2012, S. 1; Wrusch, Paul (2013): Europas Sozialisten haben eine Vision. *taz – die tageszeitung*, 16.05.2013, S. 3.

⁵⁸⁵ Vgl. Hirschel, Dierk (2011a): Europa am Scheideweg. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2011, S. 15; Hirschel, Dierk (2011b): Griechenland retten – aber richtig. *Der Tagesspiegel*, 9.06.2011, S. 8; Hirschel, Dierk (2011c): Die Totengräber des Euro. *Frankfurter Rundschau*, 21.07.2011, S. 10.

⁵⁸⁶ Vgl. Matecki, Claus (2013): Der neue Marshallplan. *Handelsblatt*, 17.07.2013, S. 13.

⁵⁸⁷ Vgl. Hirschel, Dierk (2010): Sparen ist keine Lösung. *Frankfurter Rundschau*, 18.06.2010, S. 13; Rose, Wolfgang (2011): Wir retten nicht Griechenland, sondern die Banken. *Hamburger Abendblatt*, 14.07.2011, S. 2.

⁵⁸⁸ Vgl. Hirschel, Dierk (2012a): Der Fiskalpakt ruiniert Europa. *Süddeutsche Zeitung*, 11.05.2012, S. 18.

vielmehr auf Kosten der Nachbarn und gefährde den Euro, während andere Euro-Staaten zu Recht ein stärkeres Augenmerk auf ihren Binnenmarkt richteten.⁵⁸⁹

Als ver.di und ihre Bündnispartner in der Kampagne „Umfairteilen“ die Schuldenfrage als Verteilungsfrage *frameten*, erschienen zwei weitere prominent publizierte Gastbeiträge Hirschels, die die Vermögensbesteuerung nur im Kontext der nationalen Ebene, nicht aber in dem des europäischen Investitionsbedarfs und der europapolitischen Forderung nach einem durch Vermögensabgaben finanzierten „Marshallplan“ diskutierten.⁵⁹⁰ Der ver.di-Chefökonom brachte es so auf eine beachtliche Präsenz auf den Meinungsseiten – die sich 2011 und 2012 tatsächlich mit der Idee eines „Marshallplans“ auseinandersetzten, allerdings ohne Bezugnahme zur Positionierung ver.dis bzw. des DGB.⁵⁹¹

Der Ursprung der Idee wurde 2011 dem damaligen Wirtschaftsminister Philipp Rösler – eigentlich „Investitions- und Wachstumsoffensive für Griechenland“ genannt und unterstützt von Angela Merkel – zugeschrieben, daneben auch dem Europaabgeordneten Jorgo Chatzimarkakis bereits 2010 und etwas früher als Rösler der Europäischen Investitionsbank.⁵⁹² Der Rösler-Vorschlag erstreckte sich anders als der gewerkschaftliche Vorschlag nicht auf Südeuropa bzw. wie später vom DGB erweitert auf ein Investitionsprogramm für die EU auf der Grundlage von Vermögensbesteuerung und Finanztransaktionssteuer. Vielmehr sollte Hilfe bei der Verbesserung der Investitionsbedingungen in Griechenland, bei der Modernisierung der Verwaltung und bei der Privatisierung staatlichen Vermögens geleistet werden. Durch eine Investitionskonferenz sollten private Investitionen mobilisiert werden, ein Ziel, das auch die Europäische Investitionsbank verfolgte.⁵⁹³ Dies sollte eine Würdigung erbrachter und zu erbringender Reformen darstellen. Nicht nur eine solche Konditionalität der Hilfe wurde von ver.di abgelehnt, sondern auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

In der Folge wuchs Röslers – weniger ambitionierter – Vorstoß zu einer öffentlichen Diskussion um ein Investitionsprogramm an, die kontrovers geführt wurde. Ablehnende Kommentare von Journalisten und Ökonomen zum „Marshallplan“ argumentierten für mehr Eigeninitiative Griechenlands und gegen die Vorstellung, Wachstum lasse sich mit Geld statt mit nationalen und europäischen Strukturreformen erreichen. Außerdem wurde die historische Analogie zum „Marshallplan“ nach dem Zweiten Weltkrieg für schief befunden oder vor der trügerischen Hoffnung einer „ökonomischen Wunderheilung“ gewarnt.⁵⁹⁴ Andere deutsche und internationale Kommentatoren und

⁵⁸⁹ Vgl. Hirschel, Dierk (2013a): Die Risiken des deutschen Zaubertranks. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.01.2013.

⁵⁹⁰ Vgl. Hirschel, Dierk (2012c): Reichtum verpflichtet. *Die Zeit*, 13.09.2012, S. 33; Hirschel, Dierk (2013b): Die Reichen sollen zahlen. *Süddeutsche Zeitung*, 27.05.2013, S. 18.

⁵⁹¹ Eine Ausnahme bildet Kaufmann, Stephan (2012): Marshallplan für die Griechen. *Mitteldeutsche Zeitung*, 16.02.2012.

⁵⁹² Vgl. Sigmund, Thomas / Sven Afhüppe / Gerd Höhler (2011): Rösler ruft Wirtschaft für griechischen Marshallplan zusammen. *Handelsblatt*, 25.07.2011; o.V. (2010): Noch teurer als gedacht. *Süddeutsche Zeitung*, 21.05.2010; Gammelin, Cerstin (2011a): Marshall-Plan für ein marodes Land. *Süddeutsche Zeitung*, 21.05.2011.

⁵⁹³ Vgl. Schäfers, Manfred (2011): Ein Marshall-Plan für Griechenland. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.07.2011; Gammelin, Cerstin (2011a): Marshall-Plan für ein marodes Land. *Süddeutsche Zeitung*, 21.05.2011.

⁵⁹⁴ Vgl. Dieter, Heribert (2012): Bloß keinen Marshallplan für Griechenland. *Zeit Online*, 6.03.2012; Held, Gerd (2012): Was bringen den Griechen denn jetzt neue Straßen? *Welt Online*, 9.03.2012; Mussler, Werner (2012a): Der steinige Weg zu mehr Wachstum. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.03.2011, S. 11; Kloof, Kristian (2011): Die Mär vom Marshall-Plan für Griechenland. *Manager Magazin*, 6.07.2011; Hesse, Jan-Otmar (2012): Es gibt keine ökonomische Wunderheilung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.03.2012.

Wirtschaftswissenschaftler, u.a. das damalige Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Peter Bofinger, bezogen Position für einen „Marshallplan“ als Hilfe zur Selbsthilfe etwa für Investitionen in Innovationspotentiale. Allerdings wurde auch hier der Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen als unabdingbar für eine wirtschaftliche Erholung gewertet bzw. ein Gesamtpaket aus mehreren Maßnahmen empfohlen, zu denen eine Umschuldung bzw. ein Schuldenschnitt, nationale Strukturreformen und Reformen des Euro-Systems gehören sollten.⁵⁹⁵ Auch der damalige IG Metall-Chef Berthold Huber plädierte für einen „Marshallplan“.⁵⁹⁶ Der prominente Ökonom Hans-Werner Sinn unterstützte ebenfalls einen „Marshallplan“ – aber erst nach einem Austritt Griechenlands aus dem Euro.⁵⁹⁷

Die Führung der SPD stimmte der Diagnose der deutschen Gewerkschaften – ohne diese explizit zu nennen – der ungerechten Verteilung der Krisenkosten zu und betonte, der Fiskalpakt müsse durch Wachstumsimpulse ergänzt werden. Dafür sollten nicht nur Mittel der Europäischen Investitionsbank und der europäischen Strukturfonds verwendet werden, sondern auch eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, aus der ein „Marshallplan“ finanziert werden sollte. Es gehe um eine „Europäisierung der Sozialen Marktwirtschaft“.⁵⁹⁸ Auch die Grünen sprachen sich für einen „Marshallplan für Südeuropa“ aus, der durch eine Verfünfachung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank finanziert werden und in Klimaschutz, Ressourceneffizienz und die Modernisierung von Energie-, Kommunikations- und Transportinfrastruktur investieren sollte. Gleichzeitig unterstützten die Grünen aber auch Vermögensabgaben und eine Finanztransaktionssteuer.⁵⁹⁹ Eine Erhöhung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank, wenn auch nicht auf das Fünffache, wurde im Frühjahr 2012 geplant und in der Folge beschlossen. Die EU-Kommission stellte sich aber gegen einen „Marshallplan“, da die Hilfspakete bereits ein Vielfaches des historischen „Marshallplans“ betragen hätten.⁶⁰⁰

Der Großteil dieser öffentlichen Auseinandersetzung mit einem „Marshallplan“ spielte sich zwischen Sommer 2011 und Frühjahr 2012 ab – zu der Zeit, als ein zweites Hilfsprogramm für Griechenland erwogen und beschlossen wurde, das einen Schuldenschnitt enthielt, und der Fiskalpakt diskutiert und unterzeichnet wurde. Die Idee eines „Marshallplans“ war damit weitgehend erledigt und begrifflich besetzt, bevor die *Süddeutsche*

⁵⁹⁵ Vgl. Escher, Georg (2012): „Arbeitnehmerrechte werden geschleift“. *Nürnberger Nachrichten*, 3.04.2012, S. 5; Straubhaar, Thomas (2012): Marshall soll es richten. *Die Welt*, 5.03.2012, S. 2; Kritikos, Alexander (2012): Griechenland braucht einen Marshallplan. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.03.2012; Böcking, David (2012): „Wo ist der Marshallplan für Griechenland?“ *Spiegel Online*, 26.01.2012; Kireev, Maxim (2012): Griechenland braucht einen Marshall-Plan. *Handelsblatt*, 21.02.2012; Ohanian, Mathias / Hubert Beyerle (2011): „Marshallplan“ für Griechenland. *Stern*, 3.11.2011; Hulverscheidt, Claus (2011): Griechenland und die große Gruselshow. *Süddeutsche Zeitung*, 10.05.2011; Beise, Marc (2011): Es geht um den Euro. *Süddeutsche Zeitung*, 15.06.2011, S. 4.

⁵⁹⁶ Vgl. Astheimer, Sven / Henrike Roßbach (2011): „Wir brauchen einen Marshallplan für Griechenland“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.09.2011.

⁵⁹⁷ Vgl. Seibel, Andrea (2013): „Eine Fee löst das Euro-Desaster“. *Die Welt*, 6.05.2013, S. 10.

⁵⁹⁸ Vgl. Gabriel, Sigmar / Peer Steinbrück / Frank-Walter Steinmeier (2012): Warum wir die Soziale Marktwirtschaft brauchen. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 1.04.2012, S. 3.

⁵⁹⁹ Vgl. Mihm, Andreas (ami) (2012): Grüne haben neue Pläne für Südeuropa. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.03.2012, S. 13.

⁶⁰⁰ Vgl. Gammelin, Cerstin / Claus Hulverscheidt (2012): Neue Milliarden für das Wachstum. *Süddeutsche Zeitung*, 2.05.2012, S. 1; Europäische Investitionsbank (2013): Kapitalerhöhung der EIB von allen 27 EU-Mitgliedstaaten genehmigt. Pressemitteilung vom 8.01.2013; Mussler, Werner (wmu) (2012b): 33 600 Euro EU-Hilfe für jeden Griechen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.04.2012, S. 12.

Zeitung Ende 2012 den „Marshallplan“ des DGB vorstellte. Die oben zitierten Debattenbeiträge nahmen keinerlei Bezug zur Position der deutschen Gewerkschaften. Die öffentliche Debatte um Griechenland flammte erneut auf, als Griechenland 2015 ein drittes Hilfspaket benötigte und es darüber zu einem Konflikt mit der kürzlich ins Amt gekommenen linksgerichteten griechischen Regierung kam. Hier griff die Partei Die Linke zwar den Vorschlag eines „Marshallplans“ auf,⁶⁰¹ während sich profilierte Ökonomen zur Frage eines Schuldenerlasses beharkten.⁶⁰² Mediale Bezüge zur Positionierung der deutschen Gewerkschaften dazu lassen sich aber auch zu diesem Zeitpunkt nicht finden.

Der gewerkschaftliche „Marshallplan“ kam damit Anfang 2013 zu spät, um Diskursmacht entfalten zu können, die Debatte war zu dem Zeitpunkt bereits gelaufen zu anderen, weniger ambitionierten Konzepten eines „Marshallplans“ und hatte neben Politikern und Ökonomen selbst die Vorschläge von ansonsten obskuren Akteuren wie der Europäischen Investitionsbank zitiert, nicht aber die der deutschen Gewerkschaften.⁶⁰³ Während analog zum DGB-Vorschlag in der Positionierung der SPD auch eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung eines europäischen Investitionsprogramms angedacht wurde, spielte ein „Marshallplan“ im Sinne eines „Zukunftsfonds“ mit Vermögensbesteuerung als Kapitalstock und Finanztransaktionssteuer als Verzinsung europäischer Anleihen in der Debatte 2012 keine Rolle.

Die mediale Darstellung gewerkschaftlicher Organisationsmacht beschränkte sich für die deutschen Gewerkschaften im Wesentlichen auf ihre Kundgebungen zum 1. Mai. Dort wurde die EU-Krisenpolitik vor allem 2012 und 2014 thematisiert. Zuvor waren 2011 die Schwerpunkte der Berichterstattung über die Kundgebungen – als gegenüber osteuropäischen Beschäftigten und Gewerkschaften ambivalentes Signal – die Warnung vor Lohn-dumping durch die Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für osteuropäische Beschäftigte und ein gesetzlicher Mindestlohn gewesen.⁶⁰⁴ Die europäische Sparpolitik übernahm 2012 die Bühnen des 1. Mai, um 2013 anlässlich der Bundestagswahl hinter das Thema Steuergerechtigkeit zurückzutreten und 2014 rechtzeitig zur Europawahl zurückzukehren.⁶⁰⁵

Der „europäische Generalstreik“ im November 2012 zog die Aufmerksamkeit zahlreicher Zeitungen auf sich. Zwar wurde betont, dass es sich um einen koordinierten „Solidaritätstag“ gegen die Sparpolitik handelte, der Fokus lag aber auf der Disruption der einzelnen Streiks inklusive der Folgen für den europäischen Reiseverkehr und teilweise auf

⁶⁰¹ Vgl. Appenzeller, Gerd (2015): Marshallplan gegen das Bild des hässlichen Deutschen. *Der Tagesspiegel*, 30.03.2015.

⁶⁰² Vgl. Sachs, Jeffrey (2015): Der Tod durch Schulden. *Süddeutsche Zeitung*, 1.08.2015, S. 24; Sinn, Hans-Werner (2015): Schuldenschnitt nach Austritt. *Süddeutsche Zeitung*, 5.08.2015, S. 17. Für weitere Beiträge dieser Serie von Diskussionsbeiträgen der *Süddeutschen Zeitung* zu Griechenland vgl. https://www.sueddeutsche.de/thema/Debatte_zu_Griechenland [30.07.2021].

⁶⁰³ Vgl. Gammelin, Cerstin (2011b): Marshall in Athen. *Süddeutsche Zeitung*, 21.05.2011, S. 21.

⁶⁰⁴ Vgl. z.B. Öchsner, Thomas (2011): „Reservoir für Ausbeutung“. *Süddeutsche Zeitung*, 2.05.2011, S. 6. S. auch Ver.di (2011): Gute Arbeit gilt in ganz Europa. Pressemitteilung vom 29.04.2011.

⁶⁰⁵ Zur Rede Frank Bsirskes am 1.05.2012 in Saarbrücken vgl. Meyer zu Tittingdorf, Volker (2012): DGB-Chef Sommer attackiert rigide Sparpolitik in Europa. *Saarbrücker Zeitung*, 2.05.2012; zum 1. Mai 2013 vgl. Frese, Alfons (alf) (2013): Gewerkschafter attackieren Merckels Europa- und Arbeitsmarktpolitik. *Der Tagesspiegel*, 2.05.2013, S. 17; zur Rede Frank Bsirskes am 1.05.2014 in Frankfurt vgl. Kanning, Tim (2014): Fordern geht immer. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.05.2014, S. 29. S. auch Broecheler, Birgit (2014): Solidarität für soziales Europa. *Aachener Nachrichten*, 26.04.2014, S. 19; o.V. (2014): 1. Mai: DGB lenkt Blick auch auf Europa. *Südwest Presse*, 30.04.2014, S. 23.

gewaltsamen Ausschreitungen.⁶⁰⁶ Der Soziologe Ulrich Beck reagierte mit einem Essay in der *tageszeitung*, der einen europäischen Frühling gegen einen spaltenden, neuartigen „grenzübergreifenden Klassenkonflikt“ erhoffte. Europaweite Kooperation von Streikenden und Protestbewegungen könne eine „sozialpolitische Architektur“ Europas „demokratisch neu von unten begründe[n]“, Bewegungen und Gewerkschaften müssten aber letztlich Bündnisse mit politischen Kräften „gegen den Widerstand der Wirtschaft und die Borniertheit der Nationalstaatsorthodoxen“ suchen.⁶⁰⁷ Nüchterner reagierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, deren Kommentar Verständnis für die Situation der Protestierenden äußerte, aber auch betonte, dass die baltischen Staaten das „Unausweichliche“, i.e. Haushaltskonsolidierung und Reformen, ohne Proteste hinter sich gebracht hätten und inzwischen auf dem „Weg der Erholung“ seien.⁶⁰⁸

Die Hoffnung Ulrich Becks spielt auf die Kooperationsmacht der Gewerkschaften an. Hierzu findet sich ansonsten in der Medienberichterstattung wenig. Sowohl zu Organisations- als auch zu Kooperationsmacht nahm der ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel in einem weiteren, in puncto gewerkschaftlicher Selbstreflektion bemerkenswerten Gastbeitrag Stellung. Auch aufgrund der ungleichen Krisenbetroffenheit in Europa beklagte er die fehlende europäische Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften:

„Den nationalen Gewerkschaften gelingt es nicht, ihren Protest zu europäisieren. In Athen, Madrid, Rom und Lissabon organisieren Gewerkschaften den Widerstand gegen Lohnkürzungen, Entlassungen und Sozialabbau. Mit Streiks und Massendemonstrationen werden die Kürzungs- und Streichpläne verzögert und abgeschwächt. Für einen Stopp des neoliberalen Umbaus reicht die gewerkschaftliche Organisationsmacht aber nicht aus. Eine Koordination der Proteste findet nicht statt. Die Griechen streiken am Montag, die Spanier am Mittwoch, Rom protestiert am Samstag, und Berlin verschickt Solidaritätsadressen. Aus dieser Vielfalt entsteht keine starke Allianz des Widerstands.“

Wie Frank Bsirske auf dem Bundeskongress 2015 und in dem oben zitierten Interview unterstrich Hirschel hinsichtlich der Organisationsmacht die Bedeutung der Betriebsebene, aber auch die dafür schwierige Haltung eines Teils der Beschäftigten:

„Nötig ist jetzt politische Aufklärung über die Ursachen der Krise. Die Erzählung von korrupten und faulen Südeuropäern ist auch in den Betrieben populär. Aus diesem Grund trägt Ver.di die politische Auseinandersetzung über die Zukunft Europas in die Betriebe und Verwaltungen. Die kommenden Tarifrunden sind

⁶⁰⁶ Vgl. Urban, Thomas / Sebastian Schoepp (2012): Europa streikt. *Süddeutsche Zeitung*, 15.11.2012, S. 7; o.V. (2012): Europa probt den Aufstand. *Stuttgarter Nachrichten*, 15.11.2012, S. 4; Kahl, Hubert / Jutta Lauterbach (2012): Europas Süden in Aufruhr. *Aachener Zeitung*, 15.11.2012, S. 2; Müller, Ute (2012): Generalstreik – Halb Europa steht still. *Welt Online*, 14.11.2012; o.V. (2012): Streiks und Proteste gegen Sparkurs. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.11.2012, S. 1 f.

⁶⁰⁷ Vgl. Beck, Ulrich (2012): Ein europäischer Frühling? *taz – die tageszeitung*, 24.11.2012, S. 3.

⁶⁰⁸ Vgl. Frankenberger, Klaus-Dieter (K.F.) (2012): Das Unausweichliche. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.11.2012, S. 10.

dafür ein guter Anlass. Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage, lautet die zentrale Botschaft.“⁶⁰⁹

Während sich zum Aufruf deutscher Gewerkschafter und Vertreter der Zivilgesellschaft „Europa neu begründen“ von 2012 keine Berichterstattung finden lässt, wurde der transnationale Aufruf „Europa geht anders“ 2013 lediglich in linksgerichteten Medien gewürdigt.⁶¹⁰ Auch zu den „Drei-Länder-Wochen“ von ver.di, Unia und GPA-djp brachte die Schlagwortsuche lediglich zwei Ergebnisse.⁶¹¹

Resonanz für ver.di's Pressemitteilungen zur Eurokrise

Die mediale Nachfrage nach den Inhalten von ver.di's Pressemitteilungen war ebenfalls spärlich: Die Datenbankrecherche für die Tage nach den Publikationsdaten der 24 Presseaussendungen von ver.di zur Eurokrise ergab 21 Artikel – von denen wiederum drei von der gleichen Autorin zur gleichen Pressemitteilung in den Zeitungen *Frankfurter Rundschau*, *Berliner Zeitung* und *Kölner Stadt-Anzeiger* publiziert wurden. Neun Treffer bezogen sich allein auf ein der ver.di-Pressemitteilung entnommenes Zitat Frank Bsirskes zum Tag der Arbeit 2012, das lediglich aus diagnostischem *Framing* in Form von Kritik an der Sparpolitik und dem Fiskalpakt bestand: Die Politik von Merkel und Sarkozy „führt in eine europäische Wettbewerbsunion der niedrigsten Löhne, der niedrigsten Unternehmenssteuern und sozialen Standards.“⁶¹² Der *Berliner Kurier* zitierte sogar noch knapper, die *Welt* ausführlicher.⁶¹³ Zitate aus der Pressemitteilung zum 1. Mai 2014 – der vor den Europawahlen unter dem Motto „Gute Arbeit. Soziales Europa“ stand – wurden in der Berichterstattung nur zweimal aufgenommen – dann allerdings nicht die Zitate Bsirskes zur Eurokrise, sondern seine Forderungen zum gesetzlichen Mindestlohn.⁶¹⁴ Zu den Mai-Kundgebungen 2011, 2013 und 2015 finden sich keine Pressemitteilungen im Online-Archiv der ver.di-Presseabteilung. Damit bestanden elf der 21 gefundenen Fälle des Eingangs von Pressemitteilungen in die mediale Berichterstattung aus Zitaten zum 1. Mai.

⁶⁰⁹ Vgl. Hirschel, Dierk (2012b): Merkels Europa ist falsch. *taz – die tageszeitung*, 13.02.2012.

⁶¹⁰ Vgl. Wrusch, Paul (2013): Wrusch, Paul (2013): Europas Sozialisten haben eine Vision. *taz – die tageszeitung*, 16.05.2013, S. 3; o.V. (2013): Zeit aufzustehen: Linker Aufruf für ein anderes Europa gestartet. *neues deutschland*, 15.05.2013.

⁶¹¹ Vgl. Hägler, Max (2012): Projekt Klassenkampf. *Süddeutsche Zeitung*, 10.11.2012, S. 26; o.V. (2012): Gewerkschaften fordern mehr Steuergerechtigkeit. *Der Tagesspiegel*, 3.11.2012, S. 10.

⁶¹² Vgl. Ver.di (2012): Bsirske: Fiskalpakt-Politik ist eine tickende Zeitbombe für Europa – Arbeitnehmerrechte verteidigen, Niedriglohnbereich zurückdrängen, allgemeinen Mindestlohn einführen. Pressemitteilung vom 1.05.2012; o.V. (2012): Überwiegend friedlich. *Süddeutsche Zeitung*, 2.05.2012, S. 6; Roßbach, Henrike (rike) (2012): Gewerkschaften fordern Milliarden für Konjunkturprogramme. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.05.2012, S. 1; o.V. (2012): Europaweite Proteste gegen Spardiktat. *Reutlinger General-Anzeiger*, 2.05.2012, S. 1; o.V. (2012): DGB-Chef geißelt „rigide Sparpolitik“. *Darmstädter Echo*, 2.05.2012, S. 1; o.V. (2012): Gewerkschaften geben sich kampfbereit. *Badische Zeitung*, 2.05.2013, S. 2; o.V. (2012): Gewerkschaften sind kampfbereit. *Südkurier*, 2.05.2012, S. 7; o.V. (2012): Gewerkschaften wettern für Mindestlohn. *Rhein-Zeitung*, 2.05.2012, S. 4.

⁶¹³ Vgl. o.V. (2012): Hunderte Demos: Nackte Haut und Trillerpfeifen. *Berliner Kurier*, 2.05.2012, S. 4.; o.V. (2012): Mehr Lohn – und Steuern. Am Tag der Arbeit fordert Gewerkschaftschef Sommer ein Ende des EU-Sparkurses. *Die Welt*, 2.05.2012, S. 10.

⁶¹⁴ Vgl. o.V. (2014): Hasselmann, Jörn / Timo Kather / Fatina Keilani (2014): 1. Mai: Mehr Protest, mehr Fest. *Der Tagesspiegel*, 2.05.2014, S. 1.; „Mindestlohn ohne Ausnahmen“. *Frankfurter Rundschau*, 2.05.2014, S. 3.

Lediglich einer Pressemitteilung wurde ein eigener Artikel gewidmet: In ihr hatte ver.di das Rating der Ratingagentur Moody's auf „Ramschstatus“ mit einem negativen Ausblick herabgestuft, ihre Ratings seien „Kaffeesatzleserei“. Hintergrund war, dass ver.di die Macht privater Ratingagenturen bei der Bonitätsbewertung von Staaten scharf kritisierte und eine öffentliche europäische Ratingagentur bzw. zunächst eine Zuständigkeit der EZB für die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Euro-Staaten forderte.⁶¹⁵ Bsirskes Kritik an den Beschlüssen des EU-Gipfels zum Fiskalpakt im Dezember 2011, die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel verschärfe die Krise, wurde in zwei Zeitungen zitiert.⁶¹⁶ Bsirskes Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2012, das Deutschlands Beitritt zum ESM billigte, der ESM sei unzureichend ausgestattet und brauche eine Banklizenz, wurde in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wiedergegeben.⁶¹⁷ Die Presseaussendung zum Start der „Drei-Länder-Wochen“ im Herbst 2012 fand Resonanz in drei Zeitungen⁶¹⁸ – ebenso wie ver.dis Reaktion auf den Regierungswechsel in Griechenland 2015, die in der Forderung eines sozialen Kurswechsels in Europa bestand.⁶¹⁹

Keinerlei Reaktion ließ sich dagegen finden zu den Pressemitteilungen zu den Gewerkschaftsaktionen „Europa neu begründen“, dem „europäischen Generalstreik“ und zum „Alter Summit“ 2013 in Athen. Insgesamt stießen damit nur sieben der 24 Pressemitteilungen zur Eurokrise auf eine mediale Reaktion. Die in der Analyse der Pressemitteilungen herausgestellte konfliktorientierte Rhetorik der Zitate Frank Bsirskes zündete daher kaum, die Reaktion auf die etwa durch die „Drei-Länder-Wochen“ betonte Organisations- und Kooperationsmacht ver.dis war schwach.

Öffentliche Meinung

Ein Blick in das Archiv der repräsentativen Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen zeigt, dass die öffentliche Meinung in Deutschland zu vielen politischen Lösungsversuchen der Eurokrise nicht mit ver.dis Positionierung zu vereinbaren war.⁶²⁰ Zu Beginn der Eurokrise sprachen sich im Frühjahr 2010 mehr als zwei Drittel der Befragten gegen Kredite an Griechenland aus, nur ein Viertel war dafür. Zum Ende des Jahres machten sich bereits mehr als 80 Prozent Sorgen um die Stabilität des Euro, Mitte 2011

⁶¹⁵ Vgl. Ver.di (2010): ver.di stuft Moody's herab: Ratings nur noch „Kaffeesatzleserei“. Pressemitteilung vom 20.06.2010; o.V. (2010): Moody's auf „Ramschstatus“. *Süddeutsche Zeitung*, 22.06.2010, S. 25.

⁶¹⁶ Vgl. Ver.di (2011): Bsirske: Merkel verschärft die Krise und spaltet Europa. Pressemitteilung vom 9.12.2011; Gaegele, Jochen (2011): Lob und Tadel für EU-Gipfel-Beschlüsse. *Die Welt*, 10.12.2011, S. 4; Mortsiefer, Henrik (2011): Der EU-Gipfel. *Der Tagesspiegel*, 10.12.2011, S. 9.

⁶¹⁷ Vgl. Ver.di (2012): Trotz Klarstellungen des Bundesverfassungsgerichts wirken ESM-Auflagen krisenverschärfend. Pressemitteilung vom 12.09.2012; Schäfers, Manfred / Leo Wieland / Tobias Piller / Christian Geinitz / Patrick Welter (2012): Der „Deutschlandachter“ beruhigt die Regierungen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.09.2012, S. 12.

⁶¹⁸ Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“. Presstext vom 2.11.2012; o.V. (2012): Gewerkschaften fordern mehr Steuergerechtigkeit. *Der Tagesspiegel*, 3.11.2012, S. 10; o.V. (2012): Ruf nach mehr Gerechtigkeit. *Reutlinger General-Anzeiger*, 3.11.2012; Klockner, Ute (2012): Geplantes Tariftrueugesetz geht Verdi nicht weit genug. *Saarbrücker Zeitung*, 3.11.2012.

⁶¹⁹ Vgl. Ver.di (2015): Griechenland braucht eine Alternative zur zerstörerischen Sparpolitik – ver.di-Vorsitzender fordert Kurswechsel für Europa. Pressemitteilung vom 15.02.2015; Roth, Eva (2015): Plädoyer für sozialeres Europa. *Frankfurter Rundschau*, 16.02.2015, S. 15; Riesbeck, Peter / Eva Roth (2015): Von der Troika zu „Tifkat“. *Berliner Zeitung*, 16.02.2015; Roth, Eva (2015): DGB wirbt für Abkehr von der Sparpolitik. *Kölner Stadt-Anzeiger*, 16.02.2015.

⁶²⁰ Für das Folgende vgl. das Archiv der Politbarometer-Pressemitteilungen für die Jahre 2010 bis 2015 unter <https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/> [30.07.2021].

erreichte diese Sorge ihren Höchstwert von 86 Prozent der Befragten. Rund ein Drittel war 2010 für die Unterstützung hochverschuldeter Euro-Staaten, knapp zwei Drittel sprachen sich dagegen aus. Im Herbst des Jahres 2011 wurde die Eurokrise erstmals von den Befragten als wichtigstes aktuelles Thema eingestuft, ebenso Mitte 2012, als jeweils über 50 Prozent die Eurokrise als eines der zwei wichtigsten aktuellen Probleme angaben, die sie in der Befragung nennen konnten.

Im Herbst 2011 sahen 53 Prozent der Befragten im Euro einen Nachteil für Deutschland, 43 Prozent bewerteten den Euro als Vorteil. In dieser Frage wandelte sich die öffentliche Meinung bis zum Frühjahr 2013 aber dahingehend, dass zwei Drittel der Befragten einen Austritt Deutschlands aus dem Euro für nachteilhaft hielten. Auch die persönliche Betroffenheit durch die Eurokrise wurde abgefragt und war relativ hoch: Mitte 2011 machten sich 52 Prozent der Befragten Sorgen um eigene finanzielle Verluste im Zuge der Eurokrise, im Frühjahr 2013 waren es nach wie vor fast genauso viele. Das Krisenmanagement von Angela Merkel wurde negativ bewertet, als Hilfskredite und der ESM beschlossen wurden, fand später aber Unterstützung durch bis zu 70 Prozent der Befragten, als Merkel sich gegen Eurobonds stellte und den Fiskalpakt durchsetzte.

Mit der mehrheitlichen Ablehnung von Hilfskrediten durch bis zu zwei Drittel der Befragten korrespondierte Anfang 2011 die Zurückweisung der Erweiterung von EU-Kompetenzen zur Stabilisierung des Euro: 64 Prozent lehnten dies Anfang 2011 ab, nur 29 Prozent waren dafür. Im Herbst 2011 sprachen sich drei Viertel der Befragten gegen eine finanzielle Aufstockung des ESM aus. Obwohl das Krisenmanagement auf europäischer Ebene 2011 lediglich von 25 Prozent als gut bewertet und von 61 Prozent als schlecht empfunden wurde, war fast die Hälfte der Befragten für mehr EU-Kompetenzen im Bereich Wirtschaft und Finanzen, jeweils knapp ein Viertel für den Status quo bzw. weniger Kompetenzen. Für eine stärkere Einmischung der EU in nationale Haushalte plädierten wiederum fast zwei Drittel. Eurobonds wurden 2011 von fast vier Fünfteln abgelehnt, 2012 sprachen sich zwölf Prozent dafür aus, 24 Prozent nur unter der Bedingung einer gemeinsamen europäischen Fiskalpolitik und 51 Prozent lehnten Eurobonds grundsätzlich ab. Aus dieser Haltung heraus stieß der Fiskalpakt 2012 auf die Zustimmung von fast vier Fünfteln der Befragten, während beinahe zwei Drittel den ESM zurückwiesen. Mehr als zwei Drittel lehnten außerdem einen vergrößerten EU-Haushalt ab, da fast ebenso viele Befragte der Auffassung waren, dass die EU ihre Finanzmittel nicht richtig einsetze. Breite Unterstützung von bis zu vier Fünfteln der Befragten fand sich regelmäßig für eine strengere europäische Bankenregulierung und eine Bankenabgabe in Deutschland, aus der ein Krisenfonds für strauchelnde Banken gefüllt werden sollte.

Die Meinung zu Griechenland entwickelte sich ambivalent: Auch das zweite Hilfspaket 2011 wurde von 60 Prozent der Befragten abgelehnt, von 33 Prozent befürwortet. Eine etwas knappere Mehrheit sprach sich außerdem gegen den Schuldenschnitt für Griechenland 2011 aus. Im Jahr 2012 wandelte sich das Bild etwas: Zu Beginn des Jahres wollten 45 Prozent Griechenland helfen, 45 Prozent Griechenland Pleite gehen lassen, wobei zwei Drittel keinen ernsthaften Sparwillen Griechenlands erkennen konnten – dieser Wert stieg zum Frühjahr 2015 auf über 80 Prozent. Zum dritten Griechenlandpaket 2015

hielten sich Befürwortung und Ablehnung in etwa die Waage. Im Herbst 2012 plädierte zum ersten Mal nach über einem Jahr eine sehr knappe Mehrheit für einen Verbleib Griechenlands im Euro, fast zwei Drittel der Befragten hatten zuvor aber eine zeitliche Streckung der Sparziele für die Programmstaaten abgelehnt, für Griechenland lag der Wert bei knapp 80 Prozent. Den Verbleib im Euro knüpfte deutlich über die Hälfte der Befragten an das Erreichen der Sparziele. Die harten Auflagen für Griechenland wurden im Allgemeinen gutgeheißen, im Ringen um das dritte Hilfsprogramm 2015 etwa waren nur zehn Prozent der Befragten der Ansicht, dass es mehr Zugeständnisse an Griechenland hätte geben sollen.

Die Europawahl 2014 und die danach ins Amt gekommene Juncker-Kommission stießen mit knapp 60 Prozent mehrheitlich auf das Desinteresse der deutschen Öffentlichkeit, die Wahlbeteiligung lag schließlich bei gut 48 Prozent. Nach der Wahl war etwa der Hälfte der Befragten egal, wer Kommissionspräsident werden würde – allerdings bekräftigten zwei Drittel der Befragten die strenge Anwendung der europäischen Haushalts- und Verschuldungsregeln, während fast 60 Prozent mit der EU-Politik im Allgemeinen unzufrieden waren. Im Jahr 2016 bedeutete der Brexit einen gewissen Stimmungsumschwung zugunsten der EU: Mitte des Jahres verzeichnete der Politbarometer seit Befragungsbeginn 1977 mit 51 Prozent den höchsten Wert an Befragten, die in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands einen Vorteil sahen.

Während die Deutschen ver.di Positionen etwa für Eurobonds und gegen die Sparpolitik und die Konditionalität der Hilfen nicht teilten, unterstützten sie ver.di Tarifpolitik im öffentlichen Dienst: Die Forderung nach Lohnsteigerungen von 6,5 Prozent 2012 wurde von 54 Prozent der Befragten für richtig befunden, fünf Prozent hielten dies gar für zu niedrig, 38 Prozent für zu hoch. Im Jahr 2013 äußerten 72 Prozent der Befragten Verständnis für die Warnstreiks im öffentlichen Dienst, wobei die öffentliche Unterstützung für die Höhe der Forderung zu diesem Zeitpunkt nur noch knapp über der Einstufung als zu hoch lag. Die öffentliche Meinung folgte ver.di 2012 außerdem in der Diagnose der ungerechten Verteilung der Krisenkosten und der unzureichenden Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Dies legen die von ver.di vorgestellten repräsentativen Umfrageergebnisse zum Start der „Drei-Länder-Wochen“ nahe⁶²¹ – wobei dieser Anflug von Diskursmacht in keine erkennbare Resonanz in Medien und Politik auf die „Drei-Länder-Wochen“ mündete, wohl aber in der Aufnahme einer Vermögensbesteuerung in diverse Parteiprogramme (s.o.).

Das Institut für Demoskopie Allensbach verzeichnete zwischen 2003, als 45 Prozent der Befragten eine negative Einstellung und nur 23 Prozent eine positive Einstellung gegenüber Gewerkschaften hatten, und 2012, als 41 Prozent Gewerkschaften positiv und 20 Prozent Gewerkschaften negativ sahen, eine kontinuierliche Umkehr der deutschen öffentlichen Meinung zu Gewerkschaften (zitiert nach Dribbusch et al. 2017: 206). Nach den Daten des Eurobarometer verbesserte sich das Image von Gewerkschaften im Verlauf der

⁶²¹ Vgl. Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): Instrumente gegen die Krise. Befragungsergebnisse Deutschland, Österreich Schweiz.

2000er-Jahre, um nach dem Ausbruch der Finanzkrise einen Höhepunkt zu erreichen: Im Jahr 2001 lag der Anteil der Befragten in Deutschland, die angaben, Gewerkschaften zu vertrauen, noch bei 38 Prozent gegenüber 50 Prozent, die ihnen eher misstrauten. In der Befragung 2006 wurde die Frage abgeändert zu positiver versus negativer Konnotation von Gewerkschaften, seinerzeit verbanden 54 Prozent der Befragten etwas Positives mit Gewerkschaften, 41 Prozent etwas Negatives. Diese Werte entwickelten sich 2009 zu 70 Prozent positiver versus 24 Prozent negativer Assoziation, um 2014 zurückzugehen auf 60 Prozent positiv zu 32 Prozent negativ.⁶²²

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ver.di europapolitische Positionen und die Pläne ver.di bzw. des DGB für einen „Marshallplan“ für Südeuropa wenig mediale Nachfrage fanden – und dies nur in Form von Berichten und Gastbeiträgen. Die mediale Diskussion auf den Meinungsseiten zu einem „Marshallplan“ war bereits erledigt, als der DGB Ende 2012 seinen ausgearbeiteten Vorschlag vorlegte. Ein medialer Diskurs zum gewerkschaftlichen „Marshallplan“ ist nicht erkennbar. Auch in den Interviews mit Frank Bsirske gab es dazu keine spezifische Nachfrage, die öffentliche Meinung war gegenüber den u.a. von ver.di vertretenen Positionen mehrheitlich ablehnend. Die Pressemitteilungen ver.di erzielten ebenfalls nur schwache Resonanz. Damit erreichte ver.di insgesamt wenig Sichtbarkeit, kaum Resonanz und keine öffentliche Legitimität.

Diese Marginalisierung der Gewerkschaften im deutschen Diskurs zur Eurokrise bestätigt die Ergebnisse vorangegangener Studien zu den in der medialen Berichterstattung im Allgemeinen und während der Eurokrise im Speziellen dominanten Akteuren (Exekutive) und Inhalten (politische Entscheidungen) sowie den geschlossenen diskursiven Gelegenheitsstrukturen (Koopmans 2007; Lahusen et al. 2016; Monza/Anduiza 2016; Cinalli/Giugni 2018; s. Kapitel 2.2). So stellen etwa Cinalli und Giugni (2018: 24, 39) u.a. in Bezugnahme auf den deutschen Diskurs zur Eurokrise die Schwäche von Gewerkschaften gegenüber stärkeren „political entrepreneurs“ in einem elitenbasierten und staatszentrierten Diskursmuster fest.

Der beobachtete öffentliche Ansehensgewinn der deutschen Gewerkschaften wird in der Forschung mit der als konstruktiv wahrgenommenen Beteiligung der deutschen Gewerkschaften am nationalen Krisenmanagement in Verbindung gebracht (Dribbusch et al. 2017: 207). In der Folge erreichten die deutschen Gewerkschaften – neben dem beachtlichen Erfolg des gesetzlichen Mindestlohns – mit Diskursbeiträgen zu Gerechtigkeitsfragen eine öffentliche Nachfrage, die den ver.di-Bundesvorstand zufriedenstellte. Zu „Gerecht geht anders“ hielt der ver.di-Geschäftsbericht etwa fest, „mehrere Millionen Menschen erreicht“ zu haben: „Die öffentliche Resonanz war ausgezeichnet. „Gerecht geht anders“ traf die Stimmung vieler Menschen.“⁶²³ Auch die Kampagne „Umfairteilen“

⁶²² Vgl. Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 56 (2001); Standard Eurobarometer 65 (2006); Standard Eurobarometer 72 (2009); Standard Eurobarometer 82 (2014).

⁶²³ Vgl. Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2007-2011, S. 27.

verbuchte ver.di als öffentlichen und politischen Erfolg mit großem Medieninteresse, beachtlicher Beteiligung an den Aktionstagen und der Aufnahme der Vermögenssteuer in die Programme der SPD, der Grünen und der Linken.⁶²⁴ Ver.di sah ihre Medienarbeit durch eine Studie bestätigt, die ver.di „gemessen an der Häufigkeit der redaktionellen Erwähnung in Zeitungen, Zeitschriften, Agenturen, Online-Medien, Hörfunk und Fernsehen [...] deutlich vor den anderen Gewerkschaften“ positionierte:

„Neben der kontinuierlichen Medienbegleitung bundesweiter wie regionaler Tarifrunden standen vor allem der allgemeine gesetzliche Mindestlohn, die anhaltende strategische Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag beim Versandhändler Amazon, die Aufwertung sozialer Berufe, das kirchliche Arbeitsrecht sowie die vielfältige Kommentierung politischer Themen – wie beispielsweise Reregulierung des Arbeitsmarkts, Steuergerechtigkeit, Altersvorsorge, Energiewende und europäische Wirtschaftspolitik – im Mittelpunkt der Medienarbeit und des medialen Interesses.“⁶²⁵

Die Schlagwortsuche „Umfairteilen“ in der deutschen Pressedatenbank Wiso erzielt für die Jahre 2012 und 2013 tatsächlich 939 Treffer. Die europapolitischen Positionen von ver.di fanden dagegen weder in der Öffentlichkeit noch in der medialen Berichterstattung Sichtbarkeit, Resonanz und Legitimität als Fundamente diskursiver Gelegenheiten (Koopmans 2004). Ver.di schaffte es nicht, eine öffentliche Nachfrage für ihre Positionen zu erzeugen und dadurch Diskursmacht zu schaffen. Dies könnte einerseits an ver.dis unzulänglichem Angebot an nachrichtenwertorientierten Aktivitäten in der Eurokrise liegen. Vergleicht man dies kursorisch mit den EU-Freihandelsabkommen, als deren Gegner ver.di einem breiten gesellschaftlichen Bündnis beitrug, das große Demonstrationen organisierte, und entsprechenden Interviewfragen an Frank Bsirske, zeigt sich aber, dass auch hier die Nachfrage nach ver.dis Positionen gering war: Lediglich in drei von 15 Interviews, die auf der ver.di-Homepage für die Jahre 2015 und 2016 aufgelistet sind, wurde Bsirske nach den Freihandelsabkommen gefragt, nie waren TTIP oder CETA Hauptthema.

Vielleicht liegt die Erklärung andererseits doch eher in der medialen Nachfragestruktur als im Nachrichtenwert von ver.dis Angeboten: Lahusen und Kollegen (2016) zeigen, dass Gewerkschaften in deutschen Zeitungen im Zeitraum 2005 bis 2014 hauptsächlich im Kontext arbeitsmarktpolitischer Fragen erwähnt wurden. Dies könnte eine Funktion von Tarifkonflikten und Streiks sein, die neben dem Nachrichtenfaktor des Status (als Sozialpartner) außerdem die Nachrichtenfaktoren Konflikt und Nähe bzw. Betroffenheit des Medienpublikums bieten (Köhler/Jost 2017). Dieser thematische Kontext der Sichtbarkeit entspricht zwar den zentralen instrumentellen Interessen, die Gewerkschaften vertreten und die die Mitglieder in der Öffentlichkeit repräsentiert sehen wollen. Gleichzeitig scheint diese mediale Nachfragestruktur aber auch zu bedeuten, dass Gewerkschaften mit anderen politischen Anliegen nicht ohne Weiteres ausreichende mediale Sichtbarkeit

⁶²⁴ Vgl. Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014, S. 264 f.

⁶²⁵ Vgl. *ibid.*, S. 187.

erreichen können. Während die gewerkschaftliche Organisationsmacht für Streiks von Medien regelmäßig betont wird, scheint dies in außertariflichen Fragen nicht der Fall zu sein. Mit Koopmans (2004: 373) lässt sich dies dadurch erklären, dass der Einfluss von Akteuren auf Nachrichtenfaktoren dahingehend limitiert ist, dass Nachrichtenfaktoren über längere Zeiträume in einem Mediensystem kulturell geprägt werden. Im Fall deutscher Gewerkschaften deutet diese Überlegung auf ihre institutionelle Position als Sozialpartner und den damit zusammenhängenden Nachrichtenfaktor des Status, der sich von ver.di zumindest nicht kurzfristig beeinflussen lässt.⁶²⁶

7.3 Nachfrage in Richtung Kooperationsmacht

Im Vorangegangenen wurde etabliert, dass es in der Eurokrise keine signifikanten Angebote ver.di zur Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteuren gab. Dadurch ist die Nachfrage gesellschaftlicher Akteure per se eingeschränkt und die folgenden Ausführungen sind kürzer als zur Nachfrage zur Organisations- und Diskursmacht.

In Deutschland nehmen Proteste mit europapolitischem Bezug zu (für das Folgende: Becker/Hutter 2017) – nicht linear entlang der Autoritätstransfers nach Brüssel, sondern anlassbezogen bzw. *policy*-spezifisch vor allem zu ökonomischen Interessen. Dies trifft insbesondere auf den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit zu, in dem nicht nur die Eurokrise, sondern auch EU-Freihandelsabkommen gesellschaftliche Widerstände provozierten. Dabei gehen gut ein Viertel der Protestereignisse auf Gewerkschaften zurück und etwas weniger als die Hälfte auf links-libertäre Bewegungen. Diese äußern in erster Linie Kritik an Aspekten der wirtschaftlichen und sozialen Integration Europas, die in der Mitte der deutschen Parteienlandschaft üblicherweise nicht artikuliert wird. Insgesamt ist der Anteil europäisierter Proteste an allen Protesten bzw. Protestteilnehmern mit unter fünf bzw. unter zehn Prozent aber nach wie vor gering. Auffallend ist, dass die Forderungen dieser Aktionen häufiger die EU-Ebene adressieren und nicht den intergouvernementalen Weg über die Bundesregierung wählen.

Bruckmiller und Scholl (2016: 79) bewerten „Blockupy“ als „die einzig sichtbare Intervention von links in Deutschland gegen die deutsche und neoliberale Hegemonie in der EU“. „Blockupy“ formierte sich im Frühjahr 2012 unter inhaltlichen Bezügen auf die Bewegung „Wir zahlen nicht für Eure Krise“, der gegenüber ver.di's Verhältnis ambivalent war (s. Kapitel 5.3), und „Occupy“, deren im Herbst 2011 lanciertes Camp in Frankfurt allmählich in Auflösung begriffen war. Durch den genuin transnationalen bzw. europäischen Ansatz der Bewegung tat „Blockupy“ sich allerdings mit einer Programmatik schwer, ihre politischen Alternativen waren oft national orientiert und standen in einem

⁶²⁶ Vgl. zu einer medialen Einschätzung während der Krise und zu der Zeit, als „Occupy“ aufkam, dass die Zeit von Gewerkschaften als „Klassenkämpfern“ vorbei sei: Esslinger, Detlef (2011): Klassenkämpfer war einmal. *Süddeutsche Zeitung*, 6.09.2011; Wisdorff, Flora (2011): Jenseits von Klassenkampf. *Die Welt*, 13.10.2011, S. 3.

Spannungsverhältnis zwischen EU-Austritt und EU-Reform (Scholl/Freyberg-Inan 2016). Mediale Beobachter konnten keine gemeinsame Dynamik der zivilgesellschaftlichen Proteste in Europa erkennen und fragten sich, wo im Kontext der hohen Jugendarbeitslosigkeit die Revolution der Jugend bleibe.⁶²⁷

Der auf das Instrumentarium von Blockaden und Besetzungen abstellende Name „Blockupy“ sollte die Strategie des zivilen Ungehorsams zum Ausdruck bringen, die insbesondere Frankfurt als Sitz der EZB ins Visier nahm. Da im März 2012 eine Demonstration einer weiteren Bewegung („M31“) mit 6.000 Teilnehmern an der Baustelle des neuen EZB-Hauptquartiers gewaltsam eskaliert war, reagierten die Frankfurter Behörden unmittelbar mit Verboten auf die ersten „Blockupy“-Aktionstage, die für Mai 2012 geplant waren. Abgesehen von der schließlich erlaubten Großdemonstration bestätigten Gerichte diese Verbote (Mullis 2016). Zur Demonstration in Frankfurt kamen dennoch 20.000 Teilnehmer. Die Großdemonstration im Frühjahr 2013 wurde durch einen im Nachhinein politisch und medial kritisierten Polizeieinsatz beendet. Auch die Aktionstage zur Eröffnungsfeier des neuen EZB-Gebäudes im Frühjahr 2015 wurden von Gewalt begleitet, diesmal vonseiten militanter Protestierender am Vormittag vor der angemeldeten – und später friedlich abgelaufenen – Demonstration, zu der der DGB-Bezirk Frankfurt einen der Demonstrationzüge organisiert hatte.⁶²⁸ „Blockupy“ schaffte es als nur eines von drei Protestereignissen in Deutschland während der Eurokrise in deutsche Qualitätszeitungen, die sich ansonsten auf Proteste in den Programmstaaten konzentrierten (Roose et al. 2017). Allerdings konkurrierten politische Botschaften der Aktionstage in der Medienberichterstattung mit einem Fokus auf Gewalt seitens der Demonstranten oder der Polizei (Mullis et al. 2016). Die gewaltsamen Ausschreitungen 2015 erhielten die negativste Medienaufmerksamkeit der drei „Blockupy“-Episoden – alle gesichteten Berichte stellten die Verurteilung der Gewalt in den Mittelpunkt.⁶²⁹ „Blockupy“ veranstaltete danach keine Aktionstage mehr, die Einschätzung von Protestforschern, dass die Gewalt den Anliegen schade, bestätigte sich.⁶³⁰

Ver.di's Beziehung zu „Occupy“ und „Blockupy“

Als notwendige Bedingung gewerkschaftlicher Kooperationsmacht versteht die vorliegende Arbeit die Kompatibilität des diagnostischen *Framings* zwischen Gewerkschaften und politisch aktiven Teilen der Zivilgesellschaft. Diese war zwischen ver.di und „Occupy“ bzw. „Blockupy“ in der Kritik der Finanzmärkte und der EU-Krisenpolitik gegeben. Als hinreichende Bedingung müsste darüber hinaus aber auf beiden Seiten die grundlegende

⁶²⁷ Vgl. Kaul, Martin (2013): Avanti ist nicht Campact. *taz – die tageszeitung*, 23.04.2013, S. 9; Leopold, Juliane (2012): Warum Europa nicht auf die Barrikaden geht. *Zeit Online*, 4.10.2012; Grauel, Torsten (2013): Protest und Rebellion sind was für Alte. *Welt Online*, 2.12.2013; von Randow, Gero (2014): Von wegen Revolution. *Zeit Online*, 13.08.2014.

⁶²⁸ Vgl. o.V. (2015): Ausschreitungen bei Blockupy-Protesten in Frankfurt. *Zeit Online*, 18.03.2015.

⁶²⁹ Vgl. Euler, Ralf (2015): Hessische Politiker entsetzt über Gewalt bei Blockupy. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.03.2015; Neuhaus, Carla (2015): De Maizièere droht linken Extremisten. *Der Tagesspiegel*, 19.03.2015, S. 1; Pohl, Ines (2015): Kein Recht auf Krawall. *taz – die tageszeitung*, 19.03.2015, S. 1; Schäder, Barbara / Alessandro Peduto (2015): Blockupy will Gewalt nicht verurteilen. *Stuttgarter Zeitung*, 20.03.2015, S. 4; Schwan, Helmut (2015): Vom Protest zum Exzess. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.03.2015, S. R1.

⁶³⁰ Vgl. Pausch, Robert / Lukas Zdrzalek (2015): Was Blockupy ausmacht. *Zeit Online*, 18.03.2015.

Bereitschaft zur Kooperation bestehen, i.e. eine wechselseitige Nachfrage nach dem Austausch von Mobilisierungsressourcen.

„Occupy“ als „Aufruhr der Ausgebildeten“, die sich durch die Krise um ihre beruflichen Perspektiven gebracht sahen, und das Experiment einer Bewegung ohne Organisation und Führung brachten lokale Gruppen in mehr als 20 deutschen Städten hervor (Kraushaar 2012). „Occupy“ erreichte eine hohe – zugleich aber gegenüber den Erfolgchancen der Bewegung skeptische – Medienaufmerksamkeit⁶³¹ und in der Anfangsphase bis zu 87 Prozent öffentliche Zustimmung für ihre Proteste gegen das Finanzsystem und dessen Geschäftspraktiken.⁶³² Auch einige Politiker bis hin zu Bundeskanzlerin Angela Merkel beilieten sich, die Proteste zu loben und eine Vereinnahmung für ihr jeweiliges Narrativ der Ursachen der Finanzkrise zu versuchen.⁶³³ Eine Zusammenarbeit zwischen ver.di und „Occupy“ scheiterte daran, dass die deutschen „Occupy“-Gruppen beschlossen, keine Allianzen mit Organisationen wie Gewerkschaften oder Bewegungen wie Attac einzugehen. „Occupy“ begrüßte aber die organisationsunabhängige Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern (Rucht 2016: 128; Nassauer/Anheier 2015: 103 ff.). Teilweise demonstrieren die Organisationen dennoch gemeinsam.⁶³⁴

Nach einem Winter hatten sich die Camps der Bewegung 2012 nach Einschätzung von Nachtwey (2014) aber darin erschöpft, dagegen zu sein, aber nicht so recht zu wissen, wofür – abgesehen davon, die eigene basisdemokratische Organisationsform und Unabhängigkeit herauszustellen und zu wahren. Daneben gab es in Deutschland im Krisenzeitraum dezentrale, lokal orientierte Protestbewegungen, die sich nicht direkt mit der Krise auseinandersetzten, sondern mit verwandten „reproduktiven Rechten“ wie Wohnraum oder lebenswerten Städten. Diese waren durch Teilnehmer aus den bürgerlichen Schichten („Wutbürger“) gekennzeichnet, die mitunter den postdemokratischen technokratischen Anspruch vertraten, als Experten besser Bescheid zu wissen als die politischen Entscheider (Nachtwey 2016: 212 ff.). Ver.di wusste um die Distanzierung „Occupys“ von Organisationen und respektierte – wie auch die IG Metall – diese Entscheidung.⁶³⁵ Somit gab es bezüglich des Austauschs von Mobilisierungsressourcen weder Angebote von ver.di noch Nachfrage von „Occupy“.

Anders als „Occupy“ war „Blockupy“ gegenüber der Beteiligung linker Parteien, NGOs und Gewerkschaften offen. Andersherum reagierte ver.di, wie im Vorangegangenen gezeigt, mit Ausnahme insbesondere des Bezirks Stuttgart und der ver.di-Jugend Hessen, zurückhaltend auf „Blockupy“ und deren Strategie des zivilen Ungehorsams. So verhielt es sich auch in den anderen DGB-Gewerkschaften, lediglich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die organisierte Gewerkschaftslinken riefen 2012 zur Beteiligung an den

⁶³¹ Vgl. z.B. Schultz, Stefan (2011): Deutschland probt den Aufstand gegen die Finanzmacht. *Spiegel Online*, 14.10.2011; Dernbach, Andrea / Jahel Mielke / Anna-Sophie Sieben (2011): Kettenreaktion. *Der Tagesspiegel*, 15.10.2011, S. 2.

⁶³² Vgl. Jacobsen, Lenz (2012): Das Volk hat Termine. *Zeit Online*, 17.10.2012.

⁶³³ Vgl. Siems, Dorothea (2011): Politiker kapern die „Occupy“-Bewegung. *Welt am Sonntag*, 23.10.2011; Semler, Christian (2011): Angela Merkel liebt euch. *taz – die tageszeitung*, 24.10.2011, S. 13.

⁶³⁴ Vgl. Helbig, Felix (2011): Bank, du bist umzingelt. *Frankfurter Rundschau*, 12.11.2011, S. R2; Klingelschmitt, Klaus-Peter / Marlen Kess (2011): Menschenketten gegen Banken. *taz – die tageszeitung*, 14.11.2011, S. 8.

⁶³⁵ Vgl. *PUBLIK*, 6+7/2011, Meinung: Die unterwartete Rückkehr der Räte; *Metallzeitung*, 11/2011, Editorial: Starker Einsatz für lebendige Demokratie.

„Blockupy“-Aktionstagen auf.⁶³⁶ Zwar ließ sich die ver.di-Jugend auf den Bundeskongressen 2011 und 2015 Aktionsformen des zivilen Ungehorsams genehmigen und der Landesbezirk Bayern stellte 2015 einen Antrag zur Unterstützung von „Blockupy“, der angenommen wurde. „Blockupy“ erholte sich aber nicht von den Gewaltausbrüchen bei den Aktionstagen 2015, sodass der ver.di-Bundesvorstand durch den bayrischen Antrag nicht allzu sehr in Verlegenheit gebracht wurde und ihn in seinem Geschäftsbericht für 2015 bis 2018 wie folgt für erledigt erklären konnte: „Aktionen der Blockupy-Bewegung haben seit 2015 erheblich nachgelassen, so dass es kaum Gelegenheit zur Unterstützung durch ver.di-Gliederungen gab.“⁶³⁷

Gewerkschaftliche Kooperationsmacht zur Eurokrise könnte die gesellschaftliche Legitimität, Sichtbarkeit und Resonanz gewerkschaftlicher Interessen und damit die gewerkschaftliche Diskursmacht steigern. „Occupy“ wurde in der Öffentlichkeit Legitimität zugesprochen, hatte aber kein Interesse an der Zusammenarbeit mit Organisationen. Bei „Blockupy“ verhielt es sich umgekehrt: Die gesellschaftliche Legitimität sank rapide durch die öffentliche Wahrnehmung radikaler Ideologie und konfrontativer Strategien, Diskursmacht wäre daher durch ein – ohnehin von ver.di nicht angestrebtes – Bündnis kaum zu gewinnen gewesen.

⁶³⁶ Vgl. Meyer, Jörg (2012): Eine elementare Frage der Solidarität. *neues deutschland*, S. 5.

⁶³⁷ Vgl. Ver.di (2019): Umgesetzt. Erledigungsvermerke der Beschlüsse des vierten ordentlichen ver.di-Bundeskongresses 2015, S. 202.

8. Schluss

Die Schlussüberlegungen konzentrieren sich auf folgende Aspekte: Erstens werden das Forschungsinteresse sowie die theoretischen und empirischen Startpunkte der vorliegenden Arbeit knapp rekapituliert, darauf aufbauend zweitens die Entwicklung des theoretischen Ansatzes und das empirische Vorgehen. Die empirischen Ergebnisse werden sodann zusammengefasst und in den Kontext der Fallauswahl und der Literatur, aber auch aktueller europapolitischer Entwicklungen eingebettet. Kapitel und Arbeit schließen mit Hinweisen auf Forschungsdesiderate und etwas Spekulation zur Zukunft gewerkschaftlicher Machtressourcen vis-à-vis der europäischen Integration.

8.1 Theoretischer und empirischer Rahmen

Das Forschungsinteresse lag anfangs in der Frage nach der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die richtige Bewältigung der Eurokrise in Deutschland und insbesondere nach gesellschaftlichen Widerstandspotentialen gegen und Einflussmöglichkeiten auf die EU-Krisenpolitik. Angesichts der breiten Unterstützung der Sparpolitik in der deutschen Parteienlandschaft fiel der Blick auf die Rolle der deutschen Gewerkschaften, deren Schwesterorganisationen in den Programmstaaten europaweit mit Protesten von sich reden machten. Unbedarft in der Gewerkschaftsforschung folgte die Grundannahme, dass Organisationen mit Millionen von Mitgliedern, deren Interessen durch die EU-Krisenpolitik zumindest mittelfristig berührt waren, ein gewisses europapolitisches Aktionspotential haben oder anderweitig dringend entwickeln sollten.

Die Bilanz der aufgearbeiteten Literatur war eine andere: Die deutschen Gewerkschaften begleiteten die europäische Integration zwar wohlwollend, verloren durch sie aber auf nationaler Ebene politischen Einfluss, den sie auf europäischer Ebene seither nicht kompensieren konnten. Gewerkschaftliche Europäisierung wiederum wurde bislang von der Wissenschaft in der Regel aus der Sicht von (europäischen) Gewerkschaftsverbänden untersucht. Diesen Verbänden fehlt der direkte Zugriff auf das Mobilisierungspotential ihrer Mitgliedsgewerkschaften und damit das Fundament gewerkschaftlicher Organisationsmacht („structure before action“, Turner 1996). Erste Recherchen für die vorliegende Arbeit ergaben wenig europapolitische Aktivität der deutschen Gewerkschaften – eine ursprünglich geplante Netzwerkanalyse drohte daher mager auszufallen, was die weiter unten zusammengefassten Ergebnisse zu ver.di Diskurs- und Kooperationsmacht bestätigen. So kristallisierte sich die grundlegende theoretische Frage heraus, wie Gewerkschaften überhaupt politischen Einfluss ausüben bzw. reproduzieren können.

In der exekutivdominierten Eurokrise präsentiert ver.di in theoretischer und empirischer Hinsicht einen wichtigen Fall: Als insbesondere im öffentlichen Dienst gut organisierte Gewerkschaft stand ver.di seit ihrer Gründung gegen die fiskalpolitischen Regeln im Euroraum, die in der Eurokrise noch verschärft wurden. Dieses instrumentelle Interesse an

Erhalt und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen ist erstens gut mit den Gemeinwohlinteressen von Teilen der Öffentlichkeit und der Politik vereinbar, zweitens sind Gewerkschaften des öffentlichen Diensts anders als die der privatwirtschaftlichen Sektoren in der (theoretischen) Position, durch Mobilisierung für eine Ausweitung der öffentlichen Haushalte die Nachfrage für ihren Sektor zu erhöhen (Freeman 2005: 647). Als deutsche Gewerkschaft bildet ver.di darüber hinaus nicht nur ein Fallbeispiel für die Auseinandersetzung deutscher Gewerkschaften mit der Eurokrise, sondern war auch weniger mit direkten Auswirkungen auf ihre Mitglieder bzw. die Beschäftigten in Deutschland konfrontiert als die Gewerkschaften in den Programmstaaten. Dies und die Mitglieder- bzw. Ressourcenstärke ver.dis erlaubten die Unterstellung freier Kapazitäten ver.dis für europapolitische Aktivität, zumal 2011 und 2012 in einer Phase, in der auch in Deutschland zivilgesellschaftliche Bewegungen öffentlichkeitswirksam gegen die Ursachen und die politische Bearbeitung der Finanz- und Eurokrise mobilisierten. Als Einzelgewerkschaft hat ver.di außerdem die Möglichkeit zur Interessenbildung und Mobilisierung ihrer Mitglieder – anders als im Kontext der europäischen Integration üblicherweise untersuchte Gewerkschaftsverbände. Dies ist das von der Arbeit identifizierte und behandelte Forschungsdesiderat.

Ver.di erfüllte schließlich die daraus folgende Erwartung, sich aktiv gegen die Krisenpolitik zu positionieren: Ver.di und ihre Mitglieder waren zwar nicht akut, aber doch mittelfristig von der EU-Krisenpolitik betroffen. Für alle EU-Staaten wurden durch den Fiskalpakt und weitere Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspakts die fiskalpolitischen Regeln und deren Sanktionierbarkeit verschärft sowie die Europäische Kommission ermächtigt, die jährlichen nationalen Berichte zu den Haushalten und Reformprogrammen der Mitgliedstaaten mit ggf. bindenden Empfehlungen zu begleiten. In den Programmstaaten brachte die Konditionalität der Finanzhilfen Druck auf die Löhne, die Dezentralisierung der Tarifpolitik und die Kürzung öffentlicher Sozialversicherungs- und Dienstleistungen bis hin zur Privatisierung öffentlichen Vermögens mit sich. Ver.di fürchtete einen solchen Spardruck auch in Deutschland, zumal die Lohnentwicklung des öffentlichen Diensts in Veröffentlichungen der EU-Kommission als Vorbild der Lohnzurückhaltung für andere Sektoren bilden sollte (Schulten/Müller 2015: 340 f.).

Vor diesem Hintergrund reagierte der ver.di-Gewerkschaftsrat zu Beginn der Eurokrise, als die Konsequenzen der Konditionalität der Hilfsprogramme sich bereits abzeichneten, die Einzelmaßnahmen aber noch in der *Agenda Setting*-Phase waren, mit der Überarbeitung des erst zwei Jahre zuvor verabschiedeten „Europamanifests“. Daneben schlugen ver.dis Chefökonom und Europaberater einen „Marshallplan für Südeuropa“ vor, der sukzessive vom Deutschen Gewerkschaftsbund ausgearbeitet und in den Europäischen Gewerkschaftsbund eingebracht wurde, wo er zu einem gemeinsamen „Investitionsplan“ der europäischen Gewerkschaften gemacht wurde. Die Sparpolitik, die verlangten Strukturreformen und die Angriffe auf die Tarifsysteme lehnte ver.di entschieden ab und forderte angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krisenpolitik die Beteiligung Vermögender an den Krisenkosten. Außerdem vertrat ver.di ambitionierte

Positionen für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung, für die Einführung von Eurobonds und für eine europäische Finanzmarktregulierung.

In der Untersuchung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung befasst sich die Gewerkschaftsforschung traditionell mit Strukturen, die als unabhängige Variablen auf Gewerkschaftshandeln wirken. Daneben sieht die Forschung gewerkschaftliche Macht im Mobilisierungspotential einer Gewerkschaft begründet (Müller-Jentsch 1985), das neben der „willingness to pay“ die „willingness to act“ der Gewerkschaftsmitglieder erfordert (Offe/Wiesenthal 1980). Angesichts von Mitgliederverlusten und der Erosion korporatischer Strukturen nimmt die neuere Forschung zur gewerkschaftlichen „Revitalisierung“ das Handlungsvermögen von Gewerkschaften als strategischen Akteuren in den Blick und stellt dabei theoretische Verbindungen zur Protest- und Bewegungsforschung her (z.B. Kelly 1997; Frege/Kelly 2004). Für die in der *Agenda Setting*-Phase der EU-Krisenpolitik vorgefundenen Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung bezieht sich die vorliegende Arbeit mit dem Konzept der Gelegenheitsstrukturen ebenfalls auf diese Literatur. Für die Vertretung ihrer Positionen fand ver.di in der *Agenda-Setting*-Phase verschlossene institutionelle Gelegenheitsstrukturen vor, auch die diskursiven Gelegenheitsstrukturen des öffentlichen Diskurses in Deutschland waren ungünstig. Der durch diese theoretischen und empirischen Erkenntnisse raffinierte Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist daher die Annahme, dass ver.di sich Gelegenheiten schaffen musste, wollte sie ihre Positionen effektiv vertreten. Auch die Revitalisierungsliteratur sieht Gewerkschaften nicht durch Strukturen determiniert, sondern verweist auf die strategischen Potentiale von Gewerkschaften durch die Erneuerung ihrer Machtressourcen (Schmalz/Dörre 2014; Gumbrell-McCormick/Hyman 2013; Wright 2000). Dabei wird die Machtressource der im Wesentlichen auf dem Mobilisierungspotential der Gewerkschaftsmitglieder basierenden Organisationsmacht in den Mittelpunkt gestellt, aber kaum theoretisiert, wie diese entsteht.

Daher schlägt die vorliegende Arbeit eine Erweiterung des Machtressourcenansatzes um das relationale Ressourcenverständnis der Interessengruppenforschung vor (Emerson 1976; Bouwen 2002; 2004; Berkhout 2013): Interessenvertretungsressourcen werden kontinuierlich im Austausch zwischen Akteuren reproduziert als Eigenschaft nicht der Akteure selbst, sondern des Austauschs zwischen ihnen. Machtressourcen entstehen somit im Verständnis der vorliegenden Arbeit durch das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage in den Austauschbeziehungen zwischen Gewerkschaft und Mitgliedern (Organisationsmacht), zwischen Gewerkschaft und Öffentlichkeit (Diskursmacht), zwischen Gewerkschaft und anderen gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren (Kooperationsmacht) und zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern bzw. Politik (institutionelle Macht). Organisationsmacht, in diesem Verständnis das Zusammentreffen der Interessenbildung der Gewerkschaft mit der Nachfrage der Mitglieder danach bzw. ihrer Mobilisierbarkeit für diese Interessen, ist die grundlegende gewerkschaftliche Machtressource, die die Gewerkschaft in der Folge gegenüber Öffentlichkeit, gesellschaftlichen Akteuren und Politik bzw. Arbeitgebern projizieren kann. Dabei kann die Gewerkschaft ihre Angebote an den jeweiligen Nachfragestrukturen ausrichten, um so Gelegenheiten für ihre

Interessenvertretung zu schaffen. Einer Identitätsbildung der Gewerkschaftsmitglieder dient nicht nur die Bearbeitung der „grievances“ der Mitglieder, sondern auch die Darstellung von Aktivität und Effektivität der Gewerkschaft („efficacy“, Kelly 1997). Eine Mobilisierung der Mitglieder kann als kollektives Handeln unabhängig von ihrem Erfolg ebenfalls die gewerkschaftliche Identität reproduzieren (Reshef 2004: 637).

Angesichts geschlossener institutioneller Gelegenheitsstrukturen wurde eine Interessenvertretung über Outsiderstrategien erwartet. Ver.di sollte, so die Annahme der vorliegenden Arbeit, zunächst intern europapolitische Interessenbildung betreiben, die die Eurokrise mit den instrumentellen Interessen ihrer Mitglieder verbindet (Nachfrage). Nach außen sollte ver.di das Mobilisierungspotential kommunizieren, gemeinwohlorientiert argumentieren, sich an den Aufmerksamkeitsstrukturen der Medien orientieren und offen für Bündnisse zeigen, um Nachfrage und damit Diskurs- und Kooperationsmacht zu erzeugen. In der Terminologie des Korporatismus bzw. des Interessenaustauschs bedeutet dies eine Umorientierung von der Einflusslogik hin zu Mitgliedschafts- und Reputationslogik (Berkhout 2013). Auf die Nachfragemuster von Mitgliedern, Medien und Zivilgesellschaft stellte die Arbeit als Gelegenheitsstrukturen ab, die sich durch ver.dis Angebote beeinflussen lassen. *Framing* wurde als ver.dis strategische Aktivität in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt, wobei *Frames* diagnostische, prognostische und motivierende Funktionen erfüllen (Benford/Snow 2000: 615 ff.). Darin liegt auch der Versuch der vorliegenden Arbeit, den theoretischen Gegensatz zwischen determinierender Struktur und autonomem Handeln der Gewerkschaften zu überwinden. Die Arbeit schlug damit zusammengefasst als kausale Theorie vor, dass ver.di ihr europapolitisches Angebot erhöht und dieses entlang bekannter Nachfragestrukturen der Mitglieder, Medien und Zivilgesellschaft *framet*, um so Nachfrage unter Mitgliedern (Organisationsmacht), Medien (Diskursmacht) und Zivilgesellschaft (Kooperationsmacht) zu erzeugen – was schließlich politische Gelegenheiten für ver.dis Interessenvertretung schaffen könnte.

Empirisch fokussierte die vorliegende Arbeit für die interne Interessenbildung von ver.di auf ver.dis Mitgliederzeitung *PUBLIK*, für die Nachfrage innerhalb ver.dis auf die Bundeskongresse während der Eurokrise und die Aktivität der Mitglieder im „Mitgliedernetz“. *PUBLIK* wurde ausgewählt als günstigstes Instrument ver.dis, potentiell alle Mitglieder zu erreichen, und forschungsstrategisch als vollständig und systematisch erforschbare Quelle der Mitgliederinformation und -mobilisierung. Alle Artikel der Mitgliederzeitung zur Eurokrise wurden nach ihrer redaktionellen Hervorhebung in der Zeitung gewichtet, ihr diagnostisches, prognostisches und motivierendes *Framing* codiert. Durch den Aufbau aus nationalem Mantel und regionalen Seiten der ver.di-Bezirke eröffnete sich außerdem die Möglichkeit, Unterschiede zwischen nationaler und regionaler Gewerkschaftsebene bzw. zwischen den Bezirken zu untersuchen. Ver.dis Angebote an die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft wurden über ver.dis Pressemitteilungen nachvollzogen. Die Nachfrage der Öffentlichkeit wurde durch die Analyse von Interviews mit dem damaligen ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, die mediale Berichterstattung über Gewerkschaftspositionen zur Eurokrise, die öffentliche Diskussion in Deutschland zu einem „Marshallplan“ für Griechenland, die Reaktion der Medien auf ver.dis Pressemitteilungen und die

Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland während der Eurokrise aufgearbeitet. Außerdem wurde die Nachfrage gesellschaftlicher Protestbewegungen nach einer Zusammenarbeit mit ver.di dargestellt.

8.2 Diskussion der Machtressourcen

Organisationsmacht

Zur Angebotsseite der Organisationsmacht leitete die vorliegende Arbeit die Implikation ab, dass ver.di die europapolitische Information ihrer Mitglieder während der Eurokrise verstärkte und ihre Mitglieder zu Beteiligung aufrief. Auf diagnostischer Ebene wurden die beobachtbaren Implikationen bestätigt: Ver.di intensivierte die europapolitische Information und betrieb zur Eurokrise insbesondere „counterframing“ zu den Positionen der Bundesregierung: Kritisiert wurden etwa die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Sparpolitik, der „Lohnsenkungswettbewerb“ in Europa, die Beschneidung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten oder das Demokratiedefizit der Krisenpolitik. Während Finanzhilfen begrüßt wurden, wurden deren Konditionalität und der Fiskalpakt strikt abgelehnt. Zahlreiche Länderberichte vor allem zu Griechenland betonten neben den sozialen Implikationen auch die Legitimität des gesellschaftlichen Widerstands gegen die Maßnahmen. Die Eurokrise wurde in *PUBLIK* nicht so stark gewichtet wie die vorangegangene Finanzkrise, in der die Interessen der ver.di-Mitglieder und der deutschen Beschäftigten direkter tangiert waren, aber stärker als ver.dis parallele Interessenvertretung zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Der Höhepunkt der Intensität sowohl der *PUBLIK*-Berichterstattung als auch der Aktivitäten ver.dis zur Eurokrise ist im Jahr 2012 zu beobachten.

In den 54 *PUBLIK*-Artikeln zur Eurokrise nahm die diagnostische Ebene rund 58 Prozent des *Framings* ein. Dabei wurde zu rund 80 Prozent „counterframing“ zu Krisenursachen und Krisenfolgen geleistet, zu rund 20 Prozent auf instrumentelle Interessen der Mitglieder und Bezüge zwischen der deutschen und europäischen Krisenerfahrung abgestellt. Die hohen Anteile der Diagnose am *Framing* und des „counterframing“ an der Diagnose erklären sich aus der Komplexität des Themas – für das „counterframing“ wurden 15 Dimensionen bzw. *Frames* identifiziert. Die postulierte Verbindung der Eurokrise mit den instrumentellen Interessen der Mitglieder (Herausarbeitung von „grievances“, z.B. Löhne, öffentliche Investitionen in Deutschland) trat damit auf diagnostischer Ebene klar hinter das „counterframing“ zurück. Dies setzte sich entgegen der Erwartung auf der prognostischen *Framing*-Ebene der Lösungsvorschläge und Forderungen fort, obgleich die instrumentellen Interessen der Mitglieder hier einen höheren Anteil von 30 Prozent erreichten gegenüber einem Anteil der auf die EU und die Programmstaaten bezogenen politischen Vorschläge von rund 59 Prozent.

Wie theoretisch erwartet, wurde das prognostische *Framing* zur Eurokrise knapper gehalten (rund 29 Prozent des *Framings*) und mit klaren Botschaften kommuniziert: So gab es in den *Framing*-Kategorien der prognostischen Ebene 22 Dimensionen, auf diagnostischer Ebene wurden 30 Dimensionen gezählt. Diese immer noch hohe Anzahl an prognostischen Dimensionen hängt mit der Evolution der inhaltlichen Schwerpunktsetzung während der Eurokrise zusammen: Zunächst wurde eine Umschuldung der Programmstaaten gefordert, dann der Fiskalpakt abgelehnt und schließlich eine Vermögensbesteuerung als Grundlage von öffentlichen Investitionen angemahnt. So kam es nicht zur implizierten regelmäßigen Wiederholung derselben *Frames* für eine Interessenbildung, dennoch wiesen die politischen Ideen hinter den Forderungen kontinuierlich in die gleiche Richtung der Ablehnung der Sparpolitik und der damit verbundenen Konditionalität und der Forderung einer größeren Beteiligung von Vermögenden an den Krisenkosten. Insgesamt enthielten nur zwei von drei Artikeln zur Eurokrise überhaupt prognostische *Frames*. Auffällig ist, dass der gewerkschaftliche „Marshallplan“ in *PUBLIK* so gut wie gar nicht thematisiert wurde: Der Begriff „Marshallplan“ wurde in *PUBLIK* nicht verwendet, von einem gewerkschaftlichen Investitionsplan war nur in zwei Artikeln die Rede.

Die auf der diagnostischen Ebene hergestellten Bezüge zwischen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und Europa wurden auf der prognostischen Ebene aufgenommen, indem argumentiert wurde, dass Lohnerhöhungen und Investitionen in Deutschland auch einer makroökonomischen Balance im Euroraum dienen würden. Das prognostische *Framing* zu instrumentellen Interessen der Mitglieder wurde außerdem zum anstehenden Beschluss des Fiskalpakts 2012 und dann noch einmal zur Europawahl 2014 verstärkt. Das prognostische *Framing* stand damit in Zusammenhang mit aktuellen politischen Entscheidungen bzw. Beteiligungsmöglichkeiten für die ver.di-Mitglieder. Ein Vergleich zur allgemeinen Europaberichterstattung ist nur bedingt aussagekräftig, da in der allgemeinen Berichterstattung „counterframing“ zu einem bestimmten Diskurs keine Kategorie des diagnostischen und prognostischen *Framings* darstellt. Dennoch lässt sich festhalten, dass in der allgemeinen Berichterstattung instrumentelle Interessen auf diagnostischer Ebene gut 85 Prozent und auf prognostischer Ebene gut 73 Prozent des *Framings* ausmachten und die allgemeine Interessenbildung zur europäischen Integration in *PUBLIK* somit eng mit instrumentellen Interessen verknüpft wurde.

Anders als erwartet wurde der gewerkschaftliche „master frame“ der Solidarität in *PUBLIK* kaum genutzt. Zwar gab es mit 55 Länderberichten zur Eurokrise eine ausführliche Berichterstattung zur Situation in den Programmstaaten, die Herausstellung gleicher Interessenlagen der Beschäftigten in Europa oder direkte Solidaritätsbekundungen waren aber rar. Auch in den Artikeln zu den nationalen Gewerkschaftsaktionen in Folge der Finanzkrise „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“ wurden keinerlei Bezüge zur europäischen Ebene hergestellt, obwohl insbesondere bei „Umfairteilen“ die geforderte Vermögensbesteuerung zeitgleich auch Teil des gewerkschaftlichen „Marshallplans“ und der „Drei-Länder-Wochen“ von ver.di und Gewerkschaften aus der Schweiz und Österreich war. Eine solche Zusammenführung bzw. Europäisierung der Interessenbildung blieb hinter den theoretischen Erwartungen zurück bzw. fand nicht statt.

Das motivierende *Framing* schließlich machte 14 Prozent des *Framings* der Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK* aus: Die codierten Gewerkschaftsaktionen bestanden hauptsächlich aus Bündnissen und Demonstrationen, wobei es sich häufig um „European Action Days“ des Europäischen Gewerkschaftsbunds handelte, ver.di organisierte abgesehen von den „Drei-Länder-Wochen“ zur Eurokrise nur wenige eigene Aktionen. Zwar wurden in den 54 Artikeln zur Eurokrise deutlich mehr motivierende *Frames* gezählt als in den 54 Artikeln der allgemeinen Europaberichterstattung zwischen 2008 und 2017. Bezieht man aber den jeweiligen Anteil der Artikel mit motivierenden *Frames* an der Gesamtzahl der Artikel sowie deren Gewichtung mit ein, zeigt sich ein differenziertes Bild: Obwohl das motivierende *Framing* zunächst wie erwartet im Verlauf der Eurokrise zunahm, lag die Mobilisierungsintensität leicht unter der der allgemeinen Europaberichterstattung (s. Tabelle 35). Darin schlägt sich zum Beispiel nieder, dass „European Action Days“ häufig nur in Kurzmeldungen thematisiert wurden – so auch die EGB-Demonstration für den von ver.di mitentwickelten Investitionsplan im Vorfeld der Europawahlen 2014. Einige Beteiligungsaufrufe wurden beobachtet, auf politische Gelegenheiten wurde kaum verwiesen. Gewerkschaftliche „efficacy“ konnte gegenüber den Mitgliedern nicht betont werden, weil ver.di keine gewerkschaftlichen Erfolge gegen die Krisenpolitik vorzuweisen hatte.

Ein anderes Bild der Mobilisierung zeigt sich in der hohen Streikaktivität von ver.di im Untersuchungszeitraum. So führte ver.di 2012 eine große Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst und genehmigte in diesem Jahr 188 Arbeitskampfkaktivitäten, ein Rekordwert (Lesch 2016: 32), im Jahr 2015 gab es in den ver.di-Organisationsbereichen zwischen Januar und Juni 1,5 Millionen Streiktage.⁶³⁸ Während Lohnerhöhungen in der *PUBLIK*-Berichterstattung zur Eurokrise als deutscher Beitrag gegen die makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum dargestellt wurden, wurde in der Berichterstattung zu den Tarifrunden keine derartige Verbindung der deutschen Lohnentwicklung zur Bewältigung der Eurokrise hergestellt. Ein Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer und politischer Mobilisierung ver.dis ließe sich mit dem Argument konstruieren, dass hohe Streikaktivität Ressourcen bindet, die dann nicht mehr für politische Aktivität zur Verfügung stehen. Allerdings müssen auch die politischen Mobilisierungserfahrungen aus der Finanzkrise in die Erklärung einbezogen werden: Seinerzeit hatte die Protestbewegung „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ zu mehreren Demonstrationen aufgerufen und zehntausende Teilnehmer mobilisiert. Der damalige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bezweifelte angesichts der zeitlichen Nähe einer solchen Demonstration zu einem „European Action Day“, ob sich die ver.di-Mitglieder zweimal innerhalb von wenigen Wochen zu einer Demonstrationsteilnahme bewegen lassen würden. Gleichzeitig wurde zu diesem „European Action Day“ 2009 eine *PUBLIK*-Sonderausgabe veröffentlicht, um zur Teilnahme zu mobilisieren. Ebenso wurden 2010 große Mobilisierungsanstrengungen für die Kampagne „Gerecht geht anders“ unternommen. Diese Kampagnen und Demonstrationen, die mitunter eine sechsstellige Teilnehmerzahl erreichten, blieben letztlich politisch folgenlos. Der zur Finanzkrise von ver.di betriebene Mobilisierungsaufwand wiederholte sich in der

⁶³⁸ Vgl. Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 2, S. 42.

Eurokrise nicht, wobei neben der Angebotsseite auch die Nachfrageseite der Mitglieder nach einer solchen Mobilisierung berücksichtigt werden muss (s.u.). Anders als theoretisch impliziert unternahm ver.di in der Eurokrise auch keine Mobilisierung ihrer Mitglieder für gesellschaftliche Protestbewegungen gegen die EU-Krisenpolitik. Hierzu waren einige ver.di-Regionen, insbesondere der Bezirk Stuttgart, aktiver. Die meisten ver.di-Bezirke setzten sich – der theoretischen Implikation folgend, dass europapolitische Aktivität auf lokaler Ebene keine Priorität darstellt – auf ihren Regionalseiten in *PUBLIK* dagegen gar nicht mit der Eurokrise auseinander.

Die Eurokrise spielte im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 keine vorrangige Rolle (Wendler 2014), auch in *PUBLIK* wurden dazu andere Schwerpunkte gesetzt (z.B. gesetzlicher Mindestlohn). Der Europawahl 2014 widmete *PUBLIK* aber mit einer Sonderbeilage, die u.a. Artikel aller 13 ver.di-Fachbereiche enthielt, gegenüber der Europawahl 2009 signifikant mehr Aufmerksamkeit und vor allem sektoral fokussierte Interessenbildung, die fast ausschließlich nicht auf die EU-Krisenpolitik, sondern auf instrumentelle Interessen abstellte. Nach der Europawahl 2014 nahmen die Berichterstattung über die Eurokrise und damit insbesondere das prognostische und motivierende *Framing* ab, lediglich Länderberichte zu Griechenland sind über das Jahr 2015 hinaus zu beobachten.

Auf der Nachfrageseite wurden die Bundeskongresse 2011 und 2015 sowie die Aktivität der ver.di-Mitglieder zur Eurokrise im „Mitgliedernetz“ untersucht. Die Nachfrage auf dem Bundeskongress 2011 bestand im Wesentlichen aus vier Anträgen verschiedener Regionalgliederungen zur Eurokrise, u.a. zu einer Verstärkung des Protests gegen die Krisenpolitik. Die Anträge wurden in einer Sammelabstimmung ohne weitere Diskussion angenommen. Den „Marshallplan“ behandelte Frank Bsirske in seiner Grundsatzrede, Nachfrage in Form von Wortmeldungen oder einer Diskussion dazu gab es nicht. Insgesamt fand auf dem Bundeskongress abgesehen von einzelnen Wortmeldungen zu Initiativanträgen und zur Rede Frank Bsirskes keine Diskussion zur europäischen Integration statt. Die Positionierung zur Eurokrise mit dem in der Arbeit dargelegten *Framing* wurde durch einen Leitantrag des Gewerkschaftsrats beschlossen, der mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Nachfrage nach einer Verstärkung der Organisationsmacht zeigt sich auf ver.di-Bundeskongressen regelmäßig in Anträgen und Diskussionen zu einem politischen Streikrecht, so auch im Kontext der Eurokrise. Während Frank Bsirske gegenüber politischen Streiks aufgeschlossen war, wies er auch darauf hin, dass dieses Streikrecht durch konkrete Aktionen von den Beschäftigten selbst erkämpft werden müsse. Auf dem Bundeskongress 2011 wurde diese Meinung von Delegierten geteilt, ohne eine zugrundeliegende und zu erzeugende gesellschaftliche Empörung bleibe das Recht alleine, etwa als Ergänzung des Grundgesetzes, ohne praktische Implikationen. Ebenso wurden auf den Bundeskongressen 2011 und 2015 Anträge zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, zu zivilem Ungehorsam als legitimer Aktionsform und zur Unterstützung von „Blockupy“ und Attac angenommen. In seinen Erledigungsvermerken dazu und zu den Anträgen zu mehr Widerstand gegen die Krisenpolitik gab sich der ver.di-

Bundesvorstand zurückhaltend und verwies auf öffentliche Stellungnahmen und die beschriebenen wenig konfrontativen Aktivitäten.

Beim Bundeskongress 2015 war die Eurokrise kein bedeutendes Thema mehr, auch der europäischen Integration war anders als 2011 kein eigenes Sachgebiet gewidmet. In seiner Rede räumte Frank Bsirske ein, dass das Ziel der Interessenbildung zur Eurokrise auf der Betriebsebene nicht erreicht worden sei. Hier hätten viele Beschäftigte den Impuls, Teile der europäischen Integration rückabzuwickeln anstatt sich aktiv dafür einsetzen zu wollen, Europa sozial zu gestalten. In diesem Zusammenhang prangerte ein Antrag an, dass Beschlüsse des Bundeskongresses 2011 zur Mobilisierung in den Betrieben nicht ausreichend umgesetzt worden seien. Mehr Solidarität mit den europäischen Gewerkschaftsstreiks wurde auch von anderen Anträgen gefordert. Die vorliegende Arbeit ergänzt dies im Kontext der regionalen *PUBLIK*-Berichterstattung dahingehend, dass viele ver.di-Bezirke sich nur wenig oder gar nicht mit der Eurokrise auseinandersetzten, während sich mit den (Landes)Bezirken Hessen, Niedersachsen/Bremen und vor allem Stuttgart nur drei Gliederungen mit der Eurokrise befassten. Initiativen wie die „Drei-Länder-Wochen“ und „Europa neu begründen“ wurden auf den Regionalseiten nicht thematisiert.

Zu anderen europapolitischen Themen, etwa der im Untersuchungszeitraum geplanten Liberalisierung der Bodendienste an Flughäfen oder der Handelspolitik der EU, finden sich durchaus regionale Artikel, die die instrumentellen Interessen der Mitglieder adressierten. Die Zukunft der europäischen Integration wurde in *PUBLIK* auf regionaler Ebene nur vom Landesbezirk Niedersachsen/Bremen behandelt.⁶³⁹ Dies kann als Indiz dafür gesehen werden, dass die Bezirke das mangelnde europapolitische Interesse ihrer Mitglieder kennen und daher andere Schwerpunkte setzen. Diese mögliche Erklärung wurde auch in mehreren Hintergrundgesprächen von Gewerkschaftsfunktionären angeführt. Der Geschäftsführer eines süddeutschen ver.di-Bezirks argumentierte etwa, dass in seinem Bezirk zur Eurokrise keine besonderen Aktivitäten gestartet worden seien, weil dafür kein Mitgliederinteresse zu erkennen gewesen sei. Dies sei nur in wenigen politisch besonders aktiven Bezirken – wie dem Bezirk Stuttgart – versucht worden, im lokalen gewerkschaftlichen und betrieblichen Alltag gebe es aber andere thematische Prioritäten. In Stuttgart wiederum spielten zwei besondere Faktoren in die Mobilisierung: Erstens hatte der Bezirk mit dem späteren Vorsitzenden der Partei Die Linke Bernd Riexinger bis 2012 einen politisch aktiven Geschäftsführer, zweitens stellte die Protestbewegung gegen das Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21“ einen zusätzlichen lokalen „Mobilisierungspool“ dar. Ein weiterer Anhaltspunkt für das geringe Mitgliederinteresse an gewerkschaftlicher Interessenbildung zur Eurokrise findet sich im ver.di-„Mitgliedernetz“. Auch dort gab es kaum Diskussionsaktivität zur Eurokrise. Bei einer „Mitgliedernetz“-Umfrage zu den drängendsten europapolitischen Problemen vor der Europawahl 2014 nahmen erstens nur wenige Mitglieder teil, zweitens rangierte die Eurokrise abgeschlagen hinter TTIP, Arbeitnehmerrechten und Datenschutz.

⁶³⁹ Vgl. *PUBLIK*, 2/2016, Niedersachsen/Bremen: Eurokrise und Flüchtlingskrise gefährden Existenz der EU; *PUBLIK*, 5/2016, Niedersachsen/Bremen: Europa steht auf der Kippe.

Das Verhältnis von ver.di's Angebot der Interessenvertretung zur EU-Krisenpolitik und der Nachfrage der Mitglieder danach lässt sich als potentiell destruktive Spirale beschreiben: Ver.di entwickelt ambitionierte Positionen und nimmt sich Interessenbildung dazu auf Betriebsebene vor, die regionale Ebene erkennt aber das Desinteresse der Mitglieder – das schließlich als Erklärung dafür herhalten muss, dass wenig Interessenbildung stattfindet, wodurch wiederum die Gewerkschaftsführung in Zukunft möglicherweise weniger Anreize für eine europapolitische Positionierung hat und das Mitgliederinteresse potentiell weiter abnimmt. Jedenfalls spielte die ver.di-Führung die Verantwortung für die gescheiterte Mobilisierung an die Mitglieder zurück, deren Desinteresse und geringes Mobilisierungspotential wiederholt von Frank Bsirske angeführt wurden. Gleichzeitig blieb das Engagement der Gewerkschaftsführung gegen dieses Desinteresse überschaubar. Als Organisationen, die der Interessenvertretung ihrer Mitglieder verpflichtet sind, kann von Gewerkschaften nicht nur erwartet werden, die Interessen ihrer Mitglieder aufzunehmen, sondern auch externe Entwicklungen, die die Interessen ihrer Mitglieder tangieren, gegenüber den Mitgliedern einer Interessenbildung zuzuführen. Desinteresse der Mitglieder ist in dieser Sicht kein valider Hinderungsgrund, im Gegenteil: Die Gewerkschaft kann nicht abwarten oder darauf zählen, dass irgendwann hinreichend viele Mitglieder von sich aus ein Interesse an Europapolitik entwickeln. Vielmehr sollte die kausale Kette andersherum laufen, indem Gewerkschaftsfunktionäre sich nicht vom Desinteresse ihrer Mitglieder abschrecken lassen, sondern Interessenbildung betreiben (Offe/Wiesenthal 1980; Ahlquist/Levi 2013).

In der Verstärkung ihrer europapolitischen Handlungsfähigkeit scheint ver.di im Fall der Eurokrise zwischen den Polen der von ihr erkannten Dringlichkeit europapolitischer Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit und der ebenfalls von ver.di betonten Mitgliederorientierung, nach der kein europapolitisches Interesse der Mitglieder zu erkennen ist, paralysiert gewesen zu sein. Dazu mag gekommen sein, dass einige der Positionen ver.di's – etwa zu Eurobonds, einer europäischen „Transferunion“ und einer europäischen Wirtschaftsregierung – zu ambitioniert für die Mitglieder waren. Auch Dribbusch (2015: 181) argumentiert, dass diese Forderungen in ver.di, der IG Metall und dem DGB Minderheitenmeinungen geblieben sind. Die Grundgesamtheit der Berichterstattung ist mit 54 Artikeln zur Eurokrise und 55 Länderberichten überschaubar, die dargestellten Aktivitäten in den Artikeln sogar derart, dass sie sich im Rahmen der Arbeit fast vollständig wiedergeben ließen. Um die geringe Mobilisierungsintensität einzuordnen, wurden daher Vergleiche zur Beschäftigung von *PUBLIK* mit anderen Beispielen der politischen Interessenvertretung auf nationaler und europäischer Ebene sowohl im nationalen Mantel als auch auf den Regionalseiten gezogen.

Der Vergleich zeigt auf der diagnostischen *Framing*-Ebene die Herausforderung, die Eurokrise zunächst durch „counterframing“ zum Krisendiskurs der Bundesregierung und der EU zu erklären: Die Eurokrise hat den höchsten Anteil diagnostischer Einordnung. Auf der anderen Seite des diagnostischen Spektrums war die Notwendigkeit der EBI „right2water“ vergleichsweise einfach herzuleiten (s. [Tabelle 35](#)). Die EBI ist außerdem das einzige Thema, bei dem die instrumentellen Interessen der Mitglieder noch weniger

betont wurden als beim Thema Eurokrise. Instrumentelle Interessen wurden ansonsten in jedem Thema stärker herausgestellt als in der Eurokrise und auch stärker als Gemeinwohlinteressen – abgesehen von der Kampagne „Umfairteilen“, die das Gemeinwohlinteresse der Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellte.

Die Implikation, dass das prognostische *Framing* knapper gehalten wird als das diagnostische, bestätigt sich bei allen Themen außer in den – lediglich acht – Artikeln zur EU-Ebene in der Finanzkrise. Die Sonderbeilage zur Europawahl kommt durch die von den 13 ver.di-Fachbereichen jeweils angestrebten sektoralen Politikziele auf den Höchstwert an prognostischem *Framing*. Der Anteil des prognostischen *Framings* der Eurokrise unterscheidet sich unter dem Strich kaum von dem der übrigen Themen – wiederum wurden aber speziell die instrumentellen Interessen wenig berücksichtigt. Die Vergleichsthemen erfüllen die dahingehende beobachtbare Implikation erneut eher als die Eurokrise. Gemeinwohlinteressen und insbesondere Solidarität wird themenübergreifend kaum Bedeutung beigemessen.

Auf der motivierenden Ebene schließlich wird die niedrige Mobilisierungsintensität der Eurokrise im Vergleich zu den anderen Themen deutlich. Der Anteil an motivierenden *Frames* war nur in der Sonderbeilage zur Europawahl 2014 niedriger – wo sich das motivierende *Framing* auf Aufrufe zur Wahlbeteiligung beschränkte. Der Vergleich zu den nationalen Kampagnen „Gerecht geht anders“ und „Umfairteilen“ zeigt dort hohe Anteile an motivierendem *Framing*, die Mobilisierungsintensitäten lagen mit 0,67 bzw. 0,81 deutlich höher als in der Berichterstattung zur Eurokrise (0,13). Zu den geplanten EU-Freihandelsabkommen waren der Anteil motivierenden *Framings* und die Mobilisierungsintensität (0,69) ähnlich hoch wie zu „Gerecht geht anders“ – zu europapolitischen Themen wird folglich durchaus mobilisiert. Dies ist auch bei der Europäischen Bürgerinitiative „right2water“ zu erkennen, wobei lediglich zum niedrigschwelligen Beteiligungsmuster einer Unterschriftensammlung motiviert werden musste.

Die theoretische Implikation und die empirische Beobachtung, dass die regionale Ebene sich wenig mit der Eurokrise befasste, bestätigen sich für die EBI „right2water“ und die – im nationalen Mantel ebenfalls kaum berücksichtigte – Rolle der EU-Ebene in der Finanzkrise, nicht aber für den gewerkschaftlichen Widerstand gegen die EU-Freihandelsabkommen TTIP und CETA, der auch regional stark thematisiert und mobilisiert wurde. Darüber hinaus finden sich auf den Regionalseiten insbesondere zu „Gerecht geht anders“ zahlreiche Artikel mit Verweisen auf gewerkschaftliche Demonstrationen.

Unter dem Strich wird *PUBLIK* durchaus zu Interessenbildung und zu Mobilisierung genutzt, wobei sich regionale und thematische Unterschiede feststellen lassen. Zum Einfluss des Themas auf Umfang und Mobilisierungsintensität der Berichterstattung kann argumentiert werden, dass neben der Berührung instrumenteller Mitgliederinteressen auch die Komplexität des Themas von Bedeutung zu sein scheint: So war die Eurokrise ein hochkomplexes Thema, das viel Erklärung und „counterframing“ erforderte, ohne den Alltag der Mitglieder unmittelbar zu betreffen und ohne realistische Erfolgschancen einer Mobilisierung aufzuweisen. Das *Framing* der negativen Effekte der geplanten EU-

Freihandelsabkommen war im Vergleich dazu greifbarer für die Mitglieder, außerdem versprach der breite gesellschaftliche Widerstand dagegen bessere Erfolgsaussichten einer Mobilisierung. Dazu kommt, dass eine „negative“ Mobilisierung im Sinne der Ablehnung einer ungewollten Politik leichter zu fallen scheint als die „positive“ Mobilisierung zur Einführung einer präferierten Politik („Marshallplan“). Einen Zwischenstatus scheint eine Initiative wie die EBI „right2water“ zu haben, die einerseits auf Mitgliederinteresse stößt, andererseits von den Mitgliedern in Form einer Unterschrift nur einen sehr geringen Aktionsaufwand einfordert.

Tabelle 35. **Framing der Eurokrise: Vergleich zu nationalen und europäischen Themen**

	<u>Eurokrise</u>	<u>EU</u>	<u>EP 2014</u>	<u>EU Finanzkrise</u>	<u>Freihandel</u>	<u>„right2water“</u>	<u>„GGA“</u>	<u>„Umfairteilen“</u>
Anzahl Artikel	54	54	20	8	37	12	15	14
<u>Ebenen und Kategorien</u>								
Diagnostisches Framing	57,5	45,4	29,6	34,5	49,0	19,5	51,7	36,3
Krisenursachen	9,2	-	-	-	-	-	-	-
Krisenfolgen	35,6	-	-	-	-	-	-	-
Instrumentelle Interessen	7,3	38,9	28,7	32,7	31,3	1,2	36,8	14,3
Gemeinwohlinteressen	1,0	6,5	0,9	1,8	17,7	18,3	14,9	22,0
Bezüge Deutschland – Europa	4,4	-	-	-	-	-	-	-
Prognostisches Framing	28,6	38,4	60,9	47,3	23,9	29,3	18,4	22,0
EU/Programmstaaten	16,8	-	-	-	-	-	-	-
Instrumentelle Interessen	8,6	28,1	53,9	32,7	10,3	1,2	11,5	14,3
Gemeinwohlinteressen	1,9	9,7	7,0	9,1	13,6	28,0	4,6	22,0
Solidarität	1,3	0,5	-	5,5	-	-	2,3	-
Motivierendes Framing	14,0	16,2	9,6	18,2	27,2	51,2	29,9	41,7
Gewerkschaftsaktion	9,8	13,0	7,8	10,9	13,2	31,7	26,4	27,5
Aufruf Beteiligung	2,9	2,2	0,9	3,6	3,7	9,8	1,1	6,6
Politische Gelegenheit	1,3	1,1	0,9	3,6	10,3	9,8	2,3	7,7
Mobilisierungsintensität	0,13	0,16	-	-	0,69	1	0,67	0,81

Tabelle 35: Vergleich der Framing-Muster verschiedener nationaler und europäischer Themen politischer Interessenvertretung im nationalen Mantel von PUBLIK. „EU“ = allgemeine europapolitische Berichterstattung, „EP 2014“ = Sonderbeilage zur Europawahl 2014, „right2water“ = Europäische Bürgerinitiative, „GGA“ = Kampagne „Gerecht geht anders“. Die Mobilisierungsintensitäten berechnen sich aus dem Anteil an Artikeln mit motivierenden Frames und dem Anteil von deren Gesamtgewicht am Themengewicht. Höchstwerte sind grün markiert, Tiefstwerte rot.

Diskursmacht

Ver.dis implizierte Angebote für Diskursmacht basierten auf dem theoretischen Ausgangspunkt, dass Organisationsmacht als grundlegende Machtressource nach außen ausstrahlen und genutzt werden kann, um Austauschprozesse für Diskurs- und Kooperationsmacht anzuregen. Die vorgestellten empirischen Befunde zu den ausgebliebenen interorganisatorischen Austauschbeziehungen relativierten daher die beobachtbaren Implikationen zu ver.dis Diskursangeboten. Diese wurden anhand von ver.dis

Pressemitteilungen untersucht. Dabei zeigte sich zunächst, dass ver.di mit 24 Presseaussendungen viermal so viele Pressemitteilungen zur Eurokrise publizierte wie die IG Metall und alle relevanten Etappen der Eurokrise gegenüber der Öffentlichkeit kommentierte.

Tatsächlich mussten alle beobachtbaren Implikationen zu ver.dis Diskursangeboten empirisch abgelehnt werden: Zwar wurde über scharfe Kritik in Form von Zitaten Frank Bsirskes versucht, den Nachrichtenwert des Konflikts zu bedienen. Adressiert wurde dabei aber hauptsächlich die europäische Ebene, nicht die für weite Teile der Krisenpolitik verantwortliche Bundesregierung. Kritik an der Bundesregierung hätte zusätzlich die Nachrichtenfaktoren Nähe und Personalisierung ansprechen können, stattdessen lässt sich der Fokus auf die europäische Ebene vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Europäisierung und der Politisierung der europäischen Integration lesen. Auf diagnostischer Ebene stand auch in der externen Kommunikation „counterframing“ im Vordergrund. Anders als erwartet überwog die prognostische gegenüber der diagnostischen Ebene nicht, auch potentiell an den öffentlichen Diskurs und andere Akteure anschlussfähige Gemeinwohlinteressen wurden deutlich schwächer betont als instrumentelle Interessen der Mitglieder. Das prognostische *Framing* hielt sich aber anders als in der internen Kommunikation die Waage mit dem diagnostischen *Framing*, während die motivierende Ebene einen noch geringeren Anteil einnahm als in der internen Kommunikation. Von eigenen Aktionen berichtete ver.di kaum, da es ohnehin nur wenige gab, Protestbewegungen wurden wie bereits intern auch extern keine Avancen gemacht. Damit kann insgesamt nicht von einer nachfrageorientierten Medienarbeit gesprochen werden.

Die Nachfrage nach ver.dis Diskursbeiträgen wurde anhand von Interviews mit Frank Bsirske, der Berichterstattung zu gewerkschaftlichen Positionen zur Eurokrise, der Diskussion über einen „Marshallplan“ in Deutschland, der Reaktion auf ver.dis Pressemitteilungen und der Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung zu Aspekten der Eurokrise analysiert. Frank Bsirske wurde in 13 von 44 ermittelten Interviews zwischen 2010 und 2015 auf die Eurokrise angesprochen, die Eurokrise bildete das Hauptthema von lediglich drei Interviews. Ver.dis Kritik und Machtlosigkeit standen hier mehr im Fokus als ver.dis Lösungsvorschläge: Der „Marshallplan“ wurde in den Interviews nicht nachgefragt, dagegen aber der im europäischen Vergleich bescheidene politische Widerstand der deutschen Gewerkschaften vereinzelt thematisiert. Über den gewerkschaftlichen „Marshallplan“ berichteten einige Medien Ende 2012 punktuell, der *Frame* des „Marshallplans“ war zu diesem Zeitpunkt aber schon anderweitig besetzt worden als ergänzende Finanzhilfen für Griechenland bzw. war die deutsche Diskussion über ein die Sparpolitik ergänzendes Investitionsprogramm bereits abgeklungen. Dazu hatten die deutschen Medien intensiver berichtet, gewerkschaftliche Positionen fanden darin aber keinen Eingang. Auch die Pressemitteilungen ver.dis lösten nur in einem Fall einen auf ihnen basierenden Artikel aus, ansonsten bestand ihre mediale Resonanz weitgehend in der medialen Übernahme knapper Zitate von Frank Bsirske. Sieben der 24 Presseaussendungen stießen damit auf mediale Resonanz. Aktionen wie die „Drei-Länder-Wochen“ wurden medial weitgehend ignoriert. Schließlich hatte die öffentliche Meinung in Deutschland zu zentralen

Aspekten der Krisenpolitik jeweils eine andere Position als ver.di und bot damit keine Anschlussmöglichkeiten: Die deutsche Bevölkerung war zunächst gegen Finanzhilfen, dann für den Fiskalpakt und gegen Eurobonds.

Die mangelnde mediale Nachfrage nach gewerkschaftlichen Positionen zur Eurokrise bestätigt vorangegangene Forschung und legt nahe, dass Gewerkschaften insbesondere als Sozialpartner in großen tarifpolitischen Auseinandersetzungen über die Nachrichtenfaktoren Status und Konflikt Eingang in die Berichterstattung finden. Dieses Nachfragemuster scheint ihre Möglichkeiten einzuschränken, mit europapolitischen Themen auf Resonanz zu stoßen, die in der Regel von Exekutivakteuren besetzt werden (Koopmans 2007; Lahusen et al. 2016; Monza/Anduiza 2016). Derartige Muster der Berichterstattung sorgten während der Eurokrise bei ver.di für Unmut: In seiner Grundsatzrede auf dem Bundeskongress 2011 beklagte Frank Bsirske „von der Boulevardpresse geschürte Ressentiments“ gegenüber Griechenland.⁶⁴⁰ In einem Interview diagnostizierte Bsirske außerdem eine „Homogenisierung der Medienlandschaft“, die Finanz- und Unternehmensinteressen in den Mittelpunkt stelle, während Gewerkschaftsaktionen nicht wahrgenommen würden.⁶⁴¹

Kooperationsmacht

Zur Kooperation mit gesellschaftlichen Protestbewegungen gegen die Eurokrise, insbesondere „Blockupy“, gab es keine Angebote der ver.di-Führung. Mehr Bereitschaft existierte bei der ver.di-Jugend und einzelnen regionalen Gliederungen (Stuttgart, Hessen). Zwar wurde auf dem Bundeskongress 2015 ein Antrag der ver.di-Jugend angenommen, „Blockupy“ zu unterstützen – zu dem Zeitpunkt war die „Blockupy“-Bewegung nach den Gewaltausbrüchen bei den Aktionstagen zur Eröffnung des EZB-Neubaus in Frankfurt 2015 allerdings bereits am Ende. Im Fall von „Occupy“ wiederum bestand keine Nachfrage der Bewegung nach einer Zusammenarbeit mit Organisationen. In Hintergrundgesprächen argumentierten Gewerkschaftsfunktionäre, dass bei derartigen Protestbewegungen unklar sei, wer überhaupt die Ansprechpartner für Gewerkschaften seien. Hierin hallt die Einschätzung vorangegangener Forschung wider, dass deutsche Gewerkschaften über eine geringe Kooperationsmacht verfügen (Schmalz/Weinmann 2013: 77, 89). Zum Fiskalpakt mobilisierten außerdem nur wenige deutsche Kollektivakteure, die öffentliche Meinung wurde dahingehend interpretiert, dass der ESM den Deutschen wichtiger war und der Fiskalpakt kein Empörungspotential hatte (Dür/Mateo 2016: 199 f.). In allen drei Austauschbeziehungen, die der Entwicklung von Machtressourcen zugrundeliegen, war ver.dis Angebot damit ähnlich schwach wie die Nachfrage danach.

⁶⁴⁰ Vgl. Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 09, S. 3.

⁶⁴¹ Vgl. Hild, Thorsten (2012): Jetzt geht es um mehr Geld. *Der Freitag*, 23.01.2012.

8.3 Aktualität der Sparpolitik: „Corona-Bonds“

Nach der Europawahl 2014 verabschiedete die neu ins Amt gekommene EU-Kommission nicht nur einen Investitionsplan, sondern interpretierte die Budgetregeln sukzessive flexibler, was im Europäischen Rat von Italien und Frankreich gefordert worden war (Schmidt 2016). Während der Fiskalpakt als solcher aber unangetastet blieb, wurde in Deutschland angesichts kommunaler Finanznot und öffentlichen Investitionsbedarfs die Kritik an der nationalen „Schuldenbremse“ und der deutschen Finanzpolitik einer „schwarzen Null“ immer lauter. Die Corona-Pandemie brachte dann auf nationaler und europäischer Ebene, was in der Eurokrise u.a. von der Bundesregierung strikt abgelehnt worden war: Die Bundesregierung setzte in der Pandemie die Anwendung der Schuldenbremse aus und gewährte umfangreiche Corona-Hilfen⁶⁴² – vor allem aber wurden auf europäischer Ebene im Rahmen des Aufbauprogramms „NextGenerationEU“ gemeinsame Anleihen, umgangssprachlich „Corona-Bonds“, ausgegeben. Diese – in der Eurokrise als Eurobonds nicht konsensfähigen – gemeinsamen Schulden werden nicht nur als Kredite an die Mitgliedstaaten weitergegeben, sondern fließen auch als direkte Zuschüsse.⁶⁴³ Die Anleihen stießen an den Finanzmärkten auf große Nachfrage.⁶⁴⁴

Es ist nicht ohne Ironie, dass die EU-Kommission hierfür den *Frame* des „Marshallplans“ verwendete.⁶⁴⁵ Auch der DGB und der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke forderten europäische „Corona-Bonds“.⁶⁴⁶ Seit diese beschlossen wurden, wurden die gemeinsamen europäischen Anleihen nicht in *PUBLIK* thematisiert.⁶⁴⁷ Zwar sind die gemeinsamen Schulden jenseits der Pandemie keine dauerhafte Einrichtung und die Finanzhilfen weiterhin einer Konditionalität unterworfen (Höpner 2021). Dennoch hätte diese Annäherung der EU an ver.di Positionen in der Eurokrise für ver.di eine Gelegenheit zu positiver europapolitischer Identitätsbildung bieten können. Auch hier zeigt sich, dass es ver.di leichter zu fallen scheint, europapolitisch Opposition zu signalisieren als Entwicklungen zu würdigen – und das, obgleich es sich um eine Entwicklung handelte, die sich positiv mit ver.di thematisch einschlägiger europapolitischer Positionierung und Interessenvertretung in Verbindung bringen ließe.

Fiskalpolitisch wird außerdem auf europäischer Ebene verstärkt die Sparpolitik aufgearbeitet und nicht nur durch die „Corona-Bonds“ revidiert. Im Herbst 2021 stieß die EU-Kommission eine Konsultation zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts an.⁶⁴⁸ Der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung Paolo Gentiloni wurde in diesem

⁶⁴² Ver.di begrüßte dies und sprach sich dafür aus, die nationalen Mittel für einen „sozialökologischen Umbau“ zu verwenden. Vgl. *PUBLIK*, 3/2020, Spezial: Es gibt genug zu tun.

⁶⁴³ Vgl. Europäische Kommission (o.J.): Europäischer Aufbauplan.

⁶⁴⁴ Vgl. Heimberger, Philipp (2021): Die EU-Anleihen sind ein Zukunftsmodell für Europa. *Handelsblatt*, 8.01.2021.

⁶⁴⁵ Vgl. von der Leyen, Ursula (2020): „Europa wurde durch einen unbekannten Feind überrumpelt“. *Welt am Sonntag*, 5.04.2020.

⁶⁴⁶ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2020): DGB fordert „Coronabonds“. Pressemitteilung 018 vom 30.03.2020; *PUBLIK*, 3/2020, Brennpunkt: Gesellschaft unterm Brennglas.

⁶⁴⁷ Stand 30.07.2021.

⁶⁴⁸ Vgl. Dombrovskis, Valdis / Paolo Gentiloni (2021): Wie soll die wirtschaftspolitische Steuerung Europas künftig aussehen? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.2021.

Zusammenhang zitiert, es dürfe „kein Zurück zum Sparkurs der Eurokrise“ geben.⁶⁴⁹ Nach den Vorstellungen des ESM und des „European Fiscal Board“ der EU-Kommission soll die Schuldengrenze von 60 Prozent des BIP heraufgesetzt oder als zweitrangig betrachtet werden. Ferner soll der Pakt vereinfacht werden, indem Ausnahmeregelungen entschlackt werden und die Defizitregel als maßgebend gelten soll.⁶⁵⁰ Auch tarifpolitisch zeichnet sich eine Wende von der in der Eurokrise praktizierten Schwächung bzw. Dezentralisierung von Tarifverträgen und -verhandlungen ab: Die EU-Kommission und das Europäische Parlament positionieren sich nicht nur zu europaweiten Mindestlohnstandards, sondern wollen auch die Tarifbindung in den Mitgliedstaaten stärken. Die Kommission möchte das Ziel der Tarifbindung in den Mitgliedstaaten auf 70 Prozent festschreiben, das Europäische Parlament gar auf 80 Prozent. Hier stehen Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten noch aus.⁶⁵¹ Diese Entwicklungen deuten einen für gewerkschaftliche Anliegen offeneren Geist in Brüssel an.

8.4 Ausblick

Die Beiträge der vorliegenden Arbeit liegen im Vorschlag einer theoretischen Synthese aus Gewerkschaftsforschung, Interessengruppenforschung und Protest- und Bewegungsforschung sowie in der Ergänzung der Erklärung der gescheiterten europäischen Gewerkschaftsbewegung gegen die EU-Krisenpolitik um einen empirischen Blick auf die interne Interessenbildung von ver.di als gegen die Sparpolitik positionierte deutsche Gewerkschaft. Dafür wurden insbesondere ver.di's Gewerkschaftszeitung und das Konzept des *Framing* in gewerkschaftlichen Austauschbeziehungen nutzbar gemacht. Für Gewerkschaftszeitungen als bisher vernachlässigte Quelle der Gewerkschaftsforschung liefert die vorliegende Arbeit Indizien, dass die Untersuchung der *Framing*-Ebenen in Mitgliederzeitungen die Angebotsseite des gewerkschaftlichen Interessenbildungs- und Mobilisierungsgeschehens gut abbilden kann: Die Gewichtung von Themen kann über einen Zeitverlauf nachvollzogen werden, ferner zeigt sich, dass prognostische und motivierende *Frames* im Zeitverlauf am meisten Konjunktur hatten, wenn politische Entscheidungen aktuell waren bzw. potentiell noch beeinflusst werden konnten. Während aber in *PUBLIK* ausführlich über die Eurokrise informiert wurde, erreichte ver.di die Betriebsebene mit dem Thema Eurokrise nicht. *PUBLIK* lässt folglich nur Schlüsse über das Interessenbildungsangebot der ver.di-Bundesebene und der Bezirke zu.

Ver.di wurde als „substantively important case“ ausgewählt (Goertz/Mahoney 2012: 184 f.), dessen Erkenntnisse nicht auf die – ohnehin von institutioneller, ideologischer,

⁶⁴⁹ Vgl. Kafsack, Hendrik (2021): Brüssel will „ohne Tabus“ über flexiblere Schuldenregeln reden. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.2021.

⁶⁵⁰ Vgl. Mussler, Werner (wmu) (2021): EU-Ökonomen wollen Schuldenregeln vereinfachen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.11.2021, S. 19.

⁶⁵¹ Vgl. Kafsack, Hendrik (hmk) (2021): Europaparlament fordert höhere Mindestlöhne. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.11.2021, S. 18.

strategischer und sektoraler Varianz geprägte und schwer untereinander vergleichbare – Population der europäischen Gewerkschaften generalisierbar sind. Dennoch kann unterstellt werden, dass die meisten Gewerkschaften angesichts ungünstigerer Ausgangsbedingungen europapolitisch wahrscheinlich noch weniger aktiv wären als ver.di. Als Grund, warum ver.di sich in der Eurokrise stark positionierte, muss außerdem die Variable der Gewerkschaftsführung in Betracht gezogen werden: Ver.di hatte während der Eurokrise mit Frank Bsirske einen charismatischen, politisch links stehenden und europafreundlichen Vorsitzenden mit vergleichsweise großer öffentlicher Ausstrahlung. Inwieweit eine solch ambitionierte Positionierung, die sicherlich vielen ver.di-Mitgliedern zu weit ging, auch unter anderer Führung stattgefunden hätte, bleibt offen.

Statt den verfolgten positiven beobachtbaren Implikationen wären auf Basis der Literatur auch negative Implikationen plausibel gewesen, die sich letztlich besser empirisch bewährt hätten: Aus den Arbeiten von Waddington (2015), Thomas (2013; 2017) und Dittmar (2017) zu ver.di ist die pessimistische Sicht ableitbar, dass ver.di-Funktionäre Gewerkschaftsmitglieder für indifferent gegenüber politischem Engagement und Beteiligungsmöglichkeiten halten und daher den „Marshallplan“ ohne Mobilisierung der Mitglieder in Zusammenarbeit mit den nationalen und europäischen Gewerkschaftsbünden gegenüber der Öffentlichkeit vertreten, während die Gewerkschaftsführung angesichts der geschlossenen Gelegenheitsstrukturen gegenüber den Mitgliedern keine Erfolgchancen einer gewerkschaftlichen Mobilisierung („efficacy“) signalisieren kann.⁶⁵²

Gleichzeitig charakterisiert den Fall ver.di in der Eurokrise, dass ver.dis Positionierung sich nicht in einer negativen Abwehrhaltung erschöpfte, sondern einen positiven Plan für die Zukunft der EU umfasste. Abwehrkämpfe sind besser erforscht und erweisen sich auch in den in der vorliegenden Arbeit gezogenen thematischen Vergleichen als leichter mobilisierbar. Ver.di entwickelte einerseits positive europapolitische Alternativen, kommunizierte aber intern fast vollständig und auch extern zu einem großen Teil nur die von ihr kritisierten Aspekte der EU-Krisenpolitik. Gegen europapolitische Vorhaben mobilisierten Gewerkschaften bereits erfolgreiche Abwehrkämpfe, etwa gegen die ursprüngliche Version der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Leiren/Parks 2014). Derartige „efficacy“ wurde aber in ver.dis interner Kommunikation zur Eurokrise nicht für eine Identitätsbildung und Mobilisierung genutzt. Da Gewerkschaftsmitglieder den Nutzen politischer Aktivität anders als den materiellen Erfolg ökonomischer Aktivität nicht unmittelbar spüren (Crouch 1982), muss er stärker intern kommuniziert werden. Ferner zog ver.di keine naheliegenden Verbindungen zwischen den ähnlichen Stoßrichtungen nationaler Kampagnen zur Finanzkrise und europapolitischen Vorstößen. Ein weiterer Faktor, auf den die Ergebnisse der Arbeit hindeuten, ist Zeit: Insgesamt brauchten der DGB und der EGB zu lange, um ihre Positionen auszuarbeiten bzw. zu koordinieren. Zu der Zeit, als der DGB seinen „Marshallplan“ in Deutschland präsentierte, hatte der öffentliche Diskurs zur Frage eines ergänzenden „Marshallplans“ für Griechenland bereits seinen Zenit überschritten.

⁶⁵² Zu optimistischen versus pessimistischen Forschungsperspektiven auf Gewerkschaften und Europa s. Seeliger/Kiess (2019).

Die entwickelte Theorie der gewerkschaftlichen Austauschbeziehungen zur Generierung von Machtressourcen kann durch den Fall ver.di in der Eurokrise nicht abschließend bestätigt oder zurückgewiesen werden. Ein Glücksfall für den Test der entwickelten Theorie wäre im europapolitischen Kontext ein – alltagsfernes – Fallbeispiel, in dem eine Gewerkschaft ihre Mitglieder für ein positives europapolitisches Projekt mobilisiert und dadurch Nachfrage zunächst unter den Mitgliedern und später im öffentlichen bzw. politischen Raum erzeugt. Hätte ver.di andersherum ihre Mitglieder in der Eurokrise stärker mobilisiert, dadurch Nachfrage erzeugt und in der Folge dennoch keine mediale und zivilgesellschaftliche Nachfrage in Richtung Diskurs- und Kooperationsmacht erzeugen können, wäre die entwickelte Theorie falsifiziert. Die Theorie wurde für Gewerkschaften entwickelt, ihre Übertragbarkeit auf andere Interessengruppen hängt davon ab, welche Ressourcen und welche strategischen Präferenzen diese Interessengruppen haben. Stellen Mitglieder und deren Mobilisierung die Machtressource einer Organisation oder Bewegung dar, würde die Theorie besser passen als auf Organisationen, die andere Organisationen als Mitglieder haben oder keine Mitglieder haben und sich etwa über Spenden konstituieren. Liegt die strategische Präferenz eher bei Outsiderstrategien, über die politischer Zugang erreicht werden soll, erscheint die Theorie passender als für Organisationen, die von vornherein nur mit Insiderstrategien arbeiten.

An anderen europapolitischen Aktivitäten von ver.di wurde zumindest gezeigt, dass ver.di ihre Mitglieder durchaus auch europapolitisch mobilisiert. Die Untersuchung dieser nur auf ver.di's Angebotsseite vorgestellten Fälle könnte noch weiter ausgebaut werden in Richtung der Nachfrage der Mitglieder sowie in Richtung der Untersuchung der (sukzessiven?) Entstehung von Diskurs- und Kooperationsmacht. Große politische Prozesse wie die TTIP-Verhandlungen oder die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns mit einer Vielzahl aktiver Interessengruppen und intensiver öffentlicher Anteilnahme werden nicht von Gewerkschaften alleine in die eine oder andere Richtung bewegt. Ihre Diskurs- und Kooperationsmacht kann dabei aber durchaus eine, wenn auch schwer zu isolierende bzw. quantifizierende Rolle spielen. Spezifischer gewerkschaftlicher Einfluss auf eine bestimmte *policy*, der auf Organisationsmacht beruhen mag, wäre leichter zu isolieren anhand eines obskuren Gegenstands, zu dem außer einer Gewerkschaft möglichst wenige andere Akteure Interessenvertretung betreiben.

Die Arbeit lieferte mit der Aufarbeitung der Aktivitäten ver.di und der deutschen Gewerkschaften ein Puzzlestück zur multikausalen Erklärung der gescheiterten europäischen Gewerkschaftsmobilisierung in der Eurokrise. Angesichts des bescheidenen Umfangs der Interessenvertretungsaktivitäten sieht sich die Arbeit in ihrer theoretischen Grundannahme bestätigt, dass Gewerkschaften politische Themen nur wirksam mobilisieren können, wenn es ein Mitgliederinteresse dafür gibt. Dies legen u.a. die zitierten Äußerungen von Gewerkschaftsfunktionären von ver.di und anderen DGB-Gewerkschaften nahe. Gleichzeitig ist eine günstige öffentliche Meinung notwendig, um Nachfrage für die gewerkschaftlichen Diskursangebote sicherzustellen. Dies war neben dem Desinteresse der Mitglieder ein weiterer fehlender Baustein einer Mobilisierung. Als Gegenbeispiel ließe sich der Bezug auf Gemeinwohlinteressen und die öffentliche Meinung zur sozialen

Ungleichheit bei der Kampagne „Umfairteilen“ und den – dennoch auf geringes öffentliches Interesse gestoßenen – „Drei-Länder-Wochen“ zur europapolitischen Interessenbildung in Betrieben anführen.

Zukünftige Forschung könnte die wechselseitigen Beziehungen zwischen Organisationsmacht, Diskursmacht und Kooperationsmacht bzw. die Spannungsverhältnisse zwischen Mitgliedschafts-, Reputations- und Einflusslogik weiter ausloten: Wann und inwieweit steht die Mitgliedermobilisierung im Fokus des politischen Handelns von Gewerkschaften? Sind Diskurs- und Kooperationsmacht ohne ein Reservoir an Organisationsmacht möglich? Im Fall der Eurokrise kann argumentiert werden, dass (zumindest engagierte) Gewerkschaftsmitglieder die mangelnde Resonanz der Gewerkschaftspositionen in der Öffentlichkeit wahrnehmen konnten, während andersherum Medien und gesellschaftliche Akteure das geringe Mitgliederinteresse und das fehlende Mobilisierungspotential der Gewerkschaften beobachten konnten – was sich jeweils negativ auf die Wahrscheinlichkeit weiterer Austauschprozesse zwischen ver.di, ihren Mitgliedern, den Medien und der Zivilgesellschaft ausgewirkt haben könnte. Für die weitere Forschung könnte sich etwa ein systematischer Vergleich zur Austauschbeziehung von Gewerkschaften und Medien in großen Tarifauseinandersetzungen anbieten: Betonen Gewerkschaften dort ihr Mobilisierungspotential (Angebot)? Hängt eine solche Betonung mit einer intensiveren Berichterstattung und gesellschaftlicher Legitimität zusammen (Nachfrage)?

Eine für zukünftige Forschung offene Frage zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit der europäischen Integration ist angesichts der leichteren Mobilisierung von Abwehrkämpfen, inwieweit diese negative Positionierung zu einer europaskeptischen Haltung der Gewerkschaftsmitglieder beiträgt bzw. ob eine positive Identitätsbildung etwa zum Ziel eines „sozialen Europas“ das Interesse der Mitglieder an der europäischen Integration stärken könnte. In diesem Zusammenhang könnten auch Studien zu gewerkschaftlicher Bildungsarbeit aufschlussreich sein. Motivierendes *Framing* wiederum könnte am besten auf der lokalen Gewerkschaftsebene bzw. der Betriebsebene untersucht werden. Jenseits von Fallstudien würde eine repräsentative Untersuchung dieser Ebene allerdings enorme Ressourcen erfordern, um systematisch vergleichbare Daten zu generieren.

Aus der Beobachtung, dass ver.di trotz mangelnder Erfolgchancen die Ausarbeitung europapolitischer Positionen verfolgte und ihre Mitglieder zumindest intensiv über die Eurokrise informierte, Aktionen wie die „Drei-Länder-Wochen“ startete und regional vereinzelt sogar zu Demonstrationen mobilisierte, lässt sich auf eine Europäisierung von ver.di schließen, die sich potentiell ausbauen lässt. Dies zeigt sich auch im Vergleich zur IG Metall, die zwar weitgehend die gleichen Positionen zur Eurokrise vertrat, in ihrer Mitgliederzeitung *metallzeitung* europapolitische Informationen aber deutlich geringer gewichtete als ver.di in *PUBLIK*. Sowohl ver.di als auch die IG Metall verfolgen für sich und die europäische Gewerkschaftsbewegung das Ziel, europapolitisch „kampagnenfähig“ zu werden. Bei den ver.di-Bundeskongressen wurde zwar immerhin eine gewisse Nachfrage nach europapolitischer Aktivität und eine kontinuierliche Nachfrage nach einem politischen Streikrecht beobachtet. Die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der deutschen

Gewerkschaften deutet aber bislang darauf hin, dass Gewerkschaften in europapolitische Prozesse nicht einbezogen werden müssen.

Die politische Nachfrage nach gewerkschaftlicher Legitimierung kann zwar – wie in der Finanzkrise – eine wertvolle gewerkschaftliche Machtressource sein, existierte in der Eurokrise aber in Deutschland nicht. Der Begründung des ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel, dass Gewerkschaften aufgrund ihres nationalen Fokus keine gemeinsame Europäisierung schafften,⁶⁵³ fügt die vorliegende Arbeit hinzu, dass sie dafür außerdem eine Lokalisierung hin zu den Mitgliedern schaffen müssten. Dies ist ihnen auch nach eigenem Bekunden bislang nicht gelungen. Für ihre ambitionierten europapolitischen Positionen unter den Mottos eines „sozialen Europas“ und „Europa ja, aber anders“ scheinen Gewerkschaften Volkstribune ohne Volk oder „agents“ ohne „principal“ zu sein. Ihr Versäumnis einer europapolitischen Interessenbildung ihrer Mitglieder kann sich nicht nur hinsichtlich ihres politischen Einflusses, sondern auch hinsichtlich der Organisationsmacht selbst rächen: Gewerkschaftsmitglieder sind inzwischen für die einfacheren Welterklärungen und die mitreißenderen Angebote rechtspopulistischer Bewegungen empfänglich (Dörre et al. 2018). Während individuelle ökonomische Krisenerfahrungen Menschen zumindest kurzfristig politisch linke politische Positionen näherbringen sollten (Hacker et al. 2013), profitieren unter dem Strich doch rechte Parteien von Finanzkrisen (Funke et al. 2016). Trotz der oben angedeuteten Annäherung der EU an gewerkschaftliche Positionen steht die Entwicklung europapolitischer gewerkschaftlicher Machtressourcen damit weiterhin unter keinem guten Vorzeichen.

⁶⁵³ Vgl. Hirschel, Dierk (2012b): Merkels Europa ist falsch. *taz – die tageszeitung*, 13.02.2012.

9. Anhang

Exkurs 1: Lohnkoordinierung und die Eurokrise

Ein gemeinsames, sektorenübergreifendes ökonomisches Interesse zumindest der westeuropäischen Gewerkschaften liegt in der Unterbindung von Lohndumping durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit im europäischen Binnenmarkt. In diesem Zusammenhang kam es Mitte der 2000er-Jahre zu einer groß angelegten und erfolgreichen Gewerkschaftsmobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie zur Dienstleistungsfreiheit, die eine sektorenübergreifende gewerkschaftliche Kooperation auf nationaler und europäischer Ebene und zivilgesellschaftliche Bündnisse umfasste (Leiren/Parks 2014).⁶⁵⁴ Insgesamt führte die europäische Dienstleistungsfreiheit zu Konflikten zwischen europäischen Beschäftigtengruppen mit unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen und zwischen nationalen Gewerkschaften (Meardi 2012: 111 ff.), zeigte aber auch – im Gegensatz zur Eurokrise – das Erfolgspotential gemeinsamer gewerkschaftlicher Mobilisierungen, das in der Literatur durch ein klar definiertes Ziel der Mobilisierung erklärt wird (Dribbusch 2015; Dür/Mateo 2016: 192 ff.). Waren diese Konflikte im Dienstleistungssektor damit weitgehend unter Kontrolle gebracht, blieb das Problem der Lohnkonkurrenz im Industriesektor ungelöst.

Transnationale Gewerkschaftsnetzwerke befassen sich daher schon lange mit grenzüberschreitender Lohnkoordinierung – die in der Wissenschaft als zentrale Voraussetzung für das Funktionieren der europäischen Währungsunion gesehen wird (Höpner/ Seeliger 2019). Diese Netzwerke sind vor allem regional insbesondere in Grenzregionen und sektoral strukturiert – intensiver in der Metall- und in der Baubranche, weniger intensiv im Transport- und im Gesundheitssektor. Deutsche Gewerkschaften sind in all diesen Netzwerken zentrale Akteure (Larsson/Törnberg 2019). Die wechselseitige Information über Tarifabschlüsse stellt die häufigste transnationale Gewerkschaftsaktivität in Europa dar – gleichwohl wird eine Zentralisierung von Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene unter den Gewerkschaften skeptisch gesehen (Furaker/Bengtsson 2013). Bereits 1998 einigten sich Gewerkschaften aus Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg auf die Erklärung von Doorn, die ein Jahr später vom EGB übernommen wurde und die freiwillige Zielverpflichtung beinhaltet, dass Inflation und Produktivitätszuwächse die Orientierung für die Höhe von Tarifabschlüssen sein sollten. Die IG Metall spielte dabei nicht nur in der Initiierung, sondern auch als tarifliche Orientierungsgröße eine führende

⁶⁵⁴ Der ursprüngliche Entwurf der Richtlinie sah für die Erbringung von Dienstleistungen das Herkunftslandprinzip vor: Kommt der Anbieter aus einem anderen EU-Mitgliedstaat, muss er sich nur an die arbeits- und vergütungsrechtlichen Standards seines Herkunftslands halten, nicht an die des Landes, in dem er die Dienstleistung erbringt. Die westeuropäischen Gewerkschaften befürchteten dadurch im Zuge der EU-Osterweiterung Lohndumping durch osteuropäische Unternehmen und forderten stattdessen das Ziellandprinzip, nach dem sich Unternehmen an die Standards des Landes halten müssen, in dem sie ihre Dienstleistung erbringen. Das Herkunftslandprinzip wurde schließlich aus der Dienstleistungsrichtlinie gestrichen, stattdessen gilt wie auch in der Entsenderichtlinie das Ziellandprinzip. Solche Errungenenschaften stellt seither aber der Europäische Gerichtshof in Frage. In verschiedenen Urteilen zur Entsendung von Arbeitnehmern (Urteile zu den Fällen Rueffert und Luxemburg) und zum Streikrecht (Urteile zu den Fällen Laval und Viking) griff er in Tarif- und Streikrechte von Gewerkschaften ein und stellte die ökonomischen Freiheitsrechte des europäischen Binnenmarkts über soziale Rechte (Scharpf 2009).

Rolle (Bieler 2005: 471 f.; Glassner/Pusch 2013; Henning 2013: Kapitel 6). Dies spiegelte Deutschlands zentrale Position im Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems vor der Einführung des Euro wider, in dessen Rahmen sich Europas Zentralbanken an der Geldpolitik der deutschen Bundesbank orientierten (Johnston/Hancké 2009: 602). Für die Zinspolitik der Bundesbank wiederum stellte eine mögliche Inflationsgefahr durch hohe Tarifabschlüsse der IG Metall die wichtigste Variable dar (Hancké 2013a: 64).

Mangelnde Lohnkoordinierung in manchen Teilen Europas und effektivere Lohnkoordinierung in anderen Teilen Europas wird mit den hohen Unterschieden der Leistungsbilanzen der Euro-Länder in Verbindung gebracht, die in der Eurokrise in den Fokus getreten sind. Auch hier geht es zum einen um regionale Lohnkoordinierung nordeuropäischer, exportorientierter Staaten um Deutschland herum, andererseits um unterschiedliche nationale Systeme der Lohnkoordinierung zwischen exportorientierten („exposed“) und binnenorientierten („sheltered“) Sektoren im Euroraum. Hancké (2013a; 2013b; s. auch Höpner/Lutter 2018) argumentiert, dass der europäische Wettbewerb, in dem exportorientierte Sektoren stehen, Gewerkschaften dieser Sektoren Lohnzurückhaltung akzeptieren lässt.

Im öffentlichen Dienst, der von diesem Wettbewerbsdruck abgeschirmt ist, herrschte in den 2000er-Jahren dagegen das Bestreben, die den Euro-Konvergenzkriterien geschuldete Lohnzurückhaltung der 1990er-Jahre mit höheren Tarifabschlüssen auszugleichen – und so in einigen Euro-Staaten auch die binnenmarktorientierte Wirtschaft zu stimulieren. Wo es starke nationale Gewerkschaftsbewegungen gab, die ihre Tarifpolitik an den exponierten Sektoren ausrichteten, blieb es auch in den 2000er-Jahren bei Lohnzurückhaltung – allen voran in Deutschland und in dessen Schatten auch in Österreich, Belgien, Frankreich und Finnland.⁶⁵⁵ In den schwach koordinierten Gewerkschaftsbewegungen Südeuropas, aber auch in Irland und den Niederlanden, deren Exportanteile zu den höchsten in der Wirtschafts- und Währungsunion zählten, konnten dagegen die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts Lohnabschlüsse durchsetzen, die über den Produktivitätszuwächsen lagen, wodurch Inflation und Leistungsbilanzdefizite anstiegen und die Wettbewerbsfähigkeit sank. Die Lohnzurückhaltung Deutschlands und seiner Nachbarn sowie die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen in vielen EU-Ländern bzw. das Fehlen sektoraler Verhandlungen etwa in Osteuropa machten außerdem die Bestrebungen der gewerkschaftlichen Lohnkoordinierung in Europa zunichte bzw. die Vergleichbarkeit sektoraler Abschlüsse unmöglich (Dufresne 2015: 148; Seeliger/Kiess 2019: 15).

Nationale Zentralbanken hatten dieser Dynamik in der Währungsunion geldpolitisch nichts mehr entgegenzusetzen, und die exzessiven Lohnabschlüsse einzelner

⁶⁵⁵ Allerdings driftete auch in diesen Ländern die Lohnentwicklung zwischen den Sektoren, die zuvor fast perfekt korrelierte, auseinander. Lohninflation im öffentlichen Sektor wurde aber durch Lohndeflation im exponierten Sektor relativ zur wachsenden Produktivität aufgefangen. So wurde insgesamt Lohnzurückhaltung erreicht, in Deutschland und Österreich blieb die Orientierungsfunktion der Tarifabschlüsse in den exponierten Metall- und Chemiesektoren auch in der Währungsunion weitgehend erhalten (Hancké 2013a: 66 ff.). Damit lag die Entwicklung der Lohnstückkosten im Industriesektor in Deutschland und Österreich über den Zeitraum seit Einführung des Euro bis zur Eurokrise nicht nur unter dem EU-Durchschnitt, sondern war sogar negativ (ibid.: 7).

Gewerkschaften bildeten europaweit einen zu kleinen Inflationsausschlag, als dass die Europäische Zentralbank darauf hätte reagieren können. Vielmehr belohnte die EZB gezwungenermaßen Länder mit höherer Inflation durch einen im Verhältnis zu Ländern mit geringerer Inflation niedrigeren Realzins, da ihrer Zinspolitik die durchschnittliche Inflationsrate im gesamten Euroraum zugrundliegt. Insgesamt konnten Deutschland und seine nordeuropäischen Nachbarstaaten so ihre Lohnstückkosten kontrollieren, während Südeuropa an Wettbewerbsfähigkeit verlor und hohe Leistungsbilanzdefizite aufwies (Carlin/Soskice 2009; Hancké 2013a; 2013b; Johnston/Hancké 2009; Johnston 2012).

Das Ziel ihrer – in einer institutionell und ökonomisch asymmetrischen Währungsunion gebotenen – Lohnkoordinierung erreichten die Gewerkschaften nicht. Fraglich ist, inwieweit sie es überhaupt versuchten: Die nordeuropäischen Gewerkschaften verfehlten das materielle Tarifziel von mindestens Inflation plus Produktivitätszuwachs, da sie stattdessen ihre Lohnzurückhaltung koordinierten. Regionale Zielgröße waren dabei die Tarifabschlüsse der IG Metall, die Lohnzurückhaltung verfolgte, um deutsche Exporte in der Eurozone wettbewerbsfähiger zu machen. Über die nationale tarifliche Führungsrolle der IG Metall übertrug sich diese Lohnzurückhaltung in der Folge außerdem auf andere Sektoren der deutschen Wirtschaft (Hancké 2013: 52 f.). Die europäische Tarifpolitik der IG Metall war damit kaum mehr als ein Lippenbekenntnis. Dass südeuropäische Gewerkschaften in der Währungsunion dagegen einen inflationären Pfad einschlugen, rächte sich in der Eurokrise – woraufhin Südeuropa verordnet wurde, Wettbewerbsfähigkeit so zurückzugewinnen, wie Deutschland es im ersten Jahrzehnt des Euro getan hatte: über innere Abwertung als einzige verbliebene Möglichkeit in einer Währungsunion, die keine „Transferunion“ werden sollte.

Strukturelle Funktions- bzw. Interessenkonflikte zwischen export- und binnenmarktorientierten Wachstumsmodellen und zwischen Industrie- und Dienstleistungssektoren schienen hier auf: Während Dienstleistungsgewerkschaften hohe Löhne zur Stimulierung der Binnennachfrage forderten, setzten Industriegewerkschaften auf Lohnzurückhaltung für die Wettbewerbsfähigkeit von Exporten bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen (Johnston/Regan 2018). Diese konkurrierenden Tarifstrategien bzw. Systeme der Lohnfindung erschwerten europäische Gewerkschaftssolidarität (Seeliger/Kiess 2019: 15). Dazu kommt, dass transnationale tarifpolitische Vereinbarungen nicht sanktionsbewehrt waren und noch schwerer in dezentralisierten als in sektoral organisierten Tarifsystemen durchgesetzt werden konnten. Darüber hinaus stemmten sich Arbeitgeberverbände erfolgreich gegen europäische Lohnkoordinierung (Eurofound 2017).

Aufgrund der Lohnstagnation in Deutschland bezeichnet Lehndorff (2015: 160) die deutschen Gewerkschaften zwar als „most important pre-crisis losers in the eurozone“. Sie können in europäischer Perspektive aber genauso als Erfüllungsgehilfen kompetitiver deutscher Abwertung gesehen werden, südeuropäische Gewerkschaften andersherum als Treiber von Leistungsbilanzdefiziten und Staatsschulden. Macht man diese strukturelle Analyse zur Grundlage einer Krisenpolitik, wird deutlich, dass nachfrageorientierte keynesianische Investitionsprogramme alleine die zugrundeliegenden strukturellen Asymmetrien in der Eurozone nicht beheben können, sondern nur an der Oberfläche der Folgen

der gescheiterten Sparpolitik kratzen. Eigentlich wären Anpassungsmöglichkeiten der Währungsparitäten in der Eurozone gegen gravierende Leistungsbilanzunterschiede ökonomisch geboten: Nordeuropa müsste nominell aufwerten, Südeuropa nominell abwerten können – was politische Konflikte aber nicht beenden, sondern nur verlagern würde (Höpner/Spielau 2018). Das gewerkschaftliche Kerngeschäft der Tarifverhandlungen und deren institutionelle Heterogenität in Europa bergen damit zusammen mit den unterschiedlichen Konjunkturverläufen nationaler Wirtschaftsmodelle eine Sprengkraft für die Eurozone, indem sich Löhne, Produktivität und Inflation asymmetrisch entwickeln.

Insgesamt müssen in der Eurozone Exzesse sowohl der Lohnsteigerung als auch der Lohnzurückhaltung vermieden werden. Eine effektive Lohnkoordinierung, wie von den europäischen Gewerkschaften schon lange angedacht, wäre im Verbund mit einer starken europäischen Wirtschaftsregierung, die Konjunkturverläufe fiskalpolitisch abfedern kann, damit im gemeinsamen europäischen Interesse nicht nur der Gewerkschaften. Die EU-Krisenpolitik strebte in den Programmstaaten erfolgreich das Gegenteil an, die Dezentralisierung von Tarifverhandlungen und die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen (Bechter/Brandl 2018; Clauwaert/Schönmann 2013; Eurofound 2014a) – und damit in Gewerkschaftssicht eine Lohnunterbietungskonkurrenz in Europa: In Südeuropa in Gang gesetzt, konnte daraus für den Rest der Eurozone ein kompetitiver Anpassungsdruck resultieren (Erne 2015b: 194 ff.), der deflationäre Lohnkoordinierung bedeuten würde. Lohnkoordinierung in die entgegengesetzte, an Produktivitätswachstum und Inflation orientierte Richtung ist durch die Dezentralisierung der Tarifsysteme und den damit einhergehenden Machtverlust der Gewerkschaften unwahrscheinlicher geworden (Pernicka/Glassner 2019).

Während Lohnkoordinierung auf nationaler Ebene die Voraussetzung für effektive Lohnkoordinierung auf europäischer Ebene ist, praktizierten Euro-Staaten mit effektiver nationaler Lohnkoordinierung Lohnzurückhaltung (Hancké 2013a; Höpner 2019). Höpner (2019) sieht darin ein Koordinationsparadox und argumentiert, dass nationale Tarifautonomie unvereinbar mit der europäischen Währungsunion ist – jedenfalls ohne eine Anpassung der Währungsparitäten des Euro an die durch Lohn- und Produktivitätsentwicklungen veränderten realen relativen Wechselkurse der Euro-Staaten untereinander: Feste Wechselkurse, Tarifautonomie und Demokratie (bzw. nationale Autonomie) in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vertragen sich in der Währungsunion nicht miteinander (Höpner 2015). Lohnzurückhaltung, einst die Stärke koordinierter Marktwirtschaften, wurde so zur Schwäche des Euro und bildete eine zentrale Ursache der Eurokrise (Höpner 2019). Lohnkoordinierung ist damit in der Eurozone dringend geboten, ihre Umsetzung bleibt aber aktuell so unrealistisch wie zuvor (Höpner/Seeliger 2019). Auch einseitige starke Lohnzuwächse etwa Deutschlands hält Höpner (2015: 241) für unrealistisch: Ökonomisch und moralisch zwar sinnvoll, würde doch wieder Lohnzurückhaltung in Deutschland einsetzen, sobald die höheren Löhne auf die Exportabsätze durchschlugen über niedrigere Wettbewerbsfähigkeit nicht nur gegenüber der Eurozone, sondern auch dem Rest der Welt. So stehen rhetorische Selbstverpflichtungen auf europäischer Ebene dem tatsächlichen Handeln bzw. den Handlungsmöglichkeiten der

Gewerkschaften auf nationaler Ebene gegenüber (Höpner/Seeliger 2019; Busemeyer et al. 2008). Während der Eurokrise äußerten sich im EGB nicht nur nordeuropäische, sondern auch italienische und französische Gewerkschaften skeptisch gegenüber verbindlicher europäischer Lohnkoordinierung (Furaker/ Loven Selden 2016: 67).

Exkurs 2: Gewerkschaften in Europa – die Krise vor der Eurokrise

Während globale wirtschaftliche Verflechtungen engmaschiger wurden und die internationale Arbeitsteilung über grenzüberschreitende Produktionsketten zunahm, sank die Bedeutung einfacher Industriearbeit in Westeuropa, des traditionellen gewerkschaftlichen Kernsektors und Ursprungs der industriellen Beziehungen (Baccaro/Howell 2011: 552). Transnationale Unternehmensstrukturen im Industriesektor, Wettbewerbsdruck und Zielvorgaben, die der finanzkapitalistischen Logik des „shareholder value“ folgen, machten Arbeit zu einem zentralen Kostenfaktor (Peters 2011). Gegenüber multinationalen Unternehmen verloren Gewerkschaften als nationale Organisationen an Einflussmöglichkeiten. Deregulierte, international mobile Kapitalströme haben gegenüber nationalen Gewerkschaften den Vorteil großer Flexibilität und verlangen diese Flexibilität auch von Unternehmen, in die ihre Investitionen fließen. Rechtlich geschützte und tariflich geregelte Vollzeitarbeit als dekommodifiziertes Gut geriet so unter den Druck der Rekommodifizierung. Flexibilität bedeutete für die Gewerkschaften, dass Tarifverhandlungen zunehmend von der sektoralen auf die Unternehmensebene dezentralisiert und durch Ausnahmeregelungen perforiert wurden (Marginson 2015; Eurofound 2014b).

Parallel stieg die wirtschaftliche Bedeutung überwiegend national orientierter Dienstleistungssektoren. Diese Entwicklung war nicht nur der Innovation und dem Wachstum privater Dienstleistungen geschuldet, sondern auch der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Strategie großer Industrieunternehmen, industriennahe Dienstleistungen in eigens dafür geschaffene Unternehmen oder an Drittanbieter auszugliedern. Hier fassten Gewerkschaften bei weniger gewerkschaftsaffinen Beschäftigten und kleineren Betriebsgrößen nur schwer Fuß (Scheuer 2011). Die Arbeitsverhältnisse vor allem in niedriger qualifizierten Dienstleistungsberufen sind prekärer und schlechter bezahlt als qualifizierte Tätigkeiten in der Industrie. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad atypisch beschäftigter und niedrig qualifizierter Arbeitnehmer liegt in weiten Teilen Europas unter den Organisationsgraden von Arbeitnehmern mit Normalarbeitsverhältnissen und höherer Qualifikation (Dieke/Lesch 2017). So entwickelte sich eine „Dualisierung“ zwischen Arbeitsmarktsinsidern und -outsidern, zwischen gewerkschaftlich gut organisierten Industriesektoren und schwach organisierten Dienstleistungssektoren (Rueda 2005; Pallier/Thelen 2010; Hassel 2014).

Die Gewerkschaften im Allgemeinen verloren dadurch an korporatistischem und tarifpolitischem Einfluss und die Industriegewerkschaften im Besonderen als Vertreter männlicher Industriearbeiter an Repräsentativität (Visser 2012). Gewerkschaftsmitglieder sind eher männlich, mittleren Alters und im öffentlichen Sektor beschäftigt, höhere Bildung hat einen negativen Effekt auf Gewerkschaftsmitgliedschaft im privaten Sektor und einen positiven Effekt auf Gewerkschaftsmitgliedschaft im öffentlichen Sektor (Blanchflower 2007).⁶⁵⁶ Die neue Arbeitswelt der westeuropäischen Volkswirtschaften ist jünger,

⁶⁵⁶ Außerdem beeinflussen neben individuellen Dispositionen der Gewerkschaftsmitglieder vor allem die Betriebsgröße und damit zusammenhängende gewerkschaftliche Präsenz und Mitbestimmungsrechte in Unternehmen den gewerkschaftlichen Organisationsgrad (Ebbinghaus et al. 2011).

weiblicher und eher im Büro angestellt (Visser 2007: 107 ff.). Die demographische Entwicklung, dass Gewerkschaftsmitglieder älter werden und junge Arbeitnehmer Gewerkschaften in deutlich geringerem Maße beitreten, erschwert die Erholung der Mitgliederzahlen (Dieke/Lesch 2017).

Die Gewerkschaftsdichte bzw. der gewerkschaftliche Organisationsgrad variierte 2016 in den 28 EU-Staaten sehr stark zwischen vier Prozent in Estland und 67 Prozent in Dänemark. Der EU-Durchschnitt des Organisationsgrads lag zu diesem Zeitpunkt bei 25 Prozent, wobei sich 19 EU-Staaten unterhalb des Durchschnitts fanden (Visser 2019; Vandaele 2019). Insgesamt ist die Gewerkschaftsdichte im öffentlichen Sektor in Europa systematisch höher als im privaten Sektor, sodass der öffentliche Sektor das Rückgrat der Gewerkschaftsbewegungen in Europa bildet (Bach/Bordagna 2013: 290). Privatisierung und der Abbau öffentlicher Dienstleistungen bergen aber auch hier Gefahren für die gewerkschaftliche Vertretung (Schnabel 2013: 268). Gewerkschaften haben überall in Europa Mitgliederverluste zu verzeichnen – auch in ihren nordeuropäischen Hochburgen, in denen sie aufgrund ihrer institutionellen Position in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung (Gent-System) die höchsten Organisationsgrade in Europa haben (Bryson et al. 2011; Scheuer 2011). Das strapaziert ihre finanziellen Ressourcen durch fallende Mitgliedsbeiträge, die gleichzeitig durch Veränderungen der Mitgliederstruktur und Lohnentwicklungen negativ beeinflusst werden können: Tendenziell wachsende Mitgliedergruppen wie Rentner oder Beschäftigungslose bezahlen geringere Beiträge. Stagnieren bzw. sinken außerdem die Löhne der Gewerkschaftsmitglieder, so stagnieren bzw. sinken auch die daran ausgerichteten Beiträge.

Arbeitgeber versuchen darüber hinaus, Arbeitsverhältnisse zu individualisieren. Das läuft den Bestrebungen der Gewerkschaften zuwider, ein kollektives Bewusstsein gemeinsamer Probleme und Interessen unter Arbeitnehmern zu formen (Peetz 2010). Mit der Individualisierung der Arbeitserfahrungen nimmt die Heterogenität der Interessen von Gewerkschaftsmitgliedern zu und deren Solidarität untereinander potentiell ab (Hyman 2002). Die Anpassung an diese Entwicklungen fällt neuen Dienstleistungsgewerkschaften und alten Industriegewerkschaften insgesamt gleichermaßen schwer. Dazu kamen unter dem Druck der Globalisierung und des mobilen Finanzkapitals Reformen arbeitsrechtlicher und sozialstaatlicher Arrangements. Die „Varieties of Capitalism“-Literatur argumentiert, dass dieser Druck aber in den betroffenen Ländern nicht die gleichen Auswirkungen hat, sondern durch stabile nationale Institutionen zu jeweiligen politischen Lösungen gefiltert wird (Hall/Soskice 2001).

Hier spielen in korporatistischen bzw. koordinierten Volkswirtschaften („coordinated market economies“) insbesondere Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften eine entscheidende Rolle. Die dortige Koordinierung wirkt einem Rückzug des Staats entgegen und fehlt in „liberal market economies“ wie Großbritannien oder den USA (Thelen/van Wijnbergen 2003). Peters (2012) führt dagegen an, dass diese Unterschiede nicht den Blick auf die übergeordnete Entwicklung verstellen sollten, dass in der Reform der öffentlichen Verwaltung und Daseinsvorsorge hin zu Privatisierung, „new public management“, „public-private-partnerships“ und Haushaltskonsolidierung generell eine neoliberale

Konvergenz zwischen den angelsächsischen und den westeuropäischen Ländern stattgefunden hat. Ähnlich analysieren Baccaro und Howell (2011) den universalen Konvergenzdruck der Liberalisierung, der gegen die von der „Varieties of Capitalism“-Literatur postulierte institutionelle Stabilität wirkt, als „common imperative“ weg von sektoralen und damit hin zu dezentralisierten Tarifverhandlungen. Die sektoralen Tarifabschlüsse der Vergangenheit bewerten sie als „linchpin of an alternative, redistributive and egalitarian model of negotiated capitalism“ (ibid.: 551).⁶⁵⁷

Aus Perspektive der „Varieties of Capitalism“-Literatur unterscheidet Thelen (2012) drei Spielarten von Liberalisierung: Deregulierung in „liberal market economies“, Dualisierung in „coordinated market economies“ und „embedded flexibilization“ in Form aktivierender Arbeitsmarktpolitik, die nicht mehr die soziale Sicherung, sondern die Reintegration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt ins Zentrum stellt („flexicurity“). Während Deregulierung ein frontaler neoliberaler Angriff auf etablierte Institutionen wie Gewerkschaften ist, bedeutet „Dualisierung“ zunächst, dass institutionelle Arrangements zwischen den Sozialpartnern aus dem Industriesektor nicht auf die neuen Dienstleistungssektoren übertragen werden, während sie im Industriesektor bestehen bleiben bzw. gegebenenfalls sogar intensiviert werden (ibid.: 147). Der These institutioneller Unversehrtheit bzw. Stärkung des Industriesektors halten Baccaro und Benassi (2017) entgegen, dass dort atypische Beschäftigungsverhältnisse und sinkende Tarifbindung inzwischen auch in koordinierten Marktwirtschaften Einzug gehalten haben.

Insgesamt können in Europa fünf Regime industrieller Beziehungen unterschieden werden nach Variablen wie dem Machtverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Ebene der Tarifverhandlungen, dem Interessenvertretungssystem der Arbeitnehmer, der Rolle des Staats in den industriellen Beziehungen und der Rolle der Sozialpartner in der Politik (Visser et al. 2009). Vulkan und Larsson (2018) fassen die Regime wie folgt zusammen, geben dabei aber zu bedenken, dass die interne Heterogenität der Regime zunimmt:

„The Nordic countries constitute a regime of *organized corporatism*, with high union and employer density, coordinated collective bargaining, high autonomy from the state and strong influence by social partners on state policy. Most Southern European countries constitute a *polarized/state-centred* regime, with fragmented and often conflictual partner relations, low levels of union and employer density and high levels of state intervention. Central Western European countries belong to a *social partnership* regime, with moderate union density, high bargaining coverage, relatively autonomous partners and low levels of conflict. Together with Ireland, Malta and Cyprus, the UK belongs to a *liberal pluralist* Anglophone regime, with low union density and fragmented trade union

⁶⁵⁷ Den Zusammenhang zwischen dem Grad der Zentralisierung von Tarifverhandlungen (national zentralisiert, sektoral organisiert oder auf die Unternehmensebene dezentralisiert) und der Entwicklung der nationalen Wirtschaftsleistung untersucht die klassische Studie von Calmfors und Driffill (1988). Calmfors und Driffill argumentieren, dass die beiden Extreme – national zentralisierte und auf Unternehmensebene dezentralisierte Tarifverhandlungen – Wirtschaftswachstum positiv beeinflussen. Auch Hicks und Kenworthy (1998) finden einen positiven Effekt dezentralisierter Kooperation zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften auf die nationale Wirtschaftsleistung, zeigen aber positive makroökonomische Effekte zentralisierter korporatistischer Arrangements auf Investitionen, Handelsbilanz und Inflation.

organization, decentralized bargaining and low levels of state intervention. Finally, most Central Eastern European (CEE) countries belong to a heterogeneous *transitional* regime, with weak and fragmented social partners, decentralized bargaining, little autonomy of social partners and a strong and active state focused on transition to a market economy“ (Vulkan/Larsson 2018: 149).

Eine weitere ungünstige Entwicklung für Europas Gewerkschaften ist ihre Entfremdung von sozialdemokratischen Parteien, die in den 1990er-Jahren einen „dritten Weg“ eingeschlagen haben, der Kompromisse zwischen Sozialdemokratie und Neoliberalismus sucht (Taylor et al. 2011). Rueda (2005) weist darauf hin, dass sich sozialdemokratische Regierungen seit den 1970er-Jahren stärker auf die Interessen von Arbeitsmarktinsern konzentrieren. Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften, die Beschäftigte wirtschaftlich vertreten, und sozialdemokratischen Parteien, die die politische Vertretung übernehmen, ist dadurch gestört bzw. hinfällig, das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien vielerorts in Europa distanzierter (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: 136 ff.).⁶⁵⁸

Um die Euro-Konvergenzkriterien für Inflation und Staatsverschuldung zu erfüllen, setzten viele europäische Regierungen in den 1990er-Jahren noch einmal auf umfassende Sozialpakete, nach Einführung des Euro nahm deren Bedeutung bzw. Reichweite wieder ab (Hancké/Rhodes 2005). Die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration Europas verstärkte den Mobilitätsvorteil des Kapitals gegenüber den Beschäftigten und schuf damit Konkurrenzbeziehungen zwischen Standorten und Belegschaften. Darüber hinaus bedeutete die – im Kern auf starren fiskalpolitischen Regeln basierende – Ausgestaltung des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums für die Gewerkschaften nicht nur ideologisch und tarifpolitisch eine Herausforderung, sondern auch für ihren Einfluss auf die nationale Wirtschaftspolitik. Im politischen Prozess auf EU-Ebene spielten sie als nationale Organisationen, aber auch über ihre europäischen Dachverbände, kaum eine Rolle.

⁶⁵⁸ Für ihre politischen Ziele war für europäische Gewerkschaften lange die Arbeitsteilung mit sozialdemokratischen Parteien maßgebend (Taylor et al. 2011). Das Zusammenspiel mächtiger Gewerkschaftsbewegungen mit starken sozialdemokratischen Parteien hatte in Nord- und Westeuropa in den drei „goldenen Jahrzehnten“ von den 1950er-Jahren bis Ende der 1970er-Jahre signifikante wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Effekte: Gewerkschaftsmitglieder wählten eher linke Parteien als vergleichbare Nichtmitglieder und zählten zur Stammwählerschaft sozialdemokratischer Parteien (Ahlquist 2017; Arndt/Rennwald 2016). Starke Gewerkschaften bewegten sozialdemokratische Regierungen so dazu, den Sozialstaat auszubauen (Hicks 1999; Huber/Stephens 2001). Insgesamt hatten Gewerkschaften innerhalb korporatistischer Strukturen nicht nur tarifpolitischen Einfluss auf die Distribution der Einkommen vor Steuern in Form geringerer Lohnspreizungen, sondern auch auf sozialstaatliche Redistribution nach Steuern (Hicks/Kenworthy 1998; Ahlquist 2017).

Die programmatische Umorientierung sozialdemokratischer Parteien hat auch mit den Mitgliederverlusten der Gewerkschaften zu tun: Die Schwächung von Gewerkschaften trägt dazu bei, dass gewerkschaftsferne Niedriglohnsektoren wachsen können und Ungleichheit wieder steigt. Dies wird wiederum mit sinkender Wahlbeteiligung in einkommensschwachen Bevölkerungsteilen in Verbindung gebracht, die als Wähler ein starkes Eigeninteresse an Umverteilung haben sollten. Deren niedrige Wahlbeteiligung verkleinert aber für linke Parteien den Anreiz, sich für redistributive Politik einzusetzen: Linke Parteien können sich nicht darauf verlassen, dass sich redistributive Politik in Wählerstimmen der davon profitierenden Bevölkerungsteile auszahlt, bzw. darauf, dass Gewerkschaften diese Wählerstimmen für sie mobilisieren können (Iversen/Soskice 2015; Pontusson/Rueda 2010; Pontusson 2013). Dazu kommt, dass Gewerkschaften Einfluss auf die Solidarität zwischen Einkommensgruppen unter ihren Mitgliedern bzw. auf die Einstellungen ihrer besserverdienenden Mitglieder zu Umverteilung haben. Sinkt der gewerkschaftliche Organisationsgrad besserverdienender Beschäftigter bzw. organisieren sie sich eher in spezialisierten Berufsgewerkschaften statt in inklusiven Branchengewerkschaften, so sinkt auch ihr solidarisches Interesse an redistributiver Politik (Mosimann/Pontusson 2017).

Gleichzeitig konnten die EU-Mitgliedstaaten fortan auf die Zwänge supranationaler wirtschafts- und fiskalpolitischer Vereinbarungen verweisen, die ihren nationalen Spielraum einschränken.

Unter dem Strich stellen Globalisierung und Europäisierung, neoliberale Reformpolitik, tarifpolitische Dezentralisierung, Mitgliederverluste und die politische Umorientierung der Sozialdemokratie Gewerkschaften überall in Europa vor Herausforderungen. Die Schwächung der Gewerkschaften und die strukturellen Vorteile der Arbeitgeber bedeuten aber nicht, dass Gewerkschaften inzwischen einfach übergangen werden könnten. Wirtschaftlich spielen sie nach wie vor eine wichtige Rolle für die Verbindung von Ausbildungs- und Lohnsystemen in den Arbeitsmärkten qualitätsorientierter, auf Fachkräfte angewiesener Produktion, politisch steht das gemeinsame Potential von Gewerkschaften und linken Parteien weiterhin im Raum (Hancké 2013a: 2).

Tabellen

Tabelle A1. **Eurokrise: Framing**

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 54 Artikel zur Eurokrise im nationalen Mantel von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>181</u>		<u>57,5</u>
Krisenursachen	29	16,0	9,2
Bankenrettung / Spekulation	12	41,4	
Leistungsbilanzunterschiede	6	20,7	
Konstruktion des Euro	3	10,3	
Konjunkturlösungen	2	6,9	
Unkoordiniertes Handeln	2	6,9	
Deregulierung Finanzmärkte	2	6,9	
Länderspezifische Ursachen	2	6,9	
Krisenfolgen	112	61,9	35,6
Wirtschaftliche Folgen	35	31,2	
Europäische Integration	23	20,5	
Soziale Folgen	20	17,9	
Macht der Finanzmärkte	14	12,5	
Demokratie	8	7,1	
Gewerkschaftsrechte	7	6,3	
Arbeitnehmerrechte	4	3,6	
Länderspezifische Folgen	1	0,9	
Instrumentelle Interessen	23	12,7	7,3
Löhne	5	21,7	
Deutsche Wirtschaft / Exporte	5	21,7	
Öffentliche Daseinsvorsorge	4	17,4	
Arbeitnehmerrechte	4	17,4	
Gewerkschaftsrechte	3	13,0	
Beteiligung Vermögender	2	8,7	
Berufliche Anerkennung (Bankmitarbeiter)	1	4,3	
Bezüge deutsche - europäische Erfahrung	14	7,7	4,4
Export Schuldenbremse	4	28,6	
Gleiche Situation gesellschaftlicher Gruppen	2	14,3	
Export Agenda 2010	1	7,1	
Zukunft deutsche Lohnkosten	1	7,1	
Ungleichheit in D und Europa	1	7,1	
Gemeinwohlinteressen	3	1,7	1,0
Soziale Standards	2	66,7	
Demokratie	1	33,3	
		100	

<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>90</u>		<u>28,6</u>
EU/Programmstaaten	53	58,9	16,8
Ende der Sparpolitik / Investitionen	10	18,9	
Staaten aus Geiselhaft der Finanzmärkte befreien	9	17,0	
Finanzmarktregulierung	7	13,2	
Identitätsstiftende Idee	6	11,3	
Verteilungsgerechtigkeit	6	11,3	
Europäische Wirtschaftsregierung	5	9,4	
Demokratie EU-Ebene	4	7,5	
Umschuldungsplan	2	3,8	
Überschussländer: antizyklische Politik	2	3,8	
Länderspezifische Lösungen	2	3,8	
Instrumentelle Interessen	27	30,0	8,6
Löhne erhöhen	8	29,6	
Öffentliche Daseinsvorsorge stärken	7	25,9	
Beteiligung Vermögender an Kosten	5	18,5	
Arbeitnehmerrechte	2	7,4	
Politische Beteiligung Gewerkschaften	1	3,7	
Mindestlohn	1	3,7	
Berufliche Anerkennung (Bankmitarbeiter)	1	3,7	
Ausbildung	1	3,7	
Solidarische Altersvorsorge	1	3,7	
Gemeinwohlinteressen	6	6,7	1,9
Soziale Gerechtigkeit	3	50,0	
Demokratie national	2	33,3	
Praxistest Schuldenbremse	1	16,7	
Solidarität	4	4,4	1,3
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>44</u>		<u>14,0</u>
Gewerkschaftsaktion	31	70,5	9,8
Bündnis / Kooperation	13	41,9	
Demonstration	9	29,0	
Aufruf / Positionspapier	3	9,7	
Kampagne	2	6,5	
Gewerkschaftstreffen	2	6,5	
Aktionen Betriebe	1	3,2	
Widerstand allgemein	1	3,2	
Aufruf Beteiligung	9	20,4	2,9
Politische Gelegenheit	4	9,1	1,3
Große Protestbewegung	3	75,0	
Arbeitgeber auch dagegen	1	25,0	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>315</u>		<u>100</u>

Tabelle A2. **Eurokrise: *Framing regional***

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 11 Artikel zur Eurokrise auf den Bezirksseiten von *PUBLIK*.)

Kategorien und Dimensionen	N	% Kategorie	% <i>Framing</i>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>53</u>		<u>48,2</u>
Krisenursachen	3	5,7	2,7
Spekulation	2	66,7	
Deregulierung	1	33,3	
Krisenfolgen	33	62,3	30,0
Soziale Folgen	10	30,3	
Wirtschaftliche Folgen	7	21,2	
Arbeitnehmerrechte	5	15,2	
Agenda 2010 exportiert	3	9,1	
Demokratie / Proteste	3	9,1	
Länderspezifische Folgen	3	9,1	
Gewerkschaftsrechte	2	6,1	
Instrumentelle Interessen	7	13,2	6,4
Kürzungen öffentlicher Dienst	3	42,8	
Löhne	2	28,6	
Arbeitnehmerrechte	1	14,3	
Prekäre Beschäftigung	1	14,3	
Bezüge deutsche – europäische Erfahrung	9	17,0	8,2
Gleiche Situation gesellschaftlicher Gruppen	3	33,3	
Export Agenda 2010	2	22,2	
Export Schuldenbremse	2	22,2	
Lohnentwicklung Deutschland x Schulden Euroraum	1	11,1	
Verknüpfung mit „Umfairteilen“	1	11,1	
Gemeinwohlinteressen	1	1,9	0,9
Demokratie	1	100	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>32</u>		<u>29,1</u>
EU/Programmstaaten	15	46,9	13,6
Ende der Sparpolitik / Investitionen	3	20,0	
Finanzmarktregulierung	3	20,0	
Umverteilung / Steuergerechtigkeit	3	20,0	
Soziales Europa	3	20,0	
Demokratie	2	13,3	
Soziale Standards	1	6,7	
Instrumentelle Interessen	9	28,1	8,2
Löhne erhöhen	3	33,3	
Ver.di muss mehr tun	3	33,3	
Arbeitnehmerrechte	2	22,2	
Öffentliche Daseinsvorsorge stärken	1	11,1	
Gemeinwohlinteressen	1	3,1	0,9
Demokratie	1	100	
Solidarität	7	21,9	6,4
		100	

<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>25</u>		<u>22,7</u>
Gewerkschaftsaktion	17	68,0	15,5
Demonstration	9	52,9	
Bündnis / Kooperation	4	23,5	
Veranstaltung	2	11,8	
Proteste gehen weiter	1	5,9	
Lobbying	1	5,9	
Aufruf Beteiligung	5	20,0	4,5
Politische Gelegenheit	3	12,0	2,7
Große Protestbewegung	3	100	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>110</u>		<u>100</u>

Tabelle A3. **Allgemeine Europaberichterstattung: Framing**

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 54 Artikel der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung im nationalen Mantel von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>84</u>		<u>45,4</u>
Instrumentelle Interessen	72	85,7	38,9
Arbeitnehmerrechte	20	27,8	
Löhne, Dumping	13	18,1	
Dominanz Wirtschaftsinteressen	10	13,9	
Konjunktur, Beschäftigung	7	9,7	
Prekäre Beschäftigung	7	9,7	
Öffentliche Daseinsvorsorge	5	6,9	
Gewerkschaftsrechte	3	4,2	
Politik reagiert falsch	3	4,2	
Wettbewerbsideologie	2	2,8	
Sparpolitik ungerecht	2	2,8	
Gemeinwohlinteressen	12	14,3	6,5
Demokratie	5	41,7	
Europäische Identität	3	25,0	
Deutschland schlechtes Vorbild (Agenda 2010, Löhne)	2	16,7	
Interessen von Drittländern	1	8,3	
Kinderarmut	1	8,3	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>71</u>		<u>38,4</u>
Instrumentelle Interessen	52	73,2	28,1
Arbeitnehmerrechte stärken	13	25,0	
Löhne erhöhen	10	19,2	
Wirtschaftliche Entwicklung	7	13,5	
Öffentliche Daseinsvorsorge stärken	6	11,5	
Policy-spezifische Lösung	6	11,5	
Ausgestaltung EU-Institutionen	4	7,7	
Prekäre Beschäftigung beenden	3	5,8	
Beteiligung Vermögender an Kosten	2	3,8	
Gewerkschaftsrechte	1	1,9	
Gemeinwohlinteressen	18	25,4	9,7
Soziales Europa	10	55,6	
Demokratisierung der EU	5	27,8	
Frieden	1	5,5	
Identifikation mit EU	1	5,5	
Digitale Grundrechte	1	5,5	
Solidarität	1	1,4	0,5
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>30</u>		<u>16,2</u>
Gewerkschaftsaktion	24	80,0	13,0
Kampagne / Unterschriftensammlung	6	25,0	
Demonstration / Aktion	5	20,8	
Transnationale Kooperation	5	20,8	
Lobbying	3	12,5	
Ankündigung Aktionen	3	12,5	
Positionierung ver.di	2	8,3	
Aufruf Beteiligung	4	13,3	2,2
Politische Gelegenheit	2	6,7	1,1
Europäisches Parlament arbeitnehmerfreundlich	2	100	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>185</u>		<u>100</u>

Tabelle A4. **Allgemeine Europaberichterstattung: *Framing regional***
(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 22 Artikel der allgemeinen europapolitischen Berichterstattung auf den Bezirksseiten von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>66</u>		<u>47,5</u>
Instrumentelle Interessen	48	72,7	34,5
Arbeitnehmerrechte	10	20,8	
Löhne/Dumping	9	18,8	
Prekäre Beschäftigung	8	16,7	
Privatisierung	7	14,6	
Wettbewerbslogik	3	6,3	
Arbeitslosigkeit	3	6,3	
Gewerkschaftsrechte	2	4,2	
Sparpolitik	2	4,2	
TTIP	1	2,1	
Niedriglöhne	1	2,1	
Dominanz Wirtschaftsinteressen	1	2,1	
Landespolitik vernachlässigt EU-Politik	1	2,1	
Gemeinwohlinteressen	18	27,3	12,9
Situation Drittländer	4	22,2	
Sicherheit Passagiere (Liberalisierung Bodendienste)	4	22,2	
Europäische Identität	3	16,7	
Demokratie	2	11,1	
Flüchtlingskrise	2	11,1	
Rechtspopulismus	2	11,1	
Folgen von Merkels Europapolitik	1	5,6	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>40</u>		<u>28,8</u>
Instrumentelle Interessen	22	55,0	15,8
Arbeitnehmerrechte	4	18,2	
Gewerkschaftsrechte	3	13,6	
Institutionen	3	13,6	
Öffentliche Dienstleistungen sichern	3	13,6	
Beteiligung Vermögender	2	9,1	
Löhne/Dumping	2	9,1	
Gute Arbeit	1	4,5	
Wirtschaftliche Entwicklung	1	4,5	
Ermächtigung Beschäftigter	1	4,5	
Finanzmarktregulierung	1	4,5	
Landespolitik muss EU-Politik stärken	1	4,5	
Gemeinwohlinteressen	12	30,0	8,6
Soziales Europa	7	58,3	
Demokratisierung der EU	3	25,0	
Identifikation mit EU	1	8,3	
Integration von Flüchtlingen	1	8,3	
Solidarität	6	15,0	4,3
Solidarität unter Beschäftigten	5	83,3	
Gesellschaftliche Solidarität	1	16,7	
		100	

<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>33</u>		<u>23,7</u>
Gewerkschaftsaktion	26	78,8	18,7
Kooperation	8	30,8	
Veranstaltung	8	30,8	
Kampagne / Unterschriften	3	11,5	
Demo 1. Mai	2	7,7	
Ankündigung Widerstand	2	7,7	
Betriebsebene	1	3,8	
Lobbying	1	3,8	
Rechtsweg	1	3,8	
Aufruf Beteiligung	1	3,0	0,7
Politische Gelegenheit	6	18,2	4,3
Unterstützung durch EU-Abgeordnete	2	33,3	
Teilerfolg im Europäischen Parlament	1	16,7	
Unterstützung durch Bundesrat	1	16,7	
Unterstützung durch Landtagsabgeordnete	1	16,7	
Europawahl als Gelegenheit	1	16,7	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>139</u>		<u>100</u>

Tabelle A5. **Finanzkrise mit EU-Bezug: Framing**

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der acht Artikel zur Finanzkrise mit EU-Bezug im nationalen Mantel von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>19</u>		<u>34,5</u>
Instrumentelle Interessen	18	94,7	32,7
Spekulation / Deregulierung	5	27,8	
Beschäftigung	3	16,7	
Konjunkturprogramme unzureichend	2	11,1	
Druck auf Löhne	2	11,1	
EU: Dominanz Wirtschaftsinteressen	1	5,6	
Rechtsprechung zu arbeitgeberfreundlich	1	5,6	
Umverteilung von unten nach oben	1	5,6	
Junge Generation abgehängt	1	5,6	
Ratingagenturen nicht unabhängig	1	5,6	
Politik ignoriert Probleme	1	5,6	
Gemeinwohlinteressen	1	5,3	1,8
Öffentliches Ansehen der EU	1	100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>26</u>		<u>47,3</u>
Instrumentelle Interessen	18	69,2	32,7
Finanzmarktregulierung	5	27,8	
Ausbau Konjunkturprogramme	5	27,8	
Gerechte Lastenverteilung	4	22,2	
Arbeitnehmerrechte stärken	3	16,7	
Zinspolitik antizyklisch	1	5,6	
Gemeinwohlinteressen	5	19,2	9,1
Soziales Europa	3	60,0	
Steuergerechtigkeit	1	20,0	
Politik für Menschen, nicht für Wirtschaft	1	20,0	
Solidarität	3	11,5	5,5
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>10</u>		<u>18,2</u>
Gewerkschaftsaktion	6	60	10,9
Demonstration	2	33,3	
Transnationales Bündnis	2	33,3	
Ver.di-Vorschlag	2	33,3	
Aufruf Beteiligung	2	20	3,6
Politische Gelegenheit	2	20	3,6
Europawahl	1	50,0	
Demonstrieren einzige Möglichkeit	1	50,0	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>55</u>		<u>100</u>

Tabelle A6. **EU-Freihandelsabkommen: Framing**

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 37 Artikel zu EU-Freihandelsabkommen im nationalen Mantel von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>119</u>		<u>49,0</u>
Instrumentelle Interessen	76	63,9	31,3
Arbeitnehmerrechte	22	28,9	
Schiedsgerichte	20	26,3	
Privatisierung / Liberalisierung	13	17,1	
Prognose Wachstum / Nutzen	12	15,8	
Löhne	4	5,3	
Gewerkschaftsrechte	4	5,3	
Unterbietungswettbewerb	1	1,3	
Gemeinwohlinteressen	43	36,1	17,7
Soziale Standards	17	39,5	
Transparenz	15	34,9	
Investorenrechte	8	18,6	
Kommunale Selbstverwaltung	1	2,3	
Öffentliches Ansehen der EU	1	2,3	
Kommunale Selbstverwaltung	1	2,3	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>58</u>		<u>23,9</u>
Instrumentelle Interessen	25	43,1	10,1
Verhandlungen stoppen / nachbessern	6	24,0	
Garantie Arbeitnehmerrechte	5	20,0	
Einbeziehung Sozialpartner	4	16,0	
Garantie Daseinsvorsorge	4	16,0	
Gerechter Handel	2	8,0	
Garantie Gewerkschaftsrechte	1	4,0	
Öffentliche Gerichtsbarkeit	1	4,0	
Beschäftigungseffekte	1	4,0	
Höhere Löhne	1	4,0	
Gemeinwohlinteressen	33	56,9	13,4
Transparenz	13	39,4	
Demokratie	9	27,3	
Garantie sozialer + ökologischer Standards	5	15,2	
Keine vorläufige Anwendung	3	9,1	
Bekämpfung von Steuerflucht	1	3,0	
Investitionen Infrastruktur	1	3,0	
Schutz von Kultursubventionen	1	3,0	
Solidarität	0	0	0
		100	

<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>66</u>		<u>27,2</u>
Gewerkschaftsaktion	32	48,5	13,2
Demonstration	11	34,4	
Unterschriftensammlung	5	15,6	
Ankündigung Aktivität	5	15,6	
Publikation / Information	4	12,5	
Koalition	3	9,4	
Brief / Petition	3	9,4	
Veranstaltung	1	3,1	
Aufruf Beteiligung	9	13,6	3,7
Politische Gelegenheit	25	37,9	10,3
Widerstand wächst	11	44,0	
Zwischenerfolg Protest / Mobilisierung	8	32,0	
Breites Bündnis	4	16,0	
Resonanz Politik	2	8,0	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>243</u>		<u>100</u>

Tabelle A7. **EU-Freihandelsabkommen: *Framing regional***

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 15 Artikel zu EU-Freihandelsabkommen auf den Bezirksseiten von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>70</u>		<u>55,1</u>
Instrumentelle Interessen	43	61,4	33,9
Schiedsgerichte	12	27,9	
Privatisierung / Liberalisierung	11	25,6	
Arbeitnehmerrechte	8	18,6	
Prognose Wachstum / Nutzen	4	9,3	
Gewerkschaftsrechte	3	7,0	
Löhne	2	4,7	
Unterbietungswettbewerb	2	4,7	
Unvereinbarkeit Grundgesetz	1	2,3	
Gemeinwohlinteressen	27	38,6	21,3
Soziale Standards	10	37,0	
Demokratie	10	37,0	
Kulturelle Vielfalt	5	18,5	
Investorenrechte	1	3,7	
Kommunale Selbstverwaltung	1	3,7	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>19</u>		<u>15,0</u>
Instrumentelle Interessen	14	73,7	11,0
Verhandlungen stoppen	5	35,7	
Herausnahme ÖD	4	28,6	
Arbeitnehmerrechte	2	14,3	
Gewerkschaftsrechte	1	7,1	
Öffentliche Gerichtsbarkeit	1	7,1	
Gerechter Handel	1	7,1	
Gemeinwohlinteressen	5	26,3	3,9
Garantie sozialer Standards	1	20,0	
Einbeziehung Öffentlichkeit	1	20,0	
Einbeziehung Demokratie	1	20,0	
Vereinbarung Klimaschutz	1	20,0	
Vereinbarung No-Spy-Abkommen	1	20,0	
Solidarität	0	0	0
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>38</u>		<u>29,9</u>
Gewerkschaftsaktion	28	73,7	22,0
Gesellschaftliche Kooperation	9	32,1	
Demonstration	8	28,6	
Veranstaltung	5	17,9	
Petition	3	10,7	
Ankündigung Widerstand	2	7,1	
Unterschriftensammlung	1	3,6	
Aufruf Beteiligung	6	15,8	4,7
Politische Gelegenheit	4	10,5	3,1
Sichtbarkeit Proteste	3	75,0	
Widerstand wächst	1	25,0	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>127</u>		<u>100</u>

Tabelle A8. **Europäische Bürgerinitiative „right2water“: Framing**

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 12 Artikel zur EBI „right2water“ im nationalen Mantel von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>16</u>		<u>19,5</u>
Instrumentelle Interessen	1	6,3	1,2
Arbeitsbedingungen Wasserwirtschaft	1	28,2	
Gemeinwohlinteressen	15	93,8	18,3
Zugang zu Wasser	5	33,3	
Verhalten EU-Kommission	5	33,3	
Wasser als Handelsware	3	20,0	
Konflikte um Wasser	1	6,7	
UN-Resolution folgenlos	1	6,7	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>24</u>		<u>23,5</u>
Instrumentelle Interessen	1	4,2	1,2
Anwendung Tarifverträge	1	100	
Gemeinwohlinteressen	23	95,8	28,0
EU-Garantie Zugang zu öffentl. Wasserversorgung	7	30,4	
Wasser keine Handelsware	6	26,1	
Rekommunalisierung	4	17,4	
Befassung EU-Kommission	4	17,4	
Wasser als Menschenrecht	2	8,7	
Solidarität	0	0	0
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>42</u>		<u>51,2</u>
Gewerkschaftsaktion	26	61,9	31,7
Unterschriftensammlung	12	46,2	
Allianz	12	46,2	
Ankündigung Aktivität	1	3,8	
Information	1	3,8	
Aufruf Beteiligung	8	19,0	9,8
Politische Gelegenheit	8	19,0	9,8
Mobilisierungserfolg	4	50,0	
Politische Resonanz	4	50,0	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>82</u>		<u>100</u>

Tabelle A9. **Europäische Bürgerinitiative „right2water“: *Framing regional***
(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der fünf Artikel zur EBI „right2water“ auf den Bezirksseiten von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>6</u>		<u>24,0</u>
Instrumentelle Interessen	0	0	0
Gemeinwohlinteressen	6	100	24,0
Wasser als Handelsware	3	50,0	
Zugang zu Wasser	2	33,3	
Konflikte um Wasser	1	16,7	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>9</u>		<u>36,0</u>
Instrumentelle Interessen	0	0	0
Gemeinwohlinteressen	9	100	36,0
Wasser keine Handelsware	4	44,4	
Rekommunalisierung	2	22,2	
Befassung EU-Kommission	2	22,2	
Wasser als Menschenrecht	1	11,1	
Solidarität	0	0	0
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>10</u>		<u>40,0</u>
Gewerkschaftsaktion	8	80,0	32,0
Allianz	3	37,5	
Veranstaltung	3	37,5	
Unterschriftensammlung	2	25,0	
Aufruf Beteiligung	2	20,0	8,0
Politische Gelegenheit	0	0	0
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>25</u>		<u>100</u>

Tabelle A10. „Gerecht geht anders“: *Framing*

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 15 Artikel zu „Gerecht geht anders“ im nationalen Mantel von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>45</u>		<u>51,7</u>
Instrumentelle Interessen	32	71,1	36,8
Kürzung Sozialversicherung	10	31,3	
Finanznot Kommunen	10	31,3	
Prekäre Beschäftigung	4	12,5	
Niedriglohnsektor	2	6,2	
Keine Beteiligung der Krisenverursacher	2	6,2	
Krise der Einnahmen, nicht der Ausgaben	2	6,2	
Lebenshaltungskosten	1	3,1	
Arbeitgeber nutzen System aus	1	3,1	
Gemeinwohlinteressen	13	28,9	14,9
Ungerechte Verteilung	8	61,5	
Politische Ignoranz	4	30,8	
Keine Finanzmarktregulierung	1	7,7	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>16</u>		<u>18,4</u>
Instrumentelle Interessen	10	62,5	11,5
Beteiligung Vermögender	3	30,0	
Mindestlohn	2	20,0	
Rettungsschirm für Kommunen	1	10,0	
3. Konjunkturpaket	1	10,0	
Entlastung Gebühren für öffentl. Dienstl.	1	10,0	
Gleichstellung Leiharbeit	1	10,0	
Sichere + faire Arbeit	1	10,0	
Gemeinwohlinteressen	4	25,0	4,6
Gemeindewirtschaftssteuer	2	50,0	
Zeichen setzen	1	25,0	
Erhöhung Hartz IV	1	25,0	
Solidarität	2	12,5	2,3
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>26</u>		<u>29,9</u>
Gewerkschaftsaktion	23	85,2	26,4
Demonstration	11	47,8	
Proteste gehen weiter	4	17,4	
Betriebsebene	4	17,4	
Bildungsarbeit	2	8,7	
Resolution	1	4,3	
Bündnis	1	4,3	
Aufruf Beteiligung	1	7,4	1,1
Politische Gelegenheit	2	7,4	2,3
Treffen mit Bundesregierung + Arbeitgebern	1	50,0	
Sichtbarkeit der Proteste	1	50,0	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>87</u>		<u>100</u>

Tabelle A11. „Gerecht geht anders“: *Framing regional*
(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 24 Artikel zu „Gerecht geht anders“ auf den Bezirksseiten von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>78</u>		<u>37,5</u>
Instrumentelle Interessen	56	71,8	26,9
Reform Sozialversicherung	19	33,9	
Finanznot Kommunen	14	25,0	
prekäre Beschäftigung	7	12,5	
Druck auf Löhne	6	10,7	
Krisenverursacher Kosten	3	5,4	
Personalabbau ÖD	3	5,4	
Steuereinnahmen	3	5,4	
Lebenshaltungskosten	1	1,8	
Gemeinwohlinteressen	22	28,2	10,6
Verteilungsgerechtigkeit	17	77,3	
Einseitige Politik	3	13,6	
Keine Finanzmarktregulierung	1	4,5	
Rechtspopulismus	1	4,5	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>55</u>		<u>26,4</u>
Instrumentelle Interessen	45	81,8	21,6
Öffentliche Dienstleistungen stärken	8	17,8	
Vermögenssteuer	7	15,6	
Mindestlohn	6	13,3	
Finanzierung Kommunen	6	13,3	
Sichere Rente	6	13,3	
Gute Arbeit	4	8,9	
Leiharbeit	3	6,7	
Bildung	3	6,7	
Investitionen	1	2,2	
Politikwechsel	1	2,2	
Gemeinwohlinteressen	9	16,4	4,3
Förderung Arbeitslose	3	33,3	
Gemeindewirtschaftssteuer	2	22,2	
Finanzmarktregulierung	2	22,2	
Zeichen setzen	1	11,1	
Rechtspopulismus bekämpfen	1	11,1	
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>75</u>		<u>36,1</u>
Gewerkschaftsaktion	60	80,0	28,8
Demonstration	21	35,0	
Betriebsebene	10	16,7	
Aktionen gehen weiter	10	16,7	
Kampagne öffentliche Meinung	7	11,7	
Bündnis	6	10,0	
Veranstaltung	5	8,3	
Ressourcen (Sonderbusse zu Demonstration)	1	1,7	
Aufruf Beteiligung	14	18,7	6,7
Politische Gelegenheit	1	1,3	0,5
Mobilisierungserfolg (größte Demo seit Jahren)	1	100	
		100	
Frame-Nennungen insgesamt	208		100

Tabelle A12. „Umfairteilen“: *Framing*

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 14 Artikel zu „Umfairteilen“ im nationalen Mantel von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>33</u>		<u>36,3</u>
Instrumentelle Interessen	13	39,4	14,3
Niedriglohnsektor	3	23,1	
Bankenrettung für Vermögende	2	15,4	
Prekäre Beschäftigung	2	15,4	
Rente	1	7,7	
Öffentliche Dienstleistungen	1	7,7	
Steuerpläne	1	7,7	
Lebenshaltungskosten	1	7,7	
Finanznot Kommunen	1	7,7	
Gemeinwohlinteressen	20	60,6	22,0
Ungerechte Verteilung	10	50,0	
Entlastung hoher Einkommen	3	15,0	
Staatsschulden durch Steuergeschenke	2	10,0	
Steueroase Deutschland	1	5,0	
Steuergeschenke führen nicht zu Investitionen	1	5,0	
Vermögen größer als Staatsverschuldung	1	5,0	
Finanzkrise bedeutet Verluste von Einnahmen	1	5,0	
Politische Ignoranz	1	5,0	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>20</u>		<u>22,0</u>
Instrumentelle Interessen	17	85,0	18,7
Vermögenssteuer	7	41,2	
Vermögensabgabe	3	17,6	
Vermögensabgabe wäre verfassungskonform	3	17,6	
Besserer Steuervollzug	2	11,8	
Umverteilung	1	5,9	
Investitionen in öffentliche Dienstleistungen	1	5,9	
Gemeinwohlinteressen	3	15,0	3,3
Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit	2	66,7	
Solidarische demokratische Gesellschaft	1	33,3	
Solidarität	0	0	0
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>38</u>		<u>41,7</u>
Gewerkschaftsaktion	25	64,9	27,5
Bündnis	10	40,0	
Demonstration	8	32,0	
Aktionen gehen weiter	2	8,0	
Kongress	2	8,0	
Unterschriftensammlung	1	4,0	
1. Mai	1	4,0	
Gutachten	1	4,0	
Aufruf Beteiligung	6	16,2	6,6
Politische Gelegenheit	7	18,9	7,7
Breites Bündnis	2	28,6	
Unterstützung durch Oppositionsparteien	2	28,6	
Unterstützung durch Öffentlichkeit	2	28,6	
Prominente Unterstützer	1	14,3	
		100	
Frame-Nennungen insgesamt	91		100

Tabelle A13. „**Umfairteilen**“: *Framing regional*

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der elf Artikel zu „Umfairteilen“ auf den Bezirksseiten von *PUBLIK*.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	<u>54</u>		<u>47,4</u>
Instrumentelle Interessen	35	64,8	30,7
Niedriglohnsektor	8	22,9	
Verschlechterung öffentlicher Dienstleitungen	6	17,1	
Rente	5	14,3	
Staatsverschuldung, Schuldenbremse	5	14,3	
Prekäre Beschäftigung	4	11,4	
Bankenrettung	3	8,6	
Soziale Verdrängung	3	8,6	
Chancengleichheit	1	2,9	
Gemeinwohlinteressen	19	35,2	16,7
Ungleichheit	8	42,1	
Schulden wegen Steuergeschenken	5	26,3	
Verteilungsgerechtigkeit	3	15,8	
Privatvermögen höher als Schulden	2	10,5	
Politik schaut zu	1	5,3	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	<u>33</u>		<u>28,9</u>
Instrumentelle Interessen	26	78,8	22,8
Vermögenssteuer	8	30,8	
Vermögensabgabe	5	19,2	
Mindestlohn	3	11,5	
Rente	2	7,7	
Arbeitnehmerrechte	2	7,7	
Steuervollzug	2	7,7	
Investitionen	2	7,7	
Löhne	1	3,8	
Politikwechsel	1	3,8	
Gemeinwohlinteressen	7	21,2	6,1
Verteilungsgerechtigkeit	5	71,4	
Soziales Europa	2	28,6	
		100	
<u>III Motivierendes Framing</u>	<u>27</u>		<u>23,7</u>
Gewerkschaftsaktion	19	70,4	16,7
Demonstration	10	52,6	
Veranstaltung	4	21,1	
Bündnis	2	10,5	
Ressourcen	2	10,5	
Aktionen gehen weiter	1	5,3	
Aufruf Beteiligung	7	25,9	6,1
Politische Gelegenheit	1	3,7	0,9
Breites Bündnis	1	100	
		100	
<u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	<u>114</u>		<u>100</u>

Tabelle A14. **Presseaussendungen zur Eurokrise: *Framing***

(Häufigkeiten und prozentuale Anteile des *Framings* der 24 Presseaussendungen von ver.di zur Eurokrise.)

<u>Kategorien und Dimensionen</u>	<u>N</u>	<u>% Kategorie</u>	<u>% Framing</u>
<u>I Diagnostisches Framing</u>	99		45,0
Krisenursachen	9	9,1	4,1
Spekulation	3	33,3	
Konstruktion Euro	2	22,2	
Politik lernt nicht / reagiert falsch	2	22,2	
Leistungsbilanzunterschiede	1	11,1	
Deregulierung	1	11,1	
Krisenfolgen	70	70,7	31,8
Wirtschaftliche Folgen	19	27,1	
Soziale Folgen	19	27,1	
Macht der Finanzmärkte	8	11,4	
Demokratie / Proteste	8	11,4	
Arbeitnehmerrechte	6	8,6	
Europäische Integration	4	5,7	
Gewerkschaftsrechte	3	4,3	
Länderspezifische Folgen	3	4,3	
Instrumentelle Interessen	16	16,2	7,3
ÖD/Haushalte	4	25,0	
Auswirkungen Deutschland	3	18,8	
Löhne	3	18,8	
Arbeitnehmerrechte	3	18,8	
Gewerkschaftsrechte	2	12,5	
Wirtschaftliche Entwicklung	1	6,2	
Gemeinwohlinteressen	4	4,0	1,8
Sozialer Zusammenhalt	2	50,0	
Soziale Standards	1	25,0	
Demokratie	1	25,0	
		100	
<u>II Prognostisches Framing</u>	97		44,1
EU/Programmstaaten	46	47,4	20,9
Investitionen in öffentliche Dienstleistungen	12	26,1	
Finanzmarktregulierung	9	19,6	
Eurobonds	7	15,2	
Europäische Wirtschaftsregierung	5	10,9	
Neue identitätsstiftende Idee für EU	3	6,5	
Ablehnung Fiskalpakt	3	6,5	
Überschussländer: antizyklische Politik	2	4,3	
Beteiligung Vermögender	2	4,3	
Länderspezifische Lösungen	2	4,3	
Demokratie	1	2,2	
Instrumentelle Interessen	33	34,0	15,0
ÖD stärken	9	27,3	
Löhne	6	18,2	
Beteiligung Vermögender	5	15,2	
Arbeitnehmerrechte	4	12,1	
soziale Sicherheit	3	9,1	
Mindestlohn	3	9,1	
Berufliche Anerkennung	2	6,1	
Gewerkschaftsrechte	1	3,0	

[Prognostisches Framing: Fortsetzung]

Gemeinwohlinteressen	10	10,3	4,5
Soziale Gerechtigkeit	5	50,0	
Demokratie	5	50,0	
Solidarität	8	8,2	3,6
		100	
 <u>III Motivierendes Framing</u>	 <u>24</u>		 <u>10,9</u>
Gewerkschaftsaktion	20	83,3	9,1
Bündnis / Kooperation	6	30,0	
Aufruf / Positionspapier	5	25,0	
Demonstration	3	15,0	
Kampagne	2	10,0	
Betriebsebene	2	10,0	
Widerstand allgemein	1	5,0	
Lobbying	1	5,0	
Aufruf Beteiligung	2	8,0	0,9
Politische Gelegenheit	2	8,0	0,9
Europäisches Parlament arbeitnehmerfreundlich	2		
		100	
 <u>Frame-Nennungen insgesamt</u>	 <u>220</u>		 <u>100</u>

Literatur

- Accornero, Guya / Pedro Ramos Pinto (2015): 'Mild Mannered'? Protest and Mobilisation in Portugal under Austerity, 2010-2013. *West European Politics*, 38 (3), 491-515.
- Adamczyk, Slawomir (2018): Inside the trade union family: The 'two worlds' within the European Trade Union Confederation. *European Journal of Industrial Relations*, 24 (2), 179-192.
- Ahlquist, John (2017): Labor Unions, Political Representation, and Economic Inequality. *Annual Review of Political Science*, 20, 409-432.
- Ahlquist, John S. / Amanda B. Clayton / Margaret Levi (2014): Provoking Preferences: Unionization, Trade Policy, and the ILWU Puzzle. *International Organization*, 68 (1), 33-75.
- Ahlquist, John S. / Margaret Levi (2013): In the Interest of Others. Organizations and Social Activism. Princeton: Princeton University Press.
- Alesina, Alberto / Omar Barbiero / Carlo Favero / Francesco Giavazzi / Matteo Paradisi (2015): Austerity from 2009-13. *Economic Policy*, 30 (83), 383-437.
- Alesina, Alberto / Carlo Favero / Francesco Giavazzi (2019): Austerity: When It Works and When It Doesn't. Princeton: Princeton University Press.
- Ancelovici, Marcos (2015): Crisis and Contention in Europa. A Political Process Account of Anti-Austerity Protests in Europe. In: Hans-Jörg Trenz / Caro Ruzza / Virginie Guiraudon (Hrsg.): Europe's Prolonged Crisis. The Making or the Unmaking of a Political Union. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, 189-209.
- Ancelovici, Marcos / Pascale Dufour / Héloïse Nez (Hrsg.) (2016): Street Politics in the Age of Austerity: From the Indignados to Occupy. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Anders, Carsten / Hendrik Biebeler / Hagen Lesch (2015): Mitgliederentwicklung und politische Einflussnahme: Die deutschen Gewerkschaften im Aufbruch? Köln: Institut der deutschen Wirtschaft, IW-Trends, 42 (1), 21-36, <http://www.iwkoeln.de/de/studien/iw-trends/beitrag/carsten-anders-hendrik-biebeler-hagen-lesch-mitgliederentwicklung-und-politische-einflussnahme-211337> [30.07.2021].
- Annesley, Claire (2006): Ver.di and trade union revitalisation in Germany. *Industrial Relations Journal*, 37 (2), 164-179.
- Antoniades, Andreas (2008): Social Europe and/or global Europe? Globalization and flexicurity as debates on the future of Europe. *Cambridge Review of International Affairs*, 21 (3), 327-346.
- Armingeon, Klaus (2012): The Politics of Fiscal Responses to the Crisis of 2009-2009. *Governance*, 25 (4), 543-565.
- Armingeon, Klaus / Lucio Baccaro (2012): Political Economy of the Sovereign Debt Crisis: The Limits of Internal Devaluation. *Economic Law Journal*, 41 (3), 254-275.
- Armingeon, Klaus / Lucio Baccaro (2015): The Crisis and Germany: The Trading State Unleashed. In: Volker Schneider / Burkhard Eberlein (Hrsg.): Complex Democracy. Varieties, Crises, and Transformations. Cham et al.: Springer, 165-183.
- Armingeon, Klaus / Skyler Cranmer (2018): Position-taking in the Euro crisis. *Journal of European Public Policy*, 25 (4), 546-566.

- Arndt, Christoph / Line Rennwald (2016): Union members at the polls in diverse trade union landscapes. *European Journal of Political Research*, 55 (4), 702-722.
- Auel, Katrin / Oliver Höing (2014): Parliaments in the Euro Crisis: Can the Losers of Integration Still Fight back? *Journal of Common Market Studies*, 52 (6), 1184-1193.
- Auel, Katrin / Oliver Höing (2015): National parliaments and the eurozone crisis: Taking ownership in difficult times? *West European Politics*, 38 (2), 375-395.
- Auel, Katrin / Tapio Raunio (2014): Introduction: Connecting with the Electorate? Parliamentary Communication in EU Affairs. *The Journal of Legislative Studies*, 20 (1), 1-12.
- Baccaro, Lucio / Chiara Benassi (2017): Throwing out the ballast: growth models and the liberalization of German industrial relations. *Socio-Economic Review*, 15 (1), 85-115.
- Baccaro, Lucio / Robert Boyer / Colin Crouch / Marino Regini / Paul Marginson / Richard Hyman / Rebecca Gumbrell-McCormick / Ruth Milkman (2010): Discussion Forum I. Labour and the global financial crisis. *Socio-Economic Review*, 8(2), 341-376.
- Baccaro, Lucio / Kerstin Hamann / Lowell Turner (2003): The Politics of Labour Movement Revitalization: The Need for a Revitalized Perspective. *European Journal of Industrial Relations*, 9 (1), 119-133.
- Baccaro, Lucio / Chris Howell (2011): A Common Neoliberal Trajectory: The Transformation of Industrial Relations in Advanced Capitalism. *Politics & Society*, 39 (4), 521-563.
- Baccaro, Lucio / Jonas Pontusson (2016): Rethinking Comparative Political Economy: The Growth Model Perspective. *Politics & Society*, 44 (2), 175-207.
- Baccaro, Lucio / Marco Simoni (2008): Policy Concertation in Europe. Understanding Government Choice. *Comparative Political Studies*, 41 (10), 1323-1348.
- Bach, Stephen / Lorenzo Bordagna (2013): Reframing public service employment relations: The impact of economic crisis and the new EU economic governance. *European Journal of Industrial Relations*, 19 (4), 279-294.
- Bach, Stephen / Roberto Pedersini (2013): The consequences of the crisis for public sector industrial relations. In: Europäische Kommission: Industrial Relations in Europe 2012. Brüssel, 129-161.
- Baerg, Nicole Rae / Mark Hallerberg (2016): Explaining Instability in the Stability and Growth Pact: The Contribution of Member State Power and Euroskepticism to the Euro Crisis. *Comparative Political Studies*, 49 (7), 968-1009.
- Baglioni, Sebastian / Achim Hurrelmann (2016): The Eurozone crisis and citizen engagement in EU affairs. *West European Politics*, 39 (1), 104-124.
- Baldwin, Richard / Thorsten Beck / Agnès Bénassy-Quéré / Olivier Blanchard / Giancarlo Corsetti / Paul de Grauwe / Wouter den Haan / Francesco Giavazzi / Daniel Gros / Sebnem Kalemli-Ozcan / Stefano Micossi / Elias Papaioannou / Paolo Pesenti / Christopher Pissarides / Guido Tabellini / Beatrice Weder di Mauro (2015): Rebooting the Eurozone. Step I – agreeing a crisis narrative. Centre for Economic Policy Research, Policy Brief No. 85, https://cepr.org/sites/default/files/policy_insights/PolicyInsight85.pdf [30.07.2021].
- Bauer, Michael W. / Stefan Becker (2014): The Unexpected Winner of the Crisis: The European Commission's Strengthened Role in Economic Governance. *Journal of European Integration*, 36 (3), 213-229.
- Baumgartner, Frank R. / Christine Mahoney (2008): The Two Faces of Framing. Individual-Level Framing and Collective Issue Definition in the European Union. *European Union Politics*, 9 (3), 435-449.

- Becher, Michael / Daniel Stegmüller / Konstantin Käppner (2018): Local Union Organization and Law Making in the US Congress. *The Journal of Politics*, 80 (2), 539-554.
- Bechtel, Michael M. / Jens Hainmueller / Yotam Margalit (2014): Preferences for International Redistribution: The Divide over the Eurozone Bailouts. *American Journal of Political Science*, 58 (4), 835-856.
- Bechtel, Michael M. / Jens Hainmueller / Yotam Margalit (2017): Policy design and domestic support for international bailouts. *European Journal of Political Research*, 56 (4), 864-886.
- Bechter, Barbara / Bernd Brandl (2019): The Hybridization of National Collective Bargaining Systems: The Impact of the Economic Crisis on the Transformation of Collective Bargaining in the European Union. *Economic and Industrial Democracy*, 40(3), 469-489.
- Becker, Regina / Swen Hutter (2017): Europäisierte Protestlandschaft. Ausmaß und Formen europäisierter Proteste mit deutscher Beteiligung von Maastricht bis zur Eurokrise. In: Priska Daphi / Nicole Deitelhoff / Dieter Rucht / Simon Teune (Hrsg.): *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*. Leviathan Sonderband 33. Baden-Baden: Nomos, 37-62.
- Behrens, Martin (2005): Die Rolle der Betriebsräte bei der Werbung von Gewerkschaftsmitgliedern. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 58 (6), 329-338.
- Behrens, Martin (2018): Structure and competing logics: the art of shaping interests within German employers' associations. *Socio-Economic Review*, 16 (4), 769-789.
- Behrens, Martin / Michael Fichter / Carola M. Frege (2003): Unions in Germany: Regaining the Initiative? *European Journal of Industrial Relations*, 9 (1), 25-42.
- Behrens, Martin / Andreas Pekarek (2012): To merge or not to merge? The impact of union merger decisions on workers' representation in Germany. *Industrial Relations Journal*, 43 (6), 527-547.
- Behrens, Martin / Andreas Pekarek (2016a): Between Strategy and Unpredictability: Negotiated Decision Making in German Union Mergers. *Industrial and Labor Relations Review*, 69 (3), 579-604.
- Behrens, Martin / Andreas Pekarek (2016b): Umkämpfte Einheit: Neue und alte Muster der Lagerbildung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 26 (supplement issue 2), 117-134.
- Béland, Daniel (2009): Ideas, institutions, and policy change. *Journal of European Public Policy*, 16 (5), 701-718.
- Benassi Chiara / Lisa Dorigatti (2015): Straight to the Core – Explaining Union Responses to the Casualization of Work: The IG Metall Campaign for Agency Workers. *British Journal of Industrial Relations*, 53 (3), 533-555.
- Benford, Robert D. / David A. Snow (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611-639.
- Berkhout, Joost (2013): Why interest organizations do what they do: assessing the explanatory potential of 'exchange' approaches. *Interest Groups & Advocacy*, 2 (2), 227-250.
- Berlemann, Michael / Klaus W. Zimmermann (2011): Trade Unionists in Parliament and Macroeconomic Performance: Evidence from Germany. *The Economic and Labour Relations Review*, 22 (3), 101-116.
- Bermeo, Nancy / Larry M. Bartels (Hrsg.) (2014): *Mass Politics in Tough Times: Opinion, Votes, and Protest in the Great Recession*. Oxford: Oxford University Press.

- Beyers, Jan (2002): Gaining and seeking access: The European adaptation of domestic interest associations. *European Journal of Political Research*, 41 (5), 585-612.
- Beyers, Jan (2004): Voice and access. Political Practices of European Interest Associations. *European Union Politics*, 5 (2), 211-240.
- Beyers, Jan / Bart Kerremans (2012): Domestic Embeddedness and the Dynamics of Multilevel Venue Shopping in Four EU Member States. *Governance*, 25 (2), 263-290.
- Bibow, Jörg (2017): How Germany's Anti-Keynesianism Has Brought Europe to Its Knees. Bard College, Levy Economics Institute: Working Paper No. 886.
- Bickes, Hans / Tina Otten / Laura Chelsea Weymann (2014): The *financial crisis* in the German and English press: Metaphorical structures in the media coverage on Greece, Spain and Italy. *Discourse & Society*, 25 (4), 424-445.
- Bieler, Andreas (2003): Labour, neo-liberalism and the conflict over economic and monetary union: a comparative analysis of British and German trade unions. *German Politics*, 12(2), 24-44.
- Bieler, Andreas (2005): European Integration and the Transnational Restructuring of Social Relations: The Emergence of Labour as a Regional Actor? *Journal of Common Market Studies*, 43 (3), 461-484.
- Bieler, Andreas (2006): The struggle for a social Europe. Trade unions and EMU in times of global restructuring. Manchester/New York: Manchester University Press.
- Bieler, Andreas / Roland Erne (2015): Transnational Solidarity? The European Working Class in the Eurozone Crisis. *Socialist Register*, 51, 157-177.
- Bieler, Andreas / Roland Erne / Darragh Golden / Idar Helle / Knut Kjeldstadli / Tiago Matos / Sabina Stan (Hrsg.) (2017): Labour and Transnational Action in Times of Crisis. Lanham: Rowman and Littlefield.
- Binderkrantz, Anne (2005): Interest Group Strategies: Navigating Between Privileged Access and Strategies of Pressure. *Political Studies*, 53 (4), 694-715.
- Binderkrantz, Anne Skorkjær / Peter Munk Christiansen (2014): Making it to the News. Interest Groups in the Danish Media. In: Franziska Oehmer (Hrsg.): Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen. Baden-Baden: Nomos, 202-220.
- Binderkrantz, Anne Skorkjær / Peter Munk Christiansen / Helene Helboe Pedersen (2015): Interest Group Access to the Bureaucracy, Parliament, and the Media. *Governance*, 28 (1), 95-112.
- Bispinck, Reinhard / Heiner Dribbusch / Fikret Öz / Kea Tijdens / Maarten van Klaveren (2011): Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Deutschland und den Niederlanden aus Sicht der Beschäftigten. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 64 (2), 83-90.
- Blanchflower, David G. (2007): International Patterns of Union Membership. *British Journal of Industrial Relations*, 45 (1), 1-28.
- Blanke, Thomas (2014): Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie: Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen der Gewerkschaften in Deutschland. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. Wiesbaden: Springer, 2. Auflage, 173-206.
- Blatter, Joachim / Markus Haverland (2012): Designing Case Studies. Explanatory Approaches in Small-N Research. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.

- Blyth, Mark (2013): *Austerity. The History of a Dangerous Idea*. Oxford / New York: Oxford University Press.
- Börzel, Tanja A./ Thomas Risse (2003): Conceptualizing the Domestic Impact of Europe. In: Kevin Featherstone / Claudio M. Radaelli (Hrsg.): *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press, 57-80.
- Bogg, Alan / Ruth Dukes (2013): The European social dialogue: from autonomy to here. In: Nicola Countouris / Mark Freedland (Hrsg.): *Resocialising Europe in a Time of Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press, 466-492.
- Boomgarden, Hajo G. / Claes H. De Vreese / Andreas R.T. Schuck / Rachid Azrout / Matthijs Elenbaas / Joost H.P. Van Spanje / Rens Vliegenthart (2013): Across time and space: Explaining variation in news coverage of the European Union. *European Journal of Political Research*, 52 (5), 608-629.
- Booth, Alison L. (1985): The Free Rider Problem and a Social Custom Model of Trade Union Membership. *Quarterly Journal of Economics*, 100 (1), 253-261.
- Boräng, Frida / Rainer Eising / Heike Klüver / Christine Mahoney / Daniel Naurin / Daniel Rasch / Patrycja Rozbick (2014): Identifying frames: A comparison of research methods. *Interest Groups & Advocacy*, 3 (2), 188-201.
- Bordogna, Lorenzo / Gian Primo Cella (2002): Decline or transformation? Change in industrial conflict and its challenges. *Transfer*, 8 (4), 585-607.
- Bormann, Sarah / Jenny Jungehülsing (2015): Einleitung: Transnationale Solidarität als Prozess denken. In: Sarah Bormann / Jenny Jungehülsing / Shuwen Bian / Martina Hartung / Florian Schubert (Hrsg.): *Last Call for Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften*. Hamburg: VSA, 15-39.
- Bosch, Gerhard (2018): The making of the German minimum wage: a case study of institutional change. *Industrial Relations Journal*, 49 (1), 19-33.
- Bouwen, Pieter (2002): Corporate lobbying in the European Union: the logic of access. *Journal of European Public Policy*, 9 (3), 365-390.
- Bouwen, Pieter (2004): Exchanging access goods for access: A comparative study of business lobbying in the European Union institutions. *European Journal of Political Research*, 43 (3), 337-369.
- Bouwen, Pieter (2009): The European Commission. In: David Coen / Jeremy Richardson (Hrsg.): *Lobbying the European Union: Institutions, Actors, and Issues*. Oxford / New York: Oxford University Press, 19-38.
- Brady, Henry E. / David Collier (Hrsg.) (2010): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*. Lanham: Rowman & Littlefield, 2. Auflage.
- Brenke, Karl / Alexander S. Kritikos (2017): Wählerstruktur im Wandel. *DIW-Wochenbericht*, 29.2017, 595-606.
- Brinkmann, Ulrich / Hae-Lin Choi / Richard Detje / Klaus Dörre / Hajo Holst / Serhat Karakayali / Catharina Schmalstieg (2008): *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung?* Wiesbaden: VS.
- Brüggemann, Michael (2014): Between Frame Setting and Frame Sending: How Journalists Contribute to News Frames. *Communication Theory*, 24 (1), 61-82.
- Bryson, Alex / Bernhard Ebbinghaus / Jelle Visser (2011): Introduction: Causes, consequences and cures of union decline. *European Journal of Industrial Relations*, 17 (2), 97-105.

- Bryson, Alex / Rafael Gomez / Tobias Kretschmer / Paul Willman (2014): What Accounts for the Union Member Advantage in Voter Turnout? Evidence from the European Union, 2002-2008. *Industrial Relations*, 69 (4), 732-765.
- Bürgin, Julika (2013): Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Krisenzeiten. In: David Salomon / Edgar Weiß (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2013: Krisendiskurse. Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 265-275.
- Bulmer, Simon (2014): Germany and the Eurozone Crisis: Between Hegemony and Domestic Politics. *West European Politics*, 37 (6), 1244-1263.
- Busemeyer, Marius / Christian Kellermann / Alexander Petring / Andrej Stuchlik (2008): Overstretching solidarity? Trade unions' national perspectives on the European economic and social model. *Transfer*, 14 (3), 435-452.
- Calmfors, Lars / John Driffill (1988): Bargaining Structure, Corporatism and Macroeconomic Performance. *Economic Policy*, 3 (6), 13-61.
- Cameron, David R. (2012): European Fiscal Responses to the Great Recession. In: Nancy Bermeo / Jonas Pontusson (Hrsg.): Coping with Crisis. Government Reactions to the Great Recession. New York: Russell Sage Foundation, 91-129.
- Carlin, Wendy / David Soskice (2009): German economic performance: disentangling the role of supply-side reforms, macroeconomic policy and coordinated economy institutions. *Socio-Economic Review*, 7 (1), 67-99.
- Child, John / Ray Loveridge / Malcolm Warner (1973): Towards an organizational study of trade unions. *Sociology*, 7 (1), 71-91.
- Cinalli, Manlio / Marco Giugni (2016): Collective Responses to the Economic Crisis in the Public Domain: Myth or Reality? *Politics & Policy*, 44 (3), 427-446.
- Cinalli, Manlio / Marco Giugni (2018): How did European Citizens Respond to the Great Recession? A Comparison of Claims Making in Nine European Countries, 2008-2014. In: Jochen Roose / Moritz Sommer / Franziska Scholl (Hrsg.): Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Protest, Resilienz und Kämpfe um Deutungshoheit. Wiesbaden: Springer VS, 19-42.
- Checchi, Daniele / Jelle Visser / Herman G. van de Werfhorst (2010): Inequality and Union Membership: The Influence of Relative Earnings and Inequality Attitudes. *British Journal of Industrial Relations*, 48 (1), 84-108.
- Chong, Dennis / James N. Druckman (2007a): Framing Theory. *Annual Review of Political Science*, 10, 103-126.
- Chong, Dennis / James N. Druckman (2007b): A Theory of Framing and Opinion Formation in Competitive Elite Environments. *Journal of Communication*, 57 (1), 99-118.
- Chong, Dennis / James N. Druckman (2013): Counterframing Effects. *The Journal of Politics*, 75 (1), 1-16.
- Clauwaert, Stefan / Isabelle Schönmann (2013): The Crisis and National Labour Law Reforms: A Mapping Exercise. *Transfer*, 19 (1), 121-124.
- Closa, Carlos / Aleksandra Maatsch (2014): In a Spirit of Solidarity? Justifying the European Financial Stability Facility (EFSF) in National Parliamentary Debates. *Journal of Common Market Studies*, 52 (4), 826-842.
- Coen, David (1997): The evolution of the large firm as a political actor in the European Union. *Journal of European Public Policy*, 4 (1): 91-108.

- Coen, David / Alexander Katsaitis (2013): Chameleon pluralism in the EU: an empirical study of the European Commission interest group density and diversity across policy domains. *Journal of European Public Policy*, 20 (8), 1104-1119.
- Collignon, Stefan (2013): Macroeconomic imbalances and competitiveness in the euro area. *Transfer*, 19 (1), 63-87.
- Copelovitch, Mark / Jeffrey Frieden / Stefanie Walter (2016): The Political Economy of the Euro Crisis. *Comparative Political Studies*, 49(7), 811-840.
- Crespy, Amandine / Vivien A. Schmidt (2014): The clash of Titans: France, Germany and the discursive double-game of EMU reform. *Journal of European Public Policy*, 21 (8), 1085-1101.
- Cristancho, Camilo (2015): A tale of two crises: contentious responses to austerity policy in Spain. In: Marco Giugni / Maria T. Grasso (Hrsg.): Austerity and protest. Popular contention in times of economic crisis. Farnham: Ashgate, 193-215.
- Crouch, Colin (1982): Trade Unions: The Logic of Collective Action. London: Fontana.
- Crouch, Colin (2017): Membership density and trade union power. *Transfer*, 23 (1), 47-61.
- Crum, Ben (2013): Saving the Euro at the Cost of Democracy? *Journal of Common Market Studies*, 51 (4), 614-630.
- Culpepper, Pepper D. / Aidan Regan (2014): Why don't governments need trade unions anymore? The death of social pacts in Ireland and Italy. *Socio-Economic Review*, 12 (4), 723-745.
- D'Art, Daryl / Thomas Turner (2007): Trade Unions and Political Participation in the European Union: Still Providing a Democratic Dividend? *British Journal of Industrial Relations*, 45 (1), 103-126.
- David Cross, Mai'a K. / Xinru Ma (2015): EU crises and integrational panic: the role of the media. *Journal of European Public Policy*, 22 (8), 1053-1070.
- de Grauwe, Paul / Ji, Yuemei (2012): Mispricing of Sovereign Risk and Macroeconomic Stability in the Eurozone. *Journal of Common Market Studies*, 50 (6), 866-880.
- de Grauwe, Paul / Ji, Yuemei (2013): From Panic-Driven Austerity to Symmetric Macroeconomic Policies in the Eurozone. *Journal of Common Market Studies*, 51 (S1), 31-41.
- de Wilde, Pieter (2011): No Polity for Old Politics? A Framework for Analyzing the Politicization of European Integration. *Journal for European Integration*, 33 (5), 559-575.
- de Wilde, Pieter (2013): Representative claims analysis: theory meets method. *Journal of European Public Policy*, 20 (2), 278-294.
- de Wilde, Pieter (2014): The Operating Logics of National Parliaments and Mass Media in the Politicisation of Europe. *The Journal of Legislative Studies*, 20 (1), 46-61.
- de Wilde, Pieter / Michael Zürn (2012): Can the Politicization of European Integration be Reversed? *Journal of Common Market Studies*, 50 (S1), 137-153.
- Décieux, Fabienne / Oliver Nachtwey (2014): Occupy: Protest in der Postdemokratie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 27 (1), 75-88.
- Degner, Hanno / Dirk Leuffen (2020): Crises and Responsiveness: Analysing German Preference Formation during the Eurozone Crisis. *Political Studies Review*, 18 (4), 491-506.

della Porta, Donatella (2012): Mobilizing against the crisis, mobilizing for “another democracy”: comparing two global waves of protest. *Interface*, 4 (1), 274-277.

della Porta, Donatella (2015): *Social Movements in Times of Austerity. Bringing Capitalism Back into Protest Analysis*. Cambridge: Polity Press.

della Porta, Donatella / Manuela Caiani (2009): *Social Movements and Europeanization*. Oxford/New York: Oxford University Press.

della Porta, Donatella / Louisa Parks (2018): Social movements, the European crisis, and EU political opportunities. *Comparative European Politics*, 16 (1), 85-102.

Degryse, Christophe / Maria Jepsen / Philippe Pochet (2014): A worrying prospect: towards a more imbalanced European social governance? In: David Natali (Hrsg.): *Social developments in the European Union 2013*. Brüssel: European Trade Union Institute.

Deppe, Frank (2005): Der Umbau des Sozialstaates in Europa und die Probleme der Gewerkschaften. In: Alexandra Baum-Ceisig / Anne Faber (Hrsg.): *Soziales Europa? Perspektiven des Wohlfahrtsstaates im Kontext von Europäisierung und Globalisierung*. Festschrift für Klaus Busch. Wiesbaden: Springer VS, 78-94.

Detje, Richard / Wolfgang Menz / Sarah Nies / Dieter Sauer (2011): *Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen*. Hamburg: VSA.

Diani, Mario (2012): Interest organizations in social movements: An empirical exploration. *Interest Groups & Advocacy*, 1(1), 26-47.

Diani, Mario (2018): Unions as social movements or unions in social movements? In: Grote, Jürgen R. / Claudius Wagemann (Hrsg.): *Social Movements and Organized Labour. Passions and Interests*. London / New York: Routledge, 43-65.

Diani, Mario / Maria Kousis (2014): The Duality of Claims and Events: The Greek Campaign Against the Troika's Memoranda and Austerity, 2010-2012. *Mobilization*, 19 (4), 387-404.

Dieke, Saskia / Hagen Lesch (2017): Gewerkschaftliche Mitgliederstrukturen im europäischen Vergleich. Ergebnisse des European Social Survey. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft, IW-Trends, 44 (3), 25-41, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/358017/IW-Trends_03_2017_Dieke_Lesch-Gewerkschaftliche_Mitgliederstrukturen.pdf [30.07.2021].

Diez, Thomas (1999): Speaking 'Europe': the politics of integration discourse. *Journal of European Public Policy*, 6 (4), 598-613.

Dittmar, Nele (2017): Europaarbeit der Gewerkschaft ver.di. Vorschlag einer feldtheoretischen Perspektive. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 42 (2), 183-193.

Dörre, Klaus (2011): Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation. In: Thomas Haipeter / Klaus Dörre (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*. Wiesbaden: VS, 267-301.

Dörre, Klaus / Sophie Bose / John Lütten / Jakob Köster (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie*, 28 (1-2), 55-89.

Dörre, Klaus / Thomas Goes / Stefan Schmalz / Marcel Thiel (2016): *Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West*. Frankfurt a. M. / New York: Campus.

Dörre, Klaus / Hajo Holst / Ingo Matuschek (2013): Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Subjektive Grenzen kapitalistischer Landnahmen. In: Klaus Dörre / Anja Happ / Ingo Matuschek (Hrsg.):

Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA, 198-262.

Dörre, Klaus / Hajo Holst / Ingo Matuschek (2014): Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Empirische Befunde aus einem Industriebetrieb. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 67 (7), 543-550.

Dribbusch, Heiner (2009): Streik-Bewegungen. Neue Entwicklungen im Arbeitskampf. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 22 (4), 56-66.

Dribbusch, Heiner (2011): Organisieren am Konflikt: Zum Verhältnis von Streik und Mitgliederentwicklung. In: Thomas Haipeter / Klaus Dörre (Hrsg.): Gewerkschaftliche Modernisierung. Wiesbaden: VS, 231-263.

Dribbusch, Heiner (2012): Sozialpartnerschaft und Konflikt: Gewerkschaftliche Krisenpolitik am Beispiel der deutschen Automobilindustrie. *Zeitschrift für Politik*, 59 (2), 123-143.

Dribbusch, Heiner (2014): Voraussetzungen internationaler Solidarität: Zur Diskussion um einen europäischen Generalstreik. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 67 (5), 337-344.

Dribbusch, Heiner (2015): Where is the European general strike? Understanding the challenges of trans-European trade union action against austerity. *Transfer*, 21 (2), 171-185.

Dribbusch, Heiner / Peter Birke (2014): Die DGB-Gewerkschaften seit der Krise. Entwicklungen, Herausforderungen, Strategien. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10716-22042015.pdf> [30.07.2021].

Dribbusch, Heiner / Peter Birke (2019): Gewerkschaften in Deutschland. Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/15308-20190418.pdf> [30.07.2021].

Dribbusch, Heiner / Steffen Lehndorff / Thorsen Schulten (2017): Two worlds of unionism? German manufacturing and service unions since the Great Recession. In: Steffen Lehndorff / Heiner Dribbusch / Thorsen Schulten (Hrsg.): Rough waters. European trade unions in a time of crises. Brüssel: European Trade Union Institute, 197-220.

Druckman, James N. (2004): Political Preference Formation: Competition, Deliberation, and the (Ir)relevance of Framing Effects. *American Political Science Review*, 98 (4), 671-686.

Dür, Andreas / Gemma Mateo (2012): Who lobbies the European Union? National interest groups in a multilevel polity. *Journal of European Public Policy*, 19 (7), 969-987.

Dür, Andreas / Gemma Mateo (2013): Gaining access or going public? Interest group strategies in five European countries. *European Journal of Political Research*, 52 (5), 660-686.

Dür, Andreas / Gemma Mateo (2016): Insiders versus Outsiders. Interest Group Politics in Multilevel Europe. Oxford / New York: Oxford University Press.

Dufour, Christian / Adelheid Hege (2010): The legitimacy of collective actors and trade union renewal. *Transfer*, 16 (3), 351-367.

Dufresne, Anne (2015): The trade union response to the European economic governance regime. Transnational mobilization and wage coordination. *Transfer*, 21 (2), 141-156.

Ebbinghaus, Bernhard (2002): Dinosaurier der Dienstleistungsgesellschaft? Der Mitgliederschwund deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIfG Working Paper 02/3.

Ebbinghaus, Bernhard (2003): Ever larger unions: organisational restructuring and its impact on union confederations. *Industrial Relations Journal*, 34 (5), 446-460.

Ebbinghaus, Bernhard (2006): Trade union movements in post-industrial welfare states. Opening up to new social interests? In: Klaus Armingeon / Giuliano Bonoli (Hrsg.): *The Politics of Post-Industrial Welfare States. Adapting post-war social policies to new social risks*. London / New York: Routledge, 123-143.

Ebbinghaus, Bernhard / Claudia Göbel (2014): Mitgliederrückgang und Organisationsstrategien deutscher Gewerkschaften. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*. Wiesbaden: Springer, 2. Auflage, 207-239.

Ebbinghaus, Bernhard / Claudia Göbel / Sebastian Koos (2011): Social capital, 'Ghent' and workplace contexts matter: Comparing union membership in Europe. *European Journal of Industrial Relations*, 17 (2), 107-124.

Edler, Dietmar / Alexander Eikelpasch (2013) : Die Industrie – ein wichtiger Treiber der Nachfrage nach Dienstleistungen. *DIW-Wochenbericht*, 80 (34), 16-23.

Eichhorst, Werner / Anke Hassel (2018): The German exception: welfare protectionism instead of re-trenchment. In: Sotiria Theodoropoulou (Hrsg.): *Labour Market Policies in the Era of Pervasive Austerity. A European Perspective*. Bristol: Bristol University Press / Policy Press, 115-141.

Eichhorst, Werner / Timo J. Weishaupt (2013): Mit Neokorporatismus durch die Krise? Die Rolle des sozialen Dialogs in Deutschland, Österreich und der Schweiz. *Zeitschrift für Sozialreform*, 59 (3), 313-335.

Ellguth, Peter (2018): Die betriebliche Mitbestimmung verliert an Boden. *IAB-Forum*, 24.05.2018. <https://www.iab-forum.de/die-betriebliche-mitbestimmung-verliert-an-boden/> [30.07.2021].

Emerson, Richard M. (1976): Social exchange theory. *Annual Review of Sociology*, 2, 335-362.

Enderlein, Henrik / Amy Verdun (2009): EMU's teenage challenge: what have we learned and can we predict from political science? *Journal of European Public Policy*, 16 (4), 490-507.

Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43 (4), 51-58.

Erne, Roland (2008): *European Unions. Labour's Quest for a Transnational Democracy*. Ithaca / London: ILR Press / Cornell University Press.

Erne, Roland (2015a): A supranational regime that nationalizes social conflict. Explaining European trade unions difficulties in politicizing European economic governance. *Labor History*, 56 (3), 345-368.

Erne, Roland (2015b): European Economic Governance. Auf dem Weg zu einer erzwungenen Integration nationaler Arbeitsbeziehungen? In: Susanne Pernicka (Hrsg.): *Horizontale Europäisierung im Feld der Arbeitsbeziehungen*. Wiesbaden: Springer VS, 183-200.

Eurofound (2014a): Changes to wage-setting mechanisms in the context of the crisis and the EU's new economic governance regime. Dublin: Eurofound.

Eurofound (2014b): Impact of the crisis on industrial relations and working conditions in Europe. Dublin: Eurofound.

Eurofound (2017): Coordination of collective bargaining, <https://www.eurofound.europa.eu/de/node/52022> [30.07.2021].

European Citizen Action Service (2013): Economic governance: public consultations during the crisis, <http://www.ecas.org/wp-content/uploads/2014/08/Economic-Governance-Public-Consultations-During-the-Crisis.pdf> [30.07.2021].

European Trade Union Institute (2019): Benchmarking Working Europe 2019. Brüssel: European Trade Union Institute.

Fabbrini, Sergio (2013): Intergovernmentalism and its limits: Assessing the European Union's Answer to the Euro Crisis. *Comparative Political Studies*, 46 (9), 1003-1029.

Fairbrother, Peter (2008): Social Movement Unionism or Trade Unions as Social Movements. *Employee Responsibilities and Rights Journal*, 20(3): 213-220.

Falkner, Gerda (2006): Collective participation in the European Union: the 'Euro corporatism' debate. In: Colin Crouch / Wolfgang Streeck (Hrsg.): *The Diversity of Democracy. Corporatism, Social Order and Political Conflict*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 223-242.

Fantasia, Rick (2001): The Myth of the Labor Movement. In: Judith R. Blau (Hrsg.): *The Blackwell Companion to Sociology*. Malden / Oxford / Carlton: Blackwell, 450-463.

Ferrera, Maurizio (2009): The JCMS Annual Lecture: National Welfare States and European Integration: In Search of a 'Virtuous Nesting'. *Journal of Common Market Studies*, 47 (2), 219-233.

Fitzenberger, Bernd / Karsten Kohn / Qingwei Wang (2011): The erosion of union membership in Germany: determinants, densities, decompositions. *Journal of Population Economics*, 24 (1), 141-165.

Flavin, Patrick (2018): Labor Union Strength and the Equality of Political Representation. *British Journal of Political Science*, 48 (4), 1075-1091.

Flavin, Patrick / Benjamin Radcliff (2011): Labor union membership and voting across nations. *Electoral Studies*, 30 (4), 633-641.

Flesher Fominaya, Cristina / Laurence Cox (2013): *Understanding European movements. New social movements, global justice struggles, anti-austerity protest*. London: Routledge.

Freeman, Richard B. / James L. Medoff (1979): The two faces of unionism. *The Public Interest*, 57, 69-93.

Frege, Carola / Edmund Heery / Lowell Turner (2004): The new solidarity? Trade union coalition-building in five countries. In: Carola Frege / John Kelly (Hrsg.): *Varieties of unionism. Strategies for union revitalization in a globalizing economy*. Oxford: Oxford University Press, 137-158.

Frege, Carola / John Kelly (Hrsg.) (2004): *Varieties of Unionism: Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy*. Oxford / New York: Oxford University Press.

Freire, André / Luis Cabrita / Mariana Carmo Duarte / Hugo Ferrinho Lopes (2017): Workers' EU political alignments during the Great Recession. *Transfer*, 23 (4), 1-22.

Furaker, Bengt / Mattias Bengtsson (2013): On the road to transnational cooperation? Results from a survey of European trade unions. *European Journal of Industrial Relations*, 19 (2), 161-177.

Furaker, Bengt / Kristina Loven Selden (2013): Trade union cooperation on statutory minimum wages? A study of European trade union positions. *Transfer*, 19 (4), 507-520.

- Furaker, Bengt / Kristina Loven Selden (2016): Patterns of speech activity at ETUC Executive Committee meetings, 2005-2012. *European Journal of Industrial Relations*, 22 (1), 57-71.
- Gahan, Peter / Andreas Pekarek (2013): Social Movement Theory, Collective Action Frames and Union Theory: A Critique and Extension. *British Journal of Industrial Relations*, 51 (4), 754-776,
- Gajewska, Katarzyna (2008): The Emergence of a European Labour Protest Movement? *European Journal of Industrial Relations*, 14 (1), 104-121.
- Gajewska, Katarzyna / Johanna Niesyto (2009): Organising campaigns as 'revitaliser' for trade unions? The example of the Lidl campaign. *Industrial Relations Journal*, 40 (2), 156-171.
- Gall, Gregor (2013): Quiescence continued? Recent strike activity in nine Western European economies. *Economic and Industrial Democracy*, 34 (4), 667-691.
- Gall, Gregor / Richard Hurd / Adrian Wilkinson (2011): Labour unionism and neo-liberalism. In: Gregor Gall / Adrian Wilkinson / Richard Hurd (Hrsg.): *The International Handbook of Labour Unions. Responses to Neo-Liberalism*. Cheltenham / Northampton: Edward Elgar, 1-12.
- Galpin, Charlotte (2017): *The Euro Crisis and European Identities. Political and Media Discourse in Germany, Ireland and Poland*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Galtung, Johan / Mari Holmboe Ruge (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. *Journal of Peace Research*, 2 (1), 64-91.
- Gamson, William A. / David S. Meyer (1996): Framing political opportunity. In: Doug McAdam / John D. McCarthy / Mayer N. Zald (Hrsg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge: Cambridge University Press, 275-290.
- Geary, John (2016): Economic crisis, austerity and trade union responses: The Irish case in comparative perspective. *European Journal of Industrial Relations*, 22 (2), 131-147.
- Genovese, Federica / Gerald Schneider / Pia Wassmann (2016): The Eurotower Strikes Back: Crises, Adjustment, and Europe's Austerity Protests. *Comparative Political Studies*, 49 (7), 939-967.
- George, Alexander L. / Andrew Bennett (2005): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Cambridge / London: MIT Press.
- Gerhards, Jürgen / Holger Lengfeld / Julia Häuberer (2016): Do European citizens support the idea of a European welfare state? Evidence from a comparative survey conducted in three EU member states. *International Sociology*, 31 (6), 677-700.
- Gerring, John (2004): What Is a Case Study and What Is It Good for? *American Political Science Review*, 98 (2), 341-354.
- Gerring, John (2017): *Case Study Research. Principles and Practices*. Cambridge: Cambridge University Press, 2. Auflage.
- Giugni, Marco G. / Maria T. Grasso (Hrsg.) (2015): *Austerity and Protest. Popular Contention in Times of Economic Crisis*. Farnham, Surrey: Ashgate.
- Giugni, Marco G. / Maria T. Grasso (2016): How Civil Society Actors Responded to the Economic Crisis: The Interaction of Material Deprivation and Perceptions of Political Opportunity Structures. *Politics & Policy*, 44 (3), 447-472.
- Glassner, Vera / Toralf Pusch (2013): Towards a Europeanization of wage bargaining? Evidence from the metal sector. *European Journal of Industrial Relations*, 19(2), 145-160.

Gocaj, Ledina / Sophie Meunier (2013): Time Will Tell: The EFSF, the ESM, and the Euro Crisis. *Journal of European Integration*, 35 (3), 239-253.

Goerke, Laszlo / Markus Pannenberg (2004): Norm-Based Trade Union Membership: Evidence for Germany. *German Economic Review*, 5 (4), 481-504.

Goertz, Gary / James Mahoney (2012): A Tale of Two Cultures. Qualitative and Quantitative Research in the Social Sciences. Princeton / Oxford: Princeton University Press.

Gourevitch, Peter / Andrew Martin / George Ross / Christopher Allen / Stephen Bornstein / Andrei Markovits (1984): Unions and Economic Crisis: Britain, West Germany and Sweden. London: George Allen & Unwin.

Greenwood, Justin (2003): Interest Representation in the European Union. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan.

Groseclose, Tim / Jeffrey Milyo (2005): A Measure of Media Bias. *Quarterly Journal of Economics*, 120 (4), 1191-1237.

Grozelier, Anne-Marie / Björn Hacker / Wolfgang Kowalsky / Jan Machnig / Henning Meyer / Brigitte Unger (Hrsg.) (2013): Roadmap to a Social Europe. Falkensee: Social Europe Publishing.

Gumbrell-McCormick, Rebecca / Richard Hyman (2013): Trade Unions in Western Europe. Hard Times, Hard Choices. Oxford: Oxford University Press.

Gumbrell-McCormick, Rebecca / Richard Hyman (2015): International trade union solidarity and the impact of the crisis. Stockholm: Swedish Institute for European Policy Studies, European Policy Analysis 2015 (1).

Gumbrell-McCormick, Rebecca / Richard Hyman (2019): Democracy in trade unions, democracy through trade unions? *Economic and Industrial Democracy*, 40 (1), 91-110.

Hacker, Björn / Cedric M. Koch (2016): Was wird aus der Eurozone. Eine Landkarte der Interessenkonflikte zur Reform der Währungsunion. *IMK Studies* (52), https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_52_2016.pdf [30.07.2021].

Haipeter, Thomas (2010): Kontrollierte Dezentralisierung? Abweichende Tarifvereinbarungen in der Metall- und Elektroindustrie. *Industrielle Beziehungen*, 16 (3), 232-253.

Haipeter, Thomas (2012): Sozialpartnerschaft in und nach der Krise: Entwicklungen und Perspektiven. *Industrielle Beziehungen / The German Journal of Industrial Relations*, 19 (4), 387-411.

Hall, Peter A. (2014): Varieties of Capitalism and the Euro Crisis. *West European Politics*, 37 (6), 1223-1243.

Hall, Peter A. / David Soskice (Hrsg.) (2001): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press.

Hamann, Kerstin / Alison Johnston / John Kelly (2012): Unions Against Governments: Explaining General Strikes in Western Europe, 1980–2006. *Comparative Political Studies*, 46 (9), 1030-1057.

Hancké, Bob (2013a): Unions, Central Banks, and EMU. Oxford / New York: Oxford University Press.

Hancké, Bob (2013b): The missing link. Labour unions, central banks and monetary integration in Europe. *Transfer*, 19 (1), 89-101.

- Hancké, Bob / Martin Rhodes (2005): EMU and Labor Market Institutions in Europe. The Rise and Fall of National Social Pacts. *Work and Occupations*, 32 (2), 196-228.
- Hardy, Jane (2015): Explaining 'varieties of solidarity': labour mobility and trade unions in an enlarged Europe. *Transfer*, 21 (2), 187-200.
- Hartmann, Heinz / Christoph Lau (1980): Trade Union Confederations: A Comparative Study of Identity and Strategy. *International Studies Quarterly*, 24 (3), 365-391.
- Hassel, Anke (2014): The Paradox of Liberalization – Understanding Dualism and the Recovery of the German Political Economy. *British Journal of Industrial Relations*, 52 (1), 57-81.
- Haunss, Sebastian / Falk Lenke / Henning Schmidtke / Steffen Schneider (2015): Finanzkrise ohne Legitimationskrise? Kapitalismuskritik in der deutschen Qualitätspresse. In: Maria Dammayr / Doris Graß / Barbara Rothmüller (Hrsg.): Legitimität. Gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Bruchlinien der Rechtfertigung. Bielefeld: transcript, 73-94.
- Hay, Colin / Ben Rosamond (2002): Globalization, European integration and the discursive construction of economic imperatives. *Journal of European Public Policy*, 9 (2), 147-167.
- Hayes-Renshaw, Fiona (2009): Least Accessible but not Inaccessible: Lobbying the Council and the European Council. In: David Coen / Jeremy Richardson (Hrsg.): Lobbying the European Union: Institutions, Actors, and Issues. Oxford / New York: Oxford University Press, 70-88.
- Hayo, Bernd / Florian Neumeier (2016): The debt brake in the eyes of the German population. *International Economics and Economic Policy*, 13 (1), 139-159.
- Henning, Klaus (2013): Europäische Integration und Gewerkschaften. Der EMB zwischen Interessenvertretung und transnationaler Solidarität. Wiesbaden: Springer VS.
- Heery, Edmund / Hazel Conley (2007): Frame Extension in a Mature Social Movement: British Trade Unions and Part-time Work, 1967–2002. *Journal of Industrial Relations*, 49 (1), 5-29.
- Heindl, Andreas (2015a): Diskursanalyse. In: Achim Hildebrandt / Sebastian Jäckle / Frieder Wolf / Andreas Heindl: Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, 257-298.
- Heindl, Andreas (2015b): Inhaltsanalyse. In: Achim Hildebrandt / Sebastian Jäckle / Frieder Wolf / Andreas Heindl: Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, 299-333.
- Helbling, Marc / Dominik Hoeglenger / Bruno Wüest (2010): How political parties frame European integration. *European Journal of Political Research*, 49 (4), 496-521.
- Heinisch, Reinhard (2000): Coping with economic integration: Corporatist strategies in Germany and Austria in the 1990s. *West European Politics*, 23 (3), 67-96.
- Helfen, Markus / Manuel Nicklich (2013): Zwischen institutioneller Kontinuität und De-Institutionalisierung – Industrielle Dienstleistungen als Parallelwelt überbetrieblicher Arbeitsbeziehungen. *Berliner Journal für Soziologie*, 23 (3-4), 471-491.
- Hernández, Enrique / Hanspeter Kriesi (2016): The electoral consequences of the financial and economic crisis in Europe. *European Journal of Political Research*, 55 (2), 203-224.
- Hicks, Alexander (1999): Social Democracy and Welfare Capitalism. Ithaca: Cornell University Press.

- Hicks, Alexander / Lane Kenworthy (1998): Cooperation and Political Economic Performance in Affluent Democratic Capitalism. *American Journal of Sociology*, 103 (6), 1631-1672.
- Hobolt, Sara B. (2014): Public Attitudes towards the Euro Crisis. In: Olaf Cramme / Sara B. Hobolt (Hrsg.): *Democratic Politics in a European Union Under Stress*. Oxford: Oxford University Press, 48-66.
- Hobolt, Sara B. / James Tilley (2016): Fleeing the centre: The rise of challenger parties in the aftermath of the euro crisis. *West European Politics*, 39 (5), 971-991.
- Hodson, Dermot (2010): The EU Economy: The Eurozone in 2009. *Journal of Common Market Studies*, 48 (S1), 225-242.
- Hodson, Dermot (2013): The Little Engine that Wouldn't: Supranational Entrepreneurship and the Barroso Commission. *Journal of European Integration*, 35 (3), 301-314.
- Höpner, Martin (2015): Europa neu begründen: Weder Austerität noch Abwertung? *Wirtschaftsdienst*, 95 (4), 239-242.
- Höpner, Martin (2016): Das Soziale Fortschrittsprotokoll des Europäischen Gewerkschaftsbundes: ein Vorschlag zur Weiterentwicklung. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 69 (4), 245-253.
- Höpner, Martin (2019): The coordination paradox: A comparative political economy perspective on transnational wage coordination. In: Johannes M. Kiess / Martin Seeliger (Hrsg.): *Trade Unions and European Integration. A Question of Optimism and Pessimism?* Abingdon / New York: Routledge, 94-99.
- Höpner, Martin / Mark Lutter (2018): The diversity of wage regimes: why the Eurozone is too heterogeneous for the Euro. *European Political Science Review*, 10 (1), 71-96.
- Höpner, Martin / Martin Seeliger (2019): Neither existing nor emerging: euro stabilization by means of European wage coordination. *Journal of Economic Policy Reform*, online first, doi: 10.1080/17487870.2019.1637587.
- Höpner, Martin / Alexander Spielau (2018): Better Than the Euro? The European Monetary System (1979-1998). *New Political Economy*, 23 (2), 160-173.
- Hoffmann, Jürgen (2010): Perspektiven der europäischen Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften zwischen Modernisierung, Europäisierung und Globalisierung. *Leviathan*, 38 (1), 89-102.
- Hofmann, Julia (2015): Grenzüberschreitende gewerkschaftliche Antworten auf die Krise: In: Susanne Pernicka (Hrsg.): *Horizontale Europäisierung im Feld der Arbeitsbeziehungen*. Wiesbaden: Springer VS, 201-228.
- Hofmann, Julia (2018): Chancen und Grenzen europaweiter Mobilisierungen. Die Krisenproteste aus der Perspektive von Gewerkschaften zweier wenig betroffener Länder. In: Jochen Roose / Moritz Sommer / Franziska Scholl (Hrsg.): *Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Protest, Resilienz und Kämpfe um Deutungshoheit*. Wiesbaden: Springer VS, 141-162.
- Holst, Hajo (2014): 'Commodifying institutions': vertical disintegration and institutional change in German labour relations. *Work, Employment and Society*, 28(1), 3-20.
- Holst, Hajo / Oliver Nachtwey / Klaus Dörre (2009): Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen. Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 61, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH61_Leiharbeit_Doerre_2009_08_28.pdf [30.07.2021].

- Hooghe, Liesbet / Gary Marks (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. *British Journal of Political Science*, 39 (1), 1-23.
- Horn, Sebastian / Josefin Meyer / Christoph Trebesch (2020): Coronabonds: The forgotten history of European Community debt. VoxEU, 15.04.2020, <https://voxeu.org/article/long-run-view-coronabonds-debate> [22.06.2021].
- Howarth, David / Charlotte Rommerskirchen (2013): A Panacea for all Times? The German Stability Culture as Strategic Political Resource. *West European Politics*, 36 (4), 750-770.
- Huber, Evelyn / John D. Stephens (2001): Development and Crisis of the Welfare State: Parties and Policies in Global Markets. Chicago: University of Chicago Press.
- Hunt, Scott A. / Robert D. Benford (2004): Collective Identity, Solidarity, and Commitment. In: David A. Snow / Sarah A. Soule / Hanspeter Kriesi (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden / Oxford / Carlton: Blackwell, 433-457.
- Hyman, Richard (2001): Understanding European trade unionism: Between market, class and society. London / Thousand Oaks: Sage.
- Hyman, Richard (2002): Where Does Solidarity End? *Eurozine*, <https://www.eurozine.com/where-does-solidarity-end/> [7.03.2019].
- Hyman, Richard (2005): Trade Unions and the Politics of the European Social Model. *Economic and Industrial Democracy*, 26 (1), 9-40.
- Hyman, Richard (2007): How can trade unions act strategically? *Transfer*, 13 (2), 193-210.
- Hyman, Richard (2010): Trade Unions and "Europe": Are the Members Out of Step? *Relations Industrielles/Industrial Relations*, 65 (1), 3-29.
- Inglehart, Ronald F. (2008): Changing Values among Western Publics from 1970 to 2006. *West European Politics*, 31 (1), 130-146.
- Ioannou, Demosthenes / Patrick Leblond / Arne Niemann (2015): European integration and the crisis: practice and theory. *Journal of European Public Policy*, 22 (2), 155-176.
- Ioannou, Demosthenes / Livio Stracca (2014): Have the euro area and EU governance worked? Just the facts. *European Journal of Political Economy*, 34, 1-17.
- Iversen, Torben / David Soskice (2013): Biased Democracies: The Social and Economic Logic of Interest-Based Voting. Harvard University: Working Paper, http://www.people.fas.harvard.edu/~iversen/PDFfiles/IversenSoskice2013_knowledge.pdf [30.07.2021].
- Iversen, Torben / David Soskice (2015): Information, Inequality, and Mass Polarization: Ideology in Advanced Democracies. *Comparative Political Studies*, 48 (13), 1781-1813.
- Jabko, Nicolas (2006): Playing the Market: A Political Strategy for Uniting Europe, 1985-2005. Ithaca / London: Cornell University Press.
- Jeanrond, Hanna (2014): Gewerkschaften und soziale Sicherung. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. Wiesbaden: Springer, 2. Auflage, 465-484.
- Johnston, Alison (2012): European Economic and Monetary Union's perverse effects on sectoral wage inflation: Negative feedback effects from institutional change? *European Union Politics*, 13 (3), 345-366.

- Johnston, Alison / Bob Hancké (2009): Wage inflation and labour unions in EMU. *Journal of European Public Policy*, 16 (4), 601-622.
- Johnston, Alison / Aidan Regan (2016): European Monetary Integration and the Incompatibility of National Varieties of Capitalism. *Journal of Common Market Studies*, 54 (2), 318-336.
- Johnston, Alison / Aidan Regan (2018): Introduction: Is the European Union Capable of Integrating Diverse Models of Capitalism? *New Political Economy*, 23 (2), 145-159.
- Josselin, Daphne (2001): Trade unions for EMU: Sectoral preferences and political opportunities. *West European Politics*, 24 (1), 55-74.
- Jost, Pablo / Christina Köhler (2018): Who shapes the news? Analyzing journalists' and organizational interests as competing influences on biased coverage. *Journalism*, online first, doi: 10.1177/1464884918788270.
- Kahmann, Marcus (2010): Fusionen als Mittel gewerkschaftlicher Erneuerung? Das Beispiel ver.di. In: Samuel Greef / Viktoria Kalass / Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Gewerkschaften und die Politik der Erneuerung – Und sie bewegen sich doch. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 77-95.
- Kahneman, Daniel / Amos Tversky (1984): Choices, Values, and Frames. *American Psychologist*, 39 (4), 341-350.
- Kalina, Thorsten / Claudia Weinkopf (2018): Niedriglohnbeschäftigung 2016 – beachtliche Lohnzuwächse im unteren Lohnsegment, aber weiterhin hoher Anteil von Beschäftigten mit Niedriglöhnen. *IAQ-Report*, 2018/06.
- Karanikolos, Marina / Philipa Mladovsky / Jonathan Cylus / Sarah Thomson / Sanjay Basu / David Stuckler / Johan P. Mackenbach / Martin McKee (2013): Financial crisis, health, and austerity in Europa. *The Lancet*, 381 (9874), 1323-1331.
- Katzenstein, Peter J. (1987): Policy and politics in West Germany: The growth of a semi-sovereign state. Philadelphia: Temple University Press.
- Keller, Berndt (2005): Union Formation through Merger: The Case of Ver.di in Germany. *British Journal of Industrial Relations*, 43 (2), 209-232.
- Keller, Berndt (2007): Ver.di – quo vadis? Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 60 (9), 467-474.
- Keller, Berndt (2014): The continuation of early austerity measures: the special case of Germany. *Transfer*, 20 (3), 387-402.
- Keller, Berndt (2018): The rise of professional unions in Germany. Challenge and threat for established industrial relations? *Industrial Relations Journal*, 49 (3), 278-294.
- Keller, Berndt / Hartmut Seifert (2013): Atypical employment in Germany. Forms, development, patterns. *Transfer*, 19 (4), 457-474.
- Kelly, John (1997): The future of trade unionism: injustice, identity and attribution. *Employee Relations*, 19 (5), 400- 414.
- Kern, Anna / Sofie Marien / Marc Hooghe (2015): Economic Crisis and Levels of Political Participation in Europe (2002–2010): The Role of Resources and Grievances. *West European Politics*, 38 (3), 465-490.
- Kietz, Daniela (2013): Politisierung trotz Parteienkonsens: Bundestag, Bundesrat und die Euro-Krise. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Kiess, Johannes (2019): Die soziale Konstruktion der Krise. Wandel der deutschen Sozialpartnerschaft aus der Framing-Perspektive. Weinheim: Beltz Juventa.

Kim, Sung Eun / Yotam Margalit (2017): Informed Preferences? The Impact of Unions on Workers' Policy Views. *American Journal of Political Science*, 61 (3), 728-743.

Kinderman, Daniel (2005): Pressure from without, Subversion from within: The Two-Pronged German Employer Offensive. *Comparative European Politics*, 3 (4), 432-463.

King, Gary / Robert O. Keohane / Sidney Verba (1994): Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research. Princeton: Princeton University Press.

Kirsch, Anja / Sabine Blaschke (2014): Women's quotas and their effects: A comparison of Austrian and German trade unions. *European Journal of Industrial Relations*, 20 (3), 201-217.

Kitschelt, Herbert P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science*, 16 (1), 57-85.

Kitschelt, Herbert / Philipp Rehm (2014): Occupations as a Site of Political Preference Formation. *Comparative Political Studies*, 47(12), 1670-1706.

Klandermans, Bert (1986): Psychology and trade union participation: Joining, acting, quitting. *Journal of Occupational Psychology*, 59 (3), 189-204.

Klandermans, Bert (2004): The Demand and Supply of Participation: Social-Psychological Correlates of Participation in Social Movements. In: David A. Snow / Sarah A. Soule / Hanspeter Kriesi (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden / Oxford / Carlton: Blackwell, 360-379.

Klandermans, Bert / Sjoerd Goslinga (1996): Media discourse, movement publicity, and the generation of collective action frames: Theoretical and empirical exercises in meaning construction. In: Doug McAdam / John D. McCarthy / Mayer N. Zald (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge: Cambridge University Press, 312-337.

Klüver, Heike (2011): The contextual nature of lobbying: Explaining lobbying success in the European Union. *European Union Politics*, 12 (4), 483-506.

Klüver, Heike (2012): Informational Lobbying in the European Union: The Effect of Organisational Characteristics. *West European Politics*, 35 (3), 491-510.

Klüver, Heike / Christine Mahoney / Marc Opper (2015): Framing in context: how interest groups employ framing to lobby the European Commission. *Journal of European Public Policy*, 22 (4), 481-498.

Köcher, Renate (2003): Machtprobe. Die Kritik am Kurs der Gewerkschaften wächst, das Zutrauen sinkt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.04.2003, 5.

Köhler, Christina / Pablo Jost (2017): Tarifkonflikte in den Medien. Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe? Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 89, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2017/tarifkonflikte-in-den-medien/> [30.07.2021].

Köhler, Holm Detlev / José Pablo Calleja Jiménez (2017): Spain: a peripheral economy and a vulnerable trade union movement. In: Lehndorff, Steffen / Heiner Dribbusch / Thorsten Schulten (Hrsg.): Rough waters. European trade unions in a time of crisis. Brüssel: European Trade Union Institute, 61-81.

Kohaut, Susanne (2018): Tarifbindung – der Abwärtstrend hält an. *IAB-Forum*, 24.05.2018, <https://www.iab-forum.de/tarifbindung-der-abwaertstrend-haelt-an/> [30.07.2021].

- Kohler-Koch, Beate / David A. Friedrich (2020): Business Interest in the EU: Integration without Supranationalism? *Journal of Common Market Studies*, 58 (2), 455-471.
- Kollmann, Robert / Marco Ratto / Werner Roeger / Jan in 't Veld / Lukas Vogel (2015): What drives the German current account? And how does it affect other EU Member States? *Economic Policy*, 30 (81), 47-93.
- Koopmans, Ruud (2004): Movements and Media: Selection Processes and Evolutionary Dynamics in the Public Sphere. *Theory and Society*, 33 (3-4), 367-391.
- Koopmans, Ruud (2007): Who inhabits the European public sphere? Winners and losers, supporters and opponents in Europeanised political debates. *European Journal of Political Research*, 46 (2), 183-210.
- Koopmans, Ruud / Paul Statham (1999): Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy. In: Marco Giugni / Doug McAdam / Charles Tilly (Hrsg.): *How Social Movements Matter*. Minneapolis / London: University of Minnesota Press, 225-251.
- Kowalsky, Wolfgang (2011): Unions for a change of course in Europe Unions and Europe – an imminent parting of the ways? In: Wolfgang Kowalsky / Peter Scherrer (Hrsg.): *Trade unions for a change of course in Europe. The end of a cosy relationship*. Brüssel: European Trade Union Institute, 85-194.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kriesi, Hanspeter (2004): Political Context and Opportunity. In: David A. Snow / Sarah A. Soule / Hanspeter Kriesi (Hrsg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Malden / Oxford / Carlton: Blackwell, 67-90.
- Kriesi, Hanspeter (2014): The Political Consequences of the Economic Crisis in Europe. In: Larry M. Bartels / Nancy Bermeo (Hrsg.): *Mass Politics in Tough Times. Opinions, Votes and Protest in the Great Recession*. Oxford / New York: Oxford University Press, 297-330.
- Kriesi, Hanspeter / Edgar Grande (2014): The Europeanization of National Political Debates. In: Olaf Cramme / Sara B. Hobolt (Hrsg.): *Democratic Politics in a European Union Under Stress*. Oxford: Oxford University Press, 67-86.
- Kriesi, Hanspeter / Anke Tresch / Margit Jochum (2007): Going Public in the European Union. Action Repertoires of Western European Collective Political Actors. *Comparative Political Studies*, 40 (1), 48-73.
- Kühne, Kai (2011): Mitbestimmung und Massenmedien: Zeitungen als politische Akteure im deutschen Mitbestimmungsdiskurs. *Industrielle Beziehungen*, 18 (4), 241-261.
- Kurbjuweit, Dirk (2014): *Alternativlos. Merkel, die Deutschen und das Ende der Politik*. München: Hanser.
- Lahusen, Christian / Maria Grasso (2018): Solidarity in Europe: A Comparative Assessment and Discussion. In: Christian Lahusen / Maria T. Grasso (Hrsg.): *Solidarity in Europe. Citizens' Responses in Times of Crisis*. Cham: Palgrave Macmillan, 253-281.
- Lahusen, Christian / Maria Kousis / Johannes Kiess / Maria Paschou (2016): Political Claims and Discourse Formations: A Comparative Account on Germany and Greece in the Eurozone Crisis. *Politics & Policy*, 44 (3), 525-552.
- Larsson, Bengt (2014): Transnational trade union action in Europe – the significance of national and sectoral industrial relations. *European Societies*, 16 (3), 378-400.
- Larsson, Bengt (2015): Trade Union Channels for Influencing European Union Policies. *Nordic Journal of Working Life Studies*, 5 (3), 101-121.

- Larsson, Bengt / Anton Törnberg (2019): Sectoral networks of transnational trade union cooperation in Europe. *Economic and Industrial Democracy*, online first, doi: 10.1177/0143831X19853871.
- Lehndorff, Steffen (2015): Acting in different worlds. Challenges to transnational trade union cooperation in the eurozone crisis. *Transfer*, 21 (2), 157-170.
- Lehndorff, Steffen / Heiner Dribbusch / Thorsten Schulten (Hrsg.) (2017): Rough waters. European trade unions in a time of crisis. Brüssel: European Trade Union Institute.
- Leifeld, Philip (2013): Reconceptualizing Major Policy Change in the Advocacy Coalition Framework: A Discourse Network Analysis of German Pension Politics. *Policy Studies Journal*, 41 (1), 169-198.
- Leiren, Merethe Dotterud / Louisa Parks (2014): When trade unions succeed: Cases of blocked liberalisation in the common market. *European Journal of Political Research*, 53 (3), 465-479.
- Lengfeld, Holger / Martin Kroh (2016): Solidarität mit in Not geratenen Ländern der Europäischen Union: Ergebnisse einer Befragung des Sozio-oekonomischen Panels 2015. *DIW-Wochenbericht*, 39.2016, 871-878.
- Lesch, Hagen (2016): Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – Tarifpolitische Entwicklungen und Herausforderungen. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft, IW-Trends, 43 (4), 23-39, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/316972/IW-Trends_2016-04-03_Gewerkschaft_Verdi.pdf [29.05.2020].
- Lévesque, Christian / Gregor Murray / Stéphane Le Queux (2005): Union Disaffection and Social Identity Democracy as a Source of Union Revitalization. *Work and Occupations*, 32 (4), 400-422.
- Lévesque, Christian / Gregor Murray (2010): Understanding union power: resources and capabilities for renewing union capacity. *Transfer*, 16 (3), 333-350.
- Lévesque, Christian / Gregor Murray (2013): Renewing Union Narrative Resources: How Union Capabilities Make a Difference. *British Journal of Industrial Relations*, 51 (4), 777-796.
- Levi, Margaret (2005): Inducing Preferences within Organizations: The Case of Unions. In: Ira Katznelson/Barry R. Weingast (Hrsg.): Preferences and Situations: Points of Intersection between Historical and Rational Choice Institutionalism. New York: Russell Sage, 219-246.
- Lipset, Seymour Martin / Martin A. Trow / James Coleman (1956): Union Democracy. The international politics of the International Typographical Union. Glencoe, Illinois: Free Press.
- López López, Julia (2013): Solidarity and the resocialisation of risk: analysing ETUC strategies to face the crisis. In: Nicola Countouris / Mark Freedland (Hrsg.): Resocialising Europe in a Time of Crisis. Cambridge: Cambridge University Press, 353-372.
- Maatsch, Aleksandra (2014): Are we all austerians now? An analysis of national parliamentary parties' positioning on anti-crisis measures in the eurozone. *Journal of European Public Policy*, 21(1), 96-115.
- Maes, Ivo (2004): On the Origins of the Franco-German EMU Controversies. *European Journal of Law and Economics*, 17 (1), 21-39.
- Magalhaes, Pedro C. (2014): Introduction – Financial Crisis, Austerity, and Electoral Politics. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 24 (2), 125-133.
- Maloney, William A. / Grant Jordan / Andrew M. McLaughlin (1994): Interest Groups and Public Policy: The Insider/Outsider Model Revisited. *Journal of Public Policy*, 14 (1), 17-38.

Marginson, Paul (2015): Coordinated bargaining in Europe: from incremental corrosion to frontal assault? *European Journal of Industrial Relations*, 21 (2), 97-114.

Markovits, Andrei S. / Christopher S. Allen (1984): Trade Unions and the Economic Crisis: The West German Case. In: Peter Gourevitch / Andrew Martin / George Ross / Christopher Allen / Stephen Bornstein / Andrei Markovits (Hrsg.): Unions and Economic Crisis: Britain, West Germany and Sweden. London: George Allen & Unwin, 89-188.

Marks, Gary / Doug McAdam (1996): Social movements and the changing structure of political opportunity in the European Union. *West European Politics*, 19 (2), 249-278.

Marks, Gary / Doug McAdam (1999): On the relationship of political opportunities to the form of collective action: The case of the European Union. In: Donatella Della Porta / Hanspeter Kriesi / Dieter Rucht (Hrsg.): Social movements in a globalizing world. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 97-111.

Martin, Andrew / George Ross (2001): Trade Union Organizing at the European Level: The Dilemma of Borrowed Resources. In: Doug Imig / Sidney Tarrow (Hrsg.): Contentious Europeans. Lanham: Rowman and Littlefield, 53-76.

Marx, Paul / Peter Starke (2017): Dualization as Destiny? The Political Economy of the German Minimum Wage Reform. *Politics & Society*, 45 (4), 559-584.

Matthes, Jörg (2009): What's in a Frame? A Content Analysis of Media Framing Studies in the World's Leading Communication Journals. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 86 (2), 349-367.

Matthijs, Matthias (2014): Mediterranean Blues: The Crisis in Southern Europe. *Journal of Democracy*, 25 (1), 101-115.

Matthijs, Matthias (2016): Powerful rules governing the euro: the perverse logic of German ideas. *Journal of European Public Policy*, 23 (3), 375-391.

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Beltz, 12. Auflage.

McAdam, Doug / Sidney Tarrow / Charles Tilly (2001): Dynamics of Contention. Cambridge / New York: Cambridge University Press.

McCarthy, John D. / Mayer N. Zald (1977): Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. *American Journal of Sociology*, 82 (6), 1212-1241.

McNamara, Kathleen R. (1998): The Currency of Ideas. Monetary Politics in the European Union. Ithaca / London: Cornell University Press.

Meardi, Guglielmo (2012): Union Immobility? Trade Unions and the Freedoms of Movement in the Enlarged EU. *British Journal of Industrial Relations*, 50 (1), 99-120.

Menz, Wolfgang / Richard Detje / Sarah Nies / Dieter Sauer (2013): Verriegelte Verhältnisse – Solidarität und interessenpolitische Handlungsorientierungen unter Krisenbedingungen. In: Lucie Billmann / Josef Held (Hrsg.): Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis. Wiesbaden: Springer VS, 31-52.

Meyer, David S. / Debra C. Minkoff (2004): Conceptualizing Political Opportunity. *Social Forces*, 82 (4), 1457-1492.

Michels, Robert (1989) [1911]: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Stuttgart: Kröner, 4. Auflage.

- Mittag, Jürgen (2017): Flexible adaptation between political, social and economic interests: the multi-faceted Europeanisation of German trade unions. In: Andrea Ciampani / Pierre Tilly (Hrsg.): National trade unions and the ETUC: A history of unity and diversity. Brüssel: European Trade Union Institute, 19-44.
- Möller, Joachim (2010): The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, 42 (4), 325-336.
- Molina, Oscar / Martin Rhodes (2002): Corporatism: The Past, Present, and Future of a Concept. *Annual Review of Political Science*, 5, 305-331.
- Monza, Sabina / Eva Anduiza (2016): The Visibility of the EU in the National Public Spheres in Times of Crisis and Austerity. *Politics & Policy*, 44 (3), 499-524.
- Mosimann, Nadja / Jonas Pontusson (2017): Solidaristic unionism and support for redistribution in contemporary Europe. *World Politics*, 69 (3), 449-492.
- Mosimann, Nadia / Line Rennwald / Adrian Zimmermann (2019): The radical right, the labour movement and the competition for the workers' vote. *Economic and Industrial Democracy*, 40 (1), 65-90.
- Mudde, Cas (2016): Europe's Populist Surge. A Long Time in the Making. *Foreign Affairs*, 95 (6), 25-30.
- Müller, Hans-Peter (2001): Über die Mühen der Profilfindung einer Dienstleistungsgewerkschaft: zur Entstehungsgeschichte der Multibranchengewerkschaft "Ver.di" im Spannungsfeld von Organisationskonflikten und Programmsuche. *Industrielle Beziehungen*, 8 (1), 108-137.
- Müller-Jentsch, Walther (1985): Trade Unions as Intermediary Organizations. *Economic and Industrial Democracy*, 6 (1), 3-33.
- Müller-Jentsch, Walther (Hrsg.) (1993): Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen. München / Mering: Hampp.
- Mullis, Daniel (2016): Blockupy in Frankfurt 2012-2015. „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“. Analyse – Bewertung – Perspektiven. Frankfurt a. M.: Goethe-Universität, Institut für Humangeographie, Working Paper Nr. 1.
- Mullis, Daniel / Bernd Belina / Tino Petzold / Lucas Pohl / Sebastian Schipper (2016): Social protest and its policing in the "heart of the European crisis regime": The case of Blockupy in Frankfurt, Germany. *Political Geography*, 55 (1), 50-59.
- Murray, Gregor (2017): Union renewal: what can we learn from three decades of research? *Transfer*, 23 (1), 9-29.
- Myant, Martin / Agnieszka Piasna (2014): Why have some countries become more unemployed than others? An investigation of changes in unemployment in EU member states since 2008. Brüssel: European Trade Union Institute, Working Paper 2014.07.
- Nachtwey, Oliver (2014): Transnationale Protestbewegungen in der Abstiegsgesellschaft – die Occupy-Proteste in Deutschland. Jena: DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Working Paper 4/2014.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Nassauer, Anne / Helmut K. Anheier (2015): The 'Swarm Intelligence' and Occupy: Recent Subterranean Politics in Germany. In: Mary Kaldor / Sabine Selchow (Hrsg.): Subterranean Politics in Europe. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan, 94-118.

- Nowak, Jörg / Alexander Gallas (2014): Mass Strikes Against Austerity in Western Europe – A Strategic Assessment. *Global Labour Journal*, 5 (3), 306-321.
- O'Reilly, Jacqueline / Werner Eichhorst / András Gábos / Kari Hadjivassiliou / David Lain / Janine Leschke / Seamus McGuinness / Lucia Mýtna Kureková / Tiziana Nazio / Renate Ortlieb / Helen Russell / Paola Villa (2015): Five Characteristics of Youth Unemployment in Europe: Flexibility, education, migration, family legacies and EU policy. *SAGE Open*, 5(1), 1-19.
- Oehmer, Franziska (2017): It's the communication that matters, too! Determinants of interest groups' media exposure in German newspapers. *Interest Groups & Advocacy*, 6 (2), 179-194.
- Offe, Claus / Helmut Wiesenthal (1980): Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form. *Political Power and Social Theory*, 1, 67-115.
- Olson, Mancur (1965): The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups. Cambridge: Harvard University Press.
- Oppermann, Kai (2015): Argumentationsmuster zur Krise in der Eurozone. Eine Analyse von Debattenbeiträgen der Regierung Merkel im Bundestag 2009-2012. *Integration*, 37 (3), 262-274.
- Ornston, Darius / Tobias Schulze-Cleven (2015): Conceptualizing Cooperation: Coordination and Concertation as Two Logics of Collective Action. *Comparative Political Studies*, 48 (5), 555-585.
- Palier, Bruno / Kathleen Thelen (2010): Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany. *Politics & Society*, 38 (1), 119-148.
- Pappi, Franz U. / Christian H.C.A. Henning (1999): The organization of influence on the EC's common agricultural policy: A network approach. *European Journal of Political Research*, 36 (2), 257-281.
- Paterson, William E. (2011): The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre Stage in the European Union. *Journal of Common Market Studies*, 49 (S1), 57-75.
- Peetz, David (2010): Are individualistic attitudes killing collectivism? *Transfer*, 16 (3), 383-398.
- Perin, Emmanuelle / Evelyne Léonard (2011): European sectoral social dialogue and national social partners. *Transfer*, 17 (2), 159-168.
- Pernicka, Susanne / Vera Glassner (2019): The Europeanisation of Wage Bargaining Coordination. In: Johannes M. Kiess / Martin Seeliger (Hrsg.): Trade Unions and European Integration. A Question of Optimism and Pessimism? Abingdon / New York: Routledge, 72-93.
- Peters, John (2011): The Rise of Finance and the Decline of Organised Labour in the Advanced Capitalist Countries. *New Political Economy*, 16(1), 73-99.
- Peters, John (2012): Neoliberal convergence in North America and Western Europe: Fiscal austerity, privatization, and public sector reform. *Review of International Political Economy*, 19 (2), 208-235.
- Pisani-Ferry, Jean (2014): The Euro Crisis and Its Aftermath. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Platzer, Hans-Wolfgang (2010): Europäisierung der Gewerkschaften. Gewerkschaftspolitische Herausforderungen und Handlungsoptionen auf europäischer Ebene. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07178.pdf> [30.07.2021].
- Poloni-Staudinger, Lori M. (2008): The Domestic Opportunity Structure and Supranational Activity. An Explanation of Environmental Group Activity at the European Union Level. *European Union Politics*, 9 (4), 531-558.

- Ponticelli, Jacopo / Hans-Joachim Voth (2020): Austerity and anarchy: Budget cuts and social unrest in Europe, 1919-2008. *Journal of Comparative Economics*, 48 (1), 1-19.
- Pontusson, Jonas (2013): Unionization, Inequality and Redistribution. *British Journal of Industrial Relations*, 51 (4), 797-825.
- Pontusson, Jonas / Damian Raess (2012): How (and Why) Is This Time Different? The Politics of Economic Crisis in Western Europe and the United States. *Annual Review of Political Science*, 15, 13-33.
- Pontusson, Jonas / David Rueda (2010): The Politics of Inequality: Voter Mobilization and Left Parties in Advanced Industrial States. *Comparative Political Studies*, 43 (6), 675-705.
- Princen, Sebastiaan / Bart Kerremans (2008): Opportunity Structures in the EU Multi-Level System. *West European Politics*, 31 (6), 1129-1146.
- Prott, Jürgen (1991): Gewerkschaftspresse. Gegenöffentlichkeit durch Mitgliederzeitschriften. Marburg: Schüren Presseverlag.
- Prott, Jürgen (2014): Funktionäre in den Gewerkschaften. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. Wiesbaden: Springer, 2. Auflage, 283-307.
- Puetter, Uwe (2012): Europe's deliberative intergovernmentalism: the role of the Council and European Council in EU economic governance. *Journal of European Public Policy*, 19 (2), 161-178.
- Puntscher Riekman, Sonja / Doris Wydra (2013): Representation in the European State of Emergency: Parliaments against Governments? *Journal of European Integration*, 35 (5), 565-582.
- Pyhel, Jörn (2006): Warum ist man Gewerkschaftsmitglied? – Determinanten der Mitgliedschaftsneigung. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI Mitteilungen, 59 (6), 341-346.
- Radaelli, Claudio M. (2003): The Europeanization of Public Policy. In: Kevin Featherstone / Claudio M. Radaelli (Hrsg.): The Politics of Europeanization. Oxford: Oxford University Press, 27-56.
- Rauh, Christian / Michael Zürn (2014): Zur Politisierung der EU in der Krise. In: Martin Heidenreich (2014): Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven. Wiesbaden: Springer, 121-145.
- Rehder, Britta (2008): Revitalisierung der Gewerkschaften? Die Grundlagen amerikanischer Organisationserfolge und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse. *Berliner Journal für Soziologie*, 18 (3), 432-456.
- Rehder, Britta / Thomas von Winter / Ulrich Willems (Hrsg.) (2009): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung. Wiesbaden: VS.
- Reshef, Yonathan (2004): A Theory of Union Collective Action. *Journal of Labor Research*, 25 (4), 623-644.
- Risse, Thomas (2010): A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Rittberger, Berthold (2014): Integration without Representation? The European Parliament and the Reform of Economic Governance in the EU. *Journal of Common Market Studies*, 52 (6), 1174-1183.
- Roose, Jochen / Franziska Scholl / Moritz Sommer (2016): Schuldenkrise und Schuldfragen. Verantwortungszuschreibungen zwischen Deutschland und Griechenland in der Eurozonen-Krise. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29 (1), 39-50.

- Roose, Jochen / Kostas Kanellopoulos / Moritz Sommer (2017): National Anti-austerity Protests in a European Crisis: Comparing the Europeanizing Impact of Protest in Greece and Germany During the Eurozone Crisis. *Journal of Civil Society*, 13 (3), 284-306.
- Rosamond, Ben (2002): Imagining the European Economy: 'Competitiveness' and the Social Construction of 'Europe' as an Economic Space. *New Political Economy*, 7 (2), 157-177.
- Rosamond, Ben (2012): Supranational governance as economic patriotism? The European Union, legitimacy and the reconstruction of state space. *Journal of European Public Policy*, 19 (3), 324-341.
- Ross, George (1981): What Is Progressive about Unions? Reflections on Trade Unions and Economic Crisis. *Theory and Society*, 10 (5), 609-643.
- Rucht, Dieter (2016): Neuere kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29 (3), 121-134.
- Rüb, Stefan (2009): Die Transnationalisierung der Gewerkschaften. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der IG Metall. Berlin: edition sigma.
- Rueda, David (2005): Insider-Outsider Politics in Industrialized Democracies: The Challenge to Social Democratic Parties. *American Political Science Review*, 99 (1), 61-74.
- Rüdiger, Wolfgang / Georgios Karyotis (2014): Who Protests in Greece? Mass Opposition to Austerity. *British Journal of Political Science*, 44 (3), 487-513.
- Ryan, Charlotte (2004): It Takes a Movement to Raise an Issue: Media Lessons from the 1997 U.P.S. Strike. *Critical Sociology*, 30 (2), 483-511.
- Sabatier, Paul A. (1987): Knowledge, Policy-Oriented Learning, and Policy Change: An Advocacy Coalition Framework. *Science Communication*, 8 (4), 649-692.
- Sabucedo, José-Manuel / Cristina Gómez-Román / Mónica Alzate / Jacquelin van Stekelenburg / Bert Klandermans (2017): Comparing protests and demonstrators in times of austerity: regular and occasional protesters in universalistic and particularistic mobilisations. *Social Movement Studies*, 16 (6), 704-720.
- Sack, Detlev / Christoph Strünck (2016): Austritt und Widerspruch in Interessenorganisationen. Eine güter-zentrierte Theorie zur Analyse innerverbandlicher Konflikte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 26 (2), 11-33.
- Sapir, André (2006): Globalization and the Reform of European Social Models. *Journal of Common Market Studies*, 44 (2), 369-390.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Governing in Europe: Effective and Democratic?* Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, Fritz W. (2002): The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity. *Journal of Common Market Studies*, 40 (4), 645-670.
- Scharpf, Fritz W. (2009): Legitimacy in the multilevel European polity. *European Political Science Review*, 1 (2), 173-204.
- Scharpf, Fritz W. (2013): Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis. In: Klaus Armingeon (Hrsg.): *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt*. Wiesbaden: Springer VS, 567-596.
- Scharpf, Fritz W. (2018): *There Is an Alternative: A Two-Tier European Currency Community*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIfG Discussion Paper 18/7.

- Scheuer, Steen (2011): Union membership variation in Europe: A ten-country comparative analysis. *European Journal of Industrial Relations*, 17 (1), 57-73.
- Schimmelfennig, Frank (2015): Liberal intergovernmentalism and the euro area crisis. *Journal of European Public Policy*, 22 (2), 177-195.
- Schmalz, Stefan / Klaus Dörre (Hrsg.) (2013): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmalz, Stefan / Klaus Dörre (2014): Der Machtressourcenansatz. Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. *Industrielle Beziehungen*, 21 (3), 217-237.
- Schmalz, Stefan / Nico Weinmann (2013): Zwei Krisen, zwei Kampfzyklen: Gewerkschaftsproteste in Westeuropa im Vergleich. In: Stefan Schmalz / Klaus Dörre (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus, 76-98.
- Schmidt, Diane E. (1993): Public Opinion and Media Coverage of Labor Unions. *Journal of Labor Research*, 14 (2), 151-164.
- Schmidt, Vivien A. (2016): Reinterpreting the rules „by stealth“ in times of crisis: a discursive institutionalist analysis of the European Central Bank and the European Commission. *West European Politics*, 39 (5), 1032-1052.
- Schmidt, Werner / Andrea Müller / Irene Ramos-Vielba / Annette Thörnqvist / Christer Thörnqvist (2019): Austerity and public sector trade union power: Before and after the crisis. *European Journal of Industrial Relations*, 25 (2), 129-145.
- Schmitter, Philippe C. / Wolfgang Streeck (1999): The organization of business interests: Studying the associative action of business in advanced industrial societies. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIfG Discussion Paper 99/1.
- Schnabel, Claus (2013): Union membership and density: Some (not so) stylized facts and challenges. *European Journal of Industrial Relations*, 19 (3), 255-272.
- Schnabel, Claus / Joachim Wagner (2007): Union density and determinants of union membership in 18 EU countries: Evidence from micro data, 2002/03. *Industrial Relations Journal*, 38(1), 5-32.
- Scholl, Christian / Annette Freyberg-Inan (2016): Imagining another Europe: Building a pan-European counter-hegemonic bloc around an anti-austerity master frame. *Comparative European Politics*, 16 (1), 103-125.
- Schreier, Margrit (2012): Qualitative Content Analysis in Practice. London: Sage.
- Schroeder, Wolfgang (2009): Gewerkschaften in drei Welten. Ein Überblick. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 22 (4), 13-22.
- Schroeder, Wolfgang (2017): Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Was bringt sie auseinander – was zusammen? In: Aurel Croissant / Sascha Kneip / Alexander Petring (Hrsg.): Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel. Wiesbaden: Springer VS, 697-720.
- Schroeder, Wolfgang / Samuel Greef (2014): Struktur und Entwicklung des deutschen Gewerkschaftsmodells: Herausforderung durch Sparten- und Berufsgewerkschaften. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. Wiesbaden: Springer, 2. Auflage, 123-145.
- Schulten, Thorsten / Torsten Müller (2015): European economic governance and its intervention in national wage development and collective bargaining. In: Steffen Lehndorff (Hrsg.): Divisive Integration. The triumph of failed ideas in Europe – revisited. Brüssel: European Trade Union Institute, 331-363.

Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden: VS, 3. Auflage.

Seawright, Jason / John Gerring (2008): Case Selection Techniques in Case Study Research: A Menu of Qualitative and Quantitative Options. *Political Research Quarterly*, 61 (2), 294-308.

Seeliger, Martin / Johannes Kiess (2019): Introduction. Trade unions under the pressure of European integration. A question of optimism and pessimism? In: Johannes M. Kiess / Martin Seeliger (Hrsg.): Trade Unions and European Integration. A Question of Optimism and Pessimism? Abingdon / New York: Routledge, 1-26.

Seeliger, Martin / Ines Wagner (2018): A socialization paradox: trade union policy cooperation in the case of the enforcement directive of the posting of workers directive. *Socio-Economic Review*, online first, doi: 10.1093/ser/mwy037.

Silvia, Stephen J. (2013): Holding the Shop Together. German Industrial Relations in the Postwar Era. Ithaca, New York: Cornell University Press/ILR Press.

Skidelsky, Robert / Nicolò Fraccaroli (Hrsg.) (2017): Austerity vs. Stimulus. The Political Future of Economic Recovery. Cham: Palgrave Macmillan.

Smismans, Stijn (2008): The European Social Dialogue in the Shadow of Hierarchy. *Journal of Public Policy*, 28 (1), 161-180.

Snell, Darryn / Peter Fairbrother (2010): Unions as environmental actors. *Transfer*, 16 (3), 411-424.

Snow, David A. (2004): Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: David A. Snow / Sarah A. Soule / Hanspeter Kriesi (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden / Oxford / Carlton: Blackwell, 380-412.

Snow, David A. / Robert D. Benford (1992): Master frames and cycles of protest. In: Aldon D. Morris / Carol McClurg Mueller (Hrsg.): Frontiers in Social Movement Theory. New Haven: Yale University Press, 133-155.

Sperling, Hans Joachim (2014): Gewerkschaftliche Betriebspolitik. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. Wiesbaden: Springer, 2. Auflage, 485-504.

Spier, Tim (2017): Growing Apart? Trade Unions and Centre-left Parties in Germany. In: Elin Haugsgjerd Allern / Tim Bale (Hrsg.): Left-of-Centre Parties and Trade Unions in the Twenty-First Century. Oxford: Oxford University Press, 130-148.

Stan, Sabina / Idar Helle / Roland Erne (2015): European collective action in times of crisis. *Transfer*, 21 (2), 131-139.

Statham, Paul / Hans-Jörg Trenz (2015): Understanding the mechanisms of EU politicization: Lessons from the Eurozone crisis. *Comparative European Politics*, 13 (3), 287-306.

Stegmüller, Daniel / Michael Becher (2019): Cognitive Ability, Union Membership, and Voter Turnout. Duke University: Working Paper, https://sites.duke.edu/stegmueller/files/2019/04/Becher_Stegmueller_UnionTurnout.pdf [30.07.2021].

Stoeckel, Florian / Theresa Kuhn (2018): Mobilizing Citizens for Costly Policies: The Conditional Effect of Party Cues on Support for International Bailouts in the European Union. *Journal of Common Market Studies*, 56 (2), 446-461.

Streeck, Wolfgang (1991a): More Uncertainties: German Unions Facing 1992. *Industrial Relations*, 30 (3), 317-349.

- Streeck, Wolfgang (1991b): On the institutional conditions of diversified quality production. In: Egon Matzner / Wolfgang Streeck (Hrsg.): Beyond Keynesianism: The Socio-Economics of Production and Full Employment. Aldershot: Edward Elgar, 21-61.
- Streeck, Wolfgang (2009): Re-forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy. Oxford: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang (2016): Von Konflikt ohne Partnerschaft zu Partnerschaft ohne Konflikt: Industrielle Beziehungen in Deutschland. *Industrielle Beziehungen*, 23 (1), 47-60.
- Streeck, Wolfgang / Anke Hassel (2003a): The crumbling pillars of social partnership. *West European Politics*, 26 (4), 101-124.
- Streeck, Wolfgang / Anke Hassel (2003b): Trade Unions as Political Actors. In: John T. Addison / Claus Schnabel (Hrsg.): International Handbook of Trade Unions. Cheltenham: Edward Elgar, 335-365.
- Streeck, Wolfgang / Philippe C. Schmitter (1985): Community, market, state – and associations? The prospective contribution of interest governance to social order. *European Sociological Review*, 1 (2), 119-138.
- Streeck, Wolfgang / Jelle Visser (1997): The Rise of the Conglomerate Union. *European Journal of Industrial Relations*, 3 (3), 305-332.
- Tarrow, Sidney (2011): Global, Conventional and Warring Movements and the Suppression of Contention. Themes in Contentious Politics Research. *Politica & Sociedade*, 10 (18), 25-49.
- Tattersall, Amanda (2009): A Little Help from Our Friends. Exploring and Understanding when Labor-Community Coalitions Are Likely to Form. *Labor Studies Journal*, 34 (4), 485-506.
- Taylor, Graham / Andrew Mathers / Martin Upchurch (2011): Beyond the chains that bind: the political crisis of unions in Western Europe. *Labor History*, 52 (3), 287-305.
- Thelen, Kathleen (2012): Varieties of Capitalism: Trajectories of Liberalization and the New Politics of Social Solidarity. *Annual Review of Political Science*, 15, 137-159.
- Thelen, Kathleen / Christa van Wijnbergen (2003): The Paradox of Globalization. Labor Relations in Germany and Beyond. *Comparative Political Studies*, 36 (8), 859-880.
- Thomas, Adrien (2013): Towards the managerialization of trade unions? Recent trends in France and Germany. *European Journal of Industrial Relations*, 19 (1), 21-36.
- Thomas, Adrien (2017): Conglomerate Unions and Transformations of Union Democracy. *British Journal of Industrial Relations*, 55(3), 648-671.
- Thrall, A. Trevor (2006): The Myth of the Outside Strategy: Mass Media News Coverage of Interest Groups. *Political Communication*, 23 (4), 407-420.
- Thünken, Oliver (2018): Bewegung im Betrieb. Organizing-Projekte und die Revitalisierung der industriellen Beziehungen. *Industrielle Beziehungen*, 25 (2), 231-251.
- Tresch, Anke / Manuel Fischer (2015): In search of political influence: Outside lobbying behaviour and media coverage of social movements, interest groups and political parties in six Western European countries. *International Political Science Review*, 36 (4), 355-372.
- Turner, Lowell (1996): The Europeanization of Labour: Structure before Action. *European Journal of Industrial Relations*, 2 (3), 324-344.

- Turner, Lowell (2006): Globalization and the Logic of Participation: Unions and the Politics of Coalition Building. *Journal of Industrial Relations*, 48 (1), 83-97.
- Turner, Lowell (2009): Institutions and activism: crisis and opportunity for a German labor movement in decline. *Industrial and Labor Relations Review*, 62 (3), 294-312.
- Upchurch, Martin / Graham Taylor / Andy Mathers (2009): The Crisis of "Social Democratic" Unionism. The "Opening up" of Civil Society and the Prospects for Union Renewal in the United Kingdom, France, and Germany. *Labor Studies Journal*, 34 (4), 519-542.
- Vail, Mark I. (2014): Varieties of Liberalism: Keynesian Responses to the Great Recession in France and Germany. *Governance*, 27 (1), 63-85.
- van Vliet, Olaf (2010): Divergence within Convergence: Europeanization of Social and Labour Market Policies. *Journal of European Integration*, 32 (3), 269-290.
- Vandaele, Kurt (2016): Interpreting strike activity in western Europe in the past 20 years: the labour repertoire under pressure. *Transfer*, 22 (3), 277-294.
- Vandaele, Kurt (2019): Bleak prospects: mapping trade union membership in Europe since 2000. Brüssel: European Trade Union Institute.
- Vaughan-Whitehead, David (Hrsg.) (2013): Public Sector Shock. The Impact of Policy Retrenchment in Europe. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- Verdun, Amy (2015): A historical institutionalist explanation of the EU's responses to the euro area financial crisis. *Journal of European Public Policy*, 22 (2), 219-237.
- Visser, Jelle (1998): Learning to Play: The Europeanisation of Trade Unions. In: Patrick Pasture / John Verberckmoes (Hrsg.): Working-Class Internationalism and the Appeal of National Identity: Historicalites and Current Perspectives on Western Europe. Oxford: Berg, 231-256.
- Visser, Jelle (2007): Trade Union Decline and What Next. Is Germany a Special Case? *Industrielle Beziehungen / The German Journal of Industrial Relations*, 14 (2), 97-117.
- Visser, Jelle (2012): The rise and fall of industrial unionism. *Transfer*, 18 (2), 129-141.
- Visser, Jelle / Marieke Beentjes / Minna van Gerven / Valentina Di Stasio (2009): The quality of industrial relations and the Lisbon Strategy. In: Europäische Kommission: Industrial Relations in Europe 2008. Brüssel, 45-72.
- Vogiatzoglou, Markos (2017): Re-paving the path to hell: Greek trade unions amid crisis and austerity. In: Lehndorff, Steffen / Heiner Dribbusch / Thorsten Schulten (Hrsg.): Rough waters. European trade unions in a time of crisis. Brüssel: European Trade Union Institute, 109-125.
- Voss, Kim (2010): Democratic dilemmas: union democracy and union renewal. *Transfer*, 16 (3), 369-382.
- Voss, Kim / Rachel Sherman (2000): Breaking the Iron Law of Oligarchy: Union Revitalization in the American Labor Movement. *American Journal of Sociology*, 106 (2), 303-349.
- Vulkan, Patrik / Bengt Larsson (2018): Patterns of transnational trade union cooperation in Europe: The effect of regimes, sectors and resources. *Transfer*, 25 (2), 147-162.
- Waddington, Jeremy (2015): Trade union membership retention in Europe: The challenge of difficult times. *European Journal of Industrial Relations*, 21 (3), 205-221.

Wendler, Frank (2014): End of Consensus? The European Leadership Discourse of the Second Merkel Government during the Eurozone Crisis and Its Contestation in Debates of the Bundestag (2009-13). *German Politics*, 23 (4), 446-459.

Wolf, Martin (2013): How Austerity Has Failed. *The New York Review of Books*, 60 (12), <https://www.nybooks.com/articles/2013/07/11/how-austerity-has-failed/> [30.07.2021].

Wonka, Arndt (2016): The party politics of the Euro crisis in the German Bundestag: frames, positions and salience. *West European Politics*, 39(1), 125-144.

Wonka, Arndt / Sascha Göbel (2016): Parliamentary scrutiny and partisan conflict in the Euro crisis. The case of the German Bundestag. *Comparative European Politics*, 14 (2), 215-231.

Wright, Erik Olin (2000): Working-Class Power, Capitalist-Class Interests, and Class Compromise. *American Journal of Sociology*, 105 (4), 957-1002.

Wueest, Bruno / Flavia Fossati (2015): Quantitative discursive institutionalism: a comparison of labour market policy discourse across Western Europe. *Journal of European Public Policy*, 22 (5), 708-730.

Yates, Charlotte AB (2010): Understanding caring, organizing women: how framing a problem shapes union strategy. *Transfer*, 16 (3), 399-410.

Zagelmeyer, Stefan (2011): Company-level collective agreements during the 2008–2010 crisis: four cases from Germany. *Transfer*, 17 (3), 355-370.

Zajak, Sabrina / Giulia Gortanutti / Johanna Lauber / Ana-Maria Nikolas (2018): Talking about the same but different? Understanding social movement and trade union cooperation through social movement and industrial relations theories. *Industrielle Beziehungen*, 25 (2), 166-187.

Zamponi, Lorenzo / Lorenzo Bosi (2016): Which Crisis? European Crisis and National Context in Public Discourse. *Politics & Policy*, 44 (3), 400-426.

Zimmermann, Hubert (2014): A Grand Coalition for the Euro: The Second Merkel Cabinet, the Euro Crisis and the Elections of 2013. *German Politics*, 23 (4), 322-336.

Zoll, Rainer (1991): Gewerkschaften als Diskurs-Organisationen. *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 6/1991, 390-399.

Zitierte Quellen

Ver.di

Dokumente, Positionspapiere, Geschäftsberichte, Protokolle

Ver.di (o.J.): Dokumentation Öffentlich ist Wesentlich. Für eine soziale Gesellschaft und gute Arbeit. <https://www.verdi.de/++file++5073a221deb5011af9001e34/download/Doku-Oeffentlich-ist-Wesentlich.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (o.J.): Gehen wir zur Wahl. Für ein soziales Europa. <https://www.verdi.de/themen/internationales/europawahl/++co++c4f39e46-d034-11e3-9e75-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (o.J.): „Fair Transport Europe“ beendet - Danke für die Unterstützung. <https://verkehr.verdi.de/++co++a9aeca3e-7f3c-11e6-ae6a-525400a933ef> [30.07.2021].

Ver.di (o.J.): Investitionen in die Zukunft statt Schuldenbremse. Was ist zu tun? https://wipo.verdi.de/++file++53abd0206f68440a7400008d/download/0226_broschuere_schulden_ansicht.pdf [30.07.2021].

Ver.di (o.J.): Interviews. <https://www.verdi.de/presse/downloads/++co++9b1c1e86-b769-11e0-6af0-00093d114afd> [30.07.2021].

Ver.di (o.J.): Wasser ist ein Menschenrecht. Von der Initiative zum Erfolg. <https://www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht/++co++fc2e82d4-4ca0-11e9-aa5c-525400940f89> [30.07.2021].

Ver.di (o.J.): Zeitstrahl. <https://www.verdi.de/ueber-uns/idee-tradition/zeitstrahl?timeline-cat%3A-list=achievements> [30.07.2021].

Ver.di (2005): Organizing – Gewerkschaft als soziale Bewegung. https://bayern.verdi.de/gruppen/vertrauensleute/++file++51d287056f6844333000155e/download/Organizing-Gewerkschaft_als_soziale_Bewegung.pdf [30.07.2021].

Ver.di Bundesvorstand (2008): Chance 2011 – Zur Veränderungsarbeit der nächsten Jahre in ver.di. <http://archiv.labournet.de/diskussion/verdi/chance2011.pdf> [30.07.2021].

Ver.di Gewerkschaftsrat (2008): Beschluss des Gewerkschaftsrates vom 5. Dezember 2008: „Aktiv werden für eine soziale Antikrisenpolitik!“.

Ver.di (2009): Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an Mitglieder des Gewerkschaftsrates, Bezirksvorsitzende, Landesbezirksvorsitzende, Landesbezirksfachbereichsvorsitzende, Bundesfachbereichsvorsitzende, BezirksgeschäftsführerInnen, LandesbezirksfachbereichsleiterInnen, Landesbezirksleitungen: Europaweite Demonstrationen. http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/bsirske_demo.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2010): Grundsatzerklärung der ver.di . Beschlossen vom Gewerkschaftsrat am 18. März 2010. <https://www.verdi.de/++file++5073a213deb5011af9001b43/download/Grundsatzerklaerung-der-ver-di-vom-18.-Maerz-2010-1.pdf> [30.07.2021].

Ver.di Gewerkschaftsrat (2010): Manifest zur Europapolitik. Beschluss des ver.di Gewerkschaftsrates am 2./3. Dezember 2010. <https://www.verdi.de/++file++5073a215deb5011af9001ba7/download/Europamanifest-Deutsche-Fassung.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Achtung: Europa in Gefahr. Ein soziales Europa geht anders!
<https://www.verdi.de/++file++5073a20ddeb5011af90019ce/download/Broschre-Eurokrise-A-6.pdf>
[30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet A: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik.
https://www.verdi.de/++file++5073a20adeb5011af9001902/download/Sachgebiet_A.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Anträge Sachgebiet B: Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.
https://www.verdi.de/++file++5073a20adeb5011af900190d/download/Sachgebiet_B.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet D: Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik.
https://www.verdi.de/++file++5073a20adeb5011af900191c/download/Sachgebiet_D.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet F: Europäische und internationale Politik.
https://www.verdi.de/++file++5073a20adeb5011af900192a/download/Sachgebiet_F.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011) Bundeskongress 2011, Anträge Sachgebiet M: Organisationspoliti.,
https://www.verdi.de/++file++5073a20bdeb5011af900194e/download/Sachgebiet_M.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 02.
<https://www.verdi.de/++file++5073a227deb5011af9001f65/download/Protokollteil%2002%20-%20So-18-09-2011-0900-1043.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 09.
https://www.verdi.de/++file++5073a20cdeb5011af9001988/download/Protokollteil%2009%20-%20Di-20-09-2011_0900-1046.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 10.
https://www.verdi.de/++file++5073a22fdeb5011af90020fa/download/Protokollteil%2010%20-%20Di-20-09-2011_1110-1258.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 11.
https://www.verdi.de/++file++5073a20cdeb5011af900198d/download/Protokollteil%2011%20-%20Di-20-09-2011_1437-1847.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 13.
https://www.verdi.de/++file++5073a226deb5011af9001f12/download/Protokollteil%2013%20-%20Mi-21-09-2011_1110-1252.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 14.
https://www.verdi.de/++file++5073a22bdeb5011af9002027/download/Protokollteil%2014%20-%20Mi-21-09-2011_1421-1636.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 16.
https://www.verdi.de/++file++5073a22adeb5011af9002016/download/Protokollteil%2016%20-%20Do-22-09-2011_1000-1335.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 20.
https://www.verdi.de/++file++5073a205deb5011af90017ca/download/Protokollteil%2020%20-%20Fr-23-09-2011_0900-1043.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bundeskongress 2011, Tagesprotokoll, Protokollteil 21.
https://www.verdi.de/++file++5073a205deb5011af90017cf/download/Protokollteil%2021%20-%20Fr-23-09-2011_1101-12.41.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2011): Geschäftsbericht 2007-2011. <https://www.verdi.de/++co++cd71d612-c1c0-11e0-6c69-00093d114afd> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Krise in der Eurozone – Solidarisch aus der Krise. Beschluss des ver.di Bundesvorstands am 24.01.2011.

Ver.di (2011): Wirtschaftspolitische Informationen 3/2011: Krise der Eurozone – solidarisch aus der Krise. <https://wipo.verdi.de/++file++53428b8baa698e55fd000159/download/Wirtschaftspolitische-Informationen-3-2011.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses vom 17. bis 24. September 2011 in Leipzig. <https://www.verdi.de/++file++50ac90526f68442e43000000/download/29%2005%20%20-%20Beschlussbrosch%C3%BCre%203%20%20BuKo.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Finanzmarktkrise ohne Ende? Vorschläge für eine neue Finanzmarktarchitektur. <https://wipo.verdi.de/++file++531da762aa698e35de000462/download/Finanzmarktkrise%20M%C3%A4rz%202012.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Wirtschaftspolitische Informationen 2/2012: Eurokrise ohne Ende. https://wipo.verdi.de/++file++531da85d6f68447677000306/download/12_02%20Eurokrise%20ohne%20Ende.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2012): Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Fiskalpakt. https://www.verdi.de/++file++5073a20ddeb5011af90019bd/download/ver.diStellungnahme_Fiskalpakt.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2012): Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an Bezirksgeschäftsführungen, Landesbezirksleitungen, Landesbezirksfachbereichsleitungen, Bundesvorstand, GR Präsidium: Aktivitäten 2012-2013. <http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2012/verdi12-13.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Initiative „Umfairteilen“ gestartet. <https://www.verdi.de/themen/politik-wirtschaft/++co++eeae1b68-dd5f-11e1-42c6-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2012): ver.di für Millionärsabgabe: Keine juristischen Bedenken dagegen. <https://www.verdi.de/themen/politik-wirtschaft/++co++6533f540-fc15-11e1-751e-0019b9e321cb/themen/nachrichten/++co++ea1edf58-e870-11e1-478e-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Pressemappe Drei-Länder-Wochen: Geld ist genug da. <https://www.verdi.de/presse/downloads/pressemappen/++co++6456a9d6-236d-11e2-b68a-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Solidaritätsadresse des ver.di Gewerkschaftsrates zum Europäischen Aktionstag am 14. November 2012. https://www.verdi.de/++file++50a26ac66f68441ab800000f/download/Soliadresse_Europa%CC%88ischer%20Aktionstag.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2012): Streiks in Europa: Aktionstag des EGB gegen die Sparpolitik. <https://www.verdi.de/service/veranstaltungen/++co++8cde7a34-27f8-11e2-8b98-0019b9e321cb> [30.07.2021].

Ver.di (2013): Fair teilen! Höhere Löhne, Steuergerechtigkeit, Sozialstaat stärken. https://wipo.verdi.de/++file++53173c7a6f68446fd0000350/download/0719_03_Bro_Wipo.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Antrag K 113: Solidarität mit koordinierten europäischen Streikaktionen.

Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Antrag K 114: Aktivitäten von ver.di gegen die EU-Politik der Ruinierung der Kolleginnen/Kollegen wirtschaftlich schwächerer Länder und der Rettung der Banken und der Vermögen der Reichen.

Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 2.

Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 4.

Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 5.

Ver.di (2015): Bundeskongress 2015, Tagesprotokoll Tag 6.

Ver.di (2015): Geschäftsbericht 2011-2014. <https://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress-2015/++co++d6a944ec-5170-11e5-808b-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2016): Beschlüsse des 4. ver.di-Bundeskongresses vom 20. bis 26. September 2015 in Leipzig.

Ver.di (2019): Fusionsbeschluss des Gewerkschaftsrates zur Bildung eines „Bereiches A“, gefasst in seiner Sitzung 14.- 16. Mai 2019 in Berlin. <https://www.verdi.de/++file++5d763ae72193fb79c1ff1e88/download/GR-%201496%20-%20Fusionsbeschluss%20des%20Gewerkschaftsrates%20zur%20Bildung%20eines%20Bereiches%20A.pdf> [30.07.2021]

Ver.di (2019): Geschäftsbericht 2015-2018.

Ver.di (2019): Satzung, zuletzt geändert durch den 5. Ordentlichen Bundeskongress 2019 vom 22. - 28. September 2019 in Leipzig. https://www.verdi.de/++file++5e18559be5d86dc42e06ebef/download/2019_Satzung_Stand%20September.pdf [30.07.2021].

Ver.di (2019): Umgesetzt. Erledigungsvermerke der Beschlüsse des vierten ordentlichen ver.di-Bundeskongresses 2015.

Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“. <https://www.verdi.de/++file++509283d46f68446e3d00004b/download/02%20-%20Drei-L%3%A4nder-Wochen%20Geld%20ist%20genug%20da%20-%20E2%80%93%20Zeit%20f%3BCr%20mehr%20Steuergerechtigkeit.pdf> [30.07.2021].

Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): Instrumente gegen die Krise. Befragungsergebnisse Deutschland, Österreich Schweiz. https://www.verdi.de/++file++509142556f68441d370000cc/download/05%20-%20Drei-Laender-Wochen_Ausf%3BChrliche%20Umfrageergebnisse.pdf [30.07.2021].

Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): Instrumente gegen die Krise. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Deutschland. https://www.verdi.de/++file++50928245deb501077b0000c6/download/06%20-%20Drei-L%3%A4nder-Wochen_Ausf%3BChrliche%20Umfrageergebnisse_Deutschland.pdf [30.07.2021].

Pressemitteilungen

Ver.di (2008): Renditegier erfordert dringend Regulierung der Finanzmärkte. Pressemitteilung vom 19.09.2008, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++f8a367ca-8644-11dd-7c4d-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2008): ver.di: Deutliche Zinssenkung der Europäischen Zentralbank ist überfällig. Pressemitteilung vom 2.10.2008, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++4399a334-904c-11dd-6a97-0019b9e321cd> [30.07.2021].

Ver.di (2008): ver.di kritisiert Entscheidung der EZB. Pressemitteilung vom 2.10.2008, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++8e08e2e6-9085-11dd-58f4-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2008): Bsirske unterstützt Sarkozy-Vorschlag einer europäischen Wirtschaftsregierung. Pressemitteilung vom 22.10.2008, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++64d61aa8-a046-11dd-7699-0019b9e321cd> [30.07.2021].

Ver.di (2008): ver.di fordert moralische Erneuerung der Finanzkonzerne - Bankangestellte kommen sich wie „Drückerkolonnen“ vor. Pressemitteilung vom 24.10.2008, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++74943744-a1b9-11dd-4e86-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2009): Solidarisch aus der Krise. <https://wipo.verdi.de/++file++5343fc67aa698e3dae00014d/download/Brosch%C3%BCre%20-%20Solidarisch%20aus%20der%20Krise.pdf> [30.07.2021].

Ver.di (2010): ver.di prangert falsche EU-Politik gegenüber Griechenland an. Pressemitteilung vom 16.02.2010, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++18e8f388-1adc-11df-5af5-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2010): Sparkurs: Schäuble sollte Strauss-Kahn-Warnung ernst nehmen. Pressemitteilung vom 21.05.2010, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ad9192a2-64d7-11df-765e-0019b9e321cd> [30.07.2021].

Ver.di (2010): Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern die Finanzminister auf, sich für die sozialen Kosten der Kürzungen im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen. Pressemitteilung vom 16.06.2010, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++842a7f2a-7948-11df-4c56-0019b9e321cd> [30.07.2021].

Ver.di (2010): ver.di stuft Moody's herab: Ratings nur noch „Kaffeesatzleserei“. Pressemitteilung vom 20.06.2010, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++83aaa43e-7c4b-11df-5aba-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Gute Arbeit gilt in ganz Europa. Pressemitteilung vom 29.04.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++7aa7806a-723a-11e0-6f95-001ec9b05a14> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bsirske: Falsche Krisenpolitik erdrosselt Griechenland und gefährdet den gemeinsamen Währungsraum. Pressemitteilung vom 10.06.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ffb75d7e-9351-11e0-6eeb-001ec9b05a14> [30.07.2021].

Ver.di (2011): ver.di fordert gemeinsame europäische Politik zur Überwindung der Finanzkrise. Pressemitteilung vom 13.07.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++2b2b2e40-ad47-11e0-4566-001ec9b05a14> [30.07.2021].

Ver.di (2011): ver.di: 3. Ordentlicher Bundeskongress beginnt am Samstag – Internetauftritt grundlegend überarbeitet: mehr Rat, mehr Service, mehr Dialog. Pressemitteilung vom 15.09.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++cead6d36-df6e-11e0-4210-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bsirske mahnt „Rückkehr des Sozialen“ an und fordert dazu eine neue Architektur der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mehr Europa – Dafür soll die deutsche Verfassung geändert werden. Pressemitteilung vom 20.09.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++db5355f4-e363-11e0-6984-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Griechenland darf nicht totgespart werden. Pressemitteilung vom 21.10.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++f44e2b94-fbc4-11e0-4241-0019b9e321cd> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Banken-Demonstrationen: Konzernvorstände in die Verantwortung nehmen. Pressemitteilung vom 10.11.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++dbb7e93a-0b7d-11e1-7552-0019b9e321cd> [30.07.2021].

Ver.di (2011): Bsirske: Merkel verschärft die Krise und spaltet Europa. Pressemitteilung vom 9.12.2011, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++5a7cd7ca-2268-11e1-6063-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2012): „Europa neu begründen“ – Wissenschaftler und Gewerkschafter für ein anderes Europa und gegen die selbstzerstörerische Politik des Fiskalpakts. Pressemitteilung vom 28.03.2012, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++7bd0a19c-78ba-11e1-6299-0019b9e321e1> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Bsirske: Fiskalpakt-Politik ist eine tickende Zeitbombe für Europa – Arbeitnehmerrechte verteidigen, Niedriglohnbereich zurückdrängen, allgemeinen Mindestlohn einführen. Pressemitteilung vom 1.05.2012, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++aecc2c20-937e-11e1-42fa-0019b9e321cd> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Trotz Klarstellungen des Bundesverfassungsgerichts wirken ESM-Auflagen krisenverschärfend. Pressemitteilung vom 12.09.2012, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++800e135a-fcce-11e1-7049-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Europäischer Aktionstag: Post-Betriebsräte demonstrieren in Dresden. Pressemitteilung vom 13.11.2012, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++a7ff61ce-2d85-11e2-aca0-0019b9e321cb> [30.07.2021].

Ver.di (2012): Schuldenabbau und Wachstum nur mit Steuergerechtigkeit und Investitionen. Pressemitteilung vom 14.11.2012, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++72cc1f92-2e57-11e2-901a-0019b9e321cb> [30.07.2021].

Ver.di (2013): Wasser ist Menschenrecht: Am Wochenende wird die Million geknackt. Pressemitteilung vom 8.02.2013, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++bc819b3e-71f1-11e2-80c6-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2013): ver.di kämpft für internationale Wasserk Kooperation – Bundesregierung muss Dienstleistungskonzessionsrichtlinie verhindern. Pressemitteilung vom 21.03.2013, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++9a8f6178-916d-11e2-bf62-0019b9e321cb> [30.07.2021].

Ver.di (2013): Wasser muss in öffentlicher Hand bleiben: Erste Europäische Bürgerinitiative erfolgreich. Pressemitteilung vom 3.05.2013, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++049c5b42-b3e3-11e2-83fa-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2013): Ein anderes Europa ist möglich – ver.di unterstützt Alternativgipfel in Athen. Pressemitteilung vom 5.06.2013, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++a17ca78c-cddd-11e2-84ee-0019b9e321cb> [30.07.2021].

Ver.di (2013): Wasser ist Menschenrecht – Bürgerinitiative äußerst erfolgreich. Öffentliche Übergabe der Unterschriften in Köln am Freitag. Pressemitteilung vom 10.09.2013, <https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++c3de862c-1a01-11e3-8161-5254008a33df> [30.07.2021].

Ver.di (2014): Internationaler Frauentag: Heute für morgen Zeichen setzen – für ein sozial gerechtes Europa für Männer und Frauen. Pressemitteilung vom 7.03.2014, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++6f77e07e-a543-11e3-b69c-5254008a33df> [30.07.2021].

Ver.di (2014): ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zum „Tag der Arbeit“: „Am 25. Mai für einen Kurswechsel in Europa stimmen“. Pressemitteilung vom 1.05.2014, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++8c94868e-d136-11e3-bf21-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2015): Griechische Bevölkerung stimmt für einen notwendigen Kurswechsel. Pressemitteilung vom 26.01.2015, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++d4cdc0c8-a539-11e4-b2c4-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2015): Griechenland braucht eine Alternative zur zerstörerischen Sparpolitik – ver.di-Vorsitzender fordert Kurswechsel für Europa. Pressemitteilung vom 15.02.2015, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++be3de91a-b474-11e4-ba24-5254008a33df> [30.07.2021].

Ver.di (2015): Menschenrecht auf Wasser: EU-Kommission soll Bürgern und Parlament folgen – Wasser muss öffentliches Gut bleiben. Pressemitteilung vom 9.09.2015, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++46ff6a6e-56e4-11e5-bd24-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2016): CETA: Keine Anwendung ohne vorheriges Bundestagsvotum – EU-Handelsminister sollen rote Linien nicht überschreiten. Pressemitteilung vom 12.05.2016, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++44ef1c3c-1823-11e6-bffa-52540059119e> [30.07.2021].

Ver.di (2017): CETA: Verpasste Chance für ein gutes Abkommen – Jetzt muss die EU-Kommission liefern. Pressemitteilung vom 15.02.2017, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++d39f9e50-f380-11e6-8f27-525400b665de> [30.07.2021].

Ver.di (2018): Europäische Kommission verpasst Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser – Neufassung der Trinkwasserrichtlinie bringt nur einzelne Verbesserungen. Pressemitteilung vom 31.01.2018, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++5f15c4b8-0682-11e8-a02a-525400b665de> [30.07.2021].

Ver.di (2019): ver.di fordert EU-Kommission auf, Menschenrecht auf Wasser zu verwirklichen. Pressemitteilung vom 21.03.2019, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++729e14ac-4bf2-11e9-81b9-525400b665de> [30.07.2021].

Ver.di / Unia / GPA-djp (2012): „Drei-Länder-Wochen“: „Geld ist genug da – Zeit für mehr Steuergerechtigkeit“. Presstext vom 2.11.2012, <https://www.verdi.de/++file++509283d46f68446e3d00004b/download/02%20-%20Drei-L%C3%A4nder-Wochen%20Geld%20ist%20genug%20da%20%E2%80%93%20Zeit%20f%C3%BCr%20mehr%20Steuergerechtigkeit.pdf> [30.07.2021].

PUBLIK

PUBLIK, 1+2/2008, Meinung: Abwarten ist gefährlich.

PUBLIK, 5/2008, Titel: Europa ja. Aber nicht so!.

PUBLIK, 6+7/2008, Politik: Schnitt ins eigene Fleisch.

PUBLIK, 6+7/2008, Meinung: Ein höchstrichterlicher Angriff.

PUBLIK, 11/2008, Stuttgart: Das Kasino schließen.

PUBLIK, 1+2/2009, Titel: Bis die Straße kocht.

PUBLIK, 1+2/2009, International: Frankreich – Streiks und Massenprotest.

PUBLIK, 1+2/2009, Stuttgart: Wir bezahlen eure Krise nicht!.

PUBLIK, 3/2009, Titel: Die machen einfach weiter.

PUBLIK, 3/2009, International: Irland – Ende des Wachstums.

PUBLIK, 3/2009, Politik: Lohnpolitik koordinieren.

PUBLIK, 3/2009, Meinung: Gute Absichten reichen nicht.

PUBLIK, 4/2009, Titel: Wir sind die Vielen.

PUBLIK, 2009, Extra Aktionstag 2009.

PUBLIK, 5/2009: Brennpunkt.

PUBLIK, 5/2009, International: Unterstützung für den öffentlichen Dienst.

PUBLIK, 5/2009, Hamburg: Ein soziales Europa wählen.

PUBLIK, 10/2009, Stuttgart: Und das ist erst der Anfang.

PUBLIK, 12/2009, International: Größter Streik.

PUBLIK, 1+2/2010, International: Griechenland wehrt sich.

PUBLIK, 3/2010, International: Testfall Griechenland.

PUBLIK, 4/2010, Stuttgart: Nicht wieder zu unseren Lasten.

PUBLIK, 5/2010, Meinung: Da hilft nur ein glatter Schnitt.

PUBLIK, 5/2010, Stuttgart: Auf die Straße gehen.

PUBLIK, 6+7/2010, Politik: Rettungsschirm für Städte und Gemeinden.

PUBLIK, 6+7/2010, Politik: Europaweites Sparen.

PUBLIK, 6+7/2010, Meinung: Europa spart sich kaputt.

PUBLIK, 6+7/2010, Stuttgart: Anschlag auf die Gerechtigkeit.

PUBLIK, 8+9/2010, Titel: Wir sind verabredet.

PUBLIK, 10/2010, International: Europaweite Proteste.

PUBLIK, 12/2010, Inside: Spielräume besser nutzen.

PUBLIK, 12/2010, Reportage: Wir kommen wieder.

PUBLIK, 12/2010, Meinung: Euroland wird abgebrannt.

PUBLIK, 1+2/2011, Spezial: Europa mitgestaltet.

PUBLIK, 3/2011, Inside: Jetzt mit Profilschärfe.

PUBLIK, 3/2011, Meinung: Falsche Diagnose, falsche Therapie.

PUBLIK, 3/2011, Spezial: Klingt banal, ist revolutionär.

PUBLIK, 3/2011, Spezial 10 Jahre ver.di: Gegenöffentlichkeit schaffen.

PUBLIK, 3/2011, Spezial 10 Jahre ver.di: Nachahmung ausdrücklich erwünscht.

PUBLIK, 4/2011, Brennpunkt: Gemeinsam vors Tor.

PUBLIK, 4/2011, International: Der Protest der Schwarzfahrer.

PUBLIK, 4/2011, Politik: Mehr Europa wagen.

PUBLIK, 4/2011, Politik: Unter dem Schirm.

PUBLIK, 5/2011, International: Gegen Sparpolitik.

PUBLIK, 6+7/2011, Baden-Württemberg: Zeit zu streiken.

PUBLIK, 6+7/2011, Titel: Wehren wir uns gemeinsam.

PUBLIK, 6+7/2011, Meinung: Die unterwartete Rückkehr der Räte.

PUBLIK, 8+9/2011, Meinung: Warum der Euro in Gefahr ist.

PUBLIK, 10/2011, Titel: Wir sind 99 Prozent.

PUBLIK, 10/2011, Brennpunkt: Geiseln der Banken.

PUBLIK, 10/2011, Politik: Krisenländer unterstützen.

PUBLIK, 10/2011, Meinung: „Troika“ bedroht Menschenrechte.

PUBLIK, 10/2011, International: „Besetzt die Wall Street“.

PUBLIK, 11/2011, International: Für viele geht es schon ums Überleben.

PUBLIK, 11/2011, International: Bankster, hört die Signale.

PUBLIK, 11/2011, Aus den Bezirken: Den Wahnsinn beenden.

PUBLIK, 11/2011, Hessen: Occupy Frankfurt!.

PUBLIK, 11/2011, Hessen: Den Wahnsinn beenden.

PUBLIK, 1/2012, Titel: Was bleibt zum Leben?.

PUBLIK, 1/2012, Meinung: Schuldenfrage ist Verteilungsfrage.

PUBLIK, 1/2012, Spezial: Eine ganze Generation protestiert.

PUBLIK, 1/2012, Niedersachsen/Bremen: Einmütig gegen die EU-Pläne.

PUBLIK, 2/2012, Politik: Inflation frisst Erhöhung.

PUBLIK, 2/2012, Gesellschaft: Zukunft sieht anders aus.

PUBLIK, 2/2012, Aus den Bezirken: 15. Mai 2012 – ein Jahr Occupy: Kundgebung in Stuttgart.

PUBLIK, 2/2012, Stuttgart: Ein Jahr Occupy-Bewegung.

PUBLIK, 3/2012, Meinung: Europa neu begründen!.

PUBLIK, 3/2012, Politik: Europa neu begründen.

PUBLIK, 3/2012, Politik: Proteste gegen die EZB in Frankfurt.

PUBLIK, 3/2012, Stuttgart: Für eine menschliche Zukunft.

PUBLIK, 4/2012, International: Gewerkschaften und Occupy.

PUBLIK, 5/2012, Brennpunkt: Wir müssen den Kürzungs-Irrsinn beenden.

PUBLIK, 5/2012, Meinung: Der Fiskalpakt ruiniert Europa.

PUBLIK, 5/2012, Niedersachsen/Bremen: Mit Wirtschaftshilfen Arbeit schaffen.

PUBLIK, 6/2012, Rheinland-Pfalz/Saar: EU öffnet Lohndumping Tür und Tor.

PUBLIK, 7/2012, Titel: Geld ist genug da!.

PUBLIK, 7/2012, Stuttgart: Auseinandersetzen, mitmachen!.

PUBLIK, 7/2012, Niedersachsen/Bremen: Umfairteilen – Breites Bündnis für Reichensteuer.

PUBLIK, 8/2012, Politik: Einmal über die Schlossstraße.

PUBLIK, 8/2012, Spezial: Solidarität über Grenzen.

PUBLIK, 8/2012, Hessen: Bei uns und anderswo.

PUBLIK, 1/2013, Hamburg: Lohndumping vorerst abgewehrt.

PUBLIK, 2/2013, International: Es bleibt kalt auf dem Olymp.

PUBLIK, 2/2013, Stuttgart: Eurokrise und Gewerkschaften.

PUBLIK, 3/2013, Titel: Reichtum besteuern! Wir sind dafür.

PUBLIK, 3/2013, Reportage: Menschenleben stehen auf dem Spiel.

PUBLIK, 3/2013, Stuttgart: „Rettungspakete retten nur Gläubiger“.

PUBLIK, 4/2013, Inside: ver.di *PUBLIK* punktet.

PUBLIK, 4/2013, International: Europäischer Alternativgipfel „Alter Summit“.

PUBLIK, 4/2013, Hessen: Brutaler und undemokratischer Polizeieinsatz.

PUBLIK, 4/2013, Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen: Gemeinsam nach Europa.

PUBLIK, 5/2013, Politik: Unterschriften brachten Erfolg.

PUBLIK, 5/2013, Spezial Bundestagswahl: Kein Pakt mit Merkel.

PUBLIK, 7/2013, International: Viele Familien ohne Einkommen.

PUBLIK, 7/2013, Spezial: Solidarität.

PUBLIK, 8/2013, Inside: Was ist Solidarität?.

PUBLIK, 8/2013, Inside: Dieser Preis geht an ver.di.

PUBLIK, 8/2013, Politik: Keine Kunst im freien Handel.

PUBLIK, 2/2014, Politik: Demonstration in Brüssel.

PUBLIK, 2/2014, Politik: Mehr Transparenz gefordert.

PUBLIK, 2/2014, International: Millionen ohne Gesundheitsschutz.

PUBLIK, 2/2014, Meinung: Ein Bekenntnis zum Streikrecht.

PUBLIK, 3/2014, Spezial Europawahl.

PUBLIK, 3/2014, Spezial Europawahl: Für ein soziales Europa.

PUBLIK, 3/2014, Spezial Europawahl: Europa geht uns an....

PUBLIK, 3/2014, Hamburg: Wir stellen die Weichen für Europa.

PUBLIK, 3/2014, München: „Gute Arbeit. Soziales Europa“.

PUBLIK, 4/2014, Meinung: Im Wettlauf um sinkende Löhne.

PUBLIK, 4/2014, Niedersachsen/Bremen: Spardiktate mit fatalen Folgen.

PUBLIK, 7/2014, Hessen: ver.di Jugend blockupiert wieder.

PUBLIK, 1/2015, Politik: Chance für Europa.

PUBLIK, 1/2015, Aus den Bezirken: Aufstehen für ein Europa von unten.

PUBLIK, 1/2015, Meinung: Der Kampf gegen sinkende Preise.

PUBLIK, 1/2015, Hessen: Aufstehen für ein Europa von unten.

PUBLIK, 2/2015, International: Einreißen geht schnell, aufbauen dauert.

PUBLIK, 4/2015, Stuttgart: 4. Europa-Kongress der „Böblinger Charta“.

PUBLIK, 5/2015, Meinung: Das Lernziel: Nur nicht aufmucken!.

PUBLIK, 6/2015, Politik: Uruguay steigt aus.

PUBLIK, 7/2015, Politik: Verschlossene Türen.

PUBLIK, 7/2015, Politik: EU greift Tarifautonomie an.

PUBLIK, 8/2015, International: Weil es zum Leben nicht mehr reicht.

PUBLIK, 1/2016, Politik: Jetzt geht es um die Erhöhung.

PUBLIK, 4/2016, International: Nachverhandlungen für CETA gefordert.

PUBLIK, 2/2016, Niedersachsen/Bremen: Eurokrise und Flüchtlingskrise gefährden Existenz der EU.

PUBLIK, 3/2016, Hessen: Ein Leben auf der Straße.

PUBLIK, 4/2016, Hessen: Barcelona meets Rhein/Main.

PUBLIK, 5/2016, Niedersachsen/Bremen: Europa steht auf der Kippe.

PUBLIK, 5/2017, Aus den Bezirken: Das soziale Gesicht Europas.

PUBLIK, 8/2016, International: Arbeitsrecht ist Vergangenheit.

PUBLIK, 3/2017, Hessen: In Europa voneinander lernen.

PUBLIK, 4/2017, Gesellschaft: Die 23. Kürzung.

PUBLIK, 2/2017, Politik: Mit der heißen Nadel gestrickt.

PUBLIK, 5/2017, Aus den Bezirken: Das soziale Gesicht Europas.

PUBLIK, 3/2020, Brennpunkt: Gesellschaft unterm Brennglas.

PUBLIK, 3/2020, Spezial: Es gibt genug zu tun.

PUBLIK, 1/2021, Inside: Mitgliederentwicklung: Bei manchen fehlt nur noch der letzte Schritt.

IG Metall

Dokumente, Positionspapiere, Geschäftsberichte

IG Metall (2009): Aktiv aus der Krise - Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionsplan der IG Metall.

https://www.igmetall.de/download/0143744_Aktionsplan_c6c95a39e654f677a3d21f92ce65e709c9e663f0.pdf [30.07.2021].

IG Metall (2009): Für ein solidarisch erneuertes Europa. Europapolitisches Memorandum der IG Metall.

https://www.igmetall.de/download/docs_0144466_europapolitisches_memorandum_03_2009_191869385ae4630d348d87807bbdcffcae8f4f31.pdf [30.07.2021].

IG Metall (2011): IG Metall fordert Kurswechsel für Europa. <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/ig-metall-fordert-kurswechsel-fuer-europa> [30.07.2021].

IG Metall (2011): 10 Gründe für den Euro und die Währungsunion. <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/10-gruende-fuer-den-euro-und-die-waehrungsunion> [30.07.2021].

IG Metall (2012): Deutschland als Wachstumsanker in Europa stabilisieren (Teil I). Kurswechsel für ein solidarisches Europa (Teil II). IG Metall Vorstand: 09. Oktober 2012. http://www.igmetall-kurswechselkongress.de/wp-content/uploads/2012/11/2012-10-09_DEUTSCH_Europapapier-IG-Metall.pdf [30.07.2021].

IG Metall (2012): Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012. http://www.igmetall-kurswechselkongress.de/wp-content/uploads/2013/03/Kurswechsel-Brosch%C3%BCre_alle_Seiten_einzel.pdf [30.07.2021].

IG Metall (2013): Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten. https://www.igmetall.de/download/13_6_18_Ergebnis_Befragung_financial_51c49e134f92b4922b442d7ee4a00465d8c15626.pdf [30.07.2021].

IG Metall (2014): Das soziale Europa ... damit unser Europa eine Zukunft bekommt. https://www.igmetall-sprockhoevel.de/files/themenheft_europa_2.auf1_1.pdf [30.07.2021].

IG Metall (2015): Geschäftsbericht 2011-2014. https://www.igmetall.de/download/IGM-Geschaeftsbericht_2011-2014_niedrigaufgeloest_c693719e31de95bdfc7483482ff6bd99884f9fe2.pdf [30.07.2021].

Pressemitteilungen

IG Metall (2011): Berthold Huber kritisiert „EU-Kommission hat aus der Wirtschaftskrise nichts gelernt“. Pressemitteilung 59/2011 vom 22.11.2011.

IG Metall (2012): IG Metall-Resolution zum Europäischen Aktionstag am 14. November 2012. Pressemitteilung 70/2012 vom 14.11.2012.

IG Metall (2012): IG Metall-Jugend fordert Bildung, Gerechtigkeit und Zukunft für Europas Jugend. Pressemitteilung 76/2012 vom 6.12.2012.

IG Metall (2014): IG Metall eröffnet Verbindungsbüro in Brüssel – „Umsteuern für ein starkes Europa“. Pressemitteilung 22/2014 vom 8.07.2014.

IG Metall (2015): IG Metall fordert mehr Investitionen in die Zukunft der europäischen Industrie: „Juncker-Plan muss aufgestockt werden“. Pressemitteilung 27/2015 vom 26.03.2015.

IG Metall (2015): IG Metall wendet sich gegen Vorstöße der EU-Kommission zur Schwächung der Gewerkschaften. Pressemitteilung 35/2015 vom 28.05.2015.

Metallzeitung

Anmerkung zur Zitation: Die *metallzeitung* änderte ab der Ausgabe 8/2015 ihre Struktur bzw. verzichtete auf die bisherigen Bezeichnungen der Rubriken (z.B.: „Aktuell“). Die vorliegende Arbeit verwendet daher für die Zitation von Ausgaben ab 8/2015 nicht mehr die Rubrik, sondern die Seitenzahl.

Metallzeitung, 3/2009, Titel: Gut geschützt durch die Krise. Gegen Entlassungen trotz harter Zeiten.

Metallzeitung, 5/2009, Editorial: Nur entschlossene Politik kann die Krise überwinden.

Metallzeitung, 5/2009, Reportage: Verursacher sollen zahlen.

Metallzeitung, 6/2009, Aktuell: Aktionen in Bildern. Die IG Metall mobilisiert zum Widerstand gegen Entlassungen.

Metallzeitung, 5/2010, Editorial: Wir brauchen einen klaren Kurswechsel.

Metallzeitung, 7/2010: Die Regierung stellt die Weichen falsch.

Metallzeitung, 8/2011, Arbeit: Solidarität in Europa.

Metallzeitung, 11/2011, Editorial: Starker Einsatz für lebendige Demokratie.

Metallzeitung, 11/2011, Aktuell: „Fehler im System“.

Metallzeitung, 2/2012, Arbeit: Agenda 2010 für Europa.

Metallzeitung, 3/2012, Aktuell: Retten geht anders.

Metallzeitung, 5/2012, Aktuell: Testlauf Südeuropa.

Metallzeitung, 9/2012, Arbeit: Eine verlorene Generation?.

Metallzeitung, 10/2012, Editorial: Wir brauchen ein soziales Europa!.

Metallzeitung, 12/2012, Arbeit: Ein Anker für Europa.

Metallzeitung, 6/2013, Leben: Noch mal von vorn.

Metallzeitung, 7/2013, Leben: Wenn Spanien weiter Löhne drückt, seid auch Ihr betroffen.

Metallzeitung, 9/2013, Aktuell: Ganz konkrete Hilfe.

Metallzeitung, 12/2013, Aktuell: Investieren für Arbeit.

Metallzeitung, 2/2014, Aktuell: Metaller holen Spanier.

Metallzeitung, 2/2014, Arbeit: Europa stark machen.

Metallzeitung, 4/2014, Arbeit: In Brüssel für ein soziales Europa demonstrieren.

Metallzeitung, 5/2014, Titelthema: Europa bringt Menschen zusammen.

Metallzeitung, 8/2014, Aktuell: IG Metall öffnet in Brüssel Türen.

Metallzeitung, 3/2015, Aktuell: Wahlen in Griechenland.

Metallzeitung, 4/2015, Aktuell: Proteste gegen EZB.

Metallzeitung, 7/2015, Aktuell: Gemeinsam gegen TTIP.

Metallzeitung, 9/2015, S. 7: Menschen und Umwelt sind keine Handelshemmnisse.

Metallzeitung, 11/2015, S. 6: TTIP – Eine Viertelmillion Gegner setzt Politiker unter Druck.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Dokumente, Positionspapiere, Geschäftsberichte

Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.): Beschlüsse des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongress: Sachgebiet B: Erledigt, Nichtbefassung, Ablehnung, Antrag B 003. <https://www.dgb.de/service/beschluesse-dgb-bundeskongress-2014/++co++83d00c34-6db3-11e4-871a-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.): Mitgliederzahlen 2004. https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2000-2009?tab=tab_0_10#tabnav [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.): Mitgliederzahlen 2020. <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2020-2029> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2008): DGB-Konjunktur- und Wachstumsprogramm. <https://www.dgb.de/presse/++co++mediapool-24d201f29ab0351d68a4ee913350ff63> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund / Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2009): Für ein Europa des sozialen Fortschritts. Gemeinsames Positionspapier von SPD und DGB. <https://www.dgb.de/themen/++co++mediapool-f47fcff34609e32a3e34644cad9c599b> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2010): Deutschland in Schieflage. <https://bw.dgb.de/themen/++co++mediapool-0ddef49c70c1f0a9a88583961d3a0b84> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2010): Griechenland-Resolution des DGB-Bundesvorstands. <https://www.dgb.de/themen/++co++09eb744a-576e-11df-7067-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Ja zu Europa! Ja zum Euro! <https://www.dgb.de/themen/++co++73e8c04c-e853-11e0-7a8e-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Deutsch-Französische Erklärung: Europa braucht keinen Wettbewerbspakt Merkel-Sarkozy, sondern einen politischen Kurswechsel für ein faires und gerechtes Europa, <https://www.dgb.de/themen/++co++d42643f8-55fa-11e0-5fe3-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Gemeinsame Erklärung zum Deutsch-Spanischen Gipfel: Europa am Scheideweg. <https://www.dgb.de/presse/++co++991a3518-2f75-11e0-5ba7-00188b4dc422/file/Gemeinsame-Erklärung-zum-Deutsch-Spanischen-Gipfel.pdf> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Aufruf Banken in die Schranken. <https://www.dgb.de/themen/++co++5881044e-0b9a-11e1-5060-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): 4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa. <https://www.dgb.de/themen/++co++5a0a649c-262d-11e1-5678-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Gemeinsame Erklärung von DGB, CCOO und UGT zum deutsch-spanischen Unternehmertreffen am 6. September 2012: Kurswechsel für Europa – jetzt! <https://www.dgb.de/themen/++co++f729b892-f803-11e1-b954-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Ein dringender Appell zur Zukunft Europas an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags. <https://www.dgb.de/themen/++co++f60dfdae-4671-11e1-4676-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. www.dgb.de/themen/++co++64e1dc32-4081-11e2-9bfe-00188b4dc422 [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Solidaritätsbotschaft zum Europäischen Aktionstag am 14. November 2012. <https://bw.dgb.de/++co++2bc8dba8-233f-11e2-af0f-00188b4dc422/DGB-Solidaritaetsbotschaft-zum-Europaeischen-Aktionstag-am-14-November-2012.pdf> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Vorschlag für Solidaritätsaktionen im Rahmen des EGB-Aktions- und Solidaritätstages. http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2012/14n_dgbvorschlag.pdf [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Deutsche Gewerkschaften unterstützen Aktionstag. <https://www.dgb.de/++co++5e1b8bca-2e4b-11e2-a135-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Aktiver Staat: Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. <https://www.dgb.de/themen/++co++af79a3f2-0dfe-11e2-ad4d-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): 1. Mai 2013: Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. <https://www.dgb.de/themen/++co++82107b28-a676-11e2-8fbb-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Die Lehren aus der Krise ziehen: Der Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben! <https://www.dgb.de/themen/++co++08da7738-df2c-11e2-ba40-525400808b5c> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Für ein Europa mit Zukunft – sozial, gerecht, demokratisch Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa. Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 5. November 2013. <https://www.dgb.de/themen/++co++5544163a-479e-11e3-acbc-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): 1. Mai 2014: Gute Arbeit. Soziales Europa. Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit. <https://www.dgb.de/++co++c82e1bb0-9482-11e3-869c-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): DGB-Aufruf zur Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 04. April 2014 in Brüssel. <https://www.dgb.de/themen/++co++0c5f285a-9ef7-11e3-b86e-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2010-2013. <https://www.dgb.de/themen/++co++70b0b8c0-1046-11e5-a12e-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2015): Resolution: Für einen Kurswechsel in Griechenland und Europa. <https://www.dgb.de/themen/++co++316cd13e-b129-11e4-882a-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Geschäftsbericht 2014-2017. <https://bundeskongress.dgb.de/++co++450aa514-4f0e-11e8-9708-52540088cada> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zuletzt geändert durch den 21. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes 2018 in Berlin. <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/satzung/++co++a0f65d80-05b8-11e4-bdf8-52540023ef1a> [30.07.2021].

Pressemitteilungen

Deutscher Gewerkschaftsbund (2009): Sozialer Fortschritt in der EU – Gemeinsames Positionspapier von DGB und Bündnis 90/Die Grünen. Pressemitteilung 100 vom 1.06.2009, <https://www.dgb.de/presse/++co++00a8975e-1561-11df-4ca9-00093d10fae2> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): DGB: Arbeit – sicher und fair! Pressemitteilung 010 vom 25.01.2011, <https://www.dgb.de/presse/++co++f63af6ce-2890-11e0-614d-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger: Europaparlament stimmt für Finanztransaktionssteuer. Pressemitteilung 029 vom 8.03.2011, <https://www.dgb.de/presse/++co++9a5db812-4994-11e0-4156-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Euro-Rettungsschirm: Michael Sommer und Dr. Dieter Hundt werben für Zustimmung. Pressemitteilung 164 vom 28.09.2011, <https://www.dgb.de/presse/++co++50dbe66a-e9ac-11e0-69b4-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Kurswechsel in Europa: Ein Sozial- und Wachstumspakt muss her. Pressemitteilung 047 vom 22.03.2012, <https://www.dgb.de/presse/++co++0330a1dc-7409-11e1-5063-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Jetzt wird umFAIRteilt. Pressemitteilung 162 vom 28.09.2012, <https://www.dgb.de/presse/++co++d52ff9d2-095f-11e2-ab18-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Berlin, Frankfurt, Hannover, Mannheim, München: Flagge zeigen für einen Politikwechsel! Gewerkschaftliche Kundgebungen und Veranstaltungen am 7. September 2013. Pressemitteilung 152 vom 2.09.2013, <https://www.dgb.de/themen/++co++671030f6-13cd-11e3-9e79-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): DGB fordert Europaparlament als Korrektiv für soziales Europa. Pressemitteilung 060 vom 4.04.2014, <https://www.dgb.de/presse/++co++7f9ba7fe-bbde-11e3-8845-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): DGB und Bündnis 90/Die Grünen rufen zur Teilnahme an der Europawahl auf. Pressemitteilung 076 vom 5.05.2014, <https://www.dgb.de/presse/++co++196bdab8-d456-11e3-98ef-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Wahlaufruf der DGB-Gewerkschaften zur Europawahl. Pressemitteilung 077 vom 7.05.2014, <https://www.dgb.de/presse/++co++1776f378-d5d2-11e3-ae57-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2014): Europa braucht mehr Mitbestimmung. Pressemitteilung 089 vom 14.05.2014, <https://www.dgb.de/presse/++co++46e8cf9c-db7b-11e3-b4ac-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund (2020): DGB fordert „Coronabonds“. Pressemitteilung 018 vom 30.03.2020, <https://www.dgb.de/presse/++co++c4654bf4-7282-11ea-adf4-52540088cada> [30.07.2021].

Europäischer Gewerkschaftsbund

Europäischer Gewerkschaftsbund (o.J.): Organisation and people. <https://www.etuc.org/en/organisation-and-people> [30.07.2021].

Europäischer Gewerkschaftsbund (o.J.): European Social Dialogue. <https://www.etuc.org/en/issue/european-social-dialogue> [30.07.2021].

Europäischer Gewerkschaftsbund (2011): Solidarity in the Crisis. https://www.etuc.org/sites/default/files/Solidarity_in_the_Crisis-2_1.pdf [30.07.2021].

Europäischer Gewerkschaftsbund (2011): The Athens Manifesto. https://www.etuc.org/sites/default/files/Final_Manifesto_EN_reduced_1.pdf [30.07.2021].

Europäischer Gewerkschaftsbund (2012): A Social Compact for Europe. https://www.etuc.org/sites/default/files/EN-A-social-compact-for-Europe_2.pdf [30.07.2021].

Europäischer Gewerkschaftsbund (2013): A new path for Europe: ETUC plan for investment, sustainable growth and quality jobs. https://www.etuc.org/sites/default/files/EN-A-new-path-for-europe_3.pdf [30.07.2021].

Sonstige Gewerkschaften und Gewerkschaftsgliederungen

DGB-Jugend (2013): DGB-Jugend unterstützt „Blockupy“. <https://jugend.dgb.de/presse/++co++0eed1ff6-c9c7-11e2-a880-525400808b5c> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen-Thüringen (2011): Occupy Frankfurt und Gewerkschaften. <https://hessen-thueringen.dgb.de/++co++3a853146-f8c0-11e0-502f-00188b4dc422> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund Stadtverband Frankfurt am Main (2015): Aufruf „Für Arbeit und Ausbildung – kontra Austerität – Für ein Europa der Menschen – gegen Willkür des Marktes“. <https://frankfurt-rhein-main.dgb.de/themen/++co++b101a22e-b20c-11e4-8829-52540023ef1a> [30.07.2021].

Deutscher Gewerkschaftsbund Ruhr-Mark (2012): DGB: Umfairteilen ist auch in Bochum angesagt. Pressemitteilung 082 vom 3.08.2012, <https://ruhr-mark.dgb.de/++co++0d9e5dfc-dd66-11e1-8299-00188b4dc422> [30.07.2021].

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2012): Für ein demokratisches und soziales Europa! Gegen das Diktat der Troika und die Vorherrschaft der Finanzmärkte! <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/fuer-ein-demokratisches-und-soziales-europa-gegen-das-diktat-der-troika-und-die-vorherrschaft-der-fi/> [30.07.2021].

UNI Global Union (o.J.): Quality Jobs for Quality Services. A UNI Europa Services Manifesto. https://www.uniglobalunion.org/sites/default/files/imce/quality_jobs_for_quality_services_en.pdf [30.07.2021].

Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften (2009): Offener Brief an Bundesvorstand des DGB und Bundesvorstände der DGB-Gewerkschaften. <http://archiv.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/krise08gewbrief.pdf> [30.07.2021].

Gesellschaftliche Akteure

Alter Summit (o.J.): Ein Manifest der Menschen in Europa. http://www.altersummit.eu/IMG/pdf/manifest_alter_summit.pdf [30.07.2021].

Attac (o.J.): Mitgliedsorganisationen. <https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/attac-netzwerk/mitgliedsorganisationen/> [30.07.2021].

Attac (2011): Morgen in Frankfurt und Berlin: „Banken in die Schranken!“ <https://www.attac.de/kampagnen/bankwechsel/worum-geht-es/aktuelles/artikel/news/morgen-in-frankfurt-und-berlin-banken-in-die-schranken/> [30.07.2021].

Europa neu begründen (2012): Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen! <http://www.europa-neu-begrunden.de/founding-europe-anew/> [30.07.2021].

Europa neu begründen (2015): Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa. <http://www.europa-neu-begrunden.de/griechenland-nach-der-wahl-keine-gefahr-sondern-eine-chance-fuer-europa/> [30.07.2021].

Griechenland-Solidaritätskomitee Berlin (2012): Offener Brief an den DGB Berlin-Brandenburg. <http://griechenlandsolidaritaetberlin.blogspot.eu/2012/10/25/offener-brief-an-den-dgb-berlin-brandenburg/> [30.07.2021].

Rosa Luxemburg Stiftung (o.J.): Dokumentation: Europa neu begründen. <https://nrw.rosalux.de/dokumentation/id/14009/europa-neu-begrunden/> [30.07.2021].

Umfairteilen (2013): 131.721 Unterschriften für gerechte Verteilung an SPD überreicht. <http://2014.umfairteilen.de/start/vergangene-aktionen/spd-09092013/> [30.07.2021].

Steuer gegen Armut (2009): Offener Brief der Kampagne. <https://www.steuer-gegen-armut.org/kampagne/grundlage-der-kampagne.html> [30.07.2021].

Steuer gegen Armut (2009): Petition. <https://www.steuer-gegen-armut.org/kampagne/petition.html> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2008): Tarifrunde 2008 Metallindustrie. <https://www.wsi.de/de/metallindustrie-27390.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2009): Tarifrunde 2009 Sozial- und Erziehungsdienst. <https://www.wsi.de/de/sozial-und-erziehungsdienst-27368.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2010): Tarifrunde 2010 Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden. <https://www.wsi.de/de/offentlicher-dienst-bund-und-gemeinden-27355.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2012): Tarifrunde 2012 Metallindustrie. <https://www.wsi.de/de/27315.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2012): Tarifrunde 2012 Öffentlicher Dienst. <https://www.wsi.de/de/27317.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2013): Tarifrunde 2013 Metallindustrie. <https://www.wsi.de/de/metallindustrie-27294.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2015): Tarifrunde 2015 Deutsche Post AG. <https://www.wsi.de/de/deutsche-post-ag-24819.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2015): Tarifrunde 2015 Metallindustrie. <https://www.wsi.de/de/metall-und-elektroindustrie-24814.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2015): Tarifrunde 2015 Sozial- und Erziehungsdienste. <https://www.wsi.de/de/sozial-und-erziehungsdienste-24820.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (o.J.): Tarifrunde 2009 Abschlüsse. <https://www.wsi.de/de/abschlusse-26187.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (o.J.): Tarifrunde 2010 Forderungen. <https://www.wsi.de/de/26179.htm> [30.07.2021].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (o.J.): Tarifrunde 2011 Forderungen. <https://www.wsi.de/de/26254.htm> [30.07.2021].

Medien

Publikationen von Gewerkschaftsfunktionären

Bsirske, Frank / Klaus Busch (2013): A Concept For Deepening The Social Dimension Of The European Union. In: Grozelier, Anne-Marie / Björn Hacker / Wolfgang Kowalsky / Jan Machnig / Henning Meyer / Brigitte Unger (Hrsg.): Roadmap to a Social Europe. Falkensee: Social Europe Publishing, 62-68.

Bsirske, Frank / Klaus Busch (2017): Diese Säule trägt nicht. *Mitbestimmung*, 08/2017, <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-diese-soziale-saeule-traegt-nicht-6155.htm> [30.07.2021].

Bsirske, Frank / Klaus Busch / Olivier Höbel / Rainer Knerler / Dieter Scholz (Hrsg.) (2016): Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien. Hamburg: VSA

Bsirske, Frank / Klaus Dörre / Jeanne Chevalier / Andrea Ypsilanti (2019): Ein anderes Europa ist möglich. Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch. Herausgegeben von Attac. Hamburg: VSA.

Busch, Klaus / Dierk Hirschel (2011): Ein Marshallplan für Südeuropa. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/2011, 5-8.

Busch, Klaus / Axel Troost / Gesine Schwan / Frank Bsirske / Joachim Bischoff / Mechthild Schrooten / Harald Wolf (2016): Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg: VSA.

Buntenbach, Annelie (2019): Für ein Soziales Europa! In: Attac (Hrsg.): Ein anderes Europa ist möglich. Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch. Hamburg: VSA, 79-87.

Fehrmann, Eberhard (2015): Auf der Suche nach der verlorenen Einheit. Hintergründe der Lagerbildung im DGB. *Sozialismus*, 42 (9), S. 48-54.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2015): More of this Could Do the Job. Make the Juncker Plan Effective and Sustainable, <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11609.pdf> [30.07.2021].

Hackenjos, Barbara / Romin Khan (2012): Bei Facebook oder im Mitgliedernetz: Aus Kollegen werden Freunde. In: Frank Bsirske / Lothar Schröder / Frank Werneke / Dina Bösch / Achim Meerkamp (Hrsg.): Grenzenlos vernetzt? Gewerkschaftliche Positionen zur Netzpolitik. Hamburg: VSA, 153-163.

Hirschel, Dierk (2010): Sparen ist keine Lösung. *Frankfurter Rundschau*, 18.06.2010, S. 13.

Hirschel, Dierk (2011a): Europa am Scheideweg. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2011, S. 15.

Hirschel, Dierk (2011b): Griechenland retten – aber richtig. *Der Tagesspiegel*, 9.06.2011, S. 8, <https://www.tagesspiegel.de/meinung/positionen-griechenland-retten-aber-richtig/4266916.html> [30.07.2021].

Hirschel, Dierk (2011c): Die Totengräber des Euro. *Frankfurter Rundschau*, 21.07.2011, S. 10.

Hirschel, Dierk (2012a): Der Fiskalpakt ruiniert Europa. *Süddeutsche Zeitung*, 11.05.2012, S. 18.

Hirschel, Dierk (2012b): Merkels Europa ist falsch. *taz – die tageszeitung*, 13.02.2012, <https://taz.de/Debatte-Europa/!5100815/> [30.07.2021].

Hirschel, Dierk (2012c): Reichtum verpflichtet. *Die Zeit*, 13.09.2012, S. 33, <https://www.zeit.de/2012/38/Schulden-Vermoege-Reichtum-Steuern> [30.07.2021].

Hirschel, Dierk (2013a): Die Risiken des deutschen Zaubertranks. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.01.2013, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/standpunkt-dierk-hirschel-die-risiken-des-deutschen-zaubertranks-12016261.html> [30.07.2021].

Hirschel, Dierk (2013b): Die Reichen sollen zahlen. *Süddeutsche Zeitung*, 27.05.2013, S. 18.

Hoffmann, Reiner (2011): Proactive Europeanisation of industrial relations and trade unions! In: Wolfgang Kowalsky / Peter Scherrer (Hrsg.): Trade unions for a change of course in Europe. The end of a cosy relationship. Brüssel: European Trade Union Institute, 57-83.

Huber, Berthold (Hrsg.) (2010): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise. Frankfurt a.M.: Campus.

Huber, Berthold (Hrsg.) (2013): Kurswechsel für ein gutes Leben. Wege zu einer solidarischen Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus.

Knerler, Rainer / Frank Schmidt-Hullmann (2016): Herausforderungen für eine gemeinsame europäische Gewerkschaftspolitik aus Sicht der IG BAU. In: Frank Bsirske / Klaus Busch / Olivier-Andre Höbel / Rainer Knerler / Dieter Scholz (Hrsg.): Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien. Hamburg: VSA, 211-216.

Krämer, Ralf (2013): Ohne Umfairteilen kein Politikwechsel! *Gegenblende*, 22.05.2013, <https://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++dc62b3c6-c2d1-11e2-87e3-52540066f352> [30.07.2021].

Lemb, Wolfgang / Hans-Jürgen Urban (2014): Can Democracy in Europe Still be Salvaged? A Plea for a Radical Change of Course in European Policy and in the European Union. *Sozialismus*, 41 (4), Supplement „Can Europe still be saved?“, 44-55.

Matecki, Claus (2013): Der neue Marshallplan. *Handelsblatt*, 17.07.2013, S. 13.

Pedrina, Vasco (2013): Gewerkschaftliche Strategien für ein „anderes Europa“. *Gegenblende*, 10.06.2013, <https://gegenblende.dgb.de/++co++8ec8727a-d1ba-11e2-b8cc-52540066f352> [30.07.2021].

Riexinger, Bernd (2009): Perspektiven des Protestes. *Sozialismus*, 7-8/2009, <https://www.sozialismus.de/detail/artikel/perspektiven-des-protestes/> [30.07.2021].

Rose, Wolfgang (2011): Wir retten nicht Griechenland, sondern die Banken. *Hamburger Abendblatt*, 14.07.2011, S. 2, <https://www.abendblatt.de/meinung/article108050447/Wir-retten-nicht-Griechenland-sondern-die-Banken.html> [30.07.2021].

Scherrer, Peter (2011): Unions still a long way from a truly European position. In: Wolfgang Kowalsky / Peter Scherrer (Hrsg.): Trade unions for a change of course in Europe. The end of a cosy relationship. Brüssel: European Trade Union Institute, 29-38.

Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2009): Gewerkschaften und Parteien. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 22 (4), 88-98.

Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2010): Die Krisenreaktion der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Mitteilungen, 62 (9), 490-492.

Urban, Hans-Jürgen (2015): Between crisis corporatism and revitalisation: trade union policy in the era of European financial market capitalism. In: Steffen Lehnendorff (Hrsg.): Divisive integration. The triumph of failed ideas in Europe – revisited. Brüssel: European Trade Union Institute, 269-294.

Urban, Hans-Jürgen (2015): Für eine radikale Wende in Europa. *neues deutschland*, 23.03.2015, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/965607.fuer-eine-radikale-wende-in-europa.html> [30.07.2021].

Urban, Hans-Jürgen (2016): Zivilisiert den Euro! *taz – die tageszeitung*, 19.09.2016, S. 12., <https://taz.de/Debatte-Zukunft-Europas/!5337363&SuchRahmen=Print/> [30.07.2021].

Vogel, Sabine H. / Werner Sauerborn (2012): Zwei Schlussfolgerungen nach dem Aktionstag am 14. November. *neues deutschland*, 23.11.2012, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/805289.zwei-schlussfolgerungen-nach-dem-aktionstag-am-november.html> [30.07.2021].

Publikumsmedien

Anmerkung zur Zitation: Die meisten Pressequellen entstammen der Schlagwortsuche in den genannten Archiven. Die hier folgenden Quellenangaben entnehmen die Titel bzw. Schlagzeilen der Artikel i.d.R. aus der Archivsuche, deren Ergebnisse außerdem i.d.R. die jeweilige Seitenzahl enthalten. Um dem Leser einen schnellen Zugriff auf die betreffenden Artikel zu ermöglichen, wurden vom Autor darüber hinaus – wann immer auffindbar – Onlinequellen zu den Artikeln gestellt. In den Online-Ausgaben haben die Artikel aber z.T. andere Titel bzw. Schlagzeilen und i.d.R. ein früheres Erscheinungsdatum, da sie bereits am Nachmittag oder Abend vor dem Erscheinungsdatum des gedruckten Produkts online publiziert werden.

Appenzeller, Gerd (2015): Marshallplan gegen das Bild des hässlichen Deutschen. *Der Tagesspiegel*, 30.03.2015, <https://www.tagesspiegel.de/politik/griechenland-und-eurokrise-marshallplan-gegen-das-bild-des-haesslichen-deutschen/11572670.html> [30.07.2021].

Armbrüster, Tobias (2012): Verdi-Chef will „Superreiche“ zur Kasse bitten. Deutschlandfunk, 11.10.2012, https://www.deutschlandfunk.de/verdi-chef-will-superreiche-zur-kasse-bitten.694.de.html?dram:article_id=223969 [30.07.2021].

Astheimer, Sven / Henrike Roßbach (2011): „Wir brauchen einen Marshallplan für Griechenland“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.09.2011, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/im-gespraech-ig-metall-chef-berthold-huber-wir-brauchen-einen-marshallplan-fuer-griechenland-11371836.html> [30.07.2021].

Beck, Ulrich (2012): Ein europäischer Frühling? *taz – die tageszeitung*, 24.11.2012, S. 3, <https://taz.de/Essay-zu-den-Sozialprotesten-in-Europa/!5078752/> [30.07.2021].

Beise, Marc (2011): Es geht um den Euro. *Süddeutsche Zeitung*, 15.06.2011, S. 4.

Beucker, Pascal / Anja Krüger (2015): Umsonst gestreikt. *taz – die tageszeitung*, 16.09.2015, <https://taz.de/Vor-dem-Verdi-Bundeskongress/!5227518/> [30.07.2021].

Blätter für deutsche und internationale Politik (o.J.): Dokumente zum Zeitgeschehen: „Europa geht anders!“, <https://www.blaetter.de/dokumente/europa-geht-anders> [30.07.2021].

Bleskin, Manfred (2011): Bsirske verteidigt Postbank-Streik. n-tv, 4.12.2011, <https://www.n-tv.de/politik/Bsirske-verteidigt-Postbank-Streik-article4926191.html> [30.07.2021].

Böcking, David (2012): „Wo ist der Marshallplan für Griechenland?“ *Spiegel Online*, 26.01.2012, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/waerungsexperte-barry-eichengreen-wo-ist-der-marshallplan-fuer-griechenland-a-811696.html> [30.07.2021].

Broecheler, Birgit (2014): Solidarität für soziales Europa. *Aachener Nachrichten*, 26.04.2014, S. 19.

Buchsteiner, Rasmus (2011): Eurokrise: „Sparen allein hilft nicht“. *Schwäbische Zeitung*, 12.09.2011, S. 6.

Creutzburg, Dietrich (2012): Mister Gegensatz. *Handelsblatt*, 28.03.2012, S. 6.

Dernbach, Andrea / Jahel Mielke / Anna-Sophie Sieben (2011): Kettenreaktion. *Der Tagesspiegel*, 15.10.2011, S. 2.

Dieter, Heribert (2012): Bloß keinen Marshallplan für Griechenland. *Zeit Online*, 6.03.2012, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2012-03/griechenland-marshall-plan> [30.07.2021].

Dombrovskis, Valdis / Paolo Gentiloni (2021): Wie soll die wirtschaftspolitische Steuerung Europas künftig aussehen? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.2021, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europa-nach-corona-debatte-ueber-wirtschaftspolitische-steuerung-17592036.html> [12.11.2021].

Eichinger, Roman / Miriam Hollstein (2015): Warum wollen Sie Deutschland lahmlegen? *Bild am Sonntag*, 15.03.2015, <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/bsirske-frank/warum-wollen-sie-deutschland-lahmlegen-40160180.bild.html> [30.07.2021].

Escher, Georg (2012): „Arbeitnehmerrechte werden geschleift“. *Nürnberger Nachrichten*, 3.04.2012, S. 5.

Esslinger, Detlef (2011): Klassenkämpfer war einmal. *Süddeutsche Zeitung*, 6.09.2011, <https://www.sueddeutsche.de/karriere/zukunft-der-arbeit-klassenkaempfer-war-einmal-1.1139355-0> [30.07.2021].

Esslinger, Detlef (2012): Marshallplan für Europa. *Süddeutsche Zeitung*, 8.12.2012, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europa-in-der-krise-marshallplan-fuer-europa-1.1545203> [30.07.2021].

Esslinger, Detlef (2015): DGB will enger zusammenarbeiten – ohne Verdi. *Süddeutsche Zeitung*, 15.04.2015, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gewerkschaften-dgb-will-enger-zusammenarbeiten-ohne-verdi-1.2436698> [30.07.2021].

Euler, Ralf (2015). Hessische Politiker entsetzt über Gewalt bei Blockupy. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.03.2015, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/blockupy/hessische-politiker-ueber-gewalt-bei-blockupy-entsetzt-13491031.html> [30.07.2021].

Faigle, Philip / Marcus Gatzke (2010): „Es gibt viele Stuttgart 21“. *Zeit Online*, 7.10.2010, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2010-10/interview-bsirske> [30.07.2021].

Frankenberger, Klaus-Dieter (K.F.) (2012): Das Unausweichliche. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.11.2012, S. 10.

Frese, Alfons (2010): „Deutschland ist für Reiche eine Steueroase“. *Der Tagesspiegel*, 8.06.2010, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/interview-deutschland-ist-fuer-reiche-eine-steuer-oase/1853614.html> [30.07.2021].

Frese, Alfons (2011a): „Für die Reichen ist Deutschland eine Steueroase“. *Der Tagesspiegel*, 11.09.2011, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/frank-bsirske-fuer-die-reichen-ist-deutschland-eine-steuer-oase/4598594.html> [30.07.2021].

Frese, Alfons (2011b): Bsirske wird als Verdi-Chef wiedergewählt. *Der Tagesspiegel*, 20.09.2011, S. 16, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kampfparolen-und-gefuehligkeit-bsirske-wird-als-verdi-chef-wiedergewaehlt/4624866.html> [30.07.2021].

Frese, Alfons (2011c): „Öffentlich ist wesentlich“. *Der Tagesspiegel*, 21.09.2011, S. 15, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/oeffentlich-ist-wesentlich/4628992.html> [30.07.2021].

Frese, Alfons (2013): Gewerkschafter attackieren Merkels Europa- und Arbeitsmarktpolitik. *Der Tagesspiegel*, 2.05.2013, S. 17.

Frese, Alfons (2014): „Die schwarze Null ist verrückt“. *Der Tagesspiegel*, 15.12.2014, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/verdi-chef-frank-bsirske-im-interview-die-schwarze-null-ist-verrueckt/11117736.html> [30.07.2021].

Gabriel, Sigmar / Peer Steinbrück / Frank-Walter Steinmeier (2012): Warum wir die Soziale Marktwirtschaft brauchen. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 1.04.2012, S. 3, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gastbeitrag-der-spd-troika-warum-wir-die-soziale-marktwirtschaft-brauchen-11704222.html> [30.07.2021].

Gammel, Cerstin (2011a): Marshall-Plan für ein marodes Land. *Süddeutsche Zeitung*, 21.05.2011, <https://www.sueddeutsche.de/geld/griechenland-marshall-plan-fuer-ein-marodes-land-1.1099950> [30.07.2021].

- Gammel, Cerstin (2011b): Marshall in Athen. *Süddeutsche Zeitung*, 21.05.2011, S. 21.
- Gammel, Cerstin / Claus Hulverscheidt (2012): Neue Milliarden für das Wachstum. *Süddeutsche Zeitung*, 2.05.2012, S. 1.
- Gaugele, Jochen (2011): Lob und Tadel für EU-Gipfel-Beschlüsse. *Die Welt*, 10.12.2011, S. 4.
- Gaugele, Jochen / Matthias Iken (2010): „Eine Politik krasser sozialer Einseitigkeit“. *Hamburger Abendblatt*, 6.11.2010, <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107880860/Eine-Politik-krasser-sozialer-Einseitigkeit.html> [30.07.2021].
- Göpfert, Claus-Jürgen / Hanning Voigts (2013): Breites Bündnis für Blockupy. *Frankfurter Rundschau*, 7.06.2013, <https://www.fr.de/frankfurt/breites-buendnis-blockupy-11282315.html> [30.07.2021].
- Grauel, Torsten (2013): Protest und Rebellion sind was für Alte. *Welt Online*, 2.12.2013, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article122448579/Protest-und-Rebellion-sind-was-fuer-Alte.html> [30.07.2021].
- Groth, Michael / Ulrich Ziegler (2010): „Ein positives Signal“. Deutschlandfunk Kultur, 3.07.2010, https://www.deutschlandfunkkultur.de/ein-positives-signal.990.de.html?dram:article_id=154178 [30.07.2021].
- Hägl, Max (2012): Projekt Klassenkampf. *Süddeutsche Zeitung*, 10.11.2012, S. 26.
- Hasselmann, Jörn / Timo Kather / Fatina Keilani (2014): 1. Mai: Mehr Protest, mehr Fest. *Der Tagesspiegel*, 2.05.2014, S. 1.
- Heimberger, Philipp (2021): Die EU-Anleihen sind ein Zukunftsmodell für Europa. *Handelsblatt*, 8.01.2021, <https://www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/homo-oeconomicus-die-eu-anleihen-sind-ein-zukunftsmodell-fuer-europa/26779910.html> [30.07.2021].
- Helbig, Felix (2011): Bank, du bist umzingelt. *Frankfurter Rundschau*, 12.11.2011, S. R2.
- Helbig, Felix (2012): DGB befürwortet Occupy-Camp. *Frankfurter Rundschau*, 25.07.2012, <https://www.fr.de/frankfurt/befuerwortet-occupy-camp-11321651.html> [30.07.2021].
- Held, Gerd (2012): Was bringen den Griechen denn jetzt neue Straßen? *Welt Online*, 9.03.2012, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article13910815/Was-bringen-den-Griechen-denn-jetzt-neue-Strassen.html> [30.07.2021].
- Hennes, Isabelle (2012): Mehr Europa aber anders. *Aachener Nachrichten*, 28.04.2012, S. 21, https://www.aachener-nachrichten.de/wirtschaft/frank-bsirske-spricht-ueber-die-zukunft-der-eu_aid-26581357 [30.07.2021].
- Hesse, Jan-Otmar (2012): Es gibt keine ökonomische Wunderheilung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.03.2012, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/griechenland-es-gibt-keine-oekonomische-wunderheilung-11680629.html> [30.07.2021].
- Hild, Thorsten (2012): Jetzt geht es um mehr Geld. *Der Freitag*, 23.01.2012, <https://www.freitag.de/auto-ren/der-freitag/jetzt-geht-es-um-mehr-geld> [30.07.2021].
- Hollstein, Miriam (2011): Warum in Deutschland kaum jemand auf die Straße geht. *Die Welt*, 13.10.2011, S. 8, https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13657858/Warum-in-Deutschland-kaum-jemand-auf-die-Strasse-geht.html [30.07.2021].

Hulverscheidt, Claus (2011): Griechenland und die große Gruselshow. *Süddeutsche Zeitung*, 10.05.2011, <https://www.sueddeutsche.de/geld/eurokrise-ein-marshallplan-fuer-griechenland-1.1095178> [30.07.2021].

Jacobsen, Lenz (2012): Das Volk hat Termine. *Zeit Online*, 17.10.2012, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-10/ Occupy-Jahrestag-Abschied> [30.07.2021].

Kafsack, Hendrik (2021): Brüssel will „ohne Tabus“ über flexiblere Schuldenregeln reden. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.2021, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-kommission-ohne-tabus-ueber-flexiblere-schuldenregeln-17592617.html> [12.11.2021].

Kafsack, Hendrik (hmk) (2021): Europaparlament fordert höhere Mindestlöhne. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.11.2021, S. 18, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europaparlament-fordert-hoehere-mindestloehne-17629789.html> [12.11.2021].

Kahl, Hubert / Jutta Lauterbach (2012): Europas Süden in Aufruhr. *Aachener Zeitung*, 15.11.2012, S. 2.

Kanning, Tim (2014): Fordern geht immer. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.05.2014, S. 29.

Kapern, Peter (2015): „Geld kann ein Land nicht wettbewerbsfähig machen“. Deutschlandfunk, 23.06.2015, https://www.deutschlandfunk.de/griechenland-krise-geld-kann-ein-land-nicht.694.de.html?dram:article_id=323320 [30.07.2021].

Kaufmann, Stephan (2012): Marshallplan für die Griechen. *Mitteldeutsche Zeitung*, 16.02.2012.

Kaufmann, Stephan / Stefan Sauer (2015): Gewerkschaften gegen „Wettbewerbsräte“. *Frankfurter Rundschau*, 1.11.2015, <https://www.fr.de/wirtschaft/gewerkschaften-gegen-wettbewerbsraete-11160816.html> [30.07.2021].

Kaul, Martin (2010): Die zersplitterte Arbeitermacht. *taz – die tageszeitung*, 29.09.2010, <https://taz.de/Gewerkschaften-in-Deutschland/!5134826/> [30.07.2021].

Kaul, Martin (2011): Wo sind die 99 Prozent? *taz – die tageszeitung*, 22.10.2011, <https://taz.de/Bilanz-des-Occupy-Protesttages/!5109275/> [30.07.2021].

Kaul, Martin (2013): Avanti ist nicht Campact. *taz – die tageszeitung*, 23.04.2013, S. 9, <https://taz.de/Europaeische-Globalisierungskritiker/!5068884/> [30.07.2021].

Keller, Dieter (2011): Der letzte Hardliner. *Südwestpresse*, 21.09.2011, S. 3.

Kireev, Maxim (2012): Griechenland braucht einen Marshall-Plan. *Handelsblatt*, 21.02.2012, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/finance-briefing/presseschau-griechenland-braucht-einen-marshall-plan/6233700.html?ticket=ST-1959792-Fpa1IjxIaCXqpPV0wh7d-ap6> [30.07.2021].

Klingelschmitt, Klaus-Peter / Marlen Kess (2011): Menschenketten gegen Banken. *taz – die tageszeitung*, 14.11.2011, S. 8, <https://taz.de/Occupy-Proteste/!5107654/> [30.07.2021].

Klockner, Ute (2012): Geplantes Tariftreuegesetz geht Verdi nicht weit genug. *Saarbrücker Zeitung*, 3.11.2012.

Kloof, Kristian (2011): Die Mär vom Marshall-Plan für Griechenland. *Manager Magazin*, 6.07.2011, <https://www.manager-magazin.de/politik/artikel/a-772570.html> [30.07.2021].

Knott, Thilo / Ulrich Schulte (2010): Die Null-Prozent-Strategie. *taz – die tageszeitung*, 9.02.2010, S. 3.

Kritikos, Alexander (2012): Griechenland braucht einen Marshallplan. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.03.2012, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/eu-hilfen-griechenland-braucht-einen-marshallplan-11680631.html> [30.07.2021].

Lee, Felix (2009): Wer am meisten kritisiert, gewinnt. *taz – die tageszeitung*, 9.03.2009, <https://taz.de/!5166608/> [30.07.2021].

Leopold, Juliane (2012): Warum Europa nicht auf die Barrikaden geht. *Zeit Online*, 4.10.2012, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2012-10/protest-euro-acta> [30.07.2021].

Marschall, Birgit (2013): Merkel auf Kuschelkurs mit Gewerkschaften. *Rheinische Post*, 15.01.2013, https://rp-online.de/politik/deutschland/merkel-auf-kuschelkurs-mit-gewerkschaften_aid-15996853 [30.07.2021].

Medick, Veit / Philipp Wittrock (2009): SPD-Linke und Gewerkschaften fordern drittes Konjunkturpaket. *Spiegel Online*, 23.04.2009, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wirtschaftskrise-spd-linke-und-gewerkschaften-fordern-drittes-konjunkturpaket-a-620806.html> [30.07.2021].

Mehlig, Holger (2011): Regierungen müssen Euro stabilisieren. *Nordwest-Zeitung*, 25.10.2011, S. 2.

Meyer, Jörg (2011): Mehr Widerstand. *neues deutschland*, 24.09.2011, S. 4, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/207529.mehr-widerstand.html> [30.07.2021].

Meyer, Jörg (2012): Eine elementare Frage der Solidarität. *neues deutschland*, S. 5, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/225079.eine-elementare-frage-der-solidaritaet.html> [30.07.2021].

Meyer zu Tittingdorf, Volker (2012): DGB-Chef Sommer attackiert rigide Sparpolitik in Europa. *Saarbrücker Zeitung*, 2.05.2012.

Mihm, Andreas (ami) (2012): Grüne haben neue Pläne für Südeuropa. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.03.2012, S. 13.

Moog, Insa (2011): Occupy Germany: Proteste auf den Straßen. *Deutsche Welle*, 15.10.2011, <https://www.dw.com/de/occupy-germany-proteste-auf-den-stra%C3%9Fen/a-15463496> [30.07.2021].

Mortsiefer, Henrik (2011): Der EU-Gipfel. *Der Tagesspiegel*, 10.12.2011, S. 9.

Müller, Ute (2012): Generalstreik – Halb Europa steht still. *Welt Online*, 14.11.2012, <https://www.welt.de/politik/ausland/article111081458/Generalstreik-Halb-Europa-steht-still.html> [30.07.2021].

Mussler, Werner (2010): Europäische Kommission verkündet größte Reform des Stabilitätspakts. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.09.2010, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/haertere-strafen-fuer-eu-defizitsuender-europaeische-kommission-verkuendet-groesste-reform-des-stabilitaetspakts-11039394.html> [30.07.2021].

Mussler, Werner (2012): Der steinige Weg zu mehr Wachstum. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.03.2011, S. 11, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europa-der-steinige-weg-zu-mehr-wachstum-11692884.html> [30.07.2021].

Mussler, Werner (wmu) (2012): 33 600 Euro EU-Hilfe für jeden Griechen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.04.2012, S. 12, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/darlehen-und-glaeubigerverzicht-33-600-euro-eu-hilfe-fuer-jeden-griechen-11722676.html> [30.07.2021].

Mussler, Werner (wmu) (2021): EU-Ökonomen wollen Schuldenregeln vereinfachen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.11.2021, S. 19.

- Neuhaus, Carla (2015): De Maizière droht linken Extremisten. *Der Tagesspiegel*, 19.03.2015, S. 1.
- Nienhaus, Lisa (2015): Herr Bsirske, was soll dieser Kita-Streik? *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 31.05.2015, S. 23.
- Nowak, Peter (2012): „Berlin spürt die Folgen der Krise“. *taz – die tageszeitung*, 14.11.2012, <https://taz.de/Interview-mit-Berlins-DGB-Chefin/!5079529/> [30.07.2021].
- Nowak, Peter (2012): Man streikt hier nicht. *jungle world*, 22.11.2012, <https://jungle.world/artikel/2012/47/man-streikt-hier-nicht> [30.07.2021].
-  chsner, Thomas (2011): „Reservoir für Ausbeutung“. *Süddeutsche Zeitung*, 2.05.2011, S. 6, <https://www.sueddeutsche.de/politik/1-mai-arbeitsmarkt-offen-fuer-osteuropaeer-reservoir-fuer-ausbeutung-1.1091648> [30.07.2021].
- Ohanian, Mathias / Hubert Beyerle (2011): „Marshallplan“ für Griechenland. *Stern*, 3.11.2011, <https://www.stern.de/politik/ausland/vorstoss-von-top-oekonomen--marshallplan--fuer-griechenland-3881408.html> [30.07.2021].
- o.V. (2010): Deutsche Wirtschaft wächst um 3,6 Prozent. *Tagesschau*, 12.01.2011, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/bip124.html> [30.07.2021].
- o.V. (2010): Noch teurer als gedacht. *Süddeutsche Zeitung*, 21.05.2010, <https://www.sueddeutsche.de/geld/notopfer-griechenland-noch-teurer-als-gedacht-1.937977> [30.07.2021].
- o.V. (2010): Moody`s auf „Ramschstatus“. *Süddeutsche Zeitung*, 22.06.2010, S. 25.
- o.V. (2010): Wutlauf gegen das Sparen. *Spiegel Online*, 29.09.2010, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/streiks-und-proteste-in-eu-laendern-wutlauf-gegen-das-sparen-a-720312.html> [30.07.2021].
- o.V. (2011): ver.di-Chef bekennt sich zum Euro. *Die Welt*, 21.09.2011, S. 10.
- o.V. (2011): „Banken in die Schranken“. *Süddeutsche Zeitung*, 12.11.2011, <https://www.sueddeutsche.de/politik/occupy-bewegung-tausende-weisen-banken-in-die-schranken-1.1187426> [30.07.2021].
- o.V. (2011): SPD und Grüne attackieren die Kanzlerin. *Süddeutsche Zeitung*, 8.12.2011, <https://www.sueddeutsche.de/politik/12-punkte-gegen-merkels-krisenstrategie-spd-und-gruene-attackieren-die-kanzlerin-1.1229829-0> [30.07.2021].
- o.V. (2012): Es ist genug Geld für Lohnerhöhungen da! *Bild*, 12.03.2012, <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/bsirske-frank/es-ist-genug-geld-fuer-lohn-erhoehungen-da-23097290.bild.html> [30.07.2021].
- o.V. (2012): Ver.di ringt Arbeitgebern satte Lohnerhöhung ab. *Spiegel Online*, 31.03.2012, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/einigung-auf-tarifentwurf-im-oeffentlichen-dienst-a-824924.html> [30.07.2021].
- o.V. (2012): Gewerkschaften geben sich kampfbereit. *Badische Zeitung*, 2.05.2012, S. 2.
- o.V. (2012): Mehr Lohn – und Steuern. Am Tag der Arbeit fordert Gewerkschaftschef Sommer ein Ende des EU-Sparkurses. *Die Welt*, 2.05.2012, S. 10.
- o.V. (2012): Hunderte Demos: Nackte Haut und Trillerpfeifen. *Berliner Kurier*, 2.05.2012, S. 4.
- o.V. (2012): Gewerkschaften wettern für Mindestlohn. *Rhein-Zeitung*, 2.05.2012, S. 4.
- o.V. (2012): Gewerkschaften sind kampfbereit. *Südkurier*, 2.05.2012, S. 7.
- o.V. (2012): DGB-Chef geißelt „rigide Sparpolitik“. *Darmstädter Echo*, 2.05.2012, S. 1.

- o.V. (2012): Europaweite Proteste gegen Spardiktat. *Reutlinger General-Anzeiger*, 2.05.2012, S. 1.
- o.V. (2012): Überwiegend friedlich. *Süddeutsche Zeitung*, 2.05.2012, S. 6.
- o.V. (2012): Ringen um Krisen-Strategie der EZB. *Süddeutsche Zeitung*, 29.07.2012, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/massnahmen-zur-euro-rettung-ringen-um-krisen-strategie-der-ezb-1.1425292> [30.07.2021].
- o.V. (2012): Gewerkschaften fordern mehr Steuergerechtigkeit. *Der Tagesspiegel*, 3.11.2012, S. 10.
- o.V. (2012): Ruf nach mehr Gerechtigkeit. *Reutlinger General-Anzeiger*, 3.11.2012.
- o.V. (2012): Europa probt den Aufstand. *Stuttgarter Nachrichten*, 15.11.2012, S. 4.
- o.V. (2012): Streiks und Proteste gegen Sparkurs. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.11.2012, S. 1f.
- o.V. (2012): DGB-Chef fordert „Marshall-Plan für Europa“. *Handelsblatt*, 31.12.2012, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/europapolitik-dgb-chef-fordert-marshall-plan-fuer-europa/7573432.html> [30.07.2021].
- o.V. (2012): DGB-Chef: EU mit neuem Marshall-Plan auf Wachstumskurs bringen. *Neue Presse*, 31.12.2012, <https://www.neuepresse.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/DGB-Chef-EU-mit-neuem-Marshall-Plan-auf-Wachstumskurs-bringen> [30.07.2021].
- o.V. (2013): So gespalten ist Europa. *Bild*, 8.01.2013, <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/europaeische-union/armer-sueden-reicher-norden-so-gespalten-ist-europa-28011168.bild.html> [30.07.2021].
- o.V. (2013): Zeit aufzustehen: Linker Aufruf für ein anderes Europa gestartet. *neues deutschland*, 15.05.2013, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/821561.zeit-aufzustehen-linker-aufruf-fuer-ein-anderes-europa-gestartet.html> [30.07.2021].
- o.V. (2013): EU-Kommission prüft deutschen Exportüberschuss. *Süddeutsche Zeitung*, 13.11.2013, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaftliches-ungleichgewicht-eu-kommission-prueft-deutschen-exportueberschuss-1.1817573> [30.07.2021].
- o.V. (2014): 1. Mai: DGB lenkt Blick auch auf Europa. *Südwest Presse*, 30.04.2014, S. 23.
- o.V. (2014): „Mindestlohn ohne Ausnahmen“. *Frankfurter Rundschau*, 2.05.2014, S. 3.
- o.V. (2014): DGB fordert Konjunkturprogramm für Europa. *Saarbrücker Zeitung*, 9.05.2014, https://www.saarbruecker-zeitung.de/dgb-fordert-konjunkturprogramm-fuer-europa_aid-1147749 [30.07.2021].
- o.V. (2015): Ausschreitungen bei Blockupy-Protesten in Frankfurt. *Zeit Online*, 18.03.2015, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-03/frankfurt-blockupy-ezb> [30.07.2021].
- o.V. (2015): DGB-Chef lobt Polizei: Lage gut eingeschätzt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.03.2015, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/blockupy/frankfurter-polizei-nach-blockupy-von-dgb-chef-ge-lobt-13493026.html> [30.07.2021].
- o.V. (2015): Gewerkschaftseinheit – auf dem Prüfstand. Über beschleunigten Strukturwandel, Konkurrenz um Mitglieder und das politische Mandat des DGB. Eine Diskussion mit Annelie Buntenbach, Hans-Jürgen Urban und Frank Werneke. *Sozialismus*, 7-8/2015, S 32-38.
- Pausch, Robert / Lukas Zdrzalek (2015): Was Blockupy ausmacht. *Zeit Online*, 18.03.2015, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-03/blockupy-occupy-frankfurt> [30.07.2021].

Pohl, Ines (2015): Kein Recht auf Krawall. *taz – die tageszeitung*, 19.03.2015, S. 1, <https://taz.de/Kommentar-Blockupy-Proteste/!5016071/> [30.07.2021].

Reiner, Sabine (2012): Kein Wachstum ist auch keine Lösung. *taz – die tageszeitung*, 29.12.2012, <https://taz.de/Kolumne-Vom-Ueberleben-in-der-Krise/!5076504/> [30.07.2021].

Riesbeck, Peter / Eva Roth (2015): Von der Troika zu „Tifkat“. *Berliner Zeitung*, 16.02.2015.

Rose, David (2019): Euro-Rettungspakete. Der Geldfluss in die Krisenstaaten. *tagesschau.de*, 27.06.2019, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete108.html> [30.07.2021].

Roßbach, Henrike (2011a): Der letzte Hardliner im Gewerkschaftslager. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.09.2011, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/verdi-chef-bsirske-der-letzte-hardliner-im-gewerkschaftslager-11290143.html> [30.07.2021].

Roßbach, Henrike (2011b): Verdi kritisiert Spardruck in Krisenstaaten. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.09.2011, S. 11, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/verdi-kritisiert-spardruck-in-krisenstaaten-11230670.html> [30.07.2021].

Roßbach, Henrike (rike) (2012): Gewerkschaften fordern Milliarden für Konjunkturprogramme. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.05.2012, S. 1.

Roth, Eva (2011): Verdi fordert Eurobonds. *Frankfurter Rundschau*, 21.09.2011, S. 15 (ebenfalls *Berliner Zeitung*, 21.09.2011, S. 10).

Roth, Eva (2015a): Plädoyer für sozialeres Europa. *Frankfurter Rundschau*, 16.02.2015.

Roth, Eva (2015b): DGB wirbt für Abkehr von der Sparpolitik. *Kölner Stadt-Anzeiger*, 16.02.2015.

Sachs, Jeffrey (2015): Der Tod durch Schulden. *Süddeutsche Zeitung*, 1.08.2015, S. 24, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sachs-zur-deutschen-griechenland-politik-tod-durch-schulden-1.2590278> [30.07.2021].

Schäder, Barbara / Alessandro Peduto (2015): Blockupy will Gewalt nicht verurteilen. *Stuttgarter Zeitung*, 20.03.2015, S. 4.

Schäfers, Manfred (2010): Größtes Sanierungspaket der Nachkriegsgeschichte. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.06.2010, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/80-milliarden-euro-groestes-sanierungspaket-der-nachkriegsgeschichte-1998905.html> [30.07.2021].

Schäfers, Manfred (2011): Ein Marshall-Plan für Griechenland. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.07.2011, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/investoren-gesucht-ein-marshall-plan-fuer-griechenland-11104793.html> [30.07.2021].

Schäfers, Manfred / Leo Wieland / Tobias Piller / Christian Geinitz / Patrick Welter (2012): Der „Deutschlandachter“ beruhigt die Regierungen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.09.2012, S. 12.

Schäuble, Wolfgang (2010): Maligned Germany is right to cut spending. *Financial Times*, 24.06.2010, <https://www.ft.com/content/216daeba-7f0c-11df-84a3-00144feabdc0> [30.07.2021].

Scherschun, Nicole (2010): Zehntausende demonstrieren gegen Sparpaket. *Deutsche Welle*, 12.06.2010, <https://www.dw.com/de/zehntausende-demonstrieren-gegen-sparpaket/a-5678655> [30.07.2021].

Schiermeyer, Matthias (ms) (2015): „Das ist, mit Verlaub, Bullshit“. *Stuttgarter Zeitung*, 22.04.2015, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-verdi-chef-bsirske-das-ist-mit-verlaub-bullshit.f5d9ae3c-92d3-46db-a275-609a8dfcec1e.html> [30.07.2021].

- Schlegel, Matthias (2011): „Das ist eine heuchlerische Politik“. *Der Tagesspiegel*, 31.03.2011, S. 2.
- Schultz, Stefan (2011): Deutschland probt den Aufstand gegen die Finanzmacht. *Spiegel Online*, 14.10.2011, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/neuer-protest-anlauf-deutschland-probt-den-aufstand-gegen-die-finanzmacht-a-791349.html> [30.07.2021].
- Schwan, Helmut (2015): Vom Protest zum Exzess. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.03.2015, S. R1.
- Seibel, Andrea (2013): „Eine Fee löst das Euro-Desaster“. *Die Welt*, 6.05.2013, S. 10, <https://www.welt.de/wirtschaft/article115898862/Deutschland-kann-auch-ohne-den-Euro-existieren.html> [30.07.2021].
- Semler, Christian (2011): Angela Merkel liebt euch. *taz – die tageszeitung*, 24.10.2011, S. 13, <https://taz.de/ Occupy-Bewegung-in-Deutschland/!5109223/> [30.07.2021].
- Siems, Dorothea (2011): Politiker kapern die „Occupy“-Bewegung. *Welt am Sonntag*, 23.10.2011, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13675358/Politiker-kapern-die-Occupy-Bewegung.html> [30.07.2021].
- Sigmund, Thomas / Sven Afhüppe / Gerd Höhler (2011): Rösler ruft Wirtschaft für griechischen Marshallplan zusammen. *Handelsblatt*, 25.07.2011, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/schuldenkrise-roesler-ruft-wirtschaft-fuer-griechischen-marshallplan-zusammen/4428262.html> [30.07.2021].
- Sinn, Hans-Werner (2015): Schuldenschnitt nach Austritt. *Süddeutsche Zeitung*, 5.08.2015, S. 17, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/griechenland-schuldenschnitt-nach-austritt-1.2595371> [30.07.2021].
- Sommer, Gerlinde (2011): Den Primat der Politik wieder herstellen. *Thüringische Landeszeitung*, 24.10.2011, S. 4.
- Straubhaar, Thomas (2012): Marshall soll es richten. *Die Welt*, 5.03.2012, S. 2.
- Strohschneider, Tom (2012a): „Wir brauchen erst mal Alternativen“. *taz – die tageszeitung*, 1.04.2012, <https://taz.de/IG-Metall-Vorstand-Urban-ueber-Eurokrise/!5097079/> [30.07.2021].
- Strohschneider, Tom (2012b): Eine neue Idee für Europa? *neues deutschland*, 11.10.2012, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/800979.eine-neue-idee-fuer-europa.html> [30.07.2021].
- Urban, Thomas / Sebastian Schoepp (2012): Europa streikt. *Süddeutsche Zeitung*, 15.11.2012, S. 7, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/proteste-gegen-die-sparpolitik-europa-streikt-1.1523640-0> [30.07.2021].
- Völpel, Eva (2011): „Der Bankensektor schwankt“. *taz – die tageszeitung*, 7.10.2011, <https://taz.de/IG-Metall-Vize-Wetzel-ueber-die-Eurokrise/!5110440/> [30.07.2021].
- Völpel, Eva (2012): Die IG Metall schadet sich selbst. *taz – die tageszeitung*, 15.11.2012, S. 1, <https://taz.de/Kommentar-Generalstreik-in-Europa/!5079449/> [30.07.2021].
- Völpel, Eva (2013): „Deutschland, der kranke Mann“. *taz – die tageszeitung*, 28.01.2013, <https://taz.de/Verdi-Chef-ueber-Arbeitnehmerrechte/!5074431/> [30.07.2021].
- Völpel, Eva (2013): „Frau Merkel nicht loben“. *taz – die tageszeitung*, 30.04.2013, <https://taz.de/Ursula-Engelen-Kefer-ueber-den-DGB/!5068365/> [30.07.2021].
- von Borstel, Stefan (2011): Dämpfer für die Reformer. *Die Welt*, 12.10.2011, S. 9, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article13655002/Daempfer-und-Misstrauen-fuer-Reformer-der-IG-Metall.html> [30.07.2021].

von Borstel, Stefan / Flora Wisdorff (2011a): Ver.di-Chef warnt vor Ghattobildung; Forderung nach Steuererhöhungen. *Die Welt*, 29.08.2011, S. 10, <https://www.welt.de/wirtschaft/article13570324/Bsirske-warnt-vor-sozialen-Unruhen-in-Deutschland.html> [30.07.2021].

von Borstel, Stefan / Flora Wisdorff (2011b): Bsirske punktet mit Kritik am Kapitalismus. *Die Welt*, 20.09.2011, S. 12.

von der Leyen, Ursula (2020): „Europa wurde durch einen unbekannten Feind überrumpelt“. *Welt am Sonntag*, 5.04.2020, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article207034307/Ursula-von-der-Leyen-Europa-wurde-durch-einen-unbekannten-Feind-ueberrumpelt.html> [30.07.2021].

von Randow, Gero (2014): Von wegen Revolution. *Zeit Online*, 13.08.2014, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-08/europa-jugend-rebellion-ideen> [30.07.2021].

Wisdorff, Flora (2011): Jenseits von Klassenkampf. *Die Welt*, 13.10.2011, S. 3, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article13656447/IG-Metall-laesst-die-Klassenkampf-Waffe-fallen.html> [30.07.2021].

Wisdorff, Flora (2011): Schluss mit der Bescheidenheit. *Die Welt*, 28.11.2011, S. 13.

Wrusch, Paul (2010): Sozialkürzungen beschlossen. *taz – die tageszeitung*, 26.11.2010, <https://taz.de/!5131496/> [30.07.2021].

Wrusch, Paul (2013): Europas Sozialisten haben eine Vision. *taz – die tageszeitung*, 16.05.2013, S. 3, <https://taz.de/Laenderuebergreifender-Krisen-Protest/!5067321/> [30.07.2021].

Politische Institutionen

Institutionen der Europäischen Union

Europäische Investitionsbank (2013): Kapitalerhöhung der EIB von allen 27 EU-Mitgliedstaaten genehmigt. Pressemitteilung vom 8.01.2013, <https://www.eib.org/de/press/all/2013-002-eib-capital-increase-approved-by-all-27-eu-member-states> [30.07.2021].

Europäische Kommission (o.J.): Europäischer Aufbauplan. https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de [30.07.2021].

Europäische Kommission (o.J.): Timeline: The Evolution of EU Economic Governance, https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/timeline-evolution-eu-economic-governance_en [30.07.2021].

Europäische Kommission (2008): A European Economic Recovery Plan. COM(2008) 800 final, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0800:FIN:EN:HTML> [30.07.2021].

Europäische Kommission (2012): Labor Market Developments in Europe 2012. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/pdf/ee-2012-5_en.pdf [30.07.2021].

Europäische Kommission (2014): Eine Investitionsoffensive für Europa. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank. COM(2014) 903 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0903&from=EN> [30.07.2021].

Europäische Kommission (2015): Completing Europe's Economic and Monetary Union. A report by Jean-Claude Juncker in close cooperation with Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi and Martin Schulz. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/5-presidents-report_en.pdf [30.07.2021].

Europäische Kommission (2015): Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet. COM(2015) 601 final, <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/DE/1-2015-601-DE-F1-1.PDF> [30.07.2021].

Europäische Union (2015): Verordnung (EU) 2015/1017 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2015 über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015R1017&from=DE> [30.07.2021].

Sonstige Institutionen

Deutscher Bundestag (2010): „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2010/29826227_kw20_de_stabilisierungsmechanismus-201760 [30.07.2021].

G20 (2009): London Summit – Leader's Statement. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/statement/wcms_178769.pdf [30.07.2021].

G20 (2010): Toronto Summit Declaration. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/meetingdocument/wcms_142329.pdf [30.07.2021].

Daten / Umfragen

Deutscher Bundestag (2018): Datenhandbuch. Kapitel 3.12: Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete. https://www.bundestag.de/resource/blob/274214/d470c1a45fc16f33027bb0e46917bd46/Kapitel_03_12_Gewerkschaftlich_organisierte_Abgeordnete-pdf-data.pdf [30.07.2021].

Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 56 (2001). <https://webgate.ec.europa.eu/eurobarometer/api/public/deliverable/download?doc=true&deliverableId=46254> [30.07.2021].

Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 65 (2006). <https://webgate.ec.europa.eu/eurobarometer/api/public/deliverable/download?doc=true&deliverableId=46311> [30.07.2021].

Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 72 (2009). <https://webgate.ec.europa.eu/eurobarometer/api/public/deliverable/download?doc=true&deliverableId=46384> [30.07.2021].

Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 82 (2014). <https://webgate.ec.europa.eu/eurobarometer/api/public/deliverable/download?doc=true&deliverableId=54900> [30.07.2021].

Forschungsgruppe Wahlen (o.J.): Archiv der Politbarometer-Umfragen. <https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/> [30.07.2021].

Infratest dimap (2012): ARD Deutschlandtrend Juli 2012. https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/dt1207_bericht_01.pdf [30.07.2021].

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2019): Daten zu Tarifbindung und betrieblicher Interessenvertretung. http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Daten_zur_Tarifbindung.xlsx [30.07.2021].

Visser, Jelle (2019): ICTWSS Database, Version 6.0, Juni 2019. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies.